ler
rck

<36611245540016

Fürst Bismarck nach seiner Entlassung.

Leben und Politik des Fürsten
seit seinem Scheiden aus dem Amte
auf Grund aller authentischen Kundgebungen.

Herausgegeben und mit historischen Erläuterungen versehen
von
Johs. Penzler.

Siebenter (Schluß-)Band.

1. Januar 1896 — 2. August 1898.

Leipzig.
Verlag von Walther Fiedler.
1898.

Fürst Bismarck

nach seiner Entlassung.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

Fürst Bismarck nach seiner Entlassung.

Leben und Politik des Fürsten
seit seinem Scheiden aus dem Amte
auf Grund aller authentischen Kundgebungen.

Herausgegeben und mit historischen Erläuterungen versehen
von
Jobs. Penzler.

Siebenter Band.

1. Januar 1896 — 2. August 1898.

Leipzig.
Verlag von Walther Fiedler.
1898.

Vorwort des Verlegers.

Das Werk „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung", das mit dem vorliegenden 7. Bande zum Abschluß gelangt ist, hat in der Presse eine Aufnahme gefunden, die seiner Bedeutung als Quellenwerk zeitgenössischer Geschichte gerecht zu werden versuchte. War auch die Stellungnahme der Presse zu dieser Publikation, die mit dem Anspruche auftrat: „ein getreues Spiegelbild des nachamtlichen Lebens und der nachamtlichen Politik des ersten Kanzlers zu bieten und eine strenge Scheidung zwischen dem vorzunehmen, was man in den letzten Jahren dem Fürsten Bismarck zugeschrieben, und dem, was thatsächlich von ihm selbst veranlaßt, resp. auf ihn selbst zurückzuführen ist," eine durchaus wohlwollende, so wurde doch eine Anzahl von Stimmen laut, die mehr Garantien für die Authenticität des dem Werke zu Grunde liegenden Materials forderte, als in der Einleitung zum ersten Bande gegeben werden konnten.

Jedem, der das Werk aufmerksam studiert und besonders jenen Artikeln sein Interesse zugewandt hat, die durch Einrücken des Textes als Bismarck'schen Ursprungs gekennzeichnet wurden (vergl. Band I, S. VII), wird es längst klar geworden sein, daß dem Werke Förderung von einer Seite zu Theil geworden sein mußte, der es einzig und allein möglich war, eine Scheidung zwischen „echt" und „unecht" vorzunehmen. Dennoch bin ich meinem Versprechen gemäß verpflichtet, der Forderung: „die Quelle unumwunden anzugeben, der das Werk seinen Ursprung verdankt", nachzukommen, zumal die Gründe, die mich damals veranlaßten, die Mitwirkung von dieser Seite nur anzudeuten, ohne sie selbst namhaft zu machen, inzwischen hinfällig geworden sind. Ich freue mich, heute in der Lage zu sein,

> den langjährigen publicistischen Vertrauensmann des Fürsten Bismarck, den politischen Redakteur der „Hamburger Nachrichten", Herrn Dr. H. Hofmann als denjenigen bezeichnen zu können, dessen Unterstützung die Herausgabe des Werkes erst ermöglichte.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß der Fürst nach seiner Entlassung sich der Feder dieses Herrn zur Publicirung seiner Kundgebungen in den

„Hamburger Nachrichten“ und anderen Blättern bediente. Herr Dr. H. Hofmann hat in liebenswürdiger Weise das vom Herausgeber gesammelte und ihm vorgelegte Material einer Durchsicht unterzogen und alles das bezeichnet, was thatsächlich seinen Ursprung den Anregungen und Informationen des Fürsten selbst verdankt. Andere als nicht authentisch ersichtliche Artikel, — und selbst solche aus gegnerischen Blättern — haben in dem Werke insoweit Aufnahme gefunden, als es nothwendig war, um das Bild zu vervollständigen, das das Werk von den damaligen Situationen und Stimmungen bietet. Es bedarf nach dem Gesagten kaum der Erwähnung, daß die Mitwirkung Dr. H. Hofmanns dem Werke die Bedeutung verschafft, die ihm als „Quellenwerk“ über die Geschichte der letzten Lebensjahre des großen Kanzlers für alle Zeiten innewohnt.

Der Herausgeber hat ein wahrheitsgetreues Bild der letzten Lebensjahre und des persönlichen Anteils, den der Kanzler an allen politischen Vorgängen nahm, zu geben versucht, und ich bin überzeugt, daß Niemand das Werk aus der Hand legen wird ohne Bewunderung über die vielseitige Thätigkeit des Kanzlers in jener Zeit, da er, zur Unthätigkeit verdammt, den Staatsgeschäften fern stand.

Dadurch aber, daß der Fürst nach seiner Amtsentlassung in der ereignißvollen Zeit dieser Jahre zu jedem bedeutungsvollen Ereigniß, zu allen den Vorgängen, die die Presse der ganzen Welt in Bewegung setzten, Stellung nahm, ist vorliegendes Werk bei der verbürgten Echtheit im eigensten Sinne als das

Politische Testament des Fürsten Bismarck

anzusehen.

Geschichte und Sage werden das Gedächtniß an den verblichenen Geistesheros in alle Zeit fortleben lassen. — Ich freue mich, in Gemeinschaft mit den Herren Dr. H. Hofmann und Johs. Penzler an meinem bescheidenen Theil dazu beitragen zu können, durch diese Publication das Verständniß und die liebevolle Würdigung der großen Werke des ersten deutschen Reichskanzlers zu fördern und wach zu erhalten.

Leipzig, Mitte October 1898.

Walther Fiedler.

1896.

1. Januar 1896 — 31. December 1897.

Das neue Jahr beginnt mit einer lebhaften Bewegung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Am Schlusse des alten Jahres hat Dr. Jameson von der englischen Chartered = Company mit moralischer und materieller Unterstützung des Ministerpräsidenten der Capcolonie Cecil Rhodes einen Flibustierzug in das Gebiet der unabhängigen Südafrikanischen Republik (Transvaal) unternommen, seine Truppe ist aber von den tapferen Buren mit blutigen Köpfen heimgeschickt worden, er selbst in Gefangenschaft gerathen.

Da wird am 3. Januar durch den Reichsanzeiger bekannt, daß der deutsche Kaiser in begeisterter Anerkennung der Tapferkeit der Transvaalschen folgende Depesche an den Präsidenten Krüger gesandt hat:

„Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appelliren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Thatkraft gegenüber den bewaffneten Schaaren, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.

Wilhelm I. R."

Die Antwort lautete:

„Ich bezeuge Eurer Majestät meinen sehr innigen und tiefgefühlten Dank für Eurer Majestät aufrichtigen Glückwunsch. Mit Gottes Hülfe hoffen wir weiter alles Mögliche zu thun für die Handhabung der theuer bezahlten Unabhängigkeit und die Beständigkeit unserer geliebten Republik.

Präsident Krüger."

Obgleich nun damals die gesammte amtliche Welt Englands jeden Zusammenhang des Colonialamtes oder auch der Beamten der Capcolonie mit

Dr. Jameson und der Chartered-Company entrüstet leugnete,[1]) gerieth doch die ganze englische Presse des Inselreichs über das kaiserliche Telegramm in ungeheure Erregung und erklärte es offen für eine schwere Beleidigung des friedlichen England.

Dazu führen die „Hamb. Nachr." am 6. Januar (A.-A.) Folgendes aus:

> Das kaiserliche Telegramm und die englische Presse. Die Explosion, welche das kaiserliche Telegramm an den Präsidenten Krüger in der englischen Presse verursacht hat, ist uns überraschend gewesen. Die englische Presse hat bis dahin stets die Ueberzeugung vertreten, daß das Flibustierunternehmen des Dr. Jameson der amtlichen englischen Politik vollständig fremd wäre und daß England als europäische Macht zu diesem räuberischen Einfall in Transvaal in keinerlei Beziehung stehe. Wenn dies schon durch manche Erscheinungen in der Zusammensetzung und Vorbereitung des Jameson'schen Einfalles unwahrscheinlich wurde, so wird es durch den unüberlegten Ausbruch der englischen Presse auf das Vollständigste als Fiction bestätigt.
>
> Die Politiker, die in der englischen Presse heute zu Worte kommen, hatten sich die Sache offenbar so zurecht gelegt, daß sie mit heuchlerischer Entrüstung den Flibustierzug nicht billigen konnten, aber die factischen Consequenzen des Ueberlaufens der Burenrepublik, auf das sie gerechnet hatten, als unabänderliches Ergebniß acceptirten. Das kaiserliche Telegramm an den Präsidenten von Transvaal ist ihnen aber derartig unerwartet gekommen, daß sie die bis dahin getragene Maske vollständig vergessen haben und plötzlich eine Sprache führen, als ob der räuberische Ueberfall des Dr. Jameson eine amtliche Operation der englischen Regierung gewesen wäre. Läge dieser Fall wirklich vor, so wäre allerdings das kaiserliche Telegramm ein Schachzug gegen die englische Regierung gewesen, so aber ist es doch nur eine Kundgebung gegen denselben gewaltthätigen Bruch des Friedens durch Dr. Jameson, den bis dahin alle englischen Autoritäten als ihnen vollständig fremd gemißbilligt haben.
>
> Wir erinnern uns kaum eines Ereignisses in neuerer Zeit, in welchem die Unehrlichkeit der englischen Presse in dieser Weise festgenagelt worden wäre, wie in dem zornigen Ausbruch gegen das kaiserliche Telegramm, durch welches der deutsche Kaiser doch, genau betrachtet, nur der sittlichen Entrüstung der englischen Regierung über den Einbruch in Trans-

[1]) Am 16. Februar 1897 erklärte aber Cecil Rhodes vor der parlamentarischen Untersuchungs-Commission in London unumwunden, er habe die Bewegung mit seinem Gelde und mit seinem Einflusse unterstützt; er habe die Truppe Jameson's an der Grenze von Transvaal aufgestellt und habe ein Vorgehen für gewisse Eventualitäten vorbereitet.

vaal den Beistand seiner europäischen Autorität leistete. Wir hätten also aufrichtiger Weise erwarten dürfen, daß die englische Presse dem deutschen Kaiser ihren Dank votirte für den energischen Beistand, mit dem er ihrer eigenen Entrüstung über diesen ruchlosen Räubereinbruch in Transvaal Ausdruck gegeben hat.

Wir wollen die Gründe hier nicht weiter untersuchen, durch welche die englische Presse sich bestimmt findet, dem Flibustierchef Jameson die legale Autorität der Königin von England zu substituiren, aber für unparteiische Beobachter wird der naturwüchsige Ausbruch, mit welchem die englische Presse die Maske der officiösen Heuchelei durchbricht, nur Heiterkeit erregen. Es liegt dem eine politische Unehrlichkeit zu Grunde, die strebsame Mächte mitunter begehen, aber gewöhnlich in der Absicht, wenn sie ertappt werden, ganz still zu bleiben. Der rohe Ausbruch in den englischen Blättern gegen die deutsche Sympathiekundgebung für die Buren wirft eine helle Beleuchtung auf die Unaufrichtigkeit der Politik, die dabei, wir wollen nicht sagen von der englischen Regierung, aber von dem Hauptunruhestifter in Südafrika, Herrn Cecil Rhodes, betrieben wird. Die russische Politik hat ja auch ihre Strebsamkeiten, aber ohne christliche Heuchelei und mit geschickterer Beachtung der äußeren Formen.

* * *

Die sogenannte Umsturzvorlage war am 11. Mai 1895 vom Reichstage abgelehnt worden. Von dem gegenwärtigen Reichstage ist die Annahme auch einer anders gestalteten Vorlage, sobald es sich um Abänderungen des Strafgesetzbuches handelt, nicht zu erwarten. Damit nun die Regierungen der Socialdemokratie nicht wehrlos gegenüberstehen, weisen die „Hamb. Nachr." am 7. Januar (M.-A.) auf eine im Gebiete des Verwaltungslebens liegende Maßregel zur Abwehr hin. Sie schreiben:

Ein neues Mittel gegen die Socialdemokratie. Bedürfen wir, wie die Dinge liegen, keiner Gewaltthat gegen unsere socialdemokratischen Mitbürger, so bedürfen wir doch eines Schutzes gegen die Excesse, zu denen sie nach ihren Parteieinrichtungen verleitet werden könnten, und noch mehr bedürfen wir des Schutzes gegen Hemmnisse und Störungen, mit denen sie unsere staatliche und bürgerliche Arbeit beeinträchtigen. Aber wir glauben nicht, daß man die Gefahren der Socialdemokratie durch Vereinsgesetze und andere Maßregeln im Sinne der jüngsten Umsturzvorlage beschwören kann; vielleicht kann man sie vertagen, aber nicht abwehren, und die Organisation der revolutionairen Partei ist jedenfalls nur auf dem Wege der Specialgesetzgebung zu zerstören. Deshalb halten wir es nicht für zweckmäßig, die Socialdemokraten, so

lange sie nicht Strafthaten begehen, strafrechtlich zu verfolgen und dazu neue Gesetze zu schaffen. Wir glauben vielmehr, daß die weitere Abwehr der socialdemokratischen Gefahr namentlich durch Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Ziele und Zwecke der Socialdemokratie erfolgen muß. Letztere selbst giebt nur ungern Aufschluß darüber und über das Recept, nach dem sie die Zukunft zur Zufriedenheit aller Menschen gestalten will; sie schweigt sich darüber aus, sie begnügt sich mit der Kritik und Anfechtung der jetzt bestehenden staatlichen Ordnung der Dinge. Ein altes französisches Sprichwort sagt: „La critique est aisée, et l'art est difficile.“ Genaue Auskunft darüber, wie die Socialisten die menschliche Existenz künftig einrichten wollen, haben wir nicht; nur darüber können wir nicht zweifelhaft sein, daß sie die jetzigen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen nicht als berechtigt anerkennen und an ihrer Aufrechterhaltung und Ausbildung nicht im gleichen Sinne mitarbeiten wollen wie die Majorität der Bevölkerung.

Da drängt sich doch die Frage auf: Können wir ihre Mitarbeit nicht entbehren, können wir sie nicht ausschließen, können wir nicht das Tischtuch zwischen uns und ihnen zerschneiden, indem wir ihnen die Mitarbeit an den staatlichen Einrichtungen, die sie verurtheilen, versagen? Jeder Deichverband lebt unter dem Satze: „Wer nicht will deichen, der muß weichen.“ Er soll also keinen Antheil haben an dem Schutze, den die Deiche gewähren. Die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen sind die Deiche, durch welche die menschliche Gesellschaft gegen die Ueberfluthung durch den Krieg Aller gegen Alle sich schützt, und wer daran nicht mitarbeiten will, wer erklärt, daß er nur auf den Einbruch der Fluth wartet, die die Deiche zerbricht, der soll auch bei ihnen nicht mitwirken.

Um zu einer Sonderung der beiden Strömungen zu gelangen, welche unser Volk bewegen, der der Ordnung und der der Socialdemokratie, wird es zunächst erforderlich sein, daß die Regierung es sich angelegen sein läßt, in jeder Gemeinde ein authentisches Register der Angehörigen der socialdemokratischen Bestrebungen herzustellen. Die Sache ist nicht so schwierig wie sie aussieht, wenn in den Listen über die Socialdemokraten einstweilen nur alle Diejenigen eingetragen werden, die sich selbst als Abgeordnete, Redacteure, Wahlredner u. s. w. zur Socialdemokratie bekennen; die Vervollständigung wird sich ja allmählich finden. So wie es im französischen Kriege für unsere Truppen Bedürfniß war, genau darüber unterrichtet zu sein, wer Franctireur war, von wem man erwarten konnte, plötzlich beschossen zu werden, ebenso ist es für die Ruhe und Ordnung liebende Bevölkerung nützlich, kennen zu lernen, wer von ihren Nachbarn zu Denjenigen gehört, die auf den „großen

Kladderadatsch", auf den Zusammenbruch, den Umsturz und die socialdemokratische Plünderung warten.

Die Aufstellung solcher Listen würde an sich schon Vortheile bieten, aber sie würde auch als Krystallisationspunkt für weitere legislative Maßregeln dienen können, nach welchen man Denen, die unsere staatliche Organisation in ihren Zukunftsberechnungen der Zerstörung preisgeben, die also keine zuverlässigen Mitarbeiter an deren Erhaltung sind, diese Mitarbeit versagt und sich ohne sie behilft. Wer zweifellos der socialdemokratischen Partei und ihren Bestrebungen angehört, der sollte unserer Auffassung nach weder Wähler noch wählbar sein, und wir glauben auch nicht, daß ihm die Benutzung der Sicherheiten und Bequemlichkeiten des von ihm angefochtenen und verurtheilten Staates in gleichem Maaße wie seinen übrigen Mitgliedern zustehen sollte.

Wir bringen diese Gedanken nur versuchsweise zur Sprache; nach irgend einer Richtung hin aber wird sich die Frage mit der Zeit entwickeln müssen, und es wird entweder in irgend einer Zukunft einen socialdemokratisch regierten Staat geben müssen, oder einen Staat, in dem die Einwohner, die sich als Socialdemokraten amtlich bekennen, kein Recht zur staatlichen Mitarbeit haben. Dabei ist keine Art von Gewalt oder Blutvergießen nöthig; man kann ruhig nebeneinander leben.

* * *

Das preußische Ministerium des Innern hatte den amerikanischen Versicherungsanstalten, wenn sie sich den für die deutschen Anstalten geltenden Bestimmungen nicht fügen wollten, die Fortführung des Geschäftsbetriebes in Preußen untersagt. Es wurde alles Mögliche versucht, diese Verfügung rückgängig zu machen; sogar der ominöse Herr Poultney Bigelow (vgl. Band III, S. 253 ff.) wurde ins Feld geführt. Dazu sagen die „Hamb. Nachr." am 7. Januar (A.-A.):

In verschiedenen Blättern wird berichtet, daß Herr Poultney Bigelow in Berlin eingetroffen sei, um im Auftrage des Versicherungs-Departements des Staates New York mit dem Minister des Innern über eine Zurücknahme der von der preußischen Regierung gegen die amerikanischen Versicherungsanstalten erlassenen Verfügung zu unterhandeln. Wir können nicht glauben, daß das New Yorker Versicherungs-Departement neben der der Vereinigten Staaten noch eine gesonderte Vertretung in Berlin unterhält und die Zufälligkeit der Schulfreundschaft des Herrn Bigelow mit dem regierenden Kaiser für amerikanische Vortheile auszubeuten bemüht sein sollte. Wenn Herr Bigelow eine solche Mission wirklich angenommen hätte, so würde er damit ein gleiches Maaß von Selbstüberschätzung bekunden wie sein Landsmann Stern in

Kissingen und sich in die Kategorie derjenigen Amerikaner stellen, denen das in Europa übliche Maaß von Selbstbeschränkung des Individuums fehlt. Herr Bigelow hat seine Schulfreundschaft mit hohen Herren nachgerade genügend ausgebeutet; so lange dies gesellschaftlich und publicistisch geschah, hatten wir nichts dagegen einzuwenden, sobald er seine Ansprüche aber auf das politische Gebiet überträgt, so müssen wir sie als außerhalb der Grenzen europäischer Wohlerzogenheit liegend zurückweisen.

* * *

Am 8. Januar schreiben die „Hamb. Nachr.“ (M.-A.):

Aus der Vergangenheit. Im Decemberhefte der „Deutschen Revue“ ist ein Artikel enthalten: „Fürst Bismarck und seine Mitarbeiter in der inneren Politik 1862—1878. Von Heinrich von Poschinger.“ Wir finden darin Angaben, zu denen wir einige Bemerkungen zu machen haben. In Bezug auf den Cultusminister Dr. Falk können wir bestätigen, daß Fürst Bismarck den Rücktritt des Ministers nicht veranlaßt, sondern vielmehr verhindert hat, so lange es möglich war und dem Willen Falk's entsprach. Falk lebt ja noch und wird dies bezeugen können. Sein Rücktritt ist durch die Empfindlichkeit veranlaßt worden, die seine Behandlung am Hofe, namentlich soweit der Einfluß der Kaiserin reichte, in ihm hervorgerufen hatte.

Die Angabe, daß der Handelsminister Dr. Achenbach seiner Zeit gegangen sei, weil sich seine Eisenbahnpolitik mit der des Fürsten Bismarck nicht deckte, trifft zu; unrichtig ist, daß sich Dr. Achenbach im Laufe der Zeit der Bismarck'schen Auffassung betreffend die Consolidirung des preußischen Staatsbahnbesitzes durch Ankauf der wichtigeren Privatbahnen accommodirt habe; Herr Dr. Achenbach ist bis zu Ende ein Anwalt des Privatbahnsystems geblieben, und er ist ausgeschieden, weil er auf seiner Meinung bestand. Maybach war der erste Eisenbahnminister, der auf die Ideen des Fürsten Bismarck einging.

Betreffs des Staatsministers Hofmann wird angeführt, daß Delbrück ihn selbst bei seinem Ausscheiden dem Reichskanzler als Nachfolger im Amte des Präsidenten des Reichskanzleramtes empfohlen habe. Das ist richtig; Fürst Bismarck hat daraufhin Herrn Hofmann dem Kaiser zur Ernennung vorgeschlagen. Diese Thatsache beweist, daß Fürst Bismarck mit Delbrück in Frieden geschieden ist, sonst würde er schwerlich dessen Rath befolgt und die Ernennung Hofmann's befürwortet haben. Delbrück selbst hat dem Fürsten gegenüber immer nur körperliche Erschöpfung als Grund seiner Demission geltend gemacht. Wenn der Minister Hofmann in der letzten Zeit keine genügende Fühlung mehr

mit dem Reichskanzler hatte, so rührte dies daher, daß Hofmann überhaupt eine andere Politik verfolgte als Fürst Bismarck, namentlich diejenige, die sich später in den Arbeiterschutzgesetzen und der Sonntagsruhe durchgesetzt hat. In seiner unabhängigen Stellung als preußischer Handelsminister hat Herr Hofmann öfters Initiativen genommen, die Fürst Bismarck nicht billigen konnte, und bei dem beiderseitigen Beharren auf unverträglichen Standpunkten war der Bruch unvermeidlich.

Die Veröffentlichung in der „Deutschen Revue" kommt auf den Umstand zu sprechen, daß Fürst Bismarck einen großen Theil des Jahres fern von Berlin zuzubringen pflegte, und führt dabei namentlich das Jahr 1877/78 an. Damals war Fürst Bismarck in Folge seines Abschiedsgesuchs überhaupt auf ein Jahr beurlaubt, und daß er in dieser Zeit nicht in Berlin anwesend war, ist natürlich. Außerdem hat die Erledigung der Geschäfte unter seinem Fernbleiben von Berlin niemals gelitten. Im Gegentheil, wenn sich der Fürst in Friedrichsruh aufhielt, war sein Verkehr mit den Ministern lebhafter und schneller als in Berlin. Wenn der Reichskanzler in Berlin war, so gelangten die Sachen, die er im Laufe des Tages erledigt hatte, doch in der Regel erst nach Schluß der Arbeitszeit an die verschiedenen Ressorts, in deren Büreaus sie meist einen Tag über aufgehalten wurden, bevor sie dem Kanzler wieder zur Unterschrift vorgelegt wurden. Wenn der Fürst dagegen in Friedrichsruh war, so gelangten die Ergebnisse der täglichen Arbeit der Berliner Büreaus mit dem 5 Uhr-Zuge zur Absendung nach Friedrichsruh, trafen dort um 9 Uhr ein und wurden vom Fürsten zwischen 9 und 12 Uhr erledigt, so daß sie mit dem 12 Uhr-Nachtszuge nach Berlin zurückgingen, wo sie um 5 Uhr früh wieder vorlagen. Der Geschäftsgang war von Friedrichsruh aus schneller als er von den büreaumäßigen Kanzleidienern innerhalb der Berliner Stadtmauern hätte besorgt werden können.

Auf andere Angaben des Artikels in der „Deutschen Revue" kommen wir vielleicht gelegentlich zurück.

* * *

In der (A.-A.) desselben Tages bringen die „Hamb. Nachr." folgenden Artikel:

Die Aufgaben einer deutschen Regierung. Wir sind in letzter Zeit in der Presse mehrfach der Behauptung zur Discreditirung des alten Courses begegnet, daß unter ihm „nichts mehr gelungen sei". Dieser Redensart liegt eine ungermanische Auffassung der Aufgaben der Regierung zu Grunde, eine rein französische. Die Thätigkeit einer französischen Regierung, auch mancher anderen, setzt sich aus einer Reihe von Unter-

nehmungen zusammen, welche geeignet sind, entweder das Selbstgefühl der Nation oder die Herrschsucht der Regierung zu befriedigen. Frankreich ist aus solchen Gründen nach Algier und Tunis, nach Mexiko und Madagaskar gegangen, und andere Staaten haben andere Unternehmungen gemacht, von deren Gelingen sie irgend etwas für ihre eigene Sicherheit erwarteten. In germanischen Staaten und namentlich im Deutschen Reiche wird die Regierung, wenn richtig, in einem andern Sinne aufgefaßt. Sie kann unter Umständen eine zu positiven Thaten zwingende sein, wie die Herstellung der deutschen Nationalität es war, wo die preußische Regierung aus eigener Initiative die Führung der Nation übernehmen mußte. Nachdem die Lösung dieser Aufgabe gelungen ist, kehrt eine deutsche, von Prestigebedürfniß und Herrschsucht freie Politik, wenn sie eine gewissenhafte ist, zu der Aufgabe zurück, die innere Entwickelung des Landes vor Störungen zu behüten, eine Aufgabe, bei der wenig positive und specielle Unternehmungen vorkommen werden, sondern nur solche, bei denen es sich in der Hauptsache um die Fortführung der nationalen Entwickelung handelt.

Eine deutsche Regierung wird in ihren Entschließungen nicht die Aufgabe haben, auswärtige Unternehmungen zu fördern, sondern den inneren und äußeren Frieden vor Störungen zu bewahren. Sie wird viel öfter in der Lage sein, zwischen zwei Uebeln, die zum Kriege führen können, das kleinere zu wählen und richtig einzuschätzen, als auf neue Unternehmungen auszugehen, deren Gelingen oder Mißlingen in Frage kommen könnte. Die deutsche Reichsregierung ist 1871 ins Leben getreten, zu einer Zeit also, wo die Rede allgemein dahin ging, daß wir in spätestens 5 Jahren wieder Krieg haben würden; sie hat den Frieden ein Vierteljahrhundert in Widerspruch zu allen Prophezeiungen und Bedrohungen erhalten, und sie ist in diesen langen Jahren wiederholt in der Lage gewesen, die oben bezeichnete Wahl zwischen zwei Uebeln, von denen eins nothwendig war, treffen zu müssen. Daß der innere und äußere Frieden noch heute besteht, liefert den Beweis, daß sie richtig gewählt hat und daß der Grundriß für den Aufbau des Deutschen Reiches nicht so unrichtig entworfen war wie doctrinaire Politiker seiner Zeit behaupteten.

Wir wünschen, daß auch der jetzigen Regierung „nichts gelingen" möge, was sie etwa außerhalb ihrer Aufgabe, den Frieden und die Prosperität des Reiches zu fördern, versuchen möchte. Wenn es einer Regierung unter bewegten Verhältnissen gelingt, ohne Schaden für ihr Land zu regieren, so kann man nach menschlicher Unvollkommenheit und nach germanischer Eigenthümlichkeit schon zufrieden sein. Das Regieren ist immer ein Gang auf gespanntem Seile in großer Höhe, und dabei

nicht zu fallen, schon eine Leistung, die nicht in Jedermanns Fähigkeit liegt.

* *
*

Aus Berlin wird über die Theilnahme des Fürsten Bismarck an der Feier des 18. Januar im königlichen Schloß Folgendes gemeldet:

Berlin, den 11. Januar. (Reut. Bür.). Der Fürst hatte durch ein sehr gnädiges Handschreiben Seiner Majestät des Kaisers und Königs eine Einladung zu den Feierlichkeiten erhalten, welche zur Erinnerung an die Neubegründung des Deutschen Reiches am 18. d. M. im Weißen Saale des hiesigen königlichen Schlosses stattfinden sollen. Wie wir hören, hat Fürst Bismarck, welchem in dem allerhöchsten Handschreiben auch Wohnung im königlichen Schlosse angeboten war, sich leider bei Seiner Majestät entschuldigen müssen, da nach ärztlichem Urtheil sein Gesundheitszustand es ihm nicht gestatte, die Reise und die Betheiligung an der historischen Feier in Aussicht zu nehmen.

Die „Hamb. Nachr." bemerken dazu:

Wir halten diese Mittheilung für zutreffend.

* *
*

Am 15. Januar waren der Verleger und der Berliner politische Redacteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten" Edgar Herfurth und Dr. Paul Liman als Gäste des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh. Dr. Liman's Bericht in der Nummer des genannten Blattes vom 19. Januar entnehmen wir Folgendes:

Klar ist das Auge, strahlend der Blick, aufrecht der Gang, das Haupt ist nicht gebeugt, die Aeste der Buchen mögen sich biegen unter dem Schnee des Waldes, die eisernen Glieder des eisernen Kanzlers beugen sich nicht unter dem Schnee des Alters. Solch ungebrochene Kraft könnte dem Vaterlande noch ungeheure Dienste leisten — sie muß sich zerreiben. Darum fliegt zuweilen über das Antlitz des Helden ein Hauch tiefer Melancholie — auch im goldenen Käfig trauert der Löwe. Das ist das Tragische im Schicksal Otto von Bismarck's, daß er sieht, wie Schwächere an der Arbeit erfolglos sich mühen, die er spielend vollbracht.

„Ich habe drei Stunden mit dem Bleistift gesessen, um die Formulare gewissenhaft auszufüllen, die Miquel zu Steuerzwecken versendet"

— ob einst die Geschichte gegen die Generation, die, gestützt auf das, was Andere schufen, durch Adolf Hermann von Marschall und Chlodwig Hohenlohe Staatsverträge schließen läßt, nicht Anklage erheben wird, daß die Hand, die die Kaiserproclamation von Versailles und den Frankfurter Friedensvertrag unterzeichnet hat, unthätig ruht — auch wenn am Gedenktage Tausende von Toasten erklangen und zu den Ehrbezeugungen noch neue sich gesellten?

Und wieder fliegt ein Hauch von Melancholie über die Züge des eisernen

Mannes. Draußen am Fenster wirbeln die Flocken, und die Bäume ächzen im Wintersturm. „Ich möchte wohl noch einmal die Blätter grünen sehen." Nicht nur in den Tagen festlicher Erinnerung, geweiht dem Vollbringen seines größten Werkes, werden unzählige deutsche Herzen beten, daß nicht dieser Wunsch allein sich erfülle, sondern daß noch oft der Schlag der Nachtigallen sein Ohr erfreue, daß noch oft der Strahl der Frühlingssonne seinen Scheitel umspiele. — — —

Wir haben uns zur Abendtafel gesetzt. An der rechten Seite des Fürsten hat eine Frau von bestrickendem Liebreiz Platz genommen, aus deren tiefblauen Augen hingebende Verehrung für den greisen Helden spricht. Ich selbst als Gast sitze an der anderen Seite des Fürsten, zu meiner Linken Gräfin Rantzau, die kluge Tochter des Hausherrn, die in den Tagen der Arbeit so oft an den Sorgen des Vaters theilnahm, die jetzt allem Ehrgeiz für den eigenen Gatten entsagte, um mit weicher Frauenhand ihm den Lebensabend zu verschönen. Am anderen Ende der Tafel die beiden Enkel — der dritte ist auf der Schule zu Brandenburg — bildhübsche, feurige Jungen, Bismarck'sche Art. Zuweilen fliegt ein lächelnder oder freundlich mahnender Blick des Großvaters zu ihnen hinüber, und am Schluß theilt er ihnen selbst einen Apfel, einen im Süden gereiften Kalvill.

Es werden nicht allzuviel Gänge servirt. Eine Suppe, Fisch, zweierlei Braten, Gemüse, eine süße Speise und Obst. Alles bewegt sich in ungezwungen einfachen Formen, aber in jener natürlichen Vornehmheit, die man nur in den besten Häusern des alten Adels findet. Der Fürst selbst genießt nur von einzelnen leichten Speisen, Dr. Schweninger wacht sorglich darüber, daß nicht ein Diätfehler für den nächsten Tag Beschwerden hervorruft. Auch den Getränken spricht der Hausherr nur in mäßiger Weise zu; etwas Bier und ein Glas perlenden Sects, das ist Alles. Und doch wird in die Gläser auch ein herrlicher Wein gefüllt aus jenem Riesenfaß, das pfälzische Damen dem Achtzigjährigen verehrten.

Fürst Bismarck ist über alle Fragen, welche die Oeffentlichkeit bewegen, auf das Genaueste unterrichtet, ob nun der Kämpfe der Buren gedacht, oder ob die Erfindung des Professor Röntgen besprochen wird. Jetzt sucht er in scherzhaftem Meinungsstreit mit Dr. Schweninger die Bedeutung des neuen photographischen Verfahrens für die Medicin zu erläutern, jetzt bespricht er die schweren Mängel des preußischen Wahlrechts, jetzt erzählt er davon, wie er den Bundesrath und sein Wirken sich ganz anders gedacht hat — willig giebt er jeder Anregung des Gesprächs nach, um mit weiser Mäßigung sein Urtheil zu formuliren. Nur einmal klingt leise Bitterkeit aus seinen Worten: als ich der formlosen Art gedachte, in der sein Nachfolger von seinen Räumen Besitz ergriff. Damals hat Herr von Caprivi es nicht für nöthig gehalten, dem großen Staatsmanne, dessen Amt er übernahm, seinen Besuch zu machen

und ihm bei zufälligem Zusammentreffen einen Stuhl anzubieten — nun, sein Schicksal hat ihn in Skyren ereilt, wo er, von den Meisten vergessen, von Niemandem gesegnet, sein Ende erwartet.

Den Ernst der Unterhaltung durchbricht immer wieder ein schalkhafter Excurs. So als der Hausherr seiner Schwiegermutter gedenkt, die wie alle „Damen" jeden Besuch, so unerwünscht er auch war, doch stets mit den Worten begrüßte: „Ach, wie ich mich freue, Sie zu sehen", oder als er von dem bekannten Abenteuer in Meißen spricht, wo ihn der Bahnzug während der Begrüßungsrede entführte, mit ihm zugleich aber den Champagner-gefüllten Ehrenpokal der guten Stadt.[1]) Als ich ihn ein anderes Mal fragte, ob Seine Durchlaucht nicht auch, wie Graf Moltke, das Whistspiel liebe, da meinte er scherzend:

> Schon seit Langem nicht. Ich spiele überhaupt nicht. Ich würde nur sehr hoch spielen, denn niedrig ist mir zu langweilig, und hoch darf ich als guter Familienvater nicht.

Aber immer wieder strich durch den Humor ein Zug der Melancholie:

> Seit ich nicht mehr im Amte bin, seit ich nicht mehr meine Hauptbeschäftigung habe, interessiren mich auch die Nebenbeschäftigungen nicht mehr, an denen ich früher viel Freude hatte. Es ist kein Oel mehr auf der Lampe.

Mit wehmüthigem Lächeln hört er es, wie der wackere Leibarzt ihm verheißt, das Oel wieder aufzufrischen — ein resignirtes Schütteln des Hauptes ist die Antwort.

Die lange Pfeife ist in Brand gesetzt, im behaglichen Wohnzimmer gruppiren sich die Anwesenden um den Kanzler; Kaffee, Liqueur, Cigarren und Bier werden gereicht. Mehrere Stunden schwinden dahin in flüchtigem Lauf. Auch der Gründe, die den greisen Helden fern halten von der Theilnahme an der Berliner Feier, wird gedacht und des wiederholt angeregten Gedankens, in Fragen von internationaler Bedeutung den Rath oder das Schiedswort des Kanzlers einzuholen:

> Ich würde nie einen Rath ertheilen, wenn ich nicht die Mittel hätte, ihn auszuführen. Sonst bin ich immer Derjenige, welcher ...

Die Erwähnung des Dr. Peters, der durch mich dem Fürsten den Ausdruck seiner tiefsten Verehrung hatte übermitteln lassen, veranlaßte den Fürsten zu einigen schlagenden Bemerkungen über den Gang unserer Colonialpolitik, vornehmlich über den Verlust von Sansibar, das er als einen sicheren Gewinn Deutschlands betrachtet hatte, „sobald England einmal etwas von uns

---

[1]) Vgl. Band III, S. 300. Der Vorfall betraf allerdings einen Becher der Stadt Meißen, ereignete sich aber auf dem Bahnhof Coswig a. d. Elbe.

brauchte“. Für Peters selbst fehlt es dem Fürsten nicht an innerlichen Sympathien:

> Er ist ein energischer, kleiner Kerl, aber ein Durchgänger, und er wollte für sich eine Colonialmacht sein.

Lebhaft wurde auch der Wiener Ehrenfahrt gedacht; vor Allem die Dresdener Feier hat einen tiefen Eindruck hinterlassen. „Sie konnte nicht mehr übertroffen werden.“ Auch einzelner Episoden entsann sich der Fürst mit wunderbarem Gedächtniß, so des kleinen Ortes in der Nähe von Rosenhain, wo sich in später Nachtzeit, in Sturm und Regen, doch noch einige Bauern einfanden, um ihn zu grüßen, und wo er aufstand, um ihre Treue mit herzlichem Danke zu entlohnen.

Leipzigs Bewohner dürfen stolz sein auf die Prädicate der „Thatkraft und Intelligenz“, die ihnen der greise Staatsmann ertheilte. Fürst Bismarck ist über unsere heimischen Verhältnisse auch im Einzelnen orientirt, über das, was wir haben, und über das, was uns fehlt.

Aber trotz aller Excurse — so knüpfte sich an den zufälligen Gebrauch des Imperfects „buken“ für „backten“ eine köstliche Auseinandersetzung, in der der Fürst für die alten, kräftigen Formen plaidirte — trotz aller Excurse kehrte das Gespräch immer wieder zu politischen Fragen zurück. Und immer war das Urtheil des Fürsten klar, bestimmt, treffend; oft erhellte eine kurze prägnante Wendung eine ganze zweifelhafte Situation wie mit einem Scheinwerfer. Ich fühle mich nicht befugt, private Aeußerungen der Oeffentlichkeit zu übergeben, ich begnüge mich mit der Feststellung, daß der Fürst ebenso wie über Ostasien und Transvaal, auch über Hammerstein und Stöcker, über die Einigung der nationalen Parteien, über den Kampf gegen die Socialdemokratie, über die „Maßregelung unseres Blattes“,[1]) über die Lebbien'schen Conventikel[2]) und über den Antrag Kanitz Urtheile von solcher Treffsicherheit fällte, daß mich immer neues Staunen ergriff über die sieghafte Geistesgewalt, die in dem wundersamen Mann lebt.

Die Stunden flohen, wir zogen davon — die wogenden Bäume verdeckten alsbald das aus den Fenstern schimmernde Licht.

Einsam liegt der Sachsenwald. Einsam, wenn ihn auch die Liebe der Seinen umgiebt, ist auch der eiserne Kanzler. Ihm fehlt — die Arbeit.

---

[1]) Nach wiederholten, aber vergeblichen amtlichen Verwarnungen, nicht so nachdrücklich die Politik des Fürsten Bismarck zu vertreten, wurde den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ mit Beginn des Jahres 1896 der Charakter als Amtsblatt entzogen. Sie waren dem Herrn von Boetticher schon längst ein Dorn im Auge gewesen.

[2]) Im Hause der verwittweten Frau Geheimrath von L. in Berlin fanden in den letzten Jahren der Bismarck'schen Kanzlerschaft vertrauliche Zusammenkünfte statt, in denen so Mancherlei gegen den mächtigen Mann ersonnen und gesponnen ward. Einer der eifrigsten Theilnehmer war der Specialfreund des Hauses, der spätere Reichskanzler von Caprivi!

Draußen aber im Reiche, das er geschaffen, ist es hell — Lichterglanz, Jubel, schäumende Pocale, feurige Reden.

* * *

Am 18. Januar, dem 25. Jahrestage der Kaiserproclamation in Versailles, theilen die „Hamb. Nachr.“ mit:

Der Kaiser hat dem Fürsten von Bismarck am heutigen Tage in einem sehr gnädigen Handschreiben Allerhöchstseinen Dank für seine Verdienste um die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches auszusprechen und zugleich von Allerhöchstseinem Beschlusse Mittheilung zu machen geruht, zur bleibenden Erinnerung an sein unvergeßliches Wirken für Kaiser und Reich sein Bildniß in ganzer Figur und in Lebensgröße malen zu lassen und demselben einen Ehrenplatz im Reichskanzlerpalais anzuweisen.

Hier der Wortlaut des kaiserlichen Handschreibens:

Mein lieber Fürst!

Ich kann den heutigen Tag, an welchem vor 25 Jahren durch die Kaiser-Proclamation zu Versailles der Bund der deutschen Fürsten und Stämme gekrönt und der Schlußstein dem neu errichteten Bau des Deutschen Reiches eingefügt wurde, nicht vorübergehen lassen, ohne Ihrer hervorragenden Verdienste um das glückliche Gelingen dieses welthistorischen, für unser deutsches Vaterland so segensreichen Wirkens zu gedenken und Ihnen meinen unauslöschlichen Dank zum Ausdruck zu bringen.

Zur bleibenden Erinnerung an Ihre Meinem hochseligen Herrn Großvater wie dem Reiche in jener großen Zeit geleisteten Dienste habe ich beschlossen, Ihr Bildniß in ganzer Figur und in Lebensgröße malen zu lassen und ihm einen Ehrenplatz im Reichskanzler-Palais anzuweisen. Mein Oberhof- und Haus-Marschall wird dieserhalb das Weitere in die Wege leiten.

Ich verbleibe allezeit Ihr wohlgeneigter

Berlin, den 18. Januar 1896. Wilhelm, R.

In der Botschaft, die der Kaiser am 18. Januar im Weißen Saale des königlichen Schlosses in Berlin verlas, findet sich der Satz:

„In festem Vertrauen auf die Führung des großen Kaisers und auf den Rath bewährter Staatsmänner, insonderheit seines Kanzlers des Fürsten Bismarck stellten sich die werkthätigen Kräfte der Nation rückhaltlos in den Dienst der gemeinsamen Arbeit.“

Vom Prinzregenten Luitpold von Bayern erhielt der Fürst am 18. Januar folgendes Telegramm:

„Zum Jubelfeste des Deutschen Reiches erlaube ich mir, Euer Durchlaucht meine aufrichtigen Glückwünsche zu senden. Sie können mit stolzer Genug-

thuung nach Verlauf eines Vierteljahrhunderts auf das Werk zurückblicken, das unter Ihrer hervorragenden Mitwirkung geschaffen wurde."

* * *

Ferner erhielt Fürst Bismarck noch folgende Telegramme von deutschen Bundesfürsten:

Von König Wilhelm von Württemberg:

Eine zur Feier des 25jährigen Reichsjubiläums vereinigte Festversammlung sendet dem Mitbegründer des Deutschen Reiches den Ausdruck ihres unauslöschlichen Dankes und ihrer herzlichen Verehrung.

Wilhelm, König von Württemberg.
Das Festcomité: Prinz Hermann von Sachsen-Weimar.
Oberbürgermeister Rümelin.

Darauf antwortete der Fürst:

Eure Majestät bitte ich unterthänigst, für Allerhöchst deren gnädige Begrüßung meinen ehrfurchtsvollen Dank in Gnaden entgegen zu nehmen und den Ausdruck desselben dem Festcomité aussprechen lassen zu wollen.

v. Bismarck.

Vom Großherzog Friedrich von Baden:

Bei der heutigen Feier der 25. Wiederkehr des Tages der Kaiser-Proclamation entbietet die zahlreich versammelte Bürgerschaft der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe dem ersten Kanzler des neu erstandenen Reiches in dankbarer Empfindung dessen, was er um die Einigung und Wiederherstellung des Vaterlandes Großes vollbracht hat, ihren ehrfurchtsvollen Gruß.

Friedrich, Großherzog von Baden.
Oberbürgermeister Schnetzler.

Die telegraphische Antwort des Fürsten hierauf lautete:

Euer Königliche Hoheit lege ich für Höchstderen gnädige Beglückwünschung zum heutigen Tage meinen ehrfurchtsvollen Dank wiederholt zu Füßen mit der unterthänigsten Bitte, dem Herrn Oberbürgermeister Schnetzler den verbindlichsten Ausdruck desselben für die Kundgebung der Haupt- und Residenzstadt mittheilen lassen zu wollen.

v. Bismarck.

Vom Großherzog Friedrich Franz (III.) von Mecklenburg-Schwerin:

Cannes, den 18. Januar 1896.

Im Andenken an die herrliche Feier vor 25 Jahren, die an Euer Durchlaucht Seite zu verleben mir vergönnt war, und die die ganze großartige

Lebensarbeit Euer Durchlaucht in so wunderbar erhabener Weise krönte, bitte ich den Ausdruck meiner unbegrenzten Verehrung und meiner unwandelbaren Anhänglichkeit an Euer Durchlaucht freundlich entgegennehmen zu wollen.

Friedrich Franz.

Vom Großherzog Carl Alexander von Sachsen:

Als Deutscher, als Reichsfürst, als Ihr besonderer Verehrer und Freund wünsche ich Euer Durchlaucht Glück zu dem heutigen Tage. Der allmächtige Gott hat durch Sie unser Vaterland vereinigt, das Deutsche Reich wieder aufgerichtet. Indem wir Deutsche Ihnen dafür danken und Sie preisen, empfinden wir, was Euer Durchlaucht geleistet. Der Allmächtige wolle fortan erhalten und im reichsten Maaße segnen, was Sie gethan. Ich spreche dies in tiefer Bewegung, weil auch im Gedenken an den hochseligen Kaiser Wilhelm, meinen Schwager, wie an die Kaiserin, meine Schwester, auch im Namen der Großherzogin aus. Sie aber ermessen, wie herzlich dies meint

Euer Durchlaucht innigst ergebener Freund

C. A.

Vom Herzog Georg von Sachsen-Meiningen:

Dem Manne, ohne den wir heute kein einiges deutsches Vaterland hätten, drücke ich wie vor 25 Jahren in Ehrerbietung die Hand und bitte ihn zu glauben, daß ihm an diesem Tage kein Herz treuer entgegenschlägt als das meinige. Georg.

* * *

Die Deutschconservativen, die Reichspartei und die Mitglieder der Deutschen Reformpartei sandten folgende Depesche an den Fürsten Bismarck:

Erfüllt von dem Hochgefühl der Feier des Tages, an welchem vor 25 Jahren das neue Deutsche Reich in Macht und Herrlichkeit erstand, gedenken wir unterzeichneten Mitglieder des Reichstages heute in Dankbarkeit und Verehrung Euer Durchlaucht, Hochderen unvergleichliche Staatskunst unserem heimgegangenen großen Kaiser Wilhelm die Begründung des Reiches ermöglichte. Wir bitten Euer Durchlaucht, den ehrerbietigen Ausdruck dieser Empfindung huldvoll entgegenzunehmen. Mit dem freudigen Gefühl, daß es Euer Durchlaucht vergönnt ist, inmitten einer dankbaren Nation den heutigen Tag zu erleben, vereinigt sich in uns der herzliche Wunsch, daß Euer Durchlaucht noch lange Jahre in Gesundheit und Rüstigkeit beschieden sein mögen.

* * *

Die Jubelfeier des 18. Januar wurde von den nationalliberalen Fractionen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses bei sehr großer

Betheiligung durch ein Festessen im Kaiserhof begangen. Der Abgeordnete von Eynern brachte den Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck aus. Wie das dreimalige Hoch auf den Fürsten, so fand auch die Verlesung des abzusendenden Telegramms stürmische Zustimmung. Es lautete:

„Fürst von Bismarck, Friedrichsruh. Die parlamentarischen Fractionen der nationalliberalen Partei des Reichstages und des Abgeordnetenhauses mit den Kollegen aus der großen Zeit der Reichsbegründung festlich vereinigt, bringen Ew. Durchlaucht, dem Reichsbaumeister, unserem unvergleichlichen, in der Geschichte unvergänglichen ersten Kanzler des Reiches, dessen vaterländisches Wirken zu fördern ihnen immer zum Stolze gereichte, dankbaren deutschen Gruß und herzliche Wünsche für das fernere Wohlergehen dar. gez. v. Bennigsen. Dr. Bürklin. Dr. Krause. v. Eynern."

Die in später Abendstunde hierauf eingegangene, an Herrn von Bennigsen gerichtete Antwort des Fürsten lautet:

> Eure Excellenz bitte ich, Ihren Herren Fractionsgenossen für die ehrenvolle Begrüßung im Rückblick auf unsere langjährige Mitarbeiterschaft meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. v. Bismarck.

* * *

Am Abend des 18. Januar fand in Berlin in der Philharmonie anläßlich der 25jährigen Jubelfeier der Begründung des Reiches ein zahlreich besuchter Festcommers statt.

An den Fürsten Bismarck wurde unter allgemein begeisterter Zustimmung nachstehende Depesche abgesandt: „Die zur nationalen Gedenkfeier heute in der Philharmonie zu Berlin vereinte Festversammlung bringt Euer Durchlaucht als dem Schöpfer des Deutschen Reiches den begeisterten Huldigungsgruß unauslöschbarer Dankbarkeit dar. Möchte es dem deutschen Volke vergönnt sein, Euer Durchlaucht noch lange Jahre in seiner Mitte zu sehen, gestärkt und gehalten durch den Ausblick auf ein an Kraft und Weisheit, an Ehre und Wohlstand wachsendes Vaterland.

Namens des Festausschusses: von Levetzow. Kyllmann."

Von dem Fürsten Bismarck ging hierauf folgende telegraphische Antwort ein:

„Herzlichen Dank für die ehrenvolle Begrüßung. v. Bismarck."

* * *

Außer fast zahllosen Depeschen aus allen Theilen des Reiches liefen auch von den Deutschen jenseits der Reichsgrenzen zahlreiche Glückwünsche in Friedrichsruh ein. So schickte z. B. der Reichsdeutsche Verein Niederwald in Wien folgenden Glückwunsch:

„Zum 25. Geburtstag des Deutschen Reiches haben sich die Mitglieder des Vereins ‚Niederwald' mit ihren Damen zahlreich versammelt. Freudig

ziehen unsere Gedanken weit über die Lande nach dem fernen Friedrichsruh, den suchend, dessen herrliches Lebenswerk am 18. Januar 1871 seine Krönung fand — die Neubegründung des Deutschen Reiches und die Wiederherstellung der alten Kaiserwürde zu Ruhm und Ehre des deutschen Volkes! Gott behüte dieses Werk und segne Euer Durchlaucht immerdar! Unsere Dankbarkeit und Treue und Anhänglichkeit fassen wir in den brausenden Ruf zusammen: Der Altreichskanzler Fürst Bismarck, des Reiches großer Baumeister hoch, hoch, hoch!

Für den Verein ‚Niederwald‘ Generaldirector Oertel, Präsident.
C. Otto Rotter, Vicepräsident.“

Der „Deutsche Verein in Wien“ telegraphirte an den Fürsten Bismarck:

„Am 25. Jahrestage der feierlichen Ausrufung des deutschen Kaiserreiches zu Versailles sendet dem größten deutschen Staatsmann, dem Schöpfer und ersten Kanzler des Deutschen Reiches ehrfurchtsvollen begeisterten Gruß und Glückwunsch der national gesinnten Deutschen Oesterreichs der Deutsche Verein in Wien.“

* * *

In den „Hamb. Nachr.“ erläßt Fürst Bismarck folgende Danksagung:

Friedrichsruh, 20. Januar 1896.

Zur Jubelfeier des 18. Januar habe ich von meinen Mitbürgern in der Heimath und in der Fremde so zahlreiche schriftliche und telegraphische Begrüßungen erhalten, daß ich leider nach meinen Arbeitskräften nicht im Stande bin, dem Einzelnen meinen Dank auszusprechen. Ich bitte deshalb Alle, die meiner bei dieser Gelegenheit so freundlich gedacht haben, meinen herzlichen Dank hierdurch entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

* * *

Folgende Berichtigung enthalten die „Hamb. Nachr.“ am 22. Januar (A.-A.): Die auswärts über eine plötzliche schwere Erkrankung des Fürsten Bismarck verbreiteten Gerüchte entbehren jeder Begründung. Der Fürst befindet sich vollkommen wohl.

* * *

Ueber eine etwaige Vermehrung unserer Flotte geben die „Hamb. Nachr.“ am 27. Januar (A.-A.) folgendes Urtheil ab:

Gegenüber den Zeitungsnachrichten, betreffend neue Marineforderungen, halten wir an der Auffassung fest, daß wir allerdings mehr Kreuzer als bisher brauchen, um den Aufgaben zu genügen, die der deutschen Marine gestellt sind. Wenn höheren Orts eine darüber hinaus-

gehende Vermehrung der Flotte erstrebt wird, so wird man abzuwarten haben, wann und wie die entsprechenden Forderungen gestellt werden. Wir haben keine Neigung, das Uebermorgen vor dem Morgen zu behandeln, sondern wir wünschen zunächst einmal den dringendsten Bedarf befriedigt zu sehen, ohne die Darleiher und Steuerzahler mit der Androhung weiterer Forderungen zu ängstigen. Qui trop embrasse, mal étreint. Eins nach dem Andern. Vor der Hand brauchen wir nur gepanzerte Kreuzer mehr. Wir müssen so viele Schiffe haben, daß wir jeder Zeit, ohne in Verlegenheit zu gerathen, welche davon irgendwohin schicken können, wo sie gerade gebraucht werden. Daß eine Vermehrung der großen Schlachtschiffe fürs Erste nöthig sein wird, glauben wir nicht.

* * *

In derselben Nummer lesen wir:

In einer Besprechung der Haltung des „Kreuz-Zeitungs"-Comités in Sachen Hammerstein untersuchte kürzlich die „Voss. Ztg." den strafrechtlichen Begriff der „Begünstigung" und kam dabei auf den Fall Boetticher-Berg[1]) in einer Weise zu sprechen, welche einige nachträgliche Bemerkungen unsererseits erfordert. Das Vossische Blatt sagt unter Anderm, der Thatbestand der Begünstigung sei in diesem Falle vollkommen ausgeschieden, „denn Alles was geschah, geschah mit Vorwissen des Fürsten Bismarck". Wir stellen dem gegenüber nochmals fest, daß Fürst Bismarck von der ganzen Sache erst in einem späteren Stadium Kenntniß erhalten hat, als die „Voss. Ztg." annimmt. Am frühesten ist natürlich der Präsident der Reichsbank unterrichtet gewesen. Der hat aber damals nicht, wie es vielleicht amtlich indicirt gewesen wäre, dem obersten Bankchef, dem Reichskanzler, Anzeige gemacht, sondern sich zunächst mit dessen Stellvertreter, mit Herrn von Boetticher ausgesprochen, um diesem Zeit zur Sanirung der Lage zu lassen. Diese Sanirung war durch Herrn von Boetticher und andere Verwandte des Stralsunder Bankdirektors, sowie durch einige Berliner Bankhäuser provisorisch erfolgt, bevor der Reichskanzler über den ganzen Vorgang amtlich unterrichtet wurde. Und auch dann ist demselben zunächst die Thatsache nicht bekannt geworden, daß dabei Dinge in Frage kamen, die eine Anzeigepflicht involviren konnten. Wenn eine solche bestand und verletzt worden ist, so ist dies also nicht, wie die „Voss. Ztg." meint, mit Vorwissen des Reichskanzlers geschehen, dessen ganze Befassung mit der Sache sich darauf beschränkte, zu verhüten, daß ein Minister, zu dessen Obliegenheiten u. A. auch die Vertretung des Reichskanzlers in Banksachen ge-

---

[1]) Vgl. in Band VI den Artikel der „Hamb. Nachr." vom 13. October 1895 (M.-A.).

hörte, in einem drückenden Schuldverhältnisse zu einigen Berliner Bankhäusern stand, wenn er dem Dienste erhalten bleiben sollte.

* * *

Unter der Ueberschrift „Preßpolitik“ bringen die „Hamb. Nachr.“ am 28. Januar (A.-A.) folgende Ausführungen:

Die „Kreuz-Ztg.“ druckt unsern neulichen Artikel über die Aufgaben einer deutschen Regierung ab und schreibt dazu, es sei nicht recht klar, was dieser Artikel solle. Darauf haben wir zu erwidern, daß ein Preßorgan, das sich in den Grenzen seiner kritischen Aufgabe hält, überhaupt nicht mit jedem Artikel, den es liefert, etwas „will“ oder erstrebt, namentlich nicht, sich in die Geschäftsleitung der Regierung einzudrängen. Wenigstens verstehen wir unsere Aufgabe in der Presse nur so, daß wir uns zur Kritik dessen, was geschieht, berechtigt und verpflichtet halten, ohne daß wir mit jedem Artikel eine gewisse Streberei in Bezug auf die Gestaltung der Zukunft verbinden. Das Bessermachen ist Sache der Regierung, resp. der Parlamente; unsere Aufgabe und unsere Absicht beschränken sich darauf, zu mißbilligen und zu loben, was uns mißfällt oder uns anerkennenswerth erscheint. Es ist bezeichnend für die „Kreuz-Ztg.“, daß ihr dieser Standpunkt der Presse vollständig fernliegt und daß sie eben ihre Redaction nicht objectiv und kritisch, sondern streberisch und einflußnehmend auffaßt. Unser Artikel hatte keinen anderen Zweck, als unsere politischen Ansichten darzulegen, ohne Rücksicht auf Streberei und Fractionsrivalitäten. Wir bleiben dabei, den Wettbewerb der Fractionen als unlauter zu bezeichnen und ebenso den Wettbewerb mancher Redactionen untereinander. Die Bemerkung, daß ihr nicht klar sei, was unser Artikel wolle, war von Seiten der „Kreuz-Ztg.“ vollständig überflüssig, und ein Ausdruck ihrer traditionellen Bissigkeit gegen alle ihr nicht dienstbaren Erscheinungen. Die „Kreuz-Ztg.“ hat niemals, soweit wir zurückdenken können, eine versöhnende oder auch nur wohlwollende Tonart gegen andere Blätter angeschlagen, und sie verfällt damit in die Krankheit der Presse der meisten anderen Länder, eine Krankheit, die sich am acutesten in dem Ursprungslande der politischen Presse entwickelt hat, in England, wo sie sich noch in den jüngsten Tagen in dem heuchlerischen Gebrüll des englischen Preßlöwen über die Transvaalfrage Deutschland gegenüber gekennzeichnet hat.

Die Beziehungen Englands zu Deutschland waren bisher gerade nicht intim, aber auch nicht schlecht. Das unverschämte und beleidigende Lärmen der englischen Presse bei Gelegenheit einer persönlichen Meinungsäußerung des deutschen Kaisers hat aber ohne Zweifel thatsächlich die

Situation verschoben. Jedes Land ist für die Tonart seiner Presse verantwortlich. Die Bedeutung der englischen Presse ist in dieser Richtung auf dem Continente vielleicht überschätzt, aber diese Ueberschätzung kommt gegenüber den rohen und unmotivirten Beleidigungen, wie sie die Mehrheit der angesehenen englischen Blätter eine Zeit lang gegen Deutschland gebracht haben, erst recht zur Hebung. Wir sind weit entfernt, ein Bedauern hierüber auszusprechen, denn wir glauben, daß die Stimmung, wie sie für England lange Zeit bei uns bestanden hat, solcher Abkühlung bedurfte. Sie war wohlwollender gegen England als durch irgendwelche Gegenseitigkeit gerechtfertigt erschien. Sind wir England nach irgend einer Richtung hin Dank schuldig für eine freiwillige sympathische Unterstützung der deutschen Politik? Wir wollen von den Kriegen zu Anfang des vorigen Jahrhunderts und von dem siebenjährigen Kriege nicht sprechen, wo der französische Ausdruck perfides Albion von Seiten Deutschlands angezeigter gewesen wäre als je auf französischer Seite; aber von der Zeit des Wiener Congresses ab, in den deutschen nationalen Fragen, in der schleswig-holsteinischen, in unseren polnischen Schwierigkeiten, im französischen Kriege von 1870/71, in unseren colonialen Verhältnissen — haben wir da jemals einen Moment erlebt, wo die deutsche Politik die Empfindung gehabt hätte, daß England mit uns sympathisire? Und haben wir jemals von der englischen Diplomatie erlebt, daß sie ein deutsches Interesse gefördert hätte? Nach den Freiheitskriegen hat man dem alten Blücher in England die Hände zerdrückt in Erinnerung an den Beistand, der zur Niederwerfung des gefährlichsten Feindes der Engländer geführt hatte; aber gleichzeitig auf dem Wiener Congresse war England der Hauptgegner der deutschen nationalen und der preußischen dynastischen Interessen, und wenn 1814 Napoleon nicht von Elba zurückgekommen wäre, so hätten wir es wahrscheinlich erlebt, daß das Wiener Bündniß zwischen England und den früheren gemeinschaftlichen Gegnern Frankreich und Oesterreich sich in blutige Kämpfe gegen die bisherigen Bundesgenossen, gegen Preußen und Rußland umgesetzt hätte.

Der einzelne Engländer ist für uns sympathisch, die englische Politik ist niemals wohlwollend für uns gewesen, und die englische Presse hat Deutschland früher ebenso mit Geringschätzung behandelt, wie sie uns heute feindliche Eifersucht zeigt; ersteres geschah aus Hochmuth, letzteres aus Angst vor dem made in Germany. Wir heben hier nur die Thatsache hervor, daß die englische Presse durch die rohen Ausbrüche, mit denen sie ihre heuchlerische Mißbilligung des Jameson'schen Freischaarenzuges verleugnete und mit denen sie offen zur Kenntniß Europas brachte, daß sie eigentlich gehofft hatte, die Frucht dieses Raubzuges für England

zu retten, — daß sie durch diese wilden Ausbrüche, obschon sie nur aus Druckerschwärze auf Papier bestanden, doch das gute Einvernehmen zweier großer Nationen geschädigt hat. Für die einzelnen Redactionen handelt es sich dabei, wie man annehmen darf, in erster Linie um Geldfragen und Popularität; sie sind eben doch noch in höherem Grade Redactionen als Engländer und Politiker, und wenn die Zeitung prosperirt, so kommt das Landesinteresse erst in zweiter Linie.

Dieselben Erwägungen möchten wir auch unseren deutschen Blättern empfehlen und namentlich der „Kreuz-Zeitung", die Redactions- und Fractionsinteressen nicht vor die Landesinteressen zu stellen; auch die Delirien der Zeitungen haben plectuntur Achivi zur Folge, und wir halten die Redactionen für gewissenlos, die diese Seite der Sache absolut ignoriren und ihre Aufgabe in der immer größeren Verhetzung der Fractionen und Redactionen untereinander finden und bethätigen. Versöhnliche Preßerzeugnisse, denen man das Bestreben anmerken könnte, die Gegensätze zu mildern und die Einigkeit auch nur der monarchisch gesinnten Preßorgane zu fördern, sind bei uns in Deutschland eine seltene Erscheinung, was man in England doch nicht sagen kann. Der innere Zwiespalt in England wird durch die englische Presse nicht gefördert, sondern häufig wenn nicht versöhnt, doch überklebt, verschwiegen, geleugnet; bei uns aber scheint seine Pflege und Verbitterung durch gegenseitige Beschimpfung die Hauptaufgabe der Preßorgane zu bilden.

Wir knüpfen diese Erörterung an die nach der üblichen Praxis maßvolle Kritik an, die unsere neulichen Darlegungen in der „Kreuz-Ztg." erfahren haben, aber im Rückblick auf die Gesammtthätigkeit der königstreuen Blätter in ihrer gegenseitigen Bekämpfung.

* * *

In der „Braunschweigischen Landes-Zeitung" finden wir folgende auf den Fürsten Bismarck bezügliche Auslassung:

„Was nicht wieder alles dem Fürsten Bismarck in die Schuhe geschoben wird! Man schlägt zwar auf die ‚Hamburger Nachrichten', aber den Fürsten meint man. Schneidet die ‚Vossische' den Fall Boetticher-Berg wieder an, so schreit das ganze bismarckfeindliche Lager Zeter-Mordio, weil die ‚Hamb. Nachr.' nach ihrer Information die Sache nochmals richtig stellen. Bei der Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens an die Minister Camphausen und Delbrück ward das Verhältniß dieser beiden ehemaligen Minister in die Discussion gezogen — die ‚Hamb. Nachr.' halten diesen Aeußerungen ihre Auffassung von den Gründen des Rücktritts Camphausen's gegenüber, und nun fällt wiederum alles über den Fürsten Bismarck her und beschuldigt ihn, er habe die Erörterungen über diese Personalfragen angefangen! Am

liebsten freilich würden die Gegner Bismarck's die Mundsperre über ihn verhängen. Würden die Mittheilungen der ‚Vossischen‘ und die Darlegungen, die sich an die Ordensverleihungen Camphausen's und Delbrück's anknüpften, unberücksichtigt geblieben sein, so hätte es ohne allen Zweifel geheißen: ‚Seht Ihr, wie recht wir gehabt haben — — der Mann im Sachsenwalde schweigt, er ist überführt!‘ Nun aber Fürst Bismarck absichtliche Entstellungen der Thatsachen ruhig hinzunehmen weder gewillt noch gewohnt ist, da schreit alles wieder von Neuem über den unruhigen Geist, der stets alte Geschichten aufrühre! Das ist nun einmal die Taktik der Bismarckhetzer: der Fürst mag thun und lassen was er will, stets finden sich seine Gegner bereit, ihm einen Strick zu drehen. Am frivolsten tritt jedoch die Verdächtigung des Fürsten Bismarck in einer freisinnigen Correspondenz auf, die den Artikel der ‚Hamb. Nachr.‘ zum Geburtstage des Kaisers dazu benutzte, um eigene Erfindungen über Krisengerüchte in die Welt zu setzen und dann die ‚Hamb. Nachr.‘ resp. den Fürsten Bismarck dafür verantwortlich zu machen."

Dazu bemerken die „Hamb. Nachr.":

Wir können dieser Darstellung das Zeugniß nicht versagen, daß sie in allen Punkten zutrifft. Das Braunschweiger Blatt hat sich jedenfalls das Verdienst erworben, einmal nach Gebühr gekennzeichnet zu haben, was, wie wir aus zahlreichen an uns gerichteten Zuschriften wissen, in weiten Kreisen des deutschen Volkes längst mit Unmuth empfunden worden ist.

* * *

Der „Pfälzische Courier" bringt am 1. Februar unter der Ueberschrift „Ein Eselsfußtritt" über ein wenige Tage vorher im Reichstage stattgefundenes Vorkommniß einen Artikel, der so zutreffend ist, daß wir ihm hier einen Platz nicht versagen können. Er lautet:

In stiller Waldeinsamkeit lebt in bescheidenem Hause ein alter Mann. In einem langen, mühevollen, aber auch segensreichen Leben sind ihm Ehren zu Theil geworden, wie sie die Schicksalsgöttin nur selten ihren auserlesensten Lieblingen zu Theil werden läßt, und doch wird einst noch die Nachwelt von ihm sagen, daß alle Ehren nicht das aufzuwiegen vermochten, was er unter schweren Kämpfen vollbracht, was er für sein Volk geleistet.

Jahrhunderte werden vergehen, bevor aus der Mitte unseres Volkes wieder ein Mann ersteht, der Aehnliches vollbringt. Seine Wiege hat nicht in einem Herrscherhause gestanden, kein goldener Reif hat seine Stirn geziert, und doch stand er, gleich den alten Herzögen der ersten Jahrhunderte unserer Geschichte, die vor dem Heere „herzogen", als ragende Führergestalt an der Spitze der Nation. Ja noch mehr — er war nicht nur der Führer, er war der Schöpfer der Nation. Mit bitterem Hohn konnte von ihm ein deutscher Kaiser sagen, er sehe Sachsen, Schwaben, Franken in sein Schloß einziehen,

aber die Deutschen sehe er nirgends, deren Kaiser man ihn nenne; vergebens mochte einer der Lieblingssänger unseres Volkes in feurigem Sang verkünden, das deutsche Vaterland sei nicht Sachsen- und nicht Schwabenland und nicht das „Oesterreich, an Ehren und an Siegen reich“, des Deutschen Vaterland müsse größer sein — wo war und blieb der Deutsche?

Erst die Eisenfaust des alten Mannes in dem einsamen Walde hat uns nicht nur ein Deutsches Reich geschaffen, sondern auch die Dutzende und aber Dutzende kleiner Stämme verschmolzen zu einer großen Nation. Und wenn er heute sinnend unter den Baumriesen seines Waldes hinschreitet, ist er nicht allein: in allen Wipfeln rauscht es, Erinnerungen an ein reiches Leben umschweben ihn, denn die Geschichte seines Lebens ist zugleich ein Menschenalter deutscher Volksgeschichte.

Für all das Große, Unvergeßliche, Unvergängliche, das dieser Mann in seinem Leben vollbracht, haben Fürsten und Volk ihm als ihren Dank zu Füßen gelegt, was sie zu bieten vermochten. Mit von Dankbarkeit überschwellendem Herzen ließ am Geburtstage des „großen Kanzlers“ der große Kaiser seine Blicke verlegen um sich schweifen, denn er wußte nicht mehr, was er ihm noch an Ehren und Auszeichnungen spenden solle, sie waren ihm alle schon längst zu Theil geworden; sein Volk aber hat ihm eine Ehrung bereitet, der die Geschichte aller Zeiten nichts Gleiches zur Seite zu stellen vermag: eine neue Völkerwanderung sah das bescheidene Herrenhaus im Sachsenwalde an sich vorüberziehen, ein ganzes Volk wallfahrtete nicht zu den Gebeinen eines Heiligen, sondern zu einem Lebenden, dem es in unendlicher Liebe und Verehrung zujauchzte. Aus fernen Erdtheilen, über die Meere her kamen sie gezogen, in deren Brust er wieder die Liebe zur Allmutter Germania geweckt, die er gelehrt, sich stolz als Deutsche zu fühlen, und auf dem ganzen Erdenrund ist überall, wo Deutsche wohnten, der Tag, an dem er geboren, als Fest- und Freudentag gefeiert worden.

Und nicht sein eigenes Volk allein, auch fremde Völker haben ihm den Tribut der Dankbarkeit und Verehrung zu Füßen gelegt, weil er, nachdem er sein Volk zu unvergänglichen Großthaten auf dem Schlachtfelde geleitet, ein starker Hort des Weltfriedens geworden ist, zu dessen mächtigstem Schutz und Schirm er die große Schöpfung seines Lebens gemacht.

Als es im Dunkeln schleichenden Mächten gelungen war, die Saat der Mißverständnisse im Kaiserschlosse auszustreuen und den Riesen, an dem bisher alle Stürme wirkungslos vorübergebraust, zu Falle zu bringen, da ging ein Beben durch die Welt, so wie die Erde erbebt, wenn ein Orkan im Walde einen der hundertjährigen Baumriesen entwurzelt, und wie sich die Stille dumpfer Betäubung über Deutschland lagerte, so fragte man sich in der ganzen Welt, ob Deutschland so reich an Bismarck's sei, daß es diesen einen missen könne. Kein beredteres Zeugniß seiner Größe aber konnte es

geben, als den Jubel, in den der Erbfeind des deutschen Volkes bei der Nachricht von dem Sturze des Gefürchteten ausbrach. Wohl freute man sich, daß Deutschland sich selbst des bewährtesten Armes beraubte, den es besaß; aber der Jubel entsprang doch viel mehr dem Bewußtsein, daß das deutsche Volk, das seinen größten Sohn in dumpfem Schweigen von dem Felde scheiden sah, auf dem er ein Menschenalter hindurch für seinen Ruhm und seine Größe gewirkt, daß dieses deutsche Volk sich der Rolle nicht gewachsen zeigte, die der Scheidende ihm im Rathe der Völker errungen.

Die Deutschen sind doch kein großes Volk, jubelte man damals jenseits der Vogesen, denn sie wissen ihre großen Männer nicht zu ehren; wir hätten diesen, wenn er für uns gethan, was er für Deutschland vollbrachte, als Halbgott zu den Sternen erhoben.

Lag in dieser Aeußerung nicht eine stille Andeutung, daß in Frankreich ein Parlament, das einem solchen Manne die verdiente Ehrung versagte, wäre hinweggefegt worden von dem Sturme der öffentlichen Meinung? Der deutsche Michel aber hat nach der Ohrfeige, die ihm im Reichstage zu Theil geworden, zwar so laut geschrieen, daß alle Nachbarn es hören konnten, zu einer That jedoch, die dem Beleidiger den Schimpf heimzahlte, hat er sich nicht aufgerafft. Es geschieht ihm nur recht, wenn er nun auch auf die andere Wange einen derben Schlag erhält. Wahrscheinlich wird er sich wieder damit trösten, daß die Gemeinheiten auf den zurückfallen, der sie ausspricht, und daß die Pygmäe Auer, als sie dem Riesen Bismarck „tiefe Gemeinheit der Gesinnung" vorwarf, nur einen tiefen Griff in den Abgrund der eigenen gemeinen Gesinnung gethan habe. Er wird in der eines Deutschen so sehr würdigen schönen Redeblüthe nur einen Eselsfußtritt sehen. Aber Auer, der schon einmal „schlauer" war als man ihm zugetraut, zieht sich auch hier unversehrt aus der Schlinge, man wird es kaum der Mühe werth halten, mit Worten auf seinen Angriff zu erwidern.

Nicht schweigen kann man aber, wenn auch von anderer Seite, die speciell berufen ist, über den Parteien zu stehen, die Gelegenheit benutzt wird, einen Fußtritt auszutheilen, der einem Einzigen gilt, aber die Mehrheit des Volkes trifft. Der Präsident des Reichstages hat es nicht für nöthig gefunden, die Glocke, die er sonst so eifrig schwingt, ertönen zu lassen und durch einen Ordnungsruf Ausdrücke zu rügen, die Millionen die Schamröthe ins Gesicht treiben und die nur im Wörterbuch dieses Reichstages als parlamentarische gelten können. Wahrlich dieser Reichstag baut eifrig weiter an dem Denkmal, dessen Grundstein er mit der patriotischen Abstimmung vor dem 1. April des vorigen Jahres gelegt hat! Der taube Mann auf dem Präsidentensitz, der nicht hört, wie der größte Deutsche mit Schmutz beworfen wird, und wie die Entrüstung darüber im Hause zu stürmischem Ausbruch kommt, dieser taube

Mann ist das würdige Haupt eines Parlaments, das taub ist gegen Alles, was des deutschen Volkes Herz bewegt, und das dagegen taub bleiben wird, bis eines Tages die Stunde schlägt, in welcher der deutsche Michel erwacht und scharf ins Gericht geht mit allen denen, die da glauben, ewig ungestraft sich an seinen heiligsten Gefühlen versündigen zu können.

* * *

Zu den bulgarischen Vorgängen, speciell zu der Ueberweisung des Prinzen Boris aus der römischen in die griechisch-orthodoxe Kirche durch seinen Vater, den Prinzen Ferdinand, führen die „Hamb. Nachr." am 8. Februar (M.-A.) Folgendes aus:

Die bulgarische Taufe. Prinz Ferdinand von Coburg hat nach seinen eigenen Aeußerungen in dem Manifeste an das bulgarische Volk die Zustimmung des Papstes zum Uebertritt seines Sohnes in die nationale orthodoxe Kirche nicht erlangen können, und die Sprache der offiziösen Organe des Vaticans gegen ihn läßt an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Es hat also in diesem Falle keine Berücksichtigung der politischen Opportunität durch die römische Curie stattgefunden.

Wir müssen es dahin gestellt sein lassen, ob die Versagung der päpstlichen Zustimmung nur principieller Natur war oder von politischen und persönlichen Erwägungen mit bedungen worden ist, jedenfalls erscheint sie anfechtbar. Man kann doch dem Prinzen von Coburg unmöglich zumuthen, daß er die bulgarischen Interessen seinen persönlichen confessionellen unterordnen soll, wenn er in Bulgarien auf die Dauer regieren will. Selbst seine Familienbeziehungen und die Möglichkeit, daß sie nothleidend werden könnten, dürfen für ihn, wenn er wirklich Fürst von Bulgarien sein und bleiben will, nicht davon abhängig gemacht werden, wie die confessionellen Unterschiede zwischen der römischen und der griechischen Kirche sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt haben. Wir glauben auch nicht, daß der heilige Petrus an der Himmelsthür den Prinzen Ferdinand über diese Unterschiede katechisiren wird, und wir sind auch zweifelhaft, ob Prinz Ferdinand die feineren Differenzen, welche die beiden Kirchen trennen, einem katechisirenden Examinator gegenüber genau würde angeben können. Wir rechnen beide Confessionen ebenso wie unsere eigene zu den christlichen und glauben, daß die dogmatischen Streitigkeiten, welche sie von einander scheiden, in der letzten Entscheidung doch für das Geschick des sterbenden Christen nicht maßgebend sein werden.

Wir hatten angenommen, daß Prinz Ferdinand, wenn er Fürst von Bulgarien bleiben und seine Dynastie dort fortpflanzen will, nach seinem

Mißerfolge in Rom nunmehr selbst zur griechischen Kirche übertreten würde, und wir können ihm nur empfehlen, schriftkundige confessionelle Rathgeber über seine Aussichten in dem einen oder dem andern Falle noch heute anzuhören und zu diesem Zwecke das kirchengeschichtliche Studium der Trennung beider Confessionen und ihrer Gemeinsamkeit vor dieser Trennung nicht zu scheuen.

Es sind in anderen Ländern, die weniger zu den „wilden" gerechnet werden können als Bulgarien, zu allen Zeiten Confessionswechsel wegen Erbfolge und Landerwerb vorgekommen, ohne daß Dynastie und Land deshalb Schaden gelitten hätten, und wir betrachten es als eine priesterliche Anmaßung, darüber bestimmen zu wollen, welche der vorhandenen christlichen Confessionen die allein seligmachende ist.

* * *

Am 8. Februar (M.-A.) heißt es in den „Hamb. Nachr.":

In einer Sitzung der bayrischen Kammer hat jüngst der Abgeordnete Lutz unter Anderem mitgetheilt, ein Mitglied der Centrumspartei habe ihm seiner Zeit, als die Zustimmung dieser Fraction zu den Handelsverträgen in Frage stand, erklärt, wenn man die Verträge nicht annehme, „dann komme Bismarck wieder". Das sei damals der Hauptgrund der clericalen Zustimmung gewesen. Mit dieser thörichten Bedrohung aller Gegner des ersten Reichskanzlers wird auch jetzt noch, man kann nicht sagen Luxus, sondern ein Geschäft betrieben; man glaubt damit noch immer auf eine Menge von Leuten Eindruck machen zu können, die sich vor dem Fürsten Bismarck ängstigen und vor Caprivi nicht ängstigen, also auf die ganze Phalanx von der Linken des Centrums bis zur äußersten Linken der Socialdemokratie gerechnet.

Wir können dem gegenüber nur unsere Ueberzeugung diesen ängstlichen Reichsfeinden gegenüber aussprechen, daß „Bismarck" unter keinen Umständen „wieder kommt" und daß ein Wiedereintritt des ersten Kanzlers in seine frühere Stellung sowohl durch dessen persönliche Stimmung und Leistungsfähigkeit wie durch die politische Situation absolut ausgeschlossen ist.

Denjenigen Politikern gegenüber, welche eine zu dauerhafte Consolidirung des bestehenden deutschen Kaiserhauses nicht wünschen, wird heutzutage der Name Bismarck, Vater oder Sohn, als eine Art Knecht Ruprecht verwerthet, mit dem allemal gedroht wird, wenn ein Symptom von Unzufriedenheit mit dem einen oder dem andern der heutigen Minister sich fühlbar macht. Selbst wenn Fürst Bismarck sich noch rüstig genug fühlte, um sein früheres Amt wieder zu übernehmen, so würde er doch den Muth dazu nicht haben gegenüber der Befriedigung, mit der sein

Ausscheiden vor sechs Jahren von allen Parteien, mit denen er Politik getrieben hatte, aufgenommen wurde. Wir sagen „Befriedigung", weil wir glauben, daß das Wort Gleichgültigkeit nicht ganz richtig gewählt sein würde. Jede Fraction im Parlamente hoffte damals, daß nach Beseitigung des „jahrelangen Druckes" die Berufung an sie ergehen werde. Uebrigens glauben wir es auch nicht, daß es irgend einem noch so energischen Nachfolger des Fürsten Hohenlohe gegeben sein würde, sich im Parlamente durch den Fractionssumpf hindurch den Weg zu bahnen.

* * *

Der „Germania" wird an derselben Stelle entgegengehalten:

Die „Germania" behauptet, „daß die Angriffe auf Herrn von Boetticher von Friedrichsruh nur deshalb erfolgten, weil derselbe nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck seine ungewöhlich große Kraft und Arbeit dem Kaiser und dem Reiche weiter zur Verfügung gestellt habe, statt sich der Bismarck'schen Fronde anzuschließen." Wir glauben, daß, wenn in Friedrichsruh Verstimmung gegen Herrn von Boetticher existirt, dieselbe ihren Ursprung nur in dem Verhalten dieses Ministers vor dem Rücktritte des Fürsten Bismarck haben kann.

* * *

Zu einer Frage, die bereits den preußischen Landtag beschäftigt hat, äußern die „Hamb. Nachr." am 9. Februar (M.=A.) Folgendes:

Rückzahlung der Grundsteuerentschädigung und Landwirthschaft. In officiösen Artikeln werden die Bemühungen fortgesetzt, die Rückzahlung der Grundsteuerentschädigung in Preußen als eine gerechte Maßregel hinzustellen, die Niemanden bedrücke. Wir wollen in eine neue Controverse darüber nicht eintreten, sondern nur nachweisen, daß die Forderung der Rückzahlung mit der wiederholt proclamirten Bereitwilligkeit der Regierung, der Landwirthschaft mit kleinen Mitteln zu helfen, in Widerspruch steht.

Die Nothlage der Landwirthschaft ist nachgerade doch von allen Seiten vollständig anerkannt. Im Großen kann man ihr nach Existenz der Handelsverträge Hülfe nicht gewähren. Die Regierung hat aber immer die Neigung, wenn nicht gehabt, so doch geäußert, ihr durch kleine Mittel zu helfen. Daß die Rückforderung der Grundsteuerentschädigung eine neue Bedrückung der Landwirthschaft ist, wird aber nicht bestritten werden können. Sie betrifft aber nur einen Theil der Landwirthe, diesen jedoch um so empfindlicher; jedenfalls aber betrifft sie nur die Landwirthschaft, da Grundsteuer von anderen Leuten wie von Landwirthen niemals bezahlt worden ist. Und unter den Landwirthen trifft

die Rückzahlungsverpflichtung wiederum zum großen Theile solche, die Mühe haben werden, das Capital der Rückzahlung jetzt nach 30 Jahren wieder aufzubringen. Wenn die Vorbesitzer eines Landwirthes vor 30 Jahren eine Zahlung erhalten haben, die längst verbraucht und eingewirthschaftet ist, und an die Niemand mehr gedacht hat, so ist es doch unmöglich als ein Zeichen des Wohlwollens der Regierung für die Landwirthschaft und ihrer Neigung, derselben mit kleinen Mitteln zu helfen, anzusehen, wenn den jetzigen Inhabern der betreffenden landwirthschaftlichen Betriebe nun plötzlich zugemuthet wird, die damals empfangenen längst verbrauchten und verwendeten Capitalien in einer Zeit der Nothlage der Landwirthschaft wieder herbei zu schaffen. Wir wissen nicht, welchen Procentsatz der Landwirthe die Rückforderung trifft, aber sie trifft sie jedenfalls in der Nothlage, die für sie durch die Handelsverträge und die Conjuncturen herbeigeführt ist. Sie stellt sich als Rückforderung verjährter Schuld dar. Außerdem ist die Grundsteuer doch nicht abgeschafft, sondern sie besteht in Bezug auf die Communallasten, die den Staatslasten täglich über den Kopf wachsen, in ihrer vollen Ungerechtigkeit fort; wir sagen in ihrer vollen Ungerechtigkeit, weil sie auf die Verschuldung des Grundbesitzes keine Rücksicht nimmt.

Nachdem die Vota der Landesvertretungen für den Verzicht auf diese neue Belastung eines Theiles der Landwirthe vorliegen, kann man es, wir wiederholen es, doch nicht als einen Ausdruck des Wohlwollens der Regierung für die Landwirthschaft ansehen, wenn sie auf dieser Forderung beharrt. Es wird das vielmehr als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die Regierung nicht in voller Ueberzeugung spricht, wenn sie sagt, sie sei für die Landwirthschaft zu thun bereit, was die bestehenden Verträge ihr erlauben.

* *
*

Ueber ein paritätisches Vorgehen in der Besetzung von Staatsämtern wird auf die Klagen der Centrumspresse an derselben Stelle gesagt:

Die clericale Presse erhebt unablässig die Beschuldigung gegen den Staat, daß ein künstliches Uebergewicht des Protestantismus namentlich in der Besetzung der Staatsämter stattfinde, und daß also auch auf diesem Gebiete „Mangel an Parität“ zum Ausdruck gelange. Wir glauben, daß die Initiative zur Abstellung dieser Disparität, wenn sie vorhanden ist, nur von katholischer Seite ergriffen werden kann, indem unter den Katholiken die Leute häufiger sind, welche Abneigung haben, das gegenwärtige evangelische Kaiserthum durch Mitarbeit zu kräftigen. Die Zahl der katholischen Candidaten für den höheren Staatsdienst ist

dementsprechend verhältnißmäßig sehr beschränkt. Diejenigen katholischen Elemente, die in Betracht kommen, sind zum großen Theil wohlhabend und zu eingelebt in ihre häuslichen Verhältnisse, um ein Bedürfniß nach Versorgung ihrer Kinder in dieser Richtung zu haben, zum andern Theile stehen sie zu sehr unter mütterlichen und beichtväterlichen Einflüssen, um sich in die Gefahr zu begeben, unter Umständen zwischen der päpstlichen und der kaiserlichen Herrschaft optiren zu müssen. Es würde ungerecht sein, diejenigen Katholiken, bei denen solche Erwägungen stattfinden, als Reichsfeinde zu bezeichnen; aber sie haben doch das Gefühl, daß es ihnen unter Umständen unbequem sein würde, an einer Regierung mitzuarbeiten, welche nicht in allen ihren Leistungen die päpstliche Billigung hat.

Wir glauben sonach nicht, daß die Ursache einer „unparitätischen Behandlung der Katholiken" in Regierungskreisen zu suchen ist, sondern in dem Mangel an Bewerbungen von katholischer Seite. Von Intoleranz ist in der preußischen wie in der deutschen Regierung seit langer Zeit keine Rede gewesen, obwohl wir es auch nicht bedauern würden, wenn ein gewisser Ausspruch des Code Napoléon dahin übertragen würde: la recherche de la confession est interdite.

* * *

Ueber die in der englisch-venezuelanischen Frage von den Vereinigten Staaten Nordamerikas wieder aufs Tapet gebrachte Monroedoctrin heißt es:

In einzelnen Blättern dauert die durch die südamerikanischen Vorgänge angeregte Discussion über die sogenannte Monroedoctrin fort. Wir sind der Ansicht, daß diese Doctrin, wie sie von Seiten der amerikanischen Republik aufgestellt wird, eine unglaubliche Unverschämtheit der übrigen Welt gegenüber ist, und eine lediglich auf große Macht begründete Gewaltthat allen amerikanischen und denjenigen europäischen Staaten gegenüber, die Interessen in Amerika haben. Man denke sich doch ein europäisches Analogon dieser amerikanischen Ueberhebung, daß also ein Staat, etwa Frankreich oder Rußland, seinerseits den Anspruch erheben wollte, in Europa seien keine Verschiebungen der Grenzen ohne seine Zustimmung erlaubt, oder daß in Asien irgend eine vorwiegende Macht, Rußland oder England, die Prätension aufstellte, daß dort keine Verschiebung der politischen Verhältnisse ohne seine Zustimmung stattfinden dürfe! Wir haben den Eindruck, daß die großen Reichthümer, welche der amerikanische Boden seinen Bewohnern liefert, einen Theil der amerikanischen Gesetzgeber zu einer Ueberschätzung der eigenen Berechtigung und zu einer Unterschätzung der Unabhängigkeit anderer amerikanischer und europäischer Mächte veranlaßt.

* * *

Auch über den Plan, den Berliner botanischen Garten zu verlegen, finden wir hier noch eine Bemerkung:

In Berlin droht dem dortigen botanischen Garten das Schicksal, von der Bauspeculation verschlungen zu werden. Wir haben das Bedürfniß, eine Lanze für seine Erhaltung zu brechen. Das Terrain, auf dem Berlin steht, ist doch eine Sandwüste mit geringen Ruhepunkten für das Auge und ohne allen landschaftlichen Reiz, wenn man von dem Thiergarten und dem Friedrichshain absieht. Unter diesen Umständen wäre es ein um so ärgerer Vandalismus, den langjährig herangewachsenen botanischen Garten inmitten des künftigen Berlins seines Baumschlages zu entkleiden, umsomehr als derselbe ein besonders ausgewählter ist. Wir würden es für eine Verletzung des guten Geschmacks, der Gesundheitspflege und der Berliner Landschaft halten, wenn man dieses zufällig vorhandene Besitzthum und das Herantreten der Natur an die Wüste von Bau- und Pflastersteinen, die Berlin bilden, zerstören wollte.

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 11. Februar (A.-A.) veröffentlichen Folgendes:

Das nachstehende französische Gedicht ist vom Verfasser dem Fürsten Bismarck gewidmet und diesem unter dem Poststempel Besançon zugegangen:

LE RÉVEIL

Dédié par l'Auteur au Prince de Bismarck.

Chant patriotique des Alsaciens-Lorrains.

Le passé resplendit de gloire,
Vous le présent, vous l'avenir,
De ces hauts faits ayez mémoire.
Car ce sublime souvenir
Fera luire la délivrance
Des soeurs dont l'âme chantera:
Strasbourg et Metz sont toujours France
Où le Prussien ne règnera.

Haine à ces bandits mercenaires,
Peuple rapace au coeur étroit,
Honte à ce chef de francs sicaires,
Dont la force prime le droit,
Son vae victis plain d'arrogance,
Sur lui bientôt rejaillira.
Haine aux pillards! Jamais, en France,
Jamais Prussien ne règnera.

Honte à ce sinistre vampire,
Honte à ce prince sans pudeur,
Honte à cet homme qui n'aspire
Qu'à venir nous frapper au coeur!
Sachons attendre la vengeance
Et quand son heure sonnera,
Jetons ce cri: Gloire à la France!
Où le Prussien ne règnera.

Mais il faut que la poudre parle,
La délivrance est à ce prix,
Et quand battra la générale,
Enfants, marchons aux ennemis;
Pleins de courage et d'espérance,
Chacun de nous répètera:
Guerre aux Pillards! Jamais, en France,
Jamais Prussien ne règnera.

N. Coillet.

* * *

Am 13. Februar (A.-A.) schreiben die „Hamb. Nachr.":

Wir lesen in den „Berl. Neuesten Nachrichten" in Bezug auf den Fürsten Bismarck:

„Fürst Bismarck hat, wie verlautet, in der Unterredung mit dem Staatssecretair Dr. Leyds am Montag in Friedrichsruh seiner Befriedigung darüber wiederholt Ausdruck gegeben, daß das deutsche Volk in so kräftiger und so einmüthiger Weise seine Sympathien für Transvaal kundgethan habe. Die Depesche des Kaisers an den Präsidenten Krüger hat den Fürsten erfreut."

Wir halten diese Mittheilung des Berliner Blattes für zutreffend.

* * *

Mit Bezug auf eine Rede des Freiherrn von Stumm, die er am 18. Februar im Reichstage gehalten hat, und gleichzeitig unter Anlehnung an ihre eigenen Ausführungen vom 7. Januar l. Js. in dem Artikel „Ein neues Mittel gegen die Socialdemokratie" (vgl. oben S. 3ff.) bringen die „Hamb. Nachr." am 20. Februar (M.-A.) folgende Erörterung:

Zur Behandlung der Socialdemokratie. Wir haben das Bedürfniß, dem Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Stumm unsere Anerkennung für die Tapferkeit auszusprechen, mit der er in der vorgestrigen Reichstagssitzung der Socialdemokratie entgegen getreten ist, und für den politischen Blick, der sich darin ausdrückt. Seine Rede ist im Sitzungsberichte unserer gestrigen Morgen-Ausgabe in genügender Ausführlichkeit

wiedergegeben worden, so daß wir uns hier auf das Referat beziehen können, um die Berufung auf Artikel unseres Blattes, welche die Rede enthält, zu erläutern.

Es hat nicht in unserer Absicht gelegen, einen Putsch der Socialdemokratie zu provociren und dann bis an die Knöchel im Blute zu waten. Wir rathen überhaupt nicht zur Aggression gegen die socialrevolutionäre Bewegung, sondern nur zur Defensive gegenüber einem zweifellos vorhandenen Angriffe. Unsere Auffassung der Beziehungen des Staates zu den Socialdemokraten gründet sich lediglich auf die Nothwendigkeit der Abwehr, ganz ähnlich wie dies bezüglich der preußischen Unterthanen der Fall ist, welche polnische oder dänische Secession erstreben. Wir erblicken in ihnen, einerlei ob ihnen der Ausdruck gefällt oder nicht, Reichsfeinde, die ihren politischen Beruf in der Bekämpfung unserer staatlichen Einrichtungen, wie sie einmal sind, suchen und finden. Wir wollen nicht einmal das socialdemokratische Geschwür aufschneiden; wir wollen es höchstens unterbinden, unblutig, und glauben auch nicht, daß Putsche daraus entstehen würden, wenn der Staat, wie wir das vorgeschlagen haben, auf die Mitwirkung seiner socialdemokratischen Angehörigen in der Gesetzgebung und in der Verwaltung verzichtete. Die Socialdemokratie kommt durch diese Mitwirkung in eine unnatürliche Lage; sie wird durch unsere Gesetzgebung zur aktiven Mitarbeit an der Staatsmaschine genöthigt, die sie ihrerseits für fehlerhaft construirt hält und abschaffen will. Wenn diese Auffassung nicht von allen staatserhaltenden Politikern getheilt wird, so liegt das zum Theil wohl daran, daß es vielen von ihnen auch ihrerseits mit der „Staatserhaltung" nicht so ernst ist, wie sie sich den Anschein geben, und daran, daß einzelne Fractionen für ihre Sonderinteressen in der socialdemokratischen Wählerschaft Hülfstruppen finden, auf die sie nicht verzichten mögen. Auf uns macht die Existenz der socialdemokratischen Partei im Reichstage den Eindruck des trojanischen Pferdes, das hinein geschafft ist, um die Stadt zu verderben. Man wird uns deswegen mit Laokoon vergleichen, aber Laokoon hatte Recht. Es ist doch kein Zweifel, daß die Socialdemokratie den Umsturz alles Bestehenden erstrebt; auf welchem Wege ist gleichgültig. Wäre der Socialismus der gebildeten Stände und das Bedürfniß nach eventueller Wahlhülfe durch die Socialdemokratie nicht im Spiele, so glauben wir, die Mehrheit unserer Mitbürger wäre längst zur Ueberzeugung gebracht worden, daß bei dem politischen Baue, den das Parlament ausführt, die Mitarbeit solcher Elemente, welche die demnächstige Zerstörung eben dieses Baues zum offenbaren Programm haben, unzweckmäßig ist.

Es liegt uns fern, die Sanirung des ungesunden Systems, unter dem

wir arbeiten, auf gewaltthätigem und blutigem Wege zu erstreben; wir halten sie für erreichbar auf dem Wege der Verwaltung und Gesetzgebung, wenn die erstere nur damit beginnen wollte, nach Maßgabe der Genauigkeit, die das vorhandene Material bietet, durch amtliche Listen in jeder Gemeinde festzustellen, welche Mitglieder derselben Socialdemokraten sind oder doch wenigstens sich als solche offen und zweifellos bekennen. Im Besitz solcher Listen wird man, je vollständiger sie sind, desto genauer übersehen können, mit welchem Bruchtheile der Bevölkerung der Staat dabei überhaupt zu rechnen hat. Es würde auch keine Gesetzesverletzung, sondern nur eine Vorbereitung der Behörden zum Anschluß an die kaiserlichen Aufforderungen zum Kampfe gegen den Umsturz darin liegen, wenn die Verwaltungsbehörden, die ja sonst vor keiner statistischen Aufgabe, auch vor der anscheinend zwecklosesten, zurückschrecken, sagen wir also, wenn das Statistische Amt sich die Aufgabe stellte, die Zählung der Socialdemokraten herbeizuführen, soweit erkennbares Material dazu vorhanden ist. Ein anderer Zwang, als er bei der Volkszählung und bei anderen Ermittelungen geübt wird, ist dabei nicht erforderlich, und ebenso gut wie der Staat seine Angehörigen nach ihrem religiösen Bekenntnisse zu fragen berechtigt ist, glauben wir, steht ihm auch das Recht zu, zu wissen, wie schwer jede der politischen Ueberzeugungen im Lande zu veranschlagen ist, da diese auf die Entwickelung des Staates doch noch von unmittelbarerem Einflusse sind als die confessionellen. Mit der politischen Ueberzeugung eines jeden seiner Bürger hat der Staat zu rechnen, die religiöse sollte er billiger Weise dem Gewissen der Einzelnen und der Kirche der verschiedenen Confessionen soweit anheim geben, daß dieselben nicht mehr die schwerwiegende und störende Rolle in unserem politischen Leben spielt wie bisher.

* * *

Die „Hamb. Nachr." enthalten am 20. Februar (M.-A.) folgende Notiz: Seit acht Tagen ist Professor Lenbach in Friedrichsruh, um auf Befehl des Kaisers ein lebensgroßes Bild des Fürsten Bismarck (in Uniform) für den Saal des Reichskanzleramtes in Berlin herzustellen.

* * *

Auf die unter dem 8. Februar an zweiter Stelle mitgetheilte Notiz gegen die Germania kommen die „Hamb. Nachr." am 20. Februar kurz zurück in einer Berichtigung für die „Voss. Ztg.":

Wir hatten neulich der „Germania" gegenüber bemerkt, daß, wenn in Friedrichsruh Verstimmung gegen Herrn von Boetticher existire, sie ihren Ursprung nur im Verhalten des Ministers vor dem Rücktritte des Fürsten Bismarck haben könne. Dazu schreibt die „Voss. Ztg.":

„War Fürst Bismarck wirklich, so lange er noch Kanzler war, gegen Herrn von Boetticher verstimmt, so lag es ja in seiner Hand, in irgend einer Weise für Abhülfe zu sorgen.“

Da ist die „Voss. Ztg.“ im Irrthume. In den letzten Wintermonaten 1889/90 war der Einfluß des Herrn von Boetticher erheblich stärker als der seines Vorgesetzten.

* * *

In derselben Nummer finden wir folgende Bemerkung über Bulgarien:

Nachdem nunmehr die Anerkennung des Prinzen Ferdinand von Coburg als Fürsten von Bulgarien auch von Seiten Englands erfolgt ist, liegt die Zustimmung sämmtlicher Signatarmächte des Berliner Vertrages vor und der nach Art. 3 des letzteren erforderlichen Bestätigung des von der bulgarischen Bevölkerung frei gewählten Fürsten durch die Hohe Pforte steht nunmehr kein Hinderniß mehr entgegen. Wir erblicken das wichtigste Ergebniß der Peripetie, die sich in Bezug auf die bulgagarischen Angelegenheit vollzogen hat, in der ferneren Milderung der Kälte, die zwischen uns und Rußland längere Zeit ohne jeden politischen Grund bestanden hat, sowie in dem allgemeinen Abrücken von England und in der Annäherung an Rußland; wir hoffen, daß sich dieser Umschwung namentlich in Bulgarien selbst nachhaltig erweist, und daß das Verhältniß desselben zu Rußland dauernd auf die Basis des Berliner Vertrages gestellt bleibt.

* * *

Ein Fabrikant in Birmingham erhielt letzter Tage folgendes Schreiben von einem Kunden in Johannesburg:

Hier haben wir das Gefühl, daß unsere Leiden erst anfangen und drastische Maßregeln ergriffen werden müssen, bis die Geschäfte wieder wie früher gehen können. Die Buren sind nach ihrem Siege höchst anmaßend. Erst letzte Woche drangen 300 bewaffnete Burghers in die Robinson'sche Grube ein, suchten nach Waffen und forderten, einen aufgegebenen Schacht auszupumpen. Solches Benehmen erzeugt großen Unwillen. 2000 Leute sind schon außer Arbeit.

Dazu äußern die „Hamb. Nachr.“ in der gleichen Nummer:

Was Deutschland betrifft, so halten wir es für erforderlich und genügend, daß Schutz der eigenen Landsleute und deutschen Interessen in Südafrika nach den Erklärungen des Auswärtigen Amtes zu erwarten ist, namentlich gegenüber den unbestimmten Drohungen, die sich aus den Aeußerungen der englischen Minister gegen Transvaal entnehmen lassen, und zwar in der Richtung einer englischen Einmischung in die

inneren Angelegenheiten der Republik mit der Schlußperspective der Annectirung des Landes.

* *
*

Seitens der Leiter der deutschen Kaliwerke bestand seit längerer Zeit der Plan, dem Fürsten Bismarck aus ihrem Bergesschatze ein Bröcklein zu weihen, um ihrem Danke für die dieser Industrie geleisteten großen Dienste, auch besonders zu ihrer Entwickelung nach dem Auslande, Ausdruck zu geben.

Nachdem es gelungen war, der kleinen Gabe ein wohlgefälliges Aeußere zu verleihen, war deren Ueberweisung für den 2. September v. J. geplant; indeß war die rechtzeitige Fertigstellung leider nicht zu ermöglichen, und so wurde der Termin auf den 18. Januar d. J. hinausgerückt. Aber auch dieser Tag mußte wieder aus anderen Rücksichten aufgegeben werden, bis endlich seitens des Fürsten der Empfang einer Deputation von fünf Herren für den 20. Februar zugesagt wurde.

An diesem Tage Vormittags erschienen nun in Friedrichsruh zur Ueberreichung der Gabe die Herren Oberbergrath Schreiber vom Königl. Preuß. Salzwerk zu Staßfurt, Oberbergrath Weißleder vom Herzogl. Anhalt. Salzwerk zu Leopoldshall, Director Mook von den Consolidirten Alkaliwerken zu Westeregeln, Generaldirector Besserer vom Salzbergwerk Neustaßfurt in Löderburg, Bergrath Neubauer vom Salzbergwerk Ludwig II. bei Staßfurt auch in Vertretung der Leiter der übrigen Kaliwerke Schmidtmannshall zu Aschersleben, Hercynia zu Vienenburg, Solvayhall zu Bernburg, Thiederhall zu Thiede, Wilhelmshall zu Anderbeck.

Auf einem Untergestell von Palisanderholz mit eingelegten Kanten und dem in farbigem Holz ebenfalls eingelegten Wappen der Familie Bismarck erhebt sich in der in feiner Schmiedeeisenarbeit ausgeführten drehbaren Unterschale das 80 cm hohe Glas, in welchem schöne Kalisalzstufen, jede einzelne auf silbernem Schilde die Bezeichnung tragend, in gelungener Gruppirung die verschiedenen Salzvorkommen darstellen.

Auf der Glasglocke ist, von Eichenlaub umringt, die Kaiserkrone angebracht, vergoldet und an die Kaiserkrönung erinnernd.

Der Fürst empfing in leutseligster Weise die Abordnung, nahm die durch Oberbergrath Schreiber vorgetragene Adresse entgegen, besichtigte die Stufen eingehend und erwiderte,

> für die Gabe dankend, daß Erzeugnisse der Kali-Industrie ihn in seiner Eigenschaft als Landwirth außerordentlich interessirten, am besten von ihm gekannt sei Kainit, nach seiner Ansicht dasjenige Düngungsmittel vom überzeugendsten Erfolge.

Die Herren wurden dann zum Frühstück eingeladen, bei dem der Fürst sich eingehende Schilderungen über den Kalibergbau machen ließ; er fragte

nach dem Entstehen der einzelnen Benennungen der Salze, sprach wiederholt lebhaft seine Befriedigung aus über das dargebrachte Geschenk, wünschte dem Kalibergbau besten Fortgang und widmete demselben ein Glückauf!

* * *

Auf eine im Sommer 1894 vom Fürsten Bismarck wiederholt und eingehend behandelte Frage (vergl. z. B. Band V, S. 81 ff.) kommen aus Anlaß eines Specialfalles die „Hamb. Nachr." am 21. Februar (M.-A.) von Neuem zu sprechen:

Einzellandtage und Reichspolitik. Wir haben in unserem vorgestrigen Morgenblatte die Vorgänge in der badischen Kammer besprochen, nicht um eine Controle der Bundesrathsabstimmung der Einzelstaaten durch die betreffenden Landtage zu empfehlen, sondern nationale Theilnahme der letzteren an der Reichspolitik. Es ist unsere Ansicht, daß sich die Einzellandtage mehr als bisher um die Reichspolitik kümmern sollen und nicht alles als noli me tangere betrachten dürfen, was über das rein finanzielle Verhältniß der Einzelstaaten zum Reiche hinausgeht. Das deutsche Nationalgefühl erfährt zweifellos eine erhebliche praktische Verstärkung, wenn es in jedem Einzellandtag den Beweis liefert, daß er sich nicht bloß auf dem Gebiete des Budgets mit der Reichspolitik beschäftigt. Aber auch selbst die finanzielle Frage rechtfertigt schon in jedem Landtage seine Betheiligung an der Feststellung des staatlichen Votums im Bundesrathe; denn die Frage der Matrikularumlagen und der Herauszahlungen seitens des Reiches wirkt sehr erheblich auf die Finanzen des eigenen Landes zurück. Ganz abgesehen davon jedoch sollte in jedem einzelnen Landtage der nationale Gedanke so weit lebendig sein, daß ersterer sich für die Art und Weise, wie der Antheil des Landes an der Reichspolitik ausgeübt wird, lebhaft interessirt. Die ganze Stellung des Bundesrathes im Reiche würde an Wichtigkeit gewinnen, wenn die Minister der Einzelstaaten, von denen die Bevollmächtigten zum Bundesrathe die Instruction erhalten, letztere auch persönlich vor der eigenen Kammer zu vertreten hätten, und wenn das öffentliche Interesse dafür durch öffentliche Discussion in den einzelnen Staaten stärker als bisher wachgerufen würde. Der Verkehr der Einzelstaaten mit dem Bundesrathe wird unserer Ansicht nach zu vorwiegend vom diplomatischen Standpunkte aus behandelt, also als eine auswärtige Angelegenheit für den einzelnen Bundesstaat. Wir halten diese Auffassung für unzutreffend. Es ist eine innere und nationale Angelegenheit, die dabei vorliegt und wir können nur wiederholt unserer Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß der badische Landtag in dieser Richtung hin vorgegangen ist.

Dem preußischen Herrenhause ist durch unzweckmäßige Behandlung und unzulängliche Betheiligung die Bedeutung, die es nach der preußischen Verfassung ursprünglich haben sollte und die die frühere erste preußische Kammer ihrerzeit unbestritten gehabt hat, zum großen Theile verloren gegangen, und es wäre ein großer Schaden für unsere Reichsinstitutionen, wenn schließlich das Gewicht des Bundesrathes im Reiche auch auf dem parlamentarischen Gebiete sich in analoger Weise abminderte, wie das des Herrenhauses in Preußen. Wir sagen ausdrücklich „auf parlamentarischem Gebiete"; denn daß hinter dem Bundesrathe die gesammten deutschen Regierungen mit ihrer militairischen Macht stehen, ist eine Thatsache, die schon außerhalb des parlamentarischen Gebietes liegt. Bei der Handhabung und Entwickelung der inneren Verfassung bleibt der Appell an die Gewalt die ultima ratio, mit deren Anwendung die Bedeutung der Volksvertretung und das Gleichgewicht der parlamentarischen Institutionen aufhört.

Das Imponderabile in der Bedeutung des Bundesrathes sollte nach der Absicht der Verfassung parlamentarisch stärker in Wirkung treten als bisher unseren Eindrücken nach der Fall ist. Ein unentbehrliches Requisit hierfür aber ist eine starke Theilnahme der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes an den Verhandlungen des Bundesrathes, und die kann zunächst und ohne Verfassungsveränderung nur durch eine stärkere Beschäftigung der deutschen Landtage mit der Reichspolitik angestrebt werden, denn zur Herstellung der Oeffentlichkeit der Bundesraths-Verhandlungen würde eine Verfassungsänderung nothwendig sein, von der wir nicht wissen, ob sie erreichbar ist.

* * *

Am 22. Februar empfing Fürst Bismarck Mittags eine Deputation der allgemeinen Ordnungsparteien des Stadt- und Landkreises Halle a. S., die ihm eine Adresse dortiger Patrioten aus allen Gruppen der staatserhaltenden Parteien überreichte. Der Fürst hatte sich zum Empfange der aus sieben Mitgliedern bestehenden Deputation telegraphisch bereit erklärt. Derselben gehörten an die Herren Geh. Bergrath Prof. Dr. Arndt, Rentier W. Fritsch, Hoflieferant W. Neue, Commerzienrath H. Lehmann als Mitglieder des engeren Vorstandes der allgemeinen Ordnungspartei, ferner waren der Oberbürgermeister von Halle (für ihn, der dienstlich verhindert ist, reiste als zweiter Vertreter des Saalkreises Hauptmann Handt mit), der Landrath des Saalkreises von Werder und der Prorector der Universität, Geh. Justizrath Prof. Dr. von Liszt hinzugezogen worden.

Die „Hamb. Nachr." berichten Folgendes über den Empfang:

Um 12 Uhr 23 Min. langte am Sonnabend der Zug mit der Deputation

auf dem Bahnhofe in Friedrichsruh an. Mehrere offene Equipagen, geführt von Kutschern in Livree, beförderten sodann die Herren zu dem nur wenige Minuten vom Bahnhofe entfernten Schlosse. Während man im Garderobenzimmer noch mit dem Auspacken der Adresse beschäftigt war, erschien schon Graf Rantzau und gleich danach der Fürst selber, der die Herren in jovialer Weise zum Nähertreten aufforderte. Der Fürst sah, wie wir dem Berichte der „Saale-Zeitung" entnehmen, recht wohl aus, und das große Auge blitzte und blickte noch mit demselben Feuer aus dem frischen Gesichte, als ob die Fülle der 81 Jahre nicht im mindesten die Spannkraft des Körpers hätte beeinträchtigen können. Der Fürst schritt den Herren voran in das Frühstückszimmer, wo der Reihe nach die Herren Landrath von Werder, Geh. Bergrath Arndt, Commerzienrath Lehmann, Rentner Fritsch, Hoflieferant Neue und Amtsrath Meyer sich dem Fürsten vorstellten. Herr Geh. Bergrath Arndt hielt die officielle Ansprache, in der er ausführte, daß 6000 Hallesche Bürger aller Parteien, durchdrungen von dem wärmsten Gefühl der Dankbarkeit gegen den Einiger und Schöpfer des Deutschen Reichs, dem größten Sohne der gemeinsamen Heimatsprovinz in einer Adresse ihre Bewunderung und Verehrung zu bezeugen, diese Deputation entsandt hätten.

> Der Fürst erwiderte in herzlicher Weise: Er freue sich, die Vertreter der verschiedensten Stände bei sich zu sehen, Vertreter des Kreises, wo Landwirthschaft, Industrie, Handwerk und Handel zu ganz besonderer Blüthe sich entwickelt hätten, und gerade das achte er besonders hoch, daß diese Männer der verschiedensten Berufszweige sich auch aus den verschiedensten Parteien recrutiren. Eine solche Einmütigkeit sei nur mit Freuden zu begrüßen, sie berechtige, wenn allgemein geworden, unser deutsches Vaterland zu den schönsten Hoffnungen für unseres Volkes und Reiches Wohlfahrt.

Der Fürst schloß an diese Erwiderung Scherzworte über die einzelnen Stände, denen die sieben Vertreter der Deputation angehörten, und bat dann die Herren ohne weitere Umstände, sich zur Frühstückstafel zu setzen. Der Fürst nahm am Kopfende der Tafel Platz, ihm zur Rechten der Reihe nach die Herren Arndt, Meyer, Neue, Frau Gräfin Eickstedt-Peterswalde, Gräfin Rantzau und Dr. Chrysander, auf der Linken Landrath von Werder, Professor Dr. von Liszt, Lehmann, Fritsch und Frau Baronin Merck. Der Fürst befand sich in der vergnügtesten Stimmung und trug fast ausschließlich die Kosten der Unterhaltung, ohne irgendwie Spuren der Ermüdung erkennen zu lassen.

Der Fürst besprach seine Erlebnisse in der Conflictszeit und bei seinem Ausscheiden aus dem Reichsdienste; er gedachte auch des Empfanges, welcher ihm im Jahre 1893 auf dem Bahnhofe zu Halle, bei der Rückkehr von

Jena zu Theil wurde.[1]) Heiterkeit erregte es, als der Fürst erwähnte, daß er während der Conflictszeit von der Opposition regreßpflichtig gemacht werden sollte.

Wenn ich damals regreßpflichtig gemacht worden wäre,

so äußerte der Fürst nach dem Berichte des Halleschen General-Anzeigers,

hätte man mich zu einigen Hunderten von Millionen verurtheilt, das wäre mir aber Wurst gewesen, ultra posse nemo obligatur.

Im Verlauf des Gesprächs bemerkte Herr Professor Dr. von Liszt, daß die heutige Wissenschaft, abgesehen von der Geldbewilligung, die Heeresorganisation vollständig legal ansehe; der Fürst lächelte und bemerkte:

Die Thatsachen hätten ihm Recht gegeben, und das sei die Hauptsache. Wenn ihm aber das Wort: „Gewalt geht vor Recht" zugeschrieben werde, so habe er diesen Ausdruck in solcher Nacktheit nie gebraucht, vielmehr könne er nur gesagt haben, daß, wenn im Staatsleben Streit darüber entstände, was Macht sei, der Gewalthaber die Macht nach dem Grundsatze „beati possidentes" benutzen müsse.

Unter Bezugnahme auf die Vorwürfe, welche von französischer Seite gegen Deutschland erhoben sind, und daß man sich nicht scheue, den deutschen Soldaten gemeinen Diebstahl nachzusagen, bemerkte der Fürst:

Was wollen Sie, meine Herren, Krieg ist Krieg. Wenn der Soldat friert, muß er sich wärmen, und wenn er sonst nichts weiter findet, muß er zu Mahagonimöbeln greifen. Man kann doch nicht verlangen, daß ein Soldat im Felde bei lebendigem Leibe erfriert, um den Franzosen sterbend sagen zu können: Hier sind Ihre Mahagonimöbel! Was aber die Uhren anbelangt, nun ja, in manchen Quartieren waren überhaupt keine da, in anderen aber, da waren drei oder vier vorhanden. Militärische Pünktlichkeit muß immer, zu jeder Zeit da sein, und in reiner Bethätigung dieser Pünktlichkeit mag es vielleicht gekommen sein, daß eine Uhr in ein anderes Quartier getragen ist. Aber Uhren stehlen? Der preußische Infanterist, der schon genügend bepackt ist, wird sich hüten, seinen Affen mit einer schweren Bronzeuhr, die doch nur einen Wert von höchstens 100 Mark hat, zu beschweren und sich mit dieser unnützen Last herumzuschleppen.

Ferner unterzog der Fürst in höchst offenherziger Weise die Ereignisse von Langensalza einer Kritik und gab im Weiteren sein Urtheil ab über die Feldherren, die 1866 sowohl wie 1870 das Heer geleitet hätten. Die „Saale-Ztg." erwähnt noch besonders die warme Anerkennung, die Fürst Bismarck dem General Göben zu Theil werden ließ. Ihn hätte er unbedingt, falls wir Moltke verloren hätten, an der Spitze der Armee haben mögen, denn

---

[1]) Vergl. Band IV, S. 132 ff.

für Göben ging der Soldat durchs Feuer. Bei der Erwähnung der Universität Halle fragte er speciell den Herrn Geh. Rath Liszt, ob in Halle auch Lehrer und Schüler fest auf dem Boden der bestehenden Ordnung ständen, und war hoch erfreut, als ihm diese Frage bejaht wurde. Die übrigen Glieder und gräflichen Gäste der fürstlichen Familie unterhielten sich gleichfalls in der zwanglosesten Weise, so besonders Frau Gräfin Eickstedt-Peterswalde mit ihrem Tischnachbarn Herrn Neue und Baronin Merck mit Herrn Rentier Fritsch.

Plötzlich kam der Fürst auch auf die Adresse zu sprechen, und da zeigte sich, daß man in Folge des unvermutheten Erscheinens Sr. Durchlaucht die Adresse im Nebenzimmer hatte liegen lassen. Sie wurde nun schleunigst geholt und von Herrn Neue dem Fürsten unterbreitet. — Der Fürst setzte erst eine seiner mächtigen Pfeifen in Brand und begann sich in die Durchsicht der Namen zu vertiefen. Als er dabei zufällig auch den Namen eines Droschkenkutschers las, gab er erneut seiner Befriedigung Ausdruck über die Einmüthigkeit, mit der die Vertreter der verschiedensten Berufszweige in Halle ihm ihre Anhänglichkeit erwiesen, so etwas thue ganz besonders wohl; er ermahnte die Anwesenden mit den Worten:

> Ja, ja, in dieser Harmonie arbeitet weiter, dann kann's unserem Volke nicht fehlen!

Der Fürst sowohl, als auch die übrigen Herrschaften lobten die Idee der Adresse, einer solchen, wie sie noch von keiner Seite ihm dargebracht sei, als originell und äußerst glücklich; er werde es sich nicht nehmen lassen, in Muße jedes einzelne Blatt zu betrachten und Namen und Stand seiner Verehrer sich genau anzusehen. Einzelne Bilder weckten in ihrer Eigenart des Fürsten eigene Erinnerungen an Halle. So entsann er sich bei der Ansicht des Fiebiger-Denkmals noch ganz genau dieses Mannes, mit dem er oft im Abgeordnetenhause zusammengetroffen, der außerdem gleich ihm am 1. April 1815 geboren sei.

Beim Mahle toastete Herr Geh. Bergrath Arndt auf den Fürsten und Herr Landrath von Werder auf die fürstliche Familie. Er betonte in seiner Rede unwandelbare große Dankbarkeit dafür, daß der Fürst stets mit Wort und That für das Gedeihen der deutschen Landbevölkerung eingetreten sei, damit der erfrischende Hauch vom Lande, der gegenüber der Körper und Geist bedrückenden Atmosphäre der Großstadt für das Leben der Einzelnen wie der Nation unentbehrlich ist, nicht erlösche. Wenn auch das gesammte geeinte deutsche Vaterland des Altreichskanzlers gewaltige Arbeit verspüre, die Bewohner des Saalkreises fühlten sich um so inniger mit dem Fürsten verbunden, als ja der Kreis nicht nur zu der Provinz Sachsen, sondern auch zu dem alten Herzogthum Magdeburg gehört, aus welcher die Familie von

Bismarck entstammt. Der Redner brachte ein Hoch auf die Familie des Fürsten Bismarck aus, welches begeisterten Widerhall in der Runde fand.

Der Fürst sprach sich hierauf in seiner Erwiderung, in der er dem Vorredner für die ihm und seinem Hause gewidmeten Wünsche seinen herzlichsten Dank abstattete, sehr befriedigt darüber aus, daß in der allgemeinen Ordnungspartei für Halle und den Saalkreis die Parteiinteressen dem allgemeinen Gefühle der Nothwendigkeit von dem Zusammenhange aller das Reich fördernden Elemente nachgestellt seien. Im Anschluß daran äußerte er noch einmal seine Freude, die ihm durch die Ueberreichung der originellen Adresse bereitet worden. Sein Toast galt der wahren Ordnungspartei, die alle Männer der verschiedensten Parteischattirungen, wofern sie nur dem Deutschen Reich ihre Kraft frisch und freudig zu leihen bereit wären, zum Heile des Vaterlandes umfassen möge.

Inzwischen wurde gemeldet, daß der Zug nahe, der die Herren nach Hamburg zurückführen sollte. Nur ungern sah der Fürst seine Gäste scheiden, mit denen er in harmlosester Plauderei, etwa wie ein jovialer Landedelmann in des Wortes bester Bedeutung, ernste und frohe Erinnerungen seines vielbewegten arbeitsreichen Lebens wieder aufgefrischt hatte. Leider blies der Ostwind so rauh, daß dem Fürsten in Rücksicht auf sein neuralgisches Gesichtsleiden vom Arzte streng verboten war, ins Freie zu gehen und sich dem weiteren Kreise der Erschienenen zu zeigen, doch stellte Graf Rantzau einen Empfang der Unterzeichner der Adresse in der besseren Jahreszeit bestimmt in Aussicht. Daß den Männern das Scheiden recht schwer wurde, die mit diesem Manne Stunden so froher Gemüthlichkeit und herzlicher Aussprache hatten genießen können, braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Und für die ganze Lebenszeit wird dem Kreise der direct Betheiligten das Bild des gewaltigen Mannes unvergeßlich bleiben, der mit seinem gewaltigen Geist für sein deutsches Volk so unendlich viel geschaffen hat. Als längst die dunklen Schatten des Sachsenwaldes hinter ihnen lagen, kehrten die Gedanken immer wieder zurück zu jenem stillen, einsamen Schloß, wo Deutschlands erster Kanzler den Rest seines segensreichen Lebens in Frieden zubringt.

* * *

Am 23. Februar lesen wir in den „Hamb. Nachr.“ (M.-A.):

Bei dem neulichen Festmahle zu Ehren des 25jährigen Bestehens des Bundesrathes hat der Reichskanzler Fürst Hohenlohe einen Trinkspruch auf den deutschen Kaiser, die deutschen Fürsten und freien Städte ausgebracht und darin des Fürsten Bismarck in einer Weise gedacht, daß wir erwartet hatten, die nationale deutsche Presse werde ihm hier-

für Anerkennung und Dank zollen. Bisher aber hat dies, soviel wir sehen, nur der „Hannov. Cour." gethan. Das Blatt schreibt:

„Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hat bei der gestrigen Jubiläumsfesttafel des Bundesrathes seines großen Vorgängers in warmen Worten gedacht und damit gewiß den Gefühlen aller Festtheilnehmer wie der übergroßen Mehrheit der Nation Ausdruck verliehen. An sich ist ja der Hinweis auf den Fürsten Bismarck bei einer solchen Reichsfeier selbstverständlich; es wäre lächerlich und beschämend, wollte man aus irgend einer Rücksichtnahme darauf verzichten. Aber, wie bekannt, waren zeitweise Irrungen und Verstimmungen vorhanden, deren Erinnerung noch nicht ganz verschwunden ist und die es immer noch mit besonderer Genugthuung empfinden lassen, wenn von so hoher Stelle aus der Pflicht der nationalen Dankbarkeit gegen den ersten Kanzler genügt wird."

Wir theilen die Auffassung des „Hannov. Cour." und wissen die Ritterlichkeit im vollen Umfange zu würdigen, mit der Fürst Hohenlohe des ersten Reichskanzlers gedacht hat. Seine Worte werden das Mißfallen nur Derer erregen können, welche seine Feinde und Feinde des Deutschen Reiches sind.

* * *

Am 23. Februar empfing Fürst Bismarck den Verlagsbuchhändler A. de Grousilliers aus Berlin, der ihm die bisher in seinem Verlag erschienenen Abtheilungen des großen Prachtwerkes: „Das Bismarck-Museum in Bild und Wort" überreichte. Das Werk wird mit Genehmigung des Fürsten herausgegeben und enthält in drei Abtheilungen die Ehrengaben der Fürsten, die der Städte, Stände und Vereinigungen und die von Privaten auf gegen 100 Tafeln mit ebensoviel Seiten Text. Der Fürst sprach seine Anerkennung über die künstlerische Ausführungen der Abbildungen aus und ertheilte die Erlaubniß zur Aufnahme einer Anzahl von Geschenken, welche sich in Friedrichsruh befinden. Dem Abschluß des Werkes bis zum 81. Geburtstage des Fürsten steht nunmehr nichts mehr im Wege. Herr de Grousilliers, der vom Fürsten zur Frühstückstafel gezogen wurde, konnte über die schon bis jetzt mit dem Werke erzielten Erfolge nur Günstiges berichten; namentlich sei die Theilnahme der Deutschen im Auslande groß, nach Moskau allein seien über 20 Exemplare bestellt.

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 27. Februar (A.-A.) lesen wir:

Von einem Theilnehmer an den Empfängen, welche dieser Tage in Friedrichsruh stattgefunden haben, gehen dem „Hann. Cour." einige Mittheilungen über Gespräche zu, welche von dem Fürsten Bismarck bei dieser Gelegenheit

geführt worden sind. Das genannte Blatt glaubt daraus die Ansichten desselben über unser colonisatorisches Vorgehen in Afrika und über die Thätigkeit der Ansiedelungscommission in den polnischen Gebietstheilen mittheilen zu sollen.

In Bezug auf die Colonisationsfrage hält Fürst Bismarck nach wie vor an der principiellen Auffassung fest,

> daß in fernen Erdtheilen der Kaufmann voran und der Staat mit seinem Schutze ihm nachfolgen müsse. Es sei immer das Richtige, einen Küstenstrich von zwei oder drei Tagemärschen Breite in Besitz zu nehmen und mit den dahinter liegenden Negern freundschaftliche Abkommen zu treffen; würden diese verletzt, oder kämen sonstige Gewaltthätigkeiten vor, so müsse man unverzüglich militairische Expeditionen in das Hinterland zur energischen und abschreckenden Züchtigung der Eingeborenen vornehmen.

Von der Verpflanzung des preußischen Regierungsassessors und seines büreaukratischen Systems nach Afrika verspricht sich der Fürst wenig Erfolge; das sei Arbeit vom grünen Tisch aus, die dorthin erst recht nicht passe. Der Fürst ist auch kein unbedingter Anhänger der Aufhebung der Sclaverei, die in jenen Ländern schon seit Tausenden von Jahren bestanden habe und in den dortigen Verhältnissen begründet sei.

Dagegen sprach sich der Fürst mit Schärfe gegen die brutale und falsche Behandlung der Schwarzen aus, wie sie leider auch von deutscher Seite in den bekannten Fällen vorgekommen sei.

> Er glaube zwar nicht an die Gleichheit der Rassen, sondern im Gegentheil, daß den Negervölkern von der göttlichen Vorsehung eine andere Bestimmung zu Theil geworden sei als den Weißen; aber es sei verkehrt gehandelt, wenn die Weißen von ihrer Ueberlegenheit einen Gebrauch machten, welcher der Menschlichkeit so sehr zuwiderliefe wie dem praktischen Nutzen. Es stecke zwar in den Negervölkern etwas von der Pferde- und Hundenatur, aber selbst in Bezug auf diese beiden Thiere sei das System der Dressur mittelst Schlägen veraltet. Ein alter Reitlehrer habe oft in der Bahn, wenn ein Schüler seinem Thiere die Gerte gab oder es sonst hart behandelte, demselben zugerufen: „Aber so schlagen Sie doch das Thier nicht, das ist ja gar nicht schuld, daß Sie nicht reiten können; der Fehler liegt darin, daß Sie es falsch behandeln.“ Es sei doch auch ein rührendes Beispiel für die gute Natur des Negers, daß 5 Weiße, wie es so häufig geschehe, mit 500 Schwarzen unter den allerschwierigsten Verhältnissen gefahrvolle Züge in das Innere des Landes unternehmen, ohne daß die Weißen eine andere Sicherheit hätten, als die in „Treu und Glauben“ der Neger wurzelnde. Wenn etwas von der

Hundenatur im Schwarzen vorhanden sei, so wäre das für ihn nicht schimpflich, und die Weißen, die davon Nutzen hätten, sollten es lieber vermeiden, die Neger eben wegen dieser Hundenatur schimpflich zu behandeln. Ohne Zweifel sei der Neger faul und müsse angetrieben werden, aber doch nicht mit unmenschlichen Mitteln. Auch habe der schwarze Soldat doch schon oft genug bewiesen, daß es ihm nicht an Muth und Opferwilligkeit fehle. Der Fürst bedaure es deshalb jedesmal, wenn er in den Zeitungen Berichte über Vorfälle lese, aus denen hervorgehe, daß die Schwarzen unmenschlich und falsch behandelt würden. Wissmann habe die richtige Art und Weise gehabt, mit den Negerstämmen fertig zu werden.

Bezüglich der Thätigkeit der Ansiedlungscommission in den polnischen Gebietstheilen fühlt sich der Fürst durch den bisherigen Verlauf der Dinge in seiner alten Auffassung bestärkt,

daß die Umwandlung des aus polnischen Händen erworbenen Besitzes in Rentengüter keine ganz glückliche Maßregel gewesen sei. Es wäre richtiger gewesen, diese Ländereien zunächst als Domainen in königliches Eigenthum überzuführen und sich die Pächter dieser Domainen nach politischem Bedürfniß auszusuchen. Die Hauptsache sei doch gewesen, daß die betreffenden Besitzungen aus den polnischen Händen in preußischen Staatsbesitz gelangten, alles Weitere sei cura posterior gewesen, und es habe kein Grund zur Überstürzung vorgelegen. Es sei seiner Zeit von ihm auch nicht beabsichtigt gewesen, daß bei der Thätigkeit der Ansiedelungscommission vorzugsweise auf die Neusiedelung kleiner Leute deutscher Zunge Bedacht genommen werde. Die politische Tendenz sei nicht sowohl auf die Ersetzung polnischer Bauern durch deutsche Bauern gerichtet gewesen, sondern auf die möglichste Beschränkung des polnischen Großgrundbesitzes in seiner durch die Geistlichkeit geförderten Deutschfeindlichkeit und nationalpolnischen Aspiration. Es sei darauf angekommen, diesen Grundbesitz in Domainen unter Pächtern zu verwandeln, auf die der preußische Staat habe fortdauernd zählen können. Man sei in dieser Sache zu eilig vorgegangen und habe schon morgen ernten wollen, was erst gestern gesäet sei.

* * *

Zur Behandlung der Polenfrage seitens der preußischen Regierung äußern die „Hamb. Nachr.“ am 29. Februar (A.-A.):

Im preußischen Abgeordnetenhause ist während der letzten Sitzungen vom Ministertische aus gegen die polnischen Anmaßungen eine Sprache geführt worden, wie wir sie lange nicht gehört haben. Nach den Berichten, die über das Verhalten der Regierungs- und Militair-

behörden in den betreffenden preußischen Gebietstheilen den Polen gegenüber vorliegen, ist es doppelt erfreulich, daß die Auffassung dieser Behörden in dem Centrum der Regierung nicht getheilt wird.

* * *

Der Verschönerungsverein in Stade hatte auf dem nahe bei der Stadt gelegenen weithin sichtbaren Schwarzenberge einen Bismarckthurm errichtet und davon dem Fürsten Mittheilung gemacht. Der Fürst antwortete am 5. März mit folgendem Briefe an den Vorstand:

Friedrichsruh, den 5. März 1896.

Dem geehrten Vorstande danke ich verbindlichst für die Ehre, die mir durch die Benennung des Aussichtsthurms auf dem von hiesigen und Hamburger Höhen sichtbaren Schwarzen Berge erwiesen worden ist. Diese Auszeichnung hat für mich um so höheren Werth, als sie mir die alten geschichtlichen Beziehungen vergegenwärtigt, welche zwischen meiner altmärkischen Heimath und der Grafschaft Stade bestanden, welche in alter Kaiserzeit der Mark Brandenburg ihre Markgrafen gegeben hat.

v. Bismarck.

* * *

Der Witwe des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Armand Buhl in Deidesheim schickt Fürst Bismarck am 6. März folgendes Beileidstelegramm:

Mit tiefer Betrübniß habe ich die mir nach dem Lebensalter Ihres Herrn Gemahls unerwartete Nachricht von seinem Hinscheiden vernommen und empfinde mit Ihnen schwer den Verlust meines politischen Mitkämpfers und persönlichen Freundes. v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ schreiben am 17. März (M.-A.):

In dem clericalen Aachener „Volksfreund“ lesen wir Folgendes:

Die Hamb. Nachrichten, das Organ des ewig stänkernden Schnapsbrenners Otto v. Bismarck, des früheren Reichsnörglers lassen sich zu der angeblichen Aeußerung Windthorst's: „Da habe ich mich kräftig durchgelogen“, also vernehmen:

„In unseren Augen ist Windthorst immer Intrigant und politischer Giftmischer gewesen, der die Bezeichnung eines Vaters der Lüge weit mehr verdiente als Ignatiew.“

Mit welchem Rechte die Türken den General Ignatiew den Vater der Lüge nannten, wissen wir nicht; aber das ist kein Geheimniß, daß Bismarck ein verschlagener Mensch allezeit gewesen ist und daß es ihm auf ein Dutzend Lügen nicht angekommen ist, deren größte und zugleich auch politische Giftmischerei wohl die Fälschung der Emser Depesche und die Anreizung zum

französisch-deutschen Kriege war. Wie sehr Bismarck sich auf das Lügen verstand, das geht aus folgenden Worten des verstorbenen Heidelberger Professors Bluntschli über Bismarck hervor:

„Er (Bismarck) ist ein Mann von verblüffendster Offenheit und zugleich tiefster Verschlagenheit; er muß die Diplomaten fürchterlich angelogen haben."

Professor Bluntschli war ein Freund Bismarck's, er kannte Otto den Gewaltigen offenbar gründlich.

Die „Hamb. Nachr." fügen hinzu:

Wir theilen diesen clericalen Artikel unseren Lesern nur mit, um ihnen zu zeigen, wie Leute denken und schreiben, die im Namen der christlichen Kirche zu sprechen behaupten.

* * *

Der deutsche Reichstag feierte am 21. März das 25jährige Jubiläum seines Bestehens mit einem Festbankett in der großen Kuppelhalle des neuen Reichstagsgebäudes. Etwa 400 Theilnehmer zählte die Gesellschaft, darunter auch die Herren von Boetticher und von Marschall. Den Trinkspruch auf den Kaiser und die deutschen Fürsten brachte der Präsident Freiherr von Buol aus, den auf den Fürsten Bismarck hatte der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe in bewährter ritterlicher Weise übernommen. Er lautete:

„Der Präsident des Reichstags leitete die heutige Gedenkfeier mit beredten Worten auf Kaiser und Reich ein. Wir ehemaligen Mitglieder des Zollparlaments, des ersten Reichstages, wir alle stimmten begeistert zu in dem stolzen Bewußtsein, einem mächtigen Reiche anzugehören, in berechtigter Freude über das mit schweren Opfern Errungene, in dankbarer Erinnerung an die Männer, welche unter der weisen, kraftvollen Leitung des großen Kaisers Wilhelm Deutschland zum Siege und durch Sieg zur Einheit geführt haben. Nur wenige dieser Kriegshelden sind noch lebend, darunter zu unserer Freude bewährte Heerführer, wie der König von Sachsen. Sie alle, Lebende und Verstorbene, aufzuzählen ist nicht meine Aufgabe. Wohl will ich aber unter den Geschiedenen diejenigen nennen, welche dem Herzen des deutschen Volkes am nächsten stehen.

„Da erhebt sich vor uns die Heldengestalt des Kaisers Friedrich, des Kronprinzen, welcher durch die Liebe, die er sich im ganzen deutschen Volke, in Süd und Nord zu erwerben wußte, erst das Band geschlungen hat, das die deutschen Stämme zum gemeinsamen Kampf vereinte; die Namen sodann der Feldmarschälle von Roon und Moltke, von denen einer in langjähriger organisatorischer Thätigkeit das Werkzeug schärfte, womit unsere Schlachten geschlagen wurden, während der andere als unvergleichlicher Heerführer das

Werkzeug in genialer Weise zu gebrauchen verstand. So leben sie fort im Gedächtniß und in dankbarer Verehrung des deutschen Volkes.

„Einer aber, der Größte unter den Männern jener Zeit, steht noch aufrecht da, wie eine Eiche des Sachsenwaldes, Fürst Bismarck, welcher mit sorgendem Blick die Geschicke des Reiches verfolgt und manch mahnendes Wort an die Epigonen der großen Zeit richtet, der Mann, der, als wir nach dem ersten gescheiterten Einheitsversuche an der Zukunft Deutschlands verzweifeln wollten, seinerseits weder die Hoffnung, noch den Mut sinken ließ, der in langer, mühevoller diplomatischer Arbeit die Wege ebnete, die zur einheitlichen Gestaltung des Reiches führten; der, als der Augenblick gekommen, als die Saat gereift war, den Augenblick erfaßte, mit der ihm eigenen Kraft die Schwierigkeiten überwand, die sich ihm von allen Seiten entgegenstellten.

„So ist er, der treue Diener seines kaiserlichen Herrn, der eigentliche Schaffer des Reiches geworden. Es ist ein schöner Zug in dem Charakter des deutschen Volkes, daß es dem Manne treue Verehrung unentwegt entgegenbringt, der sein Leben eingesetzt hat, um die seit Jahrhunderten unbefriedigte Sehnsucht der deutschen Nation zu erfüllen. Das deutsche Volk weiß es als eine köstliche Gabe der Vorsehung zu schätzen, daß in dieser Zeit gerade dieser Mann mit den Geschicken des Vaterlandes betraut war. Lassen Sie uns — und hier spreche ich zu den politischen Gegnern des ersten Kanzlers — lassen Sie uns heute die Tage des Kampfes und Streites vergessen, und vereinigen wir uns alle zu dem Ruf:

Fürst Bimarck lebe hoch!"

Der vom Reichskanzler seinem ersten Vorgänger gewidmete Hochruf wurde mit wärmster Begeisterung aufgenommen, stürmischer jubelnder Beifall wurde laut, alle Tischgenossen erhoben sich und drängten nach der Ehrentafel, um mit dem Fürsten zu Hohenlohe anzustoßen, immer von Neuem wiederholte sich der Ruf: Fürst Bismarck hoch! Die Musik stimmte „Hie Brandenburg alle Weg" an, das in mächtigen Accorden durch den hohen Kuppelraum rauschte. Eine selten weihevolle Stimmung beherrschte die Versammlung.

* * *

Fürst Bismarck richtete am 23. März ein Schreiben an den Fürsten Hohenlohe und dankte ihm darin für die wohlwollende und ritterliche Kundgebung, in der er seiner gedacht habe.

* * *

Am 28. März fand zur Vorfeier des 81. Geburtstages des Fürsten ein großer Commers in der Berliner Philharmonie statt. Auf ein an den Fürsten gesandtes Begrüßungstelegramm traf zur größten Freude der Theilnehmer die Antwort noch während des Commerses ein:

Verbindlichsten Dank für freundliche Begrüßung und gute Wünsche.

v. Bismarck.

* * *

Ebenso erging an demselben Tage auf ein Telegramm aus München dorthin ein Dank:

Ich bitte Sie, meinen Münchener Freunden meinen herzlichen Dank für ihre Begrüßung auszusprechen. v. Bismarck.

* * *

Rücksichten, die bei dem hohen Alter erklärlich waren, führten dazu, die zahlreichen Kundgebungen der Verehrung, Liebe und Dankbarkeit, die dem Fürsten auch am 81. Geburtstage in Friedrichsruh dargebracht werden sollten, auf ein geringes Maaß zu beschränken. Aber ein rechter Festtag war der 1. April trotzdem. Im sonst so stillen Park spielten nacheinander die Capellen der Ratzeburger Jäger, der 31er aus Altona und die 76er aus Hamburg.

Eine größere Zahl von Gästen war um die Frühstückstafel versammelt, darunter verschiedene höhere Offiziere und Staatsbeamte, auch Graf Waldersee und sechs Herren von den Halberstädter Cürassieren. Geschenke und schriftliche und telegraphische Glückwünsche trafen auch diesmal wieder in großer Menge ein. Obenan die Gabe des Kaisers: die neueste photographische Gruppenaufnahme der kaiserlichen Familie mit der eigenhändigen kaiserlichen Widmung „Zum 1. April 1896. Wilhem I. R.“

Gegen 4 Uhr Nachmittags kam Graf Douglas an der Spitze von 50 Bergleuten seiner eigenen Werke in Friedrichsruh an. Die Leute hatten Galatracht an und zogen unter klingendem Spiel von dem Bahnhof ins Gasthaus. Später nahmen sie am Fackelzuge der Hamburger Bürgerschaft Theil. Dieser trat kurz nach 7 Uhr an, geführt von der Regimentscapelle der 31er; unter den Klängen des Pariser Einzugsmarsches nahte die Spitze des Zuges der Schloßaltane. Der Fürst trat aus dem Speisesaal, und Herr Staelin aus Hamburg begrüßte ihn mit einer begeisterten Ansprache. Der Fürst antwortete:

Meine Herren, das Wohlwollen der Nachbarn ist für das Leben des deutschen Christen nach dem Luther'schen Katechismus ein Bedürfniß, und ich bin sehr erfreut, daß ich mich des Wohlwollens meiner hamburgischen Nachbarn seit so langer Zeit unentwegt erfreue, ohne es inzwischen wie so manches andere Wohlwollen verloren zu haben. Ich

freue mich, daß Sie durch ihre heutige Begrüßung die Fortdauer dieses nachbarlichen Wohlwollens mir gegenüber bethätigen. Ich sehe darin einmal eine Anerkennung meiner früheren Leistungen, die für mich ja besonders schmeichelhaft und wohlthuend ist, dann aber auch macht es mir als deutschem Staatsbürger eine besondere Freude, daß die Hauptstadt unseres Reichsantheils hier, so kann ich Hamburg doch wohl nennen, gedeiht und blüht, und ich sehe in dem Gefühle, daß es so ist, auch inneren Anlaß zu der Begrüßung, die Sie mir mit Bezugnahme auf die vergangenen Jahrzehnte erweisen.

Hamburg ist für das ganze Stromgebiet der Elbe die entscheidende Hauptstadt, und wenn es Hamburg gut geht, so geht es dem ganzen Elbgebiete wenigstens nicht schlecht (Heiterkeit, Bravo!). Es ist das auch einigermaßen gegenseitig: eine Handelsstadt prosperirt am besten, wenn ihr Hinterland reich wird und wohlhabend ist. Eine Handelsstadt in einer armen Küstengegend wird nie die Entwicklung haben, wie eine solche, die wie Hamburg ein großes reiches Hinterland hinter sich hat; und von dieser Ueberzeugung komme ich zu der Gewißheit, daß die Trennung berufsständischer Interessen, die in neuer Zeit in der Presse und Parteikämpfen üblich ist, unberechtigt ist.

Wir arbeiten Alle in derselben Richtung: der Kaufmann, der Industrielle, der Landwirth. Wenn unser Land zurückgeht, so leiden wir Alle, und wenn es vorwärts geht, so gewinnen wir Alle und fühlen uns Alle behaglich, und nun kann ein Land nicht vorwärts gehen, bei dem ein sehr großer Antheil der Bevölkerung rückwärts geht in seiner Wohlhabenheit und seinem Behagen. Das Gedeihen von Hamburg wirkt befruchtend auf das ganze Elbgebiet, aber das Gedeihen des ganzen Elbegebiets, auch des landwirthschaftlichen und industriellen, wirkt auch wiederum fördernd auf Hamburg, und Hamburg, so groß wie es ist — auf dem Continent ja das größte Emporium — würde doch auch darunter leiden, wenn das Oberland, das Hinterland von Hamburg, das Gebiet im Uebrigen zurückginge. Und deshalb sage ich nicht bloß aus nachbarlicher Liebe und Dankbarkeit für alles Wohlwollen, was mir von hamburgischer Seite, seit ich hier dauernd wohne, stets bezeigt worden ist, lediglich aus materiellen Interessen sage ich: G o t t f ö r d e r e H a m b u r g, und möge es blühen und gedeihen, so daß es die fruchtbringenden Strahlen seines eigenen Wohlseins auch auf das Hinterland ausübt, und möge es auch dem Hinterland beistehen nach außen hin, sich selbst zu erhalten und zu fördern. Da kommt bei mir der Landwirth zur Sprache, ohne daß ich gerade ein leidenschaftlicher Agrarier wäre (Heiterkeit), aber ohne Berechtigung sind die Leute nicht.

Ich bitte Sie also, nachdem Sie mich hier begrüßt haben, mit mir

meinem nachbarlichen Wohlwollen und meinen freundlichen Gefühlen für Hamburg Ausdruck zu geben: Die Stadt Hamburg und ihre Regenten sie leben hoch!

Nach der Ansprache ließ der Fürst stehend den ganzen Fackelzug an sich vorüberziehen; das dauerte dreiviertel Stunden, der Fürst bediente sich nur eines hinter ihm stehenden Gartentisches als Stütze. Bevor er, Bismarck, den Park verließ, richtete er an die ihm zunächst stehenden Festtheilnehmer noch einige freundliche Abschiedsworte. Er sprach wiederholt seinen Dank aus für die ihm durch die Ovation der Hamburger dargebrachte hohe Ehre und bemerkte dann:

Ich kann in meinen alten Tagen mich körperlich nicht mehr so bewegen wie früher; ich bedaure es; aber mein Herz geht mit Ihnen, auch wenn Sie mich verlassen haben.

Daß der 1. April im ganzen Reiche festlich und freudig begangen wurde, bedarf kaum der Erwähnung; auch in Oesterreich, besonders in Wien und in Graz, wurde er von den Deutschen gefeiert.

* * *

Auf das Glückwunschtelegramm, welches der Centralvorstand der nationalliberalen Partei, der Vorstand der nationalliberalen Fraction des Reichstages und der Vorstand der nationalliberalen Fraction des Abgeordnetenhauses am 1. April nach Friedrichsruh gesandt haben, ist noch an demselben Tage folgende telegraphische Antwort des Fürsten Bismarck an den Abg. Dr. Bassermann eingegangen:

Ich bitte Sie, der nationalliberalen Fraction des Reichstags und preußischen Abgeordnetenhauses für ihren freundlichen Glückwunsch meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

* * *

Am 8. April erließ der Fürst in den „Hamb. Nachr." folgende Danksagung:

Friedrichsruh, den 8. April 1896.

Von Nah und Fern, aus Deutschland und dem Auslande habe ich auch in diesem Jahre viele Glückwünsche zu meinem Geburtstage erhalten. Die Anzahl dieser mich in hohem Grade beglückenden und ehrenden Kundgebungen ist so groß, daß ich zu meinem lebhaften Bedauern darauf verzichten muß, jede einzelne dankend zu beantworten. Ich rechne deshalb auf die Nachsicht meiner Freunde, indem ich sie bitte, für ihr wohlwollendes Gedenken meinen verbindlichsten Dank in dieser Form freundlichst entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

* * *

Der Verein zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen sandte gelegentlich der Feier seines 25jährigen Bestehens am 11. April dem Fürsten ein Begrüßungstelegramm und erhielt darauf folgende telegraphische Antwort:

Für die telegraphische Begrüßung verbindlichst dankend, freue ich mich, daß deutscher Fleiß und deutsche Industrie den Grund für die Blüthe unserer Industrie auf den Weltmarkt gelegt hat, und hoffe, daß sie auch im Inlande an unserer Landwirthschaft einen kaufkräftigen Abnehmer finden wird. v. Bismarck.

* * *

Dieselbe Feier gab aber auch den „Hamb. Nachr." Veranlassung zu einer Berichtigung, die wir in der A.-A. vom 16. April finden:

Der Minister Freiherr von Berlepsch hat nach den Zeitungen in einer Rede, die er bei der Feier des 25jährigen Bestehens des Vereins zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen gehalten hat, gesagt, die Handelsverträge von 1891/92 seien nur eine Consequenz der Bismarck'schen Wirthschaftspolitik.

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß Fürst Bismarck diese Auffassung für irrig hält.

* * *

Für die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Gera richtet Fürst Bismarck am 24. April folgendes Schreiben an den dortigen Oberbürgermeister:

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, für die hohe Ehre, die mir die Stadt durch Verleihung ihres Bürgerrechtes zu meinem 80. Geburtstage erwiesen hat, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und allen Betheiligten auszusprechen. Ich füge die Bitte hinzu, die Verspätung meines Dankes mit dem Geschäftsdrange entschuldigen zu wollen, der im vorigen Jahre nach dem Maaße der hier verfügbaren Arbeitskräfte die Erledigung der Eingänge erschwerte.

v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." entnehmen der „Kreuz-Ztg." folgenden Bericht:

Fürst Bismarck empfing am 26. April Mittags eine Deputation von sechs Herren aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden. Nach einer Ansprache des Regierungs-Präsidenten v. Tepper-Laski, in welcher dieser den Gefühlen unwandelbarer Treue und dankbarer Verehrung der nassauischen und hessischen Bevölkerung des Regierungsbezirks für den Fürsten Ausdruck gegeben und von der bevorstehenden Errichtung eines Denkmals für ihn in der Stadt Wiesbaden Mittheilung gemacht hatte, sprach der Fürst ausführlich

über seine Erinnerungen an Wiesbaden und über die Gründe, welche ihn seiner Zeit bestimmt hätten, sich für die Annexion Nassaus zu entscheiden, und gab zugleich seiner Freude darüber Ausdruck, schon jetzt dort ein Denkmal zu erhalten.

Auch während der Frühstückstafel, an der der Fürst theilnahm, führte der Fürst eine äußerst angeregte, an historischen Reminiscenzen reiche, vielfach von köstlichem Humor durchsetzte Conversation. Nach Aufhebung der Tafel umarmte der Fürst Herrn v. Tepper-Laski und verabschiedete sich dann von den anderen Mitgliedern der Deputation in überaus herzlicher Weise.

* *
*

Am 3. Mai (M.-A.) berichten die „Hamb. Nachr.“:

Der Wohlthätigkeits-Club „Glocke“ in Bremerhaven, dessen Ehrenmitglied Fürst Bismarck ist, hatte schon vor längerer Zeit in Friedrichsruh angefragt, ob es einer größeren Anzahl von Mitgliedern des Vereins gestattet werden könne, dem Fürsten persönlich ihre Huldigung darzubringen. Darauf war dem Vorstande des Clubs seitens des fürstlichen Secretariats mitgetheilt worden, daß der Empfang einer Massendeputation in der angedeuteten Zahl von 150 Personen wegen des schonungsbedürftigen Gesundheitszustandes des Fürsten — dem ein längeres Verweilen im Freien bei der jetzigen herben Witterung nicht zuträglich ist — undurchführbar sei. Zugleich erging jedoch an die Gründer des Clubs eine Einladung, am 2. Mai den Fürsten zu besuchen.

Die Abordnung traf um $^1/_2$1 Uhr in Friedrichsruh ein und begab sich sofort ins Schloß. Der Fürst empfing die Herren im ersten Wohnzimmer des Erdgeschosses, begleitet von seiner Tochter Gräfin Rantzau, deren Gemahl und der Baronin Merk.

Auf die seitens eines Herrn an den Fürsten gerichtete Ansprache antwortete dieser:

Meine Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie zu mir gekommen sind. Es ist das immer ein Beweis von Wohlwollen und gutem Willen. Wenn ich auch glaube, daß der Herr Vorredner mein Verdienst überschätzt, so beweist Ihr Kommen doch, daß Sie mir dergleichen zuschreiben. Sonst bin ich der Meinung, daß in unseren Hansestädten jedes selbständige Unternehmen auch ohne fremde Hülfe seinen Fortgang findet; sie haben gelernt, sich selbst zu helfen.

Verzeihen Sie, mir wird das Sprechen zu schwer, wegen neuralgischer Schmerzen; aber ich muß Ihnen doch noch sagen, wie ich mich freue, Sie hier zu sehen, weil eben Ihr Kommen, wie ich vorhin schon sagte, mir ein Beweis Ihres Wohlwollens ist. Und wenn man 40 Jahre bei uns Minister gewesen ist, und hat in allen Kreisen der Bevölkerung noch Leute, die einem wohlwollen, so kann man zufrieden sein.

Der Fürst wandte sich hierauf mit den Worten: „Ich möchte die Bekanntschaft der Herren machen" an den ihm Zunächststehenden mit einer Verbeugung zu, worauf Herr Trumpf die Vorstellung der einzelnen Herren übernahm. Als die Reihe an den schon bejahrten Capitain Jachens kam, fragte der Fürst lebhaft: „Segelschiffs-Capitain, nicht wahr?" und fuhr dann fort: „Schade, sie veralten, die Segelschiffe. Sie sind immer eine hübsche Erscheinung auf dem Wasser."

Nach beendigter Vorstellung der Herren sprach der Fürst:

Ich habe aus der Liste gesehen, daß bei Ihnen alle Berufsstände vertreten sind. Das beweist, daß die Befriedigung, deren Ausdruck Ihr Herkommen ist, sich nicht auf einzelne Interessenkreise beschränkt. Zufrieden ist ja Niemand vollständig, und es wäre ein Unglück, wenn es Alle wären. Es würde alles Streben und alle Bewerbung um Besseres aufhören, wenn Jedermann zufrieden wäre. Das ist klar. Gott hat also die Unzufriedenheit als Strebsamkeit, als Sporn in uns gepflanzt und insofern wird jeder von Ihnen seine Wünsche haben und unseren öffentlichen Einrichtungen nur insoweit dankbar sein, als sie ihm die Möglichkeit geben, diese Wünsche nach Bequemlichkeit und nach menschlicher Unvollkommenheit zu befriedigen. Aber verzichten Sie auf den Glauben, daß irgend je eine allgemeine Zufriedenheit in der Welt entstehen wird, weder auf socialdemokratischem noch auf anderem Wege. Das ist unmöglich. Wir würden lauter faule Hunde werden, wie die Südseebewohner, die unter Palmen liegen und nichts thun als Datteln essen, die abfallen. Zufriedenheit ist nicht in der Welt, ist uns von Gott nicht gegeben. Wollen sehen, ob wir sie heute bei Tische finden, indem Sie mir die Ehre erzeigen, mit mir zu frühstücken.[1])

Sich umwendend, erblickte der Fürst seinen Sohn Herbert und dessen Gemahlin, die kurz nach der Ankunft des Hamburger Localzuges, der die Deputation gebracht hatte, mit dem Berliner Schnellzug in Friedrichsruh eingetroffen und während der letzten Worte des Fürsten leise ins Zimmer und dicht hinter ihren Vater getreten waren. Mit freudiger Ueberraschung und einem „Ach sieh mal!" umarmte der Fürst die Angekommenen und stellte sie sodann den Bremerhavenern vor, die nun dem Fürsten und dessen Familie in den Speisesaal folgten.

Beim Frühstück unterhielt sich der Fürst in gewohnter lebhafter Weise mit allen Tischgenossen. Nach einer Weile brachte der Fürst Bismarck folgenden Trinkspruch aus:

Meine Herren, ich bitte Sie, mit mir ein Hoch auszubringen auf

---

[1]) Diese beiden Ansprachen vor dem Frühstück hat Horst Kohl (Bismarckbuch III, S. 510) ignorirt.

Ihre Heimath, aus der ich heute durch Sie eine so freundliche Begrüßung erfahre. Ihre Bürger haben ihr Wohlergehen sich durch ihre Betriebsamkeit, durch ihren Mangel an Zufriedenheit, wie ich vorhin sagte, was man auch Strebsamkeit nennen könnte, erhalten. Die Seestädte sind draußen lange Zeit die einzigen Vertreter gewesen, die wir hatten, und haben dabei große Kraft entwickelt, wie uns Lübeck zeigt, das allein lange Zeit in der Ostsee stärker war, als Schweden, Dänemark und Rußland zusammen.

Dies zeigt uns, was der deutsche Bürgersinn vermocht hat und was in ihm auf der Basis der deutschen Hansa für eine Dampfkraft steckt, wenn sie richtig angespannt wird. Nun in unserm neuen Vaterlande und in Bremen und Hamburg ist die Anspannung wenigstens keine falsche gewesen, nicht immer mit vollem Dampfe, aber es ging doch vorwärts, langsam, wie alles in der Welt immer gehen kann. Was sich nicht überstürzt, überlebt sich nicht, und in diesem Sinne, in Anerkennung der ausdauernden, langsamen und nach Bedürfniß bescheidenen und bestrebsamen Arbeit der Hansestädte bitte ich Sie, mit mir anzustoßen auf das Wohl derselben und in specie Ihre Hansestadt Bremen und dessen Senat: „et qui illam regit". Die Hansestadt Bremen und ihr Senat leben hoch!

Ich hoffe, Bremerhaven ist nicht eifersüchtig auf seine Mutterstadt, es ist ja allezeit mitgerechnet.

Herr Pajeken forderte kurz darnach die Gäste auf, auf die fernere Gesundheit des Fürsten ein Glas zu leeren.

Um zwei Uhr wurde die Tafel aufgehoben und die Abordnung verabschiedete sich mit lebhaftem Dank für die vom Fürsten und seiner Familie ihr erwiesene Ehre, um sich zur Rückfahrt in die Heimath nach dem Bahnhof zu begeben.

* * *

Am 9. Mai heißt es in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Der chinesische Vicekönig Li-Hung-Tschang beabsichtigt, wie die „Leipz. Neuest. Nachr." mittheilen, nach der Moskauer Krönungsfeier auch dem Fürsten Bismarck einen Besuch abzustatten. Der Shanghaier „Schim Pao" berichtet hierüber: „Li-Hung-Tschang hat seinen Söhnen gegenüber geäußert, er wolle von seiner Reise nicht heimkehren, ohne alles das Große und Schöne in Augenschein genommen zu haben, was er von der europäischen Cultur sich glaube versprechen zu dürfen. Aber mehr noch als an den großen Dingen, die schließlich jedes Schiff nach China tragen könne, liege ihm daran, die großen Männer persönlich kennen zu lernen. Darum möchte ich Bismarck besuchen. ‚Ich weiß ja nicht, wie viel Kraft die weite Reise und alle die mit

den Festen und ernsten Arbeiten verbundenen Anstrengungen mir altem Mann noch lassen werden. Auch muß ich, selbst wenn ich Berlin wohl und munter erreicht habe, daran denken, daß der Kaiser mir für das Vaterland noch fernere Reisen befohlen hat. Aber läßt es meine Gesundheit irgend zu, dann werde ich den großen Bismarck besuchen.'" So weit die chinesische Quelle, der man schon deshalb Glauben schenken darf, weil Li-Hung-Tschang stets zu den größten Verehrern Bismarck's gehört hat. Wen er auch immer von neu angekommenen Deutschen empfing, stets galt die erste Frage dem Befinden Bismarck's. Seiner Bewunderung für den Fürsten pflegte er durch eine Reminiscenz aus seinem Leben Ausdruck zu geben: „Wer ist Preußen? fragten 1862 unsere Staatsmänner in Peking," erzählte er mit Bezugnahme auf die Expedition des Grafen Eulenburg nach China zur Anknüpfung eines Handelsvertrages. „Und", so schloß Li-Hung-Tschang, „acht Jahre später lautete es bei uns: ‚Was sind die Anderen gegenüber Deutschland!' — und das hat Euer Bismarck zu Stande gebracht!"

* *
*

In Frankfurt a. M. wurde am 10. Mai, dem Tage der 25. Wiederkehr des Friedensschlusses, in Gegenwart des Kaisers das Denkmal Kaiser Wilhelm's I. enthüllt. Bei dieser Gelegenheit hat der Kaiser folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh gerichtet:

„Der Frankfurter Frieden, welcher vor 25 Jahren geschlossen und dessen Erinnerung soeben durch Enthüllung einer Reiterstatue für den in Gott ruhenden Kaiser Wilhelm den Großen in weihevoller Weise gefeiert wurde, bildet den Abschluß einer gewaltigen Zeit, in welcher Deutschland seine Einigkeit und Größe, sowie die ihm im Rathe der Völker gebührende Stellung wiedererrang. Welche unvergeßlichen Verdienste Sie, mein lieber Fürst, sich hierbei erworben, Ihnen heute von Neuem in Dankbarkeit und Verehrung auszusprechen, ist mir Bedürfniß und Pflicht. Neben dem Namen des großen Kaisers Wilhelm wird der Name seines großen Kanzlers in der Geschichte allezeit glänzen, und in meinem Herzen wird das Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit gegen Sie nie ersterben.

Wilhelm II. R."

Fürst Bismarck hat darauf geantwortet:

Eure Majestät haben mich durch die huldvolle und erinnerungsreiche Begrüßung vom heutigen Tage hochgeehrt und beglückt, und ich bitte Allerhöchstdieselben, meinen ehrfurchtsvollen Dank dafür Euer Majestät zu Füßen legen zu dürfen. v. Bismarck.

* *
*

Am 10. Mai lesen wir in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):
Wir sind ermächtigt, folgendes Schreiben mitzutheilen, das Fürst Bismarck

an den Herrn Grafen Guido Henckel von Donnersmarck auf Neudeck gerichtet hat:

Friedrichsruh, den 8. Mai 1896.

Verehrter Freund,

es ist mir Bedürfniß, bei der fünfundzwanzigsten Jährung des Frankfurter Friedens Ihnen für die Mitarbeit zu danken, die Sie mir vor und bei den Friedensverhandlungen im Reiche geleistet haben. Besonders wohlthuend ist mir das Gefühl, daß ich diese politische Mithülfe einem langjährigen und sicheren Freunde verdanke.

Der Ihrige

v. Bismarck.

* *
*

An demselben Tage wurde das Bismarck-Denkmal in Bochum enthüllt. Auf die Mittheilung davon erhielt der Oberbürgermeister Hahn folgende Zuschrift des Fürsten:

Friedrichsruh, den 11. Mai 1896.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, meinen Herren Mitbürgern für die hohe Ehre, die Sie mir durch Errichtung eines Denkmals erwiesen haben, meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

* *
*

An demselben Tage fand am Niederwalddenkmal eine Friedensfeier von Vertretern der nationalliberalen Vereine der mittelrheinischen Städte statt, bei der Telegramme an den Kaiser, den Prinzregenten von Bayern, den Großherzog von Baden, den Großherzog von Hessen, den Fürsten Bismarck und Herrn von Bennigsen abgesandt wurden. Das Telegramm an den Fürsten Bismarck lautete:

„Tausende nationalgesinnter Männer und Frauen aus den Gauen des Rheines, Maines und Neckars feiern am Fuße des Niederwalddenkmals das Gedächtniß des Frankfurter Friedens, durch den Euer Durchlaucht welthistorische Verdienste um Deutschlands Einigung und damit um die Aufrichtung eines sicheren Friedenshortes ihren glänzenden Abschluß fanden. Was uns in großer Zeit in die Seele geschrieben wurde, treu zu halten zu Kaiser und Reich, soll unauslöschlich in uns fortleben. In treuer Dankbarkeit bringen wir Euer Durchlaucht das Gelöbniß und unsere ehrfurchtsvollsten Grüße dar."

* *
*

Eine Deputation aus Mecklenburg wurde am 16. Mai in Friedrichsruh empfangen; sie überbrachte dem Fürsten eine verkleinerte Nachbildung des dem Großherzog Friedrich Franz II. im Schweriner Schloßgarten errichteten Denkmals.

Das in allen seinen Theilen, so berichten die „Hamb. Nachr." vom 17. Mai (M.-A.), mit größter Treue, Schärfe und Feinheit hergestellte Broncewerk, welches vom Herrn Professor Brunow selbst nach seiner seit einigen Jahren die Residenzstadt Schwerin zierenden Kunstschöpfung modellirt und darauf in der Schaeffer-Walker'schen Erzgießerei in Berlin ausgeführt worden ist, war schon vor Ankunft der Deputation in einem Zimmer des fürstlichen Schlosses in Friedrichsruh aufgestellt worden.

In demselben Raume versammelten sich heute Mittag um halb ein Uhr die oben genannten Herren. Gleich darnach trat der Fürst ein; er trug Civilkleidung und stützte sich leicht auf einen Knotenstock, seine Haltung war stramm, und die Frische seines Antlitzes, wie der freundlich-klare Blick seines Auges verrieth nichts von dem schmerzhaften Leiden, das den Fürsten fast ununterbrochen plagt und ihm oftmals das Sprechen beinahe bis zur Unmöglichkeit erschwert. In der Umgebung des Fürsten befand sich heute von der Familie nur das gräflich Rantzau'sche Ehepaar.

Auf die vom Drost Balck aus Güstrow an den Fürsten gerichtete Ansprache antwortete dieser:

Meine Herren! Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Begrüßung und für die warmen Worte des Herrn Vorredners und insbesondere für die Gabe, die Sie mir bringen. Ihr hochseliger Herr Großherzog ist für mich immer ein außerordentlich liebenswürdiger Herr gewesen, und er fand bei mir Gegenliebe schon wegen der — verzeihen Sie, ich kann wegen Gesichtsschmerzen sehr schwer sprechen — schon wegen seiner Aehnlichkeit mit meinem alten Herrn, dem Kaiser Wilhelm, in seiner Liebenswürdigkeit, in seinem Wohlwollen für alle Menschen und in seiner kühlen Tapferkeit mit gesundem Menschenverstand, wie ich im Kriege und Frieden kennen gelernt habe. Die Gnade, die mir Ihr hochseliger Herr stets erwies, hat sich übertragen auf den jetzt regierenden Herrn, den Großherzog, und der ist mir immer ein freundlicher lieber Herr gewesen, dem ich von Herzen Genesung wünsche, daß er unter seinen Unterthanen wohnen könne.

Als Landsmann danke ich Ihnen insbesondere für Ihre Begrüßung. Wir Preußen haben seit der Königin Louise mit Mecklenburg niemals Streit gehabt und Dissensus. In den Bundesintriguen in Frankfurt am Main war die mecklenburgische Stimme die, auf die wir Preußen neben den Thüringer Herzogthümern immer sicher rechnen konnten, und in Dankbarkeit bewahre ich meinem Freunde und Collegen Herrn von Oertzen, dem damaligen mecklenburgischen Bundestagsgesandten, ein gutes Andenken.

Ich habe in Mecklenburg ja auch persönlich viele Freunde und Jugendbekannte gehabt. Die ganze niederdeutsche Bewohnerschaft, die platt-

deutsch spricht, umfaßt unsere alten Provinzen so gut wie Ihr Land. „Wi spräkt datsülwe Plattdütsch.“ Dasselbe ist noch weiter westlich der Fall; doch wir sind nicht so in Frieden und Liebe gewesen wie mit Mecklenburg. Da trug vielleicht auch die Verwandtschaft der regierenden Familien dazu bei. Kurz, ich habe Zeiten erlebt, wo, wenn ich im fernen Orient einen Mecklenburger gesehen hätte, ich ihn als einen engeren Landsmann betrachtet haben würde, einen Süddeutschen aber nicht. Das ist Gott sei Dank gehoben. Dieser Standpunkt ist vergessen, hoffentlich für immer. Daß er nicht unter der Decke wieder auflebt, der Funke der Zwietracht, wollen wir hoffen.

Ich habe das Vertrauen zu Gott, daß wir auseinandergerissen werden nicht wieder können. Gezänk kann kommen, aber die Stämme, die sich gemeinsam als Deutsche erkennen, und die zusammen auf dem Schlachtfelde geblutet haben, die werden schwer wieder auseinander zu bringen sein. Mit den andern Nachbarn, Sachsen, Bayern, haben wir ja viel heftigeren Streit gehabt, mit Mecklenburg seit der Zeit Friedrich's des Großen nie. Friedrich der Große war kein angenehmer Nachbar, weder für Mecklenburg, noch für Sachsen, noch für Oesterreich, noch für Polen, das sind tempi passati, aber seit der Königin Louise sind wir immer freundliche Nachbarn geblieben, und ich hoffe, ich bin gewiß, wir werden es bleiben.

Wenn auch ab und zu Verstimmung in uns auftritt — es kommt Alles auf das Wohlwollen an, mit dem die Geschäfte geführt werden; ich habe das Vertrauen, daß Gott dies Deutsche Reich, das mit so viel Hammerschlägen und Blutvergießen auf dem Schlachtfelde zusammengefügt und gegründet ist, doch nicht wieder zerreißen lassen, sondern auch für fernere Zeit zusammenhalten werde, und daß wir in der freundlichen Intimität, in der wir mit den Mecklenburgern gelebt haben, auch ferner leben werden.

Nun möchte ich aber doch persönliche Bekanntschaft machen mit den Herren.

Mit den letzten Worten wandte der Fürst sich an Drost Balck, der nunmehr die Einzelvorstellung aller Anwesenden übernahm. Als die Reihe an Herrn Geheimrath Podeus-Wismar kam, bemerkte Fürst Bismarck:

Wismar geben wir nicht wieder raus! Es ist ein hübsches Städtchen. Ich kenne es, weil ich einmal auf der Rückreise von Schweden durchgekommen bin.

Nach beendeter Vorstellung fuhr der Fürst fort:

Ja, meine Herren, ich freue mich, unter Ihnen alle Stände im Lande vertreten zu finden, und ich schließe daraus auf eine Einigkeit, die bei uns im ganzen Lande wie im Reichstage herrschen möge, namentlich

unter den productiven Ständen, zu denen ich auch den Kaufmann rechne; er schafft Producte, Werthe, indem er die Producte an neue Stellen bringt. Aber was namentlich die Handwerker und Gewerbe, die Landwirthschaft an der Spitze, und die Industrie betrifft, die bei Ihnen noch nicht zur Krankheit geworden ist, wie an anderen Stellen des Reiches, da müssen wir doch Alle zusammenhalten.

Je älter ich werde, desto mehr werde ich Schutzzöllner, und ich weiß noch nicht, wie das enden soll, wenn ich noch älter werde. Einstweilen wollen wir aber beim Frühstück endigen, und ich bitte den Herrn Redner, meiner Tochter den Arm zu geben.

Der Fürst führte alsdann seine Gäste in den Speisesaal.

Bei der Tafel brachte Fürst Bismarck mit folgenden Worten einen Toast auf den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin aus:

Meine Herren, ich kann nicht mit Ihnen am Tische sitzen, ohne mit Ihnen auf das Wohl Ihres hohen gnädigen Landesherrn ein Glas zu trinken. Seine Königliche Hoheit der Großherzog lebe hoch!

Drost Balck dankte darauf mit einem Hoch auf den Fürsten und seine ganze Familie.

Kurz nach 2 Uhr verließen die Mecklenburger Gäste Friedrichsruh.

* * *

Am 17. Mai wurde auf der Bismarck-Höhe bei Großsalze inmitten dreier aus dem Sachsenwalde stammender Eichen ein vom Verschönerungsverein errichteter Bismarck-Gedenkstein enthüllt. Abends 7 Uhr wurde ein Huldigungstelegramm an den Fürsten gesandt, auf das bald darauf zu Händen des Vorsitzenden folgende Antwort einlief:

Friedrichsruh, 17. Mai 8,16 Uhr Nachm.

Dr. Fricke, Großsalze.

Ich bitte Sie, allen Betheiligten für mir erwiesene hohe Auszeichnung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

* * *

Am 23. Mai wird das auf der Rudelsburg von den zum Kösener S. C. gehörenden deutschen Corps errichtete Denkmal des Jungburschen Otto von Bismarck enthüllt. Am 27. Mai richtet der Fürst folgendes Schreiben an den Denkmalsausschuß:

Das gefällige Schreiben des Ausschusses habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bitte, allen Betheiligten meinen wiederholten Dank für die hohe Auszeichnung auszusprechen, die mir durch Errichtung des Denkmals auf der Rudelsburg erwiesen wird.

v. Bismarck.

Ein zweites erhält Dr. Hans Hopfen persönlich:

Geehrter Herr Doctor!

In der Zeitung lese ich zu meiner Freude den Bericht über die Feier auf der Rudelsburg und bitte Sie, für die patriotischen und für die auch so wohlwollenden Worte, welche Sie an die jungen Herren Commilitonen gerichtet haben, auch meinen herzlichen Dank freundlich entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

* * *

Der General von Spitz hatte dem Fürsten Bismarck den Geschäftsbericht des Deutschen Kriegerbundes als dessen Präsident übersandt. Der Fürst dankte dafür mit folgender Zuschrift:

Friedrichsruh, den 24. Mai 1896.

Euer Excellenz gefälliges Schreiben vom 23. d. Mts. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten. Ich werde den beigefügten Geschäftsbericht des Kriegerbundes mit Interesse durchsehen und freue mich, daß Euer Excellenz den Geist pflegen, der unser Heer zu großen Erfolgen geführt hat.

v. Bismarck.

* * *

Am 26. Mai wird dem Oberpräsidenten Grafen Wilhelm von Bismarck in Königsberg ein Sohn geboren, dem Fürsten Bismarck der erste Enkel, der seinen Namen trägt.

* * *

Am 26. Mai bringen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) folgende geschichtliche Feststellung:

In einer uns zugehenden Schrift von Domenico Margiotta über Freimaurerei wird gesagt, der „erste geheime Agent" Mazzini's, Lemmi, habe seiner Zeit mit dem Grafen Bismarck verhandelt, was zu einem Schreiben des Letzteren geführt habe, „um die Italiener von der Sympathie für Frankreich abzuziehen und für eine deutsche Allianz zu gewinnen". Dieses Actenstück wird in „wörtlicher Uebersetzung" mitgetheilt. „Ob es authentisch oder pure Erfindung ist, könnten uns die „Hamb. Nachr." sagen", bemerkt dazu eine Gegenschrift von J. G. Findel in Leipzig. Das können wir allerdings: Die Geschichte von den Verhandlungen und Correspondenzen zwischen dem Grafen Bismarck und Mazzini ist vollkommen erfunden und erlogen; Bündnisse werden niemals durch Conspiratoren und Verschwörungen, sondern nur durch staatliche Interessen herbeigeführt.

* * *

Den „Hamb. Nachr." (A.-A.) vom 29. Mai entnehmen wir im Anschluß daran Folgendes:

Die „Nationalliberale Correspondenz“ macht auf folgendes Beispiel ultramontaner Unehrlichkeit gegenüber dem Fürsten Bismarck aufmerksam:

Die „Germania“ giebt einen Beweis von Redlichkeit, der der weitesten Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden darf. Um die gedachte Tugend des clericalen Organs ganz würdigen zu können, muß man sich den Wortlaut einer Erklärung der „Hamburger Nachrichten“ ansehen, die von angeblichen Verhandlungen Bismarck's mit Mazzini handelt. Das Hamburger Blatt hat geschrieben:

(Folgt die vorstehende Erklärung vom 26. Mai.)

Hier ist unzweideutig gesagt, daß Graf Bismarck mit Mazzini weder verhandelt noch correspondirt hat. Dennoch fügt die „Germania“ die Frage hinzu: „Wie ist es aber mit dem oben erwähnten Actenstück? Ist das auch lediglich erfunden oder erlogen?“ Das Blatt macht sich also den Umstand zu Nutze, daß in der Schrift des Italieners von einem „Actenstück“ die Rede ist, während die „Hamb. Nachr.“ „Verhandlungen und Correspondenzen“ in das Reich der Lüge verwiesen haben. Die „Germania“ glaubt also entweder an die Echtheit von Protocollen über Verhandlungen, die nie stattgefunden haben, oder sie treibt, um für ihr durch das Manöver ihres Blattes nach der geistigen Seite hin genügend charakterisirtes Publicum etwas von den clericalen Verleumdungen des Herrn Margiotta zu retten, einen Mißbrauch mit der Sprache, der selbst diesem abgehärteten Zeitalter ungewöhnlich erscheinen wird.

Wir wollen noch ein Uebriges thun und der „Germania“ ausdrücklich erklären, daß auch das „Actenstück“ erfunden und erlogen ist. Die Sicherheit, daß dem so ist, steigt auch für Jemanden, der die Vorgänge nicht kennt, durch die Zweifel, welche die „Germania“ daran ausspricht. Dergleichen Fälschungen in der französischen oder in der Centrumspresse zu finden, hat für Niemanden etwas Ueberraschendes.

* *
*

Am 30. Mai heißt es in den „Hamb. Nachr.“ (M.=A.):

Das unter dem Motto: Audiatur et altera pars kürzlich veröffentlichte Buch:

Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten, k. k. österr. Botschafters (1849—1855). Wien, Verlag von Carl Gerold's Sohn, ergiebt bei eingehender Lectüre viel Interessantes und ist geeignet, zur Beleuchtung der historischen Entwickelung in jener ereignißreichen Zeit zu dienen. Wir empfehlen es zur Beachtung und führen als ein Beispiel der ehrlichen und wohlwollenden Gesinnung seines Verfassers die Besprechung des 1850 spielenden Pacifico=Falles in Athen an, welche Prokesch S. 113 ff. in Briefen an seinen Chef, den Fürsten Schwarzenberg, u. A. giebt:

Berlin, 5. Febr. 1850.

Die Infamie des edlen Lord Palmerston in Griechenland übertrifft alles menschlicherweise Vorauszusetzende! Der Zweck derselben ist, den König unmöglich zu machen, das Land in Anarchie zu stürzen und die aufgeblühte griechische Schifffahrt zu verderben. Wer so wie ich die Vorwände wägen kann, dem empört sich die Seele. Ein portugiesischer Jude, der nicht 800 Drachmen besaß, wird vom Pöbel insultirt, der ihm die Fenster einwirft, ehe die Polizei bei der Hand sein kann, und dafür begehrt England von der schuldlosen Regierung 800 000 Drachmen Entschädigung an ihn und 500 Pfund Sterling Ehrengeld! Für alle die bezahlten Räuber und Aufrührer, die dem Lyons (britischer Gesandter in Athen) dienten, und derer die Gendarmerie sich bemächtigte, für diese heillosen Auswürflinge begehrt sie Entschädigung, und überfällt den König dabei wie eine Piratenschaar! — — —

9. Febr. 1850.

... Der erste Eindruck in London war dem edlen Lord sehr ungünstig. An Baron Brunnow (russischen Gesandten in London) sprach Lord Palmerston entschuldigend: Es handle sich nur um eine Privatreclamation; ferne sei ihm die Idee, dem Könige und dem Lande irgend nahe treten zu wollen. — Der Heuchler wußte wahrscheinlich schon das Mißglücken des Plans.

Die „Hamb. Nachr." begleiten diese beiden Citate mit folgender Bemerkung:

Die Haltung, welche die englische Regierung damals, vor 46 Jahren, in dem vorstehenden Falle unter ihrem auswärtigen Minister Lord Palmerston eingenommen hat, giebt zum Vergleich Anlaß mit der analogen Behandlung des Jameson'schen Flibustierzuges in unseren Tagen.

* * *

In Friedrichsruh ist, so melden die „Hamb. Nachr." am 5. Juni (A.-A.), folgende Depesche eingegangen:

Großenhain, 3. Juni 1896.

Fürst Bismarck,

Friedrichsruh.

Ew. Durchlaucht sowie dem Herrn Grafen Herbert von Bismarck beehren sich 500 zu ihrem Verbandstage in Großenhain versammelte sächsische Bäckermeister ehrerbietigen Gruß zu entbieten und innigen Dank auszusprechen für Ihre dem deutschen Handwerk entgegengebrachten Sympathien wie für Ihr thatkräftiges Eintreten für ihren in seiner Existenz schwer bedrohten Stand.

Bäckerverband Saxonia.

* * *

Anfang Juni unterzeichnet der Fürst als Erster den Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für den am 28. April verstorbenen Heinrich von Treitschke.

* * *

Am 13. Juni (A.-A.) bemerken die „Hamb. Nachr.“ Folgendes:

In Bezug auf Aeußerungen des Fürsten Bismarck über die parlamentarische Behandlung des Bürgerlichen Gesetzbuchs lesen wir in der „Post“:

„Von denjenigen Zeitungen, die gegen die sofortige Durchberatung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Plenum des Reichstages sind, wird jetzt für ihre Wünsche dadurch Stimmung zu machen versucht, daß sie Aeußerungen des Fürsten Bismarck zu Gunsten ihrer Meinung citiren. So lesen wir in der ‚Deutschen Tageszeitung‘:

„‚Wie wir von durchaus competenter und zuverlässiger Seite erfahren, hat Fürst Bismarck vor einigen Tagen erklärt, er würde es auf das Lebhafteste bedauern, wenn der Reichstag einem durchaus unberechtigten Drucke nachgäbe, der dahin geht, den Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches noch in der gegenwärtigen Session durchzudrücken. Ein solches Verfahren erinnere an das Durchpeitschen des Oesterreichischen Handelsvertrages im Jahre 1891. Eine Vorlage von der Bedeutung des Bürgerlichen Gesetzbuchs müsse in ihren Einzelbestimmungen zunächst zur Kenntniß aller davon betroffenen Kreise gelangen. Dann erst könne das Plenum des Reichstages — nicht eine kleine Gruppe des Reichstages — im Hochsommer in eine Berathung eintreten.‘

„In der vorstehenden Form hat sich Fürst Bismarck sicher nicht geäußert. Die ‚betroffenen Kreise‘ werden heute so wenig wie vor einem Jahr geneigt sein, sich mit den voluminösen Einzelbestimmungen näher zu befassen. Das wird man meist den Fachjuristen überlassen.“

Wir halten es im Gegensatz zur „Post“ doch für nicht unwahrscheinlich, daß sich Fürst Bismarck in der That so geäußert hat, wie die „Deutsche Tagesztg.“ berichtet.

* * *

Gegen die „Freisinn. Ztg.“ äußern sich die „Hamb. Nachr.“ am 16. Juni (M.-A.):

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt in Sachen der Behandlung des Bürgerlichen Gesetzbuches Folgendes:

„Zum Bürgerlichen Gesetzbuch haben die vereinigten Fractionen der Freisinnigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei am Mittwoch die Taktik erörtert, welche inne zu halten ist gegenüber dem Drängen, in übereilten Berathungen die Reichstagsverhandlungen über das Bürgerliche Gesetzbuch alsbald zum Abschluß zu bringen. Man war überein-

stimmend der Ansicht, daß Angesichts der wichtigen Fragen, hinsichtlich deren nach Ausweis der Commissionsverhandlungen noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, eine solche übereilte Berathung, wie sie namentlich von der Centrumspartei und den Nationalliberalen beabsichtigt wird, weder der Wichtigkeit des Gegenstandes noch der Würde des Reichstags entspricht, und daß daher diese Absicht um so weniger Unterstützung verdient, als das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches im nächsten Winter auch durch eine nachfolgende gründlichere Berathung in keiner Weise gefährdet erscheint."

Wir gewinnen aus dieser Kundgebung den Eindruck, daß die Fractionen der Freisinnigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei für die Würde und das Ansehen des Reichstages ein feineres Gefühl haben als die nationalliberale Partei.

* * *

Der Generalsecretair der nationalliberalen Partei Hannovers, Hofbuchhändler Kiepert, war am 15. Juni in Friedrichsruh, um dort alle Einzelheiten über die Huldigungsfahrt der Hannoveraner zum Fürsten Bismarck zu besprechen. Ueber seinen Besuch machte Herr Kiepert dem „Hannov. Cour." die nachstehenden näheren Mittheilungen:

Auf dem Bahnhofe empfing mich ein Diener des Fürsten und führte mich zu dem bereitstehenden Landauer, der mich in schneller Fahrt zum nahen Schlosse brachte. In dem Empfangssalon traf ich die Gräfin Rantzau, eine freundliche, sehr stattliche Dame, die mich auf die berühmte Altane des Schlosses führte, wo ich den Grafen Rantzau fand, der mich einlud, neben ihm Platz zu nehmen. Graf Rantzau theilte mir mit, daß auch von anderer Seite aus der Provinz Hannover eine Huldigungsfahrt zum Fürsten Bismarck beabsichtigt worden sei, er die Herren aber dahin beschieden habe, sie möchten sich uns, denen ja schon seit langer Zeit der Empfang zugesichert wurde, anschließen. Ich erwiderte, daß auch kein Grund für eine Zersplitterung vorliege, da wir durch die Presse wiederholt bekannt gemacht hätten, daß jeder Verehrer des Fürsten Bismarck aus der Provinz Hannover, welcher Partei er auch angehöre, an der Huldigungsfahrt theilnehmen möchte. Nachdem wir noch eingehend über die zu treffenden Vorkehrungen gesprochen hatten, trat der Fürst in schwarzem Anzug mit weißer Binde, den breiten Schlapphut auf dem Haupte, in grader, straffer Haltung auf die Altane, reichte mir die Hand und sagte:

Sie wollen die Vorbereitungen für den Besuch der Hannoveraner treffen?

Ich bestätigte dies. Dann trat der Fürst an die Brüstung der Altane und schaute nach allen Richtungen, ob kein Wölkchen am Himmel sich zeigte.

Dem Grafen Rantzau erwiderte er auf seine Frage, daß er gut geschlafen habe und sich wohl fühle. Nun betraten wir den neben der Altane liegenden Speisesaal. Mir wurde der Platz zwischen dem Fürsten und dem Grafen angewiesen. Zur Rechten Bismarck's saß Geheimrath Prof. Dr. Schweninger, neben diesem die Gräfin Rantzau. Deren drei Söhne, frische, prächtige Jünglinge, sowie zwei Herren aus der Umgebung des Fürsten nahmen ebenfalls an dem Frühstück Theil. Die Tafel war mit kalten Speisen reich besetzt, Münchener Salvator und Weine in verschiedenen Sorten standen zur Verfügung. Der Fürst entschied sich für Bier. In schneller Reihenfolge wurden die einzelnen Gänge servirt. Das ehrfurchtgebietende Antlitz des Altreichskanzlers mit den edlen, scharf geschnittenen Zügen prägte sich mir tief in das Gedächtniß. Das machtvolle graue Auge Bismarck's schaut geradeaus wie in weite, weite Ferne. Die starken Augenbrauen, der kräftige weiße Schnurrbart geben dem geistvollen Gesicht, auf dem ein freundlicher Ernst ruht, einen eigenartig markanten Ausdruck.

Fürst Bismarck führte vornehmlich die Unterhaltung. Sein Gedächtniß, seine geistige Frische sind überraschend; die liebenswürdige Einfachheit und Natürlichkeit des großen Mannes sind bewundernswerth. Sofort nachdem Bismarck Platz genommen, reichte er dem Dr. Schweninger, der seinen Geburtstag feierte, einen prächtigen goldenen Trinkbecher mit silbernen Medaillons, Bildnissen römischer Kaiser, in sehr schöner Arbeit.

> Der Himmel ist heute gar nicht agrarisch gesinnt, wir brauchen Regen,

so leitete der Fürst eine Unterhaltung über den Stand der Feldfrüchte ein. Dann sprach er von seinem Aufenthalt in Petersburg, fragte, ob ich mit dem Kartographen Kiepert verwandt sei, und brachte die Rede auf dessen verstorbenen Bruder, Kiepert-Marienfelde, der lange Jahre dem preußischen Landtage, kürzere Zeit dem Reichstage als Mitglied der nationalliberalen Partei angehört hatte. Bismarck rühmte ihn als einen hervorragenden Landwirth. Graf Rantzau gedachte der vortrefflichen Aufnahme, welche bei den Manövern die Officiere stets in dem gastfreien Hause meines Onkels gefunden hätten. Das politische Gebiet wurde von dem Fürsten einige Male nur leicht, aber mit viel Humor gestreift, dagegen erkundigte er sich eingehend über die Lage der Landwirthschaft in der Provinz Hannover. Ich hob die segensreiche Wirksamkeit der landwirthschaftlichen Vereine hervor, Factoren, denen es vornehmlich zu danken sei, daß die landwirthschaftlichen Verhältnisse in der Provinz Hannover günstiger lägen als wohl sonst in Deutschland.

> Von Schleswig-Holstein gilt das Gleiche!

entgegnete der Fürst. Ich gab meiner Freude Ausdruck über den herrlichen Sachsenwald, dessen Belaubung besonders in diesem Jahre wundervoll sei; dabei kam das Gespräch auch auf die Eilenriede bei Hannover, die der Fürst

als einen köstlichen Schmuck, wie ihn kaum eine zweite große Stadt besitze, bezeichnete. Als der Kaffee gereicht wurde, erhob ich mich zu folgendem Trinkspruch:

„Dem Manne, den uns Gott gesandt,
Der kühn geeint das Deutsche Land,
Ihm noch manch' segensvolles Jahr,
Des Volkes Liebe immerdar!"

Hell klangen die Gläser zusammen. Frau Gräfin Rantzau ersuchte mich freundlich, die Worte mit meinem Namen in ein „Buch der Gäste" einzutragen, was mir den Muth gab, den Fürsten um seine Unterschrift unter sein Bild zu bitten. In liebenswürdiger Weise kam er meinem Wunsche nach, obgleich er gewohnt sei, mit Kielfedern zu schreiben, das glatte Papier ihn aber zur Benutzung der Stahlfeder nöthige.

Nun wurden Cigarren gereicht; als ich dankte, da ich „Nichtraucher" sei, meinte Bismarck:

Da sind Sie wohl auch gegen das Tabaksmonopol?

„Da mir damit keine Steuer auferlegt würde, könnte ich unbedenklich dafür stimmen", erwiderte ich scherzend.

Der Staat würde darum auch nichts an Ihnen verdienen,

entgegnete der Fürst. Vor diesen stellte ein Diener drei mächtige Pfeifen und brachte dann eine Mappe mit den eingegangenen Correspondenzen und Zeitungen. Bismarck las die aus allen Himmelsgegenden eingegangenen Briefe und Karten, unter einige Schriftstücke setzte er mit einem langen Bleistift sein „B.". Eine Karte reichte mir der Fürst; sie enthielt Pfingstgrüße von vier Deutschen aus dem „Sachsenwald" bei Johannesburg (Transvaal). Graf Rantzau zeigte mir große Photographien dieser ausgedehnten Forsten, welche erst seit drei Jahren angelegt, doch Coniferen von üppigem Wuchs in doppelter bis dreifacher Mannshöhe aufweisen. Dann winkte der Fürst einem Diener, Champagner zu bringen. Bismarck erhob sein Glas mit den Worten:

Ich trinke auf das Wohl meines bewährten Freundes Dr. Schweninger, der heute seinen Geburtstag feiert.

Wieder klangen die Gläser zusammen. Darauf forderte Graf Rantzau mich auf, im Park die Plätze in Augenschein zu nehmen, auf welchen die Hannoveraner die beste Aufstellung finden könnten. Ich verabschiedete mich vom Fürsten, ihm dankend für die Stunden, die stets zu den bedeutsamsten meines Lebens zählen werden. Mit freundlichen Worten reichte Fürst Bismarck mir die Hand.

Geheimrath Schweninger begleitete den Grafen Rantzau und mich in den Park. Nach einer sehr eingehenden Besprechung bat ersterer dringend, die Huldigungsfahrt auf später zu verschieben, bis die Gesundheit des Fürsten

sich noch mehr gefestigt habe. Graf Rantzau versprach dagegen, daß die Hannoveraner die ersten sein sollten, die der Fürst empfange, und daß er mich sofort benachrichtigen werde, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, der den Besuch gestatte. Nachdem Graf Rantzau und Dr. Schweninger mich noch durch die an Denkwürdigkeiten so reichen Räume des Schlosses geführt hatten, schied ich, den Herren für ihr freundliches Entgegenkommen bestens dankend, reich an unvergänglichen Erinnerungen, von Schloß Friedrichsruh.

* * *

Am 18. Juni bringen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) folgende Mittheilung:

In den Blättern begegnen wir einer Pariser Notiz, der zufolge dem ehemaligen französischen Botschafter am Berliner Hofe Herbette vom Fürsten Bismarck ein Schreiben zugegangen sei, worin der erste deutsche Reichskanzler dem Botschafter für die Unterstützung danke, die er ihm bei der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens habe zu Theil werden lassen.

Die Thatsache, daß Fürst Bismarck an Herrn Herbette geschrieben hat, ist richtig. Der Brief ist durch ein sehr freundliches Abschiedsschreiben veranlaßt worden, das der ehemalige französische Botschafter an den Fürsten gerichtet hatte und welches der Letztere mit der gleichen Höflichkeit beantwortet hat.

* * *

Der chinesische Vicekönig Li-Hung-Tschang führte am 25. Juni seine Absicht, dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch abzustatten, aus. Die „Hamb. Nachr." bringen schon an demselben Tage (A.-A.) folgenden Bericht darüber:

Der Vicekönig Li-Hung-Tschang kam mit seinem Gefolge zwölf Minuten vor ein Uhr hier an. Der Extrazug hielt vor dem Schloßportal, neben dem sich zahlreiche Damen und Herren sowie eine Anzahl Photographen aufgestellt hatten. Besonders der 11 Uhr 45 Minuten von Hamburg abgegangene Zug hatte viel Publicum mitgebracht, das sich in Reinbek fast ums Doppelte an Zahl, vorzugsweise durch Damen vergrößerte.

Die Schaar der Photographen war schon am frühen Morgen im Friedrichsruher Park erschienen und hatte sich dort kampfbereit mit ihren Apparaten dem Hauseingange gegenüber aufgestellt, um nichts unphotographirt hindurch zu lassen. Sie mußten aber auf höhere Weisung das Feld räumen und faßten nun zum Theil auf der Landstraße hart am Schloßthor Posto, woselbst ihrem Verweilen durch die die Polizei mit größtmöglicher Coulanz ausübenden Beamten der Oberförsterei kein Hinderniß in den Weg gelegt wurde.

Zum Empfang des Vicekönigs hatten sich kurz vor Einlaufen des Zuges die Herren Graf Herbert Bismarck und Graf Rantzau eingefunden.

Zuerst entstiegen dem Salonwagen einige deutsche Offiziere, dann mehrere Chinesen. Ehe der Vicekönig an der Wagenthür erschien, vergingen einige Minuten und dann entstieg er, von beiden Seiten durch einen seiner Landsleute kräftig unterstützt, ziemlich mühsam dem Wagen, an den zur Bequemlichkeit des vornehmen Passagiers eine kleine Treppe von der fürstlich Bismarck'schen Dienerschaft gestellt worden war. Die beiden Führer des Vicekönigs blieben auch zur Stütze ihres Herrn beständig an dessen Seite, sonst wäre Li-Hung-Tschang auch wohl zu Fall gekommen, denn als er über das Bahngeleise mußte, blieb er mit seiner starksohligen Fußbekleidung an der einen Schiene hängen und stolperte. Die außerordentliche Sorgsamkeit aber, mit der ihn seine Umgebung hütet, deren Fürsorge er sich auch willig gefallen läßt, verhinderte jeden Unfall. Li-Hung-Tschang trug die weithin leuchtende gelbe Jacke und zwar zu Ehren des Tages, wie wir hören, das Original derselben und die große Pfauenfeder.

Die beiden Grafen führten die Gäste des Fürsten ins Schloß, woselbst Fürst Bismarck den Eintretenden entgegenschritt. Er trug die Interimsuniform seiner Halberstädter Cürassiere mit dem Großkreuz des Rothen Adlerordens mit Krone, Scepter und Schwert, welches bekanntlich ein Unicum ist. Kaiser Wilhelm I. hatte es sich und seinem Kanzler allein verliehen, und Dieser trägt es jetzt immer bei besonders feierlichen Gelegenheiten. Außerdem war die Uniform nur mit dem Stern des Schwarzen Adlers und mit dem Eisernen Kreuz geschmückt.

Li-Hung-Tschang verbeugte sich tief, als er des Fürsten Bismarck ansichtig wurde, und dieser erwiderte die Verbeugung, drückte seinem Gaste herzlich die Hand und sagte:

„Ich fühle mich hoch geehrt, daß der Vicekönig mir seinen Besuch abstattet; es ist mir eine große Freude, den berühmtesten und größten Staatsmann Ihres Landes hier zu sehen."

Herr Botschaftssecretair Detring verdolmetschte dem chinesischen Kanzler die Worte des Fürsten, worauf Li-Hung-Tschang etwas in chinesischer Sprache erwiderte, was wiederum dem Fürsten Bismarck ins Deutsche übertragen wurde und lautete:

„Leider habe ich nicht einen so großen Erfolg bei meinen Bestrebungen gehabt, wie Ew. Durchlaucht in Deutschland."

„Und — so erwiderte der Fürst — wir haben doch Beide lange Zeit ein großes Land unseren Herren regieren helfen."

Dies Gespräch wurde in der angegebenen Weise noch eine Zeitlang stehend fortgesetzt, und gespannt lauschten alle Anwesenden den beiden Staatsmännern, wie sich dieselben Artigkeiten sagten, die vor den sonst üblichen Höflichkeitsphrasen das voraus hatten, daß mit jedem Satze eine unumstößliche Wahrheit ausgesprochen wurde.

Li-Hung-Tschang äußerte im weiteren Verlaufe dieser Zwiegespräche, er hätte leider bloß für China wirken können, während Seine Durchlaucht für die ganze Welt Gutes gethan habe, wofür der Fürst herzlich lachend mit einem „Sehr gütig" quittirte und dann fortfuhr:

„Ich habe für China immer den Wunsch der Annäherung gehabt, so lange ich Minister war, aber die Hindernisse, die nicht an mir lagen, waren groß."

Da der Fürst bemerkte, wie schwer dem Vicekönig das Stehen war, fragte er: „Will der hohe Herr sich nicht setzen?" und während Li-Hung-Tschang im Nebensalon Platz nahm, ließ der Fürst sich die Begleitung seines Gastes vorstellen und bemühte sich, mit denjenigen chinesischen Staatsmännern, die etwas Französisch und Englisch sprachen, die Unterhaltung ohne Dolmetsch fortzusetzen.

Unter den europäischen Herren der Begleitung befand sich auch der Maler Lukas Cranach, bei dessen Vorstellung der Fürst ausrief: „Lukas Cranach? Ein stolzer Name, aber er legt auch große Pflichten auf!"

Dann forderte Fürst Bismarck die Anwesenden auf, ihm in das Frühstückszimmer zu folgen; er bot Li-Hung-Tschang den Arm, und so gingen die beiden Staatsmänner zusammen in den Speisesaal und nahmen neben einander Platz, Li-Hung-Tschang zur rechten Seite seines fürstlichen Wirthes. Zur Rechten Li-Hung-Tschang's saß der bekannte General Hanneken, welcher die Hauptverdolmetschung bei Tische übernahm, links vom Fürsten saß der chinesische Botschaftsrath Lo-Feng-Luh aus Berlin, neben diesem Graf Rantzau und der Sohn des Vicekönigs Li-Tsching-Tschu. Dem Fürsten gegenüber saßen der Botschaftssecretair Detring, die Gräfin Rantzau, der Director der Tientsiner Kriegsschule Lien Fang und Consul von Seckendorff. Außerdem nahmen an der Tafel Theil: Der Oberst Liebert, Graf Herbert Bismarck, Marine-Capitain Ingenohl, Hauptmann von Morgen aus Kamerun, dann der Geheimrath Dr. Schweninger und der englische Arzt des Vicekönigs, Irwin, Herr Lukas Cranach, der Krupp'sche Beamte Herr Mandl, Dr. Chrysander und Herr Cand. Lindow.

Das Frühstück zog sich ziemlich lange hin; es endete erst einige Minuten vor 3 Uhr und verlief recht animirt.

Bei Tisch brachte Fürst Bismarck mit kurzen Worten das Wohl seines hohen Gastes aus, worauf Li-Hung-Tschang durch Herrn Detring dem Fürsten seinen Dank aussprechen ließ. Im Verlaufe der Unterhaltung sagte der Vicekönig u. A. zum Fürsten:

„Was thun Sie jetzt?"

„Nichts," erwiderte der Fürst, „ich kümmere mich um nichts mehr, um mich nicht zu ärgern," und nach einer kurzen Pause setzte er hinzu: „Ich habe keine andere Beschäftigung, als mich am Walde zu freuen."

Dank der geschickten Verdolmetschung ging die Unterhaltung sehr fließend und machte einen ungezwungenen natürlichen Eindruck.

Die Photographen, denen, wie gesagt, bei der Ankunft des Vicekönigs der Eintritt in den Park nicht gestattet war, erhielten hierzu später Erlaubniß und begaben sich größtentheils nach der Rückseite des Schlosses, in der Hoffnung, daß die Tischgesellschaft auf den Altan aus dem Speisesaal heraustreten würde, was auch kurz vor Abfahrt des Zuges geschah, so daß es allen Photographen — es waren u. a. die Firmen Strumper, Priester und Wilke aus Hamburg, sowie mehrere Berliner vertreten — gelungen sein wird, mehrere interessante Aufnahmen zu erzielen.

Fürst Bismarck und Li-Hung-Tschang unterhielten sich noch ziemlich lange, auf dem Balcon stehend, mit einander, bis von der Betriebsinspection die Meldung kam, daß sich die Abfahrt des Zuges unter keinen Umständen länger verzögern ließe. Es schien dem Vicekönig sichtlich schwer zu werden, sich vom deutschen Altreichskanzler zu trennen.

Fürst Bismarck, Graf Herbert und Graf Rantzau geleiteten die Gäste nun bis an den Zug. Der Abschied zwischen den beiden Staatsmännern hatte hier einen sehr herzlichen Charakter. Der Fürst und Li-Hung-Tschang schüttelten sich wiederholt die Hände, und als Letzterer den Salonwagen mit Hülfe seiner Adjutanten bestiegen hatte, trat er ans Fenster und grüßte, während der Zug sich in Bewegung setzte, unaufhörlich mit Verbeugungen nach den Zurückbleibenden hin, die Hände in ähnlicher Weise haltend wie die Christen beim Gebet, während seine Gesichtszüge die große Erregung deutlich widerspiegelten, in der er sich befand.

Unter den lebhaften Hurrahrufen des zahlreich versammelten Publicums begab sich Fürst Bismarck ins Schloß zurück.

* * *

Die „Post" war dann am 27. Juni in der Lage, einen ausführlichen Bericht über die durch Detring's Vermittelung geführte Tischunterhaltung zwischen dem Fürsten und seinem Gaste zu bringen. Diesen Bericht lassen wir unten nach den „Hamb. Nachr." vom 28. Juni (M.-A.) folgen; wir schicken indessen, damit der Leser den Bericht gleich unter dem richtigen Gesichtspunkt betrachtet, voraus, was die „Hamb. Nachr." am 30. Juni (M.-A.) über seine Zuverlässigkeit feststellen. Sie sagen nämlich:

> Der Bericht nach der Berliner „Post" und anderen Blättern über die Unterredung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Vicekönig Li-Hung-Tschang, den wir in unsrer Nummer vom letzten Sonntag Morgen wiedergegeben haben, ist wie jeder derartige Bericht unvollständig in der Wiedergabe mehrstündiger mündlicher Unterhaltungen. Das Referat ist von einer gewandten Feder verfaßt und giebt in der

Hauptsache den Inhalt der Conversation richtig wieder. Daß bei ihrer zeitlichen Ausdehnung und bei der complicirten Form, in der sie geführt wurde, dem Berichterstatter Mißverständnisse untergelaufen sind, ist begreiflich. Wir wollen uns darauf beschränken festzustellen, daß die Aeußerung des Fürsten Bismarck über das Interesse seines ältesten Sohnes an der Politik in der Fassung, wie jener Bericht sie enthält, irrthümlichen Auslegungen Raum giebt.

Unter den Staatsmännern des alten Courses ist keiner, der so abgeneigt ist, jetzt Politik zu treiben, wie Graf Herbert Bismarck, und insoweit er sich an der Politik des Reichstags activ betheiligt hat, hat es sich dabei fast ausschließlich um landwirthschaftliche Fragen gehandelt. Der Auslassung des Fürsten lag der Gedanke zu Grunde, daß der Mensch sein Geschick nicht frei bestimmt: der Fürst, den Neigung und Erziehung an die Landwirthschaft fesselten, fiel der Politik anheim, und Graf Herbert Bismarck, der in politischen und amtlichen Verhältnissen und in der Stadt aufgewachsen war, gehört nunmehr der Landwirthschaft an.

Der Bericht der „Post“ lautet:

Zunächst verweilten Fürst Bismarck und der Vicekönig längere Zeit mit dem Dolmetscher im Empfangsraum. Des Vicekönigs Blicke hingen mit offen zur Schau getragener Bewunderung an dem Fürsten, und er äußerte nach einiger Zeit: „Seitdem ich das Auge Ew. Durchlaucht gesehen habe, kommt mir Ihre Größe voll zum Bewußtsein, obwohl mir bekannt war, daß ich heute den größten Mann, der die größten Erfolge errungen hat, sehen würde.“ Fürst Bismarck erwiderte, er freue sich, im Vicekönig einen Zeitgenossen zu begrüßen, der ebenfalls große Erfolge zu verzeichnen hätte. „Aber bei weitem nicht so bedeutende wie Ew. Durchlaucht,“ fiel Li-Hung-Tschang ein. „Nun, jeder thut seine Schuldigkeit,“ meinte der Fürst. „Im Lande wohl,“ entgegnete der Vicekönig; „aber die Erfolge, die Ew. Durchlaucht errungen haben, sind nicht nur dem eigenen Lande, sie sind für die ganze Welt errungen.“

Bald darauf wurde zum Frühstück eingeladen. Es machte dem Fürsten Bismarck einige Schwierigkeit, sich von dem niedrigen Fauteuil, auf dem er gesessen hatte, zu erheben, so daß er laut bemerkte: „Man merkt, daß man alt wird“, aber ein Ruck, und der Fürst stand wieder aufrecht da, wie man ihn immer zu sehen gewohnt ist. Fürst Bismarck macht überhaupt einen ganz vortrefflichen Eindruck. Die Haltung ist gerade und stolz wie je, und das Auge blitzt auch heute noch in voller Jugendfrische. Die chinesischen Diener näherten sich, um in gewohnter Weise ihren Herrn zu führen; aber Fürst Bismarck trat dazwischen und bot seinem Gaste den Arm, um ihn

selbst in den Speisesaal zu führen. Hier nahm der Fürst zwischen dem Vicekönig und dem Botschaftssecretair Lo-Feng-Luh Platz.

Der Vicekönig erklärte dem Fürsten, schon seit 30 Jahren, wo er nach dem österreichischen Kriege zuerst von ihm gehört habe, sei es sein Wunsch gewesen, den Fürsten zu sehen; der heutige Tag endlich habe die Erfüllung dieses Wunsches gebracht. Er habe schon viele Bilder des Fürsten gesehen und habe große Erwartungen gehegt; aber kein Bild erreiche die Wirklichkeit.

Fürst Bismarck versuchte den Ausdruck der ihm gezollten Bewunderung abzulehnen, indem er meinte: „Ich bin nicht mehr wie früher; ich werde alt."

Der Vicekönig fragte darauf, womit sich der Fürst beschäftige.

„Mit nichts," antwortete dieser lächelnd. „Ich kümmere mich um nichts mehr, um mich nicht zu ärgern. Ich habe keine Verpflichtung mehr zu arbeiten und freue mich über den Wald und die Felder jetzt im Sommer. Ich bin von Haus aus Landwirth und wollte gar kein Politiker werden."

Der Vicekönig erkundigte sich darauf nach dem Grafen Herbert Bismarck, über dessen vieljährige Führung der Geschäfte als Staatssecretair des Auswärtigen Amtes er Worte hoher Anerkennung aussprach.

„Der will immer Politik treiben," erklärte der Fürst, „und hat im Gegensatz zu mir nur wenig Passion für die Landwirthschaft."

Der Vicekönig erwiderte: „Bei uns in China muß der Sohn immer das Erbe der Väter übernehmen."

„Das ist im Allgemeinen auch hier bei uns der Fall," antwortete der Fürst, „aber man kann doch nicht gegen die Natur."

Nun wandte sich das Gespräch ernsten politischen Fragen der jüngsten Vergangenheit zu, im Verlaufe dessen Li-Hung-Tschang erklärte:

„Auf meinen Besuch habe ich mich auch deswegen so gefreut, weil ich hoffte, Sie würden mir einen Rath geben."

„Und welcher Rath ist das?" fragte der Fürst.

„Wie sollen wir es machen, um China zu reformiren?"

„Das kann ich von hier aus nicht beurtheilen," lautete die Erwiderung des Fürsten Bismarck.

Li-Hung-Tschang: „Wie kann ich erfolgreich sein, wenn alles bei mir zu Hause, Regierung und Land, dagegen Schwierigkeiten machen und es immer wieder verhindern!"

„Gegen den Hof angehen," erwiderte Fürst Bismarck, „kann man nicht. Die Hauptsache ist: Wenn in der obersten Leitung Raketensatz ist, dann geht vieles, wenn er fehlt, geht nichts. Gegen den Willen der Herrscher kann sich kein Minister auflehnen; er führt nur aus oder ertheilt seinen Rath."

Li-Hung-Tschang: „Aber wenn der Monarch nun allen anderen Ein-

flüssen zugänglich ist und diese immer wieder obsiegen? Die täglichen kleinen Schwierigkeiten bei Hofe sind es, welche die Kraft der Minister lähmen."

Fürst Bismarck: „Tout comme chez nous. Ich habe in meinem Dienste früher so etwas ja vielfach erlebt, auch von weiblicher Seite ...."

Der Vicekönig sagte mit einem Lächeln: „Aber Sie haben doch auch ein durchdringendes Temperament, wird es da immer friedlich abgegangen sein?"

Fürst: „Nun, gegenüber Damen doch stets."

„Wie aber soll man es anfangen, den Willen des Fürsten auszuführen?" fragte der Vicekönig weiter.

„Nur auf der Basis einer Armee," erklärte der Fürst. „Sie kann klein, ganz klein sein, vielleicht nur 50000 Mann umfassen; aber sie muß gut sein."

„Die Leute haben wir," entgegnete Li-Hung-Tschang, „aber die Ausbildung fehlt. Seit der Tei-Ping-Rebellion, die die jetzige Dynastie wieder befestigt hat, d. h. seit dreißig Jahren, ist für die Ausbildung nichts mehr geschehen, ich habe gegen den Stillstand gekämpft, aber vergebens. Ich habe jetzt die vorzüglichste Armee der Welt gesehen, die deutsche. Wenn ich auch selbst in Zukunft nicht mehr eigene Mittel verwenden kann, die mir als Vicekönig zur Verfügung standen, so will ich doch dahin wirken, daß geschieht, was Ew. Durchlaucht mir räth. Wir müssen reorganisiren und zwar mit preußischen Offizieren und nach preußischem Muster."

„Es kommt nicht darauf an," fuhr dann der Fürst fort, „daß die Armeen in allen Theilen des Landes vertheilt sind. Es ist nur nöthig, daß man das Heer jeden Augenblick zur Hand hat, und daß Verbindungen geschaffen werden, damit man die Armee schnell und leicht von einem Punkte zum andern werfen kann."

Das Gespräch wandte sich nun wieder deutschen Fragen zu; es wurden Ereignisse der äußeren und inneren Politik des Reiches erörtert, wobei Fürst Bismarck mit Anerkennung von Sr. Durchlaucht dem Fürsten zu Hohenlohe sprach, mit dem ihn schon seit 30 Jahren Bande der Freundschaft verbunden hätten. „Wir sind alte Freunde!" sagte der Fürst. „Caprivi war noch mehr einer Derjenigen, die sagen: Es ist befohlen, also wird es gemacht. Hohenlohe hat dem gegenüber eine selbständige Meinung, die er mit Vorsicht und Geschick vertritt."

Der Fürst bemerkte im Laufe dieser Erörterungen auch, er habe sich jederzeit für China interessirt und sei bestrebt gewesen, engere Beziehungen mit jenem Land anzuknüpfen. Im Jahre 1884 habe er darüber bereits in Kissingen mit dem Marquis Tsing verhandelt.

Fürst Bismarck wandte sich darauf an den ihm gegenübersitzenden Botschaftsrath Detring und fragte ihn, wie lange er in China gewesen sei und was er von der Zukunft Deutschlands in China halte. Herr Detring constatirte,

daß die deutschen Beziehungen in China schon jetzt sehr bedeutende Fortschritte gemacht hätten, was zu einem recht erheblichen Theil auch den Bemühungen des kaiserlichen Consuls, Freiherrn von Seckendorff, zu danken sei. Der Fürst zog darauf auch diesen Herrn mit in das Gespräch.

Der Vicekönig zeigte sich sehr theilnahmsvoll in Betreff des Gesundheitszustandes des Fürsten und fragte ihn, ob er gut schlafe.

Fürst Bismarck erwiderte: Häufig nicht, es fehle ihm doch oft die nöthige Nachtruhe.

Herr Detring meinte, auch der Vicekönig leide sehr unter Gesichtsschmerzen, worauf der Fürst bemerkte:

„Es sind bei mir nicht so sehr die Schmerzen, unter denen ich leide, als das Fehlen der Nachtruhe. Je länger ich des Morgens schlafen kann, desto besser ist für mich der ganze Tag. Aber die Schmerzen kommen häufig."

Li-Hung-Tschang: „Weiß denn aber Herr Schweninger gar kein Mittel dagegen?"

„O ja, aber die sind schlimmer als das Leiden selbst ..." sagte der Fürst mit einem scherzhaften Seitenblick auf seinen getreuen Leibarzt.

Dann sprach der Fürst mit Herrn Detring über dessen Vater. „Ich erinnere mich seiner sehr wohl; er war Primaner, als ich Sekundaner war," sagte er.

Inzwischen war das Frühstück beendet und die Unterhaltung nahm, nachdem sich der Fürst die Pfeife hatte reichen lassen, ungezwungenere Formen an. Der anwesende Maler Herr von Cranach benutzte eifrig die Zeit zum Skizziren, sowie um mit seinem Apparat photographische Aufnahmen zu machen. Der Fürst hatte sich bei der Begrüßung auch mit ihm unterhalten, wobei er ihn daran erinnerte, daß große Namen auch große Verpflichtungen auferlegten. Am Rocke des Hauptmanns Morgen bemerkte der Fürst ein schwarz-weißes Band.

„Das können Sie doch nicht in Frankreich erworben haben, Herr Hauptmann?" redete er ihn an, „dazu sind Sie doch zu jung."

„Es gehört zum Rothen Adlerorden mit Schwertern," erklärte der Hauptmann, „den mir Seine Majestät für meine Kämpfe in Kamerun verliehen hat."

„Ach so, Kamerun!" meinte Fürst Bismarck, „es freut mich, auch einmal einen Afrikaner bei mir zu sehen."

Der Fürst bat seine Gäste, ehe sie schieden, sich noch in sein Stammbuch einzutragen, ein Wunsch, dem diese gern nachkamen. Der Vicekönig füllte eine ganze Seite mit chinesischen Charakteren, die den folgenden Sinn haben:

„Nachdem ich schon von dem Ruf des größten historischen Staatsmannes des gegenwärtigen Jahrhunderts seit mehr als 30 Jahren mit Bewunderung gehört habe, macht es mir ein unaussprechliches Vergnügen, während meiner

außerordentlichen Botschaft in Europa Se. Durchlaucht den Fürsten Bismarck in seinem Landhause in Friedrichsruh zu sehen und meinen Namen als einen Ausdruck dieses frohen Ereignisses in dieses Buch eintragen zu können."

Der Botschaftssecretair Lo-Feng-Luh schrieb:

„Ich wünsche mir Glück, dieser Botschaft anzugehören, die mir Gelegenheit giebt, den Bismarck des Ostens in der Gesellschaft des Li-Hung-Tschangs des Westens zu erblicken."

Die Gesellschaft trat nun auf die Terrasse hinaus, wo verschiedene Aufnahmen gemacht wurden, unter denen eine, die beiden „Tschung-Tangs", die Großstaatssecretaire darstellend, vorzüglich gelungen sein soll. Es war ein interessantes Bild, die beiden Staatsmänner hier miteinander in Unterhaltung zu sehen. Der Vicekönig ist ebenfalls eine stattliche und in ihrer Art ehrwürdige Erscheinung. Es ward ihm sichtlich schwer, sich vom Fürsten Bismarck zu trennen. Das Gespräch nahm ungefähr folgenden Verlauf:

Der Vicekönig erkundigte sich danach, wie es mit dem Gehen des Fürsten wäre.

„Der Radius meiner Spaziergänge," erwiderte dieser, „wird jedes Jahr kleiner."

„Und weshalb fahren denn Ew. Durchlaucht nicht?" forschte der Vicekönig weiter, der sich bekanntlich viel eines Rollstuhls bedient.

„Bewegung muß man haben," meinte der Fürst. „Sie ist für den Körper nöthig; so lange man kann, muß man gehen."

Li-Hung-Tschang: „Geben Sie sich Mühe, daß Sie Ihre Gesundheit sorgfältig erhalten."

„Das bitte ich zweimal zu sagen," warf der in der Nähe stehende Schweninger ein.

„Ich habe nichts erreicht und kann wenig mehr leisten gegenüber den Hindernissen, die ich finde," fuhr der Vicekönig fort.

„Sie unterschätzen sich," sagte der Fürst. „Bescheidenheit ist für einen Staatsmann zwar eine sehr gute Eigenschaft. Am meisten müssen die Politiker sich vor zu großem Selbstvertrauen hüten."

Li-Hung-Tschang: „Ew. Durchlaucht haben auf diese Weise die großen Erfolge gehabt und werden mit Befriedigung auf Ihr Leben zurücksehen."

„Hier und in China," sagte der Fürst, „gilt das griechische Wort: *Τὰ πάντα ῥεῖ*; Alles fließt, alles stürzt einmal zusammen."

Die beiden Staatsmänner sahen sich einen Augenblick ernsthaft in die Augen. Sie wechselten noch einige Worte und dann verabschiedete sich Li-Hung-Tschang, indem er sagte: „Ich hoffe, Ew. Durchlaucht zum neunzigsten Geburtstage gratuliren zu können."

Fürst Bismarck und der Vicekönig gingen zusammen bis an den Salonwagen, und hier drückten sie sich noch einmal herzlich die Hand. Als der

Zug sich langsam in Bewegung setzte, stand Fürst Bismarck hochaufgerichtet, die Hand an der Mütze, während Li-Hung-Tschang am offenen Fenster stand und den chinesischen Abschiedsgruß in anmuthiger Weise ausführte. Die Art, wie er die Hände in der Andeutung eines Segenswunsches wiederholt vor der Brust zusammen führte, den Fürsten Bismarck unverwandt im Auge behaltend, so lange er ihn sehen konnte, hatte etwas Rührendes.

* * *

Der Handelsminister von Berlepsch erhielt am 27. Juni die erbetene Entlassung. Ueber sein amtliches Verhältniß zum Fürsten Bismarck bringen die „Berliner Neuesten Nachr." folgenden Artikel von gut informirter Seite:

... Uebrigens muß der Behauptung, „daß der König persönlich Herrn von Berlepsch in Gegensätzlichkeit zum Fürsten Bismarck ins Cabinet berufen", entschieden widersprochen werden. Herr von Berlepsch trieb schon als Regierungspräsident in Düsseldorf seine eigene Socialpolitik, in der er sich, gedeckt durch seine Freundschaftsbeziehungen zu Herrn von Rottenburg, mit den Intentionen und Beschlüssen des Staatsministeriums mehrfach in directem Widerspruch befand.[1]) Nach dem Thronwechsel von 1888 gehörte er alsbald zu jener Gruppe „unverantwortlicher Ratgeber", die, wie Geheimrath Hintzpeter, Maler von Heyden u. A., die Krone in eine Richtung der Socialpolitik drängten, die zu der bis dahin vom gesammten Staatsministerium einmüthig unterstützten Socialpolitik des leitenden Staatsmannes in directem Gegensatz stand. Da Herr von Berlepsch der vornehmste dieser Gruppe war und er seine Rathschläge auf seine Erfahrungen als Regierungspräsident eines der industriereichsten Bezirke des Landes basirte, so war es natürlich, daß Fürst Bismarck, der die Verantwortlichkeit für Maßnahmen, die er als unheilvolle betrachtete, nicht tragen wollte, dem Könige vorschlug, Herrn v. Berlepsch zum Handelsminister zu ernennen, um ihn damit die Verantwortlichkeit für seine Rathschläge übernehmen zu lassen. Die Berufung des Herrn von Berlepsch geschah somit auf Antrag des Ministerpräsidenten. Der Umstand, daß die Krone hierauf einging, machte es allerdings für jedermann erkennbar, daß zwischen den Auffassungen, der Zwecke und Aufgaben des Staates, wie sie einerseits bei Kaiser Wilhelm II., andererseits beim Fürsten Bismarck bestanden, sich eine tiefe Kluft zu öffnen begonnen hatte, die sich binnen Kurzem als unüberbrückbar erweisen mußte. Fürst Bismarck hat es damals als seine Pflicht erachtet, darauf hinzuwirken, daß Diejenigen, die durch ihre Rathschläge die Krone in neue und entgegengesetzte Wege drängten, vor der Ge-

[1]) Vergl. Band IV, S. 341 und 351 ff.

schichte und dem Lande in aller Form auch die Verantwortlichkeit für alles Unheil übernahmen, das sie anrichteten.

Die Folgezeit hat erwiesen, wie richtig Fürst Bismarck die Situation ermessen hatte.

* * *

Am 14. Juli bringen die „Hamb. Nachr." den Bericht über eine Unterredung, die der Fürst einem amerikanischen Correspondenten gewährt hat.

Beim Fürsten Bismarck. Der „New York Herald" veröffentlicht einen Bericht über eine Unterredung, die sein Correspondent Sir Sidney Whitman mit dem Fürsten Bismarck gehabt hat. Dieser Bericht lautete in der deutschen Uebersetzung der „Neuen Freien Presse" wie folgt:

Friedrichsruh, 24. Juni.

Mehrere meiner früheren Besuche in Friedrichsruh fielen zufällig mit dem Jahrestage eines mehr oder weniger bedeutenden Ereignisses in der Geschichte des Fürsten Bismarck zusammen. Heute ist es genau ein Vierteljahrhundert, seitdem der alte Kaiser Wilhelm den Brief entwarf und unterfertigte, in welchem er die Absicht aussprach, das Gut Friedrichsruh seinem treuen Kanzler zum Geschenke zu machen.

Es war also unter günstigen Auspicien, daß ich mich wieder einmal in dem schlichten Bereiche des berühmten Schlosses im Sachsenwalde eingefunden habe. Eines der meisterhaften Portraits, die Herr von Lenbach von seinem Helden angefertigt, blickte von einer Wand auf mich nieder, als ich einen der zahlreichen Parterreräume betrat. Ein Stich von Bismarck, mit chinesischen Schriftzügen beschrieben, den er augenscheinlich — oder sagen wir wahrscheinlich — jetzt erhalten hat, „made in China", lag auf einem Stuhl, und da stand die prachtvolle Eichen-Standuhr — eine Großvateruhr auf kolossalem Postament, welche ich schon oft vorher bewundert hatte. Mehrere Büsten Bismarck's waren in einzelnen Ecken verpackt, gleichsam um Raum zu machen für die mehr unpersönlichen Geschenke, mit welchen die Consols und Kästen im Zimmer noch beladen waren, abgesehen davon, daß eine große Collection von Geschenken, die einen Geldwerth von vielen Millionen Mark repräsentiren, von Zeit zu Zeit in das Bismarck-Museum nach Schönhausen gesendet wird. Die Enkel des Fürsten, die jungen Rantzaus, waren zufällig mit ihrem Lehrer in dem Zimmer, plagten sich eben mit der griechischen Grammatik und waren, wie ich vermuthe, nicht sehr ärgerlich darüber, unterbrochen zu werden.

„Großpapa ist noch nicht da," sagte einer der Knaben, und der Lehrer fügte hinzu, daß Seine Durchlaucht sich keiner guten Nachtruhe erfreut habe und das Frühstück in Folge dessen ein wenig verschoben worden sei. Gleichwohl dauerte es nicht lange, bis die Thüren geöffnet wurden; Diener kamen und gingen. Dr. Chrysander erschien, der ein gewichtiges Packet von Briefen

und Zeitungen trug, und man sagte uns, daß Fürst Bismarck sich bereits im Salon befinde und das Frühstück angerichtet sei.

Es ist fast ein Jahr, seitdem ich Deutschlands großen Kanzler zum letzten Male gesehen, er ist aber in seiner äußern Erscheinung in diesem Zeitraum gewiß nicht gealtert. Sein Gesicht zeigt dieselbe gesunde Farbe wie früher, und ungetrübt blitzt noch aus seinen großen blauen Augen das alte Feuer. Nur die Neuralgie, an welcher er so lange leidet, scheint in der letzten Zeit acuter geworden zu sein, denn ich bemerkte, daß er hie und da seine Hand auf die linke Wange legte, als ob er den Schmerz mit der Wärme der Handfläche mildern wollte. Das währte aber nicht lange, und in Zwischenpausen der Erleichterung kehrte sein heller Humor schnell wieder und damit sein lebendiges Interesse und seine Antheilnahme an jedem Gegenstande des Gespräches. „Welchen Wein sollen wir trinken?“ eine wichtige Frage in einem so gastlichen Hause, aber von geringer Bedeutung für einen begierigen Mann, dessen armer Kopf voll von politischen Fragen und von der Furcht bedrückt ist, sie zu stellen. „Gut, es soll meinetwegen Dürkheimer sein.“

> Dürkheimer ist ein Wein aus der Pfalz, und diese Weine sind wirklich excellent, obgleich ziemlich stark,

sagte Fürst Bismarck, freundlich die Conversation in liebenswürdigster Laune beginnend.

> Früher wußte ich wenig von ihnen, obwohl ich stets von Weinen im Allgemeinen einige Kenntniß hatte. Jetzt aber, wo eine so enorme Auswahl von feinen Weinen mir als Geschenk gesendet wurde, brauche ich nicht länger mein eigenes Urtheil zu üben und denke, meine Freunde werden den Vortheil der Auswahl genießen. In Frankfurt pflegten wir badische Weine, Affenthaler und Markgräfler zu trinken, sie waren in jenen Tagen wirklich billig. Ein Wein erster Güte pflegte nur einen Gulden die Flasche zu kosten, und der Durchschnitts-Tafelwein ungefähr 18 Gulden per hundert Liter.
>
> Ich pflegte auch Cigarren zu rauchen, welche auch denselben Betrag per Tausend kosteten, aber nur eine im Tage, fügte der Fürst launig hinzu, als eine Art Erinnerung, daß wir sterblich sind, wie der östliche Potentat, der immer das Bild des Todes vor sich hatte.

Wie gerne wäre ich noch stundenlang gesessen, um diesen köstlichen Reminiscenzen zu lauschen, aber ich hatte meine Pflicht zu erfüllen, und die brennenden Fragen der Politik warteten noch unbehaglich im Hintergrunde. Und doch, wer würde es wagen, den Gang der Conversation mit dem Eisernen Kanzler zu beeinflussen? Glücklicherweise machte jemand die Bemerkung, daß wir alle heutzutage bis zum Uebermaß reisen, und daß das Nervensystem dies schließlich zu bezahlen hat. Schweninger, der Arzt des Fürsten, z. B. lebt buchstäblich in den Eisenbahnwaggons.

Jawohl, Schweninger, bemerkte Fürst Bismarck heiter, aber er ist, wissen Sie, als Felsen geboren.

Das war eine glückliche Wendung des Gesprächs, denn der Uebergang vom Reisen zu den verschiedenen Ländern und deren politischen Wirren ist meistens ein natürlicher. So gelangten wir langsam zu Armenien, Kreta, Aegypten und selbst so weit, wie zum Cap der guten Hoffnung und der Südafrikanischen Republik — der ausgezeichnete Dürkheimer, die lange Pfeife und eine duftende Cigarre hielten unsere Gesellschaft auf dem ganzen Wege fest.

England und Deutschland, ihre Berührungspunkte und ihr Widerstreit in der Gegenwart und in der Zukunft, das ist gewiß ein bedeutsamer Gegenstand der Erörterung für den Frühstückstisch, aber für den Moment auch ein recht heikler. Die streitbare und aggressive deutsche Auffassung über diesen Gegenstand wird constant vom Lieblingsorgan des Fürsten Bismarck, den „Hamburger Nachrichten“, dem deutschen Publicum vorgehalten, welche, wie man wohl annehmen darf, die Ansichten des Fürsten vertreten. Aber es giebt einen bedeutenden Unterschied zwischen Bismarck's persönlichen Ansichten über die Fragen der auswärtigen Politik und deren Behandlung von Seite der deutschen Zeitungen, zwischen ihrer leidenschaftlichen und zuweilen sogar beißenden Art und seiner Leidenschaftslosigkeit, seiner kühlen Abschätzung von Dingen und Personen. So bleibt der Fürst, während seine journalistischen Organe über die verlogene englische Politik und die verlogene englische Presse eifern, kalt. Er schätzt es gering, daß Deutschland sich allzusehr über Dinge erhitzt, durch welche die deutschen Interessen nur entfernt berührt werden. Hie und da mag er sich wohl in einer caustischen, beißenden Bemerkung über eine englische, aber ebenso über eine deutsche Persönlichkeit der Oeffentlichkeit ergehen; aber so weit es England und Deutschland betrifft, ist er stets gegen ein allzu heftiges Schwingen des Pendels nach der einen oder der anderen Seite hin: „Nicht zu sehr schimpfen, nicht zu sehr loben,“ das ist sein Grundton. Ein Mitglied der Gesellschaft erwähnt die jüngst gefallene Aeußerung des Kaisers: „Blut ist dicker als Wasser.“

Ja, das mag sein, sagt Fürst Bismarck, jedenfalls ist Blut eine zähe Flüssigkeit; ich kann mich aber nicht erinnern, daß Blutsverwandtschaft einer Fehde jemals das Tödtliche genommen habe. Die Geschichte erzählt uns, daß keine Kriege so grausam waren, als jene zwischen Völkern derselben Race; Zeuge dessen ist die Gehässigkeit, die in den Bürgerkriegen zu Tage tritt.

Das Gespräch wird allgemein. Ich erlaube mir, Sr. Durchlaucht zu bemerken, in England sei der Verdacht sehr verbreitet — obwohl er wahrscheinlich von vielen maßgebenden Personen nicht getheilt wird — daß es

deutsche Intriguen waren, die im Hintergrunde der Transvaal-Angelegenheit mitgespielt, daß ich von einer sehr einflußreichen Persönlichkeit vor meiner Abreise einen Brief erhielt, der dies zum Ausdruck brachte, daß ich seither in Berlin eine beträchtliche Anzahl von hervorragenden Journalisten und Politikern, darunter Herrn von Bennigsen, Prinz Carolath, Professor Delbrück u. A. gesprochen und daß diese, Einer wie der Andere sich über diese Anschauung lustig machten. Die Ansichten über das Telegramm des deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger variirten in Hinsicht auf dessen Zweckmäßigkeit. Aber ich habe nicht einen einzigen Menschen in Berlin oder anderwärtig gesprochen, der etwas gegen die Empfindung einzuwenden hätte, die es ausdrückte. Hier bemerkte Fürst Bismarck, ohne eine Ansicht über die Opportunität des kaiserlichen Telegramms auszusprechen, einfach:

> Das Telegramm des Kaisers hätte dem Präsidenten Krüger mit Schicklichkeit und Anstand von der englischen Regierung selbst geschickt werden können.

Darauf sagte einer der Anwesenden, daß er neulich hervorragende Amerikaner gesprochen habe, die ihn versicherten, daß in Amerika, namentlich bei der Geistlichkeit und der Lehrerwelt, eine mächtige Strömung vorherrsche, die dem Präsidenten Krüger in enthusiastischer Weise Beifall spende und über die verschiedenen Versuche empört sei, die gemacht wurden, ihn einzuschüchtern oder sein hochherziges Vorgehen gegenüber den Johannesburger Gefangenen zu verkleinern.

> Ich weiß nicht, ob Präsident Krüger irgend welcher Unterstützung, sei es von deutscher oder von anderer Seite, bedarf,

entgegnete Fürst Bismarck in seinem ruhigen, überzeugenden Tone.

> Es war ganz einfach ein Einbruchsversuch oder Seeräuberei, und sollte es zum Schlimmsten kommen (worunter ich verstand, sollten in gewissen Kreisen Gewaltmaßregeln die Oberhand bekommen), so kann man sich, glaube ich, darauf verlassen, daß die Boers, welche eiserne Naturen, dabei von phlegmatischem Temperament sind und gute Schützen obendrein, ihre Unabhängigkeit vertheidigen werden.

Auf die Bemerkung, daß Präsident Krüger bisher besser als seine Gegner weggekommen, sagte der Fürst:

> Das war nicht sehr schwierig, wenn man bedenkt . . . und die Klarheit seiner Sache.

Als sich dann die Conversation anderen Gegenständen zuwendete, erlaubte ich mir, den Fürsten zu fragen, ob er glaube, daß Deutschland, wie ich dies behaupten gehört, auf Veranlassung Italiens die Engländer gedrängt habe, die Eroberung des Sudans zu unternehmen. Das verneinte der Fürst entschieden; er verharrt unveränderlich bei seiner Meinung, die er so oft ausgesprochen, daß Deutschland an diesen Angelegenheiten wenig Interesse habe;

die offene, freimüthige Art, mit der er hinzufügte, daß die Engländer zumindest die Ordnung in Aegypten hergestellt haben, hätte mich, wenn ich dessen bedurft hätte, überzeugt, daß, was immer seine Meinung sei, er frei von jener kleinlichen Animosität gegenüber England ist, die ihm so oft imputirt wurde.

Was Kreta anbetrifft, so kann ich Sie versichern, sagte der Fürst, daß ich an dieser Insel weniger Interesse nehme, als an irgend einem kleinen Erdhaufen in meinem Garten. Die Kretenser sind, wie ich glaube, leicht besteuert, und unter normalen Bedingungen sollten sie sich weit besser unter türkischer als eventuell unter griechischer Herrschaft befinden. Was der Sultan nöthig hat, das sind gute Diener und vor Allem Festigkeit. Die Türkei hat schon viel schwerere Krisen als die gegenwärtige durchgemacht, aber es bedarf außerordentlicher Fähigkeiten, um mit einer solchen fertig zu werden.

Als ich Friedrichsruh verließ und die Eindrücke zusammenfaßte, die ich dort, sowie früher in Berlin, über die Frage England, Deutschland und Transvaal empfangen, drängten sich mir folgende Conclusionen unwiderstehlich auf: Fürst Bismarck ist noch immer wie sonst der treueste und mächtigste Ausdruck der deutschen Volksseele, namentlich was auswärtige Fragen anbelangt. Mit Ausnahme einiger Colonial-Fanatiker hat Niemand in Deutschland jemals davon geträumt, daß dieses sich Englands Position in Süd-Afrika aneigne, und es ist unwahrscheinlich, daß die Spur eines documentarischen Beweises dafür existire, welcher das Gegentheil hiervon bezeugen würde. Das will aber nicht sagen, daß die deutsche Regierung nicht fortfahren wird, ihren ganzen diplomatischen Einfluß aufzubieten, um eine abermalige Verletzung der Unabhängigkeit der Transvaal-Republik, in welcher viele Deutsche ihren Sitz haben, und viel deutsches Capital investirt ist, zu verhindern. Die deutschen Gefühle für die Boers sind hauptsächlich Empfindungen der Sympathie für Männer, die in unverantwortlicher Weise angegriffen und in ihrer Unabhängigkeit bedroht wurden. Und die Deutschen verlangen, wie man mir wiederholt versicherte, dieselbe Freiheit im Ausdrucke ihrer Neigungen, welche die Engländer stets zu Gunsten der Italiener, Polen, Ungarn, Armenier und anderer angeblich unterdrückter Nationen forderten. Es kann auch nicht leicht bestritten werden, daß auch Neid gegenüber England in diesem Ausbruche deutscher Reizbarkeit mitspielt, und dies besonders, seitdem der Austausch von Sansibar gegen Helgoland unter deutschen Politikern fast jeder Partei die Empfindung zurückgelassen, daß Deutschland in dieser Sache von Lord Salisbury übervortheilt (jockeyed) worden sei.

Die vorherrschende Ansicht in Deutschland über Mr. Cecil Rhodes, die, wie ich glaube, vom Fürsten Bismarck getheilt wird, ist, daß er ein gewandter Effecten-Manipulant ist, dessen Methode in Falschheit und Bestechung im

großen Maßstabe besteht, und dem gegenüber die englische Regierung bis zum heutigen Tage eine Haltung einnahm, die den Verdacht der Mitwissenschaft oder zum mindesten der Furcht vor ihm erweckt. Die Deutschen sind einigermaßen über den Gedanken belustigt, daß man ihn als Champion der britischen imperialistischen Idee acceptirt (und ich denke, Fürst Bismarck stimmt in den Chor der Heiterkeit ein), denn sie sind genau unterrichtet, daß der schlaue Gentleman vor nicht langer Zeit der irischen Nationalisten-Partei einen Check auf 10000 Pfund gab, einer Partei, deren Ziel seither von einer großen Majorität des englischen Volkes als stark anti-imperialistisch erklärt wurde. Ich will, obwohl ich mich hier nicht auf directe Autoritäten berufen kann, hinzufügen, daß ich guten Grund habe, zu glauben, daß Fürst Bismarck niemals die ihm so oft von radicalen englischen Blättern zugeschriebene Bemerkung gemacht hat, daß Lord Salisbury eine Holzplatte sei, bemalt, um wie Eisen auszusehen. Im Gegentheile, ich glaube, die politischen Talente des englischen Staatssecretairs des Auswärtigen werden in der Nachbarschaft von Friedrichsruh hoch geschätzt. Aber obwohl Lord Salisbury als feine Klinge (fine blade) betrachtet wird, mag doch die Vermuthung bestehen, daß Fürst Lobanow eine noch feiner gehärtete Klinge ist (of a plus fine trempe encore).

* * *

Am 16. Juli ernennt die medicinische Facultät der Universität Jena den Fürsten Bismarck zum Ehrendoctor. Das Elogium des Diploms hat folgenden Wortlaut:

„Principi serenissimo Ottoni de Bismarck-Schönhausen, duci Lauenburgi, Guilelmi primi instauratoris Imperii Germanici cancellario primo et unico, doctori theologiae juris utriusque philosophiae scientiae politicae, cum ob immortalia facta quibus per vitae laborumque fructuosissimam longinquitatem patriae saluti universae inservivit tum ob leges et instituta quibus res medicinales Germaniae antea dissociatae eodem et uno concilio feliciter emendavit in memoriam diei quo ante quattuor lustra collegium doctorum salubritatis publice tuendae causa constituit.“

Es mag dabei gleichzeitig daran erinnert werden, daß bei dem Frühstücksmahle nach dem Marktfeste in Jena Professor Dr. Häckel den Fürsten scherzweise zum Ehrendoctor der phylogenetischen Facultät creirte. Vergl. Band IV, Seite 198.

Aus diesem Anlaß bringen die „Hamb. Nachr." 16. Juli (A.-A.) eine Notiz über alle dem Fürsten widerfahrenen Ehrungen dieser Art. Sie schreiben:

Wie bereits telegraphisch mitgetheilt wurde, ist Fürst Bismarck am

Gedenktage der vor zwanzig Jahren erfolgten Errichtung eines Reichs-Gesundheitsamtes (16. Juli 1876) von der. medicinischen Facultät zu Jena zum Doctor medicinae honoris causa ernannt worden. Damit gehört Fürst Bismarck sämmtlichen Facultäten an; die Ehren-Ernennungen haben folgendes Datum:

1. Dr. philosophiae	zu Halle	21. Juni	1867,
2. Dr. juris	zu Göttingen	18. März	1885,
3. Dr. juris	zu Erlangen	1. April	1885,
4. Dr. scient. pol.	zu Tübingen	1. April	1885,
5. Dr. theol.	zu Gießen	10. Nov.	1888,
6. Dr. medicinae	zu Jena	16. Juli	1896.

* * *

An den Bürgermeister Weiße in Kamenz richtet der Fürst aus Anlaß der Enthüllung des ihm auf dem dortigen Hutberge errichteten Denkmals am 16. Juli folgendes Schreiben:

Friedrichsruh, den 16. Juli 1896.

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, für die freundliche Mittheilung über die mir in Kamenz erzeigten Ehrungen meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und den betheiligten Damen und Herren übermitteln zu wollen. v. Bismarck.

* * *

Der Deutsche Club in Sydney in Neu-Süd-Wales hatte dem Fürsten Bismarck zu seinem Geburtstage eine Sammlung von zoologischen und botanischen Seltenheiten der neuen Heimath übersandt.

Am 16. Juli richtete der Fürst nun auch an sie ein Dankschreiben; es hatte folgenden Wortlaut:

Friedrichsruh, den 16. Juli 1896.

Das Geburtstagsgeschenk meiner Landsleute habe ich mit Freude über die Anhänglichkeit, welche sie der Heimath bewahren, und mit lebhaftem Interesse an den übersandten zoologischen und botanischen Seltenheiten erhalten.

Mit meinem Danke verbinde ich meine herzlichen Wünsche für das Gedeihen des Clubs und das persönliche Wohlergehen seiner Herren Mitglieder. v. Bismarck.

* * *

Fürst Bismarck richtete an das Präsidium des Badischen Militairvereins-Verbandes z. H. des Generals Freiherrn Roeder von Diersberg anläßlich seiner Ernennung zum Ehrenmitgliede dieses Verbandes folgendes Dankschreiben:

Friedrichsruh, 17. Juli 1896.

Eurer Excellenz sage ich für die gefällige Uebersendung der Mitglieds-Urkunde und der Verbandsacten meinen verbindlichsten Dank. Ich freue mich der engeren Verbindung, in die ich durch den ehrenvollen Beschluß des Verbandes zu meinen badischen Kameraden trete, und bitte Euer Excellenz, den Ausdruck meines Dankes den betheiligten Herren übermitteln zu wollen. v. Bismarck.

* * *

Gegen das Verhalten der Centrumspresse gegenüber dem Fürsten Bismarck bringen die „Hamb. Nachr." 18. Juli (M.-A.) folgende Auslassung:

Die „Kölnische Volkszeitung", der „Westfälische Merkur" und andere Centrumsblätter fühlen sich veranlaßt, in Anknüpfung an Artikel der „Hamb. Nachr." den Fürsten Bismarck mit Ausbrüchen ihres Hasses zu überschütten. Dieser Haß gegen den Fürsten Bismarck ist natürlich bei allen Parteien, denen das heutige Deutsche Reich unbequem ist. Wir haben uns in Friedrichsruh vertraulich erkundigt, ob es der Mühe lohne, darauf zu antworten, aber die Antwort erhalten, daß kein Bedürfniß dafür vorliege.

* * *

Den „Hamb. Nachr." vom 19. Juli (M.-A.) entnehmen wir Folgendes:

Die „Post" veröffentlicht folgende Erklärung des Herrn v. Kardorff-Wabnitz:

„In verschiedenen Zeitungen hat man der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß der Staatssecretair des Reichsmarineamtes, Admiral Hollmann, den Centrumsführer Herrn Abgeordneten Dr. Lieber die Marinewerften in Kiel und Wilhelmshaven habe besichtigen lassen.

„Als Vorsitzender der Budgetcommission darf ich darauf aufmerksam machen, daß Herr Dr. Lieber als Referent der Commission über den Marine-Etat mit dem Correferenten Herrn von Leipziger diese Reise unternommen hat, und daß die beiden Herren sich dadurch in sehr dankenswerther Weise in den Stand setzten, der Commission aus eigener Anschauung über den Stand der Marinebauten berichten zu können.

„Zu den an jene Mittheilungen geknüpften culturkämpferischen Angriffen scheint in der That der Vorgang gar keinen Anlaß zu bieten. Das Centrum hat durch seine Mitwirkung zum Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches sich nach meiner Auffassung um das Vaterland wohl verdient gemacht, und so bitter die Freunde und Anhänger der Bismarck'schen Politik die Zurückweisung der Ehrung des Fürsten Bismarck durch die Centrumspartei in jener Zeit empfunden haben und noch heute empfinden, so erscheint gerade der heutige Zeitpunkt am aller-

wenigsten geeignet, um einer Partei böse Absichten gegen den Reichsgedanken und die Reichseinheit zu unterstellen, welche soeben an einem nationalen Werke treu mitgearbeitet hat, und ohne deren thätige Beihülfe auch der weitere schwere Kampf gegen die Socialdemokratie und das Manchesterthum überhaupt nicht mit Erfolg geführt werden kann."

Wir bedauern, daß wir die günstige Auffassung des Herrn v. Kardorff über das zukünftige Verhalten der Centrumspartei gegenüber der Socialdemokratie nicht zu theilen vermögen. Könnten wir es, so würden wir uns auch der Hoffnung nicht verschließen, daß dem bestehenden Deutschen Reiche in Zukunft auch gegenüber den anderen seine Existenz bedrohenden Bestrebungen, das heißt den polnischen und welfischen Angriffen und denen der französisch gesinnten Geistlichkeit im Reichslande, der Beistand der Centrumsfraction nicht fehlen würde. Wir würden dann mit größerer Zuversicht in die Zukunft blicken wie bisher. Die gegenwärtige Unterstützung, die die Centrumspartei der Regierung gewährt hat, fassen wir lediglich im Sinne der Danai dona ferentes auf. Wir befürchten, daß für die Beihülfe des Centrums zum beschleunigten Durchdrücken des neuen Gesetzbuches nicht nationale Bestrebungen, sondern die Rechnung auf den unvermeidlichen Rückschlag der Vorgänge in der Zukunft maßgebend gewesen sein wird. Wir halten im längeren Verlaufe der Politik die Rechnung des Centrums für die geschicktere.

* * *

Auf die Ueberreichung des Ehrendoctordiploms der medicinischen Facultät der Universität Jena hat Fürst Bismarck mit folgendem Schreiben geantwortet:

Friedrichsruh, 24. Juli 1896.

Mit der Aufnahme in die medicinische Facultät durch den ehrenvollen Beschluß vom 16. d. Mts. ist mir eine neue und unerwartete Auszeichnung zu Theil geworden, die mich besonders erfreut, nachdem ich in meiner amtlichen Thätigkeit der Förderung der ärztlichen Interessen nach Thunlichkeit zu dienen gesucht habe. Das Urtheil darüber, ob die Einrichtung des Reichsgesundheitsamts in allen Theilen die richtige gewesen ist, muß ich meiner Herren Collegen sachkundiger Beurtheilung anheimstellen.

Von hervorragendem Werthe ist mir die von der Facultät erzeigte Ehre ferner im Andenken an die Begrüßung, welche ich vor vier Jahren in Jena gefunden habe, und als ein Symbol näherer Beziehungen zu der altberühmten Universität, welche stets eine Schutzstätte freier Wissenschaft gewesen ist, und deren hoher Rector magnificus mir durch alle Zeit seine Gnade bewahrt hat. In der Ausstattung des Diploms

freue ich mich einen Beweis der Entwickelung des thüringischen Kunstgewerbes zu sehen, und bitte ich Euer Hochwohlgeboren, für das auch im Aeußeren echte Stück Jena, welches Sie mit Ihrer ehrenvollen Bekundung gesandt haben, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und zum Ausdruck zu bringen. v. Bismarck.

* *
*

Am 19. Juni begab sich eine Anzahl von Wiener Herren, lauter ausgesprochene Anhänger des Abgeordneten Schönerer, nach Friedrichsruh, um dem Fürsten Bismarck ihre Verehrung durch Ueberreichung eines aus Eichenholz und Eisen nach Vorlagen des Germanischen Museums in Nürnberg hergestellten Schildes zu bezeugen. Der Schild trug die Umschrift: „Um unsere Zukunft als Angehörige des großen deutschen Volkes braucht uns unter keinen Umständen jemals bange sein (Schönerer).“ Es wurde den Herren aber mitgetheilt, der Fürst sei zu seinem Bedauern nicht wohl genug, um sie selbst zu empfangen. So sahen und begrüßten sie ihn nur, als er am Nachmittag ausfuhr. Den Schild ließen sie natürlich dort. Einige Wochen später traf in Wien an einen der Theilnehmer Heinrich Diezel folgendes Dankschreiben des Fürsten Bismarck ein:

Friedrichsruh, den 24. Juli 1895.

Den deutschen Schild habe ich mit Freude auch über seine Aufschrift erhalten und danke Euer Hochwohlgeboren für die freundliche Zustellung. Ich bedaure lebhaft, daß mein Gesundheitszustand nicht günstig genug war, um es mir zu ermöglichen, den Herren persönlich meinen Dank auszusprechen; so bitte ich Sie, ihn auf diesem Wege entgegenzunehmen und den betheiligten Herren übermitteln zu wollen.

v. Bismarck.

* *
*

Die „Hamb. Nachr.“ vom 28. Juli (M.-A.) theilen mit:

In Friedrichsruh ist folgendes Telegramm eingegangen:

Fürst Bismarck,

Friedrichsruh.

Tromsoe, 25. Juli. Vom Nordcap entsenden donnerndes Hoch dem Einiger Deutschlands mit ehrerbietigem Gruße

Die Deutschen
auf der „Columbia“.

(Folgen die Unterschriften.)

* *
*

Am 29. Juli lesen wir in den „Hamb. Nachr.“ (A.-A.):

In der „Kreuz-Ztg.“ finden wir einen Stoßseufzer über die unbegreifliche Duldung, die in Deutschland der Socialdemokratie zu Theil wird.

Derselbe klingt bezeichnender Weise in die an das Beispiel des Fürsten Bismarck mahnende Frage aus: „Wann wird der Retter kommen diesem Lande?" Das conservative Blatt schreibt:

„In Frankreich wäre jeder Franzose, der sich in ähnlichem Sinne (mutatis mutandis) vor Deutschen auf deutschem Boden ausgesprochen hätte (wie Liebknecht und Consorten in Lille) politisch für alle Zeit unmöglich geworden. Jeder Franzose würde dem Manne den Rücken kehren, und seine politische Rolle wäre ausgespielt für immer. Denn in welcher Nation der Welt außer bei uns wäre das überhaupt denkbar? Wir wissen keine. Aber wir sind unglaublich langmüthig und demoralisiren unser patriotisches Empfinden, indem wir Tag für Tag die Lästerungen ungestraft hingehen lassen, mit denen die Herren Singer, Bebel und Liebknecht und ihr Gefolge unser armes Volk bethören. Wann wird sich endlich der Mann finden, der dieses Gebahren wieder einmal an den Pranger stellt, wie Fürst Bismarck es seiner Zeit gethan, und wann wird man ein Verbrechen der beleidigten Volksehre gebührend zu strafen die Möglichkeit haben?"

Wir sind leider nicht in der Lage, der „Kreuz-Ztg." darauf eine Antwort zu geben.

* * *

Zu dem Untergang des deutschen Kanonenbootes „Iltis" sagen die „Hamb. Nachr." am 1. August (M.-A.):

> Das betrübende Ereigniß des Unterganges des „Iltis" bietet ein Document der Einigung des deutschen Volkes, insofern in der mitgetheilten Liste der untergegangenen Mannschaften Leute aus allen Gegenden des Reichs, von Bayern bis zur Elbmündung und von Köln bis Ostpreußen, vertreten sind. Man erkennt aus dieser Thatsache die Vorliebe, welche die Marine im deutschen Volke hat, und, wie gesagt, ein Zeichen der deutschen Einheit, da Mitglieder aller deutschen Volksstämme auf dem Kriegsschiffe zusammen gedient haben und miteinander untergegangen sind.

* * *

Am 2. August brachten die „Hamb. Nachr." (M.-A.) in ihrer „Uebersicht aus der Presse" Folgendes:

Unter der Ueberschrift „Buschklepper" äußern sich die „Leipziger Neuest. Nachrichten" über Angriffe auf den Fürsten Bismarck im Zusammenhang mit unserer inneren Lage überhaupt:

„In der Generalversammlung, welche die pfälzische Centrumspartei vor einigen Tagen in Neustadt abhielt, haben unter jubelndem Beifall der Zuhöher clericale Führer es für geschmackvoll gehalten, in bekannter Weise gegen

den Gründer des Reiches herzuziehen und ihm neben anderen Namen den eines ‚Buschkleppers im Sachsenwalde' zu geben. Wenn irgend ein Rowdy den Eindruck des Fuselgeruchs, den er verbreitet, zu übertäuben sucht durch übelduftende Wendungen, gesammelt in der Cloake, so mag man die Nase zuhalten und den Mann achselzuckend seinem Schicksal überlassen; wenn aber unter der Aegide von Reichstagsabgeordneten, wenn unter der Zustimmung der Führer der maßgebendsten Partei das Beispiel des Rowdys erfolgreich nachgeahmt wird, dann fordert nicht nur der erlesene Geschmack zu scharfer Kritik heraus, sondern es bietet sich auch der Anlaß zu weiterer und ernster Betrachtung. Und solche Betrachtung wird sich nicht darauf beschränken, festzustellen, daß Aeußerungen jener Art in directem Widerspruch stehen mit der Anschauung, die noch im März Fürst Hohenlohe officiell vertrat, sondern sie wird auch die Frage behandeln müssen, ob Männer von aufrechtem Ehrgefühl in engem Bunde mit jenen Schmähsüchtigen kämpfen können, ohne sich selbst öffentlich, um Kardorff's Ausdruck aufzunehmen, unsterblich zu blamiren.

„Im März, vor wenigen Monaten also, hat Fürst Hohenlohe gejubelt, daß ‚Einer, der Größte unter den Männern jener Zeit, noch aufrecht stehe wie eine der Eichen des Sachsenwaldes, Fürst Bismarck, der mit sorgendem Blick den Geschicken des Reiches folgt und manch mahnendes Wort an die Epigonen der großen Zeit richtet'. Und weiter hat der dritte Kanzler gesagt: ‚So ist er der größte Diener seines Kaiserlichen Herrn, der eigentliche Schaffer des Reichs geworden'. Heute, nach 120 Tagen, schelten die guten Freunde und getreuen Nachbarn des begeisterten Toastirers den ‚eigentlichen Schaffer des Deutschen Reiches' als den ‚Buschklepper im Sachsenwalde', wie sie ihn neulich erst mit einem Hunde verglichen, der vergebens den Mond anbellt. Fürst Hohenlohe aber fuhr fort, damals, als der Frühling die Keime erweckte: ‚Es ist ein schöner Zug in dem Charakter des deutschen Volkes, daß es dem Manne die größte Verehrung unentwegt entgegenbringt, der sein Leben eingesetzt hat, um die seit Jahrhunderten unbefriedigte Sehnsucht des deutschen Volkes zu erfüllen.' Und tosend brüllen seine Freunde, die Stützen des jetzigen Courses, die ‚Achsen der deutschen Reichspolitik', die Weise vom ‚Buschklepper im Sachsenwalde' zur Antwort. Wenn im gewöhnlichen Leben ein Mann, den ein Anderer über Alles verehrt, von einem Dritten in niedrigster Weise geschmäht wird, so pflegt derselbe diesem Dritten einen kräftigen Fußtritt zu appliciren, der ihn direct durch die Glasthür oder das Fenster auf die Straße befördert. Wenn es im politischen Leben anders geschieht, wenn man hier dem Schmähsüchtigen weiterhin als einem Gentleman die Rechte drückt, so zeugt dies nicht nur von bedauernswerther persönlicher Schwäche der Acteure, sondern vor Allem von einer vollständigen Verkehrtheit der natürlichen Begriffe, die ebenso im öffentlichen wie im privaten Leben Geltung haben sollten.

„Hier liegt in der That das Criterium für die Trostlosigkeit der augenblicklichen Zustände. Die Halbheit, die Compromißsucht, das Bedürfniß, nur wenigstens einige Gründlinge zu angeln, wenn man schon keine Karpfen und Schleie fischen kann, beherrschen unsere Zeit und sorgen dafür, daß das Unnatürliche als natürlich gilt und das Unzulänglichste Ereigniß wird. Man findet wohl schöne Worte, aber es fehlt an folgerechten Thaten. Aber kann man wirklich zween Herren dienen und mit der einen Hälfte des Gesichtes dem ‚Schöpfer des Reichs‘, mit der anderen Denen zulächeln, die ihn als Buschklepper schmähen? Kann man eine nationale Politik im Sinne Bismarck's treiben und zugleich mit Denen pactiren, die nach Bomst und Schwetz ziehen und dort für den Polen gegen den Deutschen eintreten? Kann man auf die ‚mahnenden Worte‘ hören, die Jener ‚mit sorgendem Blick an die Epigonen der großen Zeit richtet‘, wenn man Arm in Arm mit den Lieber und Schädler das Jahrhundert in die Schranken fordert? Wie aber soll das Volk das rechte Beispiel, die gerade Richtschnur in dem Beispiel seiner Führer finden, wenn ungelöst solch Widerspruch besteht? Wie soll es nicht irre werden an seinem Empfinden und schließlich dem Gleißner zulaufen, der ihm predigt, daß Alles, was ist, schlecht sei? Das alte Sprichwort: ‚Sage mir, mit wem du umgehst,‘ hat doch auch in der Politik seine eigene Bedeutung.

„Aber die Männer von heute, so klingt immer wieder der Einwand, müssen doch mit gegebenen Factoren, mit vorhandenen Majoritäten rechnen! Wir sind solcher Auffassung schon wiederholt entgegengetreten. Männer von Character und Kraft schaffen sich ihre Mehrheiten selbst, die Lauwarmen aber, die Männer von Laodicea, die schon der Apostel zurückwies, haben eben nur jene Mehrheit, die sie verdienen. Hat der erste Kanzler sich jemals an den Wagen des Centrums gespannt? Und doch hat er durchgesetzt, was immer er für gut und erwünscht und für nothwendig hielt, er hat es durchgesetzt, weil er den Kampf nicht scheute. Wie oft erklang der helle Schlachtruf und wie fuhr er elektrisch durch alle Glieder! Und heute? Das öffentliche Gewissen wird vielleicht von dieser oder jener Zeitung wachgehalten, aber durch 23 Stunden des Tages schläft es sanft und ruhig nach alter Michelart. Man läßt den lieben Gott einen guten Mann sein, sieht geruhig, wie ein Socialist nach dem anderen zum Reichstag zieht, wie das Polenthum sich ausdehnt, wie unsere Colonien kraftlos dahinvegetiren, und man ist zufrieden. Die Frage, ob das Centrum ein Interesse daran haben kann, daß das protestantische Kaiserthum befestigt werde, hält man schüchtern zurück. Und wenn man das „große Werk der neuen Aera“, das bürgerliche Gesetzbuch, dem placet des Papstes verdankt, so sinkt deshalb noch lange kein Mehlthau auf die schönen Blüthen neusteuerlicher Staatskunst. Unus pastor et unum ovile — ein Hirte und ein Schafstall, das ist der Wunsch, dessen Erfüllung

die Curie herbeistrebt und mit ihr das getreue Centrum; soll Deutschland ein Theil dieses Schafstalles werden, so muß ebenso wie der protestantische Geist auch der nationale Geist verschwinden und an ihre Stelle jene schöne Weltauffassung treten, die in dem Bischof von Rom den unfehlbaren Schiedsrichter über Fürsten und Völker und den Herren aller Gewissen erblickt. Dann wird auch der Ausdruck der ‚Buschklepper im Sachsenwalde‘ kanonische Geltung erlangen, wie ja zweifellos auch der erleuchteten Versammlung von Neustadt der Segen des Papstes nicht gefehlt hat.

„Wem aufrechtes Ehrgefühl in der Brust lebt, wer nicht schwachseligem Opportunismus die Ideale opfert, die in ihm leuchten von Jugend auf, wem aus dem Sachsenwalde nicht der Unkenruf vom Buschklepper entgegentönt, sondern die hehre Weise von einem Manne, der für Deutschlands Ehre das Größte sann und das Größte vollbrachte, den ekelt es vor der Gemeinschaft mit jener gottvergessenen Gesellschaft, die in Neustadt in die Gosse griff, um ein Heldenbild zu besudeln. Und so lange die leitenden Männer mit dieser Gesellschaft pactiren, so lange wird das Mißtrauen nicht verschwinden aus dem Lande, so lange wird nicht das freie und frohe Empfinden erstehen, das zu entschlossener That befähigt."

Mit Bezug auf diesen Artikel des Leipziger Blattes bemerkten dann die „Hamb. Nachr." am 3. August (A.-A.):

> Wir haben in der Preßübersicht unseres gestrigen Morgenblattes einen Artikel der „Leipziger Neuest. Nachr." abgedruckt, worin die Thatsache erwähnt und gebührend beleuchtet wurde, daß in der Generalversammlung der pfälzischen Centrumspartei in Neustadt zwei clericale Führer unter jubelndem Beifall der Zuhörer in bekannter Weise über den Gründer des Reiches hergezogen wären und ihm neben anderen Namen den eines „Buschkleppers im Sachsenwalde" gegeben hätten. Wir können uns nicht versagen, die Qualificirung, welche das genannte Leipziger Blatt diesem neuesten Ausbruche des ultramontanen Hasses gegen den Fürsten Bismarck hat zu Theil werden lassen, zu verstärken, indem wir die clericalen Beschimpfer darauf aufmerksam machen, daß der „Buschklepper" durch den höchsten päpstlichen Orden, den Christusorden, ausgezeichnet worden ist und das Großkreuz dieses Ordens in Brillanten auch noch im „Busch" trägt.

* * *

An den Verlagsbuchhändler A. de Grousillers in Berlin richtete der Fürst am 3. August folgendes Schreiben über das bei diesem unter Jarosch's Leitung herausgegebene Prachtwerk: „Das Schönhauser Museum":

Friedrichsruh, den 3. August 1896.

Die Lieferungen des Werkes über das Schönhauser Museum und jetzt den vollendeten Band habe ich mit Interesse und Freude an der kunstvollen Reproduction der Gaben erhalten und bitte Sie und Herrn Jarosch, für die zu meinen Ehren aufgewandte Mühe meinen verbindlichsten Dank wiederholt entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 4. August (A.-A.) findet sich folgende Mittheilung:

Fürst Bismarck hatte seiner Zeit zugesagt, Vertreter der Studenten der fünf deutschen thierärztlichen Hochschulen zu empfangen, welche ihm die von der Studentenschaft zusammen mit den Thierärzten gewidmete Adresse überreichen sollten. Da nun das Befinden des Fürsten den Empfang bisher immer noch nicht erlaubt hat, so ist auf Graf Herbert Bismarck's Veranlassung die Adresse nach Friedrichsruh gesandt worden. Darauf ist nun ein Schreiben des Fürsten an den Professor Dr. Schmalz eingegangen, das die „Berl. Thierärztliche Wochenschrift" jetzt veröffentlicht:

Die Adresse, durch welche mich die thierärztlichen Hochschulen zu meinem Geburtstag geehrt haben, ist mir durch die Euer Hochwohlgeboren bekannten Umstände erst jetzt zu Händen gekommen und hat mich durch ihren Inhalt geehrt und durch die vollendete Kunst der Ausstattung erfreut. Bei dem Interesse, welches ich als Landwirth jederzeit an der thierärztlichen Wissenschaft genommen habe, bedauere ich doppelt, daß ich bei meinem jetzigen Gesundheitszustand nicht in der Möglichkeit bin, Euer Hochwohlgeboren hier persönlich meinen lebhaft empfundenen Dank auszusprechen, und bitte ich Sie und alle betheiligten Herren, den schriftlichen Ausdruck desselben freundlichst entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

* * *

Am 8. August weilten die beiden ältesten Söhne des Prinzregenten von Braunschweig, Prinz Albert von Preußen, die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht als Gäste des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

* * *

Von einem „Kreterbrief" des Fürsten Bismarck können die „Hamb. Nachr." am 12. August (A.-A.) berichten:

Das „Berl. Tagebl." berichtet nach englischen Zeitungen, in Dundee in Schottland lebe ein Herr Ogilvy, den eine Aeußerung, die Fürst Bismarck kürzlich gethan habe, daß er nämlich an Kreta weniger Interesse nehme als an dem kleinsten Winkel in seinem Garten, aufs

Tiefste erschüttert hätte. In dieser Gemüthsbewegung habe sich Herr Ogilvy hingesetzt und an den Fürsten einen Brief geschrieben, in welchem er diesen unter Berufung auf sein Christenthum und seine Humanität beschworen habe, ihm, Herrn Ogilvy, die Gründe mitzutheilen, weshalb er die unglücklichen Kreter so hart und unglimpflich behandelt habe. Wir können diese Angaben bestätigen und auch den Wortlaut der Erwiderung mittheilen, die Herrn Ogilvy zugegangen ist:

Friedrichsruh, 25. Juli 1896.

Geehrter Herr!

Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Brief und für die gute Meinung, welche Sie von mir haben. Zu meiner Entschuldigung gegenüber den Kretern bitte ich aber zu berücksichtigen, was der Apostel Paulus im Briefe an Titus Cap. 1 Vers 12 und 13 sagt.

v. Bismarck.

In den biblischen Stellen, die dieser Kreterbrief des Fürsten anzieht, heißt es Vers 12: „Es hat einer aus ihnen gesagt, ihr eigener Prophet: die Kreter sind immer Lügner, böse Thiere und faule Bäuche"; und Vers 13: „Dies Zeugniß ist wahr. Um der Sache willen strafe sie scharf, auf daß sie gesund seien im Glauben."

* * *

Nachdem am 13. August der Generaloberst Graf von Waldersee den Fürsten besucht hatte, berichten die „Hamb. Nachr." am 18. August (M.-A.) weiter Folgendes:

Friedrichsruh, den 17. August. Gestern, am Sonntag, war Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max von Baden hier beim Fürsten Bismarck zum Besuche. Der neunundzwanzigjährige Prinz, eine frische, sympathische Erscheinung, traf ein Uhr von Hamburg kommend ein und ward vom Grafen Rantzau vom Bahnhofe abgeholt und vom Fürsten, der Uniform und neben dem Stern des Schwarzen Adlers den des badischen Ordens der Treue trug, vor der Thür des Schlosses empfangen. Nachmittags machte der Prinz und Graf und Gräfin Rantzau eine Spazierfahrt in den Wald, und um fünf Uhr erfolgte die Weiterreise des Prinzen nach Berlin.

Das Befinden des Fürsten ist augenscheinlich gut. Geheimrath Professor Schweninger ist nach London abgereist und dort beim Baron Rothschild abgestiegen.

* * *

Am 22. August heißt es in den „Hamb. Nachr." (M.-A.):

Fürst Bismarck hat folgendes Telegramm aus Rio de Janeiro, den 20. August, erhalten:

„Anläßlich ihres fünfundsiebzigjährigen Stiftungsfestes sendet die Ge-

sellschaft Germania in Rio de Janeiro dem Mitbegründer des Reiches und hochverehrten Altreichskanzler in dankbarer Verehrung ehrerbietigsten Gruß."

* * *

Am 28. August weilt der Generalfeldmarschall Graf Blumenthal zum Besuch des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh. Den „Hamb. Nachr." wird darüber aus Friedrichsruh berichtet:

Am 28. August war, wie schon kurz gemeldet, Generalfeldmarschall Graf Blumenthal hier zum Besuch des Fürsten Bismarck. Der berühmte Heerführer ist 86 Jahre alt, hält sich aber noch merkwürdig stramm und ist vor zwei Jahren noch auf Jagden mitgewesen, namentlich auf Hühnerjagden. Wenn auch von Statur bedeutend kleiner als der Fürst, macht er doch einen stattlichen Eindruck. Die Franzosen hatten und haben ihn, nach einem hamburgischen Ausdruck, gewaltig „auf den Kieker", denn er hat ihnen sehr geschadet und unter dem damaligen Kronprinzen die Schlacht von Wörth u. s. w. gewonnen. — Der Gesundheitszustand des Fürsten ist in der Besserung und scheint günstiger zu werden, als er seit Monaten war.

* * *

Der „Alldeutsche Verband" hielt am 6. September eine Hauptversammlung in Berlin ab. Außer einem Telegramm an den Kaiser wurde auch an den Fürsten Bismarck ein Huldigungstelegramm gesandt. Es lautete:

„Euer Durchlaucht, dem treuen Eckart des Reiches, dem Helden und Liebling des deutschen Volkes, das Euer Durchlaucht erst wieder gelehrt haben, sich mit Stolz ein solches zu fühlen, dem Ehrenmitgliede des Alldeutschen Verbandes senden die heute im Architektenhause zu Berlin zu ihrer Haupttagung versammelten und aus allen deutschen Gauen herbeigekommenen Mitglieder des Alldeutschen Verbandes in nimmer verlöschender Treue und Dankbarkeit brausenden Heilruf!"

* * *

Am 6. September unternahmen die zum Travegau gehörenden Turnvereine einen Ausflug nach Friedrichsruh und wurden von dem Fürsten kurz empfangen. Auf die Begrüßung durch den Vorsitzenden P. Stern antwortete der Fürst:

Ich danke Ihnen, meine Herren, für die freundliche Begrüßung. Ich freue mich über jeden Verein im Deutschen Reiche, der keine bindenden Grenzen kennt, sondern das Ganze umfaßt, und die Turner haben mit der Litteratur und der Musik stets ein Band gebildet, welches sich an die Landesgrenzen nicht gekehrt. Mögen sie gedeihen und blühen in diesem auch politischen Sinne.

Das Körperliche kann ich nicht mehr mitmachen. Adieu, meine Herren!

* * *

Unter dem 7. September berichtet man der „Berl. Börs.-Ztg." aus Zweibrücken:

Die gestern unter allgemeiner Theilnahme der Bevölkerung vorgenommene Enthüllung des unserem Ehrenbürger, dem Altreichskanzler Fürsten Bismarck, errichteten Denkmals gestaltete sich zu einer erhebenden patriotischen Feierlichkeit. Derselben ging am Vorabend ein von über 600 Personen besuchtes Bankett im Saale der Fruchthalle voraus, bei welchem der Vorstand des Kampfgenossenvereins das begeistert aufgenommene Hoch auf den Prinz-Regenten und den deutschen Kaiser ausbrachte. Der heutige Festtag wurde mit einer ernsten Feier auf dem Friedhofe eingeleitet, die dem Gedächtnisse der in dem glorreichen Kampfe Gefallenen galt. Bei der Enthüllungsfeier auf dem prächtig decorirten Denkmalsplatze hielt Rechtsanwalt König die Festrede, die mit einer enthusiastischen Ovation für den großen Staatsmann im Sachsenwalde schloß.

Im weiteren Verlaufe der Feier wurde folgendes Telegramm abgesandt: „An Seine Durchlaucht den Fürsten Bismarck, Friedrichsruh. Unter dem unbeschreiblichen Jubel vieler Tausende von Festtheilnehmern ist soeben die Hülle vom neu errichteten Denkmal Euer Durchlaucht gefallen. Möge das Denkmal allezeit uns und unsere Nachkommen an das erinnern, was unser Vaterland Euer Durchlaucht verdankt, möge es stets eine Mahnung sein, Euer Durchlaucht in Pflichterfüllung und Vaterlandsliebe nachzueifern, Gott erhalte uns noch lange unsern Bismarck zum Heile Deutschlands!"

Auch an den Kaiser und an den Prinz-Regenten wurden Telegramme gesandt.

* * *

Der Deutsche Bürgerverein Hasenhaide hatte anläßlich des Sedan-Commerses an den Altreichskanzler ein Begrüßungs-Telegramm abgesandt. Darauf ist, wie die „Hamb. Nachr." vom 12. September (A.-A.) mittheilen, folgendes Dankschreiben zu Händen des Amtsgerichts-Secretairs Stock eingegangen:

> Für die patriotische Begrüßung des Bürgervereins der mir seit meinen Kinderjahren vertrauten Hasenhaide bitte ich Euer Hochwohlgeboren und die mitunterzeichneten Herren meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. v. Bismarck.

* * *

Am 11. September richtet Fürst Bismarck an die in München lebende Wittwe des bekannten Parlamentariers Dr. Völk zu ihrem 70. Geburtstage folgendes Telegramm:

> Im Andenken an Ihren verstorbenen Gemahl, der einer der eifrigsten Förderer unseres nationalen Werkes war, bitte ich Sie, meinen Glückwunsch zum 70. Geburtstage freundlichst entgegenzunehmen.
>
> v. Bismarck.

* * *

Am 20. und 21. September tagte in Gleiwitz der Verein deutscher Eisenhüttenleute. Nachdem ein Huldigungsgruß an den Kaiser abgesandt worden war, widmete Director Kollmann aus Bismarckshütte dem Fürsten Bismarck dankbare Worte, die einen begeisterten Widerhall fanden und in ein stürmisches Hoch auf den Fürsten ausklangen. Im Anschluß an diese Rede gelangte nachstehendes Telegramm zur Absendung:

„Dem eisernen Kanzler, ihrem durchlauchtigsten Ehrenmitgliede, senden die heute in Gleiwitz in der Ostmark des Reiches zu festlicher Hauptversammlung vereinten Mitglieder des ‚Vereins Deutscher Eisenhüttenleute' ihren ehrfurchtsvollen Gruß. Dem hochverdienten Förderer des Deutschen Eisengewerbes geloben wir unverbrüchlich, festzuhalten an dem Schutz der nationalen Arbeit für alle Berufsstände im Vaterlande, durchdrungen von der Gemeinsamkeit der Interessen in Landwirthschaft, Handel und Industrie. Dem eisernen Kanzler unseren ewigen, eisernen Dank!"

Von dem Fürsten Bismarck traf darauf an Commerzienrath Lueg nachstehendes Dank- und Antwortstelegramm ein.

Ich bitte Sie, der Festversammlung für die ehrenvolle Begrüßung und für das Festhalten an der Interessengemeinschaft aller heimischen Erwerbsstände meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

* * *

Der Stadtrath von Annaberg hatte dem Ehrenbürger der Stadt, dem Fürsten Bismarck, in einem Schreiben Kenntniß von dem vierhundertjährigen Jubiläum der Stadt gegeben und dem Schreiben eine große silberne Erinnerungsmedaille beigefügt. Daraufhin ist folgendes Dankschreiben des Fürsten bei dem Rathe eingegangen:

Friedrichsruh, den 21. September 1896.

Den Stadtrath und die Stadtverordneten bitte ich, mit meinen besten Wünschen für das fernere Wohlergehen meiner Mitbürger meinen verbindlichsten Dank für die Uebersendung der schönen Erinnerungsmedaille freundlich entgegenzunehmen. v. Bismarck.

* * *

Am 24. September bringen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) folgende Veröffentlichung:

Fürst Bismarck und die Währungsfrage. In der Presse wird nach dem „New York Herald" ein Schreiben mitgetheilt, das Fürst Bismarck als Antwort auf eine Anfrage des Gouverneurs von Texas in der Währungsfrage an diesen gerichtet hat. Da der angeführte Text von dem wirklichen abweicht, sind wir ermächtigt worden, den authentischen Wortlaut und zugleich den des amerikanischen Anschreibens zu veröffentlichen:

Executive Office,
State of Texas.
Austin, Texas, Juli 1. 1896.

Seiner Durchlaucht
Fürsten Otto von Bismarck,
Friedrichsruh.

Euer Durchlaucht wird nicht unbekannt sein, daß dem Volke der Vereinigten Staaten bei der diesmaligen Präsidentenwahl die große Finanzfrage vorliegt, ob es für dasselbe besser sei, die einfache Goldbasis oder den Bimetallismus anzunehmen. Die Gründe für und gegen beide Währungen sind Eurer Durchlaucht wohlbekannt, doch wird hier von den Bimetallisten besonders geltend gemacht, daß der Goldvorrath zum Prägen in der Welt ungenügend für den Bedarf sei und die alleinige Goldwährung noch mehr niederdrückend auf alle andern Werthe wirken muß.

In einer Rede eines Mitgliedes des Congresses der Vereinigten Staaten fand ich kürzlich die Bemerkung, daß Euer Durchlaucht bei einer Gelegenheit erklärt habe, Gold sei nicht die beste Basis, da nicht genügend vorhanden, und daran die Bemerkung geknüpft, Sie fürchteten, die Decke würde nicht groß genug für Alle sein. Diese Bemerkung erschien mir als höchst passend und wichtig und hat ohne Zweifel den gleichen Eindruck auf Tausende von Anderen gemacht.

Es ist unnöthig zu versichern, daß Euer Durchlaucht Meinung über diesen Gegenstand von großer Tragweite ist. Außer dem großen und einflußreichen deutschen Element in diesem Lande bewundern und verehren auch die Amerikaner in Euer Durchlaucht den bedeutendsten und größten unserer lebenden europäischen Staatsmänner, welcher Ansicht auch ich mich stets angeschlossen.

In Rücksicht hierauf erlaube ich mir, im Interesse des Volkes der Vereinigten Staaten Euer Durchlaucht folgende Fragen vorzulegen, mit deren gütiger Beantwortung Sie bei Millionen meiner Landsleute jeden Zweifel in dieser Frage heben würden:

1. Welches ist nach Euer Durchlaucht Meinung die beste Finanzpolitik für civilisirte Nationen, Goldwährung oder Bimetallismus, und aus welchem Grunde?
2. Welchen Einfluß würde nach Euer Durchlaucht Ansicht die unmittelbare Annahme der Doppelwährung durch die Vereinigten Staaten auf die Sache des Bimetallismus in Deutschland und auf den Handel der übrigen großen civilisirten Völker haben?

Indem ich wagte, Euer Durchlaucht mit dieser Anfrage zu belästigen, geschah es im Interesse von Millionen meiner Landsleute, von denen eine große Anzahl von deutscher Abkunft, die, bei aller Loyalität für die neue Heimath, doch die Liebe zum alten Vaterlande nicht vergessen haben, und im

Vertrauen auf Euer Durchlaucht Großmuth, die auch einem fremden Volke eine Belehrung in dieser Hinsicht nicht vorenthalten wird, und zeichne ich mit Bewunderung und Verehrung

Euer Durchlaucht unterthänigster Diener

gez. Charles A. Culberson.
Gouverneur des Staates Texas.

Die darauf ergangene Antwort lautet:

Friedrichsruh, den 24. August 1896.

Seiner Hochwohlgeboren,
dem Herrn Charles A. Culberson,
Gouverneur von Texas.

Austin
U. S. A.

Geehrter Herr!

Ihr gefälliges Schreiben vom 1. Juli dieses Jahres habe ich erhalten. Ich habe stets Vorliebe für Doppelwährung gehabt, ohne, als ich im Amte war, den Sachverständigen gegenüber mich für unfehlbar zu halten. Ich glaube noch heute, daß es sich empfiehlt, das Einverständniß der am Weltverkehr vorzugsweise betheiligten Staaten in der Richtung der Doppelwährung zu erstreben.

Die Vereinigten Staaten sind wirthschaftlich freier in ihrer Bewegung wie jeder einzelne der europäischen Staaten, und wenn Nord-Amerika es mit seinen Interessen vereinbar fände, in der Richtung der Doppelwährung einen selbstständigen Schritt zu thun, so glaube ich, daß ein solcher auf die Herstellung internationaler Einigung und des Anschlusses der europäischen Staaten von förderlichem Einflusse sein würde.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich Euer Hochwohlgeboren

ergebenster Diener

v. Bismarck.

* * *

Der Verein zur Förderung des Deutschthums hatte nach einer Besprechung der polnischen Ausschreitungen in Opalenitza ein Huldigungstelegramm an den Fürsten Bismarck abgesandt. Darauf traf folgende telegraphische Antwort ein:

Herrn Kettler, Opalenitza. Ich danke Ihnen für Ihre Mittheilung und hoffe, daß die Gesinnung, die aus derselben spricht, alle Deutschen Ihrer Landschaft zusammenhalten wird.

v. Bismarck.

* * *

Am 28. September wurde in der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Comités zur Errichtung eines National-Denkmals für den Fürsten von Bismarck beschlossen, die zehn Künstler, welche in der Concurrenz erste Preise erhalten haben, und ferner noch die Herren Professoren Reinhold Begas, Brütt, Manzel in Berlin, Professor Robert Diez-Dresden Professor Rudolf Maison-München aufzufordern, neue Entwürfe gegen angemessene Vergütung anzufertigen.

* * *

Die „Hamburger Nachrichten" schreiben am 30. September (A.-A.):

Die „Germania" berichtet über die angebliche Anregung der kirchenpolitischen Gesetze vom Jahre 1872 durch den Fürsten Bismarck das Folgende:

„Dr. Falk, Geheimer Ober-Justizrath im Justizministerium, übernahm am 22. Januar 1872 an Mühler's Stelle die Leitung des Cultusministeriums. Kurze Zeit, nachdem Dr. Falk Cultusminister geworden, besuchte er die Wittwe eines früheren Collegen im Justizministerium.

„Der neue Cultusminister Dr. Falk war bei diesem Besuche sehr erregt und klagte der Dame, daß Fürst Bismarck ihm die Aufgabe gestellt habe, mehrere gegen die katholische Kirche in Preußen gerichtete Gesetze unter Angabe bestimmter Gesichtspunkte, von denen jene auszugehen hätten, auszuarbeiten. Diese Aufgabe sei ihm im höchsten Grade unangenehm und bedauerlich, weil er überzeugt sei, daß sie ihren Zweck in keiner Weise erfüllen könne. Er habe seine Bedenken dem Fürsten Bismarck mitgetheilt, dieser aber habe darauf bestanden, und es bleibe ihm nichts übrig, als der Aufforderung Folge zu leisten."

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Mittheilung, soweit sie den Fürsten Bismarck betrifft, vollständig erfunden und erlogen ist. Wir bezweifeln nicht, daß der Staatsminister Falk dies auf Befragen bestätigen würde. Die „Germania" ist mit ihren Entstellungen über die deutsche Politik ein nützlicher Bundesgenosse der französischen Blätter, die das gleiche Gewerbe betreiben.

* * *

Am 4. October findet in Berlin ein nationalliberaler Delegirtentag statt. Das an ihn gerichtete Begrüßungstelegramm beantwortet der Fürst noch an demselben Tage mit folgender Depesche:

Friedrichsruh, 4. October, 9 Uhr 8 Min. Abends.

Mit meinem verbindlichsten Danke für die ehrenvolle Begrüßung bitte ich Sie, den Kampfgenossen, deren Unterstützung ich mich in ernster Zeit erfreut habe, meine Wünsche für die politische Zukunft der Fraction auszusprechen.

v. Bismarck.

* * *

An demselben Tage wurde auf dem Feldberge ein Bismarck-Denkmal enthüllt und dabei ein Huldigungstelegramm an den Fürsten gesandt. Dieser antwortete:

Ich bin sehr dankbar für die hohe Ehre, die mir mit der Einweihung des Denkmals gerade auf dem Feldberge erwiesen wird. Ich habe aus früheren Besuchen des schönen badischen Landes die anschaulichste Erinnerung des Schwarzwaldes.

v. Bismarck.

* * *

Die „Germania" wird, wie am 30. September, von den „Hamburger Nachrichten" (s. o.), so wenige Tage später von dem früheren Cultusminister Dr. Falk selbst widerlegt und zwar im „Westfälischen Anzeiger". Dort heißt es am 4. October:

Ueber die Stellung des Staatsministers Dr. Falk zu der kirchenpolitischen Gesetzgebung gehen neuerdings wieder mehrfache, den Stempel der Unwahrheit an der Stirn tragende Mittheilungen durch die Centrumspresse. So brachte dieser Tage die „Germania" eine Zuschrift, in der behauptet wurde, daß die Initiative zu den Maigesetzen nicht vom Cultusminister Falk, sondern vom Fürsten Bismarck ausgegangen sei. Minister Falk habe seine Bedenken bezüglich dieses Gesetzes dem Fürsten Bismarck mitgetheilt, Fürst Bismarck habe aber darauf bestanden, und ihm (dem Cultusminister) sei nichts übrig geblieben, als der Aufforderung Folge zu leisten. So schrieb die „Germania". Die „Hamburger Nachrichten" sind darauf die Antwort nicht schuldig geblieben. Sie treten dieser fälschlichen Behauptung entgegen und fügen dem an, daß Staatsminister Dr. Falk auf eine Anfrage gewiß bestätigen würde, daß die gegen den Fürsten Bismarck gerichteten Behauptungen nicht der Wahrheit entsprechen. Darauf geht uns folgendes hochwichtige Schreiben zu, dessen Inhalt aller Legendenbildung ein Ende bereiten wird:

„Im Laufe der Jahre sind manche Mittheilungen über meine Thätigkeit als Minister in die Oeffentlichkeit gelangt, welche zu einer Berichtigung geeignet waren. Ich habe eine solche bisher niemals eintreten lassen und gedenke, so weit irgend möglich bei dieser Haltung zu bleiben. Am wenigsten würde ich sie aus eigener Bewegung einer so umrahmten Mittheilung gegenüber aufgeben, wie es die von der Redaction in Bezug genommene, kürzlich von der Zeitung ‚Germania' gebrachte ist. Allein heute lese ich eine Erklärung der ‚Hamburger Nachrichten', welche mich deutlich zu einer Aeußerung über die Mittheilung der ‚Germania' auffordert. Wie die Verhältnisse liegen, glaube ich mit der Annahme nicht zu irren, daß solche Aufforderung im Sinne einer von mir besonders hochverehrten Stelle ist. Das legt mir die Pflicht zu einer Aeußerung auf. Dieselbe lediglich auf den Punkt richtend,

auf welchen es sachlich ankommt, erkläre ich, daß — wenn auch selbstverständlich im Hinblick auf Besprechungen innerhalb der Staatsregierung — doch die Initiative zu den im Jahre 1872 vorbereiteten, Anfangs 1873 dem Landtage vorgelegten und im Mai desselben Jahres allerhöchst vollzogenen kirchenpolitischen Gesetzentwürfen von mir und nicht von Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck genommen worden ist. Die in meinen Händen befindlichen Schriftstücke zeigen, daß meine formulirten Vorschläge dem Genannten nicht eher zugegangen sind, als den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums.

Falk."

* * *

Der Ausschuß zur Errichtung des Bismarckthurmes auf dem Domberg bei Suhl hatte von der Vollendung und Einweihung des Thurmes dem Fürsten Bismarck unter Zusendung einiger Photographien Mittheilung gemacht. Darauf ist, wie die „Hamburger Nachrichten" vom 10. October (A.-A.) mittheilen, bei dem Vorsitzenden des Ausschusses, Senator Sauer, nachstehendes Schreiben eingegangen:

Euer Hochwohlgeboren und die Herren Mitunterzeichner des Schreibens vom 26. vorigen Monats bitte ich, für die hohe Auszeichnung, die Sie mir durch die Errichtung des Thurmes auf dem Domberge erwiesen haben, und für die Uebersendung der wohlgelungenen Photographien meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Ich würde mich freuen, wenn ich rüstig genug wäre, den Besuch Ihrer landschaftlich schönen Heimath zu wiederholen, den ich 1850 von Erfurt aus Ihren Wäldern und Ihren Auerhähnen machte.

v. Bismarck.

* * *

Am 11. October schreiben die „Hamburger Nachrichten" (A.-A.):

Die Berliner „Volkszeitung" citirt in einem Artikel über den Fürsten Bismarck und die Maigesetze aus einem Briefe desselben an den Grafen Roon eine Stelle, wo es heißt:

„Ich stehe dienstlich auf der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt, und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten, gegen meine factiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen."

Das urgelehrte Berliner Demokratenblatt übersetzt die lateinische Stelle wie folgt:

„Die Fähnlein des Höllenfürsten rücken an; der bekannte Anfang eines lateinischen Hymnus."

Die „Volkszeitung" scheint zu den infernalischen Mächten in engeren Beziehungen als zu den himmlischen zu stehen, wenigstens können wir

uns ihre Uebersetzung nur so erklären. Fürst Bismarck hat, als er den Brief an den Grafen Roon schrieb und ebenso als er die darin enthaltenen lateinischen Worte später einmal im Reichstage gebrauchte, sie aus einem Hymnus des Fortunatus citirt, der sich im „Hymnologischen Blüthenstrauß altlateinischer Kirchenpoesien", gesammelt von Dr. H. A. Daniel (Halle, E. Anton, 1840) findet, als „Hymnus de passione Domini", in der neueren Sammlung „Lauda Sion", Auswahl der schönsten lateinischen Kirchenhymnen von K. Simrock, Stuttgart, Cotta 1868, abgedruckt ist und dessen Eingang lautet: Vexilla regis prodeunt (fulget crucis mysterium etc.). Wenn die „Volkszeitung" den Vers auf den Höllenfürsten bezieht, so hat sie allerdings insofern Recht, als Dante im vierunddreißigsten Gesange der Hölle die höllischen Heerschaaren mit dem Hymnus Vexilla regis prodeunt *inferni* einführt. Der Dichter hat also durch Hinzufügung des inferni seinem Zwecke entsprechend den rex in satanas umgewandelt, und wir finden es ganz begreiflich, daß diese Travestie ins Höllische dem Berliner Demokratenblatte und seinem unchristlichen Hasse gegen den Fürsten Bismarck besser zusagt, als der kirchliche Urtext des Fortunatus.

* * *

In demselben Blatte lesen wir am 12. October (A.-A.):

Einige fortschrittliche und ultramontane Blätter beschäftigen sich im Hinblick auf den *Fürsten Bismarck* mit gewisser Genugthuung mit den Schwächen, welche hohes Alter mit sich bringt. Und doch ist eine Aenderung im Gesundheitszustande des Fürsten eigentlich nicht eingetreten. Er leidet seit 1879 an demselben Uebel der Neuralgie, nervösen Gesichtsschmerzen, und es war kaum zu erwarten gewesen, daß diese mit den Jahren besser werden würden. Die Intensität der Schmerzen ist wesentlich mit von der Witterung abhängig, und in diesem kühlen und feuchten Jahre sind sie besonders unbequem gewesen.

Die Schlaflosigkeit, an welcher der Fürst mitunter leidet, ist kein selbstständiges Uebel, sondern Ergebniß der genannten Schmerzen, welche hindern, zu schlafen, so lange sie lebhaft sind.

Es ist nach menschlichen Verhältnissen natürlich, daß mit hohem Alter auch Altersschwächen eintreten, und wenn dies bei dem Fürsten Bismarck der Fall ist, so giebt es Leute, welche das betrübt, und Andere, denen es eine Genugthuung gewährt. Für ihn selber aber wird es eine Beruhigung sein, daß seine persönlichen Gegner, die ihm auch in sein Privatleben mit geiferndem Hasse folgen, zugleich Gegner des deutschen Reichs und der Schöpfung Kaiser Wilhelms sind.

* * *

Ueber eine bismarckisch-schlesische Stiftung, zu der am 13. Mai 1895 der Grund gelegt wurde,[1]) finden wir in den „Hamb. Nachr." vom 13. October (A.-A.) folgende Mittheilung:

Von den Sammlungen zu einer Ehrengabe der schlesischen Frauen und Jungfrauen, welche voriges Jahr dem Fürsten Bismarck dargebracht wurde, blieb ein unverwendeter Geldbetrag von über 70000 Mark übrig, welcher im Einverständniß mit dem Fürsten zu einer Stiftung zur Prämiirung solcher schlesischer Dienstboten bestimmt wurde, welche eine Reihe von Jahren bei guter Führung derselben Herrschaft gedient haben. Die zahlreichen Formalitäten, welche vor dem Inslebentreten einer solchen Stiftung zu erfüllen sind, haben, nach der „Nat.-Ztg.", nunmehr ihre Lösung soweit gefunden, daß das Statut der Stiftung ausgearbeitet und nach Friedrichsruh geschickt worden ist, damit Fürst Bismarck, mit dessen Namen die Stiftung dauernd verknüpft bleiben wird, sein Einverständniß erkläre. Sobald dies geschehen ist, wird das Comité die erforderlichen Schritte thun, um für die Stiftung die Rechte einer juristischen Person zu erlangen.

* * *

Den „Hamb. Nachr." vom 15. October (A.-A.) entnehmen wir nachfolgenden Artikel Horst Kohl's. Diese Publication ist gewissermaßen ein Vorspiel des unten folgenden Artikels vom 24. October.

Deutschland und Rußland. (H. K.) Das russisch-französische Einvernehmen, das in den letzten Tagen durch die glänzenden Feste von Cherbourg, Paris und Chalons seine officielle Bestätigung erfahren hat, läßt sich in seinen Anfängen auf das Mißbehagen des Fürsten Gortschakow über die selbständige Rolle zurückführen, die das Deutsche Reich in der europäischen Politik zu spielen sich gestattete. Für die Bestrebung des deutschen Reichskanzlers, durch Herstellung eines Dreikaiserbundes Europa den Frieden zu sichern, hatte Fürst Gortschakow kein Verständniß; er sah mit Neid auf seinen „diplomatischen Lehrling". Das Jahr 1875 brachte den ersten Beweis dafür, daß das Rußland Gortschakow's sich von der Basis freundschaftlichen Einverständnisses, auf dem das Dreikaiserbündniß beruhte, innerlich entfernt hatte und den Anschluß an Frankreich suchte. Gortschakow gab sich — obwohl ihm die friedlichen Tendenzen der maßgebenden Persönlichkeiten Deutschlands aus bester Quelle bekannt waren — dazu her, jene Comödie zu insceniren, die neulich an der Hand eines Briefes des Fürsten Bismarck an Kaiser Wilhelm I. näher beleuchtet worden ist. Die unfreundliche und unehrliche Rolle, die Gortschakow bei dieser Gelegenheit gespielt hat, hätte einen

[1]) Vergl. Band VI, Seite 205 ff.

empfindlichen Staatsmann wohl verstimmen können; aber Fürst Bismarck hat es jederzeit verstanden, persönliche Stimmungen den politischen Interessen unterzuordnen, und da für ihn das wichtigste politische Interesse die Erhaltung des Friedens, dieses Ziel aber nur durch sorgsame Pflege der Beziehungen Deutschlands zu Rußland und Oesterreich, wie dieser Staaten unter einander zu erreichen war, so fuhr er — des ungetrübten Vertrauens der drei Kaiser sicher — fort, in allen Divergenzen, die zwischen Oesterreich und Rußland aus dem Zusammenstoßen ihrer beiderseitigen Interessen auf der Balkanhalbinsel entsprangen, das Amt des „ehrlichen Maklers" zu verwalten. Schwieriger noch war die Aufgabe, die ihm nach Beendigung des russisch-türkischen Krieges zufiel, als es galt, die mannigfach sich kreuzenden Interessen Rußlands, Oesterreichs und Englands auszugleichen und bald hier, bald dort zu Nachgiebigkeit und Mäßigung zu mahnen. Fürst Bismarck hat sich auf dem Berliner Congreß, wie er selbst einmal gesagt hat, als den „vierten russischen Bevollmächtigten" betrachtet und alle russischen Wünsche, soweit es ohne Verletzung deutscher Interessen möglich war, nach Kräften unterstützt, die meisten auch durchgesetzt. Dank hat er dafür nicht geerntet. Graf Schuwalow, der mit voller Ueberzeugung Bismarck's russenfreundliche Haltung anerkannte, fiel durch Intriguen in Ungnade, gegen Bismarck aber eröffnete die russische Presse eine Campagne, in der eine künstliche und berechnete Gereiztheit gegen Deutschland und den Leiter der deutschen Politik an den Tag trat.

Zu einer französisch-russischen Intimität ist es in den Tagen des alten Courses nicht gekommen, es blieb der Aera Caprivi vorbehalten, die Keime von 1875 zu kräftiger Entwicklung zu bringen.

Ein historisches Document mag bezeugen, wie Fürst Bismarck im vollen Einverständniß mit Kaiser Wilhelm I. Rußland auch in schwierigen Situationen Treue hielt. Die russischen Truppen waren nach anfänglichen Erfolgen am 30. und 31. Juli 1877 bei Plewna zurückgeschlagen worden und hatten sich nach dem Schipkapasse zurückgezogen. England bereitete, gestützt auf die Klagen der Türkei über angebliche Grausamkeiten russischer Truppen, eine gemeinsame Action der Mächte vor, in deren Auftrag der deutsche Kaiser im Interesse der Humanität beim Zaren vorstellig werden sollte. Daß sie nicht zu Stande kam, hatte Rußland dem Kaiser Wilhelm zu danken, der das englische Ansinnen mit dem Hinweis auf die strenge Neutralität ablehnte, die seine Regierung sich zur Pflicht gemacht habe. Kaiser Wilhelm, in dem die Erinnerung an die russisch-preußische Waffengemeinschaft von 1813 immer lebendig blieb, nahm an dem Mißgeschick der tapfern russischen Truppen persönlich den wärmsten Antheil und schrieb in diesem Sinne am 6. August von Gastein aus seinem Kanzler.

Das eigenhändige Antwortschreiben Bismarck's lautet!

Varzin, 11. August 1877.

Eurer Majestät danke ich ehrfurchtsvoll für das huldreiche Schreiben aus Gastein vom 6. und empfinde mit Allerhöchstdemselben ein peinliches Bedauern über die unvorsichtige Zersplitterung der russischen Heere und die dadurch verursachten Unfälle. Nicht daß ich politisch eine für Deutschlands Frieden gefährliche Wendung deshalb befürchtete, im Gegentheil haben diese unvermutheten Siege der Türken die Möglichkeit einer weiteren Verbreitung des Krieges durch Einmischung Englands oder Beunruhigung Oesterreichs in die Ferne gerückt. Aber es ist unmöglich, ohne bewegte Theilnahme das Unglück dieser tapfern und befreundeten Truppen zu lesen und ohne Erbitterung von den schändlichen Greuelthaten der Türken gegen Verwundete und Wehrlose Kenntniß zu nehmen. Bei solchen Barbareien ist es schwer, die diplomatische Ruhe zu bewahren, und ich denke, daß unter allen christlichen Mächten das Gefühl der Entrüstung allgemein sein muß. Vielleicht würde es den Intentionen Eurer Majestät entsprechen, wenn das Auswärtige Amt eine Mittheilung in diesem Sinne an die übrigen Cabinette richtete und dieselben zu gemeinsamen Vorstellungen bei der Pforte aufforderte. Für die Russen liegt in diesen Erscheinungen ein Zeugniß, daß sie wirklich die Vorkämpfer christlicher Civilisation gegen heidnische Barbarei in diesem Kriege sind.

Ich freue mich, aus Eurer Majestät Schreiben die Bestätigung meiner Ueberzeugung zu entnehmen, daß Deutschland die Hand zu irgend welcher Demüthigung Rußlands nicht bieten darf, und daß Eure Majestät dem Kaiser Alexander „Farbe halten" wollen, d. h. die neutralité bienveillante durchführen und bei den jetzt, wie zu vermuthen, ferner gerückten Friedensverhandlungen billige Wünsche Rußlands diplomatisch unterstützen; auch solche, die nicht in allgemein christlichen, sondern in berechtigten russischen Wünschen ihren Grund haben. Solche Wünsche geltend zu machen, wird Rußland allerdings nur als Sieger in der Lage sein, und der Sieg wird ihnen vielleicht noch länger den Rücken drehen, wenn sie, wie die letzten Berichte über eine angeblich dritte Schlacht bei Plewna bekunden würden, falls sie richtig sind —, wenn sie fortfahren, starke feindliche Stellungen schnell und mit unzureichenden Kräften nehmen zu wollen. Nutzlose Aufopferung braver Soldaten ist das einzige Resultat. Eure Majestät besorgten, daß die Türken den Kampf vor dem Eintreffen der russischen Verstärkungen erneuern würden, nach den Zeitungen scheint es aber, daß den Russen die Geduld fehlt, bessere Gestaltungen abzuwarten.

Für Eurer Majestät Politik scheint wenigstens eine Frucht schon gereift zu sein, die der richtigen Würdigung der deutschen Freundschaft in der öffentlichen Meinung Rußlands. Die vorjährigen Bestrebungen des Fürsten Gortschakow und anderer antideutscher Politiker, eine uns feindliche Fühlung zunächst mit Oesterreich, und dann nach Belieben mit Frankreich zu finden, Deutschland aber in der Meinung des russischen Volkes und Heeres zu discreditiren, sind definitiv mißlungen; wir sind mit England in gutem Vernehmen geblieben, und die früher deutsch-feindlichen Moskauer wollen eine Adresse an Eure Majestät richten; die Freundschaft Oesterreichs haben Eure Majestät in Ischl gestärkt, und die bisher unermüdlichen Verleumder der deutschen Politik finden mit ihren Fabeln über Kriegsgelüste keinen Anklang mehr. Der Dreikaiserbund wird unter Eurer Majestät Führung mit Gottes Hülfe auch ferner im Stande sein, dem Kaiser Alexander freie Bahn und dem übrigen Europa den Frieden zu erhalten.

Ich werde mich glücklich schätzen, wenn ich Eurer Majestät in dieser glorreichen Aufgabe wieder mit vollen Kräften dienen kann. Noch bin ich leider nicht so weit, wenn auch die unmittelbaren Krankheitserscheinungen seit Kissingen zurückgetreten sind, so ist doch meine allgemeine Schwäche jetzt fast größer als vor meiner Abreise nach Kissingen. Jede geistige Arbeit erregt meine Nerven so, daß der Schlaf mich flieht. Wollte ich mich ganz enthalten, so würde ich mit einigen meiner Collegen auf dem Gebiete innerer Gesetzgebung in unheilbaren Zwiespalt gerathen. Gesetzentwürfe, die ich der Industrie schädlich oder unpraktisch halte, entstehen in meiner Abwesenheit, und der Kampf dagegen macht mir viel eigne Arbeit, noch mehr das Verlangen, in unseren Zoll- und Steuergesetzen und im Eisenbahnwesen die Reformen anzubahnen, die ich nothwendig glaube, für die ich aber keinen Beistand finde. Ich bin eben unter Eurer Majestät Ministern, allenfalls mit Friedenthal, der einzige, der vermöge seines Besitzes zugleich zu den „Regierten" gehört und mit diesen empfindet, wo und wie die Schuhe drücken, die uns vom grünen Tische der Gesetzgebung her angemessen werden. Die Minister, ihre Räthe, die Mehrzahl der Abgeordneten sind gelehrte Leute, ohne Besitz, ohne Gewerbe, unbetheiligt an Industrie und Handel, außerhalb des praktischen Lebens stehend; ihre Gesetzentwürfe, überwiegend Juristenarbeit, stiften oft Unheil, und die Abgeordneten aus dem praktischen Leben sind einmal, den Gelehrten gegenüber, in Landtag und Reichstag die Minderheit, und dann treiben sie leider mehr Politik, als daß sie ihre materiellen Interessen vertreten sollten. So kommt es denn, daß ein Gesetzentwurf, der die letzteren schädigt, wenn er einmal von den

Ministern eingebracht ist, durch die Mehrheit der Gelehrten und Beamten in den Parlamenten leicht durchgebracht, meist noch verschlechtert wird. Verzeihen Eure Majestät diese Darlegung der Verhältnisse, welche mich hier zur Arbeit nöthigen, während die Gesundheit Ruhe verlangt. Die auswärtigen Geschäfte sind nicht die aufreibenden.

Ich soll nach Gastein gehen, vermag aber immer noch nicht den Entschluß zur Reise zu fassen, wegen Schwäche und Menschenscheu. Meine Frau, welche Tölz in Bayern gebrauchen soll, dankt ehrfurchtsvoll für Eurer Majestät huldreiche Grüße und wünscht Eurer Majestät fernerer Gnade unterthänigst empfohlen zu sein. v. Bismarck.

* * *

Unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck und Rußland" brachten die „Hamb. Nachr." vom 24. October (M.-A.) einen Artikel, der in der deutschen und außerdeutschen Presse so große Erregung verursacht hat, wie kaum einer zuvor. Denn die nüchterne, durch Thatsachen gestützte Darlegung, wie „Kronstadt mit der Marseillaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarenthume und der französischen Republik" entstand, war die denkbar vernichtendste Kritik der kurzsichtigen auswärtigen Politik des Dioskurenpaares Caprivi-Marschall. Der Artikel lautet:

Fürst Bismarck und Rußland. Die „Voss. Ztg." erinnert daran, daß Fürst Gortschakow im Jahre 1882 vom Amte zurückgetreten und im Jahre 1883 gestorben, Fürst Bismarck dann aber noch sieben Jahre Reichskanzler geblieben sei; wäre die Persönlichkeit des Fürsten Gortschakow das einzige Hinderniß des deutsch-russischen Einvernehmens gewesen, so hätte es wohl überwunden werden können.

Das einzige Hinderniß ist Fürst Gortschakow allerdings nicht gewesen. Trotz seiner vornehmen Stellung war er doch nicht mächtig genug, um an der Entfremdung Rußlands gegen Deutschland mit Erfolg zu arbeiten, wenn ihm nicht andere Einflüsse und Ereignisse zu Hülfe gekommen wären. Die russische Kriegspolitik hatte nicht die Erfolge gehabt, die man von ihr erwartete; vielleicht deshalb, weil sie ihre Bestrebungen nicht innerhalb der Grenzen gehalten hatte, die ursprünglich beabsichtigt waren, außerdem aber auch, weil sie militairisch vor Heranziehung des Generals Totleben nicht so sachkundig geleitet war, um Erfolg zu sichern. Wenn man der russischen Politik weitere Ziele zuschrieb, so war sie nicht entschlossen genug, um rechtzeitig mit den schwachen Kräften, die blieben, einen Vorstoß auf Konstantinopel zu machen. Diese Versäumniß war, wenn man überhaupt ein großes Geschäft machen wollte, sechs Wochen später nicht mehr nachzuholen. Es waren also militairische und politische Fehler begangen, und die Verantwortlichkeit für diese Fehler

wollte man nicht in der Staatsleitung tragen, sondern suchte sie dem gutmüthigen deutschen Freunde zuzuschieben. An hohen, vielleicht höchsten Stellen wurde damals gesagt: „Die Unterstützung Deutschlands ist zu platonisch, zu wenig praktisch." Nun, über die platonische, d. h. über die wohlwollende Neutralität hinauszugehen, hätte die deutsche Reichsleitung wieder vor ihrer eigenen Nation nicht verantworten können. Aber Thatsache bleibt immer, daß außer der Thätigkeit Gortschakow's die verantwortlichen russischen Leiter das übereinstimmende Bedürfniß hatten, für die vorgekommenen Irrthümer einen anderen Schuldigen zu suchen, un bouc émissaire, und dazu schien der „platonische" Deutsche geeignet, den man in die Wüste außerhalb der alten Grenzen der russischen Liebe hinausstieß. Insofern hat die „Voss. Zeitung" Recht, daß Gortschakow allein nicht stark genug gewesen wäre, das schwer wiegende russische Reich aus seiner deutschen Freundschaft in die Stellung hinüber zu schieben, welche die russische Presse nach dem Berliner Congreß einnahm.

Aber der Artikel der „Voss. Ztg." führt seine irrthümliche Auffassung auch für die Zeit nach dem Abschiede und dem Tode Gortschakows durch, indem er behauptet, daß dessen Nachfolger sowohl, wie die Zaren, denen diese Nachfolger dienten, seine Politik fortgesetzt hätten. Das ist absolut unwahr. Schon in Skierniewice, also sehr bald nach dem Thronwechsel und dem Ausscheiden Gortschakows, war das gute Einvernehmen der deutschen und der russischen Politik hergestellt und blieb in dieser Verfassung bis 1890. Bis zu diesem Termine waren beide Reiche im vollen Einverständniß darüber, daß wenn eins von ihnen angegriffen würde, das andere wohlwollend neutral bleiben solle, also wenn beispielsweise Deutschland von Frankreich angefallen wäre, so war die wohlwollende Neutralität Rußlands zu gewärtigen, und die Deutschlands, wenn Rußland unprovocirt angegriffen würde. Dieses Einverständnis ist nach dem Ausscheiden Bismarck's nicht erneuert worden, und wenn wir über die Vorgänge in Berlin richtig unterrichtet sind, so war es nicht etwa Rußland, in Verstimmung über den Kanzlerwechsel, sondern Graf Caprivi war es, der die Fortsetzung dieser gegenseitigen Assecuranz ablehnte, während Rußland dazu bereit war. Wenn man dazu die gleichzeitige polonisirende Aera, die durch die Namen Stablewski und Koscielski gekennzeichnet ist, politisch in Anschlag bringt, so wird man nicht zweifelhaft sein können, daß die russische Regierung sich fragen mußte: Welche Ziele kann dieser preußische Polonismus haben, der mit den Traditionen Kaiser Wilhelm's I. so flagrant im Widerspruch steht?

Wir lassen andere gleichzeitige Symptome antirussischer Strömungen

in der politischen Richtung der Wilhelmstraße hier unerwähnt; die Situation war schon durch die Caprivische Haltung in der europäischen und in der polnischen Politik für Rußland eine solche, daß diese Macht, so groß sie ist, sich doch über die Zukunft Gedanken machen mußte. Rußland hat im Krimkriege die Situation erlebt, daß alle übrigen Großmächte, Frankreich, England, Italien, ihm gegenüber im Felde standen, daß Oesterreich das Gleiche androhte, wenn Rußland nicht bestimmte Concessionen machte, und daß Preußen, die letzte der russenfreundlichen Großmächte, nur mit großer Anstrengung davon abgehalten wurde, die Coalition aller europäischen Mächte gegen Rußland zu vervollständigen. Wir wollen nicht sagen, daß die Wiederholung dieser Complication in der Wahrscheinlichkeit liegt, aber wir finden es doch nur erklärlich, wenn auch ein so mächtiger und unangreifbarer Staat wie das russische Reich sich sagt: „Einen sicheren Bundesgenossen müssen wir uns in Europa zu halten suchen. Wir hatten früher auf den Dreikaiserbund gerechnet, dann wenigstens auf das Hohenzollern'sche Haus in seinen gesteigerten Machtverhältnissen; wenn wir aber von dort her, anstatt eine zuverlässige Stütze in schwierigen Lagen zu finden, eine Behandlung der polnischen Fragen erleben, die nur russenfeindlich gemeint sein kann, dann müssen wir doch sehen, daß wir eine anderweitige Anlehnung finden, die sonst bisher keine entscheidende Anziehungskraft für uns hatte."

So entstand Kronstadt mit der Marseillaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarenthume und der französischen Republik, unserer Ansicht nach ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivi'schen Politik herbeigeführt. Dieselbe hat Rußland genöthigt, die Assecuranz, die ein vorsichtiger Politiker in den großmächtlichen Beziehungen Europas gern nimmt, in Frankreich zu suchen.

* * *

In derselben Nummer der „Hamb. Nachr." findet sich folgende Notiz über den Gesundheitszustand des Fürsten:

Das Befinden des Fürsten Bismarck ist nicht nur den Umständen nach, sondern überhaupt sehr gut. So äußerte sich dem „Rhein. Courier" zufolge Geheimrath Professor Dr. Schweninger gegenüber dem Medicinalrath Dr. Jacobs in Wiesbaden, den er zugleich autorisirte, die Nachricht bekannt zu geben. Es freut uns, diese Mittheilung bestätigen zu können.

* * *

In der A.-A. desselben Tages sagen die „Hamb. Nachr.":

Die „Voss. Ztg." sagt von dem zurücktretenden Director der Colonialabtheilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Kayser, bei den nahen Be-

ziehungen, in denen er zu dem Hause des ersten Reichskanzlers gestanden hätte, habe er unter dem „neuen Cours" bei den leitenden Personen allmählich manches Vorurtheil zu überwinden gehabt. Wir glauben, daß er solche Vorurtheile doch schon früher, vor der Entlassung des Fürsten Bismarck, überwunden hat, da er durch seine Betheiligung am Secretariate des Staatsraths, die auf hohe Veranlassung, aber ohne Wissen und Mitwirkung des ihm vorgesetzten Reichskanzlers erfolgte, an den Bestrebungen betheiligt war, die schließlich mit dem Abschiede des Fürsten Bismarck endigten.

* * *

Auf ein Huldigungstelegramm aus Leipzig von der am 19. October begangenen Erinnerungsfeier an die Völkerschlacht dankte Fürst Bismarck am Tage darauf in folgendem Telegramm an den Oberbürgermeister Dr. Georgi:

Für die gestrige Begrüßung sage ich verbindlichsten Dank und freue mich über den nationalen Sinn, den meine Leipziger Mitbürger auch bei Anlaß dieser Gedenkfeier bethätigen.

v. Bismarck.

* * *

Am 1. April 1895 war dem Fürsten Bismarck von der Stadt Altona das Ehrenbürgerrecht verliehen worden. Nachdem der Ehrenbürgerbrief fertig gestellt und dem Fürsten übersandt worden war, richtete dieser folgendes Dankschreiben an den Oberbürgermeister Dr. Giese in Altona:

Friedrichsruh, den 22. October 1896.

Ew. Hochwohlgeboren haben mir durch die Zustellung des Bürgerbriefes der Stadt eine besondere Freude gemacht, und ich bitte, den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes wiederholt entgegen zu nehmen, welche die hohen städtischen Behörden mir durch ihren Beschluß bewiesen haben.

Der größten Stadt Schleswig-Holsteins Bürger zu werden, bedeutet nach dem Laufe der vaterländischen Geschichte für mich eine der höchsten Auszeichnungen und eine für mich persönlich um so erfreulichere Anerkennung meiner amtlichen Thätigkeit, da ich an der Entwickelung Altonas nachbarliches und nationales Interesse nehme.

Die Ausstellung der Urkunde bietet ein glänzendes Zeugniß des Altonaer Kunstgewerbes, und ich bitte Ew. Hochwohlgeboren, meinen Herren Mitbürgern und vornehmlich auch den an der Herstellung betheiligten Künstlern meinen herzlichsten Dank aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

* * *

Der Chefredakteur Paul Fischer von der in Graudenz erscheinenden Zeitung „Der Gesellige" hatte dem Fürsten den ersten Jahrgang des von ihm zur Unterstützung des Deutschthums gegen das Polenthum ins Leben gerufenen Volkskalenders „Vater Freimuth" übersandt. Dafür dankte der Fürst am 26. October mit folgenden Zeilen:

Den neuen volksthümlichen Kalender werde ich mit Interesse weiter durchsehen und wünsche ihm in seiner patriotischen Tendenz weite Verbreitung. Ich bitte Sie, für die Sendung und ihre freundliche Zuschrift meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und erinnere mich gern Ihrer und des „Geselligen" Mitwirkung bei dem ehrenvollen Besuche, welchen Ihre Landsleute mir vor zwei Jahren in Varzin abgestattet haben.

v. Bismarck.

* * *

Am 27. October dankte Fürst Bismarck dem Bürgermeister Schickerdt in Leisnig für die Errichtung des dortigen Bismarck-Denkmals und schrieb:

Friedrichsruh, den 27. October 1896.

Ew. Hochwohlgeboren und meine Herren Mitbürger bitte ich, für die mir durch Errichtung des Denkmals erzeigte hohe Ehre meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Nach der übersandten Abbildung halte ich das plastische Werk für ähnlich.

v. Bismarck.

* * *

Am 27. October bringen die „Hamb. Nachr." folgende Mittheilung aus Friedrichsruh:

In den Blättern wird die Frage erörtert, ob nicht gegen den „Vorwärts" wegen seiner Invectiven gegen den Fürsten Bismarck eine Beleidigungsklage erhoben werden solle. Wie wir erfahren, hat der Fürst, als in diesem Sinne angefragt wurde, geantwortet: Nein, denn wenn er öffentlich sagen wolle, was er über die Hintermänner des „Vorwärts" denke, so würde er sich auch einer Injurienklage aussetzen.

* * *

Der „Reichs-Anzeiger" bringt bezüglich des Artikels der „Hamb. Nachr." vom 24. October „Fürst Bismarck und Rußland" am 27. October folgende Erklärung:

„Bei der öffentlichen Besprechung der jüngsten ‚Enthüllungen' der ‚Hamburger Nachrichten' über deutsch-russische Beziehungen bis zum Jahre 1890 ist vielfach der Wunsch hervorgetreten, die Regierung möge auch ihrerseits das Wort zur Sache ergreifen. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß dies nicht geschehen wird. Diplomatische Vorgänge der von den ‚Hamb.

Nachr.' erwähnten Art gehören ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen; sie gewissenhaft zu wahren, beruht auf einer internationalen Pflicht, deren Verletzung eine Schädigung wichtiger Staatsinteressen bedingen würde. Die kaiserliche Regierung muß daher auf jede Klarstellung verzichten, sie wird jenen Auslassungen gegenüber weder Falsches berichtigen, noch Unvollständiges ergänzen, in der Ueberzeugung, daß die Zuversicht in die Aufrichtigkeit und die Vertragstreue der deutschen Politik bei anderen Mächten zu fest begründet ist, als daß sie durch derartige ‚Enthüllungen' erschüttert werden könnte." [1])

Die Redaction der „Hamb Nachr." bemerkt dazu: „Wir dürften wohl noch Gelegenheit haben, auf diese Angelegenheit zurückzukommen."

* * *

Auf einen schon vielfach erörterten Punkt gehen die „Hamb. Nachr." am 24. October (A.-A.) wieder ein, diesmal unter besonderer Berücksichtigung der nationalliberalen Partei. Sie schreiben:

> Partei-Politik. In den Zeitungen beginnen die Vorarbeiten für die parlamentarische Wintercampagne und die Stellungnahme der einzelnen Parteien. Wenn dabei die Unmöglichkeit zur Sprache kommt, im Reichstage zu einer festen Mehrheit im Sinne des früheren Cartells zu gelangen, so erblicken wir das Hinderniß darin nicht einseitig in der Verschiedenheit der Interessen der Parteien und ihrer Concurrenz unter einander. Wie im preußischen Abgeordnetenhause, so ist auch im deutschen Reichstage die Bildung von Cartellmehrheiten ohne feste Stellungnahme der Regierung überhaupt nicht möglich. Aus eigenem Vermögen haben die einzelnen Fractionen den anderen gegenüber kein hinreichend starkes Rückgrat, um die ministerielle Politik ohne jeden erkennbaren Beistand der Regierung durchzuführen. Wenn die Regierung ihrerseits eine bestimmte Richtung annähme, so könnten die Parteien sich an diesem Schleifstein schärfen und stärken, nicht bloß in Anlehnung, sondern auch im Kampfe gegen die Regierung, in Vertretung der Rechte des Parlaments.

---

[1]) Das Verhalten des „Reichs-Anzeigers" ist ebenso unverständlich wie die Erregung der Presse überhaupt. Denn was der Artikel vom 24. October 1896 „enthüllt", das konnte man bei einiger Aufmerksamkeit schon in einem Artikel der „Hamb. Nachr." vom 24. Januar 1892 sehr verständlich angedeutet finden. Vgl. im vorliegenden Werke Band III, S. 59; es heißt dort: „Lag es früher in Deutschlands Hand, sich jederzeit mit Rußland zu verständigen und zwar, wie wir annehmen müssen, auf Grund bestimmter, jetzt nicht mehr vorhandener Abmachungen, die neben dem Vertrag mit Oesterreich bestanden, so ist in Folge der zwischen Deutschland und Rußland eingetretenen Entfremdung jetzt Oesterreich in die Möglichkeit versetzt, eventuell auf Deutschland Pression zu üben, indem es sich nach Petersburg wendet, was ebenfalls geschehen kann, ohne den Vertrag mit Deutschland zu brechen." D. H.

Letzteren Punkt empfehlen wir namentlich der nationalliberalen Partei zur Erwägung. Sie ist offenbar um ein Programm verlegen, und dasjenige, was ihr durch die jüngste Entwickelung zugeschoben wird, ist unbequem, namentlich für die leitenden Führer der Fraction. Es ist dasjenige der strengeren Wahrung des parlamentarischen Bodens der oppositionellen Berechtigung, also im Grunde dasselbe, dem die nationalliberale Partei ihren Ursprung und ihre Erfolge verdankt. Die politischen Größen bedürfen zu ihrem weiteren Leben der Elemente, aus denen sie entstehen, und wir glauben, daß, wenn es für die nationalliberale Partei einen Jungbrunnen giebt, so ist es der der strengen Verfassungsmäßigkeit, der Vertretung der parlamentarischen Rechte gegenüber der Regierung und ihrer Bureaukratie. Die Gefahr für die Fraction besteht darin, daß sie sich zu sehr mit der Bureaukratie identificirt. Von dieser läßt sich zwar, wenn man nicht gar zu genau den Punkt auf das i setzen will, sagen, daß sie auf nationalliberalem Boden gebildet und erwachsen ist, aber sie hat für die nationalliberale Richtung doch auch ihren Klebstoff und geräth bei dem sujet mixte beider Richtungen sehr leicht in die Lage einer unangenehmen Option zwischen persönlichem Interesse und politischer Ueberzeugung.

* * *

Professor Dr. Kaemmel in Leipzig erhielt vom Fürsten Bismarck folgenden freundlichen Brief:

Seiner Hochwohlgeboren Herrn Prof. Dr. Kaemmel, Director des Nicolai-Gymnasiums, Leipzig.

Friedrichsruh, den 24. October 1896.

Geehrter Herr Director!

Für die freundliche Zusendung des Werdegangs[1]) und des neuen Bandes der Weltgeschichte[2]) sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank und werde beide Werke mit dem Interesse einsehen, welches die Lectüre Ihrer früheren Schriften mir erweckt hat.

Bei flüchtiger Durchsicht des illustrirten Buches wiederholt sich mein früherer Eindruck, daß durch die bildliche und kartographische Darstellung der geschichtlichen Existenzen und Grenzen die historische Anschaulichkeit der Vergangenheit gesteigert wird und sich fester einprägt. Ich freue mich der Entwicklung dieser Art der Ausstattung und der ihr dienenden Forschung in Archiven und Museen. Dies trifft besonders

---

[1]) Der Werdegang des deutschen Volkes. Leipzig, Verlag von Fr. Wilh. Grunow, 2 Bände, 1896 und 1898.

[2]) Illustrirte Weltgeschichte. Leipzig, Verlag von Otto Spamer.

bei den Karten zu. Mir zeigten sich Zustände von anno 500 oder 1500 schärfer in der Illustration wie durchs Lesen, und die kartographische Anschauung ist in dieser Hinsicht besser und dauerhafter wie die mittelst Wort und Druckerschwärze. Ich höre mit Freude, daß in den Schulen auf die Lehrmittel der Anschauung jetzt mehr Gewicht gelegt wird.

In angenehmer Erinnerung an Ihren Besuch in Varzin[1]) bin ich der Ihrige

v. Bismarck.

* * *

Zur Verhütung von Legendenbildung bringen die „Hamb. Nachr." am 28. October (A.-A.) folgende Feststellung:

Die „Neue Freie Presse" hatte dieser Tage einen Bericht über eine Unterhaltung veröffentlicht, die einer ihrer Freunde mit einem deutschen Staatsmanne über die europäische Lage gehabt habe. Obwohl in dem Wiener Organe keinerlei nähere Angaben über die Urheberschaft gemacht waren, hat ein Theil der deutschen Presse, wohl in Folge des Umstandes, daß der Bericht aus Hamburg datirt war, „angenommen", daß der Staatsmann Fürst Bismarck gewesen sei. Das trifft indeß, wie wir auf Erkundigung erfahren haben, nicht zu. Fürst Bismarck hat den Inhalt des ihm zugeschriebenen Interviews vielmehr erst aus den Zeitungen kennen gelernt.

* * *

Zunächst mögen hier einige Aeußerungen der Presse über den Hamburger Artikel vom 24. October folgen:

Die „Neue Freie Presse" enthält nähere Mittheilungen über die Natur des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages (aber nicht in dem soeben erwähnten Interview!) wie er bis zum Jahre 1890 bestanden hat. Das Wiener Organ schreibt „auf Grund zuverlässiger Informationen":

> Das von dem Hamburger Blatte erwähnte Abkommen hat allerdings bestanden, und zwar nicht nur auf Grund mündlicher Vereinbarungen, sondern schriftlich, und ist von den Ministern im Namen der Monarchen vollzogen gewesen. Eine Mittheilung dieses Vertrages an die übrigen Mächte hat nicht stattgefunden. Der Inhalt des im Jahre 1884 auf sechs Jahre abgeschlossenen Vertrages ging zwar nicht so weit wie der des deutsch-österreichischen Bündnisses, das ein actives militairisches Eingreifen des einen Contrahenten fordert, sobald der andere von Rußland angegriffen wird; aber er enthielt doch die Verpflichtung zur „wohlwollenden Neutralität" für jede der betheiligten

---

[1]) November 1892; vergl. Band IV, S. 211ff. und S. 243ff.

beiden Mächte, sobald diese von einer dritten Macht, beispielsweise also Deutschland von Frankreich, oder Rußland von Oesterreich angegriffen würde. Der Vertrag war also in letzterer Beziehung die Umkehrung des deutsch-österreichischen insofern als, wenn Oesterreich seinerseits und auf seinem Gebiete von Rußland angegriffen worden wäre, Deutschland mit gegen Rußland hätte fechten müssen, während, wenn umgekehrt Oesterreich der provocirende und angreifende Theil gewesen wäre, Deutschland zur Aufrechterhaltung der vertragsmäßig übernommenen wohlwollenden Neutralität gegen Rußland verpflichtet gewesen wäre.

Es war dies der vielerwähnte zweite russische Strang auf dem deutschen Bogen. Er brachte Deutschland in die Lage, nach der österreichischen wie nach der russischen Seite hin Deckung in Gestalt einer Zwickmühle zu haben, die es beliebig und ganz nach seinem Bedürfnisse nach der einen oder anderen Seite hin auf- oder zuziehen konnte und die ihm außerdem vollständigst Sicherheit vor Frankreich gewährte.

Diese für Deutschland so außerordentlich günstige und ihm die europäische Suprematie sichernde Sachlage änderte sich im Jahre 1890. In diesem Jahre lief das 1884 geschlossene deutsch-russische Abkommen ab, sollte aber auf weitere sechs Jahre erneuert werden, und die Vorbereitungen dazu waren schon so weit gediehen, daß nur noch die Unterschriften vorzunehmen waren. Da trat die Kanzlerkrisis ein, und eines Tages erschien Graf Schuwalow beim Fürsten Bismarck und erklärte ihm, daß sein Herr, der Zar, Bedenken trage, das Geschäft abzuschließen, wenn in Deutschland ein anderer Staatsmann als Fürst Bismarck die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in die Hand bekäme. Dieser russische Zwischenfall entsprach genau der bekannten Aeußerung Alexander's III. bei seiner Berliner Anwesenheit im Jahre vorher, als er dem Fürsten Bismarck erklärte, er habe volles Vertrauen zu ihm, aber wer garantire, daß er Kanzler bleibe?

Als der Kanzlerwechsel dann vollzogen war, erklärte sich Rußland dennoch bereit, auch mit Caprivi abzuschließen, in dem offenbaren Bedürfnisse, daß selbst ein Staat wie Rußland eines sicheren europäischen Bundesgenossen nicht entbehren kann, und als solcher kam für die russische Defensive, also abgesehen vom deutsch-österreichischen Bündnisse, Preußen, beziehungsweise Deutschland nach allen Traditionen und nach politischen Vernunftgründen immer als nächster und sicherster in Betracht. Zu seinem Erstaunen erfuhr jedoch Graf Schuwalow mit seiner neuen Annäherung eine Zurückweisung von deutscher Seite mit der Begründung, daß Deutschland diese complicirte Politik nach zwei Seiten hin nicht fortsetzen, sondern sich einfach auf sein Dreibundsverhältniß beschränken werde.

Damit war die Erneuerung des bis dahin bestandenen deutsch-russischen Abkommens verworfen, und es lief im Sommer 1890 stillschweigend ab. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese deutsche Ablehnung, die durch die gleichzeitige Aufnahme eines England und den Polen freundlichen Courses in ihrer Zuspitzung gegen Rußland verschärft wurde, Rußland bewogen hat, den jetzt vorhandenen Anschluß an Frankreich zu suchen, um den deutschen Ausfall zu decken.

Wir glauben, so bemerken dazu die „Hamb. Nachr.“, daß diese Darstellung den Verhältnissen entspricht.

Der „Hann. Cour.“ bemerkt zu den Angaben der „Neuen Freien Presse“: „Wenn Deutschland heute ein ähnliches Abkommen mit Rußland träfe, wie es bis zum Rücktritte des Fürsten Bismarck bestanden hat, so würde es dadurch nicht im geringsten gegen den Geist der Dreibundverträge verstoßen, sondern sich für Zukunftsmöglichkeiten sichern, von denen der Dreibund als solcher gar nicht berührt wird. Die Enthüllungen der ‚Hamb. Nachr.‘, weit entfernt davon, die Politik des Fürsten Bismarck als ein unehrliches Doppelspiel erscheinen zu lassen, zeigen vielmehr, wie ja die ‚N. Fr. Pr.‘ selbst zugestanden hat, daß der geniale Staatsmann keine der gegebenen Möglichkeiten unbenutzt gelassen hat, um den Bestand des Deutschen Reiches und die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu sichern.“

Die „Berl. Neuest. Nachr.“ führen aus:

„Das deutsch-österreichische Bündniß hatte ausschließlich die Eventualität zum Gegenstande, daß Deutschland oder Oesterreich-Ungarn von Rußland oder einer andern Macht angegriffen würde; der rein defensive Charakter des Bündnisses wird im Vertrage wiederholt betont. Deutschland behielt demnach völlig freie Hand für den Fall eines österreichischen Angriffs auf Rußland, ebenso wie Oesterreich-Ungarn freie Hand behielt für den Fall eines deutschen Angriffs auf Frankreich. Als Fürst Bismarck entlassen war, äußerte Graf Kalnoky zu einem Vertrauten: ‚Für uns sehe ich darin kein Unglück; Fürst Bismarck hat uns im Orient die Hände gebunden, und einen Handelsvertrag hätten wir von ihm niemals erhalten.‘ Es geht auch daraus hervor, daß, wie Fürst Bismarck selbst dies mehrfach ausgesprochen hat, Oesterreich-Ungarn politische Bestrebungen hatte, für die eventuell gegen Rußland zu kämpfen nicht im Interesse des Deutschen Reiches liegen konnte. Jeder Staatsmann hat vor allen Dingen für die Interessen seines Landes zu sorgen, und wenn wir von Rußland die Zusage wohlwollender Neutralität im Falle eines französischen Angriffs zu erhalten vermochten, so gehörte ein ungewöhnliches Ungeschick dazu, diese werthvolle Sicherung leichtsinnig

aufzugeben. Andererseits, sobald Rußland bei Deutschland keine Rückendeckung gegen feindlichen Angriff fand, war es naturgemäß gezwungen, diese Deckung bei Frankreich zu suchen, das sie ihm auf dem Präsentirteller entgegentrug. Publicisten, die diese umsichtige Pflichterfüllung des Fürsten Bismarck für Deutschland mit ‚Doppelzüngigkeit' in Verbindung bringen können, sind kaum bis zu den Anfängen des politischen und diplomatischen Einmaleins gelangt."

Aehnlich feiern die „Leipziger Neuesten Nachrichten" die Staatskunst des ersten Kanzlers des Deutschen Reiches:

„Die Enthüllungen der ‚Hamb. Nachr.' über das Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland, wie es bis zum Rücktritt des Fürsten Bismarck bestand, gewährt einen Einblick in die unvergleichliche Staatskunst des eisernen Kanzlers. Er hatte mit Oesterreich-Ungarn ein Bündniß abgeschlossen, durch welches uns für den Fall, daß wir von Rußland angegriffen würden, der Beistand der ganzen österreichisch-ungarischen Kriegsmacht gesichert war, gleichzeitig aber besaßen wir die Zusicherung der russischen Neutralität für den Fall, daß wir von einer andern Seite angegriffen würden. Man muß sagen, die Staatskunst Bismarck's, die stets unablässig daran arbeitete, sein Werk, das Deutsche Reich, mit den denkbar stärksten Bürgschaften und diplomatischen Bollwerken zu umgeben, hat sich nie großartiger und überlegener gezeigt. Wenn der in Deutschland am meisten und in erster Linie zu besorgende Fall eines französischen Angriffskrieges eintrat, war für die vollständige Isolirung des Gegners meisterhaft vorgesorgt. Daß Frankreich von Oesterreich keine Hülfe erhielt, dafür war durch den zweiten Artikel des deutsch-österreichischen Bündnisses vorgesorgt. Daß es von Rußland nicht unterstützt wurde, das war durch den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag verbürgt. Brach Rußland sein Neutralitätsversprechen, so stand einer russisch-französischen Cooperation die gesammte Streitmacht Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gegenüber. Als das deutsch-österreichische Bündniß sich zum Dreibund erweiterte, war die Isolirung Frankreichs auch nach der italienischen Seite hin vollendet."

In derselben Richtung bewegt sich das Urtheil der Münchener „Allgem. Ztg."; wir lesen dort:

„Wie bekannt, sichern die Bestimmungen des Dreibunds dem Deutschen Reiche die Hülfe der gesammten österreichisch-ungarischen Monarchie, falls es von zwei Seiten angegriffen wird, und umgekehrt. Wenn es nun dem Fürsten Bismarck gelang, sich der wohlwollenden Neutralität Rußlands zu versichern für den Fall, daß Frankreich allein den Vorstoß gegen Deutschland wagen sollte, und dafür seinerseits Rußland dasselbe Zugeständniß machte, falls es

von irgend einer Macht angegriffen werden sollte, so hat er damit Vorsorge getroffen für politische Situationen und Constellationen, die den Dreibund als solchen gar nichts angingen und ihn schlechterdings nicht in Function treten ließen. Er hat vielmehr sein eigenes Werk nur ergänzt, und zwar in einer Weise, die ebenso wie der Dreibund selbst keinem anderen Interesse diente, als dem des Friedens. Es ist also schwer verständlich und jedenfalls ungerechtfertigt, wenn einzelne Wiener Blätter in die Bewunderung der Genialität des Fürsten Bismarck Ausdrücke einer im tiefsten verletzten Empfindlichkeit mischen und sich stellen, als wäre aller Grund vorhanden, die Zukunft des Dreibundes ernstlich für bedroht zu halten. Dazu ist denn doch, wie jeder Unbefangene einsehen muß, absolut kein Grund vorhanden."

Die „Magdeb. Ztg." sagt:

„Warum Graf Caprivi das russische Eisen aus dem Feuer gezogen und sich lediglich auf das Dreibundsverhältniß gestützt hat, darüber wird man Aufklärung wünschen müssen, und wir hoffen, daß der Reichstag in seiner bevorstehenden Session nicht zögern wird, sie zu verlangen."

Die „Braunschw. Landesztg." äußert sich wie folgt:

„Man sollte nicht glauben, mit welcher Oberflächlichkeit zuweilen selbst sogenannte ‚Weltblätter' über die wichtigsten politischen Verhältnisse urtheilen. ‚Bismarck war doppelzüngig, er hat im Trüben gefischt; während er sich mit Oesterreich verheirathete, hat er mit Rußland geflirtet', brüllt der Chorus der Wiener Blätter seit der Enthüllung der „Hamb. Nachr.', und die freisinnige deutsche Presse plappert diese Anschuldigung kritiklos nach. Es scheint, als ob man auf allen diesen Redactionen nicht richtig lesen könnte. Wie bereits auseinandergesetzt, hatte Deutschland durch den Dreibundvertrag Oesterreich seine militairische Hülfe zugesichert, falls dieses unprovocirt von Rußland angegriffen würde. Für den Fall, daß es selber Rußland angreifen wollte, war und ist Deutschland heute noch aller Verpflichtungen frei. Es konnte für diese Eventualität also recht gut Rußland eine wohlwollende Neutralität zusagen. Hat es dabei nicht in jeder Weise zu Gunsten des Friedens gewirkt? Es hat durch diese Verabredungen auf beiden Seiten alle Angriffsgelüste unterbunden, indem es sich stets auf die Seite des Angegriffenen zu stellen versprach. Als gewandter Diplomat hat Bismarck dann von beiden Staaten, zwischen denen er als ehrlicher Makler fungirte, sich Garantien für einen Angriffskrieg Frankreichs geben lassen. Oesterreich hat ihm für diesen Fall militairische Hülfe, Rußland wohlwollende Neutralität zugesagt. Wir meinen, daß man hier eins der glänzendsten Kunststücke Bismarck'scher Diplomatie vor sich hat, einen jener Schachzüge, durch welchen

Jedermann gedient wurde. Das ganze Gebrüll gegen Bismarck kennzeichnet sich also als das, was es ist: als eine Ausgeburt des Hasses gegen den Schöpfer des Deutschen Reiches, der so weit geht, daß seine Träger darüber sogar das Lesen verlernen."

Das „Dresdener Journal" drückt sich folgendermaßen aus:

„Deutschland hatte im Jahre 1879, in welchem es unerfüllbare Anforderungen, ja Drohungen des alten Freundes Rußland zur Wahl zwischen diesem und Oesterreich drängten, die Allianz mit letzterem vorgezogen und besiegelt. Da besserten sich nach Gortschakow's Tode seine Beziehungen zu dem Zarenreiche, es entstand eine neue Situation, welche nicht auszunützen ein Fehler Bismarck's gewesen sein würde. Der Vertrag mit Oesterreich verpflichtete es nicht zur Unterstützung Deutschlands, wenn dieses von Frankreich allein angegriffen wird, sondern nur zur wohlwollenden Neutralität. Warum sollte sich also Deutschland für diesen Fall — und nur dieser kam naturgemäß bei dem Einverständniß mit Rußland in Betracht — nicht der Neutralität Rußlands versichern? Das Bündniß mit Oesterreich war praktisch zunächst gegen Rußland abgeschlossen, von dem 1879 die größte Gefahr zu drohen schien. Nach 1883 aber hatten sich die Verhältnisse geändert. Rußland zeigte wieder eine freundlichere Haltung, und die stärkste Wetterwolke erschien im Westen des europäischen Horizonts, über Frankreich. Fürst Bismarck hielt somit zwei Eisen im Feuer, ohne dem Satz und Sinn des Bundes mit Oesterreich irgendwie untreu zu werden."

Die „Times" meinen, die Erklärung des „Reichs-Anzeigers" höre sich an, als ob wenig in den Enthüllungen der „Hamb. Nachr." zu berichtigen wäre. Oesterreich werde aber einen Trost finden in der Thatsache, daß Deutschland nicht länger seine natürlichen Vortheile über Oesterreich durch hinterrücks abgeschlossene Geheimverträge vermehren werde. Die Enthüllung werde die durch actuelle Umstände bestimmten, von der Auffassung der leitenden Kreise abhängenden Beziehungen der Staaten nicht beeinflussen; aber man dürfe gegen Gefahren nicht blind sein, da eine beträchtliche Menge nicht stabilirten Gebietsgleichgewichtes in Europa vorhanden sei. Jeder betone den Wunsch nach Frieden, und seine Erhaltung verlange die allgemeine thätigste Wachsamkeit.

Der „Standard" sagt, der „Reichs-Anzeiger" habe dem Fürsten Bismarck einen gerechten Tadel (!) ertheilt, Europa sehe in der Beständigkeit des Dreibundes noch immer die wichtigste Garantie des Friedens.

Zu der Erklärung des „Reichs-Anzeigers" gegen den Artikel bemerkt die „Berl. Börsen-Ztg.":

„Wir müssen gestehen, daß uns diese Erklärung nur halb befriedigen kann, da sie eben gar nichts erklärt. Die Berufung auf internationale Verpflichtungen ist wohl gar nicht ernst gemeint. Daß eine Regierung über ‚bestehende‘ geheime Verträge das Geheimniß zu wahren verpflichtet ist, ist selbstverständlich; anders liegt es aber doch wohl mit ‚gelösten‘ Verträgen, andernfalls hätten wir über die geheimen Geschäfte der letzten Decennien herzlich wenig erfahren. Ebenso nichtssagend erscheint uns der Nachsatz, daß durch die ‚Enthüllungen‘ die Zuversicht in die Aufrichtigkeit und Vertragstreue der deutschen Politik nicht erschüttert werden könnte. Diese Zuversicht ist eben, wie der ‚Reichs-Anzeiger‘ selbst sagt, zu fest begründet, und zwar durch den Fürsten Bismarck selbst, und die ‚Enthüllungen‘ können wahrlich nicht gegen ihn verwendet werden. So wenig erbaut man in Wien über das ‚Mißtrauen‘ ist, das sich in dem Neutralitätsvertrage mit Rußland ausspricht, der Vorwurf, daß der Vertrag mit dem Dreibundvertrage unvereinbar sei, ja nur collidire, ist nirgends erhoben worden. Der Dreibundvertrag ist rein defensiver Natur, der Neutralitätsvertrag mit Rußland war dies noch in erhöhtem Maaße und hätte Deutschland nie gehindert, Oesterreich-Ungarn mit aller Kraft zu stützen, falls es von Rußland angegriffen worden wäre. Der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn war ja in St. Petersburg bekannt, man wußte also dort sehr genau, wie weit man auf Deutschland rechnen konnte, und so war und konnte das russische Abkommen nichts anderes als eine neue sehr werthvolle Bürgschaft des Friedens sein, nicht nur für Deutschland, dem sie allerdings in erster Reihe zu Gute kam, sondern auch für seinen Verbündeten.“

Die „Berl. Neuest. Nachr.“ urtheilen über die Erklärung des „Reichsanzeigers“ wie folgt:

„Wir finden in den Schlußsätzen dieser sich selbst widersprechenden Erklärung ein durch die Sache selbst nicht bedingtes Pathos und glauben, daß die Erklärung zum Mindesten überflüssig war. Der Artikel der ‚Hamb. Nachr.‘ hat sicherlich nicht den Zweck und noch weniger die Wirkung haben können, ‚die Zuversicht in die Aufrichtigkeit und die Vertragstreue der deutschen Politik bei andern Mächten zu erschüttern‘. Wenn etwas ‚erschüttert‘ ist, so ist es höchstens das Vertrauen der Franzosen auf das Talmigold ihrer russischen Beziehungen. Deutschland wird dem Fürsten Bismarck nur Dank wissen, daß er es mit solchem Erfolge nach allen Richtungen und trotz aller Wandlung der Zeit zu decken gewußt hat.“

Die „Voss. Ztg.“ meint:

„Diese Erklärung wird kaum ausreichen, den Erörterungen über das Neutralitätsabkommen ein Ende zu machen. Denn, wäre an der ganzen

Mittheilung überhaupt nichts, so könnte auch nicht von einem Staatsgeheimniß die Rede sein; eine Versicherung wäre dann möglich und nothwendig gewesen, daß die Enthüllungen von Anfang bis zu Ende in das Gebiet der Erfindung gehören. Jetzt weiß man nicht, was an ihnen falsch, was unvollständig ist."

Besonderen Schneid und Nachdruck finden wir auch diesmal wieder bei den „Leipziger Neuesten Nachrichten". Sie sagen über die Erklärung im „Reichs-Anzeiger":

„Der scharfe Angriff, der zwar der Form nach gegen die ‚Hamb. Nachr.', in Wahrheit aber gegen den Fürsten Bismarck gerichtet ist, muß billig in Erstaunen setzen. Die Art, in der die Auslassung des officiellen Regierungsorgans von demokratischer Seite und von allen Jenen, die abseits von unserm nationalen Leben stehen, ausgenutzt werden wird, wird bald genug den Beweis dafür liefern, daß auch der neueste Cours sich nicht fern hält von den gröbsten Fehlern des Grafen Caprivi. Denn wir erblicken in den Auslassungen des ‚Reichs-Anzeigers' das würdige Gegenstück zu den bekannten Kundgebungen, die der zweite Kanzler am 7. Juli 1892[1]) der Oeffentlichkeit übergab.

„Der von den ‚Hamb. Nachr.' gebrachte, von uns ausführlich und mit freudiger Zustimmung begrüßte Artikel stellte fest, daß bis zum Jahre 1890 Rußland und Deutschland in durchaus freundlichem Verhältniß zu einander standen."

Folgt ein erneuter Abdruck des Artikels. Dann heißt es weiter:

„In sämmtlichen freisinnigen Blättern und in den verwandten Organen erhob sich über diese sogenannten ‚Enthüllungen' ein mächtiger Sturm. Es

---

[1]) Diese Kundgebungen lauteten:

Einige Zeitungen fahren fort, Aeußerungen zu bringen, welche durch den Umstand, daß sie auf den Fürsten Bismarck zurückgeführt werden, Interesse erregen, deren sachlicher Werth aber der Regierung keinen Anlaß giebt, sich mit ihnen zu beschäftigen. Nur folgende Aeußerung der „Hamb. Nachr." kann, weil sie geeignet ist, den ersten Beamten des Reiches zu verdächtigen, und weil sie jeder thatsächlichen Begründung entbehrt, nicht ohne Widerlegung bleiben. Dies Blatt sagt in Nr. 158 vom 6. Juli d. Js.:

„Es ist ein Irrthum, daß Fürst Bismarck die Vermuthung ausgesprochen habe, Windthorst habe die Kunde von der Candidatur Caprivi's aus dem Munde des Kaisers gehabt. Der Fürst hält eher das Umgekehrte für möglich und glaubt, daß Caprivi der Candidat des Centrums weit früher gewesen sei als der des Kaisers, da die antibismarck'schen Beziehungen des jetzigen Reichskanzlers zum Centrum bis in die Zeit der „Reichsglocke" zurückreichen und uns nichts darüber bekannt ist, daß ihre Fortsetzung später unterbrochen worden ist."

Der Reichskanzler General der Infanterie Graf von Caprivi hat bis zu dem Augenblick, in welchem Se. Majestät der Kaiser ihn zum Reichskanzler ernannte, nie nach einer politischen Wirksamkeit gestrebt und nie Beziehungen — auch nicht antibismarck'sche — zu irgend einer politischen Partei gehabt und gesucht.

wurde von der Zweideutigkeit der Politik des Fürsten Bismarck und davon gesprochen, daß durch ihn ein gefährliches Staatsgeheimniß verletzt und die Freundschaft Oesterreichs und Italiens leichtsinnig aufs Spiel gesetzt worden sei. Aus Wien und Rom ließ man sich Zeitungsstimmen übermitteln, durch die diese Auffassung bestätigt wurde. In dieselbe Kerbe haut nun der ‚Reichs-Anzeiger‘.

„Wir sind der Ansicht, daß die ‚Hamb. Nachr.‘ durch die von ihnen gebrachten Mittheilungen dem Reiche einen gewaltigen Dienst erwiesen haben. Das charakteristische Zeichen unserer Zeit ist das tiefe Mißtrauen Rußlands gegen Deutschland. Es ist hervorgerufen und genährt worden durch die Unstätigkeit der deutschen Politik, deren Träger Graf Caprivi war; dieses Mißtrauen hat Rußland in die Arme Frankreichs getrieben, es war der Anlaß für die Feinde Deutschlands, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den Dreibund zu lockern und zu zerstören. Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß auch jetzt wieder in Berlin diejenige Richtung im Vordergrund steht, die zum Anschluß an England drängt, um so ein Gegengewicht gegen die gefürchtete Uebermacht des Zweibundes zu schaffen. Daß Fürst Bismarck eine Erneuerung des verhängnisvollen Fehlers befürchtet, der seit 1890 die deutsche Politik beherrschte, ist zweifellos. Hier dürfte das Motiv zu suchen sein, daß die Veröffentlichung gerade jetzt erfolgt.

„Es ist aber auch mehr als zweifelhaft, ob in den Mittheilungen in der That ein Staatsgeheimniß enthüllt ist. Das wäre nur dann der Fall, wenn eine Abmachung vorgelegen hätte, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Dreibundes stand. Dies trifft aber keineswegs zu. Dieses Bündniß hatte eine Defensivtendenz, es war gerichtet gegen einen Angriffskrieg. Wenn Oesterreich durch Rußland angegriffen wurde, so sollte Deutschland mit zu Felde ziehen und umgekehrt. Ein Anderes war es, wenn Oesterreich seinerseits zum Angriff überging. Dann sollte Deutschland keine Verpflichtung haben. So hatte Fürst Bismarck dem Zaren gegenüber sich zu wohlwollender Neutralität verpflichtet, falls derselbe angegriffen würde, von wem es auch sei, nicht aber, wenn er selbst Oesterreich angriffe. Dafür sicherte der Zar Deutschland die Rückendeckung im Osten zu im Falle eines französischen Angriffs. Dies ist der Kern der ganzen Sache! Und darum ist nicht nur kein Rütteln am Dreibund, keine latente Untreue vorhanden gewesen, sondern Fürst Bismarck hat durch diese kluge und weitsichtige Politik Deutschland und dem europäischen Frieden einen unschätzbaren Dienst erwiesen.

„Indem aber Fürst Bismarck jetzt, wo diese Dinge der Vergangenheit angehören, wo ja Oesterreich selbst mit Rußland ein Sonderabkommen in der Orientfrage traf, sie der Vergessenheit entzieht, schlägt er nur den Weg ein, dem unsere Politiker folgen müssen. Er zeigt ihnen, wie sie Freunde Rußlands sein können, ohne den Ballast der österreichischen Orientsorgen auf

sich zu nehmen, ohne in die Wirren im Osten mit hineingezogen zu werden, aus denen sie nur als Leidtragende hervorgehen können. Es ist kein Staatsgeheimniß, um das es sich handelt, sondern es ist ein offenes und kluges Ziel, so klug, wie man es heute vielleicht noch in Rom und Wien kennt, wie man es aber in Deutschland in unseren Tagen verloren zu haben scheint. Und was das Vertrauen zu Deutschland betrifft, so zweifeln wir sehr stark, ob es jemals größer war und heute größer ist, als in den Tagen des Fürsten Bismarck.

„Fürst Bismarck war treu, aber er pflegte stets *sicher* zu gehen. Heute ist man auch treu, aber man kennt nicht die feinen Nüancen der politischen Möglichkeiten. Fürst Bismarck kannte die Menschen, er kannte die Fürsten und Staatsmänner, und so grub er einen *doppelten* Wall und schuf hierzu die Möglichkeit in dem Wortlaute des Dreibundvertrages.“

Dann noch einmal Tags darauf:

„Der ‚Reichs-Anzeiger‘ im Bunde mit dem — ‚Vorwärts‘ und mit beiden im trautesten Verein das gesinnungsloseste Blatt der Welt, die ‚Köln. Ztg.‘! Das ist ein Bild, daß man hellauf lachen möchte. Wäre die Sache nicht dennoch verzweifelt ernst. *Fürst Bismarck ein Landesverräther*, ein Mann, der Landesgeheimnisse preisgiebt *zum Schaden des von ihm geschaffenen Reiches*! Fürst Bismarck ein Schwätzer, dem die ‚vornehme Zurückhaltung des ritterlichen Caprivi‘ von der kölnischen Wetterfahne vorgeknarrt wird, von jenem Blatte, das aus dem Auswärtigen Amte seine Verhaltungsmaßregeln empfängt! Fürst Bismarck ein Verbrecher am Vaterlande, der hinter Schloß und Riegel gehört! Taucht empor, ihr Bilder der jüngst verflossenen Jahre, tönt wieder, ihr Klänge von Kissingen und Jena, erschalle von Neuem, du kräftiges Wort des Berlichingers, das auf dem Marktplatz der weimarischen Musenstadt erklang! Töne wieder, du freundliches Wort: ‚Da lach' ick öwer.‘

„Was ist denn geschehen? Die ‚Hamb. Nachr.‘ haben, die tendenziöse Geschichtsklitterei freisinniger Blätter bekämpfend, die ‚Enthüllung‘ gebracht, daß bis zur Entlassung Bismarck's unser Verhältniß zu Rußland freundschaftlich war, daß sogar eine Vereinbarung bestand, die uns im Falle eines Angriffes durch Frankreich die wohlwollende Neutralität des mächtigen Nachbarn im Osten sicherte, die aber zugleich den Russen, wenn man sie angriff, unsere thatkräftigen Sympathien verhieß. Wer die Politik nicht als ‚ungemein einfach‘ ansieht, dem muß diese Combination als ein Meisterwerk erscheinen. Erst sie stellte die volle Sicherheit des Friedens her, erst sie mußte jeden aggressiven Gedanken im Keime ersticken. Rußland konnte Oesterreich nicht angreifen, denn dann erhob sich Deutschland und Italien; aber wenn Oesterreich Rußland angriff, dann war dem Zaren auch unsere wohlwollende Neu-

tralität gesichert. Frankreich wiederum konnte gegen Deutschland nicht aggressiv vorgehen, dann stand es isoliert. Nicht nur für Deutschland, dem doch die Sorge eines deutschen Staatsmannes allein gelten konnte, war so ein doppelter Wall geschaffen, sondern auch dem Frieden bot sich eine dreimal umfriedete sichere Burg, in diese glänzende Combination fuhren die ungeschickten Finger des Grafen Caprivi, und Alles war zerstört. Auf den Trümmern erhob sich der Zweibund, und in jäher Hast stürzten wir von dem Gipfel einer europäischen Vormacht herab, dorthin, wo wir heute stehen. ‚An Deutschlands Stelle steht Rußland!'"

* * *

Die „Berl. Neuest. Nachrichten" schreiben am 29. October in Sachen des deutsch-russischen Neutralitäts-Vertrages:

Die gesammte Presse des In- und Auslandes beschäftigt sich mit der von Wien aus wesentlich erweiterten „Enthüllung" der „Hamb. Nachr." und der gestrigen Erklärung des „Reichs-Anzeigers". Wir halten diese Erklärung für nicht unbedenklich, weil sie in ihrer Fassung den Anschein erwecken muß, als ob die deutsche Regierung doch viel zu verschweigen hätte. Selbstverständlich nicht den beiden Mitverbündeten gegenüber. Die italienische Regierung hatte von dem deutsch-russischen Abkommen Kenntniß, die österreichische jedenfalls auch. Um so richtiger würde es unseres Erachtens gewesen sein, wenn die deutsche Regierung, den Thatbestand einfach zugegeben und öffentlich mitgetheilt hätte. Deutschland könnte dabei nur gewinnen. Es handelt sich um eine einfache und ehrliche Sache, die das Tageslicht durchaus nicht zu scheuen braucht und Verstimmung nur bei muthmaßlichen Friedensstörern hervorrufen kann.

Es ist nicht verständlich, welche „Staatsinteressen", wie der „Reichs-Anzeiger" meint, geschädigt sein sollen. Aus der Thatsache, daß Deutschland von 1884 bis 1890 durch russische Rückendeckung gegen einen französischen Angriff gesichert war und aus der weiteren Thatsache, daß Fürst Bismarck nicht nur in dieser Zeit die Zusammenkunft in Skierniewice zu Stande brachte, für die die beiden Souveraine von Oesterreich-Ungarn und Rußland ihm persönlich den wärmsten Dank bezeigten, sondern auch wiederholt vermittelnd und Verstimmungen beseitigend zwischen den beiden Nachbarmächten eingriff, geht zur Genüge hervor, wie sehr die damalige Leitung unserer Politik bestrebt war, Gegensätze der Interessen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zu vermitteln und auszugleichen und so dem Frieden in Europa gesicherte Grundlagen zu geben. Nur auf so festen Fundamenten, wie der Bündnißvertrag von 1879 einerseits, das deutsch-russische Abkommen andererseits sie

bildeten, war für Deutschland diese so erfolgreiche Friedensaction möglich, die es von 1871 bis 1890 unausgesetzt betrieben und die dem Fürsten Bismarck das unerschütterte Vertrauen der Kaiser Franz Joseph und Alexander bewahrt hat.

Die gesammten Faseleien in der Presse über Politik mit doppeltem Boden und dergleichen zeugen nur von der Hohlheit der Köpfe oder dem Haß gegen den ersten Kanzler, dem bis in sein hohes Alter der Vorzug geblieben ist, mit dem Deutschen Reiche, dem Hohenzollernschen Königshause, dem monarchischen Staatsgedanken und der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung gemeinsame Feinde zu haben.

Eine rühmliche Ausnahme machen die uns vorliegenden sächsischen, Dresdener und Leipziger Blätter, die die Situation richtig erfassen und im Gegensatz zu dem vielen Unsinn, dem wir namentlich in der Berliner freisinnigen Presse begegnen, wie ja allerdings Sachsen sich in vieler Beziehung durch ein ungleich reiferes politisches Verständniß auszeichnet.

Die unglücklichste Rolle spielt die „Kölnische Zeitung", die sich über die augenblicklich günstigste Windrichtung noch nicht klar zu sein scheint. Sie erzählt im Widerspruch zu den geschichtlich feststehenden Thatsachen, daß Alexander III. „von einem zwar unbegründeten, aber tiefen Mißtrauen gegen Bismarck erfüllt war", während der verstorbene Monarch dem Fürsten Bismarck persönlich sein volles Vertrauen bezeugte und dies besonders durch die Frage bekräftigte: „Aber sind Sie sicher, daß Sie Minister bleiben werden?" Dem Fürsten Bismarck gegenüber auf die ritterlichen Gesinnungen des Grafen Caprivi zu verweisen, erscheint uns Angesichts der bekannten Erlasse von 1892 und mancher anderen Vorgänge ziemlich gewagt.

* * *

Am 31. October nehmen dann die „Hamb. Nachr." (M.-A.) selbst das Wort:

Die Erklärung im „Reichs-Anzeiger". Wir haben in unserer Mittwoch-Morgenausgabe die Erklärung mitgeteilt, welche der Reichs-Anzeiger" im nichtamtlichen Theile gegen den neulichen Artikel der „Hamburger Nachrichten" über die deutsch-russischen Beziehungen veröffentlicht hat. Wir beabsichtigen nicht, in eine Polemik mit der Redaction des „Reichs-Anzeigers" auch in ihren außeramtlichen Theile einzutreten, sind aber doch genöthigt, gegen einige Sätze ihres Artikels Verwahrung einzulegen.

Einmal geben wir nicht zu, daß diplomatische Vorgänge der in Rede stehenden Art zu den „strengsten Staatsgeheimnissen" gehören. Die besprochenen russisch-deutschen Verhandlungen gehören der Geschichte an und den Archiven; ihre Geheimhaltung war für uns wie für den Drei-

bund von Hause aus kein Bedürfniß, sie erfolgte lediglich auf russischen Wunsch, und die Situation, auf welcher dieser Wunsch damals beruhte, besteht heute nicht mehr. Im deutschen Interesse hätte unserer Ansicht nach die volle Veröffentlichung gelegen, da der ganzen Sache für uns nicht etwa ein Pudendum zu Grunde liegt, sondern ein berechtigter Anlaß für alle friedliebenden Angehörigen des Reiches wie des Dreibundes, mit Genugthuung auf den Vorgang zurückzublicken. Staatsmänner, die den Frieden überhaupt pflegen wollen, die sich die Schwere der Verantwortlichkeit stets vor Augen halten, welche die Schuld an einem Kriege der größten europäischen Mächte untereinander mit sich bringen würde, sind sich der Pflicht bewußt, jedes sich ihnen bietende Mittel zur Erhaltung des Friedens, welches mit den Interessen des eigenen Landes verträglich ist, auch anzuwenden und zu vertreten.

Die Behauptung, daß das 1890 abgelaufene deutsch-russische Abkommen mit der Treue gegen den Dreibund nicht verträglich wäre, ist vollständig aus der Luft gegriffen für Jeden, der es kennt und der die Dreibundverträge auch nur oberflächlich liest. Schon dieser Text wahrt der österreichisch-ungarischen Monarchie in Bezug auf etwaige neue deutsch-französische Verwickelungen die Freiheit, sogar bei einem Angriffe Frankreichs auf Deutschland neutral zu bleiben, und Niemandem ist es eingefallen, deshalb von einer Duplicität der österreichischen Stellung im Dreibunde zu sprechen. Auch wenn, wie man theoretisch bei aller praktischen Unwahrscheinlichkeit sich zurecht legen kann, Rußland unprovocirt angegriffen würde, so wäre aus dem Dreibundsvertrage eine Verpflichtung zur österreichischen Beteiligung an dem deutschen Eroberungskriege gegen Rußland nicht herzuleiten. Der ganze Dreibund in corpore könnte, wenn Rußland dazu bereit wäre, mit letzterem ganz dasselbe Abkommen treffen, was bis 1890 zwischen Rußland und Deutschland bestanden hat; er würde deshalb auf seinen Hauptzweck, die gemeinsame Vertheidigung gegen russische Angriffe nicht zu verzichten brauchen, und es würde gewiß allen Freunden des Friedens in Europa eine erhebliche Beruhigung gewähren, wenn die drei verbündeten Regierungen der russischen gemeinsam ihre Neutralität für den Fall eines unprovocirten Angriffs auf Rußland zusagten. Wenn bei der russischen Regierung Neigung dazu vorauszusetzen wäre, so würde es sich unserer Ansicht nach empfehlen, noch heute denselben Vertrag zu erneuern, dessen Fortsetzung im Jahre 1890 von uns abgelehnt wurde und dessen jetziges Bekanntwerden in so hohem Maaße die sittliche Entrüstung aller derjenigen Parteien in der Presse erregt, welche vor 1890 dem Reiche unfreundlich und kämpfend gegenüberstanden, nach 1890 aber sich für die Stützen desselben ausgaben.

Wir finden bei dieser Sachlage die Behauptung, daß „Staatsgeheimnisse“ zum Nachtheile des Deutschen Reiches preisgegeben worden wären, unbegründet und werden in dem leider nicht mehr bestehenden russischen Vertrage stets einen Beweis der Einsicht und der Gewissenhaftigkeit der Regierung Kaiser Wilhelm's I. erblicken. Noch weniger können wir die Wendung des „Reichs-Anzeigers“ unbeanstandet lassen, in welcher er darauf „verzichtet“, „Falsches zu berichtigen“ oder „Unvollständiges zu ergänzen“. Letzteres würde der „Reichs-Anzeiger“ nur können, wenn er den Text des so heftig angefochtenen deutsch-russischen Vertrages vollständig veröffentlichte; Falsches aber ist in unseren Anführungen überhaupt nicht enthalten gewesen, und die Andeutung, als ob es wäre, würde uns wohl eine Berechtigung geben, im nichtamtlichen Theile des „Reichs-Anzeigers“ eine Berichtigung im Sinne des § 11 des Preßgesetzes zu verlangen.

* * *

In Oesterreich-Ungarn that man nach dem Bekanntwerden des Hamburger Artikels zuerst sehr überrascht. Wie weit das berechtigt war, zeigt folgende Aeußerung des „Pester Lloyd“:

„.. Wenn man heute glauben sollte, Fürst Bismarck hätte auch die stille Absicht gehabt, Oesterreich-Ungarn gelegentlich ‚einzutunken‘, so war doch diese Gefahr nicht sehr groß. Denn wir sind fest überzeugt davon, daß Graf Kalnocky, auch ohne daß ihn Fürst Bismarck ins Vertrauen gezogen, um den Bestand dieses Neutralitätsvertrages gewußt und daß er die jeweiligen Dispositionen des Fürsten Bismarck gegenüber Oesterreich-Ungarn nicht nach dessen Worten und Versicherungen, sondern nur nach der logischen Consequenz untrüglicher Erscheinungen und Thatsachen beurtheilt und danach gehandelt hat.“

Dazu bemerken die „Berl. Neuest. Nachr.:

„Bei den nahen Beziehungen, in denen der Leiter des ‚Pester Lloyd‘ zum Grafen Kalnocky jederzeit stand, hat die Versicherung, daß Graf Kalnocky den deutsch-russischen Vertrag kannte, jedenfalls den Werth, darzuthun, daß die ganze ‚Ueberraschung‘, in die die Wiener und Pester Publicistik sich und ihr Publicum seit vier Tagen hineinredet, eine bestellte ist. Es ist umso bedauerlicher, daß der ‚Reichs-Anzeiger‘ diesem künstlich angefachten Entrüstungsrummel zum Opfer gefallen ist und Versicherungen gegeben hat, die zu selbstverständlich waren, um nicht unter der Würde des Deutschen Reiches zu sein. Wenn unsere Regierung es wirklich für nöthig hielt, dem Schaumspritzen der Wiener Sensationspublizistik gegenüber etwas zu sagen, so mußte sie die Loyalität unbedingter Vertragstreue nicht nur für sich, sondern auch für denjenigen ihrer Vorgänger in Anspruch

nehmen, der das deutsch-österreichische Bündniß erst geschaffen und seine unbedingte Nothwendigkeit noch bei verschiedenen Anlässen der letzten Jahre wiederholt betont hat."

* *
*

Ueber die Wirkung der Hamburger Veröffentlichung auf die Franzosen wird der „Rh.-Westf. Ztg." von beachtenswerther Seite geschrieben:

„Nicht unsere Bundesgenossen sind durch diese Enthüllung überrascht und unangenehm betroffen worden, sondern einzig und allein die — Franzosen, auf die das Ganze von seinem Urheber wohl auch lediglich gemünzt war. Diese sehen nämlich zu ihrem heimlichen Entsetzen, wie furchtbar gleichgiltig sie den Machthabern an der Newa thatsächlich sind, und wie wenig geneigt diese wären, um der Franzosen willen mit Deutschland anzubinden. Die Franzosen sind schwer enttäuscht und haben ein Recht, sich über Rußland zu beklagen, den Russen das größte Mißtrauen entgegenzubringen. Das scheint uns auch der Zweck der Enthüllung zu sein. Es soll den Franzosen einmal gezeigt werden, daß sie erst würdig befunden seien, dem Zaren Freundschaftsdienste zu leisten, nachdem Deutschland dafür nicht mehr zu haben war. Es soll ihnen ferner klar gemacht werden, daß das Reich, welches sie für so gewaltig stark gehalten haben, bis zum Jahre 1890 seine Rückendeckung gegen Angriffe Dritter bei Deutschland gesucht und gefunden hat. Was Deutschland dann verschmäht, das hat man an der Newa den Franzosen dann herablassend gewährt, nämlich dem Coloß mit den thönernen Füßen eine gewisse Rückendeckung zu bieten. Nur die Franzosen haben ein Recht, sich durch die neueste Enthüllung mißtrauisch und unangenehm berührt zu fühlen, und man begreift vollkommen, daß die Pariser Blätter darüber am lautesten schreien; eines derselben findet dabei ein Wort, daß unsern Bismarckfeinden zu denken geben sollte. Der ‚Soleil' dankt Gott, daß Frankreich sich nicht mehr diesem fürchterlichen Gegner, nämlich dem Fürsten Bismarck, gegenüber befindet. Frankreich hat alle Ursache, dafür dankbar zu sein."

* *
*

Am 31. October sagen die „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Wir sind von einer derartigen Blumenlese von Zeitungsausbrüchen über die Thatsache, daß bis 1890 unser Frieden gesichert gewesen ist, umgeben, daß wir unmöglich auf alle einzelnen Artikel reagiren können, und wir wundern uns auch nicht, bei vielen derselben das Gefühl zu haben, derselben Macht gegenüber zu stehen, gegen welche nach der Aeußerung des sterbenden Talbot auch die Götter vergebens kämpfen. Aber warum Fürst Bismarck ein Bestreben gehabt haben soll, den von ihm allein geschaffenen Dreibund zu zerstören, dafür haben wir wirklich kein Verständniß. Es ist ja nicht neu und kam schon wieder-

holt vor, als der Fürst im Amte war, daß er gegen die Auslegung kämpfen mußte, als ob der Dreibund eine Erwerbsgenossenschaft sei, deren Mitglieder sich verpflichtet hätten, auch einer jeden aggressiven Feindseligkeit der Bundesgenossen Heeresfolge zu leisten. Der Dreibund ist aber eine defensive Friedensgarantie und als solche von der deutschen Politik früher unbedingt aufgefaßt worden; seiner Aufgabe, Europa den Frieden zu erhalten, wie er sie seit nun bald siebzehn Jahren mit Erfolg gelöst hat, wird er noch immer gewachsen sein, auch wenn alle drei Mitglieder einzeln oder solidarisch sich auf ähnliche Rückversicherungen gegen Aggressivkriege einlassen wie diejenige, welche für Deutschland leider seit sechs Jahren abgelaufen ist und deren Existenz der Regierung Kaiser Wilhelm's I., unter der sie entstanden ist, jetzt so heftig zum Vorwurfe gemacht wird.

* * *

Ausführlicher bespricht das Hamburger Blatt den Eindruck, den seine Veröffentlichung hervorgerufen hat, am 1. November (M.-A.):

Zum russischen Vertrage. Wunderlich erscheint uns die Aufregung, in welcher sich die clericalen und die liberalen Blätter bis zur „Nat.-Ztg." über eine Veröffentlichung befinden, von der wir nur bedauern, daß sie nicht früher erfolgt ist und daß sie nicht, nachdem sie erfolgte, im nationalen Interesse mit allgemeiner Genugthuung aufgenommen ist. Wir können das Uebermaß der liberalen und clericalen Entrüstung uns aus der Sache selbst nicht erklären. Letztere ist in sich vernünftig, berechtigt und nützlich; außerdem sind wir, solange wir die Gesetze nicht verletzen, Niemandem für den Gebrauch verantwortlich, den wir von unserer verfassungsmäßigen Freiheit, unsere Ansicht durch Wort und Schrift auszusprechen, gemacht haben.

Die wohlwollendsten Kritiker beschränken sich darauf, unsere factischen Angaben für unwahrscheinlich zu halten, wie das ja auch der bekannte Artikel im „Reichs-Anzeiger" thut, indem er darauf „verzichtet, Falsches zu widerlegen". Um die Glaubwürdigkeit unserer Angaben zu erschüttern, oder doch die Ehrlichkeit des ersten Reichskanzlers anzufechten, wird das — vom diplomatischen Standpunkt aus betrachtet — doch vollständig banausische Argument ins Gefecht geführt, daß die Haltung der deutschen Regierung im Parlament und in den Reden des damaligen Kanzlers eine Unmöglichkeit gewesen sei, wenn sie „in ihrem Schubfach", wie ein Blatt sagt, eine Sicherheit gegen russische Angriffe im Falle eines französischen Krieges besessen hätte. Daß diese Sicherheit auf sechs Jahre vorhanden war, erscheint uns als ein glänzender Erfolg der deutschen Staatskunst, den man loben, aber nicht schmähen sollte; aber über die

Dauer hinaus, auf welche man Verträge der Art zu schließen pflegt, auf unbestimmte Zeit eine solche Sicherheit zu erlangen, lag außerhalb der obwaltenden Möglichkeiten. Wenn der vorhandene Vertrag 1890 nicht die beiderseitige Bereitwilligkeit zur Fortsetzung fand, so trat doch immer wieder das si vis pacem, para bellum in sein Recht, und sowohl die Erhaltung des Friedens als eventuell auch die Erneuerung des Vertrages hatte umsomehr Aussicht auf Erfolg, je stärker das Deutsche Reich in etwaige Kriege eintreten konnte. Große Armee-einrichtungen lassen sich aber nicht plötzlich improvisiren, wenn das Bedürfniß dafür eintritt, und der Reichskanzler hat 1888 nur seine Pflicht gethan, wenn er beim Reichstage die militärischen Bürgschaften für die Erhaltung des Friedens nachsuchte, auf die man sich verlassen mußte, wenn die Verträge versagten.

Daß die Fühlung mit Rußland durch den Abschluß des Dreibundes, wie die „National-Zeitung" sagt, allen Werth verloren hat, können wir nicht zugeben, und wir glauben auch nicht, daß diese Auffassung von unsern beiden Bundesgenossen im Dreibunde unbedingt getheilt wird. Denselben war die Rückversicherung mit Rußland nicht unbekannt und schwerlich unerwünscht; im Gegentheil, man hat mit Befriedigung gesehen, daß Deutschland die Beziehungen, die es mit Petersburg unterhielt, jeder Zeit benutzte, um Verstimmungen zwischen beiden benachbarten Kaiserreichen zu verhüten, resp. beizulegen. Unsere Bundesgenossen werden zwar das Vertrauen gehabt haben, daß der Dreibund einen Krieg nach zwei Seiten hin werde bestehen können, aber im Interesse des Friedens wird es ihnen doch lieber sein, wenn ein Krieg, der von allen continentalen Mächten die ungeheuerlichsten Opfer an Blut, Geld und Vermögen fordern würde, überhaupt vermieden werden kann. Dächten die betheiligten Regierungen anders, so würden sie schon unter Kaiser Wilhelm I. die russischen Beziehungen Deutschlands zum Gegenstande von Besprechungen gemacht haben. Es ist dies niemals der Fall gewesen, obschon ihnen die Pflege der politischen Beziehungen zu Rußland, wie sie von Berlin aus trotz aller Rüstungen und Börsenmaßregeln niemals unterblieben ist, und selbst die jetzt verschrieenen Abkommen nicht fremd waren. Wir glauben, die aufgeregten Blätter in der Presse zerbrechen sich ohne Noth den Kopf der zum Dreibunde verbündeten Regierungen.

Wir sind zu der ganzen Besprechung dieser Verhältnisse, außer anderen Zwecken, über die wir Niemandem Auskunft schuldig sind, äußerlich durch die fortgesetzte Geschichtsfälschung veranlaßt worden, die von der clerical-liberalen Presse nicht ohne Beihülfe der officiösen in der Richtung betrieben wird, die Regierung Kaiser Wilhelm's I. und seines Kanzlers

unehrlicher Weise für alle Uebel verantwortlich zu machen, über die jetzt nach verschiedenen Seiten hin geklagt wird, namentlich aber für den Abbruch der früheren günstigen Beziehungen zu Rußland, der die europäische Stellung des Deutschen Reiches sicher nicht bessert. Wir haben deshalb die uns mitgetheilte Thatsache an die Oeffentlichkeit gebracht, daß dieser Abbruch erst unter der Regierung des zweiten Kanzlers und durch die unzweideutige Zurückweisung des russischen Ansuchens um Fortsetzung des bisherigen Verhältnisses herbeigeführt wurde. Gegen diesen actenmäßigen Beweis, daß der Bruch des russischen „Drahtes" unter Caprivi stattfand, kann die unehrliche Verleumdung der deutschen Politik unter Kaiser Wilhelm I. nicht Stich halten. Wir hätten es richtiger gefunden, wenn von amtlicher Seite, ebenso wie früher bei Gelegenheit der Fälschung der „Emser Depesche", eine actenmäßige Klarstellung der Wahrheit stattgefunden hätte, und möchten dieselbe noch heute empfehlen.

Wir glauben, daß Verleumdungen der Politik Kaiser Wilhelm's I. und seines Kanzlers überhaupt nicht zu den Aufgaben der Nachfolger des letzteren gehören, und wenn die Wirksamkeit des ersten Kaisers und des ersten Kanzlers als ein integrirender Bestandtheil der preußisch-deutschen Entwickelung seitens der officiösen Presse — wenn die amtliche dazu den Entschluß nicht finden konnte — jemals eine Vertheidigung gegen socialdemokratische, clericale und fortschrittliche ungerechte Angriffe gefunden hätte, so würden wir unsererseits gern unterlassen haben, uns mit der Vertretung der Ehrlichkeit und der Gerechtigkeit gegen diese Verleumdung zu belasten. Wir glauben, daß auch der frühere Reichskanzler nicht für nöthig gehalten haben würde, sich Deputationen und Publicisten gegenüber politisch auszusprechen, wenn sich in der officiösen oder amtlichen Presse der letzten sechs Jahre irgend eine Notiz finden ließe, welche eine wohlwollende Erinnerung an die Zeit Kaiser Wilhelm's I. zum Ausdruck gebracht hätte, und daß er dem gegenüber alle übelwollenden Insinuationen ruhig in den Kauf genommen haben würde. Es giebt gewiß eine erhebliche Anzahl achtbarer Blätter, die gleich uns der Vergangenheit gerecht werden, aber officiöse und inspirirte sind nicht darunter; in denen dauert der Caprivismus auch nach Ausscheiden seines Begründers ungeschwächt fort. Sobald Fürst Bismarck und die ihm befreundeten Blätter dagegen reagiren, heißt es immer: „Ja, Bauer, das ist ganz was anders; ihr habt keine Preßfreiheit, die haben nur wir!" und dem Fürsten wird seine staatsbürgerliche Berechtigung zur freien Meinungsäußerung, selbst so weit er defensiv davon Gebrauch macht, bestritten. Als ob sie dadurch verloren gegangen wäre, daß ihr Inhaber ein Menschenalter hindurch sachkundig an der Staatsmaschine mitgearbeitet hat!

* *
*

Den Schluß dieses Artikels hat der „Hamb. Corresp." unpassend gefunden. Die „Hamb. Nachr." sagen dazu am 2. November (A.-A.):

Der „Hamburger Correspondent" vom 31. v. M. bespricht den Leitartikel in unserer Morgennummer von demselben Tage und schließt seine Betrachtungen mit der Bemerkung, daß dieser Artikel mit einem Witze endige, für den die Sache doch zu ernst sei. Wir theilen die Ansicht des „Hamburger Correspondenten" hierin nicht; uns macht im Gegentheil die unmotivirte Erregtheit aller Gegner in der Presse einen erheiternden Eindruck.

Wir glauben übrigens nicht, daß der „Reichs-Anzeiger" gleich seinem Hamburger Collegen eine berechtigte Berufung auf das Preßgesetz als einen Witz auffaßt; uns liegt es fern, mit dem amtlichen Organe oder mit Gesetz Scherz zu treiben.

* * *

Gegen den oben citirten Artikel der „Hamb. Nachr." vom 31. October veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger" am 2. November weiter folgende Erklärung:

Die „Hamburger Nachrichten" führen in einem Artikel, betitelt „Die Erklärung im Reichs-Anzeiger" Folgendes aus:

„Einmal geben wir nicht zu, daß diplomatische Vorgänge der in Rede stehenden Art zu den ‚strengsten Staatsgeheimnissen' gehören. Die besprochenen russisch-deutschen Verhandlungen gehören der Geschichte an und den Archiven; ihre Geheimhaltung war für uns wie für den Dreibund von Hause aus kein Bedürfniß, sie erfolgte lediglich auf russischem Wunsch, und die Situation, auf welcher dieser Wunsch damals beruhte, besteht heute nicht mehr. Im deutschen Interesse hätte unserer Ansicht nach die volle Veröffentlichung gelegen, da der ganzen Sache nicht etwa für uns ein Pudendum zu Grunde liegt, sondern ein berechtigter Anlaß für alle friedliebenden Angehörigen des Reichs wie des Dreibundes, mit Genugthuung auf den Vorgang zurückzublicken."

„Wir sind ermächtigt, darauf Folgendes zu erwidern: Die Frage, von welchem Zeitpunkt an geheime diplomatische Vorgänge den Charakter von Staatsgeheimnissen verlieren, kann ausschließlich von leitenden Staatsmännern auf Grund ihrer Verantwortlichkeit und ihrer besonderen Kenntniß der politischen Lage entschieden werden. Jede Abweichung von diesem Grundsatz würde die auswärtige Politik Ueberraschungen und Erschütterungen aussetzen und damit das Staatsinteresse gefährden. Hat Deutschland bedingungslos die Zusage ertheilt, sowohl die Thatsache wie den Inhalt des vor 1890 mit Rußland geführten Verhandlungen geheim zu halten, so dauert diese Ver-

pflichtung für Alle, die darum wissen, auch heute noch unverändert fort. Damit entfällt auch die Möglichkeit, auf den sachlichen Inhalt jener Verhandlungen einzugehen."

* * *

An demselben Tage enthalten die „Stettiner Neuesten Nachrichten" folgenden bemerkenswerthen Artikel:

Aus denkbar bestinformirter Quelle geht mir soeben die Nachricht zu, daß die königliche italienische Regierung schon lange Kenntniß gehabt habe von dem Abschluß des russisch-deutschen Neutralitäts-Vertrages. In italienischen Regierungskreisen habe auch Niemand daran Anstoß genommen, da man im Quirinal es für durchaus vernünftig gehalten, daß Fürst Bismarck auf diese Weise Rußland durch einen Separatvertrag für die Friedenspolitik des Dreibundes gewonnen hätte. Der Zar Alexander III. habe sich nämlich früher stets geweigert, an dem Dreibunde teilzunehmen, wegen seiner bekannten Aversion gegen Oesterreich. Wollte Bismarck Rußland nun trotzdem für die Ziele der Dreibundmächte gewinnen, so gab es keinen anderen Weg, als denjenigen eines Separatvertrages mit Rußland! Gerade durch diesen genialen Schachzug habe Fürst Bismarck seine Ueberlegenheit in der auswärtigen Politik glänzend bewiesen. „Eine Verletzung der vertraglichen Bestimmungen des Dreibundes hierdurch kann Niemand erblicken, der den Wortlaut der Verträge kennt."

Mein Gewährsmann behauptete ferner, nur englischen Einflüssen, die auch an Fürst Bismarck's Sturz gearbeitet hatten, könne man es zuschreiben, daß Graf Caprivi den von Fürst Bismarck abgeschlossenen Separat-Vertrag mit Rußland seiner Zeit abgelehnt habe, zu erneuern. Die England-Schwärmerei des Grafen Caprivi und seiner politischen Hintermänner wäre hinreichend bekannt gewesen, um es zu erklären, weshalb Graf Caprivi englischen Einflüssen so zugänglich gewesen. Die Afrika-Politik der Caprivi-schen Zeit zu Gunsten Englands, welche Deutschland den Verlust von Sansibar, Uganda und Witu — und die Erwerbung von Helgoland — eingebracht hätte, gäbe dafür hinreichende Beweise.

England war durch die Bismarck'sche Politik vor 1890 genau so isolirt, wie es heute ist. Um von dem Isolirschemel herunterzukommen, mußte England unbedingt die „entente cordiale" zwischen Rußland und Deutschland verhindern! Das sei England auch damals gelungen! — Auf meine Bemerkung, daß neuerdings behauptet würde, Rußland habe schon vor der Entlassung des Fürsten Bismarck Anschluß an Frankreich gesucht, antwortete mein Gewährsmann: „Das ist falsch! Der Zar Nikolaus II. hat in Paris letzthin ja selbst offen erklärt: „1890, das waren die Keime der heutigen Freundschaft!" Mithin könne Niemand den Fürsten Bismarck,

wohl aber seinen Nachfolger verantwortlich machen für den jetzigen Stand der Dinge!"

Auf meine weitere Frage, warum Fürst Bismarck gerade jetzt durch die „Hamburger Nachrichten" die erwähnten Enthüllungen veranlaßt habe, erhielt ich folgende Antwot: „England habe durch den enormen Mißerfolg seiner Politik in der armenischen Angelegenheit sein politisches Prestige vollkommen verloren. Will England seine alte Position zurückerobern, so muß es vor Allem aus der Isolirung herauskommen. Deutschland hat sowohl in Sachen des japanisch-chinesischen Friedensschlusses, als in der Behandlung der orientalischen Angelegenheiten sich rückhaltslos Rußland und Frankreich angeschlossen und dadurch geholfen, England völlig zu isoliren. Das ist das unstreitige Verdienst des Fürsten Hohenlohe! Nun befürchtet man in der Downing Street zu London gegenwärtig nichts mehr, als daß Deutschland sich Rußland und Frankreich auch in Sachen Aegyptens anschließen könnte! Muß England aber auf den Druck der übrigen Mächte Aegypten räumen — so ist seine Weltmachtstellung unwiderruflich dahin! Das weiß man in England, und daher sind neuerdings starke Kräfte thätig, Deutschland wieder an die Seite Englands zu ziehen. Fürst Bismarck hat von diesen Anstrengungen — Deutschland als Vorspann für den arg verfahrenen Wagen der englischen Politik zu benutzen — augenscheinlich Kenntniß gehabt. Das zu verhindern war der Zweck der Bismarck'schen Enthüllungen. Der große Schöpfer des Deutschen Reiches hat nicht nur das Recht, sondern auch die unabweisbare Pflicht seiner Nation gegenüber, zu inhibiren, daß Deutschland durch einen erneuten Anschluß an England sich mit Rußland vollkommen entzweit. Der Zusammenstoß Rußlands und Englands in Ostasien und Indien bereitet sich langsam, aber sicher vor. Steht Deutschland auf Seite Rußlands, so sichert es sich auf Jahrzehnte den Frieden, nähert Deutschland sich aber wieder England, so steht die Gefahr eines großen Krieges für Deutschland in Aussicht! Der Kaiser von Rußland ist heute ganz allein im Stande, Frankreich zu calmiren und den Frieden zu sichern — und daher bedarf Deutschland, schon um des Friedens willen, des russischen Vertrauens."

* * *

Eine weitere Erklärung bringt der „Reichs-Anzeiger" am 4. November, diesmal gegen die in Berlin erscheinende ‚Bank- und Handelszeitung'. Sie lautet:

„Aus dem Artikel eines hiesigen Blattes über den „Zweck der Enthüllungen" sind nachstehende Behauptungen in verschiedene Zeitungen übergegangen:

‚Zar Nikolaus II. hatte die Absicht, während seines Aufenthaltes in Deutschland dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch abzustatten. Der junge Zar hegt für den deutschen Staatsmann das Gefühl aufrichtiger Verehrung und Zuneigung. Das Vorhaben seines Besuchs war kein Geheimniß. Der Besuch ist unterblieben auf eine Anregung hin, die nicht von niedriger Stelle kam. Wenn der Zar auf die Erfüllung seines Vorhabens und Wunsches verzichtete, so konnte es nur geschehen sein, weil ihm von höchster Regierungsstelle der Verzicht nahegelegt wurde. Wie wir zuverlässig erfahren, ist das auch der Fall gewesen.‘

„Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß weder an allerhöchster Stelle noch in amtlichen Kreisen von einer Absicht des russischen Kaisers, den Fürsten Bismarck zu besuchen, etwas bekannt geworden ist. Die vorstehenden Angaben über die Gründe, warum der Besuch unterblieben sei, beruhen daher auf Erfindung.“

* * *

In der „Neuen Züricher Ztg.“ macht der Berliner Correspondent dieses Blattes gegenüber der „Entrüstung“, die der Hamburger Artikel über das deutsch-russische Neutralitäts-Abkommen in der officiösen Presse erregt hat, folgende Bemerkung:

„Nicht das Staatsgeheimniß jenes Abkommens, sondern das offenkundige Geheimniß einer weniger geschickten deutschen Politik unmittelbar nach dem Sturze Bismarck's ist ‚verrathen‘ worden, sofern darüber überhaupt noch etwas zu verrathen war.“

* * *

Folgendes Telegramm aus Hamburg vom 31. October 1896 ist an den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh eingetroffen:

Hurrah! Du kühner Fechter!
Wie jeder Hieb da sitzt,
Wenn sich die Officiöse
Darüber auch erhitzt.
Schlag sie nur auf die Köpfe,
Du Fechter deutscher Art,
Schirm uns mit diesem Schilde,
Du deutscher Ekkehard.

* * *

Den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wird am 5. November von ihrem gut unterrichteten Berliner Vertreter gemeldet:

Es dürfte auffallen, daß verschiedene Blätter, so die „Frankf. Ztg.“, allerlei Mittheilungen über gewisse, den Fürsten Bismarck betreffende

Einzelheiten bringen; so findet man die triumphirende Angabe, daß Dr. Hofmann, der Redacteur der „Hamb. Nachr.", dann und dann erschienen und so und so lange geblieben sei. Auch wurde der Inhalt eines privaten, an einen Berliner Freund gerichteten Telegramms des Dr. Chrysander, von dem weder der Absender noch der Empfänger Anderen gegenüber den geringsten Gebrauch gemacht hat (es handelte sich um den Ursprung des Interviews der „N. Fr. Pr.") noch am selben Abend in einem Hamburger Blatte veröffentlicht. Solche Dinge werden erklärlich, wenn man erwägt, daß es in Friedrichsruh von Zeitungsvertretern wimmelt, die das Geschäft der Spionage mit Ausdauer betreiben.

* * *

Ueber eine nationalliberale Kundgebung für den Fürsten Bismarck wird aus Baden berichtet:

Am 6. November hielt in Karlsruhe der nationalliberale Verein seine erste Winterversammlung in diesem Jahre ab. Auf der Tagesordnung stand die Berichterstattung über den Berliner Delegirtentag. Nach alter Erfahrung glaubte man sich von diesem Thema eines bloßen Referates keiner besonders starken Anziehungskraft versehen zu dürfen. Aber die gegnerischen Blätter, ultramontane und demokratische wie üblich in edlem Vereine, hatten dafür gesorgt, daß es anders ausfiel. Höhnisch fragten sie, als die Versammlung ausgeschrieben war, ob man es wagen würde, auch dieses Mal ein Wort zu Gunsten des Fürsten Bismarck zu sprechen. Sie konnten ja in ihrem Sinne mit einem gewissen Behagen auf die beklagenswerthe Haltung der officiösen „Karlsruher Zeitung" hinweisen. So war man in nationalgesinnten Kreisen aufmerksam geworden, und der Besuch wurde ungewöhnlich zahlreich.

Die ganze Versammlung veranstaltete eine imposante Kundgebung für den Fürsten. Der Berichterstatter über den rein politischen Theil, Prof. Goldschmidt, nahm Veranlassung, im geeigneten Zusammenhange unter einmüthigem Beifall der Versammlung zu erklären: „Wir wenden uns mit Abscheu von der Preßfehde ab, die jetzt gegen Bismarck getrieben wird, nicht nur wie sie von unseren politischen Gegnern, sondern auch von Solchen ausgeht, die sich sonst zu unseren Freunden zählen. Wir wollen uns durch dieselbe nicht irre machen lassen, woher sie auch stamme, und nach wie vor im alten Vertrauen und unwandelbarer Treue zum Fürsten Bismarck stehen."

Aber auch der Vorsitzende des Vereins, der Führer der ganzen Partei, Landgerichtsdirector Fieser erklärte: „Wir bedauern, daß die Richtung unserer auswärtigen Politik nicht dieselbe geblieben ist, wie sie unter Bismarck bis zum Jahre 1890 bestand, und sind fest entschlossen, allezeit einzutreten für das Lob seiner unvergleichlichen Staatskunst. Wir erklären aber auch zugleich, daß wir die officiöse Preßfehde, wie sie in der ‚Karlsruher Zeitung' und in

der ‚Weimarer Zeitung‘ gegen den Fürsten inscenirt wurde, auf das Entschiedenste zurückweisen.“ Lebhafter Beifall wurde den Rednern zu Theil. Damit ist nach allen Seiten unzweideutig kundgegeben, daß die officiösen Artikel in der nationalliberalen Partei keine Stütze finden. Die Gegner werden sich wohl beruhigen, denn in dieser Frage steht die Mehrheit des badischen Volkes auf unserer Seite.

* * *

Die Auffassung der Lage, wie sie in dem Fürsten Bismarck nahestehenden Kreisen herrscht, giebt ein Artikel wieder, den die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ am 6. November enthalten. Unter der Ueberschrift „Altes und Neues aus dem Ententeich“ schreibt das Blatt:

Immer neues Holz wird herbeigeschleppt, um den Scheiterhaufen zu erhöhen, auf dem man den Fürsten Bismarck verbrennen und die erhebenden Erinnerungen an die glänzende Zeit, in der das protestantische Kaiserthum der Hohenzollern erstand, vernichten möchte. Es mag ein Gefühl tiefer Genugthuung den greisen Helden überschleichen, wenn er sieht, daß gerade Diejenigen, die einst seinen Plänen widerstrebten, die er in mühevollen Zeiten als Reichsfeinde bekämpft hat, auch jetzt wiederum ausschließlich die Phalanx bilden, die gegen ihn anrückt. Mit Polen, Freisinnigen, Socialisten und Clericalen vereint erscheint das Officiösenthum, jene modernste Verkörperung dessen, was man unter dem Begriff des Caprivismus begreift; es ist dieselbe Heerschaar, die vor vier und fünf Jahren mit grimmiger Miene der unvergleichlichen Fahrt des Verfehmten durch die deutschen Gauen folgte. Der Haß ist heute derselbe wie einst, und gleich sind sich die Mittel geblieben: Entstellung und Unterstellung, Verdrehung und Verleumdung. Wenn die sächsischen Blätter auch heute die rechte Stellung wählten, so gereicht es ihnen zur Ehre; national wie unser Land und seine Fürsten ist auch seine Presse. Daß zwei Blätter, das „Chemnitzer Tageblatt“ und die „Bautzner Nachr.“, abseits stehen, gereicht ihnen selbst zu dauernder Schande.

Es ist in den letzten Tagen ein böser Streich verübt worden. In einem national gerichteten Börsenblatt hat sich ein Artikel gefunden, der die Veröffentlichungen der „Hamb. Nachr.“ zurückführte auf das Unterbleiben des vom Zaren geplanten Besuchs in Friedrichsruh. Das amtliche Organ der Reichsregierung hat bereits erklärt, daß eine Einwirkung von amtlicher Stelle nicht ausgeübt wurde, um den Besuch zu hintertreiben. Wir sind auf Grund sorgfältigster Informationen in der Lage zu erklären, daß Fürst Bismarck nicht im geringsten beeinflußt worden ist durch Erwägungen, wie sie ihm kurzsichtige Freundschaft hier insinuirt. Wir glauben sogar, daß in Friedrichsruh die Auslassungen des erwähnten Blattes den Eindruck des „**hellen Unsinns**“ hervorgerufen haben. Ob Zar

Nikolaus die Absicht einmal ausgesprochen hat, den greisen Staatsmann aufzusuchen, lassen wir dahingestellt; diese Absicht hat aber niemals Gestaltung gewonnen, es konnte so weder im Sachsenwalde der Besuch „erwartet“, noch sein Unterbleiben zum Motiv und Ausgangspunkt der sogenannten Enthüllungen gemacht werden. Indessen möchten wir nicht unterlassen, auf einen auffallenden Umstand hinzuweisen, der sich nur für den leicht erklärt, der die trüben Quellen und die Ausbreitung des Officiösenthums kennt. Als die „Bank- und Handelsztg.“ das ihr untergeschobene Kuckucksei ahnungslos ausbrütete, schrieb die „Frankf. Ztg.“, deren Vertreter im Auswärtigen Amte aus- und eingeht, unter der Aufschrift „Psychologisches zur Bismarck'schen Enthüllungsaffaire“, daß in Berliner politischen Kreisen „seit mehreren Tagen“ eine Version in dem angedeuteten Sinne circulire. Diese Version „circulirte“ in bismarckfeindlichen Kreisen, wenn sie überhaupt irgendwo „circulirt“ hat. Und Recht haben die „Berl. N. N.“, wenn sie hinzufügen, daß diese und ähnliche Dinge auf die antibismarckischen Preßtreibereien und ihre Fäden und Canäle ein helles Licht werfen, daß man Gehässigkeiten gegen den Kaiser als von dem Fürsten Bismarck nahestehender Seite herstammend in Umlauf setze, um sie dann im „Reichs-Anz.“ als unberechtigte Erfindungen kennzeichnen zu können. Wir werden sehen, wie weit diese Presse von unserer Feststellung, daß man in Friedrichsruh jene Insinuationen als „hellen Unsinn“ bezeichnet, ehrlich Notiz nimmt; hochgespannt sind unsere Erwartungen nicht.

Es ist eine seltsame Erscheinung, daß im Kampfe gegen Bismarck die einfachsten geschichtlichen Thatsachen geradezu auf den Kopf gestellt werden, wie man ja auch die thatsächlich eingetretene Wirkung der Enthüllungen mit allen Mitteln wegzuretouchiren sucht. Zunächst stellen wir fest, daß der Neutralitätsvertrag mit Rußland, dessen hohe vaterländische Bedeutung selbst gegnerische Blätter zugeben, sowohl in Wien als in Rom vor der Entlassung des Fürsten Bismarck den leitenden Staatsmännern bekannt gewesen ist. Die officiellen italienischen Organe, sowie die Organe Crispi's geben dies unumwunden zu. Es ist fast drollig zu nennen, wenn z. B. das „Berl. Tgbl.“ in seinen Artikeln diese Thatsache immer leugnet und in seinen Depeschen sie bestätigt. Wenn das deutsche Officiosenthum „autoritativ“ der Wahrheit ins Gesicht schlägt, so meinen wir darauf hinweisen zu sollen, daß sowohl Paul Schuwalow wie Kalnoky und Crispi noch leben und daß keiner von ihnen das Gegentheil von dem bekunden wird, was wir behaupten. Es giebt neben „officiellen“ Mittheilungen auch andere Wege, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Wenn aber trotz Allem in interessirten Kreisen, denen namentlich daran liegt, die Politik der Herren von Caprivi und von Marschall in bengalischem Lichte erscheinen zu lassen, der Vorwurf der Doppelzüngigkeit erhoben wird, so möchten wir doch

auf die Thatsache die Aufmerksamkeit lenken, daß der Vertrag mit Rußland von drei deutschen Kaisern gekannt, gebilligt und durchgeführt worden ist. Es ist mehr als ein dolus eventualis, wie er ja in Majestätsprocessen vorgemerkt wurde, es ist nicht nur ein niederträchtiger Angriff auf das Andenken verstorbener Herrscher, wenn jetzt gegen einen Vertrag, den unser Kaiser durch zwei Regierungsjahre aufrecht erhielt, eine wüste Hetze sich breit macht. Gegen diese so nahe liegende Argumentation hilft auch der Einwand nichts, daß ja unser Kaiser die vorhandene Erbschaft mit allem Inventar übernehmen mußte. Fürst Bismarck selbst hat in seiner vielbewunderten Februarnote vom Jahre 1888 gesagt: „Keine Großmacht kann auf die Dauer im Widerspruch mit den Interessen des eigenen Volkes an dem Wortlaut irgend eines Vertrages kleben, sie ist schließlich genötigt, ganz offen zu erklären: ‚Die Zeiten haben sich geändert, ich kann das nicht mehr.‘“ Aber das eigene Volk ins Verderben zu führen, das wird keine Großmacht gutheißen.“ Einen Vertrag, der auf Doppelzüngigkeit beruht, der eine Infamie bedeutet, wird kein Kaiser durch zwei, werden nicht drei Kaiser durch sechs Jahre aufrecht erhalten!

Man sucht die Vergangenheit heute so darzustellen, als ob bereits in Bismarck's Amtszeit der Draht mit Rußland zerrissen gewesen sei. Man weist besonders auf das Verbot der Beleihung russischer Werthe hin. Aber documentirt man nicht gerade hiermit jene thörichte Auffassung, die von einem Staatsmann fordert, daß er gegebene Verhältnisse als ewig dauernd ansehen, daß er nie mit Eventualitäten rechnen solle? Auch wenn ein Bündniß bestand, so gab es doch keine Garantien dagegen, daß die Zeiten sich ändern, daß in Rußland feindliche Strömungen zur Geltung gelangen konnten, daß in Deutschland unter Bismarck's Nachfolger andere Tendenzen den Sieg errangen. In wenigen Jahren sollte der Assecuranzvertrag ablaufen; wurde er nicht erneuert, gestaltete sich das Verhältniß der beiden Kaiserreiche feindselig, so mußte dafür Sorge getragen werden, daß nicht deutsches Geld gegen uns selbst ins Feld zog. Man leugnet heute die Behauptung der „Hamb. Nachr.“, daß Graf Caprivi trotz Rußlands Bereitwilligkeit zur Erneuerung des Abkommens im Jahre 1890 diese Erneuerung abgelehnt habe, und die „Frankf. Ztg“ stellt gar die Frage auf: „Wer kann dem entlassenen Fürsten Bismarck von dem nach seinem und seines Sohnes Rücktritt erfolgten Anerbieten Rußlands, den geheimen Vertrag zu verlängern, und von der Weigerung Deutschlands, darauf einzugehen, Mittheilung gemacht haben? Auch diese Verhandlungen standen doch unter dem Schutze des strengsten Staatsgeheimnisses und konnten nur durch den gleichen Verrath, wie ihn jetzt Bismarck begangen hat, bekannt werden.“

Wir haben bei diesem Gemisch von Unkenntniß, Perfidie und Entstellung auf folgende Thatsachen hinzuweisen: Der Antrag auf Verlängerung

des Bundes ist durch Rußland **vor** Bismarck's Entlassung gestellt worden, wie naturgemäß bei der Absicht einer Fortsetzung des Bestehenden nicht bis zum letzten Augenblick gewartet wird. Fürst Bismarck dürfte gerade deshalb es in der bekannten Weise abgelehnt haben, seine Entlassung einzureichen, weil er Grund zu der schweren patriotischen Besorgniß hatte, daß die neue Strömung am Hofe sich dem Anschluß widersetzen würde, eine Voraussicht, in der er sich ja, wie Figura zeigt, nicht getäuscht hat. Das abgenöthigte Entlassungsgesuch, auf dessen Veröffentlichung wir ja noch immer vergebens harren, dürfte diesen Gesichtspunkt neben einem zweiten, der sich auf die Socialdemokratie und die Reichstagstaktik bezog, in den Vordergrund gestellt haben. Die zweite russische Kaiserreise und die Eindrücke von Nancy haben zweifellos den Engländern den psychologischen Moment zum Eingreifen geboten, und wiederum hat die spätere Zeit bewiesen, daß man in London richtig calculirte. Rußlands Entgegenkommen blieb unberücksichtigt, Downingstreet siegte! So kam der Anglicanismus der Aera Caprivi, so kam Witu und all das Andere, so kam Kronstadt und jetzt Paris. „Die Keime“ der jetzigen Situation wurden **1890** geschaffen, so hat Zar Nikolaus in der französischen Hauptstadt gesagt. Er sprach die Wahrheit: 1890, nicht aber früher; unter Caprivi, nicht unter Bismarck! So wie man vor sechs Jahren auf Seiten Englands operirte, so heute: Wiederum glaubt man den psychologischen Moment gekommen, Deutschland herüberzuziehen und unsere Politick abzulenken von den Bismarck'schen Bahnen. Soll der Erfolg derselbe sein? Bismarck hat gewarnt!

Bedurfte es noch eines Beweises, in wie perfider Weise das Officiosenthum jetzt sich breit macht, so erbringt ihn wiederum die „Frankf. Ztg.“, wenn sie schreibt: „Allerdings war der Zar unmittelbar nach der Entlassung Bismarck's und vielleicht unter dem Eindruck eines Bismarck'schen Schreibens über dieses Ereigniß zuerst nicht geneigt, das geheime Abkommen zu verlängern, aber er besann sich bald eines Anderen.“ Hier wird mit dürrer Unverschämtheit gesagt, daß Fürst Bismarck den Abschluß eines Bündnisses, das er selbst für nöthig hielt, aus persönlicher Rachsucht brieflich habe hintertreiben wollen. Auf diese Lüge giebt es nur eine Antwort, die wir nur aus Rücksicht auf unsere Leser unterdrücken. Daneben ist folgendes Stücklein noch harmlos, wenn auch charakteristisch: Nach der clericalen „Germania“ soll Kaiser Franz Joseph durch den verstorbenen Zaren 1890 Kunde von dem Bündniß erhalten haben, und der österreichische Kaiser soll darauf in Berlin ziemlich deutlich haben merken lassen, daß er bei einer solchen Behandlung von Seiten Bismarck's auf ein Bündniß mit Deutschland verzichte. Diese Bemerkung des Kaisers Franz Joseph soll ein Hauptgrund des raschen Sturzes Bismarck's gewesen sein. Gleichzeitig schreibt das „Berl. Tageb.“:

„Wie erinnerlich, war das Verhältniß zwischen Kaiser Franz Joseph und der deutschen Regierung damals (am Anfang der 90er Jahre) nicht das beste; dem österreichischen Herrscher hatte die Behandlung des Altreichskanzlers durch die deutsche Regierung nicht gefallen." Sie saugen Gift aus jeder Blüthe! Richtig ist das Eine: Kaiser Franz Joseph hat nie ein Hehl daraus gemacht, wie hoch er den Fürsten Bismarck schätze, wie sehr er ihm, dem einstigen Gegner, zu Danke verpflichtet sei. Warum? Der nachstehende Artikel der „N. Fr. Presse" wird es lehren!

* * *

Der hier berührte Artikel der „N. Fr. Presse", in dem wichtige Aufklärungen zur Vorgeschichte des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages gegeben werden, lautet im Wesentlichen wie folgt:

Ein hoher russischer Diplomat äußerte Mitte der siebziger Jahre, etwa zu der Zeit der nach Paris gerichteten Gortschakow'schen Versicherung: „Maintenant la paix et assurée" in einem Gespräche mit einem hohen deutschen Staatsmanne: Rußland sei unruhig, es habe zwanzig Jahre Frieden gehabt, seine Armee verlange Beschäftigung, das Bedürfniß nach Orden und Avancement erheische irgend welche kriegerische Unternehmungen. Diese für den Diplomaten einer Großmacht im höchsten Grade unklugen Eröffnungen fanden nichtsdestoweniger einige Zeit später überraschende Bestätigung von höchster russischer Seite. Fürst Bismarck erhielt nach Varzin ein eigenhändiges Schreiben des damaligen Zaren aus der Krim, worin die directe Anfrage gestellt war, ob Deutschland ruhig bleiben würde, wenn Rußland Oesterreich in Galizien attaquire. Fürst Bismarck antwortete auf dieses Schreiben nicht, sondern schickte es dem Kaiser Wilhelm ein mit einem entsprechenden Begleitschreiben, indem er seiner Auffassung deutlichen und pflichtgemäßen Ausdruck gab. Inzwischen lief bereits die zweite russische Anfrage ein, die durch den damaligen deutschen Botschafter übermittelt wurde. Dieser Umstand veranlaßte den Fürsten Bismarck, nochmals an Kaiser Wilhelm zu schreiben und ihn zu bitten, den Botschafter abzuberufen, da derselbe offenbar zu friedensgefährlichen Machinationen mißbraucht werde. Der Erfolg dieser friedliebenden Haltung der deutschen Politik den russischen Zumuthungen gegenüber bestand darin, daß der Angriff auf Oesterreich unterblieb. Da aber das russische Bedürfniß nach Krieg fortbestand, wendete man sich in Petersburg nunmehr an das bis dahin ohne sein Wissen als Kriegsgegner in's Auge gefaßte Oesterreich und schloß mit diesem einen Vertrag, auf Grund dessen das durch Deutschland von Oesterreich abgewehrte russische Kriegswetter weiter östlich sich verzog und über die Türkei entlud. Rußland machte es bei dem damals mit Oesterreich geschlossenen Reichs-

städter Vertrage[1]) zur Bedingung, daß derselbe vor Deutschland geheimgehalten werde, Oesterreich hat ihn jedoch nach Berlin mitgetheilt, nachdem es zu seiner Kenntniß gelangt war, daß der früher geplante russische Einfall in Galizien durch die pflichtbewußte Treue verhütet war, die Deutschland den beiden befreundeten Kaiserreichen erwiesen hatte.

In Bezug auf die neuerlichen Mittheilungen von informirter Seite, mit denen die „Neue Fr. Presse" die Angaben der „Hamb. Nachr." über den deutsch-russischen Neutralitäts-Vertrag ergänzte, erfährt das Blatt noch, daß Fürst Bismarck, als Graf Schuwalow ihm die Bedenken des Zaren mittheilte, das Abkommen mit Deutschland unter einem andern Reichskanzler fortzusetzen, den russischen Botschafter gebeten hat, dahin zu wirken, daß der Vertrag auch mit seinem Nachfolger erneuert werde. Daraufhin schrieb Graf Schuwalow im Sinne des Fürsten Bismarck nach Petersburg, und das Ergebniß war die Bereitwilligkeitserklärung Rußlands, auch mit Caprivi abzuschließen. Wenn von deutscher Seite die Ablehnung des russischen Angebots stattfand, so wird man die Gründe derselben vielleicht weniger in dem eigenen Ermessen des Grafen Caprivi als in persönlichen Verstimmungen (?) zu suchen haben, die sich der öffentlichen Discussion entziehen.

Weiter sagt das Wiener Blatt: Man verspricht sich in unterrichteten Kreisen von der Hamburg-Wiener Veröffentlichung Nutzen nach verschiedenen Richtungen hin. Zunächst kommt der Eindruck in Betracht, welchen die Publication und ihre laute Besprechung in der europäischen Presse auf den Zar, der sehr viel liest, machen muß. Aehnliches bleibt bezüglich des deutschen Kaisers abzuwarten. Wir hören, daß der Eindruck auf beiden Seiten ein starker gewesen sei, stärker vielleicht noch, als hier in Oesterreich-Ungarn. Man nimmt an, daß die Einwirkung eine günstige sein und zur Wiederannäherung der Kaisermächte führen wird. Speciell Oesterreich-Ungarn sei, im Gegensatze zu leidenschaftlichen Forderungen und Ausbrüchen einzelner, zumal ungarischer Politiker und Publicisten, stets maßvoll und conciliant in der Vertretung seiner Dreibundansprüche gewesen und werde dies unter dem Eindrucke der europäischen Situation, wie sie jetzt bestehe, auch ferner bleiben. Oesterreich-Ungarn sei auch durch seine eigenen Interessen genöthigt, den Dreibund in voller Stärke aufrecht zu erhalten, und zwar womöglich unter Rückversicherung mit Rußland, so daß nur England und Frankreich, welch letzteres keinen Vertrag mit Ruß-

[1]) Im Reichsstädter Abkommen, welches Rußland mit Oesterreich vor Beginn des türkischen Krieges geschlossen hatte, wurde die Ueberlassung der beiden türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina an Oesterreich-Ungarn als der Preis dafür festgestellt, daß Oesterreich-Ungarn bei dem russischen Kriege gegen die Türkei ruhig blieb.

land habe, „draußen ständen". Denn wenn Deutschland in einem durch gegentheilige Haltung Oesterreichs ermöglichten Kriege in die Pfanne gehauen würde, so wäre die daraus folgende europäische Situation für Oesterreich die denkbar ungünstigste; auf der einen Seite stünde Frankreich, gestützt auf Italien, auf der andern Rußland, gestützt auf den Orient, Oesterreich aber ohne sicheren Rückhalt zwischen beiden.

* * *

Unter der Ueberschrift „Der Kampf gegen den Fürsten Bismarck" führen die „Hamb. Nachr." am 7. November (M.-A.) Folgendes aus:

Fürst Bismarck hat von der Zeit an, als er 1862 Ministerpräsident wurde, oft Epochen gehabt, in denen er heftig angegriffen wurde, namentlich bei seinem ersten Auftreten, doch kaum jemals mit der Heftigkeit und in der Tonart wie heute, nachdem er seit bald sieben Jahren außer Dienst ist. Minder heftig in der Sprache als in der Conflictszeit, wenn auch giftiger in der Bosheit waren die Angriffe der conservativen Partei zur Zeit der „Reichsglocke" auf den Kanzler, der ihren Führern den Gehorsam versagte. Die Kämpfe in der Aera Windthorst gegen die fortschrittlich-clericale Reichstagsmehrheit der achtziger Jahre war ja auch leidenschaftlich, aber in der Grobheit, man kann wohl sagen in der Rohheit der Sprache, blieben sie doch weit zurück hinter dem, was man heute in den angesehensten fortschrittlichen und officiösen Blättern zu lesen bekommt. Daß dieser zornigen Aufregung die Sorge zu Grunde liegt, Fürst Bismarck könnte wieder ins Amt kommen, ist doch zu unwahrscheinlich, wenn auch vielleicht manche urtheilslose Leute mit dieser Perspective erschreckt und aufgeregt werden. Aber Persönlichkeiten, die gebildet genug sind, um eine Zeitung zu redigiren, selbst eine socialistische, werden solche thörichten Gedanken nicht haben. Wie dem auch sei, jedenfalls ist der Ton der Preßangriffe auf den Fürsten Bismarck immer roher und die Schimpfworte sind gröber geworden. Die Gegner des früheren Kanzlers haben sich in der Presse vermehrt, ob auch im Volke, lassen wir unerörtert. Auch der Freunde sind mehr geworden; sie beschränkten sich in der Conflictszeit beinahe auf die Kreuz-Zeitung. Die Gattung der Gegner hat sich modificirt. Sie bestand damals ziemlich ausschließlich aus den liberalen Schattirungen, die gehofft hatten, nach Ermüdung oder Abdication König Wilhelm's I. selbst ans Ruder zu kommen und diese Hoffnung mehrere Jahre nicht aufgaben. Damals hießen die Gegner einfach die Liberalen und vertraten die parlamentarische Machtentwickelung gegenüber dem Königthume. Diese Charakteristik paßt heute nicht mehr ganz. Aus den Liberalen sind Demokraten geworden, und die verschiedenen Kategorien derselben: die sociale, die fortschrittliche, die clericale und die officiöse Demokratie, arbeiten in erster

Linie keineswegs im Sinne der Verfassung und der Parlamentsherrschaft; sie rufen nach Polizei, Justiz, Bureaukratie und Zuchthaus, sobald sich eine politische Meinung unabhängig von der ihrigen geltend macht.

Man fragt sich nach dem gemeinsamen Ziele, dessen Erkenntniß die Feinde des Reichskanzlers unter einen Hut bringt. Uns scheint es kaum ein positives mehr zu sein, sondern nur das negative gemeinsamer Verstimmung über das Ergebniß der letzten dreißig Jahre. Wenn aber der Haß gegen den Fürsten Bismarck, der in dem heutigen Preßsturme Ausdruck findet, noch stärker ist als der 1862 gegen den preußischen Ministerpräsidenten, so fragt man sich: was hat der Gehaßte gethan, um diese Verschärfung der Verbitterung seiner Landsleute gegen ihn herbeizuführen? Jede Erscheinung der Art hat doch ihre logischen Ursachen. Wir können hier keine andere entdecken als die Mitarbeit des jetzigen Altreichskanzers an der Herstellung des bestehenden Deutschen Reiches und die Hoffnung, das in dieser Richtung Geschaffene zu untergraben, zu schwächen und sein Erstarken nach Möglichkeit zu verhindern. Ueberzeugte Monarchisten sind weder die socialen noch die fortschrittlichen Demokraten, und die clericalen sehen evangelische Dynastien als eine Krankheit an, welche die Zeit und die ärztliche Pflege zu heilen hat. Wir glauben kaum, daß der Haß gegen den Fürsten Bismarck so heftig zum Ausbruch gelangt wäre, wenn er nicht von der vierten Gattung Demokratie, die wir nannten, der officiösen, geschürt worden wäre. Diese Schürung ist sogar auf die halbamtliche Presse der bundesfreundlichen Kreise in Baden und in Weimar übertragen worden. In der Billigung und Unterstützung der Bureaukratie, die im Besitze der technischen Leitung ist, findet auch die von ihr nicht direct bevorzugte Presse eine Ermuthigung, wenn nicht eine Rechtfertigung in ihrem Kampfe gegen den Fürsten Bismarck. Der Stoff, aus dem sie jetzt ihre Nahrung saugt, lieferte ja auch ohne officiöse Beihülfe nicht viel.

Die Frage, ob politische Beziehungen, die seit mehr als sechs Jahren bedeutungslos geworden sind, nach dem Gewissensrathe der demokratischen Blätter christlich tugendhaft oder ruchlos waren zu der Zeit, wo sie im Interesse des Friedens hergestellt wurden, hat keine bewegende Kraft für die öffentliche Meinung. Da, wo sie eine berechtigte Kritik finden konnte, bei den Genossen des Dreibundes, hat sie offenbar keine Erregung verursacht, und erlangt kaum in einzelnen sporadischen Kennzeichen Berliner officiösen Einflusses Beachtung. Die sittliche Entrüstung unserer heimischen Demokratie findet dort nur mäßigen Anklang, und ebenso in Frankreich. In England zeigt sich schon mehr Sympathie dafür, wie natürlich für jedes Auftauchen von Symptomen russenfeindlicher Gesinnung in Preußen und in Deutschland seit dem Krimkriege, in der

polnischen Revolution von 1863, in Bezug auf die sogenannte Seeschlange, das preußisch-russische Abkommen, über welches der Chorus der preußischen Opposition der englischen Blätter und der englischen Diplomatie mit gleicher Heftigkeit herfiel. Und wenn man in England gewußt hat, daß die russische Verstimmung, welche nach dem Berliner Congreß gegen Deutschland laut wurde, auf irgend einem Wege der diplomatischen Versöhnlichkeit ihrer Heilung entgegen ging, so wird man natürlich allen englischen Einfluß in der Diplomatie und in der deutschen Bevölkerung angespannt haben, um diese Heilung zu verhindern. Die Dreikaiserbegegnungen von Berlin im Jahre 1872 und von Skierniewice im Jahre 1884 paßten nicht in die englische Politik, und wenn in der That ein Abkommen sich daraus gebildet hat, welches Rußlands Neutralität im Falle eines Angriffes in Aussicht stellte, so war die Beseitigung eines solchen Abkommens Aufgabe der englischen Politik von dem Augenblicke an, wo ihre Leiter die Ueberzeugung hatten, daß es existirte. Wenn es existirte, konnte es seine Wirkung nur England und Frankreich gegenüber äußern. Frankreich gegenüber zu Gunsten Deutschlands, was den englischen Politikern ziemlich gleichgültig gewesen sein würde, aber England gegenüber ausschließlich zu Gunsten Rußlands. Zwischen diesen beiden Mächten konnten Händel in Asien und im Orient entstehen, und wenn dies der Fall war, so hatte die Haltung Deutschlands ihre Wichtigkeit. Ein anderer als ein englischer Angriff auf Rußland wird den Contrahenten wohl kaum vorgeschwebt haben und namentlich keiner von Seiten Oesterreichs, das sich auf einen unprovocirten Angriff auf Rußland doch kaum jemals eingelassen haben würde, ohne seine Absichten vorher mit der deutschen Reichspolitik zu besprechen; aus solcher Besprechung würde auch für beide Theile die Klarheit darüber gewonnen worden sein, ob ein beabsichtigtes kriegerisches Vorgehen ein provocirtes sei oder nicht. Die Beilegung oder Verhütung österreichisch-russischer Verstimmung hat die deutsche Politik früher jederzeit als ihre Aufgabe angesehen.

Die schwerstwiegende von unseren Veröffentlichungen, wenn sich dieselben, wie es scheint, als begründet erweisen, liegt auch wohl nicht in der sehr geschickten und verständigen Herstellung einer verstärkten Friedensgarantie, sondern in der Angabe, daß auf die Beibehaltung derselben nach 1890 von unserer Seite verzichtet worden sei. Wenn diese Thatsache nicht entschiedener als bisher in Abrede gestellt wird, so wird sich der Forschertrieb in der Presse und eventuell im Reichstage doch wohl mehr auf die Gründe dieser Ablehnung als auf die Motive der Herstellung und der öffentlichen Besprechung des behaupteten russischen Abkommens richten. Dieses Abkommnn muß, wenn wir recht unterrichtet

sind, von allen drei deutschen Kaisern gebilligt worden sein bis 1890. Für seinen Abbruch, wenn es bis 1890 bestanden hat, wäre die Frage von Interesse, wann England Kenntniß von der Existenz desselben erhalten hat.

* * *

Den „Hamb. Nachr." vom 8. November (M.=A.) entnehmen wir Folgendes

Die „Braunschweigische Landeszeitung" hängt folgenden Rohheitsausbruch gegen den Fürsten Bismarck niedriger:

Von der unsäglichen Brutalität, mit der man den Schöpfer der deutschen Einheit zu behandeln sich nicht entblödet, mag eine Probe aus dem Berliner Wochenblatt „Die Welt am Montag" den Beweis liefern. Es heißt da an einer Stelle: „Bismarck hat kein physisches Recht auf ein seelen= und geistesfrisches Alter, wie Gladstone und Moltke. Körper und Nerven sind zermorscht unter den tückischen Einflüssen eines unregelmäßigen und unhygienischen Lebens, so daß es natürlicher und gerechter ist, die Bedingung für solche Unbegreiflichkeiten wie die letzte Enthüllung in seinem greisenhaft verfallenen Gehirn, als in ständigen moralischen Perversitäten zu suchen." Und eine solche unerhörte Rohheit dem Manne, der sein ganzes Mannesalter bis zu seinem 75. Jahre unaufhörlich, Tag und Nacht dem Dienste des Vaterlandes gewidmet hat!

Wie wir aus Friedrichsruh erfahren, hat Fürst Bismarck, als ihm die obige Stelle aus der „Welt am Montag" vorgelegt wurde, geäußert: „Solche Schreibereien beweisen nur, daß viele Leute mit großer Ungeduld auf mein Ende warten und froh sein werden, wenn die alte ‚Raketenkiste' erst begraben und ein schicklicher Kranz erst hingelegt worden ist. Deshalb wird jede Nachricht, daß es mit meiner Gesundheit schlechter ginge, mit großer Genugthuung verbreitet, unter Umständen auch erfunden."

* * *

In den „Berl. Neuest. Nachr." lesen wir: „In einer der zahlreichen Invectiven, die der Berliner Correspondent der ‚Times' in den letzten Tagen gegen den Fürsten Bismarck richtete, hatte er auch behauptet, daß bis zum Rücktritt des ersten Kanzlers die preußischen Staatsarchive der historischen Forschung verschlossen wurden und selbst unzweifelhaft nationale Männer wie Heinrich von Sybel keinen Zugang zu den wichtigsten Quellen für ihre Arbeit fanden. Dagegen habe General von Caprivi sogleich nach seinem Amtsantritt die Sperre aufgehoben. Nun muß sich der ‚unbefangene' Kritiker der ‚Times' heute gefallen lassen, in seinem eigenen Blatte der Fälschung bezichtigt zu werden. Ein englischer Historiker citirt in einem Eingesandt an das Blatt jenes Zeugniß

des Verfassers der ‚Begründung des Deutschen Reiches‘ in der Einleitung zum Band VI, wo Sybel bekanntlich ausdrücklich erklärt, daß ihm die Fortsetzung des Werkes schwer geworden sei, nachdem ihm die von dem Fürsten Bismarck gewährte unumschränkte Benutzung der Archive nach der Entlassung des Kanzlers entzogen worden sei. Thatsache ist, daß erst Fürst Bismarck mit dem bis zu seinem Amtsantritt bestandenen System der Erschwerung in der Benutzung der Staatsarchive gebrochen hat.

* * *

Aus Leipzig wird vom 9. November berichtet:

In der heute Abend abgehaltenen Versammlung des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen wurde nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Hasse auf Anregung des Vorsitzenden Handelskammersecretair Dr. Gensel und des Prof. Dr. Biedermann die Absendung des nachstehenden Huldigungstelegramms an den Fürsten Bismarck einstimmig beschlossen:

„Eine am 9. November im Saale des Vereins für Volkswohl zur Anhörung eines Vortrages über die politische Lage versammelte große Anzahl von Mitgliedern des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen ergreift gern diese Gelegenheit, Ew. Durchlaucht ihre unwandelbare innige Verehrung und Dankbarkeit und ihr tiefes Bedauern über die unwürdigen Angriffe auszusprechen, denen der hochverdiente Gründer und Bewahrer eines mächtigen Deutschlands in einem Theile der deutschen Presse ausgesetzt ist.“

* * *

Am 11. November (A.-A.) schreiben die „Hamb. Nachr.“:

Die Centrumsfraction hat beschlossen, im Reichstage eine Interpellation über die jüngsten diplomatischen Enthüllungen in den „Hamburger Nachrichten“ einzubringen. Die Fraction hat gestern Abend eine Sitzung abgehalten, um den Wortlaut der Interpellation festzustellen. Nach der „Germania“ bezweckt sie „eine volle Vertrauenskundgebung für die gegenwärtige Leitung der auswärtigen Politik“. Wir hoffen daß die auswärtige Politik des Deutschen Reiches das Vertrauen des Centrums und das ultramontane Placet, das ihr hier in Aussicht gestellt wird, nicht wirklich verdient.

Ganz zutreffend bemerkt die „Post“ zu dem ultramontanen Feldzugsplan:

„Das in der letzten Zeit in der linksliberalen und clericalen Presse planmäßig verfolgte Streben, die Preßcampagne der ‚Hamburger Nachrichten‘ als directen Angriff auf die Person Sr. Majestät des Kaisers hinzustellen, scheint den Zweck zu verfolgen, eine parlamentarische Demonstration

im Reichstage unter Führung des Centrums vorzubereiten. Wenigstens deuten sowohl die ‚Germania' als die ‚Köln. Volkszeitung' darauf hin, daß schon bei Berathung der Novelle zur Strafproceßordnung die Enthüllungen der ‚Hamburger Nachrichten' zur Sprache gebracht werden würden und zwar mit dem Zwecke, daß Angesichts ‚der tückischen Angriffe Bismarcks gegen den Kaiser' wie das letztgedachte Blatt sich ausgedrückt, für Se. Majestät den Kaiser eingetreten und ganz besonders für ein ehrliches Festhalten Deutschlands an seinen Verbündeten Zeugniß abgelegt werde.

„Der Plan ist durchsichtig: die retrospective Kritik, welche auf diese Weise an dem Kaiserlichen Urtheil über den Reichstagsbeschluß vom 23. März vorigen Jahres betreffend die Ehrung des Fürsten Bismarck, geübt werden würde, liegt ebenso auf der Hand, wie die politische Spitze gegen diejenigen Parteien, welche in dem Fürsten Bismarck den nach Kaiser Wilhelm I. am meisten um Deutschlands Einheit und Macht verdienten Staatsmann und eine nationale Größe verehren.

„Ohne Zweifel wird es unter diesen Umständen sehr bald an einer Stelle, wo es bisher nicht erwartet wurde, zu einer eingehenden Besprechung der ganzen Affaire mit obligaten Ausblicken auf die auswärtige Politik kommen, und zwar dürfte Angesichts der Thatsache, daß dabei diejenigen Parteien, welche in Sachen der Duelle, des militairischen Ehrbegriffs u. s. w. ihre Pfeile gegen die höchste Spitze richten, die Hauptrolle spielen, das in Wahrheit selbstverständliche Eintreten für Se. Majestät den Kaiser nur den Deckmantel für eine leidenschaftliche Hetze gegen den Fürsten Bismarck bilden."

Die Interpellation lautet:

Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben,

1. ob bis zum Jahre 1890 ein geheimer Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rußland bestanden hat;
2. im Fall ein solcher Vertrag bestand, welche Vorgänge dazu geführt haben, ihn nicht zu erneuern;
3. welchen Einfluß die jüngsten Veröffentlichungen über diese Angelegenheit auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältniß zu den übrigen europäischen Mächten geübt haben?

* * *

Eingehender besprechen die „Hamb. Nachr." die von der Centrumspartei beschlossene Interpellation am 12. November (M.-A.):

Die Interpellation. Die Aufregung in der Presse, zu der unser Artikel vom 24. October Anlaß gegeben hat, läßt sich jetzt in ihrem Umfange ziemlich übersehen, und das Ergebniß des Ueberblicks gewährt uns eine Genugthuung. Die Tragweite unseres Artikels

beurtheilen wir nicht bloß aus der Zustimmung, sondern ein gewichtiges Element der Beurtheilung liegt auch in der Frage: „Wer sind unsere Gegner?“ Wir haben uns darüber schon in unserem Artikel vom 7. November ausgesprochen und haben ein Verständniß dafür, wenn Fürst Bismarck, wie uns privatim mitgetheilt wird, in befreundeten Kreisen gesagt haben soll: „Ich muß doch dem Deutschen Reiche und der Monarchie gute und wirksame Dienste erwiesen haben, daß die Gegner noch heute, nachdem ich 6 Jahre nicht mehr im Dienste bin, einen so rachsüchtigen Haß gegen mich empfinden.“ Wir sind durch dieses Vorgewicht, mit dem die Aufregung über unsern Artikel sich gegen den ersten Reichskanzler richtet, unsererseits in einer behaglichen Deckung geblieben, wir haben wenigstens keinen Artikel in Erinnerung, in welchem den „Hamb. Nachr.“ eine Verschwörung gegen das Deutsche Reich wegen ihrer Veröffentlichung Schuld gegeben wird. Vielleicht wird dies noch der Fall sein, nachdem die im gestrigen Abendblatte mitgetheilte Interpellation über die Enthüllungen der „Hamb. Nachr.“ von der Centrumspartei im Reichstage eingebracht ist und, wie es heißt, dort zur Discussion gelangen wird. Die competenten juristischen Behörden haben bisher keine Neigung zu einem Einschreiten gegen uns gezeigt; möglicher Weise wird sie ein Reichstagsvotum dazu ermuthigen. Wir sind vollständig darauf gefaßt und werden uns in unserer Abwehr der Würde eines angesehenen und unbescholtenen Organs der deutschen Presse entsprechend verhalten.

Die Interpellation bezieht sich in ihren beiden ersten Fragen auf Vorgänge unter Kaiser Wilhelm I., d. h. auf den Abschluß des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages neben dem Dreibunde, und auf die Nichterneuerung dieses Abkommens durch den Grafen Caprivi im Jahre 1890. Wir glauben, daß die Discussion der Interpellation, wenn sie stattfindet, wesentlich nach der letzteren Richtung hin gravitiren wird. Die Münchener „Allg. Zeitung“ sagt in einem Wiener Artikel vom 27. October: „Was der erste Kanzler geknüpft und der zweite gelöst hatte, war für den dritten nur eine historische Thatsache, von der er vielleicht gar keine Kenntniß hatte. Somit bleibt auch nicht der Schatten des Mißtrauens an seiner Politik haften, und die österreichischen Staatslenker werden mit derselben Zuversicht wie bisher den Bund pflegen.“ Wir glauben kaum, daß eine retrospective Discussion im Reichstage über die Frage, ob ein russischer Vertrag 1884 im Interesse des Deutschen Reiches erwünscht und richtig war, noch heute einen lebhaften Anklang in der öffentlichen Meinung finden wird. Uns könnte es ja nur erwünscht sein, wenn die Auffassung, die wir für die richtige halten, dabei zur vollen Klarheit und Anerkennung käme, dahingehend, daß die Regierung Kaiser Wilhelm's I. sich durch eine Rückversicherung des Friedens mit

Rußland Anspruch auf den Dank nicht nur der Deutschen, sondern aller Friedensfreunde in Europa, einschließlich der Mitglieder des Dreibundes erworben hat.

Besonders lebhaft dürfte sich im Reichstage das Interesse herausstellen, die Gründe kennen zu lernen, durch welche Graf Caprivi 1890 sich genöthigt gesehen hat, den noch bestehenden Draht, der uns mit Rußland verband, abzuschneiden. Es wird den etwaigen Erklärungen der Regierung gewiß leicht werden, der Nation die Beruhigung zu gewähren, daß bei diesem Entschlusse auswärtige Einflüsse von Mächten, welchen ein deutsch-russisches Abkommen unbequem sein konnte, nicht wirksam gewesen sind. Wir sind der Ueberzeugung, daß eine vollkommen durchsichtige Oeffentlichkeit der Verhandlungen und Erwägungen, welche dabei stattgefunden haben können, im Interesse des deutschen Volkes liegt, und als Freunden der verfassungsmäßigen Institutionen, unter denen wir leben, würde es uns auch erwünscht sein, wenn aus diesen Erörterungen ein verschärftes Gefühl ministerieller Verantwortlichkeit, wie die Verfassung sie uns verspricht, hervorginge. Die Frage, ob ein mächtiges Nachbarreich wie Rußland mit uns oder mit unseren Gegnern in Europa engere Fühlung hat, ist für die gesammte Bevölkerung des Deutschen Reiches eine Frage von hervorragender Wichtigkeit, und nicht minder ist dies die andere, ob die englische Politik bemüht und im Stande ist, auf die unsrige einen Einfluß zu üben, dessen Ergebnisse nicht unbedingt im Interesse des Deutschen Reiches liegen.

Wir zweifeln nicht, daß die für alle Deutschen wünschenswerthe Klarheit hierüber eine beruhigende Wirkung auf unsere öffentliche Meinung und auf die Anhänglichkeit derselben an unsere bestehenden Institutionen üben würde. Wir werden uns also freuen, wenn die clericale Interpellation im Reichstage sie herbeiführt.

* * *

Im Anschluß an den Artikel der „Hamb. Nachr.“ vom 7. November (s. o. S. 142 ff.) sagen die „Leipziger Neuesten Nachr.“:

Wenn die „Hamb. Nachr.“ ihren letzten Artikel mit der Bemerkung schließen: „Für den Abbruch des Abkommens, wenn es bis 1890 bestanden hat, wäre die Frage von Interesse, wann England Kenntniß von der Existenz desselben erhalten hat,“ so möchten wir dem noch eine besondere Erwägung hinzufügen: Es läge doch wohl im Interesse der Regierung, nach dieser Richtung einmal genaue Nachforschungen anzustellen; denn — um ein modern gewordenes Wort anzuwenden — ein Landesverrat läge doch zweifellos vor, wenn in dem damaligen kritischen Stadium, wenn in einer Zeit, in der das Abkommen noch in voller Kraft bestand, nach London eine Mittheilung gelangt wäre.

* * *

Zu der vom Centrum eingebrachten Interpellation über das russische Abkommen lesen wir im „Hann. Cour.“:

Der Zweck des Vorgehens des Centrums, das auf ein Vertrauensvotum für die gegenwärtige Regierung abzielt, ist natürlich für Jedermann durchsichtig und entspringt dem oft bethätigten Bedürfniß, sich an leitender Stelle zu insinuiren, um durch den Nachweis seiner politischen Brauchbarkeit oder gar Unentbehrlichkeit eine günstige Stimmung für die Specialwünsche des Centrums hervorzurufen. Unsere Regierung wird sich darüber völlig klar sein, daß die Anerkennung ihrer Thätigkeit seitens großer nationaler Kreise durch nichts mehr beeinträchtigt werden könnte, als durch die Erkenntniß, daß die Regierung die Protection der Herren Dr. Lieber und Genossen suche.

Die „Berl. Börs.-Ztg.“ äußert sich wie folgt:

Die Centrums-Interpellation richtet sich ausgesprochenermaßen gegen den Fürsten Bismarck, dem das Centrum seine deutsche Politik nicht verzeihen kann, und den sie mit dem bekannten unauslöschlichen Haß der katholischen Kirche verfolgt. Nunmehr glaubt das Centrum die Stunde gekommen, den Mann, der von Rom nicht „unterzukriegen“ war, durch einen Hauptschlag als Vaterlandsfeind darstellen zu können. Das Centrum thut dies, um erstens seine Gegnerschaft als gerechtfertigt darzustellen, und zweitens dem Kaiser zu zeigen, welche treue Stütze er am Centrum hat, und wie dieses als Regierungspartei nur das Prestige der Krone vor jedem Angriff bewahren will. Sehr weltklug erdacht — es bleibt aber bei Don Quixoteschen Lufthieben, des werden sich die Herren alsbald überzeugen. Die Interpellation wird Dr. Lieber begründen. Wir können uns somit auf Angriffe gegen den Fürsten Bismarck gefaßt machen, wie sie bisher noch nie gehört wurden. Die Antwort wird das deutsche Volk geben, das jetzt schon in begeisterten Huldigungstelegrammen seinem Vertrauen für den Altreichskanzler erneut und demonstrativ Ausdruck giebt.

* *
*

Anläßlich der verschiedenen Angriffe, welche ein Theil der deutschen Presse gegen den Fürsten Bismarck in Sachen des russischen Vertrages gerichtet hat, sind in Friedrichsruh zahlreiche Depeschen eingelaufen, welche sich mit Entrüstung von diesem Preßtreiben abwenden und den Fürsten von Neuem der Liebe, der Dankbarkeit und der vertrauensvollen Treue des deutschen Volkes versichern. Wir beschränken uns darauf, aus diesen Kundgebungen einige aus möglichst verschiedenartigen Gegenden und Bevölkerungselementen des Reiches hier folgen zu lassen:

Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck,
Friedrichsruh.

Karlsruhe, den 10. November. Viele hundert deutsche Männer und Frauen, Bürger und Bürgerinnen der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, bringen Eurer Durchlaucht im Anschluß an einen historischen Rückblick auf Eurer Durchlaucht unvergleichliches Wirken und Walten, insbesondere im Hinblick auf den europäischen Frieden begeisterte, dankbare Huldigung dar. Möge uns der getreue Wächter, der eben erst wieder der Welt zum Bewußtsein gebracht hat, daß er nach wie vor auf seinem Posten steht, von dem ihn keiner ablösen kann, noch lange, lange erhalten bleiben, dem Vaterlande zur Zierde und Sicherheit, den Feinden des Reiches, Eurer Durchlaucht unvergänglicher Schöpfung, allen Widersachern und Saumseligen zur Bestürzung und Beschämung.

Im Auftrage
Arthur Böhtlingk.

Fürst Bismarck,
Friedrichsruh.

Posen, 11. November. Gegen 2000 Posener Mitglieder des Bundes der Landwirthe entsenden Durchlaucht die Versicherung tiefsten Dankes und unerschütterlicher Treue. Schamlose Schmähungen werden niemals den treuen Dank des deutschen Volkes auslöschen.

von Ploetz. Dr. Rösicke. Major Endell.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck,
Friedrichsruh.

Halle, 11. November.

Wenn alle untreu werden,
Wir bleiben Dir doch treu,
Daß Dankbarkeit auf Erden
Nicht ausgestorben sei.

Verein deutscher Studenten Halle-Wittenberg
und die zu seinem Commers versammelten Gäste.

Fürst Bismarck,
Friedrichsruh.

Freiburg (Schl.), 10. November. Lassen Ew. Durchlaucht sich nicht durch Geschreibsel der Preßbanditen mißstimmen. Unser Bismarck steht dafür zu hoch. Gott sei Dank fühlen Millionen Deutsche im Erdenrunde wie der Bismarckstammtisch im Hotel zur Burg. Bismarck der Einzige, der deutsche Mann hoch, hoch, hoch! (Folgen die Unterschriften.)

* * *

Wie man in der Schweiz über die unwürdigen Ausfälle der deutschen Presse auf das Ansehen und die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck denkt, zeigt ein Artikel der „Neuen Züricher Ztg.", welche mit berechtigtem Abscheu die neulichen Bemerkungen der „Welt am Montage" abdruckt und hinzufügt:

„Solche Dinge sind für Deutschland ein Zeichen der Zeit, wie es schrecklicher nicht gedacht werden kann."

* * *

Auch zwei amtliche Blätter betheiligten sich an den Angriffen auf den Fürsten Bismarck: die „Karlsruher Zeitung" und die „Weimarsche Zeitung". Beide Redactionen wurden aber durch die Regierungen in Karlsruhe und Weimar zu dem Eingeständniß genöthigt, daß die betreffenden Artikel Privatleistungen von ihnen waren.

* * *

Nachstehend geben wir noch ein paar Preßäußerungen über die bevorstehende Centrumsinterpellation wieder. Es zeigt sich, daß sie bei allen Blättern von größerer Bedeutung in ihrer ganzen Nacktheit als bloßes Parteimanöver erkannt wird, dem ein Beigeschmack nicht fehlt: der ohnmächtige Versuch, sich am Fürsten Bismarck zu rächen für viele schmerzhafte Niederlagen.

Die „Allgemeine Zeitung" ironisirt das Centrum wie folgt:

Das Centrum wird, wie nunmehr feststeht, seiner „nationalen Entrüstung" über die Hamburger Enthüllungen und ihren vermuthlichen Urheber, den Fürsten Bismarck, nun auch noch in einer Interpellation Ausdruck geben, deren Begründung und Beantwortung ihm, wie es hofft, Gelegenheit verschaffen soll, Arm in Arm mit der Regierung den unmoralischen Stümper in die Schranken zu fordern, der die auswärtige Politik in zwanzigjähriger Pfuscharbeit schließlich so gründlich auf den Sand gesetzt hat, daß es zu einer Aenderung des Courses, wenn überhaupt noch, dann jedenfalls die allerhöchste Zeit war. Ob sich das Centrum selber sagt, wie schlecht ihm diese nationale Entrüstung zu Gesicht steht, vor allem im Hinblick auf seine Agitation in der römischen Frage, durch die es den Dreibund, soweit es in seiner Macht steht, fortwährend gefährdet, können nur Eingeweihte wissen; jedenfalls aber sind seine Motive durchsichtig genug, um schlechterdings keine Unklarheit bestehen zu lassen, und Herr Lieber hätte es auf der jüngsten Centrumsversammlung in Wiesbaden nicht noch auszusprechen brauchen, daß man den Augenblick für gekommen erachte, um sich bei der höchsten maßgebenden Stelle lieb Kind zu machen. Das gehört ebenso zu dem neuen taktischen System der Partei, wie das Zustandebringen des Bürgerlichen Gesetzbuches, und der entwickelte Patriotismus ist in beiden Fällen ziemlich gleich echt;

nur ist diesmal die Maske weniger dicht, und das ganze Schauspiel bekommt dadurch einen ungemein widerwärtigen, für jedes feine und ehrliche Empfinden schroff abstoßenden Zug.

Die „Conservative Correspondenz“ sagt unter der Ueberschrift „Ein häßliches Tendenzmanöver“:

In der Centrumspresse, die jetzt für die vom Centrum eingebrachte Interpellation wegen der „Hamburger Enthüllungen“ stark Stimmung macht, finden wir die zuerst von der „Kölnischen Zeitung“ aufgebrachte Behauptung verwerthet, daß die verschiedenen Veröffentlichungen der „Hamb. Nachr.“ sich gegen Se. Majestät den Kaiser gewandt hätten. Durch dieses häßliche Tendenzmanöver soll der Centrumsinterpellation eine Folie besonderer Königstreue gegeben und sollen Andersgesinnte von vornherein mundtodt gemacht werden. Schreibt also beispielsweise die „Germania“, die Interpellationskundgebung habe den Zweck, „der gegenwärtigen Leitung der auswärtigen Politik ein volles Vertrauen auszusprechen und gegenüber den Angriffen des Fürsten Bismarck auf die Seite des Kaisers sich zu stellen“ — so muß dieses Bestreben, die Person Seiner Majestät des Kaisers in die Debatte zu ziehen, entschieden verurtheilt werden, da wir es hier nur mit einem Parteimanöver zu thun haben. Wir und mit uns alle Verehrer des Alt-Reichskanzlers bestreiten es auf das Entschiedenste, daß mit den „Hamburger Enthüllungen“ ein „Schach dem Könige“ geboten sei. Wer — nebenbei bemerkt, gegen den heftigen Widerspruch Derer, die sich jetzt ostentativ, aber zwecklos „auf die Seite des Kaisers“ stellen — für die Macht und das Ansehen der Hohenzollern und für die Autorität der Monarchie überhaupt so Großartiges geleistet hat, wie Fürst Bismarck, steht über derartigen Verdächtigungen erhaben da. In der monarchischen Bevölkerung ist man denn auch weit entfernt, an der Absicht des ersten Reichskanzlers, mit seinen Veröffentlichungen dem Wohle des Vaterlandes dienstbar zu sein, zu zweifeln und die Verdächtigungen der grundsätzlichen Bismarckhasser anders als mit Entrüstung aufzunehmen. Die Tendenz, die Allerhöchste Person in den Parteikampf zu ziehen, ist eine durchaus zu mißbilligende; sollte dieser Unfug einreißen, so würde derselbe zu den bedenklichsten Folgen für die Autorität der Monarchie führen. Der Zweck des neuesten Centrumsmanövers, durch welches die Sache so dargestellt werden soll, als stehen alle diejenigen Männer, welche nach wie vor dankbare Verehrer des Fürsten Bismarck sind, nicht auf der Seite des Kaisers, ist so klar erkennbar, daß er in jedem Falle und nach jeder Richtung hin als verfehlt betrachtet werden kann.

In der „Braunschw. Landes-Ztg.“ lesen wir:

Das Centrum rüstet sich inzwischen, als Beschützer der Monarchie drapirt

aufzutreten und den Ruf auf sein Angriffsbanner zu schreiben: „Den Kaiser, den Kaiser zu schützen!" Fürst Bismarck hat mit den „Enthüllungen" die Majestät unseres Herrschers schwer treffen wollen; nun heißt es für das kaisertreue Centrum, das schützende Schild vor Se. Majestät zu halten. So wenigstens motiviren die Centrumsblätter den demnächst zu erwartenden „Aufschnitt" der „Enthüllungs"-Affaire. Hierzu stimmt es nun ein wenig sonderbar, wenn dieselbe „Germania", die sich auf der einen Seite mit ihrer Liebe für den Kaiser brüstet, auf der andern Seite die Allerhöchste Verordnung, welche für die Provinz Posen die Farben Schwarz-Weiß bestimmt, mit einem sehr billigen und nicht eben tactvollen Hohn übergießt, der den Farben Schwarz-Weiß gilt. Auch mit dieser Verfügung ergreift der Kaiser nur eine Maßregel, die dem Besten der Monarchie frommen soll. Gleichwohl tritt die „Germania" gegen diese Verordnung und damit für das reichsfeindliche Polenthum ein. Heißt das auch: „Schutz dem Kaiser?" Jeder Unbefangene weiß, daß die heute im Wortlaute bekannt gewordene Centrumsinterpellation durch solche Redensarten in ihrem eigentlichen Zwecke verdunkelt werden soll. Und dieser Zweck ist nichts Anderes, als ein haßerfüllter Vorstoß wider den Altreichskanzler in Friedrichsruh.

* * *

Der „Berliner Börsen-Zeitung" wird unter dem 12. November aus Plauen im Voigtland gemeldet:

Die auf heute vom nationalliberalen Wahlverein des 23. Sächsischen Reichstagswahlkreises einberufene öffentliche Versammlung war sehr zahlreich, auch von conservativen und freisinnigen Parteigängern, besucht. Herr Generalsecretair Breithaupt referirte in $1^1/_2$stündigen klaren Ausführungen über die gesetzgeberischen Arbeiten des Reichstages und erörterte zum Schluß in warmen Worten die Verunglimpfungen des Altreichskanzlers Fürsten Bismarck durch einen Theil der deutschen Presse. Unter lebhaftestem Beifall der Versammlung wurde folgende Depesche abgesandt: „Eine zahlreiche Versammlung reichstreuer Wähler Plauens bittet Euer Durchlaucht angesichts der unwürdigen Angriffe eines Theils der deutschen Presse, den Ausdruck unerschütterlichen Vertrauens und aufrichtigster Dankbarkeit entgegennehmen zu wollen." Ein in der Debatte auftretender Redner der freisinnigen Volkspartei vermochte irgend einen Eindruck nicht zu erzielen.

* * *

Am 15. November schreiben die „Hamb. Nachr." (M.-A.):

Caprivismus. Wir vermissen bei den Erörterungen der gegnerischen Presse über die angebliche Feindseligkeit, mit welcher Fürst Bismarck gleich nach seiner Dienstentlassung dem verantwortlichen Vertreter des

„neuen Courses“ entgegengetreten sei, historische Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe. Die Beziehungen zwischen dem ersten Reichskanzler und seinem Nachfolger sind nicht von Friedrichsruh aus verdorben worden, sondern das dort vorhandene Wohlwollen für den Grafen Caprivi mußte von der anderen Seite her erst ausgerottet werden. Wir sind in der Lage, dafür actenmäßige Belege beizubringen. Unser Blatt erhielt im April 1890, also sehr bald nach dem Kanzlerwechsel, den Auftrag, die Behauptung der freisinnigen Presse, „Fürst Bismarck lasse dem neuen Reichskanzler durch die ‚Hamburger Nachrichten‘ Schwierigkeiten bereiten“, als unwahr zurückzuweisen, und wir fügten damals (23. April) wörtlich hinzu: „Dem gegenüber constatiren wir, daß uns Fürst Bismarck vielmehr den Wunsch ausgedrückt hat, Herr von Caprivi, den er wegen seiner persönlichen Eigenschaften hoch schätze, möge seinem Charakter und der Schwierigkeit seiner Aufgabe entsprechend mit Rücksicht behandelt werden. Er, der Fürst, sei mit Herrn von Caprivi befreundet und wünsche es zu bleiben.“[1]) Eine Correctur dieser Auffassung und Stimmung des Fürsten Bismarck trat erst ein, als die ganze officiöse Presse des Grafen Caprivi consequent das Bemühen zeigte, alle ihr entstehenden Unbequemlichkeiten auf die Zeit des frühern Reichskanzlers abzuladen und die Führung der Politik unter Kaiser Wilhelm I. als möglichst ungeschickt und erfolglos darzustellen, um demgegenüber die des neuen Courses in ein günstiges Licht zu setzen. Dies geschah, obwohl bei Beginn eben dieses neuen Courses amtlich, und sogar von höchster Stelle aus, erklärt worden war, daß der neue Cours nur die Fortsetzung des alten sein würde, also der Politik, an der der erste Reichskanzler länger als ein Menschenalter mit Erfolg gearbeitet hatte. Wenn diese Behauptung der Fortsetzung ehrlich gemeint war, hätte man doch erwarten sollen, daß die officiöse Presse des neuen Courses gegen Verunglimpfungen des Fürsten Bismarck, der die Grundlagen der gesammten Politik geschaffen hat, vertheidigend auftreten werde, und daß sie das Gefühl einer Zusammengehörigkeit mit dem Leiter der Politik haben werde, als deren Fortsetzung sie die eigene angesehen wissen wollte.

Wenn wir aus Sympathie für den ersten Kanzler dessen Vertheidigung gegen die officiösen Angriffe, denen er unter seinem Nachfolger ausgesetzt war, übernommen haben, so ist uns dabei stets die Aufgabe zugewiesen worden, in der Defensive zu bleiben und Angriffe abzuwehren, die unter dem zweiten Kanzler in dessen officiöser Presse und den ihr affiliirten Organen auf die Leistungen des ersten Kanzlers

---

[1]) Vgl. im vorliegenden Werke Band I, Seite 16.

veröffentlicht wurden. Das neue Kanzlerthum übernahm eben sehr rasch anstatt der Fortsetzung des alten Courses die entgegengesetzten Auffassungen der Feinde desselben, die diesen alten Cours seit Jahrzehnten auf das Heftigste und zum Theil mit Erfolg bekämpft hatten, seit ein Theil der Nationalliberalen und der gesammte Freisinn von der Regierung abgeschwenkt und bei vielen principiell wichtigen Abstimmungen mit dem Centrum zusammen eine Majorität gegen den ersten Reichskanzler gebildet hatten.

Wir haben neuerdings in feindlichen Artikeln oft das Wort citirt gesehen: „Wir laufen Niemandem nach!“ Von der Caprivi'schen Richtung konnte man eher das Gegentheil sagen: „Wir laufen Jedermann nach und suchen die Gegner nicht zu bekämpfen, sondern durch Concessionen zu gewinnen.“ Wenn man die einzelnen Concessionen durchgeht, die unter Caprivi auch den unversöhnlichsten Gegnern des Deutsches Reiches gemacht worden sind, so wird man diesen Vorwurf berechtigt finden.

* * *

In Friedrichsruh ist folgendes Gedicht eingegangen:

Zu den Enthüllungen.

Das war wieder so ein Wasserstrahl
Zur Abkühlung der Franzosen,
Dem Zweibund fallen mit einem Mal
Die Herzen jetzt in die Hosen. —
Nun traut der Franzmann dem Russen nicht,
Die Russen nicht den Franken;
Für diese rettende neue That
Hat Wilhelm dem Fürsten zu danken. —
Wir saßen nun leider dicke drin,
Wohin uns Caprivi geschoben,
Und nur Dein streitbarer Rittersinn
Hat uns aus der Patsche gehoben. —
Ja, ja! Uns Leutchen im Sachsenland
Dein Coup war uns klar auf der Stelle,
Die Andern, die haben die Augen voll Sand,
Wir Sachsen aber sind helle!
B. d. 12. Nov. 1896.

Am 15. November kam nachfolgendes Gedicht als Telegramm:

An den Fürsten von Bismarck.

Als Luther in dem Kämmerlein
Durch manche dumme Teufelein

Geärgert ward ohn' Unterlaß,
Da griff er nach dem Tintefaß.
Satan fuhr stinkend aus dem Haus
Und mit dem Teufelsspuk war's aus.

So traf Dein Wurf aus starker Hand
Auch jetzt den Teufel an der Wand.
Den Stänkerei'n laß ihren Lauf,
Hab' Dank, und mach das Fenster auf!

Aus der Lutherzelle am 15. November 1896.

(Mehrere Unterschriften.)

* * *

Aus Neustadt a. d. Haardt (Bayr. Pfalz) wird gemeldet:

Eine vom Bunde der Landwirthe am 15. November nach Dürkheim einberufene Versammlung von Weininteressenten hat auf Antrag des Landtagsabgeordneten Dr. Deinhardt beschlossen, folgende telegraphische Kundgebung an den Fürsten Bismarck zu senden:

„Angesichts der morgigen Verhandlung im Deutschen Reichstage versichern wir Euer Durchlaucht des unbeschränkten Vertrauens und unverbrüchlicher Treue."

In Fürth hat der dortige nationalliberale Verein beschlossen, an den Fürsten Bismarck ein Telegramm abzusenden, in dem die Angriffe der Presse auf den Altreichskanzler verdammt werden.

In Klingenthal im Kgr. Sachsen hat ebenfalls eine vom nationalliberalen Wahlverein des 23. sächsischen Wahlkreises einberufene, sehr zahlreich besuchte Versammlung beschlossen, nach einem vom wärmsten patriotischen Gefühl durchwehten Vortrage des Generalsecretairs Breithaupt über die politische Lage folgende Depesche an den Altreichskanzler Fürsten Bismarck abzusenden:

„Euer Durchlaucht wollen, im Hinblick auf die unwürdigen, jeden vaterlandsliebenden Deutschen tief beschämenden Angriffe eines Theiles der deutschen Presse, den Ausdruck dankbarer Verehrung und unerschütterlichen Vertrauens einer großen Zahl in politischer Versammlung tagender Klingenthaler Bürger entgegennehmen."

Aus Auerbach i. V., 15. November, wird dem obengenannten Blatte gemeldet:

Eine von Seiten der nationalliberalen Partei auf heute Nachmittag einberufene Versammlung der Ordnungsparteien entsandte nach einem Vortrage des Herrn Generalsecretairs Breithaupt über den Reichstag und die Parteien folgende Depesche an den Altreichskanzler:

„Euer Durchlaucht sendet eine heute hier tagende zahlreiche Versammlung reichstreuer Voigtländer die Versicherung ihrer, trotz aller verdammenswerthen Angriffe, unwandelbaren Verehrung und Dankbarkeit.“

* * *

Als Antwort auf das unter dem 10. November mitgetheilte Telegramm des Professors Dr. Böhtlingk in Karlsruhe an den Fürsten Bismarck ist ein Schreiben von dem Fürsten Bismarck eingegangen, von dem man nicht bloß in Karlsruhe, sondern in ganz Süddeutschland mit großem Interesse Kenntniß nahm. Es lautet:

Friedrichsruh, den 15. November 1896. Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die wohlwollenden Worte, mit denen Sie meiner in der Versammlung am 10. d. M. gedacht haben. Zugleich bitte ich Sie, auch den Theilnehmern an dieser Versammlung den Ausdruck meines Dankes und meiner Freude, daß der Reichsgedanke in Süd-Deutschland feste Wurzel geschlagen hat, aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

* * *

Die Centrums-Interpellation kam am 16. November im Reichstage zur Verhandlung. Diese Reichstagssitzung ist ein würdiges Seitenstück zu der in unserm III. Bande behandelten vom 23. März 1895. So möge denn auch über diese ein ausführlicher Bericht hier folgen:

125. Sitzung vom 16. November 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst zu Hohenlohe, von Marschall, von Boetticher, von Goßler, von Hammerstein. Der Abgeordnete Graf Herbert Bismarck ist im Hause anwesend. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verlesung der Interpellation des Abgeordneten Grafen von Hompesch (Ctr.): „Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben, 1) ob bis zum Jahre 1890 ein geheimer Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland bestanden hat; 2) im Falle ein solcher Vertrag bestand, welche Vorgänge dazu geführt haben, ihn nicht zu erneuern; 3) welchen Einfluß die jüngsten Veröffentlichungen über diese Angelegenheiten auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältniß zu den übrigen europäischen Mächten geübt haben?“ Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. Dann erhält das Wort zur Begründung der Interpellation

Abgeordneter Graf **Hompesch** (Ctr.): Eine kürzliche Veröffentlichung hat in weiten Kreisen lebhafte Bewegung und Beunruhigung hervorgerufen und uns veranlaßt, die Interpellation einzubringen. Die „Hamburger Nachrichten“ haben Enthüllungen gebracht, welche das größte und wohlberechtigtste Aufsehen gemacht haben; aus diesen Enthüllungen war zu entnehmen, daß in den

Jahren 1884—1890 neben dem Dreibund ein Separatabkommen mit Rußland bestand, was die Gefahr in sich barg, diejenigen Mächte, welche vertragsmäßig zum Dreibund gehören, mit Mißtrauen zu erfüllen und die Friedensgarantien zu erschüttern und in Frage zu stellen. (Sehr richtig! im Centrum.) Von diesem Gesichtspunkte aus hat das deutsche Volk wohl zu verlangen, daß Auskunft gegeben wird, ob diese Enthüllungen auf Wahrheit beruhen und ob ein solches Separatabkommen mit Rußland 1884—1890 thatsächlich bestanden hat.

Der „Reichs-Anzeiger“ hat zwar eine Mittheilung gebracht, wonach die Regierung sich nicht für befugt hält, Staatsgeheimnisse öffentlich preiszugeben; indessen will ich annehmen, daß diese Weigerung sich auf den Wortlaut des betreffenden Abkommens, nicht aber auf die Existenz desselben bezieht. Ferner erscheint es angemessen, zu erfahren, aus welchen Gründen jenes Abkommen 1890 nicht erneuert worden ist, ob die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, welche dem damaligen Leiter der deutschen Politik ein solches Separatabkommen 1884 als geboten erscheinen ließen, 1890 so waren, daß der damalige Reichskanzler das Abkommen als nicht mehr im Interesse der deutschen Politik liegend ablehnte. Bei dem geringen Maß von Kenntnissen, die der Reichstag über die auswärtigen Angelegenheiten erhält, und zur Aufklärung und Beruhigung erscheint es angezeigt, von maßgebender Stelle zu erfahren, welchen Einfluß die Hamburger Enthüllungen auf die Beziehungen zu den auswärtigen, besonders zu den befreundeten Mächten haben. Es würde uns zu großer Befriedigung gereichen, wenn uns die Versicherung zu Theil würde, daß der jetzige Leiter der deutschen Politik entschlossen ist, unentwegt an dem Vertrage mit den beiden Mächten festzuhalten und daß die Enthüllungen der Hamburger Nachrichten das beiderseitige Vertrauen in keiner Weise alterirt haben. (Beifall im Centrum und links.)

Reichskanzler Dr. Fürst zu **Hohenlohe-Schillingsfürst**: Ich habe auf die Interpellation Folgendes zu erklären:

Ueber die Verhandlungen, die vom Jahre 1887 bis zum Jahre 1890 zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche stattgefunden haben, ist seiner Zeit unbedingte Geheimhaltung verabredet worden. Der Zeitpunkt, von welchem an diese Verpflichtung aufhört, kann hiernach von uns nicht einseitig bestimmt werden. Ich bin daher zur Zeit nicht in der Lage, über das Ergebniß dieser Verhandlungen amtliche Auskunft zu ertheilen.

Was sodann die Haltung der deutschen Politik gegenüber Rußland seit dem Frühjahr 1890 betrifft, so ist auch hier meinerseits eine erschöpfende Antwort nicht möglich, so lange jene Verpflichtung fortbesteht. Was in dieser Beziehung gesagt werden kann, überlasse ich dem Herrn Staatssecretair des

Auswärtigen Amts darzulegen, der damals an den Berathungen Theil genommen hat.

Nach sorgfältigster Prüfung des vorhandenen Materials kann ich nicht umhin, die Gründe, welche damals die deutsche Politik leiteten, als vollwichtig anzuerkennen. Dabei kann ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß eine ungünstige Veränderung in unseren Beziehungen zu Rußland als Folge jener Politik sich nicht fühlbar gemacht hat. Die Behauptung, daß damals oder jetzt englische oder überhaupt auswärtige Einflüsse mitgewirkt hätten, muß ich als jeder Begründung entbehrend zurückweisen. (Hört! hört! und Bravo!)

Was die Wirkung betrifft, welche die jüngsten Veröffentlichungen auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältniß zu den übrigen europäischen Mächten gehabt haben, so freue ich mich, erklären zu können, daß die Wolke des Mißtrauens, welche sich im ersten Augenblick in einzelnen Schichten der Bevölkerung jener Länder gezeigt hat (hört, hört!), wieder verschwunden ist und daß unser Verhältniß zu unseren Verbündeten nach wie vor getragen ist von unbedingtem gegenseitigen Vertrauen! (Bravo!)

Desgleichen haben unsere Beziehungen zu Rußland keinen Augenblick aufgehört, gute und freundschaftliche zu sein. (Lebhaftes Bravo!)

Staatssecretair des Auswärtigen Amts, Freiherr **Marschall v. Bieberstein**: Meine Herren, bei der Darlegung der Gründe, die im Jahre 1890 die deutsche Politik gegenüber Rußland bestimmt haben, bin ich mir der großen Schwierigkeiten meiner Aufgabe wohl bewußt. (Sehr richtig! rechts.) Sie liegen in der Sache, aber nicht nur in der Sache. Ich bitte von mir keine Enthüllungen zu erwarten. Ich habe dazu keine Ermächtigung, sie würden auch voraussichtlich nur den Streit vermehren, und an Streit haben wir genug im Lande. (Sehr richtig! rechts und aus der Mitte.) Meine Aufgabe ist die Vertheidigung, die Beleuchtung gewisser Angriffe, soweit deren sachliche Abwehr im allgemeinen Interesse nach außen und nach innen geboten ist.

In dem jüngsten Streite sind zwei Anklagen hervorgetreten, die sich nach diametral entgegengesetzter Richtung bewegen: die eine, daß die deutsche Politik nach 1890 schwere Fehler begangen, eine wichtige Sicherung und Friedensgarantie preisgegeben habe; und die andere Anklage, die sich gegen die Politik vor 1890 richtet mit der Behauptung, daß damals mit einem anderen Staate Dinge verabredet worden seien, die im Widerspruch ständen mit den bestehenden Verträgen.

Von diesen Anklagen wiegt die letzte am schwersten; denn sie trifft uns an einer Stelle, wo wir mit einem gewissen Stolze sagen können, daß wir am empfindlichsten sind (Sehr wahr! in der Mitte), — und darum wende ich mich zunächst gegen diese Anklage und weise mit aller Entschiedenheit den Gedanken zurück, als ob jemals von deutscher Seite mit irgend

einem Staate etwas verabredet worden sei, was unvereinbar wäre mit bestehenden Verträgen. (Bravo! in der Mitte und rechts.) — Das ist nicht geschehen, nicht dem Wortlaut, auch nicht dem Geiste nach; denn was je von uns verabredet wurde, sollte dem Frieden dienen, also demselben Zweck wie unsere Verträge. (Sehr richtig!) Wo immer dieser Vorwurf sein Haupt erhebt, möchte ich glauben, alle Deutschen sollten zusammenstehen, um ihn zurückzuweisen; denn wenn er Boden fassen könnte, er würde uns zum Schaden gereichen und nur unseren Feinden zur Freude und Genugthuung. (Sehr richtig!)

Weit schwieriger ist die Abwehr der zweiten Anklage. Das Gebiet meiner Ausführungen ist eng begrenzt. Ich kann nur im Wege einer akademischen Darstellung die Gründe andeuten, warum die deutsche Politik im Jahre 1890 die bekannten Wege gegangen ist, und ich knüpfe an die jüngsten Enthüllungen und an den Grundsatz an, der dabei aufgestellt wurde, daß in den Vertragsbeziehungen zweier Länder zu einander der Grundsatz gelte, die Rückversicherung stärke und vermehre die Friedensgarantie. Bei aller Bewunderung des staatsmännischen Gedankens, der diese Ziele sich steckt und der in seinen letzten Consequenzen dahin führen könnte, durch ein ganzes Netz von Defensivverträgen den allgemeinen Weltfrieden dauernd zu sichern, so wird doch der Zweifel gestattet sein, ob mit der Mehrzahl der Bündnisse und der Verträge auch der innere Werth jedes einzelnen sich steigert (Sehr gut!), ob nicht umgekehrt die Gefahr entstehen kann, daß unter den mehrfachen Sicherungen gerade die im entscheidenden Momente versagt, auf die es ankommt. (Sehr wahr! in der Mitte.)

Die Kriege, die geständiger Weise im Angriff geführt sind, gehören der Vergangenheit, der Geschichte an. Selbst bei den Nationen, die Grund zu haben glauben, mit ihrem Loos nicht zufrieden zu sein, besteht heute ein so tiefgehendes Friedensbedürfniß, gesteigert durch den heutigen Verkehr, durch die allgemeine Wehrpflicht, durch die Scheu vor den unbekannten Schrecken der modernen Kriege, daß jede Regierung, die zum Kriege entschlossen ist, Alles aufbieten wird, schon der eigenen Bevölkerung wegen, von sich das Odium des Angriffs abzuwehren. (Sehr wahr!) Die Entscheidung der Frage: wer ist der angreifende, wer ist der angegriffene Theil? wird also in der Jetztzeit dem freien Ermessen einen großen Spielraum gewähren, und daraus folgt, daß ein Bündnißvertrag, der wirksam werden soll im Fall eines fremden Angriffs, doch nur dann eine zuverlässige Schutzwehr bietet, wenn bei dem Verbündeten in jedem Augenblick auf die Gesinnung gerechnet werden darf, die ihn geneigt macht, uns als die Verfechter der gerechten Sache und den Gegner als Angreifer zu betrachten. (Sehr gut!)

Diese Gesinnung kann man nicht verabreden, man kann sie nicht in Paragraphen fassen, sie muß erworben, erhalten und gepflegt werden. Sie ent-

steht nicht mit dem Vertrag, sie braucht auch mit dessen Ablauf nicht zu verschwinden, sie beruht im letzten Ende bei Regierenden und bei Regierten auf dem Bewußtsein, daß die Erhaltung der beiderseitigen Machtstellung ein gemeinsames Interesse ist. Sie beruht nicht zum Mindesten auf der gegenseitigen vertrauensvollen Ueberzeugung, daß das, was der Eine verlangt, er unweigerlich im entsprechenden Fall auch leisten werde und leisten könne. Diese Factoren bestimmen den inneren Werth jedes Bündnisses, und es ist klar, daß diese Factoren beeinflußt und beherrscht werden durch all' die Momente, die an sich geeignet sind, auf menschliche Stimmungen und menschliche Beziehungen einzuwirken. Hier ist der Punkt, wo die Lehre versagt, daß auf politische Dinge nur politische Erwägungen einwirken, und die abstracte Formel hält gegenüber diesen Erwägungen nicht Stand, daß die Rückversicherung die Versicherung stärke. Es wird stets auf die concreten Umstände ankommen. Die nächste Frage wird immer die sein: wie wirkt die Existenz eines zweiten Bündnisses auf das erste, und wie umgekehrt? Das Material zu dieser Betrachtung und zu einem Beispiel entnehme ich den jüngsten Enthüllungen.

Es wird behauptet, daß bis zum Jahre 1890 zwischen Rußland und Deutschland volles Einverständniß darüber bestanden habe, daß, wenn eins von ihnen angegriffen wäre, das andere wohlwollend neutral bleiben müsse. Ob das zutrifft, kann ich nicht sagen, aber ich weiß, denn das ist publici juris, daß in § 1 unseres Vertrages mit Oesterreich-Ungarn vom Jahre 1879 wir Oesterreich gegenüber verpflichtet sind, wenn es von Rußland angegriffen wird, ihm mit unserer ganzen Kriegsmacht beizustehen. Diese Bestimmungen sind durchaus vereinbar. Aber wenn die Enthüllungen richtig sind, dann konnten wir in die Lage kommen, daß, wenn ein Conflict ausbrach zwischen unseren beiden östlichen Verbündeten, in dem beide die Rolle des Angreifers sich zuschoben, wir von der einen Seite angegangen wurden um wohlwollende Neutralität, von der anderen Seite um Unterstützung mit der ganzen Kriegsmacht. (Sehr gut!) Wir mußten dann die Frage entscheiden: wer ist der Angreifer, wer ist der Angegriffene? und mußten dann für den Einen gegen den Anderen optiren. Man sagt: das ist Theorie, so wird sich in der Praxis der Fall nie gestalten. Das gebe ich unbedingt zu. Für mich hat diese Betrachtung nur den Werth eines Beispiels, und ich sage: selbst wenn derartige Vertragsverhältnisse vollkommen klar zu Tage liegen die bloße Möglichkeit, derartige Fälle zu construiren — und sie wird nie auszuschließen sein bei einem mehrfachen Vertragsverhältniß — kann bei aller Loyalität menschlich und politisch bei keinem der Verbündeten die Neigung stärken, wenn wir an das Bündniß appelliren, uns jederzeit die Interpretation zu gewähren, die unserem Interesse entspricht, und ohne die der Vertrag, ein werthloses Blatt Papier ist. (Sehr wahr!) Und hier zeige ich auf die schwache Stelle der Rückversicherung.

Dazu kommt ein Anderes. Als im Jahre 1879 der deutsche Vertrag mit Oesterreich-Ungarn geschlossen wurde, war in einer besonderen Bestimmung vorgesehen, daß trotz der Geheimhaltung des Vertrages Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland unter Umständen vertrauliche Mittheilung davon gemacht werden solle. Die Mittheilung ist auch erfolgt. (Hört! hört!) Es genügt der Hinweis auf diesen Vorgang und dessen erkennbare Motive, um klarzustellen, daß die unbedingte Geheimhaltung von Verhandlungen doch für beide Theile die Möglichkeit von Schwierigkeiten und Mißverständnissen enthält, die Quelle werden kann von Verwirrungen, von Unruhen, von Factoren, die auf ganz unberechenbaren Ereignissen beruhen, und über die kein Theil eine Kontrolle auszuüben vermag. Wenn ein Staatsmann wie Fürst Bismarck die Zuversicht hatte, alle derartigen Schwierigkeiten zu beherrschen, so bin ich wahrlich der Letzte, der eine Kritik versuchen wollte. Aber ich darf doch freimüthig aussprechen, daß die Staatskunst des Fürsten Bismarck so fest steht in der Anerkennung der ganzen gebildeten Welt, daß sie keiner Bestätigung durch die Glorificirung einer einzelnen Handlung bedarf (sehr wahr!), und daß der Dank, den jeder Deutsche dem Fürsten Bismarck für Das schuldet, was er Deutschland geleistet, wahrlich nicht der Folie bedarf von schweren Angriffen auf seinen Nachfolger. (Sehr wahr! links.)

Nach dem, was ich gesagt habe, wird jeder Unbefangene zugeben, daß die Fragen, um die es sich handelt, doch einer sehr verschiedenartigen Beurtheilung fähig sind, und er wird begreifen, daß ein Mann in verantwortlicher Stellung in so wichtigen Entscheidungen nicht auf eine Autorität hin handelte, sondern nur auf seine innere Ueberzeugung, die er nach gewissenhafter Prüfung gefaßt hat. Wenn der Nachfolger des Fürsten Bismarck über die Rückversicherung und ihren Werth eine andere Auffassung hatte, wenn er in der unbedingten Geheimhaltung gewisse Gefahren mit Rücksicht auf die Beziehungen zu anderen Mächten sah, ja selbst zweifelhaft war, ob nicht die Friedensgarantie dadurch verringert werden könnte, so mag man diese Anschauung kritisiren und mag sie bekämpfen; aber ich meine, als die Ueberzeugung eines verdienten und gewissenhaften Mannes (Sehr richtig! aus der Mitte) ist sie doch erhaben über die mannigfaltigen, selbst höhnischen Angriffe, die man heute gegen ihn schleudert. (Sehr gut! links und aus der Mitte.) Es bedarf fürwahr nicht des unfaßbaren Begriffs englischer Einflüsse, um die Gründe zu verstehen, die damals den Reichskanzler von Caprivi bewogen, in diesem Sinn die allerhöchste Stelle zu berathen. (Sehr wahr! aus der Mitte.)

Diese mehr theoretische Erörterung allein wird freilich Niemanden überzeugen, man wird in der Politik auch dem Erfolge das Wort gönnen und die Frage aufwerfen: hat sich denn in der Folgezeit gezeigt, daß die damalige Politik wirklich zu einer verminderten Sicherheit, zu einer verminderten

Friedensgarantie für Deutschland geführt hat? Ist denn in den sechs Jahren jemals eine acute Kriegsgefahr entstanden? Nein! Man sagt, jene Politik habe den Draht mit Rußland zerrissen und die Beziehungen zu Rußland verschlechtert. Ich widerstehe der Versuchung, eine Vergleichung eintreten zu lassen zwischen den Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland vor 1890 und nach 1890. (Sehr gut! links und aus der Mitte.) Diese Vergleichung ist nicht nützlich, sie kann auch zu einem positiven Ergebniß nicht führen, denn Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern lassen sich nicht von den actuellen Fragen loslösen, welche die jeweilige Gesammtlage beherrschen. Es wird stets ein großes Verdienst des Fürsten Bismarck bleiben, daß er in den schwierigsten Zeiten es verstanden hat, unsere Beziehungen zu Rußland gut und freundschaftlich zu gestalten, sie nutzbar zu machen im Sinne des Friedens und indirect für die Interessen unserer Verbündeten. Die Geschichte wird einst dieses Verdienst noch in ein helleres Licht stellen, als es heute der Fall ist. (Bravo! rechts.)

Ich meine aber, es heißt das Verdienst des Fürsten Bismarck verkleinern und unterschätzen, wenn man die Behauptung aufstellt, daß im Frühjahr 1890 diese Beziehungen keine andere Grundlage gehabt hätten als das zerbrechliche Piedestal von Abmachungen, deren Existenz alle drei Jahre in Frage stand. (Sehr richtig! links und aus der Mitte.) So liegt die Sache nicht. Unsere Beziehungen zu Rußland beruhen auf einer festeren und dauerhafteren Grundlage, auf der traditionellen Freundschaft der herrschenden Familien, auf der Friedensliebe der Souveraine und der Regierungen, auf der Achtung der Verträge und dem gemeinsamen Wunsch, ihnen überall Geltung zu verschaffen, auf dem Vorhandensein mancher gemeinsamen und dem Mangel aller divergirenden Interessen, und wenn einst unsere Archive geöffnet werden, dann wird es sich zeigen, daß auch nach 1890 unsere Politik mit Erfolg thätig gewesen ist, auf dieser Grundlage unsere Beziehungen zu Rußland zu pflegen, daß seit jener Zeit keine politische Divergenz bestand, und daß wir bei diesem Streben stets volle Gegenseitigkeit gefunden haben; denn das ist die unumgängliche Voraussetzung aller guten Beziehungen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Die Behauptung, die in der Presse aufgestellt wurde, wir hätten den Draht zerrissen, wird hiernach zur Begründung doch ein festeres Material bedürfen, als den Hinweis auf Abmachungen, von denen man selbst zugiebt, daß sie der Geschichte angehören, und den Hinweis auf englische Einflüsse, von denen ich im Zweifel bin, ob sie jemals der Geschichte angehören werden. (Heiterkeit links.)

Und dasselbe gilt bezüglich des Vorwurfes, wir hätten damals eine wichtige Schutzwehr nach Westen beseitigt. Da erinnere ich doch daran, daß im Jahre 1887 der Boulangismus auf der höchsten Höhe stand; mit dessen Verschwinden sind auch die Gefahren zurückgetreten, die damals drohten, und

die Zuversicht, daß Rußland niemals eine unprovocirte Friedensstörung fördern oder unterstützen werde, ist heute ebenso fest wie damals.

Man sucht dann die deutsche Politik von 1890 verantwortlich zu machen für die heutige Gruppirung der Mächte. Auch dieser Vorwurf ist nicht begründet. Der Gedanke, daß ein Vertrag des Inhalts, wie er kürzlich enthüllt worden ist, im Stande sei, den Keil zu bilden zwischen zwei großen Nationen, die vielfach gemeinsame friedliche Interessen besitzen innerhalb Europas und außerhalb Europas, daß ein solcher Vertrag dem einen Staat ein Aequivalent bieten könnte für alles das, was er von der gemeinsamen Vertretung jener Interessen erwarten kann, das ist doch eine gewaltige Ueberschätzung, und der Nachweis wäre nicht schwer zu liefern, daß in früherer Zeit man von solchen Abmachungen eine viel kleinere Idee gehabt hat. In jenem Vorwurf liegt aber ein merkwürdiger Widerspruch. Man rühmt die Staatskunst, die es verstanden hat, neben unseren Verträgen einen anderen Vertrag mit einer dritten Macht zu schließen; aber man rühmt gleichzeitig, daß dadurch die dritte Macht außer Stande gesetzt worden sei, neben diesem Vertrag noch einen anderen zu schließen. (Sehr gut! links.) Ja, wenn uns der Dreibund nicht verhinderte, eine Abmachung zu treffen mit einer dritten Macht, warum soll denn die dritte Macht verhindert sein, mit einer anderen Macht Annäherung zu suchen, dort die Rückversicherung zu suchen (Sehr gut! links und in der Mitte), von der wir das Beispiel gegeben haben? Wenn jene dritte Macht zu einer vierten in ein ebenso intimes Verhältniß getreten wäre, wie wir es zum Dreibund waren, wir hätten uns darüber nicht erstaunen, wir hätten uns nicht beklagen dürfen. Die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich datiren doch nicht vom Jahre 1890, sie liegen in ihren Anfängen zurück bis in die 70er Jahre; sie haben sich seitdem entwickelt Hand in Hand mit der allmäligen Consolidirung der staatsrechtlichen Verhältnisse Frankreichs, mit der Erkenntniß gemeinsamer Interessen, und die Entwickelung hat auch vor dem Jahre 1890 keinen Augenblick stillgestanden; ja, sie hat damals in höherem Maße als jetzt das Augenmerk politischer und auch militärischer Kreise auf sich gezogen. (Hört, hört!) Der Gedanke, daß es die Aufgabe der deutschen Politik sein könne, zwei große Nationen zu trennen, hat niemals bestanden; es würde uns das Opfer kosten, die wir nicht leisten könnten, und würde uns abdrängen von unseren bewährten Bahnen. Die Vorwürfe und Klagen, die heute in dieser Richtung gegen die deutsche Politik des Jahres 1890 erhoben werden; sie haben noch eine ganz andere ernste Seite: sie vindiciren jenen Beziehungen eine Bedeutung, die bisher nur unsere Feinde im Auslande vergeblich diesen Beziehungen beizulegen versuchten. (Hört, hört!) Darin liegt die Warnung, wir möchten zurückkehren zu der

ruhigen, beobachtenden Haltung, die der Sachlage und unserer Würde entspricht.

Ich will auf politische Combinationen nicht eingehen, nur einen Gedanken aussprechen, daß gerade die Fragen, die heute im Vordergrunde des politischen Interesses stehen und deren Lösung voraussichtlich Jahre in Anspruch nehmen wird, daß sie es höchst unwahrscheinlich machen, daß eine der Continentalmächte einen Streitfall schaffen wollte, dessen unmittelbare Folge wäre, daß die Gruppe der continentalen Mächte sich compensirt und ihre Kräfte lahm legt zur thätigen Mitwirkung bei der Lösung jener Fragen. Auf der anderen Seite bietet gerade die Entwickelung unserer überseeischen Interessen voraussichtlich in der Zukunft Gelegenheit, mit denselben Mächten wiederum zusammenzugehen, mit denen wir im vorigen Jahre zusammengegangen sind.

Damit bin ich mit meinen Ausführungen zu Ende. Sie werden selbstredend der Kritik anheimfallen. Ich war nach bestem Willen bestrebt, nichts zu sagen, was einen Streit verbittern könne, der Niemandem frommt, und aus dem ich trotz allem Bemühen außer Stande bin, einen brauchbaren Kern herauszuschälen. (Sehr richtig!)

Die Linie der deutschen Politik ist klar vorgezeichnet: treues, unentwegtes Festhalten an unseren Bündnissen mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien (Bravo!), Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland auf der Grundlage, die ich vorhin angab, Erhaltung guter und freundschaftlicher Beziehungen mit anderen Mächten in Achtung ihrer Rechte und nach Maßgabe der Achtung, die sie unsern Rechten gewähren. (Sehr gut! und Bravo!) Bereitwilligkeit allezeit, unsere Machtstellung in die Wagschale des Friedens zu legen. (Lebhafter Beifall.) Gestützt auf diese Politik, zuversichtlich vertrauend auf unsere Wehrkraft und alle Zeit entschlossen, nach außen hin die Einheit zu bekunden, die wir unserem großen Kaiser und seinem ersten Staatsmann verdanken, ist für den Deutschen auch heute kein Anlaß zu irgend einer Besorgniß. Wir können getrost uns der Pflege unserer realen und idealen Güter widmen und voll Zuversicht in die Zukunft schauen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Lieber (C.), der vom Hause mit Ausnahme der Conservativen unterstützt wird, tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. **Lieber** (C.) spricht seine Freude über die Beantwortung der Interpellation aus und erklärt, daß er dem Beispiele folgen und Alles vermeiden wolle, was den Streit verstärken und die Uneinigkeit nach außen hervortreten lassen könne. Es solle den verbündeten Mächten und der gesammten europäischen Bevölkerung gezeigt werden, daß das deutsche Volk gesonnen ist, vertragstreu dem Frieden zu dienen.

Nach der Antwort scheidet ein großer Theil der Besorgnisse, welche sich an die Erörterung knüpften, von vornherein aus. Der Reichskanzler hat erklärt, daß er über die unter unbedingter Geheimhaltung gepflogenen Verhandlungen keine Aufklärung geben könne. Die Ausführungen des Herrn Staatssecretairs des Auswärtigen Amtes über die Zeit vor 1890 waren überall sorgfältig hypothetischer Natur. Wir sind daher außer Stand gesetzt, auf diese Dinge hier im Reichstage näher einzugehen, wenn wir nicht von vornherein die gute Absicht verleugnen wollen, was an uns liegt, die verbündeten Regierungen zu unterstützen und die Friedensliebe Deutschlands im Ausland erkennen zu lassen. In den Erklärungen des Reichskanzlers war von Wichtigkeit die bestimmte Versicherung, daß die seit 1890 eingehaltene Politik Rußland gegenüber keinerlei ungünstige Veränderungen in den Beziehungen zu Rußland zur Folge gehabt habe. Nicht minder beruhigend, wenn auch etwas mehr überraschend, war die runde Inabredestellung von Behauptungen, die erst jetzt wieder in der Presse laut geworden sind, die Versicherung, es seien keinerlei englische Einflüsse maßgebend gewesen. Ich hoffe, daß diese runde und nette Versicherung des Reichskanzlers nunmehr endlich die stets wiederkehrende Behauptung beseitigen wird, daß englische Lasten auf deutsche Schultern gebürdet seien.

Für uns als Mitglieder des Reichstages war von besonderem Werth die Versicherung, daß die Wolken des Mißtrauens, die sich in den verbündeten Staaten gezeigt haben, inzwischen verschwunden sind. Gerade der Bevölkerung der verbündeten Staaten mußte die Ueberzeugung gegeben werden, daß das deutsche Volk gesonnen ist, die eigene und die verbündeten Regierungen zu unterstützen und damit den Bestand des Dreibundes und des europäischen Friedens zu sichern. Denn die Zeiten sind vorbei, wo Bündnisse ausschließlich auf dem guten Willen der Regierungen beruhen.

Der Herr Staatssecretair hat erklärt, daß kein Vertrag abgeschlossen sei, der den bestehenden Verträgen widersprochen hätte. Wenn wirklich ein Abkommen geschlossen wäre, wie es die „Hamb. Nachr." behaupten, so würde das nicht den Empfindungen entsprochen haben, von denen der Herr Staatssecretair sprach. (Widerspruch bei den Nationalliberalen und auf der Rechten.) Da hätte die hohe Diplomatie sich in Widerspruch gesetzt mit der Volksmeinung. Die Sache wäre wohl anders beurtheilt worden von dem Herrn Staatssecretair, wenn es sich nicht um Rußland und Frankreich, sondern um Oesterreich und Frankreich, um ein Sonderbündniß zwischen diesen gehandelt hätte. (Sehr richtig! links.) Unserer Meinung nach hätten derartige Abkommen nicht abgeschlossen werden sollen und können nicht mehr abgeschlossen werden in Zukunft, so lange der Dreibund besteht. Ich freue mich, daß das alte Vertrauen zur deutschen Treue sich wieder gefestigt hat. Das Vertrauen wäre nicht erschüttert worden, wenn diese Enthüllungen

statt auf dem Redactionstisch der „Hamb. Nachr." auf dem des Vorwärts sich gefunden hätten. (Sehr richtig! links.) Wir stehen fest zu dem Grundsatz: Deutschland muß sein der Freund der Freunde unserer Freunde und der Feind der Feinde unserer Freunde. (Beifall.)

Abg. **von Manteuffel** (deutschcons.): Nach den Erklärungen des Reichskanzlers hätten wir eine Besprechung der Interpellation nicht für nothwendig gehalten. Nachdem sie aber beliebt ist, halte ich es für angezeigt, mich mit wenigen Worten daran zu betheiligen.

Sowohl der Interpellant wie der Vorredner haben betont, daß die Interpellation nothwendig geworden sei wegen der Beunruhigung in weiten Kreisen, insonderheit bei unseren Verbündeten, und Herr Lieber hat seinen Dank ausgesprochen, daß diese Beunruhigung beseitigt ist. Ich glaube im Namen aller meiner politischen Freunde aussprechen zu können, daß bei uns von Beunruhigung thatsächlich niemals die Rede war (Gelächter bei allen Parteien mit Ausnahme der Conservativen und Nationalliberalen), und auch sonstwo haben wir keine Beunruhigung gemerkt (Widerspruch links und im Centrum). Die ersten Wolken der Beunruhigung haben sich sehr bald wieder zerstreut.

Der Vorredner hat die Hoffnung ausgesprochen, daß in Zukunft ein solcher Rückversicherungsvertrag nicht wieder abgeschlossen würde. Auf diesem Standpunkte stehe ich mit meinen Freunden nicht. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß das Rückversicherungsverhältniß bestanden hat zu unserem Besten und zum Besten des europäischen Friedens; deshalb sehe ich nicht ein, weshalb man nicht wieder dazu greifen sollte (Widerspruch) im Interesse des europäischen Friedens, an dem doch Allen gelegen sein muß. (Heiterkeit.) Meines Wissens haben doch die verbündeten Regierungen von diesem Rückversicherungsvertrag Kenntniß gehabt. (Widerspruch links und im Centrum.)

Es mußte der Rückversicherungsvertrag sogar dem Dreibund das Zeugniß ausstellen, daß er wirklich nur eine defensive Bedeutung hatte. Die ganze Theorie des Staatssecretairs des Aeußern über die Beziehungen der Staaten untereinander war eine ungemein geistreiche, aber in der Praxis wird es sich niemals so gestalten, wie er ausgeführt hat, und die Geschichte wird ihm auch nicht Recht geben, und solche Bündnisse werden in der Geschichte immer als vom höchsten Werth erkannt werden. Die H a n d, w e l c h e a u f d e r C l a v i a t u r r u h t, m u ß e i n e g e ü b t e, i m S p i e l e n g e s c h i c k t e H a n d s e i n. Darauf kommt es an.

Bezüglich der Interpellation selbst sind wir dankbar für die Aufklärung, daß irgend welche Störungen sich nicht ergeben haben, daß namentlich englische Einflüsse nicht maßgebend gewesen sind. Ich bin auch dankbar dafür, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland die denkbar besten sind. Ich lege darauf einen besonderen Werth. Ich denke, das Einvernehmen

der beiden Monarchen, welches wir in Breslau erlebt haben, ist von hoher Bedeutung, und was in Frankreich geschehen ist, hat das nicht beeinträchtigt. Die Beziehungen zwischen Deutschland bezw. dem Dreibund einerseits und Rußland andererseits sind sehr viel werthvoller als die Beziehungen zu allen anderen Staaten, weil wir in Rußland mit einer starken Monarchie zu thun haben, während die leitenden Männer anderer Staaten von den dortigen Parlamenten abhängig sind, und das ist ein unsicheres Substrat. Unter den bestehenden Verhältnissen kann Deutschland seine Aufgabe erfüllen, ein Wahrer des Friedens zu sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Enneccerus** (ntlb.): Ich bin dankbar dafür, daß niemals ein Vertrag stattgefunden hat, der der Vertragstreue widersprochen hätte. Diese Stelle der Rede des Reichskanzlers bezog sich zweifellos auf den Neutralitätsvertrag mit Rußland, dessen Dasein der Reichskanzler nicht anerkennen konnte, an dessen Dasein wir aber glauben, den wir für keine Erschütterung, sondern für eine Befestigung des Dreibundes halten. Meine Freunde stimmen dieser Anschauung einmüthig und mit großer Freude zu. Nachdem ein mächtiges, einheitliches Reich entstanden war, da hat der Schöpfer des Reiches seine Sorge unablässig darauf verwendet, die Macht des Reiches zu vermehren und sie im Interesse des Friedens zu verwenden.

Der Dreibund und der russische Neutralitätsvertrag sind zwei hochwichtige Schritte auf diesem Wege. Der Dreibund ist kein bloßer Bund der Herrscher allein, er hat im Verständniß und in den Herzen der Völker Wurzel geschlagen. Wir sehen außer unserer eigenen Macht die Schutzwehr des Friedens; der Dreibund ist ein defensiver, er kann nichts Anderes sein, wenn er nicht aus einer Sicherung in eine Gefährdung des Friedens umschlagen soll. Die verbündeten Regierungen sprechen sich Schutz und Hülfe lediglich für den Fall zu, daß eine von ihnen angegriffen wird, daß aber diesem rein defensiven Bunde keine aggressive Tendenz nach irgendwelcher Richtung hin innewohnt. Für den Fall des Angriffes haben sie sich volle Freiheit vorbehalten, und für diesen Fall können sie auch Verträge abschließen. Die freundschaftlichen Gesinnungen gehen über die vertragsmäßigen Verpflichtungen weit hinaus, aber auch diese freundschaftlichen Gesinnungen verletzt der Neutralitätsvertrag nicht, indem er sich nur auf den Fall des Angriffes beschränkt.

An der vollen Vertragstreue der deutschen Regierung kann kein Zweifel bestehen, und in der Erklärung des Herrn Staatssecretairs sehen meine Freunde eine volle Bestätigung ihrer Auffassung. Auf die andeutenden Betrachtungen des Herrn Staatssecretairs über den Werth von Rückversicherungen einzugehen, kann ich um so mehr verzichten, als die vom Fürsten Bismarck inaugurirte Politik, treues Festhalten am Dreibund und Pflege guter Beziehungen zu Rußland, beibehalten werden soll. Meine Freunde haben diese Erklärung mit Befriedigung aufgenommen.

Abg. **von Gültlingen** (Rp.): Nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers hat die Reichspartei kein Bedürfniß zur Besprechung der Interpellation, um so weniger, als unsere Anschauungen mit den von Seiten der Conservativen und Nationalliberalen ausgesprochenen Ansichten übereinstimmen. Die Reichspartei wird sich daher an solchen Besprechungen nur dann betheiligen, wenn sich die Nothwendigkeit herausstellen sollte, ungerechtfertigte Angriffe zurückzuweisen. (Zustimmung rechts, Lachen links.)

Abg. **Richter** (fr. Vp.): Die Enthüllungen haben eine Erregung in der gesammten europäischen Welt hervorgerufen, so daß man es nicht verstanden hätte, wenn man in Deutschland sich darüber hätte ausschweigen wollen. Der deutsche Reichstag würde damit in eine subalterne Stellung gerückt worden sein. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Durch die Besprechung hat sich das Centrum das Verdienst erworben, daß sich eine Discussion außerhalb der Etatsberathung ermöglicht hat. Es kommt nicht bloß darauf an, daß die Regierungen selbst ihre Meinungen unter einander kundgeben, sondern auch, daß die öffentliche Meinung zum Wort kommt, wie sie durch die Parlamente vertreten ist. Freiherr von Manteuffel hat sich freilich sehr abfällig über Parlamentarismus ausgesprochen, er hat mehr Vertrauen zum Absolutismus in Bezug auf die äußere Politik. Warum nicht auch in Bezug auf die innere Politik? (Heiterkeit links.) Eine Regierung, welche sich auf das Volk stützt, ist besser als eine absolutistische, wo der ganze Rückhalt auf die Nerven eines einzelnen Mannes gestützt ist. (Sehr richtig! links.)

Die Festigkeit des Dreibundes beruht auf den dauernden gemeinsamen Interessen unserer Völker. Wir haben dem Fürsten Bismarck in mancher Beziehung entgegentreten müssen, aber wir haben den Abschluß des Dreibundes als eine glückliche That für Deutschland betrachten müssen. Um so peinlicher war der Eindruck der Enthüllungen der „Hamb. Nachr.", der allerdings dadurch abgeschwächt wurde, daß auch verrathen wurde, daß der Vertrag nicht wieder erneuert sei. Die Verwerfung, die Verurtheilung solcher Rückversicherungsverträge ist um so nothwendiger, damit keine Consequenzen gezogen werden. In Italien giebt es Bestrebungen, welche für Italien freie Hand verlangen. Jedermann hat es für selbstverständlich erachtet, daß wir nach den Handelsverträgen mit Oesterreich und Italien auch noch einen solchen mit Rußland abschließen mußten. Niemand wird es Italien verdenken, wenn es mit Frankreich einen Handelsvertrag abschließt. Auch politische Verträge sind nicht ausgeschlossen. Aber es giebt eine Grenze für solche Sonderverträge; Verträge, welche die Stellung der Dreibundstaaten unter einander zu verschieben geeignet sind, müssen den Dreibundstaaten mitgetheilt werden. (Sehr richtig! links.)

Fürst Bismarck scheint seinen Freunden im Reichstage nicht getraut zu haben bezüglich seiner Vertheidigung (Heiterkeit); er hat selbst das Wort ge-

nommen einem Interviewer gegenüber, über dessen Unterhaltung das „Neue Wiener Tageblatt“ berichtet. Der Graf Bismarck, den wir ja zu unserer Freude heute unter uns sehen, kann ja das Falsche berichtigen. Wenn Fürst Bismarck der Meinung ist, daß er den geheimen Vertrag veröffentlichen kann, so macht er sich selbst den Vorwurf des Vertrauensbruchs Rußland gegenüber. (Zustimmung links.)

Ein solches Vertrauensverhältniß im Dreibunde ist insbesondere nothwendig im Verhältniß gegenüber Oesterreich-Ungarn. Niemand hat das Verhältniß besser geschildert als Fürst Bismarck selber hier im Hause, indem er das Verhältniß zu Oesterreich als besser schilderte, als es jemals im Heiligen römischen Reiche und im Deutschen Bunde der Fall gewesen sei. Der Herr Staatssecretair hat mit Recht geschildert, welche precäre Lage durch Rückversicherungsverträge entsteht. Für Oesterreich-Ungarn ist die Balkanhalbinsel die Wetterecke. Es kann Oesterreich in eine Lage kommen, die es zwingt, formell selbst zum Angriff überzugehen. Unsere Interessen sind dort mit den österreichischen nicht identisch. Aber wir haben das Interesse, dort freie Hand zu behalten, und diese freie Hand ist gefesselt worden durch die deutsch-russischen Assecuranzverträge. Was wäre geschehen, wenn der Verrath erfolgt wäre zur Zeit, als der Assecuranzvertrag noch in Kraft war? Er hätte wie eine Sprengbombe auf den Dreibund gewirkt. Es wäre Alles in die Hand des Czaren gegeben gewesen; der Czar hätte im Kriegsfall den Vertrag veröffentlichen können, wie andere diplomatische Actenstücke veröffentlicht sind, und er hätte den Dreibund dadurch gesprengt. (Sehr richtig! links und im Centrum.)

Als der Vertrag 1884 geschlossen war, wurden die russischen Anleihen von der Seehandlung begeben; das war ein Fehler, aber ein noch größerer Fehler war das Verbot der Lombardirung russischer Anleihen. Die Massenausweisung russischer Bauern war auch nicht den Frieden fördernd. Geantwortet hat man mit der Verfolgung des Deutschthums in Rußland. Den Zollerhöhungen Deutschlands folgten die Zollerhöhungen Rußlands. Die damaligen Beziehungen hatten eine sehr frostige Natur; Handel und Wandel litten darunter, und der Boulangismus hat gerade in Folge dessen sich bemerkbar gemacht. Damals mußte Fürst Bismarck dem Czaren den Beweis liefern, daß er die Depeschen in der bulgarischen Angelegenheit nicht verfaßt hatte. Wahrscheinlich nahm der Czar an, daß ein solcher Freund der Rückversicherung noch eine vierte Rückversicherung abgeschlossen hatte. (Sehr richtig! links und im Centrum.)

Zu dem Fürsten Bismarck, als dem sogenannten ehrlichen Makler, hatte Rußland seit dem Congreß ein so besonderes Mißtrauen, daß es den Rückversicherungsvertrag abschloß, und durch die Entfernung des Fürsten Bismarck fiel jeder Grund zu einem solchen Vertrag. (Heiterkeit.)

Wenn die Conservativen ihre Genugthuung über die guten Beziehungen zu Rußland ausgesprochen haben, Ihr Verdienst (zu den Conservativen gewendet) ist es nicht, sondern das Verdienst des Grafen Caprivi, der den Handelsvertrag abgeschlossen hat, dessen Abschluß dem Fürsten Bismarck nicht gelungen ist. (Zustimmung links; Widerspruch rechts.) Graf Caprivi hat die alten Beziehungen wieder angeknüpft. Wenn Fürst Bismarck meint, daß der Faden mit St. Petersburg abgerissen sei, so will mir fast scheinen, daß man zu freundlich zu Rußland ist. (Sehr richtig! rechts.)

Welcher Grund lag für den Fürsten Bismarck vor, dieses Staatsgeheimniß zu verrathen? Was die Presse des Fürsten Bismarck dann veröffentlicht hat, reicht nicht aus, ihn zu rechtfertigen. Das hat er auch wohl selbst eingesehen. Seine Presse äußerte sich dahin, daß die Veröffentlichungen abkühlend wirken sollten auf die Vereinbarung zwischen Rußland und Frankreich. Die Veröffentlichung eines alten Vertrages wirkt nicht abkühlend auf gegenwärtige Liebeswerbungen. (Sehr richtig! links.) Die Franzosen wissen sehr gut, woran sie mit den Russen sind, und werden einer Belehrung darüber aus den „Hamburger Nachrichten" nicht bedürfen; bei ihnen ist auch die Veröffentlichung spurlos vorübergegangen. Rußland gegenüber war der Bruch des Geheimnisses eine unfreundliche Art des Sich-in-Erinnerung-Bringens. Die Verdächtigungen über englische Einflüsse u. s. w., welche durch keine Thatsache beseitigt werden, sind die schlimmsten Verdächtigungen. Die leitenden Personen erscheinen dadurch in einem so ungünstigen Lichte, wie man sich nur denken kann.

Ich fordere den Grafen Bismarck auf, seinen Vater zu vertheidigen und den Beweis für die Verdächtigungen zu versuchen. Seit sechs Jahren lebt Fürst Bismarck fern von der Politik. Kann er auf Grund solchen Klatsches hier solche Vorwürfe erheben gegen die Regierung und höher hinaus? (Widerspruch rechts.) Diese Angriffe stellen die Krone hin als Marionette englischer Einflüsse. (Sehr richtig! links.) Dagegen muß ich mich verwahren, wenn ich auch kein Freund der Regierung bin. (Zustimmung links.) Wir können nur urtheilen nach dem, was wir sehen, und danach sind diese Anklagen durchaus unberechtigt.

Fürst Bismarck spricht von einer Depression, die nach den Breslauer Kaisertagen eingetreten sei. Ich bin umgekehrt der Meinung gewesen, daß der Optimismus nicht berechtigt war, der sich gezeigt hat, denn ich bin nicht der Meinung, daß der Kaiser von Rußland seine Truppen bloß unterhält zum Schutz der heiligsten Güter Europas. Die überseeischen Interessen, die uns vielleicht mit England in Widerspruch setzen, haben lange nicht die Bedeutung wie die europäischen gemeinsamen Interessen. Die Veröffentlichungen haben gewirkt wie der Schuß mit einer 26 Centimeter-Kanone in die Dunkelheit. Wenn der Schuß kein Unheil angerichtet hat, so ist es das Verdienst

des Schützen nicht. Ob die Strafgesetzbestimmungen anwendbar sind, ist nicht zu erörtern. Mit Rücksicht auf das hohe Alter und das Verdienst des Fürsten Bismarck muß hier Gnade vor Recht ergehen. (Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen.) unverschämt!

Fürst Bismarck spricht von den Angriffen der Demokraten und der officiösen Demokraten; das sind dieselben Organe, welche ihm jahrelang treu gedient haben. Die Presse hat sich jahrelang mit dem Fürsten Bismarck weniger als je befaßt, und die freisinnige Presse kann ihr Kritikbedürfniß der gegenwärtigen Regierung gegenüber vollauf befriedigen, sie braucht nicht in die Vergangenheit zurückzugreifen, die nur historisches Interesse hat. Wenn aus der alten Raketenkiste ein Brander losgeschossen wird, so eilen nur Diejenigen herbei, welche ihn für feuergefährlich halten. (Heiterkeit.)

Hier treten die staatsgefährlichen Consequenzen des Hausmeierthums hervor, welches wir schon in seinen ersten Ansätzen stets bekämpft haben. Sein jetziges Verhalten ist ein Zeugniß dafür, daß wir ihn stets richtig beurtheilt haben. Menschlich ist sein Verhalten mir ganz klar. Er hat sich in die Vorstellung eingelebt, daß er bis an sein Lebensende berufen sei, das Reich zu leiten, er hat sich so mit dem Deutschen Reich identificirt, daß er seine Amtsentlassung als eine Depossedirung ansieht, daß er jede nachfolgende Regierung als eine Fremdherrschaft betrachtet; und wenn die Regierung noch so freundlich und zuvorkommend ist, wie Fürst Hohenlohe, er betrachtet sie als Eindringling in eine Familienbesitzung. (Heiterkeit.) Wir sind unbefangen genug, daraus mildernde Umstände dem Fürsten Bismarck zuzubilligen. Er hätte niemals so werden können, wenn er seiner Genialität entsprechend immer Anhänger gefunden hätte. Er fand statt dessen immer eine blinde Gefolgschaft, welche sich in einem Cultus der Anbetung und Beweihräucherung gefiel, der schon manchen großen Staatsmann irregeführt hat. (Zustimmung links und im Centrum.)

Giebt es nicht jetzt noch Conventikel, welche sagen: Was Bismarck thut, ist wohlgethan!? Ich bin weit entfernt, die Haltung der Parteien im Reichstage zusammenzuhalten mit dem, was im Lande geschieht. Die Zurückhaltung der drei Parteien beweist, daß sie mit ihrer Vergangenheit nicht brechen wollen, aber auch den Fürsten Bismarck nicht vertheidigen können. (Widerspruch.) Sie wünschen, es wäre Abend, und es wäre Alles erst vorüber. (Heiterkeit.) Nur die Antisemiten sind es, die noch geschlossen dem Fürsten Bismarck huldigen, soweit ist der Bismarckcultus zurückgekommen. (Widerspruch.)

Die unarticulirten Laute beweisen nichts. Wir sind niemals die Feinde des Fürsten Bismarck gewesen (Widerspruch), wir sind seine Gegner gewesen. Fürst Bismarck mag sich betheiligen an den öffentlichen Dingen, wo er will, bei den Handelsverträgen, bei der Doppelwährung, kurz bei dem ganzen

Ressort des Bundes der Landwirthe, aber er mag Dasjenige, was er uns immer empfohlen, für sich selbst beherzigen, aber in auswärtigen Angelegenheiten mag er die Zurückhaltung beachten, die wir zu beachten immer als patriotische Pflicht empfunden haben. (Beifall links.) Richtersche Salbaderei!

Abg. Graf **Mirbach** (deutschcons.): Herr Richter meint, daß nur eine kleine Gruppe hinter dem Fürsten Bismarck stehe. Herr Richter allerdings ist zu dieser Behauptung besonders berechtigt, er, dessen Gruppe bei den ersten Wahlen mit Null Vertretern gewählt wurde. Wir sind dem Fürsten Bismarck dankbar wie früher. Er ist ein Mensch wie jeder Andere; er hat seine Schwächen, aber die Lichtseiten seines Charakters sind so groß, daß jeder deutsche Mann ihm zum tiefsten Danke verpflichtet ist. (Beifall rechts.)

Herr Richter hat den Fürsten Bismarck als den größten Staatsmann des Jahrhunderts bezeichnet. Das wird dem Fürsten Bismarck gleichgültig sein. Ich weiß nicht, ob Graf Bismarck dem Vorredner antworten wird; ich würde es verstehen, wenn er es nicht thut. (Sehr richtig! rechts.) In seinem Namen kann ich aber erklären, daß er das Interview, welches im „Neuen Wiener Tageblatt" veröffentlicht ist, für apokryph hält. Und auf solche Acten basirt Herr Richter seine Angriffe.

Aus dem Verhalten Deutschlands, welches 1878 treu dem russischen Reiche zur Seite stand, können keine Vorwürfe gegen den Fürsten Bismarck hergeleitet werden. Bei den Handelsverträgen sind wir allerdings viel zu freundlich Rußland gegenüber gewesen; Handelsverträge sollten nicht von politischen Tendenzen unterstützt werden. Das war ein Fehler des Grafen Caprivi.

Die Kundgebungen der „Hamburger Nachrichten" sind hauptsächlich in der freisinnigen Presse discreditirt worden. Herr Richter spricht von den naturgemäßen guten Beziehungen zu Oesterreich. Vor 30 Jahren waren die Beziehungen nicht so freundlich. Unsere Grenzverbindung mit Rußland ist eine engere. Ich will aber über die Beziehungen kein Urtheil abgeben, ich bin kein Diplomat wie Herr Richter. Dieser hat vergessen, in welcher schwierigen Lage Fürst Bismarck Rußland gegenüber sich befand, als damals die Wogen der panslawistischen Bewegung hochgingen. Da gehörte das ganze Geschick des Fürsten Bismarck dazu, die guten Beziehungen aufrecht zu erhalten.

Ich bin dankbar dafür, daß die Herren von den Nationalliberalen und Freiconservativen die Verdienste des Fürsten Bismarck anerkannt haben; die Conservativen sind ihnen dafür dankbar. Der Staatssecretair erklärte: je mehr Verträge, desto mehr verschwinde der einzelne. Ich glaube, er hat nicht ganz Recht. Es gehört eine geschickte Hand dazu, um Alles richtig functioniren zu lassen. Da ich von Herrn von Marschall's Fähigkeiten eine hohe Meinung habe, so möchte ich ihm das System der Rückversicherungsverträge warm empfehlen. (Heiterkeit links.) Jedenfalls ziehe ich das System Bismarck dem System Richter vor. (Zustimmung rechts.)

Die Veröffentlichung der „Hamburger Nachrichten“ kann nur Derjenige richtig beurtheilen, der die Fäden der europäischen Politik kennt. Aber das wird Niemand behaupten können, daß kleinliche persönliche Motive ihn geleitet haben. (Zustimmung rechts.) Man könnte es begreifen, daß er den Wunsch gehabt hätte, einen Vergleich zwischen seiner auswärtigen Politik und der gegenwärtigen zu ziehen. Das hatte er nicht nöthig. Denn die gegenwärtige Politik hat eine recht harte Kritik erfahren, und Fürst Bismarck hat dem Deutschen Reiche einen großen Dienst erwiesen. (Widerspruch links und im Centrum. Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Wenn gewisse Blätter den Versuch machen, den Kundgebungen der „Hamburger Nachrichten“ eine Spitze zu geben gegen eine gewisse Stelle, die außerhalb der Discussion steht, so ist das der Gipfel der Unverschämtheit. (Beifall rechts; Widerspruch links.) Das ist nur dazu geeignet, das monarchische Gefühl zu untergraben. Fürst Bismarck hat unter Einsetzung seines Vermögens und seines Kopfes das Fundament des Deutschen Reichs, ein starkes preußisches Königthum geschaffen. (Zustimmung rechts.) Das waren unsterbliche Verdienste, und ich muß dagegen Protest erheben, daß er gegen die Krone seine Angriffe hätte richten wollen. Wer so etwas geleistet hat, bleibt bis in sein letztes Lebensalter Monarchist. (Lebhafter Beifall rechts.) Man hat sich etwas herostratischen Ruhm erwerben wollen, und das gönne ich den Herren gern. (Beifall rechts.)

Abgeordneter **Liebknecht** (Soc.) freut sich, daß der Reichstag in dieser Sache nicht geschwiegen hat, die allerdings die anderen Parteien mehr aufgeregt hat, als seine Freunde, für die Fürst Bismarck nur ein Product der Verhältnisse sei. Der geheime Vertrag mit Rußland war ein Verrath am Dreibunde; das ist in Oesterreich anerkannt worden, und es ist bedauerlich, daß man in Deutschland nicht überall das richtige Verständniß hat, eine unehrenhafte Handlung als solche zu bezeichnen. (Widerspruch rechts.) Fürst Bismarck habe Oesterreich aus Deutschland hinausgedrängt, Frankreich wurde nach der Versöhnung zwischen Deutschland und Oesterreich gezwungen, sich Rußland in die Arme zu werfen. Redner ergeht sich unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses in längeren Ausführungen über die auswärtige Politik und die auswärtigen Verhältnisse. Fürst Bismarck habe Das, was er gesündigt, als Vertreter des Capitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft gesündigt.

Die französisch-russische Allianz ist geschlossen, England steht vereinzelt da. Wenn es Deutschland feindlich wäre, wer sollte in einem Kriege Deutschlands gegen zwei Fronten Deutschland verproviantiren? Auf dem internationalen Arbeitercongreß in London wurde dafür eingetreten, daß alle Regierungen außer Stande gesetzt werden müßten, geheime Verträge abzuschließen; es müsse endlich gebrochen werden mit der doppelten Moral der Diplomaten,

und Ehrlichkeit müsse wieder die beste Art der Politik werden. Gegenüber den Greueln in der Türkei sollte doch Europa einig sein, aber ein Vertreter der Mächte arbeitet gegen den anderen, und die Greuel, über die man jammert, bleiben bestehen. Hier muß endlich Wandel geschaffen und die Grundsätze der Gerechtigkeit zur Geltung gebracht werden.

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Die heutige Discussion hat sich verhältnißmäßig weniger mit der Interpellation, als mit der Person des Fürsten Bismarck beschäftigt. Gegen Herrn Liebknecht will ich nichts sagen, man kann ihn wirklich nicht ernsthaft nehmen, wenn er Bismarck einen großen Verbrecher nennt. Auf die Erklärungen der Regierung über die Verträge will ich nicht eingehen, wenngleich sie nicht ganz unbedenklich sind. Mit dem Abg. von Manteuffel bin ich der Meinung, daß es nicht so sehr auf die Art und Weise der Politik ankommt, als auf die Männer, welche die Politik vertreten.

Wenn der Abg. Richter gemeint hat, der Fürst Bismarck wäre zur Geheimhaltung umsomehr verpflichtet gewesen, als 1884—1890 unbedingte Geheimhaltung von Seiten der jetzigen Vertreter der Regierung betont worden wäre, so verwechselt er eben beide Perioden. Fürst Bismarck sprach in seinen Veröffentlichungen von der Periode von 1884; ob er zur Veröffentlichung berechtigt war oder nicht, darüber will ich mir kein Urtheil erlauben; er sagt, diese Dinge gehören der Vergangenheit und der Geschichte an, wir haben keinen Grund, sie geheim zu halten; aber die unbedingte Geheimhaltung, von der Richter sprach, bezog sich auf diejenigen Verhandlungen, welche 1887 über die Verlängerung des Vertrages geführt worden sind.

Wir sind ja von dem Freisinn gewohnt, daß er an der Politik des Fürsten Bismarck eine sehr herbe Kritik übt. Die Angriffe des Abg. Richter decken sich ungefähr mit denjenigen des Herrn Virchow vom Jahre 1864, wo er sagte, der Ministerpräsident habe eine solche Masse von wechselnden Standpunkten eingenommen, daß man ihn eigentlich gar nicht fassen könne. Man könne ihn eigentlich nur darin angreifen, daß er keine eigene Politik hat, daß er ohne Compaß hinausstürme. Dem Ministerpräsidenten gehe seiner ganzen Entwickelung nach jedes Verständniß für das nationale Wesen und die nationale Politik ab.

Die Art und Weise, wie der Fürst Bismarck kritisirt wird, erinnert an die Kritik, die in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts an dem Großmeister der deutschen Dichtkunst, an Goethe geübt wurde. In der Literatur der damaligen Zeit finden Sie einen ebenso heftigen Krieg gegen Goethe, wie heute in der fortschrittlichen, socialdemokratischen und auch ultramontanen Presse gegen den Fürsten Bismarck. Und wie werden die Kritiker von damals heute angesehen! Sie waren zu klein und konnten den Maßstab für die Größe Goethe's nicht finden. (Sehr gut! rechts.) So auch heute. Die

Kritiker sind zu klein, um den Maßstab für die Größe eines Staatsmannes, wie des Fürsten Bismarck, zu finden.

Der Abg. Richter meint, unsere und die englischen Interessen wären identisch. Das kann ich unter keinen Umständen zugeben. Aus englischen Zeitungen werden Sie das Gefühl herausfinden, daß England sich in einer isolirten Situation befindet, weil keine Macht sich mit ihm verbinden will. Jede andere Macht hat erfahren, daß England rücksichtslos seine eigenen egoistischen Interessen vertritt, und das höchste Interesse für England wäre allerdings, die deutsche Armee für seine Interessen einmal marschiren lassen zu können. Und zu diesem Zwecke ist es sein dringendes Interesse, uns in eine schlechte Situation mit Rußland zu bringen. Das liegt für Jeden auf der Hand, der von der Politik das ABC versteht. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben alle Veranlassung, mit der englischen Nation, die eine so große Culturträgerin ist, in Frieden und Freundschaft auszukommen; aber großer Vorsicht bedarf jede Politik England gegenüber, denn die Engländer haben es immer vortrefflich verstanden, die Dienste und Schwerter anderer Nationen für sich in Anspruch zu nehmen. Ich bin dem Abg. Lieber dankbar, daß er die Debatte nicht durch persönliche Ausfälle auf den Fürsten Bismarck verbittert hat, von denen er sich in Volksversammlungen nicht frei gehalten hat. Ich verüble ihm das nicht, in Volksversammlungen spricht Jeder einmal etwas mehr, als er verantworten kann. (Große Heiterkeit.)

Herr Lieber ist wohl nachträglich zu dem Bewußtsein gekommen, daß ohne die conservative Partei eine positive Politik in Deutschland nicht gemacht werden kann, ohne die nationalen Parteien, will ich lieber sagen, denn die gehören mit zu den Conservativen. Es muß ein Weg zur Verständigung zwischen dem Centrum und diesen Parteien gefunden werden. Und das wäre sehr erschwert worden, wenn die Herren diese Debatte in heftigem Tone geführt hätten. Die großen Politiker des Centrums, Windthorst und Freiherr von Franckenstein, hatten von dem staatsmännischen Genie des Fürsten Bismarck eine andere Meinung, als sie jetzt in manchen Versammlungen von Herren des Centrums dargelegt wird. (Heiterkeit im Centrum.)

Vom Fürsten Bismarck geht manchmal eine That oder ein Wort aus, was allgemeines Erstaunen und Verblüffen selbst bei seinen größten Anhängern erregt (Heiterkeit), die sich im Augenblick nicht zurechtfinden. Aber in der übergroßen Mehrzahl aller dieser Fälle hat die Weiterentwickelung klar gezeigt, daß Fürst Bismarck zu jeder Zeit das Wohl und Wehe des Vaterlandes im Sinne hatte. (Rufe: Das Wehe! — Heiterkeit.)

Wenn die Herren, die in der freisinnigen Presse ihr Unwesen treiben, dem Fürsten Bismarck schlechte Motive unterschieben, so habe ich immer das Gefühl, was müssen die Herren für schlechte Erfahrungen in ihren nächsten Kreisen von Politikern gemacht haben! Wir wissen, daß Fürst Bismarck

jeder Zeit bereit ist, Alles hinzugeben für das Wohl des Vaterlandes (Lachen links), ja Alles hinzugeben. Sie (links) haben ihm immer egoistische Interessen untergeschoben. In der großen Zahl Derer, die ihm noch treu anhängen — und es sind Millionen —, herrscht das Bewußtsein: Fürst Bismarck hat nichts gethan, was er nicht für das Wohl und das Gedeihen des Deutschen Reiches für nothwendig hielt. Sie (links) haben die Nothwendigkeit seiner früheren Politik niemals einsehen können, vielleicht hatte er da manchmal recht, und vielleicht hat er auch heute recht.

In den Blättern wird gesagt, die Desertion aus den Reihen der Bismarckfreunde wäre bei dieser Gelegenheit außerordentlich groß gewesen. Ich habe das nicht finden können, es sind mir nur ganz vereinzelte Fälle bekannt. Die Desertion, die wir früher erlebt haben, als der neue Cours kam, hat jetzt nicht stattgefunden. Damals lagen der Desertion Motive zu Grunde, die nicht zu den allerschönsten gehören. Die Beantwortung der Interpellation wird dazu dienen, die allgemeine Ueberzeugung in der deutschen Nation wachzurufen, daß bezüglich der auswärtigen Politik wir fremde Einflüsse nicht haben wollen, sondern uns nur von deutschen Interessen leiten lassen wollen. Die Beantwortung hat uns auch überzeugt, daß unsere auswärtige Politik heute in sehr vorsichtigen ruhigen Händen liegt, die keine Uebereilung begehen werden, und ich glaube, daß das Resultat dieser Besprechung insofern ein günstiges sein wird, als es die Parteien daran mahnen wird, nicht in der Vergangenheit herumzurühren, sondern in die Zukunft zu blicken und die positiven Gesichtspunkte zu suchen, die sie einigen können. (Beifall rechts.)

Abg. **Paasche** (ntl.): Herr Richter meinte, daß die Parteien, welche dem Fürsten Bismarck nahe stehen, zufrieden wären, wenn der Tag vorüber wäre. Ich spreche nicht als Franctireur, sondern im Namen der ganzen Fraction und aller unserer Freunde draußen im Lande. Nach den Aeußerungen der Presse und nach der Wiesbadener Rede (des Abg. Lieber) mußten wir heute scharfe Angriffe auf den Fürsten Bismarck erwarten. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Aber scharf genug war der Vorwurf des Herrn Richter, von Herrn Liebknecht will ich nicht reden. Fürst Bismarck ist kein Verbrecher, er hat das deutsche Parlament und das allgemeine Wahlrecht geschaffen.

Herr Richter meinte, daß die Rückversicherungsverträge den anderen Mächten, mit denen man Verträge geschlossen hat, bekannt gegeben werden müßten. Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat diese Bedingungen gerade erfüllt; denn die Auslassung des Fürsten Hohenlohe ging nicht dahin, daß in dem Vertrage mit Rußland die Geheimhaltung vorgeschrieben war, sondern daß über diese diplomatischen Actenstücke überhaupt Geheimniß bewahrt werden müsse. Daß Oesterreich Kenntniß hatte von dem Vertrage, zeigt die Haltung des Leibblattes des Grafen Kalnoky. Bismarck'sche Politik war

immer nur kaiserliche Politik, der Vertrag war gebilligt vom Kaiser und gebilligt von den Fürsten des Dreibundes. Von einem Mißtrauen Rußlands gegenüber dem Fürsten Bismarck ist in jedem Falle keine Rede gewesen.

Bezüglich der Motive des Fürsten Bismarck sind Dinge behauptet worden, über die ich dasselbe Urtheil habe wie Herr von Kardorff. Wenn sogar gemeine Rachsucht angegeben worden ist, so schändet sich Derjenige, der dem Fürsten solche Motive unterschiebt, selbst; an den Fürsten Bismarck reichen diese Motive nicht heran. Solche Verdächtigungen fallen auf ihren Urheber zurück, denn Fürst Bismarck hat Alles in den Dienst der Politik der Krone gestellt. Er hat die Mittheilungen nur gemacht, weil dadurch der Friede und die Machtstellung Deutschlands gesichert wird. Meine politischen Freunde sind immer eingetreten für das Deutsche Reich und den deutschen Kaiser. (Lachen bei den Socialdemokraten; Zuruf: Millionen eingesteckt!) Wir haben auch unsere Groschen daran gewendet. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wir lassen uns darin von keiner anderen Partei übertrumpfen. Wenn wir für den Fürsten Bismarck eintreten und anerkennen, daß er Das, was er gethan, zum Wohle Deutschlands gethan hat, so wissen wir, daß dies auch diesmal geschehen ist. Es ist stark Wasser in den Wein der französischen Begeisterung gegossen worden, das macht sich schon jetzt deutlich bemerkbar.

Abg. **Liebermann von Sonnenberg**: Wenn Herr Liebknecht von dem Fürsten Bismarck als einem Verbrecher gesprochen hat, so ist er schon dahin belehrt worden, daß Jemand, der eine derartige Aeußerung machen kann und dafür nur eine freundliche Heiterkeit einerntet, sich selber sein Urtheil gesprochen hat. Ich halte es für eine kleine Bosheit der socialdemokratischen Fraction, daß sie gerade jetzt Herrn Liebknecht vorgeschickt hat; sie hat vielleicht vor der Oeffentlichkeit den Nachweis führen wollen, wie Recht man hatte, daß man ihm auf dem Parteitage die Qualität, den „Vorwärts“ zu redigiren, absprach. (Heiterkeit.) Ich weiß auch nicht, weshalb Herr Richter sich so sehr aufs hohe Pferd setzte und von der antisemitischen Partei als von Franctireurs sprach. (Widerspruch des Abg. Richter.) Dann haben Sie wohl von dem Abg. Hansemann gesprochen? (Heiterkeit.) Er hatte zu dieser Bemerkung am wenigsten Veranlassung: denn seine Partei bröckelt fortwährend ab und die unserige wächst. Vielleicht heißt es schon nach den nächsten Wahlen von seiner Partei frei nach Uhland: nur eine dicke Säule zeugt von entschwundner Pracht. (Stürmische Heiterkeit.)

Eine Partei, welche die Mittel zur Heeresverstärkung zum Schutze des Vaterlandes verweigert hat, welche einen Abrüstungsantrag stellte, als der Krieg unmittelbar vor der Thür stand, welche ihre Informationen über die Sicherheit des Friedens von einer Tante in Paris bezog (Heiterkeit), hat allerdings volle Berechtigung, dem Fürsten Bismarck seine Bedeutung abzustreiten! (Sehr gut!)

Dankbar bin ich für die Anerkennung, welche Fürst Bismarck heute hier gefunden hat; weite Kreise, auch des katholischen Volkes, wissen sehr wohl, was Bismarck in wirthschaftlicher Beziehung geleistet hat und wie er aus freien Stücken den Culturkampf abzubröckeln angefangen hat. Von einer Beunruhigung durch die Veröffentlichungen war weder bei uns noch bei den verbündeten Staaten etwas zu merken. Diese kannten den Separatvertrag. Auch England war über ihn unterrichtet, und jetzt, wo er nicht besteht, kann er in England erst recht nicht beunruhigen. In Deutschland entstand Beunruhigung nur in Folge der frechen Beschimpfungen Bismarck's durch die Presse. In Frankreich dagegen haben die Veröffentlichungen nicht beunruhigend, sondern niederschlagend gewirkt, sie haben die Friedenspolitik, die seit dem großen Kaiser Wilhelm seine Nachfolger befolgt haben, in hohem Maße gestärkt. Bismarck hat in seiner genialen Weise den Frieden Europas geschützt. (Lachen links.)

Er soll Staatsgeheimnisse verletzt haben. Was sind denn überhaupt Staatsgeheimnisse? Darüber entscheiden von Fall zu Fall die Sachverständigen, und in diesem Fall ist der Fürst Bismarck der competenteste Sachverständige. Herr Richter hat den Fürsten Bismarck als Privatmann bezeichnet, der keine besondere Stellung hat; er hat aber die Rechte jedes Privatmannes, also auch das Recht, sich seiner Haut zu wehren, wenn er angegriffen wird. Man hat ihn angegriffen, weil seine Politik den Draht mit St. Petersburg abgeschnitten hätte. Daß die Beziehungen sich verschlechtert haben, beweist der Abschluß des Handelsvertrages, der die äußeren Beziehungen verbessern sollte. Zu der Zeit haben wir mit Rußland im wirthschaftlichen Krieg gestanden und politisch die besten Beziehungen gehabt. Die Anhänger des Fürsten Bismarck wußten, daß er immer das beste Mittel treffen würde; er hat die günstige Wirkung der Veröffentlichung vorausgesehen.

Die Socialdemokraten sind auch nicht aufgeregt worden. Nur einige Zeitungen waren aufgeregt. Die verbündeten Regierungen haben jeder Beunruhigung vorgebeugt. Der Reichstag hat nicht den Beruf, die Bevölkerung der verbündeten Staaten zu beruhigen; die Verhandlungen werden in dem vielsprachigen Oesterreich kaum gelesen werden. Das Vertrauen des deutschen Volkes ist dem Fürsten Bismarck gefolgt bis in die Einsamkeit des Sachsenwaldes, und die Aufmerksamkeit, die auch das Ausland seinen Auslassungen schenkt, beweist, daß er der unabsetzbare Kanzler des Deutschen Reiches bleibt (Gelächter links); er fühlt sich vor seinem Gewissen bis zu seinem letzten Athemzuge verantwortlich für das Wohl und Wehe des Reiches. Man darf nicht den Maßstab anwenden wie anderen Parteien, vielleicht den Freisinnigen gegenüber: Quod licet Jovi, non licet — deo minorum gentium. (Heiterkeit.)

Die unfläthigen Angriffe, die außerhalb des Hauses gegen den Fürsten Bismarck gerichtet wurden, haben hier keine Vertheidigung gefunden. Sie erinnern an den Fußtritt des Esels, den er dem sterbenden Löwen versetzt. Die Worte des Fürsten Bismarck sind ein Programm geworden für alle Diejenigen, welche hoffen, daß das Vaterland sich wieder hinaufarbeiten wird zu einer besseren Stellung, zur Befreiung vom Judenthum. (Beifall rechts.)

Abg. **Haußmann** (D. Vp.): Durch die Antwort der verbündeten Regierungen ist festgestellt, daß ein Staatsgeheimniß enthüllt ist zur Beschämung Deutschlands, daß diese Enthüllungen Beunruhigung bei unseren Verbündeten hervorgerufen haben. Da hätten die Herren von der Rechten den Mund etwas weniger weit aufthun sollen, am allerwenigsten der letzte Redner nach den Dimensionen, die ihm zur Verfügung stehen. (Heiterkeit.)

Graf Mirbach hat es als eine Unverschämtheit bezeichnet, zu behaupten, daß die Worte des Fürsten Bismarck höher zielen, als gegen die Regierung. Diese Ansicht ist von der „Köln. Zeitung" und von dem „Hamb. Corresp." ausgesprochen worden. Die Freunde des Fürsten Bismarck haben keine andere Erklärung zu geben gewußt, als: Wir wissen nicht, was der große Geist in Friedrichsruh gewollt hat, aber wir sind von seiner Unfehlbarkeit überzeugt. (Heiterkeit.) Wenn Sie dieses Dogma haben, dann haben Sie auch den Muth, sich dazu zu bekennen. Fürst Bismarck greift die deutsche Regierung an, da drücken Sie sich nicht herum. Wenn Sie die Angriffe für berechtigt halten, dann sprechen Sie diese Angriffe hier an der verantwortlichen Stelle aus. Das haben Sie (rechts) nicht gethan, und Graf Herbert Bismarck hat es auch nicht gethan; er hat mit keinem Wort die Vertheidigung seines Vaters übernommen, wie er es sonst zu thun pflegt. (Sehr richtig! links.)

Wir müssen den Eindruck in uns aufnehmen, daß er sich öffentlich nicht anders als anonym vertreten läßt. Die Partei Ahlwardt ist einig, die Partei, welche ihre Defecte zu verdecken sucht dadurch, daß sie sich mit dem großen Namen Bismarck's drapirt. Die antisemitische Partei erringt ihre Wahlerfolge neuerdings dadurch, daß sie hinter den Landrathscandidaten hermarschirt. Fürst Bismarck hat das Recht jeder Privatperson; er hat, als er Abgeordneter des Reichstags war, seine Anschauungen vertreten können. Aber seine amtliche Kenntniß zu verwerthen, um der gegenwärtigen Regierung Schwierigkeiten zu machen, das ist etwas, was über den Patriotismus hinausgeht. Der reale Kern der Anklage, über den alle Ruhmeserhebungen uns nicht wegbringen, ist der, daß Fürst Bismarck der Regierung seiner Nachfolger vorwirft, daß sie sich nicht auf Rußland gestützt hätten. Wenn Herr von Kardorff Recht hat, daß die Regierung in vorsichtigen Händen ruht, dann thut man Unrecht, Denjenigen, der die Regierung angreift, als einen Unfehlbaren hinzustellen.

1887 hat Fürst Bismarck selbst anerkannt, daß der Kaiser von Rußland Krieg führt, wenn es das Interesse seiner 100 Millionen Unterthanen erfordert; daran wird er sich durch geschriebene Verträge nicht hindern lassen. Nicht die geschriebenen Worte, sondern die Gesammtbeziehungen sind die wichtigsten Factoren. Deshalb schaffen die wirthschaftlichen Beziehungen die besten politischen Beziehungen; deshalb ist der Handelsvertrag besser als jeder Geheimvertrag. (Widerspruch rechts.) Geradezu wunderbar ist es aber, wenn man sich daran erinnert, was man 1887, als der Assecuranzvertrag bestand, bei der Wahl dem deutschen Volke vorgemacht hat über den Krieg mit zwei Fronten. (Zustimmung links.) Die Enthüllungen sind nur ein Glied der Kette von Schwierigkeiten, die Fürst Bismarck seinen Nachfolgern gemacht hat.

Die „Hamb. Nachr." erklären jetzt selbst, daß sie 1890 schon die Weisung erhalten haben vom Fürsten Bismarck, den Herrn von Caprivi zu schonen. Alle Angriffe der „Hamb. Nachr." sind also auf den Fürsten Bismarck zurückzuführen. Jetzt versteht man seine Proclamation gegen die Handelsverträge, seine Erklärung, daß der Draht mit Rußland abgeschnitten sei. Fürst Bismarck hat selbst mitgetheilt, wie die Emser Depesche retouchirt worden sei, so daß die Franzosen die Meinung erhielten, sie seien durch eine schlaue Diplomatie in den Krieg hineingelockt worden. Dadurch ist die Meinung der Franzosen gegenüber Deutschland nicht gemildert worden.

Man muß in der That sagen, daß die Politik der gegenwärtigen Regierung, welche, statt kalte Wasserstrahlen zu senden, die Weltausstellung beschickt, als eine würdigere erscheint als die des großen Bismarck. Stärkere Interessengemeinschaft besteht zwischen Deutschland und England als mit Rußland; dazu kommt die gemeinsame Abstammung; man kann sagen: Blut ist dicker als Branntwein. Wir haben eine weitgehende Culturgemeinschaft. Die ganze Art der geistigen Thätigkeit in England und Deutschland ist eine nahe verwandte. (Zustimmung links.) Wir brauchen nicht gleich Bündnisse mit England zu schließen, aber eine falsche Politik ist es, Verbitterung und Feindschaft zwischen Deutschland und England zu erregen.

Da möchte ich eine Frage aufwerfen, ob namentlich die Regierungen Auskunft darüber geben können, ob ein Assecuranzvertrag zwischen Italien und England besteht. Ueber den Hauptinhalt hat der Abg. Ferrari etwas verlauten lassen. Auf die Frage brauche ich nicht nochmals einzugehen, ob es sich um eine für Deutschland nachtheilige Veröffentlichung handelt. Ich halte es schon für eine höchst gefährliche Wirkung, daß in Deutschland die Frage auftaucht, ob der Dreibund besteht oder nicht. Rückversicherungsverträge dürfen abgeschlossen werden, aber sie dürfen nicht geheim bleiben. Was würde man sagen, wenn Italien mit Frankreich einen solchen Vertrag abgeschlossen hätte? Man würde mit dem Vorwurfe italienischer Perfidie sehr leicht belohnt.

Ganz ohne Nutzen ist das Vorgehen des Fürsten Bismarck nicht gewesen; er ist der Geist gewesen, der stets das Böse will, und doch das Gute schafft. Er hat Gelegenheit gegeben, den Bundesgenossen eine klare, unzweideutige Erklärung abzugeben, er hat ferner den Reichstag veranlaßt, sich mit diesen auswärtigen Fragen zu beschäftigen, so daß sie nicht immer ein ausschließliches Privileg der Diplomatie bleiben. Denn die politischen geheimnißvollen Spielereien der Diplomatie haben nicht den Werth wie die reellen Interessen der Völker. (Beifall links.)

Abg. **Rickert** (fr. Vgg.) bedauert, daß sein Vertagungsantrag abgelehnt sei. Die Frucht der Interpellation ist da: die unumwundenen Erklärungen des Reichskanzlers und des Staatssecretairs des Auswärtigen Amtes. Wir schließen uns dem Danke an, welchen die anderen Parteien ausgesprochen haben. Aber freilich der Dank auf den Lippen, und in der Brust das allertiefste Mißtrauen; warum sonst bei Herrn von Kardorff die Frage, ob auch fremde Einflüsse vollständig ausgeschlossen seien. Die conservative Partei hat nicht immer die Politik des Fürsten Bismarck unterstützt. Vergessen Sie die Tage der „Kreuz-Zeitung" nicht, welche von der Einigung Italiens nichts wissen wollte. Herr von Kardorff sollte sich in seinem Gedächtniß einmal darüber genauer orientiren.

Die Rede Virchow's aus der Conflictszeit beweist nichts; Bismarck selbst hat später anerkannt, daß die Opposition damals Recht gehabt habe, denn sie konnte nicht wissen, wohin er gehen würde. Die Indemnität war die beste Rechtfertigung der Opposition. Es handelt sich nicht um England und Rußland, es handelt sich nicht um den Fürsten Bismarck, den Niemand angegriffen hat, sondern nur darum: war Fürst Bismarck berechtigt zu diesen Enthüllungen und hat er dem Vaterlande einen Dienst damit geleistet? Da stehen wir unbedingt zur Regierung, Fürst Bismarck selbst hat solche Veröffentlichungen durch besondere Gesetzesbestimmungen verfolgt, und jetzt sollen plötzlich andere Grundsätze gelten. Woher wissen die Herren, daß die anderen Regierungen Kenntniß von dem geheimen Vertrage hatten?

Man sollte doch endlich die ewigen Angriffe auf den Grafen Caprivi unterlassen. Er ist zu vornehm (Sehr richtig! im Centrum), er enthält sich der Abwehr, weil er nicht die Staatsgeheimnisse enthüllen will. Lassen Sie ihn doch in Ruhe, er hat niemals den Respect gegen den Fürsten Bismarck verletzt. Es wird niemals gelingen, das Verdienst ihm abzusprechen, daß er uns vor einem Zollkriege mit Rußland behütet und dadurch nähere Beziehungen wieder geschaffen hat. Wir hoffen, daß die Erklärungen der Regierung jeden Zweifel an der Vertragstreue beseitigt haben werden, und ich bedaure nur, daß wir diesem Ergebniß der Verhandlungen nicht auch durch einen Beschluß Ausdruck geben können.

Darauf schließt die Debatte mit persönlichen Bemerkungen der Abgg. von Kardorff, Richter und Haußmann. Persönlich bemerkt ferner

Abg. Graf **Bismarck**:[1]) In Bezug auf die persönliche Bemerkung des Herrn Abgeordneten Richter kann ich nur wiederholen, was der Herr Graf von Mirbach schon für mich zu erklären die Güte hatte, daß mir ein Interview, über welches hier kurz vor Eröffnung der Sitzung in den Hausfluren ein Blatt herumgereicht wurde, vollkommen unbekannt ist, und daß ich es in dieser Form für apokryph halte.

Der letzte oder vorletzte Redner, Herr Haußmann, hat sich persönlich mit mir beschäftigt und hat, soweit ich seine Mundart verstehen konnte, etwas von Amerika und Doppelwährung und Interview gesagt; ich weiß nicht genau, in welchem Zusammenhang, nehme aber daraus Anlaß, zu erklären, daß ich keinerlei Interview mit irgend einem Amerikaner während des Laufes der letzten Jahre gehabt und über Doppelwährung mit keinem Journalisten gesprochen habe. Sollte ich mich geirrt haben, so liegt das an dem mir nicht ganz geläufigen Dialekt des Herrn Haußmann. Ich habe es so verstanden und einige Herren neben mir auch. — Soviel ich mich erinnere, sagte Herr Haußmann: da ich der Interpret eines Briefes des Fürsten über Bimetallismus gewesen sei u. s. w. — das ist nicht zutreffend, ich habe, wie gesagt, überhaupt kein Interview gehabt. Einen Herrn, der wider meinen Wunsch und Willen vor etwa 14 Tagen nach Schönhausen kam, habe ich, weil es draußen kalt war, in das Haus eintreten lassen und habe ihm gesagt, ich hätte nicht die Absicht, mich irgendwie über Bimetallismus zu äußern, und ersuchte ihn, mit dem nächsten Zuge wieder abzureisen. Diese Begegnung fand vor Zeugen statt.

Herr Haußmann hat ferner die Ansicht ausgesprochen, daß ich heute mich hätte in der Hauptdiscussion zum Worte melden sollen. Dazu hatte ich wohl keinen Anlaß. Erstens fehlte für eine sachliche Discussion nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers die Basis, für mich also auch die Veranlassung; denn es hätte keinen Zweck gehabt, wenn ich mich, gerade mit meiner amtlichen Vergangenheit, mit Hypothesen hätte abgeben wollen.

Herrn Haußmann's Ansicht, daß es für mich angemessen gewesen wäre, zu reden, vermag ich nicht zu theilen. Es ist das eine Frage des Taktgefühls, das bei verschiedenen Leuten eben verschieden entwickelt ist. Ich gehe sogar weiter und sage umgekehrt wie Herr Haußmann, daß ich überzeugt bin, er hätte seinem Ansehen mehr genützt, wenn er heute nicht geredet hätte. (Sehr gut! rechts.)

Abg. **Haußmann**: Ich ziehe den offenen Angriff dem anonymen vor (Zustimmung links); über das Taktgefühl kann ich mich mit dem Vorredner

---

[1]) Wörtlich nach dem Stenographischen Bericht.

nicht auseinandersetzen; denn in Bezug hierauf steht die Familie Bismarck nicht auf der Höhe der Situation.[1]) (Pfui! rechts.) Damit ist die Interpellation erledigt. Schluß $6^1/_4$ Uhr.

* * *

Diese Verhandlung des deutschen Reichstages wurde natürlich in der ganzen in- und ausländischen Presse erörtert. Wir theilen im Folgenden einige Anschauungen mit.

Die „Berl. Neuest. Nachr." schreiben: „Parturiunt montes, nascetur riduculus mus" — dieser classische Vers fand auch in der heutigen Sitzung des Reichstages seine erneute Bestätigung. Diejenigen, welche eine sogenannte „große Sitzung" erwartet hatten, werden mit arger Enttäuschung davon gegangen sein. Weder ist vom Bundesrathstische eine Aufklärung über das, was am meisten zu wissen interessirte, nämlich die Gründe der Nichterneuerung des sogenannten Assecuranzvertrages mit Rußland erfolgt, noch sind sonstige Schlaglichter auf den Stand der gegenwärtigen europäischen Politik und das Verhältniß der Mächte untereinander gefallen. Besondere Genugthuung erregte im Eingang der Debatte die Versicherung des Herrn Reichskanzlers, daß die Wolke des Mißtrauens, welche sich im ersten Augenblicke „in einzelnen Schichten der Bevölkerung" der übrigen europäischen Länder gezeigt, wieder verschwunden und unser Verhältniß zu unseren Verbündeten nach wie vor getragen sei von unbedingtem gegenseitigen Vertrauen. Durch diese Feststellung ist in unwiderleglicher Weise die Behauptung, daß die Enthüllung des Rückversicherungs-Vertrages unser Verhältniß zu den Verbündeten gestört habe, eine Behauptung, die auch im Laufe der Debatte von den oppositionellen Rednern immer wieder von Neuem geltend gemacht wurde, aufs Bündigste widerlegt worden. Wenn Beunruhigung irgendwo zu gewahren gewesen, so war dies nur in gewissen Zeitungen der Fall, die die „Erregung" zu ihrem Gewerbe zählen. Was der Staatssecretair des Auswärtigen Amtes einfach „hypothetisch" und andeutungsweise über die Nichterneuerung des Vertrages, dessen Existenz er ebenso wie der Herr Reichskanzler unerörtert ließ, sagte, war in der That, wie der Redner selbst betonte, nur eine academische Betrachtung, die sich um die eventuellen Schwierigkeiten einer Entscheidung darüber drehte, wer im Angriffsfalle als der wirkliche Angreifer zu gelten habe und demgemäß auf die Wohlthat der Neutralität oder des Bündnisses werde verzichten müssen. Wenn der Staatssecretair die Nichterneuerung als die Ueberzeugung eines verdienten und gewissenhaften Mannes in Schutz nehmen zu sollen glaubte, so konnte er damit jedenfalls nicht die Absicht verbinden, die Kritik einer

---

[1]) Vom Präsidenten überhört!

solchen Politik mundtodt zu machen. Die diplomatisch verschleierte und lediglich theoretisirende Art der Behandlung des Gegenstandes und der Abweisung der Vorwürfe gegen die Politik nach 1890 wirkte nicht eben sonderlich überzeugend. Die Erklärung, daß englische Einflüsse nicht dabei im Spiele gewesen seien, wurde als eine Wiederholung der vom Reichskanzler abgegebenen Versicherung mit dem solchen Aeußerungen gebührenden Respect, aber auch gleichzeitig mit Reserve hingenommen."

Die „Rheinisch-Westfäl. Ztg." schreibt über den Fürsten Bismarck:

„Der Fürst ist in allen Aemtern, als Handelsminister, als Minister des Aeußern, als Ministerpräsident und als Reichskanzler abgesetzt. Seine gewaltige fruchtbare Schöpferkraft, seine frohe Arbeitslust, seine herrliche Thatkraft und sein ihm als Instinkt angeborenes Durchdringen des deutschen Volkes in allen seinen Bedürfnissen, seine halbhundertjährigen Erfahrungen, sein Heldenmuth und sein unversiegbarer Glaube in die Zukunft des Volkes, sie alle können nicht mehr für uns arbeiten, sie sind auf einen steinigen Acker gelegt, auf dem sie kein Erdreich fassen und keine Frucht tragen können. Aber in einem Amte ist er unersetzbar, im Amt des ‚getreuen Eckart' des deutschen Volkes, eines keine Furcht scheuenden Tadlers und Warners, wenn sein Kind, das Deutsche Reich, auf falschem Wege geht. Je mehr wir das Brachliegen seiner gewaltigen Geistesgaben ewig beklagen werden, desto mehr ist er uns in diesem letzten Freundesdienst, den er uns, der alte Mann, noch leisten kann und von dem er nicht abgesetzt werden kann, auch unersetzlich."

Die „Leipz. Neuest. Nachrichten" veröffentlichen eine Zuschrift über die Centrumsinterpellation, worin u. A. ausgeführt wird:

„Der Reichskanzler hat erklärt, er könne nach sorgfältigster Prüfung des vorhandenen Materials über die Haltung der deutschen Politik seit dem Jahre 1890 gegenüber Rußland nicht umhin, die Gründe als vollwichtig anzuerkennen, die damals, also beim Durchschneiden des russischen Drahtes, die deutsche Politik geleitet hätten. Fürst Hohenlohe hat sich über die Art seiner Prüfung nicht näher geäußert, sondern den Reichstag auf die bezüglichen Ausführungen des Staatssecretairs des Auswärtigen Amtes von Marschall verwiesen. In dessen Rede vermissen wir aber ebenfalls jede präcisere Angabe der Gründe, die Graf Caprivi bestimmten, die allerhöchste Entscheidung im Sinne der Nichterneuerung des russischen Vertrages einzuholen. Wir glauben überhaupt nicht, daß Graf Caprivi in diesen Dingen eine eigene und fundirte Ansicht gehabt hat, und noch weniger, daß, wenn er sie gehabt hätte, sie maßgebend für die deutsche Entschließung gewesen ist. Aus gut unterrichteter Quelle ist berichtet worden, daß der Kaiser noch z. B. des Fürsten

Bismarck, als die Erneuerung des russischen Vertrages in Erwägung stand, vollkommen bereit war, die Ermächtigung zur Prolongation zu ertheilen. Was ist in den wenigen Wochen zwischen diesem Zeitpunkte und der Erklärung Caprivi's an den Grafen Schuwalow, daß Deutschland den Vertrag nicht erneuern werde, geschehen, um einen vollständigen Umschwung in der deutschen Entschließung herbeizuführen?

„Fürst Hohenlohe hat die Behauptung als jeder Begründung entbehrend zurückgewiesen, daß damals (1890) oder jetzt englische oder überhaupt auswärtige Einflüsse wirksam gewesen seien resp. sind, und Herr von Marschall hat den Hinweis auf englische Einflüsse ebenfalls in das Gebiet der Fabel verwiesen. Ob damit die Annahme, daß solche Einflüsse in der kritischen Zeit dennoch stattgefunden hätten und vielleicht jetzt weiter versucht worden seien, im deutschen Volke endgültig beseitigt ist, lassen wir dahingestellt sein. Solche officielle Erklärungen vom Ministertische aus erschöpfen niemals die Sachlage; sie werden zutreffend sein, soweit es sich um amtliche Vorgänge und Verhandlungen von Cabinet zu Cabinet oder Aehnliches handelt; sie werden sich aber naturgemäß niemals auf Einflüsse familiärer Natur von Hof zu Hof erstrecken können, schon deshalb nicht, weil die Minister davon nicht in allen Fällen Kenntniß erhalten.

„Sowohl der Reichskanzler wie der Staatssecretair des Auswärtigen Amtes haben übereinstimmend erklärt, daß eine ungünstige Veränderung in unseren Beziehungen zu Rußland sich als Folge der deutschen Weigerung, im Jahre 1890 das Neutralitätsverhältniß fortzusetzen, nicht fühlbar gemacht habe. Wir unsererseits glauben das Gegentheil und sind der Ansicht, daß sie zu Kronstadt mit der Marseillaise, zu Toulon 2c. geführt hat.

„Herr von Marschall hat zur theoretischen Rechtfertigung der Nichtfortsetzung des russischen Friedensvertrages im Jahre 1890 geltend gemacht: ob die Rückversicherung die Versicherung stärke, komme auf die Umstände an, darauf, wie das zweite Bündniß auf das erste zurückwirke. Wenn der Staatssecretair damit hat sagen wollen, daß das deutsch-russische Abkommen das Vertrauen Oesterreichs gestört habe, so befindet er sich damit im Widerspruche zu den Thatsachen. Wir glauben im Gegentheil, daß Oesterreich von dem deutsch-russischen Verhältniß nicht nur Kenntniß, sondern auch Nutzen gehabt hat insofern, als die deutsche Politik sich stets auf Grund ihrer Petersburger Beziehungen befähigt und bemüht bewiesen hat, Differenzen zwischen Oesterreich und Rußland im Entstehen zu verhüten oder wenigstens ihr Auswachsen unmöglich zu machen.

„Wenn der Staatssecretair des Aeußern endlich zur Rechtfertigung des Bruchs mit Rußland darauf hingewiesen hat, daß wir durch die gleichzeitigen Verträge mit Oesterreich und mit Rußland für den Fall eines österreichisch-russischen Krieges in die Lage hätten kommen können, von der einen Seite

um militairische Beihülfe, von der andern um wohlwollende Neutralität angegangen zu werden, so halten wir dies Argument für vollkommen hinfällig. Die Bestimmungen des deutsch-österreichischen Bündnisses sind so klar gefaßt, der casus foederis ist darin so genau bezeichnet, daß ein Zweifel auf deutscher Seite darüber, was zu thun sei, in keinem Falle hätte entstehen können. Das österreichische Bündniß verpflichtete Deutschland zur Unterstützung Oesterreich-Ungarns mit seiner Heeresmacht nur dann, wenn es von Rußland auf seinem Gebiete angegriffen wird. Wir halten das für ein so deutliches Thatbestandsmerkmal, daß niemals Unsicherheit darüber hätte aufkommen können, ob Oesterreich im gegebenen Falle im Sinne des Bündnisses von Rußland ‚angegriffen' sei oder nicht, während umgekehrt bei einem österreichischen Angriffe auf Rußland die deutsche wohlwollende Neutralität in jedem Falle sicher gewesen wäre."

Das „Leipziger Tageblatt" meint, daß nach der Debatte im Reichstage die Erörterungen über die durch die Nichterneuerung des deutsch-russischen Assecuranzvertrages geschaffene politische Lage noch nicht zu Ende sein werden:

„Drängt sich doch, seitdem bekannt geworden ist, daß diese Nichterneuerung im Wesentlichen die Folge der Unfähigkeit des Grafen Caprivi gewesen ist, das ‚complicirte' System seines großen Vorgängers zu beherrschen, mit noch größerer Gewalt als bisher die Frage auf, wie es um Deutschlands Sicherheit bestellt ist, wenn es von Frankreich allein angegriffen wird und vielleicht obendrein ein Angriff Rußlands auf Oesterreich-Ungarn Deutschland zwingt, der verbündeten Macht mit seiner ganzen Heereskraft zu Hülfe zu kommen. Dieser Frage wird durch die Versicherung des jetzigen Reichskanzlers, daß unsere Beziehungen zu Rußland freundschaftliche seien, nichts von ihrem peinlichen Charakter genommen, denn die Beziehungen Rußlands zu Frankreich sind gleichfalls freundschaftliche, und welchen intimeren Charakter sie seit dem Zarenbesuche in Paris angenommen haben, ist noch mit dem Schleier des Geheimnisses bedeckt. Es besteht also seit 1890 in unseren Garantieverträgen eine Lücke, die seit dieser Reise noch schärfer ins Auge fällt und auf die immer und immer wieder hinzuweisen eine Pflicht der gesammten deutschen nationalen Presse nicht nur, sondern auch der nationalen Fractionen des Reichstags ist. Auch von den ‚Hamb. Nachr.' und derjenigen Stelle, von der sie inspirirt werden, erwarten wir jedenfalls mit Recht, daß sie das durch die ‚Enthüllungen' berührte Thema nicht fallen lassen, nachdem es im Reichstage angeschnitten, aber nicht zur vollen Durchberathung gelangt ist. Von dem Vorwurfe, daß mit den Enthüllungen und mit der weiteren Erörterung ihrer Consequenzen ein ‚Feldzug gegen den Kaiser' beabsichtigt sei, wird ja in der nationalen Presse von nun ab nicht mehr die Rede sein, nachdem

Graf Mirbach den Versuch, jene Kundgebungen als eine Spitze gegen eine höhere Stelle auszulegen, als den Gipfel der Unverschämtheit bezeichnet hat. Wir bedauern nur, daß solche Worte nicht von nationalliberaler Seite in Anwendung gebracht worden sind. Gerade sie wäre es demjenigen Theile ihrer Presse, der solche Vorwürfe mit der größten Entschiedenheit abgewehrt hat, ebenso schuldig gewesen wie jenem ‚Weltblatte', das sich bis in die letzten Tage nicht gescheut hat, von einem ‚Feldzuge gegen den Kaiser' zu reden. Rücksichten gegen die grobe Rücksichtslosigkeit sind nicht am Platze, sie werden vielmehr zu Rücksichtslosigkeiten gegen solche, die ein Recht zu der Forderung haben, ihrem ehrlichen nationalen Zorne von den berufenen Führern der Partei Ausdruck gegeben zu sehen."

In einer folgenden Nummer schreibt das nämliche Blatt:

„Ob seit dem Besuche des Zaren in Paris unser Verhältniß zu Rußland ‚noch' gut und freundlich' genug ist, um ein neues Neutralitätsabkommen für den Fall eines französischen Angriffes auf Deutschland zu ermöglichen oder uns eine freundliche Neutralität Rußlands auch ohne Abkommen zu sichern, darüber haben Fürst Hohenlohe und Freiherr von Marschall am Montag nichts gesagt; es ist auch keinem Mitgliede des Hauses eingefallen, danach zu fragen, obgleich diese Frage doch nahe genug gelegen hätte, und obgleich es höchst wahrscheinlich ist, daß der Urheber der Enthüllungen mit diesen u. A. auch den Zweck verfolgt hat, eine Auslassung der jetzigen Leiter der deutschen Politik über ihre Auffassungen von den Resultaten des Zarenbesuches in Paris zu provociren. Diesen Zweck erreichen zu helfen, hat der Reichstag leider übersehen. Um so nöthiger ist es, daß die nationalen Parteien das Versäumte bei der Etatsberathung nachholen und dabei die Frage an den Herrn Reichskanzler richten, ob er die Gründe, die für seinen Vorgänger ‚vollwichtig' genug waren, die Erneuerung des Assecuranz-Abkommens abzulehnen, auch für sich selbst als ‚vollwichtige' anerkennt, d. h. ob auch er die Bündnißpolitik des Fürsten Bismarck für zu ‚complicirt' und für zu verzwickten Fragen führend hält, um diese Politik so weit wie möglich wieder aufzunehmen. Auch das hat Fürst Hohenlohe im Zweifel gelassen, und kein Mensch im Reichstage hat für nöthig gehalten, danach zu fragen. Da nun aber sogar die ‚Köln. Ztg.', wie wir unlängst mitgetheilt haben, auf beachtenswerthe Stimmen aus Rußland hingewiesen hat, die einen Angriff dieser Macht auf Oesterreich-Ungarn im Falle einer für Rußland bedrohlichen Polenpolitik in ziemlich sichere Aussicht stellen, und da in einem solchen Falle Deutschland mit seiner ganzen Heeresmacht Oesterreich-Ungarn beizutreten verpflichtet wäre und dadurch Frankreich geradezu zu einem Angriffe herausfordern würde, so ist es für uns von eminenter Wichtigkeit, genau zu erfahren, nicht nur was die Leiter der deutschen auswärtigen Politik sich zutrauen, sondern auch, ob sie die Ueberzeugung haben dürfen, daß das Fallenlassen des Asse-

curanz=Abkommens und die Entstehung des Zweibundes in unserem Verhältniß zu Rußland gar nichts zu unseren Ungunsten verschoben habe. Daß die blinden Bismarckhasser es übersehen haben, bei der Besprechung der Interpellation sich solche Klarheit zu verschaffen, kann nicht befremden; von den nationalen Parteien aber hätte man es billigerweise erwarten können. Holen sie es nicht rechtzeitig nach, so werden sie sich nicht wundern dürfen, daß das Ansehen nicht nur der Minorität des Reichstags in den durch die ‚Enthüllung' geschärften Augen der Wähler noch mehr sinkt."

Die Wiener „Neue Freie Presse" sagt, der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe habe in der Beantwortung der beiden ersten Punkte der Interpellation nicht den Rahmen der gestellten Anfragen überschritten, er habe dagegen die dritte Frage ebenso ausführlich als warm beantwortet. Die Versicherungen des Fürsten zu Hohenlohe über das Verhältniß Deutschlands zu den Verbündeten sei das Werthvollste an seiner Antwort, denn sie beziehen sich auf die Gegenwart und werden den Rest des Mißtrauens, das die Hamburger Enthüllung rege machte, beseitigen.

Das Wiener „Fremdenblatt" schreibt: „Die Erklärungen des Fürsten Hohenlohe und des Staatssecretairs von Marschall gestern im Deutschen Reichstage auf die Interpellation der Centrumspartei machen durch ihre Klarheit, Ruhe und Loyalität einen ungemein sympathischen Eindruck. Der wiederholte Hinweis auf die Bedeutung, welche die natürlichen Interessen der Mächte für ihr gegenseitiges Verhältniß besitzen, verlieh den ausgezeichneten Darlegungen einen echt staatsmännischen Charakter, und die mit Deutschland verbündeten Völker mochten darin, wie in der ausdrücklich als Hauptlinie der deutschen Politik bezeichneten Parole: ‚Treues und unentwegtes Festhalten an dem Bündniß mit Oesterreich und Italien' einen neuen Beweis dafür erblicken, daß ihr unerschütterliches Vertrauen in die Staatskunst wie in die Loyalität ihres mächtigen Alliirten vollauf gerechtfertigt ist."

Der Londoner „Globe" findet, daß zwei Punkte in den ministeriellen Reden Aufmerksamkeit im Auslande sowohl als daheim finden werden. Erstens könne man nicht die Zartheit zu bemerken verfehlen, mit der der Ex=Kanzler behandelt werde, und zweifellos auf höchsten Wunsch. Bemerkenswerther aber noch ist die Besorgniß, die der Minister des Auswärtigen zeigte, es darzulegen, daß Deutschlands Politik in keiner Weise England untergeordnet wird. Niemand habe mehr Grund, von der Debatte befriedigt zu sein, als der Fürst Bismarck selbst. Der milde Ton der amtlichen Erklärungen liegt in dem Einflusse, der noch seinem Namen anhängt, gezollter Tribut, während die dargelegte Politik die ist, welche sich ihm, als er noch

im Amte, stets empfahl — Freundschaft mit Rußland und eine mißtrauische Neutralität gegen England. — Die „Pall Mall Gazette“ kann auch nicht umhin, „die Schweigen gebietende Ehrfurcht“ zu bemerken, die noch dem Fürsten Bismarck gehört. Das Blatt hebt ferner hervor, daß alle Redner beflissen waren, jeden Wunsch, sich England vormals oder jetzt zu beugen, von der Hand zu weisen.

Der Stimmung in Frankreich widmen die „Hamb. Nachr.“ am 19. November (A.-A.) einen besonderen Artikel unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck und die Franzosen“; sie führen darin Folgendes aus:

Mit welch hohem Maße von Haß und versteckter Furcht die Franzosen den Fürsten Bismarck noch im Ruhestande verfolgen, und wie schwer sie sich durch die Mittheilungen über das deutsch-russische Abkommen getroffen fühlen, verräth ein „Götterdämmerung“ überschriebener Artikel des in England in französischer Sprache erscheinenden Ablegers der Pariser Presse „Le Courrier de Londres et de l’Europe“. Wir lesen darin Folgendes:

„Fürst Bismarck ist eines der verbrecherischsten Genies aller Zeiten. Dieser Urheber ungeheurer Menschenschlächtereien, dieser Dieb von Provinzen und Pendulen, dieser unselige Organisator des europäischen Schreckens, ist für alle Uebel verantwortlich, welche seit drei Decennien auf der Welt lasten. Das verruchte System des bewaffneten Friedens, welches alle Völker unter den erdrückenden Lasten der Militairbudgets stöhnend sich beugen läßt, ist sein Werk. Er hat aus Preußen und Deutschland eine große Caserne gemacht, von der aus bewaffnete Räuberbanden immer bereit sind, auszubrechen, um die Sicherheit ihrer Nachbarn zu bedrohen und sie zu zwingen, sich ebenfalls bis an die Zähne zu bewaffnen, um sich zu vertheidigen. Betrug, Arglist, Gewalt, Blutthat und Raub hat er ohne Unterlaß mit einem unverschämten, unheimlichen Glücke bei seinem Werke angewendet, der große Verbrecher, welcher sich Herr von Bismarck nennt.

„Wird dieser schreckliche Mensch seine Strafe dafür erhalten, daß er uns unter fortwährender Beängstigung hat leben lassen, die auch jetzt noch fortdauert? Wird dieser mittelalterliche Junker (ce hobereau gothique), dessen brutale Hand versucht hat, unser Jahrhundert des Fortschritts und der Civilisation um tausend Jahre zurückzuwerfen, alle seine Verbrechen, alle seine Ruchlosigkeiten sühnen, wird er für alle Thränen, die er hat fließen lassen, alle Ruinen, die seinen blutigen Lebensweg bezeichnen, büßen, bevor sein eisernes Herz den letzten Schlag thut? Wir wollen es hoffen!

„Wenigstens können wir schon einen Anfang der Strafe bei dem alten Coloß auf thönernen Füßen verzeichnen; er wird gepeinigt — nicht durch Gewissensbisse, denen seine schwarze Seele unzugänglich ist —, aber durch das zunehmende Entrüstungsgeschrei der von ihm Mißbrauchten und Geprellten.

„Dieser cynische und nur allzu erfolgreiche Spieler, den man in Folge seines beständigen Glückes für ein überlegenes Genie gehalten hat, erscheint heute als unverschämter Gauner (impudent coquin), dessen Geschicklichkeit in nichts bestanden hat, als auf grobe Art, ohne Scrupel alle Welt zu täuschen. Blind durch seinen Haß gegen seine Nachfolger in der Macht, namentlich gegen Herrn von Caprivi, und in der Absicht, jede Verantwortlichkeit für den irreparablen Bruch mit Rußland von sich abzuwälzen, hat er kürzlich in seinem Leibblatte, den ‚Hamburger Nachrichten‘, eine sensationelle Enthüllung veröffentlicht."

Hier folgt eine Inhaltsangabe und „Besprechung" des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages sowie unserer Mittheilungen darüber, die etwa der Auffassung der „Köln. Ztg." entspricht. Fürst Bismarck wird darin als vieil ogre und dergleichen bezeichnet, dessen Werk scheußliche Hinterlist, Verrath am Dreibunde gewesen sei und moralisch gleich stehe mit der „Fälschung" der Emser Depesche, durch welche das arme Frankreich in die Klauen der preußischen Barbaren getrieben worden sei. Graf Caprivi erscheint als unschuldiges Opferlamm des wüthenden Greises im Sachsenwalde, Rußland aber ist glücklich, daß es der Tücke dieses Freundes entronnen und bei Frankreich Schutz und Zuflucht vor dem vieux forban de Friedrichsruh und seinen guet-apens gefunden hat. Am Schluß des Artikels heißt es:

„Gewissenlos, cynisch noch in seinem Greisenalter, will dieser Mensch, daß die Weltgeschichte seine Uebelthaten in ihrem vollen Umfange kennen lerne: die Geheimnisse seines doppelten Spieles, den Schlüssel zu seinen verbrecherischen Combinationen. Welches Schauspiel, daß er seine waghalsige Herausforderung an der Schwelle seines Grabes an die menschliche Gerechtigkeit in Erwartung der göttlichen gerichtet hat! Aber der Coup ist mißglückt; das alte Ungeheuer stolpert mehr und mehr seinem endlichen Untergange zu, den es so reichlich verdient hat."

So das französische Blatt. Wir erblicken in solchen Ausbrüchen der französischen Leidenschaft gegen den Fürsten Bismarck immer nur einen neuen Beweis für die großen und unvergänglichen Verdienste, die sich derselbe für sein Vaterland auf Kosten Frankreichs erworben hat; ebenso wie wir die unaufhörlichen gehässigen Beschimpfungen des ersten Kanzlers von Seiten der Socialdemokratie stets nur als Quittung über die Erfolge betrachten, die Fürst Bismarck mit seiner Bekämpfung ihrer auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen gehabt hat. Unserer Ansicht nach sollten der Haß und Zorn, womit die Franzosen und die Socialdemokraten den Schöpfer des Deutschen Reiches bis in die Stille des Sachsenwaldes hinein verfolgen, nach verschiedenen Richtungen hin lehrreich wirken. Wir würden erheblich ruhiger in die Zukunft blicken, wenn die Leiter der deutschen Politik auch nur einen Theil des Ingrimms der beiden erbittertsten

und gefährlichsten Gegner des Deutschen Reiches durch ihre Haltung gegen sie wachriefen, den Fürst Bismarck noch jetzt bei ihnen erregt.

* * *

In derselben Nummer der „Hamb. Nachr.“ finden wir die nachstehende Feststellung:

Das „Neue Wiener Tageblatt“ vom 15. d. Mts. enthält ein angebliches „Interview“ mit dem Fürsten Bismarck. Wir bemerken dazu nur, daß das „Neue Wiener Tageblatt“ zu den entschiedenen Gegnern der Politik und der Person des Fürsten Bismarck gehört, und wir gehen deshalb auf eine Kritik der Einzelheiten nicht ein, die wir auch objectiv für unzutreffend halten.

* * *

In Molkenberg bei Schollene war am 14. Juni 1896 dem Fürsten Bismarck ein Denkmal errichtet worden. Am 16. November übersandte der Gemeindevorsteher C. Wichert daselbst dem Fürsten eine Photographie des Denkmals und erhielt darauf folgende Antwort:

Friedrichsruh, den 17. November 1896.

Geehrter Herr!

Ich danke Ihnen verbindlichst für die Uebersendung der Ihrem gefälligen Schreiben vom 16. d. Mts. beigefügten Photographie, die mir Ihren freundlichen Besuch im vorigen Jahre in angenehme Erinnerung ruft.

v. Bismarck.

* * *

Der Liberale Bürgerverein in Augsburg beschloß in seiner Versammlung am 18. November einstimmig die Absendung folgenden Telegramms:

„Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh. Eine zahlreich besuchte Versammlung des liberalen Bürgervereins schöpft aus den Vorgängen der letzten Wochen und insbesondere aus den in der Montagssitzung des Reichstages gepflogenen Verhandlungen die Veranlassung, Euer Durchlaucht aufs Neue die Versicherung ihrer unwandelbaren Anhänglichkeit und unauslöschlichen Dankbarkeit darzubringen. Dämpfle, Vorstand.“

* * *

Auf einen dem Fürsten Bismarck gesandten Huldigungsgruß des conservativen Delegirtentages vom 19. November ging, wie mehrere Blätter mittheilen, nachstehende, an den Vorsitzenden von Manteuffel gerichtete, telegraphische Antwort ein:

Ew. Hochwohlgeboren und unsere politischen Freunde bitte ich, für die ehrenvolle telegraphische Begrüßung meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

* * *

An den Grafen von Mirbach-Sorquitten richtete Fürst Bismarck folgendes Schreiben:

Friedrichsruh, 19. November 1896.

Verehrter Graf!

Nachdem ich heute Ihre Reichstagsrede vom 16. c. im stenographischen Wortlaut gelesen habe, möchte ich nicht unterlassen, Ihnen meinen herzlichen Dank für die Vertretung meiner Person auszusprechen. Ich erlaube mir, damit den Ausdruck meiner besonderen Anerkennung für die rednerische Darlegung Ihrer Auffassungen zu verbinden und für die feine Ironie Ihrer Ausführungen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

* * *

Am 21. November schrieb Fürst Bismarck an Dr. Eugen Schwetschke in Heidelberg:

Friedrichsruh, den 21. November 1896.

Geehrter Herr Doctor!

Ihr gestriges Schreiben erfreut mich durch den Ausdruck des Wohlwollens, welches Sie gleich Ihrem verewigten Vater mir bewahren, und ich bitte Sie, meinen verbindlichsten Dank und meine besten Wünsche für den Erfolg Ihrer Arbeiten entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

* * *

Der Vorstand des Liberalen Bürgervereins in Bonn hat sich mit der in der letzten Zeit gegen den Fürsten Bismarck angenommenen Haltung der „Köln. Ztg." beschäftigt und, wie die „Leipz. N. Nachr." am 22. November mittheilen, einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Der Vorstand des Liberalen Bürgervereins in Bonn mißbilligt aufs Entschiedenste den Ton, den die ‚Köln. Ztg.' dem Fürsten Bismarck gegenüber in der Angelegenheit der sogenannten ‚Hamburger Enthüllungen' anzuschlagen für gut befunden hat, und bedauert, daß ein sonst rein nationale Interessen vertretendes Blatt sich zu derartigen Verunglimpfungen des größten deutschen Staatsmannes herbeigelassen hat."

Insbesondere wurde von den Vorstandsmitgliedern die immer wiederkehrende Unterstellung der „Köln. Ztg.", daß die „Enthüllungen" des Fürsten Bismarck ihre Spitze gegen die Person des Kaisers richten, auf das Lebhafteste zurückgewiesen.

* * *

Auf das Schreiben, welches unterm 23. November von Mannheimer Bürgern an den Fürsten Bismarck bezüglich der Stellung eines Straf-

antrages gegen die dortige „Volksstimme" gerichtet wurde, ist bereits unterm 28. November folgendes Schreiben eingetroffen:

Friedrichsruh, 26. November 1896.

Geehrter Herr! Ihnen und den Herren Mitunterzeichnern des gefälligen Schreibens vom 23. d. M. danke ich verbindlichst für diese freundliche Kundgebung Ihrer wohlwollenden Gesinnungen. Seitdem ich nicht mehr Beamter bin, finde ich aber keine Veranlassung, gegen die Angriffe der Presse, auch wenn sie, wie es häufig der Fall ist, den vorliegenden an Heftigkeit übertreffen, den Strafrichter anzurufen.

v. Bismarck.

* * *

Am 7. December übernimmt Fürst Bismarck das Ehrenpräsidium in dem Comité für die Nationalfeier des 22. März 1897.

* * *

Den „Hamb. Nachr." vom 9. December (M.=A.) entnehmen wir Folgendes:

Die „Vossische Zeitung" schreibt in einer Betrachtung über den Proceß Leckert=Lützow:

„Die Polizeiagenten, aus Mangel an Stoff, lügen und übertreiben unverantwortlich ..... Der unangenehmste Bundesgenosse unserer Gegner ist der wetteifernde Ehrgeiz unserer Polizeibeamten, Verschwörungen zu entdecken und Resultate dieser Bemühungen sowie die beabsichtigten und verhinderten Verbrechen in einer Weise aufzuputzen, daß man den eingeschüchterten Gemüthern im bengalischen Feuer eines ununterbrochenen Rettens der Krone und der Gesellschaft aus haarsträubenden Gefahren erscheint ... Die Geschicklichkeit, Agentenberichte für Thatsachen zu halten und diese anschwellen zu lassen wie Faust's Pudel hinter dem Ofen, ist unserer politischen Polizei im höchsten Grade eigen, und sie übt sie mit einem bemerkenswerthen Mangel an Rücksicht auf den Glauben an die Sicherheit unserer Zustände, dessen wir zur Erhaltung unseres Credits in der auswärtigen Politik bedürfen."

So schrieb Herr von Bismarck=Schönhausen in der Zeit, da Hinckeldey und Stieber die großen Verschwörungsprocesse einfädelten, an seinen Chef, den Ministerpräsidenten von Manteuffel. Was die politische Polizei damals that, um den König Friedrich Wilhelm IV. in den Glauben an ungeheuerliche Umsturzpläne einzuspinnen, das gehört der Geschichte an. Ein wenig später fand der Depeschendiebstahlsproceß statt. Der Generaladjutant des Königs empfing Berichte der anrüchigsten Polizeiagenten über das Verhalten des Prinzen von Preußen, des späteren Kaisers. Polizeiagenten stahlen bei dem Generaladjutanten und dem Chef des Civilcabinets Briefe, Depeschen und Tagebücher: „Gott im Himmel, welch ein Zustand in Deutschland", rief verzweifelnd der treue Bunsen.

Was ist der Depeschendiebstahlsproceß, der sich hinter verschlossenen Thüren abspielte, gegen diesen Proceß Leckert-Lützow-Tausch, der alle Welt von dem Segen des mündlichen und öffentlichen Verfahrens überzeugen muß? Jahre lang haben die nichtswürdigsten Machenschaften unternommen und vollführt werden können im Dunkel des Geheimnisses. Man hat gehetzt, verdächtigt, verleumdet. Bald wurde gegen diesen, bald gegen jenen Minister das Mißtrauen geschürt, und heute weiß man, daß manche der wichtigsten Veränderungen in den höchsten Aemtern nur die Frucht dieses Treibens hinter den Coulissen gewesen ist, bei dem die politische Polizei mit ihren „Vertrauensmännern" die Hand im Spiel hatte. Ist es nicht geradezu ein ergreifendes Bild, daß Minister, von denen man meinte, daß ihnen die ganze Fülle der Staatsgewalt zu Gebote stehe und ihre Macht kaum eine Grenze kenne, wie ein gehetztes Wild schließlich Rettung suchen bei der Oeffentlichkeit?

Nur die volle Oeffentlichkeit kann das tief erschütterte Vertrauen im politischen Leben wieder herstellen. Wer irgendwie dazu beiträgt, die Oeffentlichkeit in diesem Verfahren einzuschränken oder die Ablegung von Zeugnissen zu vereiteln, der setzt sich in dem Urtheil aller unbefangenen Zuschauer ins Unrecht. Es darf dieser Proceß keinen dunklen, unaufgeklärten Punkt zurücklassen. Treffend aber hat am 30. November 1874 Fürst Bismarck im Reichstage gesagt:

„Ich schätze an dem ganzen Regime der neueren Zeit nichts so sehr als die absoluteste Oeffentlichkeit; es soll kein Winkel des öffentlichen Lebens dunkel bleiben, und müßte selbst nur das gelbliche Dämmerlicht aus der Blendlaterne auf ihre Fäden fallen — es ist immer besser, als daß sie unbeleuchtet bleiben, und hätte es auch nur die Folge, daß der Flug der hohen Meinung, mit der die beste Verwaltung und Bureaukratie sich so leicht täuscht, einige Verminderung erleide."

So das Citat des Vossischen Blattes. Was den Berliner Proceß betrifft, so halten wir es für dringend wünschenswerth, daß die eigentlichen Hintermänner, die doch wahrscheinlich existiren, auch wirklich entdeckt werden.

* * *

Ueber das Auftreten des Staatssecretairs Freiherrn von Marschall in dem Proceß Leckert-von Lützow sagen die „Hamb. Nachr." am 10. December (A.-A.):

Dem Staatssecretair des Auswärtigen Amtes, Herrn von Marschall, wird für sein Auftreten gegen die bekannten Preßintriguen vor Gericht uneingeschränktes Lob und Anerkennung, nicht nur von der officiösen Presse und der „Kölnischen Zeitung" zu Theil, sondern auch von den clericalen und demokratisch-socialistischen Blättern. Wir lassen ununtersucht, welchen Motiven der außergewöhnlich warme Ton auf Seiten der

Letzteren entspringt; daß es Genugthuung über einen dem Staatsinteresse geleisteten Dienst gewesen sein sollte, ist aus verschiedenen Gründen wenig glaubhaft. Vielleicht erklärt sich, soweit nicht zweifelhaftere Instinkte dabei im Spiele sind, das Verhalten zum Theil aus den Zugeständnissen, welche in diesem Processe den demokratischen Auffassungen durch das Erscheinen von Reichskanzler, Ministern und Botschaftern vor den gerichtlichen Schranken gemacht worden sind. Wir stehen allerdings auch auf dem Standpunkte, den neulich die „Vossische Zeitung" aus früheren Berichten und Reden des Fürsten Bismarck construirt hat, daß die absoluteste Oeffentlichkeit ein sehr werthvolles Requisit des modernen Regimes sei; aber wir unterscheiden dabei doch zwischen Vorgängen, die ihrer Natur nach vor den Strafrichter gehören, und solchen, bei denen dies nicht der Fall ist; demgemäß sind wir der Ansicht, daß eine Gerichtsverhandlung kaum als der geeignete Ort für die Behandlung von Controversen zwischen Ministern zu betrachten, sondern daß das Staatsministerium eher als das zuständige Forum anzusehen sein wird. Der feste Zusammenschluß im letzteren ist allerdings durch die 1890 erfolgte Aufhebung der Cabinetsordre von 1852 gelockert worden, und es wird erinnerlich sein, daß die Weigerung des Fürsten Bismarck, ihrer Beseitigung zuzustimmen, einen der letzten Gründe seines Rücktritts gebildet hat. Wir halten es für eine Malice des Schicksals, wenn heute ein Blatt wie die „Frankfurter Zeitung" der Hoffnung Ausdruck geben kann, „der Proceß Leckert möge dazu beitragen, den Mitgliedern der Regierung etwas mehr Zusammenhang und Rückgrat zu geben". Wir finden es begreiflich, daß Herr von Marschall mit seiner Behandlung der Frage vor Gericht bei der „Frankfurter Zeitung" und anderen Blättern ähnlicher Richtung sich beliebt gemacht hat; von anderer Seite wird ihm vielleicht der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er doch etwas mehr als absolut nothwendig und nützlich war, in die Anschauungen des früheren Staatsanwalts zurückgefallen ist und den Diplomaten zu sehr abgestreift hat.

* * *

In den „Berliner Neuesten Nachr." lesen wir am 13. December:

„In dem Sittengemälde Lützow-Tausch würde ein bemerkenswerther Zug fehlen, wenn nicht der ehemalige Rechtsanwalt Friedmann seine Stimme in dieser Angelegenheit hätte vernehmen lassen. Der Pariser ‚Gaulois' hat diese Berliner Berühmtheit ausfragen lassen — der Deutschenhaß erstreckt sich nicht auf diejenigen, die im Vaterlande verfehmt sind —, und Herr Friedmann hat die folgende, ihn ungemein charakterisirende Antwort ertheilt:

„La seule personne à qui Tausch doive sa situation et sur laquelle

il comptait pour l'améliorer, qui s'était servie de lui pour attirer dans un guet-apens Schnaebelé, j'ai nommé Herbert de Bismarck."

(„Die einzige Person, der Tausch seine Stellung verdankt und auf welche er rechnete, um letztere zu verbessern; die sich seiner bedient hatte, um Schnaebele in eine Falle zu locken, habe ich bezeichnet: Herbert Bismarck.")

Es ist unendlich zu bedauern, daß Herr Friedmann nicht als Vertheidiger der Genossen von Tausch-Lützow fungiren kann; der Ernst der Dinge würde dann wenigstens durch einige Absurditäten aufgehellt werden. Nicht für die Franzosen, sondern für deutsche Blätter, die jenes Zeug kritiklos nachdrucken, sei hier hinzugefügt, daß es im März 1890 noch eine Woche nach der Entlassung des Fürsten Bismarck lediglich vom Grafen Herbert Bismarck abhing, Staatssecretair des Auswärtigen und Mitglied des preußischen Staatsministeriums zu bleiben. In den Kreisen der damaligen hiesigen Diplomatie ist man sehr genau darüber unterrichtet gewesen, daß Se. Majestät der Kaiser, als bereits mit dem Gesandten Grafen Alvensleben-Brüssel Verhandlungen wegen der Nachfolge im Staatssecretariat eingeleitet waren, persönlich dem Grafen Bismarck den dringenden Wunsch aussprach, ihn im Amte zu erhalten, ein Gleiches ist seitens des Grafen Caprivi im Allerhöchsten Auftrage und zugleich im Namen des preußischen Staatsministeriums geschehen. Und als Graf Alvensleben, ungeachtet lebhafter Befürwortung von Seiten seines bisherigen Vorgesetzten und anderer in Berlin anwesender Collegen des diplomatischen Reichsdienstes, dennoch bei seiner Ablehnung verblieben und Herr von Marschall schließlich auf Grund der vom Grafen Caprivi mit ihm gepflogenen Verhandlungen ernannt war, wurde auf der hiesigen englischen Botschaft, allerdings mit Unrecht, doch noch die Ansicht für begründet erachtet, daß Graf Bismarck bald wieder in den Dienst eintreten werde.

Dies zur Beruhigung für diejenigen „national" gesinnten Blätter, die sich mit heller Freude des „Gewährsmannes" Friedmann bedienen sollten, um mit ekler Geschäftigkeit abermals den Criminalbeamten von Tausch mit dem Namen Bismarck in Verbindung zu bringen.

Graf Bismarck hat in jenen Märztagen in bestimmtester Form dem Entschluß Ausdruck gegeben, daß er nicht im Dienst bleibe, und hat sicherlich die diesem Entschluß zu Grunde liegende Ansicht seitdem nicht einen Augenblick geändert. Der Behauptung, daß von Tausch als Bahnbrecher für den ehemaligen Staatssecretair fungirt habe, kann nur bei einem schweren Defect des Intellects und des Ehrgefühls Ausdruck gegeben werden.

Im Uebrigen hat Herr Friedmann den französischen Ausfrager belogen, wenn er ihm erzählt, daß von Tausch dem Grafen Bismarck seine Stellung verdanke und dieser sich seiner im Schnaebele-Falle bedient habe. von Tausch verdankt, soviel uns bekannt, seine Anstellung im preußischen Dienst nicht preußischer, sondern bayerischer Empfehlung, seine Anstellung ist aus-

schließlich Sache des Polizeipräsidiums gewesen. Im Fall Schnaebele hat von Tausch so ungeschickt als möglich gehandelt und sich damit wenig Anspruch auf Anerkennung erworben. Er konnte Schnaebele allwöchentlich mehrere Male in Metz verhaften, statt dessen lockte er ihn über die Grenze in einer Angelegenheit, in welcher er ihm ein sauf-conduit auszustellen verpflichtet gewesen wäre. Ohne die große Mäßigung und Geschicklichkeit des Fürsten Bismarck hätten wir damals einen Krieg gehabt, mit dem formellen Unrecht auf deutscher Seite. Nicht minder ungeschickt war Tausch's Operation im Fall Wohlgemuth. Wenn der jetzige Herr Reichskanzler bald nach seinem Amtsantritt seiner Unzufriedenheit mit der Berliner politischen Polizei einen sehr bestimmten Ausdruck verliehen hat, so dürften ihm dabei u. A. namentlich diese beiden Fälle vorgeschwebt haben, bezüglich deren Fürst Bismarck mit ihm wohl völlig gleicher Ansicht gewesen ist."

* * *

Zum Theil auf dieselbe Angelegenheit bezieht sich Folgendes:

Die „Vossische Zeitung" schreibt: „.... daß im Jahre 1890 eine Reihe Mitarbeiter des Grafen Herbert Bismarck den Eindruck hatte, er sehe seine baldige Rückkehr an die Spitze des Auswärtigen Amts als selbstverständlich an, unterliegt keinem Zweifel."

Hierzu bemerken die „Berl. Neuest. Nachrichten" am 15. December Folgendes:

Bei der „Vossischen Zeitung" scheint da irgend ein Satz- oder Constructionsfehler untergelaufen zu sein. Wenn Mitarbeiter des Grafen Bismarck im Jahre 1890 den Eindruck hatten, daß seine baldige Rückkehr an die Spitze des Auswärtigen Amts bevorstehe, so theilten sie damit eine Ansicht, die bis in sehr hohe Kreise hinauf als begründet galt, nur allerdings beim Grafen Bismarck nicht. Einen zweiten Irrthum begeht die „Voss. Ztg.", wenn sie Herrn von Tausch zuerst in Königsberg amtiren läßt. Dort fungirte, wie in diesen Tagen vielfach mitgetheilt worden, ein bürgerlicher, aus Preußen stammender Beamter Namens Tausch, während Herr von Tausch bekanntlich aus Bayern hierherkam. Wenn die „Voss. Ztg." endlich fragt, woher unsere Kenntniß über das ungeschickte Verfahren des Criminalbeamten von Tausch im Falle Schnaebele stamme, so scheint die geehrte Collegin im Frühjahr 1887 keine reichsländischen Zeitungen gelesen zu haben. Sie hätte sich über das von uns in dieser Beziehung Gesagte in Straßburg und Metz toto die unterrichten können.

* * *

Am 19. December heißt es in den „Hamb. Nachr." (M.-A.):

In den „Cape Times", dem in Capstadt erscheinenden Organe der englischen Colonialregierung, finden wir eine längere Ausführung über

deutsche Politik und den Fürsten Bismarck, worin sich historische Ignoranz und heuchlerische Gehässigkeit erfolgreich Concurrenz machen. Wir lesen u. A. folgende Sätze:

„Man kann mit Sicherheit behaupten, daß Preußen, indem es sein Gebiet zu vergrößern suchte, stets die äußerste Mißachtung gegen die allgemein gültigen Gebote der politischen Moral bewiesen hat. Um von der Aneignung eines Theils des dänischen Eigenthums im Jahre 1864 zu schweigen, giebt es noch den sogenannten Benedetti-Zwischenfall zwischen Preußen und Frankreich, welcher dem Kriege von 1870 voranging. In diesem Falle schlug Fürst Bismarck (!) einen geheimen Vertrag vor, dessen Inhalt dahin ging, daß Preußen (!) sich Hollands bemächtigen sollte, während es Frankreich gestattet würde, Belgien einzuverleiben. Zu derselben Zeit behauptete Fürst Bismarck mit größter Entschiedenheit, daß der Vorschlag von Frankreich ausginge und nicht von ihm, indem er sich so auf Kosten der Wahrhaftigkeit sicher stellte.

Zu Anfang dieses Jahrhunderts ereignete sich der Zwischenfall mit Hannover; dieses Land war kein britisches Gebiet, sondern nur eine Last für die Staatsfinanzen, da es früher der deutschen Dynastie gehört hatte, welche auf dem britischen Thron sitzt. Nach der Unterwerfung Preußens durch die Franzosen im Jahre 1806, als Napoleon als der bitterste Feind des Landes gehaßt wurde, bot Napoleon, um seine Pläne gegen den britischen Handel auszuführen, Hannover Preußen an. Obgleich Preußen damals mit Großbritannien im Bunde stand und von diesem Subsidien empfing, griff der König gierig zu.

Beispiele dieser Art ließen sich leicht vervielfältigen. Preußen brach Napoleon die Treue, brach England die Treue, brach Oesterreich und Rußland vor Austerlitz die Treue. In keiner einzigen seiner politischen Verhandlungen lag auch nur eine Spur von Grundsätzen oder Ehrgefühl (!); die Moral des preußischen Volkes aber läßt sich aus der Thatsache schließen, daß die Preußen gegen den „großen" Napoleon mehr Empfindlichkeit zeigten wegen einiger kräftiger Ausdrücke, deren er sich gegen die Königin von Preußen bediente, in welchen er, wie sie sagten, „ihre Königin beleidigte", als sie gegen deren Gemahl, den König, hegten, dessen tägliches Leben in seinen Schlössern eine stärkere Beleidigung in dem Lichte darstellten, in welchem verheirathete Frauen diese Dinge betrachten, als irgend eine Handlung, deren Napoleon sich schuldig machte. (!) Während die Deutschen deswegen noch heute mit Bitterkeit von Napoleon sprechen, wird man von ihnen kein Wort der Anerkennung dafür hören, daß er das Volk aus dem Joch der Leibeigenschaft befreite und den deutschen Stämmen einige der Segnungen der bürgerlichen und politischen Freiheit zuwandte.

Es wird völlig genügen, diese englisch-officiöse Leistung niedriger zu hängen. Ihr geschichtliches Niveau wird am besten durch die Verwechslung Friedrich Wilhelms III. mit Friedrich Wilhelm II. gekenn-

zeichnet. Im Uebrigen bestätigt der echt englisch-pharisäische Herzenserguß, was wir neulich als britische Eigenthümlichkeiten hervorhoben: daß die Engländer Alles, was ihrem Lande unbequem ist, nicht als gefährlich, sondern als der Moral widersprechend bezeichnen. England ist bekanntlich das tugendhafteste Land in der Politik.

* * *

Zu den sogenannten „Hamburger Enthüllungen" theilen die „Hamb. Nachr." am 19. December (M.-A.) noch zwei recht bemerkenswerthe Auslassungen aus der österreichischen und der russischen Presse mit. Sie sind wichtig zur Vervollständigung des Bildes. Die „Hamb. Nachr." schreiben:

Zu den Erklärungen, mit denen der Minister-Präsident Baron Banffy neulich im ungarischen Reichstage die Interpellation Polonyi über die auswärtige Lage und die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten" beantwortet hat, sind, wie bereits telegraphisch erwähnt worden ist, der „Neuen Freien Presse" Ausführungen zugegangen, in denen, wie das Wiener Blatt meint, Friedrichsruher Auffassungen zum Ausdruck gelangen. Das genannte Blatt gewährt ihnen um so bereitwilliger Aufnahme, als die Veröffentlichung geeignet sei, das Residuum von Mißverständniß oder Argwohn, das auf österreichisch-ungarischer Seite aus den Erörterungen über das deutsch-russische Abkommen gegen die Ehrlichkeit der damaligen oder jetzigen deutschen Politik zurückgeblieben sein könnte, zu beseitigen. Die Zuschrift lautet:

Baron Banffy hat das Schwergewicht seiner Erklärungen in die Constatirung der Thatsache gelegt, daß das deutsch-russische Abkommen heute nicht mehr existire. Wenn er zur Beschwichtigung des ungarischen Mißtrauens nicht weiter gegangen ist und nicht hinzugefügt hat, daß der erloschene Vertrag zwischen Deutschland und Rußland auch an sich die Ungarn nicht habe zu beunruhigen brauchen, so betrachten wir dies als eine Consequenz der Anschauung, daß die „Enthüllungen der ‚Hamburger Nachrichten' ein Thema berühren, welches in den Rahmen der Geschichte gehört", und das folglich ein activer Staatsmann, der es mit Fragen der actuellen Politik zu thun hat, nicht zu behandeln braucht, wenn er dies nicht aus besonderen Gründen für nützlich hält. Mit Rücksicht auf die Empfindungen, welche in Ungarn Rußland gegenüber bestehen, finden wir es begreiflich, wenn Baron Banffy es vermieden hat, den Vertrag zwischen Deutschland und Rußland historisch zu beleuchten und nachzuweisen, daß derselbe weder ein ungarisches, noch ein österreichisches, noch ein Dreibundsinteresse gefährdet habe, und man könnte sich auch außerhalb des ungarischen Reichstages darauf beschränken, die Erklärung des Baron Banffy, wie er es vom ungarischen Parlament gewünscht hat, „zur Kenntniß zu nehmen". Da indeß die Rede, mit welcher der Abgeordnete Polonyi auf die ihm vom Minister ertheilte Auskunft reflectirt hat, die „Vertragstreue" der Politik des alten Courses in Deutschland gegen den österreichisch-

ungarischen Verbündeten in verschärfter Weise anzweifelt und es für unklug hält, Jemandem, von dem man schon einmal hintergangen sei, wieder zu vertrauen, halten wir es doch im Interesse beider Reiche für nützlich, den Nachweis zu führen, daß von einer Illoyalität gegen Oesterreich-Ungarn bei Abschluß des Vertrages mit Rußland nicht im Entferntesten die Rede sein konnte und noch viel weniger davon, „daß das Deutsche Reich gewillt war, den Verpflichtungen nicht zu entsprechen, die es Oesterreich-Ungarn gegenüber vertragsmäßig übernommen hatte".

Das Protonpseudos der falschen Auffassung liegt in der Verkennung des Zweckes des deutsch-russischen Neutralitäts-Vertrages. Dieser Zweck bestand in nichts Anderm, als in der verstärkten Sicherung Deutschlands gegen die Eventualität, daß Frankreich, wenn es zur Verwirklichung seiner Revanche-Ideen einen neuen Krieg gegen Deutschland begänne, die Unterstützung Rußlands finden könne. Laut Artikel 2 des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages wäre zwar Oesterreich für den Fall, daß Rußland in Form einer activen Cooperation oder durch sonstige militairische Maßnahmen, welche Deutschland bedroht hätten, den französischen Angriff auf Deutschland unterstützte, verpflichtet gewesen, Deutschland mit seiner gesammten Kriegsmacht beizustehen, aber es lag begreiflicherweise sowohl im Interesse Deutschlands wie im Interesse des Friedens, dem das Bündniß dienen sollte, daß diese Eventualität vermieden blieb. Dies wurde erreicht durch den Abschluß des deutsch-russischen Neutralitäts-Vertrages. Derselbe hatte, kurz ausgedrückt, den Zweck, Rußland zu verhindern, seine Armee in den Dienst der französischen Revanche-Idee zu stellen; er wollte dadurch die Gefahr eines europäischen Coalitionskrieges vermindern. Er war namentlich mit Rücksicht auf die Eventualität geschlossen worden, daß in Rußland polnische, panslawistische und französische Einflüsse ein Schwergewicht erlangten, welches im kritischen Momente auf die russische Politik in dem Maße gedrückt haben würde, daß Rußland, ohne durch eigene Lebensinteressen zwingend dazu genöthigt zu sein, sich dazu hergegeben hätte, den Franzosen zu Elsaß-Lothringen mit der Rheingrenze und der Reactivirung der 1870 verloren gegangenen „prépondérance légitime" zu verhelfen.

Wir glauben, daß dieser Zweck des deutsch-russischen Vertrages nicht nur im Interesse Deutschlands lag, sondern ebensogut in dem Oesterreich-Ungarns, welches dadurch der Verpflichtung überhoben war, seine Soldaten gegen Frankreich marschiren zu lassen, wenn dieses angriff und dabei von Rußland unterstützt wurde. Der deutsch-russische Vertrag war mithin eine Friedensgarantie im eminentesten Sinne des Wortes, und er hat, wie wir zu wissen glauben, die Zustimmung der österreichisch-ungarischen Staatsmänner nicht nur verdient, sondern auch gefunden.

Einwände gegen den Vertrag konnten von österreichisch-ungarischer Seite nur von solchen Politikern erhoben werden, welche entgegen der friedlichen Tendenz des deutsch-österreichischen Bündnisses die Ansicht vertraten, daß dasselbe Deutschland zur militairischen

Hülfeleistung an Oesterreich-Ungarn auch für den Fall verpflichte, daß letzteres Rußland seinerseits angreife. Wenn die Vertreter dieser irrigen Auffassung, die immer mehr trans- als cisleithanisch vorhanden waren, im Rechte gewesen wären, dann — aber auch nur dann — wäre der Vorwurf berechtigt gewesen, daß Deutschland versucht hätte, sich seinen Verpflichtungen gegen Oesterreich-Ungarn durch den Abschluß des Abkommens mit Rußland zu entziehen; wie die Dinge aber in Wirklichkeit liegen, hat das deutsch-russische Abkommen nicht nur Oesterreich-Ungarn nicht beeinträchtigt, sondern ihm direct genützt dadurch, daß es die Verpflichtung desselben zur militairischen Hülfeleistung an Deutschland de facto einschränkte, ohne andererseits die zu Recht bestehende Verpflichtung Deutschlands gegen Oesterreich zu vermindern.

Wie oben schon angedeutet wurde, glauben wir zu wissen, daß die österreichisch-ungarischen Staatsmänner von dem deutsch-russischen Abkommen nicht nur gewußt, sondern dasselbe auch gebilligt und stets bereitwillig im Interesse des eigenen Landes acceptirt haben, daß Deutschland auf Grund seiner Beziehungen zu Rußland in der Lage war, Conflicten zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland oder wenigstens einer friedensbedrohlichen Entwickelung derselben vorzubeugen.

Daß andererseits von Oesterreich-Ungarn selbst die Vereinbarkeit eines bilateralen Verhältnisses zu dem verbündeten Staate und zu Rußland anerkannt worden ist, beweisen unter Anderem die Reden, die Graf Kalnoky im Mai und Juni 1894 im auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation und im Bundesausschusse der österreichischen gehalten hat. Der Minister erklärte damals, daß sowohl bei Kaiser Alexander III. wie bei dessen Regierung nur günstige Dispositionen gegenüber Oesterreich-Ungarn vorherrschten, und daß dies eins der gewichtigsten Motive dafür sei, daß die militairische Spannung in Europa aufhöre. Die damit dem Charakter der österreichisch-russischen Beziehungen für die Gestaltung der europäischen Verhältnisse beigelegte Bedeutung war eine solche, daß von deutscher Seite die Frage mindestens mit gleichem Rechte wie die des Abgeordneten Polonyi zu stellen gewesen wäre, ob dies vom Grafen Kalnoky bekundete intime Vertrauensverhältniß Oesterreich-Ungarns zu Rußland mit der Bündnißpflicht gegen Deutschland zu vereinbaren sei. Graf Kalnoky hat aber gleich darauf, als in der deutschen Presse entsprechende Vorhaltungen versucht wurden, in der Sitzung des Budget-Ausschusses der österreichischen Delegation vom 9. Juni 1894 mit voller Berechtigung erklärt, es sei von den alliirten Regierungen stets daran festgehalten worden, daß ihr Bündniß unter einander gute Beziehungen zu anderen Mächten durchaus nicht ausschließe. „Fürst Bismarck selbst“ — fuhr Graf Kalnoky fort —, „der doch den Grundstein zu der Bündniß-Politik gelegt, hat stets ausgesprochen, daß möglichst freundschaftliche Beziehungen zu Rußland die beste Gewähr für Erhaltung des Friedens seien. Alles, was von Berlin aus in dieser Richtung geschehen ist, wurde von uns stets mit vollem Vertrauen und den besten Wünschen begleitet. Es ist also widersinnig, daß, wenn wir constatiren, daß unsere Beziehungen zu Rußland freundliche sind, deutsche Blätter darin etwas erblicken, was eine Entfernung von unserem Bündniß-

verhältnisse bedeute." Diese Aeußerungen des Grafen Kalnoky lesen sich wie eine anticipirte Zurückweisung der Verdächtigung, die der Abgeordnete Polonyi jetzt gegen Deutschland gerichtet hat, weil dasselbe durch seinen Vertrag gute Beziehungen zu diesem Reiche gepflegt und den Frieden gesichert hat.

Wir glauben durch diese Anführungen jedem österreichisch-ungarischen Verdachte gegen Deutschland, der sich auf das Abkommen mit Rußland stützt, den Boden entzogen zu haben, und es würde uns freuen, wenn ihre Veröffentlichung in der „Neuen Freien Presse" den Erfolg haben sollte, diejenigen unserer Verbündeten cis und trans, die sich zu einer falschen und der Ehrlichkeit des Fürsten Bismarck nachtheiligen Beurtheilung der Sachlage haben verleiten lassen, zu einer Correctur ihrer irrigen Auffassung zu veranlassen. Wir glauben, daß Oesterreich-Ungarn trotz des russischen Neutralitäts-Vertrages keinen aufrichtigeren und einsichtigeren Freund besessen hat, als den Fürsten Bismarck.

Ferner heißt es: Zu den Enthüllungen in den „Hamburger Nachrichten" ergreift nun auch die „Westn. Jew.", die bekannte russische Monatsschrift, das Wort zu folgenden Ausführungen:

Als zu Beginn des Jahres 1888 der Text des gegen uns gerichteten Bündnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland gleichzeitig in Berlin und Wien veröffentlicht wurde, hätten wir unsererseits mit einer Veröffentlichung unseres Vertrages antworten sollen und hätten damit wahrscheinlich den Dreibund gesprengt. Warum haben wir das nicht gethan, warum haben wir die Waffe nicht benutzt, die wir in der Hand hielten? Jn jedem Falle hätte Fürst Bismarck solche Enthüllungen erwarten müssen — und folglich hatte er seine gewichtigten Argumente, die es ihm gestatteten, auf ein Schweigen der russischen Diplomatie zu rechnen oder aber von der Ungefährlichkeit solcher Enthüllungen überzeugt zu sein.

Die neueste Polemik hat einiges Licht in diese dunkle Frage geworfen. Wir erfahren vom Fürsten Bismarck, daß er nur auf das dringende Verlangen der russischen Regierung hin den Vertrag geheim gehalten habe, er selbst aber wäre geneigt gewesen, den Jnhalt desselben den verbündeten Cabinetten mitzutheilen. Schon daraus ist ersichtlich, daß der Vertrag nicht gegen den Dreibund gerichtet gewesen sein kann. Zu Beginn des Jahres 1890 brachte Graf Schuwalow die Prolongation des Vertrages in Anregung, doch da brach die Kanzlerkrisis aus: England bekam von den Verhandlungen Wind, und nach der Verabschiedung des Fürsten Bismarck wurde der Vertrag nicht wieder erneuert, in Folge starker persönlicher Einflüsse, denen Graf Caprivi nicht entgegenzuwirken verstand. So wird der wahre Sinn des Vertrages, der bereits 1884 abgeschlossen war, recht klar. Er setzte gegenseitige Neutralität für den Fall fest, daß Deutschland oder Rußland von einer dritten Macht angegriffen werden würde. Wer konnte Rußland angreifen? Gewiß nicht Oesterreich-Ungarn, da sein Vertrag mit Deutschland einen ausschließlich defensiven Charakter trug. Damals beschäftigte unsere Diplomatie ein Conflict mit England wegen Afghanistan, und als die Krisis sich nach der Schlacht am Kusch zu-

spitzte, schien der Krieg unvermeidlich. Um sich für den Fall eines englischen Angriffs den Rücken gegen den Dreibund zu sichern, schloß Rußland eine geheime Verbindung mit Deutschland und verpflichtete sich daher seinerseits — im Falle eines durch die Franzosen, die damals gerade die Periode Boulanger durchlebten, veranlaßten Krieges — Neutralität zu beobachten. Der Vertrag war damals für beide Theile vortheilhaft und erleichterte dem Dreibund die Niederwerfung Frankreichs um ein Bedeutendes. Die Gefahr eines englisch-russischen Zusammenstoßes schwand sehr bald, und zu Ausgang der achtziger Jahre war von ihr überhaupt nicht mehr die Rede, während die Perspective eines französisch-deutschen Krieges wie ein Damoklesschwert über Europa schwebte. Trotzdem war unsere Diplomatie im Jahre 1890 bereit, den Neutralitäts-Vertrag mit Deutschland zu erneuern; die Motive dieses Entschlusses sind uns unbekannt. Zum Glück für uns und für Frankreich kam der Vertrag aus Gründen, die von uns unabhängig waren, nicht zu Stande. Wenn es dem Fürsten Bismarck gelungen wäre, den Vertrag noch vor seinem Sturz zum Abschluß zu bringen, oder aber, wenn unter seinem Nachfolger das Anerbieten des Grafen Schuwalow nicht zurückgewiesen worden wäre, so hätte auch nach 1890 unsere formale Verbindung mit dem Deutschen Reich fortgedauert, und es wäre weder zu den Manifestationen in Kronstadt, noch zu den Festen in Toulon, ja vielleicht nicht einmal zu der gegenwärtigen franko-russischen Entente gekommen. Ereignisse und Stimmungen in Berlin, die mit unseren Interessen wenig gemein hatten, spielten bis in die jüngste Zeit aus bestimmten Gründen eine bedeutende Rolle bei sehr wichtigen Acten unserer auswärtigen Politik — diese Seite der Enthüllungen des Fürsten Bismarck, die unsere Diplomatie betrifft, bedarf noch der Enthüllungen von autoritärer Seite. Wie dem aber auch sei, die Dreibundmächte hatten keinen Grund, mit dem alten Kanzler um des Vertrages mit Rußland willen zu grollen, für sie bedeutete der Schritt des Grafen Caprivi, der die neueste franko-russische Freundschaft möglich machte, keinen Gewinn.“

* *
*

Weniger um der Sache selbst, als um der Bedeutung willen, die das gerichtliche Urtheil für die in amtlichen süddeutschen Kreisen über den Privatmann Fürst Bismarck herrschende Ansicht hat, citiren wir in Nachstehendem den Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ über eine Gerichtsverhandlung, deren Gegenstand eine Beleidigung des Fürsten Bismarck war. Das Blatt schreibt aus München:

Vor dem hiesigen Schöffengericht stand dieser Tage der verantwortliche Redacteur der illustrirten socialdemokratischen Wochenschrift „Süddeutscher Postillon“, Eduard Fuchs, unter der Anklage des groben Unfugs, den die königl. Amtsanwaltschaft in einem Gedichte mit dem Titel „Enthüllungen“, Ballade vom Sachsenwalde, gegeben fand. Das Gedicht befaßte sich mit der Person des Fürsten Bismarck, der in der unflätigsten

Weise in den Koth gezogen wurde. Die Enthüllungen in den „Hamburger Nachrichten“ hatten dem „Dichter“, dessen Namen der Angeklagte mit dem Redactionsgeheimniß deckte, willkommenen Anlaß gegeben, gegen den verhaßten ehemaligen Kanzler Gift und Galle zu speien und zwar in einer solch niedrigen Ausdrucksweise, daß der Amtsanwalt Veranlassung nahm, gegen Fuchs, der auch die volle Verantwortung zu übernehmen erklärte, auf Grund des Unfugsparagraphen vorzugehen. Fuchs bestritt in erster Linie, daß ein grober Unfug gegeben sei, da er die Anschauung habe, daß durch die Presse überhaupt kein solcher verübt werden könne. Es liege höchstens eine Beleidigung Bismarck's vor, wegen welcher aber nicht strafrechtlich vorgegangen werden könne, da der Beleidigte keinen Strafantrag gestellt habe. Hierauf kam Fuchs auf den Inhalt des Gedichtes selbst zu sprechen, in dem er jedoch gleichfalls nichts Strafbares erblicken könne. Fuchs ersuchte am Schlusse seiner fast einhalbstündigen Ausführungen um seine Freisprechung. —

Der Amtsanwalt Graf von Maldeghem begründete in wenigen Worten die Anklage, die er in ihrem ganzen Umfange aufrecht erhalten zu müssen erklärte, trotz der langathmigen Ausführungen des Angeklagten. Die gewählte Form des Ausdruckes in dem beanstandeten Gedichte sei, ganz abgesehen von der Persönlichkeit, die damit getroffen werden sollte, derart, daß sie in den meisten Kreisen der Bevölkerung Anstoß erregen müßte, um so mehr, da das Blatt Jedermann zugänglich sei, weshalb er gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 150 Mark eventuell 42 Tage Haft auszusprechen beantrage. —

Nach kurzer Berathung verkündete sodann Amtsrichter von Bomhard das auf sechs Wochen Haft lautende Urtheil, in dem er u. A. Folgendes ausführte: Die erste Behauptung des Angeklagten, es könne durch die Presse kein grober Unfug verübt werden, sei zu verschiedenen Malen bereits durch die constante Rechtsprechung entschieden, und es sei daher unnöthig, ein weiteres Wort darüber zu verlieren. Was die zweite Behauptung des Angeschuldigten betreffe, daß kein grober Unfug, sondern lediglich eine Beleidigung vorliege, so sei dies insofern richtig, als in dem Gedicht thatsächlich neben dem groben Unfug auch eine Beleidigung Bismarck's vorliege. Nachdem jedoch kein Strafantrag gestellt, scheide die Beleidigung aus und Fuchs habe sich wegen der anderen Gesetzesverletzung, d. h. wegen groben Unfugs, zu verantworten. Auch die Auffassung des Angeklagten, es sei nicht das moralische Gefühl, sondern die Aesthetik verletzt, sei nicht zutreffend, denn gerade die Schilderung des „alten Weibes“ mit den übrigen undelicaten Expectorationen habe sehr wenig mit der Aesthetik zu thun, verletze aber die Moral aufs Tiefste. B i s m a r c k s e i z w a r k e i n e p o l i t i s c h e P e r s ö n l i c h k e i t m e h r, a l l e i n e s m ü s s e e i n e n D e u t s c h e n a u f d a s T i e f s t e k r ä n k e n u n d v e r l e t z e n, w e n n i n s o l c h u n f l ä t h i g e r S p r a c h e v o n d e m e h e m a l i g e n R e i c h s k a n z l e r g e s p r o c h e n w e r d e. Ganz Deutschland, das, man dürfe

es ruhig aussprechen, seinen Bismarck hochhält, müsse Aergerniß daran nehmen, wenn dieser Mann so in den Koth gezogen werde, wie dies in der incriminirten Nummer des „Südd. Postillons" geschehen sei.

Die weitere Behauptung des Angeklagten, der „Südd. Postillon" werde nur in Arbeiterkreisen gelesen, ist gleichfalls nicht stichhaltig, da das Blatt in öffentlichen Localen aufliege und von Jedermann käuflich erworben werden könne. Beim Ausmaß der Strafe habe das Gericht in Betracht gezogen, daß Fuchs wegen Preßvergehen schon zweimal je fünf Monate Gefängniß verbüßt habe, weshalb man auch von Verhängung einer Geldstrafe Abstand nehmen zu müssen glaubte. Die höchst zulässige Strafe von sechs Wochen Haft wurde um deswillen ausgesprochen, weil nach der Ansicht des Gerichtes die historische Erscheinung Bismarck's in Anerkennung seiner Verdienste einen ganz besonderen Schutz genießen müsse. Der Amtsanwalt hatte bei Beginn der Verhandlung wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung Ausschluß der Oeffentlichkeit beantragt, welchem Antrage das Gericht nicht stattgab, so daß bei vollster Oeffentlichkeit verhandelt wurde.

* * *

Der Chefredacteur und Herausgeber der „Deutschen Zeitung", Dr. Friedrich Lange in Berlin, hatte dem Fürsten Bismarck sein Blatt vom 16. December mit einem Artikel „Ein neues Deutsch-Cartell" übersandt. Darauf erhielt er nachstehende Antwort:

Friedrichsruh, den 26. Dezember 1896.

Geehrter Herr!

Ich danke Ihnen für die Uebersendung des Ihrem Schreiben vom 21. d. Mts. beigefügten Artikels, in dem Sie meiner wohlwollend gedenken. Ich glaube, daß der empfohlene Zusammenschluß der vier Parteien für unsere politische Entwickelung von großem Nutzen sein wird, befürchte aber, daß die Verwirklichung an dem Selbständigkeitsgefühl der Fraktionen scheitern wird.

v. Bismarck.

1897.

Der Kyffhäuser-Verband der Vereine „Deutscher Studenten" hielt am 14. Januar in Berlin seinen Festcommers zur Feier des hundertsten Geburtstages Kaiser Wilhelm's I. Nach der Ansprache des cand. phil. Maurenbrecher auf den Fürsten Bismarck wurde folgendes Begrüßungstelegramm an diesen gesandt:

„Durchl. Fürst! Der K.-V. der V. D. St. und seine zur Vorfeier der 100jährigen Wiederkehr des Geburtstages Kaiser Wilhelm's I. versammelten Gäste aus Reichs-Inland und -Ausland entbieten dem staatsmännischen Schaffer und geistesgewaltigen Erhalter des Reiches, dem Bannerträger des Deutschthums in aller Welt ihren ehrfurchtsvollen Gruß und ihre begeisterte Huldigung. Wir geloben, uns in den Dienst der von Ew. Durchlaucht als Pflicht gegenüber dem Andenken des hochsel. Kaisers geforderten Arbeit an der Consolidirung der deutschen Nationalität mit ganzem Herzen und mit allen Kräften zu stellen."

* * *

Ueber ein gerichtliches Nachspiel, das die Beschlüsse des Grazer Gemeinderathes betreffs der Feier des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck noch nach fast zwei Jahren in Wien fanden, wird von dort am 14. Januar den „Hamb. Nachr." Folgendes berichtet:

Anläßlich des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck hatte der Grazer Gemeinderath seiner Zeit folgende Beschlüsse gefaßt: Erstens solle der Bürgermeister von Graz auf dem zu Ehren des Fürsten Bismarck abzuhaltenden Festcommerse erscheinen, die Festtheilnehmer Namens der Stadt begrüßen und eine Ansprache halten; zweitens werde dem die Bismarck-Feier veranstaltenden Festausschusse die Bewilligung ertheilt, auf dem städtischen Hilmteich-Grunde eine Eiche zu pflanzen und diese durch Anbringung einer einfachen Gedenktafel als „Bismarck-Eiche" zu bezeichnen.

Diese Beschlüsse wurden von der steiermärkischen Statthalterei inhibirt, da es sich um eine „Demonstration“ handle und die Gemeinde Graz durch Fassung der betreffenden Beschlüsse ihren gesetzlichen Wirkungskreis überschritten habe. Die Beschwerde der Grazer Stadtgemeinde beim Ministerium des Innern wurde von diesem abgewiesen, worauf die Stadtgemeinde Graz beim Verwaltungsgerichtshofe in Wien die Beschwerde gegen das Ministerium des Innern wegen Untersagung des Vollzuges der eben erwähnten Gemeinderathsbeschlüsse einreichte. Darüber wurde gestern von dem Verwaltungsgerichtshofe unter Vorsitz des Senatspräsidenten von Böhm-Bawerk verhandelt.

Das Ministerium des Innern war hierbei durch den Ministerialsecretair Simonetti, die Stadt Graz durch den steierischen Reichsrathsabgeordneten Dr. von Kokoschinegg vertreten. In der Beschwerdeschrift der Grazer Stadtgemeinde wurde geltend gemacht, daß sowohl die steiermärkische Statthalterei als auch das Ministerium des Innern durch Inhibirung der erwähnten Beschlüsse des Grazer Gemeinderathes, denen in beiden genannten Instanzen ein demonstrativer Charakter seitens der Vertretung der Grazer Stadtgemeinde beigelegt worden sei, das autonome Recht der Gemeinde verletzt habe, weshalb um Aufhebung dieser Entscheidungen ersucht werde. Dr. Kokoschinegg führte als Vertreter der Beschwerde aus, es handle sich um zwei verschiedene Beschlüsse des Grazer Gemeinderathes; ein Beschluß beziehe sich auf die Betheiligung des Bürgermeisters am Bismarck-Commerse, der zweite auf die Pflanzung einer Eiche in den Hilmteich-Anlagen. Beide Beschlüsse müßten mit Rücksicht auf die Motivirung der Inhibirung derselben abgesondert beurtheilt werden. Richtig sei, daß diese Beschlüsse in vertraulicher Sitzung des Grazer Gemeinderathes gefaßt wurden, da daraus hervorgehe, daß der Gemeinderath einen demonstrativen Act nicht intendirte. In dem Paragraphen der Grazer Gemeindeordnung, welcher den selbständigen Wirkungskreis der Gemeinde präcisire, werde allerdings nicht gesagt, daß die Gemeinde berechtigt sei, sich bei Festen durch den Bürgermeister vertreten zu lassen, allein es sei dies ein Ausfluß der juristischen Persönlichkeit des Gemeinderathes; die Statthalterei habe noch nie dagegen remonstrirt, wenn der Bürgermeister bei derlei Anlässen die Stadt vertrat. Es gäbe ja in Graz sehr häufig solche Fälle, wie z. B. Versammlungen von Vereinen, Bälle u. s. w., wo der Bürgermeister jedesmal als Vertreter der Stadtgemeinde erschienen sei. In der Begrüßung der Festgäste auf dem Bismarck-Commerse, an dem viele Auswärtige theilnahmen, könne absolut kein demonstrativer Act erblickt werden, durch welchen das Gesetz verletzt würde; mehr aber sei das Gesetz durch die diesbezüglichen Entscheidungen der Verwaltungsbehörden bezüglich des zweiten Punktes verletzt worden. Nach der Gemeindeordnung sei die Gemeinde in der Verwaltung ihres Vermögens autonom: sie müsse also doch einen Baum

pflanzen dürfen und könne doch einen Baum mit einem Namen bezeichnen. So sei im Grazer Stadtparke eine Eiche zu Ehren des Bürgermeisters Franck als „Franck-Eiche" gepflanzt und benannt worden.

Der Vertreter des Ministeriums des Innern, Ministerialsecretair Simonetti, berief sich auf eine Rede, welche Marquis Bacquehem (der gegenwärtige Statthalter von Steiermark) als Minister des Innern 1895 in solcher Angelegenheit im Parlamente gehalten und in der er u. A. erklärt habe: „Diesbezüglich will ich nur ganz allgemein bemerken, daß es eine nicht seltene Erscheinung des politischen Lebens in Oesterreich ist, daß die extremen Elemente sich zur Verwirklichung von Ideen vereinen, welche sich mit den Staatszwecken, mit der dem eigenen Staate schuldigen Loyalität nicht immer vereinbaren lassen." Daß nun für die Staatsverwaltung bei verschiedenen Anlässen, sobald diese Thätigkeit greifbare Formen annehme, die Pflicht erwachse, präventiv oder regressiv einzugreifen, sei so selbstverständlich, als es selbstverständlich sei, daß gewisse Dinge, so harmlos sie an sich erscheinen möchten, im Zusammenhange mit den Orts- und Parteiverhältnissen eine ganz besondere Bedeutung gewinnen, und daß die Staatsverwaltung, der diese Verhältnisse, die Gesinnungen von Personen und die oft nur schlecht verhüllten Ziele einer Kundgebung bekannt seien, nicht geneigt sei, die letztere für ganz harmlos zu halten, dieselbe vielmehr nach ihrer richtigen Ueberzeugung auffasse und beurtheile, werde ihr wohl nicht zu verargen sein. Und so sei im vorliegenden Falle geschehen, daß die Behörden in Erfüllung ihrer beschworenen Pflicht, den Staatsgedanken festzuhalten und für das Ansehen des Vaterlandes nach Innen und Außen zu sorgen, sich zu einer Maßregel entschlössen, welche Etwas hintanhalten wollte, was — der Regierungsvertreter ist gern überzeugt — gegen die Intentionen des Grazer Gemeinderathes gewesen wäre, wahrscheinlich aber in der Oeffentlichkeit die Bedeutung einer unzulässigen, unpatriotischen Demonstration genommen hätte. Wenn übrigens überhaupt Grund zu einer Beschwerde der Grazer Stadtgemeinde vorhanden wäre, so wäre der Verwaltungsgerichtshof incompetent und würde die Angelegenheit vor das Reichsgericht gehören. Aus dem Grazer Gemeindestatut lasse sich gewiß nicht deduciren, daß eine Kundgebung für den Fürsten Bismarck eine Angelegenheit sei, welche sich auf die Gemeinde Graz beziehe, und die Pflanzung der Eiche anlangend, komme hier nicht die Frage der Eigenthumsabtretung allein, sondern auch die Frage in Betracht, zu welchem Endzwecke dies geschehen sei. Kein Privater habe das Recht, sein Eigenthumsrecht in einer Weise geltend zu machen, welche mit dem Staatsinteresse in Widerspruch stehe; auch diese Angelegenheit gehöre vor das Reichsgericht, aber auch dieses müßte aussprechen, daß es sich hier um mehr als eine bloße Meinungsäußerung der Stadt Graz gehandelt habe.

Dr. von Kokoschinegg erklärte darauf: „Ich kann es nicht unerwidert lassen,

daß seitens des Ministeriums des Innern die Beschlüsse des Grazer Gemeinderaths als nicht vereinbarlich mit der dem Staate schuldigen Loyalität bezeichnet wurden. Das möchte ich im Namen des Grazer Gemeinderaths zurückweisen."

Ministerialsecretair Simonetti erwiderte: „Ich erlaube mir die Bemerkung, daß es mir vollkommen fern gelegen ist, dem Grazer Gemeinderath eine Illoyalität zu imputiren." — Nach einstündiger Berathung des Gerichtshofes wurde folgendes Urtheil verkündet: „Der Verwaltungsgerichtshof hat zu Recht erkannt: Die von der Gemeinde Graz angefochtenen Entscheidungen werden als ungesetzlich aufgehoben."

* *
*

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die „Hamb. Nachr." bei dem seit dem November 1896 andauernden Strike der Hamburger Hafenarbeiter entschieden gegen diese Stellung genommen haben. War doch auch kaum jemals ein Strike so unmotivirt und so ausschließlich durch socialistische, und noch dazu ausländische Agitatoren hervorgerufen worden wie dieser. Als nun am 14. Januar die Angelegenheit im Reichstage wieder zur Sprache gekommen war, äußerten sich die „Hamb. Nachr." darüber am 15. Januar (A.-A.) folgendermaßen:

> In der gestrigen Reichstagssitzung ist abermals vom Hamburger Strike die Rede gewesen. Der Socialist Molkenbuhr beschuldigte die Behörden der Parteinahme für die Unternehmer. Wir hätten gewünscht, daß die Entgegnung darauf vom Bundesrathstische aus etwas energischer ausgefallen wäre. Wir sind der Ansicht, daß es Pflicht der Behörden ist, die Betriebe in ihrem Kampfe gegen socialistische Vergewaltigung, wie sie beim Hamburger Strike beabsichtigt war, mit allen Mitteln zu schützen. Die Auffassung, daß die Socialdemokratie den Schutz der Landesgesetze wie jede andere Partei finden müsse, halten wir für das Ergebniß einer doctrinairen Verranntheit, welche mit den thatsächlichen Verhältnissen unvereinbar ist. Eine Agitation, welche eingestandenermaßen auf Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet ist und die communistische Dictatur des Proletariats anstrebt, die auf die Landesgesetze „pfeift" und schwere Verbrechen wie Meineid gut heißt, wenn sie im Parteiinteresse begangen werden, hat jeden Anspruch auf Parität verwirkt und darf sich nicht wundern, wenn der Staat sie auf Kriegsfuß behandelt. Wir betrachten letzteres als Pflicht des Staates, wenn er nicht darauf verzichten will, sich und die geltende Erwerbs- und Rechtsordnung der Willkür der Socialdemokratie auszuliefern; jedenfalls liegt es ihm ob, dem von der Socialdemokratie zunächst bedrohten Unternehmerthum in seinem Kampfe nach Kräften beizustehen. Wir

halten es für durchaus nothwendig, daß er diese Verpflichtung öffentlich anerkennt und nicht durch halbe Entschuldigungen den Anschein erweckt, als empfände er die Beihülfe, die er den Unternehmern gewährt hat, als Pudendum. Es muß der Socialdemokratie rund heraus erklärt werden, daß die Regierung sie bekämpfen und die Unternehmer unterstützen wird.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch bemerken, daß uns die Benutzung des socialistischen Terminus „Strikebrecher“ durch die Regierung und die Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft bedenklich erscheint. Es liegt in dem Ausdruck ein Vorwurf, der auf socialistischer Seite natürlich, auf staatserhaltender widersinnig ist. Die vernünftigen Arbeiter, die damit bezeichnet werden, brechen den Socialdemokraten die Treue, nicht uns, und wir haben allen Grund, unsere Arbeitswilligen, oder wie man sie sonst nennen will, nicht durch Anwendung der von socialistischer Seite gegen sie in Umlauf gesetzten gehässigen Nomenclatur in ihrem Selbstgefühl zu kränken.

* * *

Am 15. Januar weilt der frühere Kriegsminister Bronsart von Schellendorf als Gast in Friedrichsruh.

* * *

Am 16. Januar kommen die „Hamb. Nachr.“ (M.-A.) gegenüber dem „Pester Lloyd“ noch einmal auf das deutsch-russische Abkommen von 1884—90 zurück und sagen:

Der „Pester Lloyd“ schrieb kürzlich über das deutsch-russische Neutralitätsabkommen, es sei unglaubhaft, daß ein österreichisch-ungarischer Staatsmann diesen Vertrag gekannt und gebilligt habe; das könne man erst glauben, wenn der betreffende Diplomat sich öffentlich dazu bekenne. Diese Auffassung ist nicht ganz verständlich. Die dortige Presse hat niemals in Abrede gestellt, daß Oesterreich-Ungarn mit dem Deutschen Reiche und Rußland an dem sogenannten Dreikaiserbündniß betheiligt gewesen ist. Dasselbe versprach aber, wenn wir recht unterrichtet sind, die wohlwollende Neutralität bei jedem Angriff, dem eine der betheiligten drei Mächte von einer vierten ausgesetzt sein könnte, also beispielsweise bei einem französischen Angriffe auf Deutschland, bei einem englischen oder türkischen auf Rußland. War es in praxi eigentlich etwas anderes als was der deutsch-russische Vertrag von 1887 stipulirte, um den europäischen Frieden sicher zu stellen, wenn Oesterreich-Ungarn die wohlwollende Neutralität im Falle eines englischen Angriffes auf Rußland zusicherte oder eines türkischen? Das Dreikaiserbündniß hat, soviel wir wissen, im Jahre 1887 sein Ende erreicht,

ohne erneuert zu werden. Es waren damals vorübergehend erregte Stimmungen vorhanden. An Stelle des abgelaufenen Dreikaiserbündnisses trat die bekannte deutsch-russische Rückversicherung, die in der Hauptsache dasselbe Resultat hatte: für Deutschland nämlich die Sicherheit gegen ein russisch-französisches Bündniß im Falle eines französischen Angriffs auf Deutschland, wie er beispielsweise zur Zeit der Schnäbele-Affaire noch für möglich gehalten wurde. Wenn ein solcher Krieg damals vermieden wurde, so gebührt das Verdienst daran der Leitung unserer auswärtigen Politik.

* * *

An derselben Stelle wird entgegen den mancherlei Besorgnissen, die ein Theil der deutschen Presse an die Ernennung des Grafen Murawjew zum russischen Minister des Auswärtigen knüpft, Folgendes ausgeführt:

Wir halten alle Besorgnisse, die sich in der Presse an die Ernennung des Grafen Murawjew zum russischen Minister des Auswärtigen knüpfen, für vollständig unbegründet. Er wird natürlich russische Politik machen, aber unserer Ansicht nach nur russische und diese nicht im Dienste irgend welcher fremder Einflüsse. Graf Murawjew ist unseres Erachtens ein Politiker, mit dem die Geschäfte, die man überhaupt mit ihm zu machen hat, leicht und angenehm sind, weil sie ehrlich betrieben werden. Der neue Minister ist ein Edelmann nicht nur von Geburt, sondern auch von Gesinnung. Sein Name hat in Rußland von früheren Generationen her einen nationalen Klang. In Berlin, wo nicht selten die Geschäfte der russischen Botschaft selbständig von ihm geführt wurden, hat er sympathische Erinnerungen hinterlassen und sich niemals in grundsätzlicher Gegnerschaft gegen Deutschland gezeigt. Wenn er als russischer Botschafter russische Politik betreibt, so wird man bei uns damit nur zufrieden sein können; denn die nothwendigen Ziele der unverfälschten russischen Politik haben nichts, was mit dem deutschen Interesse nicht verträglich wäre. Daß die russische Politik auch antideutsch werden kann, ist natürlich nicht ausgeschlossen; aber wir glauben, daß unsere friedlichen Beziehungen zu Rußland ganz und gar von unserer eigenen Politik abhängen, und daß wir einen muthwilligen Angriff russischerseits auf uns weder jetzt noch künftig zu gewärtigen haben. Es fehlen dazu die collidirenden Interessen beider Nationen.

* * *

In derselben Nummer finden wir auch folgenden Artikel:

Zum Proceß Tausch. Wir halten es aus mehrfachen Gründen für nützlich, einige Betrachtungen über Herrn von Tausch, seine frühere Thätigkeit als politischer Polizist und seinen jetzigen Proceß anzustellen.

Für das dienstliche Verhalten des früheren Polizeicommissars und für dessen Anstellung hatte das Auswärtige Amt keinerlei Verantwortung. Der mehr eifrige als geschickte Beamte stand ursprünglich im Dienste der elsaß-lothringischen Statthalterschaft, und in Berlin gehört die Polizei nicht zum Ressort des Auswärtigen Amtes, sondern zu dem Ministerium des Innern. Letzteres würde sofort die Cabinetsfrage gestellt haben, wenn der auswärtige Minister sich in Personalfragen der inneren Anstellungen hätte mischen wollen.

Es ist uns nicht unwahrscheinlich, daß der Name des Herrn von Tausch in der Schnäbele-Angelegenheit damals im Auswärtigen Amte kaum bekannt geworden ist. Er war eben ein Polizei-Beamter, der mehr polizeilichen Eifer als völkerrechtliche Vorbildung besaß; sonst wäre er nicht auf den rechtswidrigen Gedanken gekommen, Schnäbele, den man häufig als freiwilligen Besucher in Metz hätte verhaften können, die Falle eines dienstlichen Rendezvous zu stellen. Der völkerrechtliche Irrthum, der hierin lag, wurde im Auswärtigen Amte beim ersten Bekanntwerden des Vorganges klargestellt. Selbst im Kriege kann man einen feindlichen Beamten, den man zu einer amtlichen Besprechung bestellt hat, bei dieser Gelegenheit nicht aufgreifen.

Wenn in den „Berl. Neuest. Nachr." gesagt wurde, nicht minder ungeschickt wie im Falle Schnäbele sei die Operation des Herrn von Tausch in der Wohlgemuth-Affaire gewesen, so hatten wir kaum in der Erinnerung, daß ebenfalls Herr von Tausch Träger des polizeilichen Ungeschicks war, das in dieser Sache bekundet wurde. Jedenfalls aber wurde sein Ungeschick in diesem Falle durch das sehr viel größere seines Collegen Wohlgemuth derart in den Schatten gestellt, daß nothwendig Mißtrauen gegen die Zweckmäßigkeit der polizeilichen Vorbildung bei der Straßburger Statthalterschaft erweckt werden mußte.

Daß Herr von Tausch, wie die „Voss. Ztg." kürzlich meinte, zuerst in Königsberg thätig gewesen sei, ist uns kaum wahrscheinlich; wir vermuthen, daß die ersten polizeilichen Thaten des Herrn in Straßburg zu domiciliren waren. Wenn die „Voss. Ztg." ferner sagte, daß Herr von Tausch erst unter Bismarck nach Berlin gekommen sei, so klingt das, als ob Herr von Bismarck, sobald er ins Amt gelangt war, das Bedürfniß empfunden hätte, Herrn von Tausch, den er von früher her als einen tüchtigen und geschickten Beamten gekannt habe, nach Berlin zu berufen, wo er nach Angabe des Vossischen Blattes dann eine Rolle gespielt haben soll. Wir glauben nicht, daß Fürst Bismarck und Herr von Tausch jemals in Berührung gekommen sind und daß der erste Reichskanzler den unter ihm angeblich eine Rolle spielenden Beamten auch nur vom Ansehen gekannt hat. Wenn Herr von Tausch

in Berlin überhaupt eine Rolle gespielt hat, so kann dies nur unter der Aegide des Ministeriums des Innern geschehen sein. Wir hoffen, daß die öffentliche Vernehmung des Herrn von Tausch sehr bald über diese Thatsachen Klarheit gewähren wird, und daß ähnliche Entstellungen der Wahrheit, wie wir ihnen in der „Voss. Ztg." begegnet sind, dann unmöglich werden.

Wir wiederholen: Herr von Tausch scheint ein sehr eifriger Polizist gewesen zu sein, ob im eigenen dienstlichen Antriebe oder im Auftrage von Hintermännern ist bisher nicht klar gestellt, was wir lebhaft bedauern. Wenn er Hintermänner hat, so vermuthen wir, daß sie ganz wo anders sitzen als da, wo man sie bisher gesucht hat, und es wäre daher zur Beruhigung in dieser Richtung zu wünschen, daß der Proceß gegen Herrn von Tausch mit etwas mehr Beschleunigung betrieben wird und nicht etwa im Sande verläuft.

Wir haben in officiösen Blättern, z. B. im „Hamburgischen Correspondenten", Versuche gelesen, diesen Proceß ins Licht einer großen politischen Action zu stellen. Er wurde in Parallele gebracht mit dem Halsband-Proceß der Königin Marie Antoinette, mit dem Scheidungs-Proceß der Königin Karoline von England, mit Struensee u. s. w. Etwas Lächerlicheres ist kaum dagewesen, als diese historischen Vorgänge und Figuren mit den Herren Tausch, Leckert und Genossen zu vergleichen; man muß schon Leser officiöser oder socialdemokratischer Blätter sein, um auf solchen Unsinn zu stoßen. Wir haben kein Bedürfniß, uns klar zu machen, welche Gründe die officiöse Presse haben kann, den subalternen Injurienproceß von Moabit, von dem wir sagen müssen: tant de bruit pour une omelette! auf den Piedestal einer großen politischen Action stellen zu wollen. Wenn nicht Herr von Tausch jetzt noch Enthüllungen zum Vorschein bringt, so wird die lateinische Fabel vom nascetur ridiculus mus durch diesen Proceß seine Bestätigung finden. Einstweilen aber scheint die öffentliche Neugierde noch längere Zeit auf die Endresultate warten zu sollen.

* * *

Unter der Ueberschrift „Elsässisches" schreiben die „Hamb. Nachr." am 18. Januar (A.-A.):

Man wundert sich, daß unter den elsässischen Honoratioren eine deutsche Gesinnung von Hause aus nicht vorhanden ist und auch keine Fortschritte macht. Dabei wird die Thatsache übersehen, daß bisher im Elsaß die Sprache der gebildeten Leute die französische war, und daß das Deutsch, was dort gesprochen wird, kein kritikfreies ist. Es hat sich in Folge dessen allmählich die Empfindung herausgebildet, daß es

„vornehmer" sei, französisch zu sprechen, ähnlich wie beispielsweise in den baltischen Provinzen die Sprache des gemeinen Mannes esthnisch und lettisch, die des Adels und des gebildeten Städters deutsch ist. Wer dort deutsch lernt, geht damit in eine etwas höhere gesellschaftliche Classe über; er wird vom Letten zum Kurländer. So ähnlich wird sich die Empfindungsweise der verschiedenen Bevölkerungsclassen in den Reichslanden ausgebildet haben; man gehört dort zur höheren Gesellschaft, wenn man französisch spricht, ganz abgesehen von dem Antheile, dem man sich als Franzose an dem Glanze von Paris und an der französischen Vorgeschichte beilegt. Es ist für den ersten Eindruck der geläufig französisch sprechenden und durch die chemin de fer de Mulhouse mit Paris verbundenen elsässischen Notabeln ein Herabsteigen in die contribuable Masse, wenn sie sich die deutsche Sprache angewöhnen. Es macht ihnen vielleicht einen ähnlichen Eindruck, wie ihn der kurländische Adel empfangen würde, wenn man ihn veranlassen wollte, sich der lettischen Sprache amtlich oder gesellschaftlich zu bedienen. Das elsässer „Dütsch" hat allmählich für die reichsländischen Honoratioren dieselbe Stelle eingenommen wie das Lettische für den baltischen Adel und die höheren Stadtbewohner.

Wir glauben, daß in diesem psychologischen Moment, dessen Beseitigung nicht leicht ist, eine der Schwierigkeiten der Regermanisirung des Landes liegt. Die Forderung hochdeutschen Unterrichts in den Schulen dürfte eine Gegenwirkung in sich tragen; aber so sehr schnell wird aus den höheren Kreisen des Elsaß der Eindruck nicht schwinden, daß französisch „vornehmer" sei als „dütsch".

* * *

An gleicher Stelle heißt es:

Wir finden, daß die englische Politik der Capcolonie gegenüber alles Mögliche thut, um eine ähnliche Katastrophe herbeizuführen wie 1773 in Nordamerika. Man braucht heutzutage nicht zu fürchten, daß der Thee ins Wasser geworfen wird, der versteuert werden soll, aber irgend ein Anstoß wird kommen, daß die Capbewohner ihre Unabhängigkeit von der „paramount power" mit starker Hand herstellen entweder mit Cecil Rhodes als Präsidenten oder gegen ihn. Für England aber ist die Capstation bei der Leichtigkeit der Sperrung des Suezkanals in einer einzigen Nacht durch Schiffsversenkung doch immer noch von hoher Wichtigkeit wegen der Schifffahrt nach Indien. Wir halten es deshalb nicht für klug, mit den Sympathien der dortigen colonialen Unterthanen unvorsichtig umzugehen.

* * *

Ferner wird aus Anlaß der unerquicklichen Erfahrungen mit Chile über die Beurlaubung deutscher Officiere als Instructeure in fremdländischen Armeen bemerkt:

In Sachen der deutschen Instructionsofficiere in der chilenischen Truppe bestätigt es sich, daß die Kündigung ihrer Stellung in der That auf eine Behandlung zurückzuführen ist, die ihrer nicht würdig war. Wir halten die Beurlaubung für solche Zwecke überhaupt für eine fragwürdige Einrichtung, die unter Umständen mehr Schaden als Nutzen bringt, und jedenfalls liegt es nicht im Interesse des Deutschen Reiches, in den Rivalitätskämpfen der südamerikanischen Staaten durch Hergabe von Instructions-Officieren Partei zu ergreifen.

* * *

Zum Geburtstage des Kaisers sagen die „Hamb. Nachr." am 27. Januar (M.-A.):

Kaiser Wilhelm II. tritt heute in sein 39. Lebensjahr ein. Wir bringen ihm unsern Glückwunsch dar losgelöst von allen Fragen der Politik und begrüßen den Monarchen als Repräsentanten des Deutschen Reiches wie der Hohenzollern-Dynastie mit voller Ehrerbietung. Wenn wir nicht mit Allem, was die heutige Regierung thut oder unterläßt, einverstanden sind, so steht dabei unsere Beziehung zu dem Monarchen gänzlich ex nexu. Wir unterscheiden in Gemäßheit der Verfassung zwischen dem Kaiser und der Politik, die von seinen Ministern verantwortlich geführt wird; unsere Kritik wendet sich nur an die Staatsmänner, welche die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit für die Regierungshandlungen zu tragen haben. Derjenige ist ein ungetreuer Diener seines Herrn, der, wenn er ihn Wege gehen sieht, von denen er voraussieht, daß sie in die Irre führen, ihn nicht rechtzeitig anruft. Mit solchen Anrufen ist niemals Mangel an Ehrerbietung gegen die Person des Herrn verbunden. An dieser Auffassung wird uns nichts irre machen, unsere ehrliche Ueberzeugung auch dann offen auszusprechen, wenn sie der Regierungspolitik zuwiderläuft.

Noch weniger können persönliche Verstimmungen auf unser Empfinden abfärben. Unser Blatt erscheint zwar in einem Bundesstaate, der keine monarchische Spitze hat, aber als Vertreter der Politik, die unser Vaterland groß gemacht hat und die royalistisch bis auf die Knochen ist, verfechten wir das monarchische Princip, weil es das in Deutschland historisch berechtigte und politisch nützliche ist, mit allem uns zu Gebote stehenden Nachdruck. Die monarchische Idee bildet in Deutschland die Grundlage der staatlichen und nationalen Existenz. Wir haben keine andere Vertretung der wiedererrungenen nationalen Einheit als die vor-

handenen Institutionen: Kaiser und Reich. Das Ansehen, die Würde und die Macht beider muß jeder Deutsche zu stärken und zu erhöhen bemüht sein, der es mit dem Vaterlande gut meint. An Tagen wie dem heutigen gelangen die Vorzüge eines angestammten Thrones mit verschärfter Deutlichkeit zum Bewußtsein. Sie sind für das staatliche Leben der deutschen Nation von größter Wichtigkeit. Die Schäden und Krankheiten, an denen wir z. B. den französischen Staatskörper leiden sehen, sind aus dem Verluste des angestammten Herrscherhauses zu erklären.

Das Streben Kaiser Wilhelm's II. ist auf die Wohlfahrt Preußens und Deutschlands gerichtet. Wenn wir dasselbe nicht überall von Erfolg gekrönt sehen, so ist das auf den Umstand zurückzuführen, daß der Kaiser nicht immer den Beistand findet, auf den er infolge seines aufrichtigen Wollens Anspruch hat. Wir unterschätzen nicht die Schwierigkeiten, die dabei obwalten und deren wir schon im vorigen Jahre in unserer Betrachtung zum kaiserlichen Geburtstage zu gedenken hatten. Die Auswahl der Mitarbeiter des Monarchen bei Führung der Staatsgeschäfte ist eine schwierige Sache, weil geeignete Persönlichkeiten sich nicht so zahlreich darbieten, als daß zu jeder Zeit ein Wechsel in der Besetzung der hohen Staatsämter erstrebt werden dürfte. Aber wir sind überzeugt, daß die Initiative des kaiserlichen Willens in der Regierung von Reich und Land günstiger wirken würde, wenn sie keine unberufenen und unberechtigten Einflüsse zu überwinden hätte.

Wir begrüßen das neue Lebensjahr, in das der Monarch eintritt, mit dem Wunsche, daß es ihm beschieden sein möge, alle Ziele zu erreichen, die ihm zum Heile von Reich und Volk vorschweben, und daß er Räthe und Mitarbeiter finden möge, die seine Intentionen unverfälscht fördern und durchführen.

* * *

In der A.-A. der „Hamb. Nachr." von demselben Tage finden wir folgende Feststellung:

Der „Rheinische Courier" vom 25. d. M. bezieht sich auf eine Aeußerung der „Berl. Neuesten Nachrichten", nach der Graf Herbert Bismarck eine Einladung des Hausministers von Wedel erst angenommen habe, nachdem sein Vater seine Zustimmung ertheilt habe.

Diese Mittheilung der „Berliner Neuesten Nachrichten" ist unrichtig, und die Betrachtungen, die der „Rheinische Courier" daran knüpft, ermangeln deshalb der Grundlage.

Graf Herbert Bismarck ist 47 Jahre alt, er hat also die Grenze auch der Schwaben-Majorennität überschritten, und es ist nicht seine

Gewohnheit, in seinen eigenen Angelegenheiten, selbst wenn es sich um Wichtigeres handelt, als um eine Hochzeitseinladung, die Zustimmung seines Vaters einzuholen.

Die Schlüsse, welche das Wiesbadener Blatt aus dem Irrthum der „Berliner Neuesten Nachrichten“ zieht, sind also unbegründet; die Frage ist weder in Schönhausen noch in Friedrichsruh für so wichtig angesehen worden, wie in den ministeriellen Sphären.

* * *

An das Bureau des Herrenhauses richtete Fürst Bismarck am 30. Januar folgendes Schreiben:

Dem Bureau des Herrenhauses theile ich ergebenst mit, daß ich dem von der wirthschaftlichen Vereinigung des hohen Hauses angenommenen Antrag des Herrn Grafen von Frankenberg (betreffs Margarine) beitrete.

* * *

Unter der Ueberschrift „Vom Fürsten Bismarck“ finden wir in den „Dresdner Nachrichten“ folgende Mittheilungen:

Ein Freund unseres Blattes, der dieser Tage Gelegenheit hatte, sich mit einer Persönlichkeit zu unterhalten, die vor einiger Zeit in Friedrichsruh war, stellt uns folgenden Bericht über das mit ihm geführte Gespräch zur Verfügung:

Ich erkundigte mich natürlich zunächst nach dem Befinden Sr. Durchlaucht. Mein Gewährsmann sagte, er habe kürzlich dieselbe Frage an den Fürsten gerichtet und darauf die Antwort erhalten:

Ich fühle mich matt, aber nicht krank. Meine Krankheit ist Mangel an Lebenslust. Meine Existenz hat keinen Zweck mehr. Dienstliche Pflichten liegen mir nicht mehr ob; was ich als Zuschauer sehe, daran habe ich keine Freude. Wenn ich noch länger lebe, wird dies immer weniger der Fall sein. Ich fühle mich einsam; meine Frau habe ich verloren und meine Söhne gehen ihren eigenen Geschäften nach. Auch die Land- und Forstwirthschaft hat mit dem zunehmenden Alter das Interesse für mich verloren. Feld und Wald besuche ich nur selten, mir fehlt die Lust dazu, seitdem ich nicht mehr reite, jage und nach Belieben durch die Büsche kriechen kann. Allmählich fängt auch die Politik an, mich zu langweilen. Wie gesagt, Mangel an Lebenslust, das ist meine Krankheit, wenn ich eine habe.

Aus der Antwort auf die Frage, wie Fürst Bismarck über die Reise des Grafen Goluchowski nach Berlin denke, die zu jener Zeit im Vordergrund des Interesses stand, ist Folgendes mitzutheilen:

Fürst Bismarck schien die Theilnahme des österreichischen Ministers an dem Capitel des Schwarzen Adlerordens als einen außergewöhnlichen Vorgang zu betrachten, der sich weder aus den Statuten noch aus der Tradition ergeben und zu dessen Herbeiführung es besonderer Schritte von Berlin aus bedurft habe, da Graf Goluchowski Ausländer und noch dazu Pole sei. Ich hatte aus den Bemerkungen, die mein Gewährs-

mann im Zusammenhang damit machte, den Eindruck, daß Se. Durchlaucht über das Prävaliren des polnischen Elements in den österreichisch-ungarischen Regierungskreisen sich ausführlicher geäußert hatte und zwar in einem Sinne, der seinen bekannten Auffassungen über den politischen Einfluß der Polen entspricht. Wenn ich recht verstanden habe, hat der Fürst in Verbindung damit auch der Parallelerscheinung im Deutschen Reiche gedacht, des Polonismus unter der Aegide des Centrums:

> Dieselbe Gesellschaft, gegen die ich bei Gründung und Ausbau des Reiches am heftigsten zu kämpfen hatte, hat es sich nun bei uns bequem gemacht.

Mein Freund erwähnte noch eine Aeußerung, wonach es mir schien, als ob Fürst Bismarck nicht ganz davon überzeugt gewesen sei, daß die Reise des Grafen Goluchowski nach Berlin dem Kaiser Franz Joseph vollkommen sympathisch gewesen sei, und zwar, weil in der Berufung seines Ministers zum preußischen Ordensfest etwas liege, was mit der Stellung Oesterreichs vielleicht nicht völlig vereinbar sei.

Im weiteren Verlaufe unseres Gesprächs nahm ich Gelegenheit, die Rede auf die Ernennung des Grafen Murawjew zum russischen Minister des Aeußern zu bringen. Die erste Aeußerung des Fürsten, als die Ernennung ihm gemeldet wurde, lautete: „Na, das ist ja der, auf den ich immer gehofft habe. Wenn er sich so macht, wie ich glaube, so wird er gut.“ Mein Freund fügte hinzu, daß nach dem, was er gehört habe, anzunehmen sei, die Beziehungen des Grafen Murawjew, als dieser noch Rath an der russischen Botschaft in Berlin war, zum Fürsten Bismarck seien die besten gewesen und über das rein Geschäftliche hinausgegangen, und die Verehrung des russischen Diplomaten für den Fürsten sei niemals zu verkennen gewesen. Das Vertrauen, welches der russische Botschafter und Freund des Fürsten Bismarck, Graf Schuwalow, seinem Rathe Murawjew in so umfassender Weise habe zu Theil werden lassen, daß er ihm zeitweilig die Führung der Geschäfte selbstständig übertragen habe, sei die denkbar beste Empfehlung für den neuen russischen Minister, der ein Diplomat der alten Schule sei und auf den man sich verlassen könne. Er sei zwar ein vollkommener Russe und werde nur russische Politik treiben, aber ein hervorstechender Zug seines Wesens sei Ehrlichkeit. Jede Neigung, der unverfälschten russischen Politik und ihren Zielen zuwider den europäischen Frieden unprovocirt und etwa im Interesse Frankreichs zu gefährden, liege ihm vielleicht noch ferner als seinen Vorgängern. Auch mit dem Grafen Herbert Bismarck soll der neue russische Minister stets sehr gut gestanden haben und seiner andauernden Sympathie für den alten Kanzler durch Beglückwünschungen zum Geburtstage 2c. Ausdruck geben.

Anknüpfend an den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag bestätigte mein Freund die Mittheilung der „Hamb. Nachrichten“, daß das Dreikaiserbündniß bis 1887 bestanden habe und dann durch den deutsch-russischen Vertrag ersetzt worden sei. Es habe damals eine starke Beunruhigung stattgefunden, unter Anderem habe Graf Andrassy in Ungarn allerhand wilde Reden geführt, durch die man in Rußland bedenklich geworden sei und vorgezogen habe, die Friedensversicherung lieber mit Deutschland allein abzuschließen. Wenn in der Presse das Jahr 1884 als Zeitpunkt der Entstehung des deutsch-russischen

Neutralitätsvertrages angegeben werde, so sei das ein Irrthum. Im Jahre 1884 sei der Vertrag von Skierniewice zwischen den drei Kaisern auf drei Jahre, also bis 1887 abgeschlossen worden, ohne dann aus dem angeführten Grunde mit Oesterreich wieder erneuert zu werden. Das deutsch-russische Abkommen, welches an seine Stelle trat, ist, wie mein Gewährsmann mir auf ausdrückliches Befragen wiederholt versichert hat, den österreichischen Staatsmännern nicht unbekannt geblieben, und der „Pester Lloyd" könnte doch merkwürdige Erfahrungen machen, wenn er sein Drängen nach Nennung der betreffenden österreichisch-ungarischen Diplomaten fortsetzen sollte. Daß die Russen von den Enthüllungen über den erloschenen deutsch-russischen Vertrag nicht sehr angenehm berührt gewesen sind, scheint Fürst Bismarck nach den Aeußerungen meines Bekannten als sicher anzunehmen, weil ihnen die Sache den Franzosen gegenüber unbequem gewesen sei, namentlich wegen deren Aufklärung darüber, daß Rußland noch im Jahre 1890 den Vertrag habe prolongiren wollen, der es zur wohlwollenden Neutralität gegen Deutschland für den Fall eines französischen Angriffs auf dasselbe verpflichtete. Aus den weiteren Mittheilungen meines Gewährsmanns wurde ich in der Ansicht bestärkt, daß die abkühlende Wirkung auf Frankreich in der Absicht der Enthüllung gelegen habe.

Wir glauben, so sagen die „Hamb. Nachr.", diese Darstellung im Allgemeinen für zutreffend halten zu sollen.

* * *

Unter der Ueberschrift „Le roi me reverra" lesen wir in der „Rhein.-Westfäl. Ztg." folgende beachtenswerthe Ausführungen, zu denen wir indeß zu bemerken haben, daß Fürst Bismarck den ihm zugeschriebenen französischen Ausspruch niemals gethan hat.

Als Fürst Bismarck im März 1890 so schnell entlassen wurde, daß er nicht einmal Zeit hatte, seinen Auszug aus dem Palais Radziwill zu bewerkstelligen, ehe sein Nachfolger seinen Einzug in das Reichskanzlerhaus hielt, da soll er im begreiflichen Unmuth ausgerufen haben: „Le roi me reverra!" Dieses Wort ist häufig von verschiedenen Blättern ausgeführt aber niemals beglaubigt, allerdings auch ebensowenig widerrufen worden.[1]) Es entsprach der damaligen Lage und es ist durchaus wahrscheinlich, daß es gesprochen worden ist. Nur dürfte es der Fürst nicht in dem Sinne gemeint haben, den seine Gegner ihm untergelegt haben. Er hat wohl niemals daran gedacht, noch weniger es gewünscht, daß er noch einmal Reichskanzler werden könnte. Wenn man so will, ist jenes Wort in Erfüllung gegangen, als der Kaiser am 22. Januar 1894 seinen Flügeladjutanten Grafen Moltke nach Friedrichsruh sandte, um den Fürsten Bismarck zu dessen Genesung von einem schweren Influenza-Anfall zu beglückwünschen und ihn unter Uebersendung einer Flasche alten Steinberger Cabinets zu einem Besuch in Berlin einzuladen. Am 26. Januar traf Fürst Bismarck in Berlin ein und wurde wie ein Souverain im Schlosse aufgenommen. Indessen hat er niemals auf Aeußerlichkeiten viel

[1]) Das ist ein großer Irrthum; wir verweisen nur auf Band I des vorliegenden Werkes, Seite 317, 326, 335 und 339.

gegeben und wird auch die damaligen Ehren kaum allzuhoch bewerthet haben. Wenn er das erwähnte Wort wirklich gesprochen haben sollte, dann wird er es jedenfalls nur bildlich gemeint haben, und bildlich ist es nunmehr, nach Verlauf von kaum 7 Jahren, wirklich vollständig in Erfüllung gegangen.

Den letzten Anstoß zur Entlassung des Fürsten Bismarck hatten grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die socialpolitische Frage gegeben. Sie waren bereits im Mai 1889 in der Beurteilung des großen rheinisch-westphälischen Bergarbeiter-Ausstandes und hinsichtlich der von den Behörden gegenüber der Arbeiterbewegung einzunehmenden Haltung hervorgetreten. Dann kam die Verlängerung des Socialistengesetzes, das der damalige Reichskanzler nicht nur für unentbehrlich hielt, sondern dessen Verschärfung er sogar behufs Entziehung der Staatsangehörigkeit gegen die Agitatoren und der Ausweisungsbefugniß gegenüber notorischen Socialdemokraten als nothwendig ansah. Schließlich kam dann noch die Frage der sogenannten Arbeiterschutzgesetzgebung hinzu, in der sich der Kaiser auf die Seite der großen Mehrheit des Reichstags stellte, während Fürst Bismarck diese Bestrebung als gefährlich und schädlich bekämpfte. Er trat, da er hierbei nicht mitthun wollte, am 31. Januar 1890 als preußischer Handelsminister zurück, und Freiherr v. Berlepsch wurde zum Handelsminister ernannt. Wenige Tage später, am 4. Februar, erschienen die bekannten Erlasse des Kaisers über die Nothwendigkeit einer Ausdehnung des Arbeiterschutzes, ohne die Gegenzeichnung des Fürsten Bismarck. Dieser machte noch einen Versuch, dasjenige, was er für unrichtig hielt, zu verhindern: auf seinen Rath wurden der preußische Staatsrath und die internationale Conferenz zur Begutachtung und Berathung der kaiserlichen Erlasse berufen. Aber auch dieser Zug hatte nicht den erhofften Erfolg, und am 20. März hatte Fürst Bismarck die Entlassung in der Tasche.

Man weiß, mit welchem Schwunge der „neue Cours" die sociale Frage zu lösen versuchte. Der preußische Handelsminister Freiherr v. Berlepsch entwickelte dabei einen unter allen Umständen anerkennenswerthen Fleiß. Fast kein Tag verging für ihn ohne ein Schriftstück „zur Lösung der socialen Frage". Freilich blieb das Meiste von dem, was er also von sich gab, auf dem Papier stehen. Auch seine Verheißung, daß die fiscalischen Bergwerke zu Musteranstalten für die Privatindustrie gemacht werden müßten, blieb nur eine schöne Phrase. Es blieb hier, wie in fast allen von ihm unternommenen Beglückungsversuchen, bei den klingenden Worten. Während er sich aber hieran noch persönlich berauschte, hatte sich in den obersten Regionen längst wieder ein vollkommener Umschwung vollzogen, und eines schönen Tages fand der preußische Handelsminister, der eigens zur Lösung der socialen Frage angestellt war, den Stuhl vor die Thür gesetzt. Sein Nachfolger wurde ein regelrechter Bureaukrat, der alle gewagten Versuche verschmähte, und ehe man sich recht versah, war der socialpolitische Staatswagen zum Bismarck'schen Course zurückgekehrt. So hatte sich in dieser Hinsicht das Wort bewahrheitet: „Le roi me reverra!"

Nicht anders ist es mit der Polenfrage ergangen. Nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck wurde von den Vertretern des „neuen Courses" den Polen gegenüber eine

„Versöhnungspolitik" proclamirt. Herr von Koscielski wurde ein ständiger Gast am Hofe und dort förmlich verhätschelt, wofür er sich erkenntlich zeigte, indem er plötzlich sein Herz für die deutsche Flotte entdeckte und in der Bewilligung der Marineforderungen so scharf ins Zeug ging, daß er sich für alle Zeiten den Beinamen „Admiralski" erwarb. Seinem Einfluß gelang es, einen der größten nationalpolnischen Heißsporne, den Abg. von Stablewski, zum Erzbischof von Posen zu machen. Die „Versöhnungspolitik" machte immer größere Fortschritte, nur die ersehnte Versöhnung wollte sich nicht einstellen. Im Gegentheil, der nationale Hader wurde in den östlichen Provinzen immer schlimmer, und die Polen begannen, sich der deutschen Bevölkerung gegenüber als die Herren zu fühlen. Als sich nun vollends Herr von Koscielski wegen seiner Haltung genöthigt sah, sein Reichstagsmandat in die Hände seiner Wähler zurückzulegen, und, um sich vor seinen engeren Landsleuten zu rehabilitiren, nach Lemberg zu einem Polentage ging und dort gar verdächtige Reden über die Wiederherstellung Polens hielt, da war es mit der „Versöhnungspolitik" zu Ende. Man kehrte langsam zu der Bismarck'schen Polenpolitik zurück, wie die jüngsten Reden der preußischen Minister des Innern und des Cultus im Abgeordnetenhause bewiesen haben. Auch hier galt also das Wort „Le roi me reverra!"

Noch in so mancher Hinsicht ließe sich das Gleiche aufzeigen, selbst auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, wo der Cours anscheinend am wenigsten gewechselt worden ist. Nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck war eine große Freundschaft mit England ausgebrochen, deren üppigste Blüthe der berühmte Helgoland-Sansibar-Vertrag gewesen ist. Auch da galt der frühere Reichskanzler als der einzige Störenfried, der durch seine Gewaltpolitik allein die heiße Liebe Albions für den deutschen Vetter systematisch unterdrückt hatte. Und heute? Niemals zuvor waren die deutsch-englischen Beziehungen kühler und zeitweise unfreundlicher als im letztverflossenen Jahre. Auch diese „Versöhnungspolitik" hat ein vollkommenes Fiasco erlebt.

So bleibt von dem ganzen Caprivi'schen Course, bei Lichte besehen, auf die Dauer nicht viel übrig, als Helgoland für das Deutsche Reich und Sansibar für Großbritannien. Alles andere, was noch vor wenigen Jahren von gefälligen Federn als große Errungenschaften gepriesen wurde, liegt bereits in wesenlosem Scheine hinter uns oder macht uns, wie die leidige Polenfrage, unendlich viel zu schaffen. Und es giebt noch immer Leute, die auf Helgoland gern verzichteten, wenn wir dafür den Fürsten Bismarck als Kanzler behalten hätten. Das sind natürlich sonderbare Schwärmer!

* * *

Graf Arnim und Herr von Tausch — unter dieser Ueberschrift führen die „Hamb. Nachr." am 11. Februar (M.-A.) Folgendes aus:

In der Sitzung des Reichstages vom 6. Februar hat der Abgeordnete Lieber Verwahrung gegen die Behauptung eingelegt, daß ein Proceß wie der gegen Leckert-Lützow-Tausch unter dem Fürsten Bismarck nicht

möglich gewesen sei, worauf ihm seine Gesinnungsgenossen mit dem Rufe „Arnim!“ zustimmten.

Es ist ein Irrthum, daß der Proceß gegen den Grafen Arnim irgendwelche Analogie mit dem Verfahren vor dem Moabiter Gerichte aufweist. Die Persönlichkeiten bieten schon keine Parallele. Graf Arnim war ein vornehmer Mann von hoher Bildung, der sich für den Posten eines Reichskanzlers geeignet hielt und darüber keinen Zweifel ließ; aber zum Proceß wäre es über diese Frage zwischen ihm und dem damaligen Reichskanzler schwerlich gekommen. Das Verfahren gegen den Grafen Arnim fand seinen Ausgangspunkt in einer Beschwerde seines Nachfolgers auf dem Posten des Pariser Botschafters, des heutigen Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe, welcher erklärte, daß einige Original-Actenstücke, die politisch von Wichtigkeit wären, in den Pariser Botschaftsarchiven fehlten. Graf Arnim gab auf erfolgte Nachfrage zu, daß er dieselben mitgenommen habe, weil sie ihn persönlich beträfen, und verweigerte ihre Herausgabe. Das Auswärtige Amt hatte ein zweifelloses Recht auf diese Herausgabe, forderte sie dienstlich und beschritt auf die weitere Weigerung des früheren Botschafters den Rechtsweg lediglich behufs Herausgabe dieser Actenstücke, die für den Geschäftsbetrieb unentbehrlich waren. Nachdem der Proceß eingeleitet war, entzog sich sein Verlauf dem amtlichen Einfluß und endete mit einer Verurtheilung des Grafen Arnim, die im Auswärtigen Amte nicht erwartet worden war und die auch auf Grund des pragmatischen Beamtenrechtes kaum erwartet werden konnte. Dieselbe hätte durch Appell oder Begnadigung mit der gewohnheitsmäßigen Erwartung in Einklang gebracht werden können, wenn dazu nicht gesetzlich die Rückkehr des Grafen Arnim nach Preußen erforderlich gewesen wäre. Sie wurde abgelehnt, und dafür erschien die heute vergessene Broschüre „Pro nihilo“, durch welche sich der damalige Reichskanzler verleumdet fühlte. Daß auf die dienstlich angestellte Klage eine Verurtheilung des Grafen zu 5 Jahren Zuchthaus erfolgte, war wieder ein Beweis, daß die amtlichen Auffassungen des Strafrichters von denen des auswärtigen Dienstes erheblich abwichen. Es lag unserer Ansicht nach kein Grund zu so ungeheuerlichen Verurtheilungen vor, wie sie im ersten und im zweiten Falle erfolgten. Die Persönlichkeiten aber, Herr von Tausch und Graf Arnim, waren himmelweit von einander verschieden. Graf Arnim wollte eingestandener Maßen an Stelle des Fürsten Bismarck Reichskanzler werden — was man von Herrn von Tausch niemals behauptet hat —, und er verfuhr zu diesem Zweck aggressiv gegen seinen damaligen Vorgesetzten, so daß dieser zur Vertheidigung genöthigt war. Kann man etwas Aehnliches von Herrn von Tausch in Beziehung zum heutigen auswärtigen Dienste

behaupten? Wir können noch heute das Verhalten des Grafen Arnim nicht billigen; sein berechtigter Ehrgeiz konnte die Zeit nicht abwarten. Aber eine Analogie zwischen den Fällen Arnim und Tausch zu behaupten, ist doch eine unverschämte Beleidigung des Grafen Arnim.

Wer ist denn Herr von Tausch, was hat er geleistet, was konnte er thun, was konnte er schaden? Ihn unschädlich zu machen, wenn er unbequem wurde, war für das preußische Staatsministerium eine Sache, die im regelmäßigen Verlauf kaum zu dessen Entscheidung gediehen, sondern innerhalb der Competenz des Polizeiressorts geblieben wäre. Eine Disciplinaruntersuchung, von der man mit Uebertreibung ihrer Schwierigkeiten gesprochen hat, war dazu in keiner Weise erforderlich. Man konnte Herrn von Tausch, wenn sein Ressortchef damit einverstanden war, mit viel geringeren bureaukratischen Mitteln unschädlich machen, falls man ihn unbequem fand. Man brauchte nur sein Decernat zu ändern, ihm keine Aufträge mehr zu geben, die ihn mit anderen Ressorts in Berührung brachten. Es kommt ja häufig vor, daß preußische Minister auf unabsetzbare Mitarbeiter angewiesen sind, deren Thätigkeit sie nicht billigen. Absetzen kann man sie nicht, und zu Disciplinarverfahren geben sie selten Anlaß. Dann hilft man sich einfach damit, daß man sie Decernaten zutheilt, auf deren Gebieten sie dem Chef nicht unbequem werden können. Wir erinnern nur an die Geheimräthe, welche beim Abschluß unserer Handelsverträge thätig waren. Sie waren langjährige Mitarbeiter des ersten Kanzlers, der ein Gegner dieser Verträge war, aber sie wurden in unschädlichen Decernaten beschäftigt. So hätte man es ja auch leicht mit Herrn von Tausch machen können, wenn man ihn los sein wollte; von Versetzung gar nicht zu reden. Er kann also in seiner Person und in seiner Stellung keinen Anlaß gegeben haben, die schweren Batterien gegen ihn aufzufahren, welche der Proceßverhandlung gegen ihn besondere Wichtigkeit verliehen haben. Kanzler, Botschafter, Minister auf der Zeugenbank — da muß doch ein anderes Jagdergebniß vorgeschwebt haben, als dieser kümmerliche Herr von Tausch mit Allem, was er gethan hat und hätte thun können.

Wir vermuthen, wenn nicht der weitere Proceß gegen von Tausch noch ganz unvorhergesehene Resultate liefert, daß das Schlußergebniß den Urhebern dieser Beunruhigung der öffentlichen Meinung denselben Eindruck der Enttäuschung machen wird wie der Tod des Polonius dem Hamlet nach seinem Degenstoß durch den Vorhang. Man hatte eben eine hohe politische Stelle hinter diesem Schwindel vermuthet. Die einzige Hoffnung auf einen einigermaßen würdigen Abschluß dieser Action kann für ihre Unternehmer nur darin liegen, daß das weitere Ver-

fahren gegen Tausch doch noch „Hintermänner“ aufdeckt, die für „tanti“ gelten können, wenn auch andere als diejenigen, die man ursprünglich zu schädigen suchte, vielleicht ganz unerwartete. Man wird ja unter der heutigen Praxis des Ermittlungsverfahrens und des Zeugnißzwanges alles zu Tage fördern können, was man überhaupt klar legen will, und über diese Grenze hinaus wird die Sache auch historisch unaufgeklärt bleiben.

Vielleicht giebt die Fortsetzung des Processes Tausch auch noch Aufklärung darüber, was es mit der Bebel'schen Verdächtigung über einen Brief aus Friedrichsruh, den Tausch besessen haben soll, für eine Bewandtniß hat. Wenn Herr Bebel hier nicht in einen der ihm geläufigen Irrthümer verfallen ist, so müßte es sich dabei um eine erfolglose Briefmarderei handeln, die wir regulairen Postbeamten nicht zutrauen können, und die uns geneigt macht, der Legende Glauben zu schenken, daß Herr von Tausch in Postuniform auf der Eisenbahn die Friedrichsruher Correspondenz perlustrirt habe. Wir können uns mit diesem Bilde schwer vertraut machen; aber auf welchem anderen Wege soll der Inhalt des Briefes zur Kenntniß des Gewährsmannes des Herrn Bebel gelangt sein?

* * *

Am Abend desselben Tages bringen die „Hamb. Nachr.“ folgende Auslassung gegen den Staatssecretair Freiherrn von Marschall:

Mit Bezug auf Herrn von Marschall wurde den „Leipziger Neuesten Nachr.“ dieser Tage geschrieben:

„Schon während des Processes Leckert-Lützow fiel der außergewöhnlich warme Ton auf, in welchem Herr von Marschall nicht nur von der officiösen, sondern auch von der clericalen und demokratischen Presse wegen seines Auftretens in Moabit gefeiert wurde. Daß diese Hingabe an den auswärtigen Minister, der von der Zeugenbank aus mehrere Tage lang die Rolle des Staatsanwalts spielte, der Ueberzeugung entsprungen sei, Herr von Marschall habe dem Staatsinteresse einen wichtigen Dienst geleistet, wird kein urtheilsfähiger Politiker angenommen haben, soweit die Organe der Clerico-Demokratie dabei in Betracht kommen. Centrum wie Freisinn haben ihrer Geschichte und ihrer Tendenz nach keinen Anspruch, Glauben zu finden, wenn sie behaupten, daß ihnen die Befestigung und der Schutz der jetzigen Einrichtungen im Deutschen Reiche als Aufgabe ihrer Parteien am Herzen liege: das Centrum nicht, weil es wider seine Natur geht, das Deutsche Reich mit der protestantischen Spitze zu befestigen; der Fortschritt nicht, weil er im Grunde seines Wesens republikanisch ist und keinerlei Interesse

hat, die monarchischen Institutionen, wie sie jetzt auf Grund der Verfassung bestehen, zu fördern."

Es ist für die reichstreuen Deutschen, die mit Vertrauen in die Zukunft blicken, jedenfalls beunruhigend, daß die heutige Reichsleitung und namentlich die hervorragenden Kräfte derselben den Beifall gerade der Parteien haben, deren Befriedigung über die Entstehung des Reiches, so wie es ist, geschichtlich zweifelhaft erscheint. Das gilt auch bezüglich der Marschall'schen Rede und von dem Beifall, der seinen Auslassungen aus dem Schooße des Centrums und der Demokratie zu Theil ward, sowie von der „wohlwollenden Neutralität" der Socialdemokratie gegen ihn. Es äußern sich darin Tendenzen, von denen man nicht annehmen kann, daß sie sich für die Befestigung und Entwickelung eines Deutschen Reiches unter preußischer Dynastie begeistern. Wenn diese Parteien der Regierung nicht entgegentreten, so würde das schon beunruhigend sein für unsere Auffassung der Aufgaben der Reichsregierung; wenn sie ihr aber enthusiastischen Beifall zollen, im Einzelnen noch mehr als im Ganzen, so ziehen wir daraus den Schluß, nicht daß diese Parteien ihre Stellung patriotisch reformirt haben, sondern daß sie sich mit der Hoffnung schmeicheln, das Verhalten der Regierung sei für ihre Zwecke mindestens nicht nachtheilig, und daß sie kein Bedürfniß haben, ihrerseits das Odium auf sich zu nehmen, welches damit verbunden wäre, wenn sie nach ihrer Herzensmeinung die Reichsinstitutionen angriffen, sondern daß sie eben abwarten, inwieweit ihre Geschäfte ohne ihr Zuthun durch Andere besorgt werden.

* * *

Eine der so werthvollen Erörterungen über den Sinn der Reichsverfassung enthalten die „Hamb. Nachr." am 12. Februar (M.-A.):

Aufrechterhaltung der Verfassung. „Wenn doch Herr von Miquel", so schreibt die „Köln. Volksztg.", „endlich seine Hände aus der Reichstagspolitik herauslassen wollte. Es geht im Reichstage ganz gut ohne ihn und sogar noch viel besser ohne ihn. Der Staatssecretair des Reichs-Finanzamtes hat sich dort vorzüglich eingearbeitet, kommt längst ohne Miquel's Rath aus und wird mit dem Reichstage ganz gut fertig, wenn er nicht gestört wird."

Das ist doch eine Ansicht, von der man sagen kann, sie schlägt Allem ins Gesicht, was bei Herstellung des Reiches die preußische Absicht gewesen ist. Die Sache war bekanntlich so gedacht, daß die preußischen Minister vorwiegenden Einfluß auf die Reichsgeschäfte haben sollten, also in Finanzsachen der preußische Finanzminister. Dazu muß es freilich ein geschlossenes preußisches Ministerium geben, das seine Auf-

fassungen im Namen des preußischen Staates in der Form des preußischen Votums im Bundesrathe geltend macht. Auf dieses Votum hat natürlich, so weit Finanzfragen in Betracht kommen, der preußische Finanzminister entscheidenden Einfluß. Einen Reichs-Finanzminister gab es zur Zeit der Errichtung des Deutschen Reiches nicht und giebt es auch noch heute nicht. Der Staatssecretair des Reichsschatzamtes ist ein Untergebener des Reichskanzlers, und der Reichskanzler seinerseits ist bei Abgabe des preußischen Votums, das im Bundesrathe von schwerem Gewicht ist, in Finanzsachen an die Ansicht des preußischen Finanzministers gebunden. Darin besteht eben der unentbehrliche Zusammenhang zwischen der preußischen und der Reichsverwaltung, daß der preußische Auswärtige Minister, der die allein competente Behörde für das preußische Votum im Bundesrathe ist, die preußische Stimme doch nicht ohne Berücksichtigung seines Finanzcollegen instruiren kann. Der Reichskanzler ist der Administrativbeamte des Kaisers und hat als solcher auf die Auffassung Seiner Majestät wahrscheinlich, wenn er geschickt genug dazu ist, erheblichen Einfluß und dadurch wieder auf das preußische Votum im Bundesrathe; aber der Reichskanzler ist vermöge seiner Stellung als Kanzler nicht einmal geborner Vertreter Preußens im Bundesrathe; das wird er nur durch Ernennung des Königs von Preußen. Das Reichsschatzamt mit seiner mehr sprachlich als geschäftlich gewählten Bezeichnung hat überhaupt keine weitere Aufgabe, als die Pflege der technischen Beziehungen zwischen dem preußischen Finanzminister, durch Vermittelung des dem Reichsschatzamt vorgesetzten Kanzlers, mit den Reichsfinanz-Einrichtungen.

Die ganze Verfassung fälscht sich heutzutage allmälig in der Richtung, daß die Staatssecretaire des Reiches als selbstständige Beamte betrachtet werden, während sie, genau genommen, so lange sie nicht mit der Vertretung des Kanzlers betraut sind, doch immer nur die ersten vortragenden Räthe des Reichskanzlers sind. Es ist uns erheblich aufgefallen, in der neulichen Rede des Staatssecretairs des Auswärtigen Amtes den Ausdruck zu finden, daß mit einer bestimmten Maßregel nicht nur der Reichskanzler, sondern auch er, der auswärtige Staatssecretair, einverstanden gewesen wäre. Das machte dann den analogen Eindruck, als wenn ein vortragender Rath des preußischen Finanzministeriums öffentlich erklären wollte, daß auch er mit der Vorlage seines Ministers einverstanden sei. Wir fragten uns dieser Aeußerung des Herrn von Marschall gegenüber, wie es denn überhaupt möglich gewesen sein könnte, daß, nachdem der Reichskanzler einverstanden war, sein Staatssecretair im auswärtigen Dienste es nicht gewesen wäre? Derselbe hat unabhängig vom Kanzler gar keinen locus standi, so

lange wir uns an die bestehende Reichsverfassung halten. Wir betrachten es als unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, weil die Ausbildung der Staatssecretaire zu selbstständigen Ministern eine Verfassungsänderung involviren würde, von der wir befürchten, daß sie allmählich die Beziehungen der Bundesstaaten zu einander lockert. Wenn das preußische Staatsministerium in der Reichspolitik in den Hintergrund tritt, und wenn die Beamten des Reichs, welche berufen sind, die Beschlüsse des Bundesrathes auszuführen, selbstständige Stellungen einnehmen, so geschieht das auf Kosten der nichtpreußischen Staaten des Reichs und ist gewiß nicht geeignet, deren Neigung zur Betheiligung an den Reichsgeschäften und zur Hingabe an die Reichspolitik zu fördern. Wir begreifen, daß unsere streng verfassungsmäßige Auffassung im heutigen Reichstage keine Vertreter findet; denn die Majorität des Reichstages ist eben gewählt auf Grund von Principien, die mit der ewigen Dauer des heutigen Deutschen Reiches nicht rechnen. Auch die Minorität tritt aus Respect vor höheren Einflüssen doch für die strenge Aufrechterhaltung der Reichsverfassung nicht mit der Energie ein, die wir im Hinblick auf unsere deutsche nationale Zukunft für nützlich halten.

Die Reichspolitik war ursprünglich mit der preußischen dadurch fest verbunden, daß das Votum Preußens im Bundesrathe nur in Uebereinstimmung mit den Auffassungen des preußischen Staatsministeriums abgegeben werden konnte, und der Reichskanzler war in dem ersten Entwurf der Verfassung nur gedacht als preußischer Bundespräsidial-Gesandter. Diese Einrichtungen entsprangen der Schonung, welche man preußischerseits den Bundesgenossen schuldete, um ihnen die Genugthuung einer Mitwirkung an der gemeinsamen Reichspolitik nicht zu verkümmern. Aber wir sind der Ansicht, daß auch noch heute diese Rücksichten mehr als geschieht festgehalten werden sollten, und wenn die „Reichsministerien", wie sie heutzutage fälschlich genannt werden, ihre Stellung überspannen, so glauben wir, daß damit der Zusammenhang der Bundesstaaten untereinander nicht gefördert wird.

* * *

In derselben Nummer des genannten Blattes finden wir eine ganze Reihe weiterer Notizen, die hier eingefügt werden müssen. Die erste betrifft das oben (S. 221 ff.) wieder erwähnte, dem Fürsten Bismarck fälschlich in den Mund gelegte Wort „Le roi me reverra!":

Wir haben schon neulich wiederholt dementirt, daß Fürst Bismarck bei seiner Entlassung im Jahre 1890 das ihm zugeschriebene Wort: „Le roi me reverra!" gesprochen habe. Es ist ein vollständiger Unsinn, ihm diese Aeußerung unterzuschieben. Mit wem soll er überhaupt in

der kurzen Zeit, die zwischen seiner Verabschiedung und seinem Auszuge verging, in seinem Hause französisch gesprochen haben? Der Ausdruck könnte ja nur in einer Besprechung mit einem des Deutschen unkundigen Diplomaten gebraucht sein. Eine derartige Besprechung hat aber in jener Zeit überhaupt nicht stattgefunden, und wir glauben auch nicht, daß der Fürst mit einem solchen Worte den Gedanken ausgedrückt haben würde, der heutzutage daran geknüpft wird. Es sind ja in neuerer Zeit kaum über Jemanden so viele Lügen verbreitet worden wie gerade über den Fürsten Bismarck, und es besteht für ihn keine Möglichkeit, Alles, was über ihn gefabelt wird, rechtzeitig zu widerlegen. Aber wir sind vollständig sicher, daß der erste Kanzler nach seinem Auszug aus dem Ministerium niemals den Gedanken an eine Wiederkehr in dasselbe gehabt und diese niemals für möglich gehalten hat.

* * *

Die zweite ist gerade jetzt kurz nach dem Tode des Fürsten von erhöhtem Interesse:

Durch die Blätter lief dieser Tage folgende Notiz, die sich auf das Nationaldenkmal für den Fürsten Bismarck bezog:

„Der geschäftsführende Ausschuß des Comités für die Errichtung eines Nationaldenkmals für den Fürsten von Bismarck in der Reichshauptstadt hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Wunsche einer Anzahl von Bildhauern, welche zur Einreichung von Entwürfen aufgefordert sind, zu entsprechen und den Einlieferungstermin für die neuen Arbeiten auf den 1. October d. J. festgesetzt."

Denkmäler wachsen nicht so schnell wie Spargel aus der Erde. Mit dem für den Fürsten Bismarck geht es ziemlich langsam, und die an sich überschießende Summe schwillt durch die Zinsen immer mehr an, je länger es dauert. Soll der Tod des Fürsten abgewartet werden, so kann man den doch auch nicht so genau bestimmen. Wenn er eintritt, so glauben wir nicht, daß die Denkmalsfrage auf die Stimmung der Betheiligten dabei irgend einen Eindruck üben wird.

* * *

Eine köstliche kirchenstaatliche Reminiscenz ist die dritte Notiz:

Uns fällt folgende italienische Geschichte aus dem Kirchenstaate ein. Da war ein russischer Fürst von seinem unbezahlten Schneider in unfreundlicher Weise gemahnt worden; er gab Auftrag, die Sache zu verschleppen und den Schneider zu chicaniren. Nach geraumer Zeit fragte er wieder nach und erhielt von seinem Anwalt die Rückäußerung: „Eccellenza, die Sache steht schlecht. Zum nächsten Frühjahr ist Termin

angesetzt, und wenn Sie dann nicht beschwören können, daß Sie von einer jüdischen Familie abstammen, dann wird im nächsten Termin bestimmt, vor welches Forum die Sache gehört."

* * *

Die letzte Notiz betrifft Herrn von Berlepsch und seine nach der wiederholt ausgesprochenen Ansicht des Fürsten Bismarck nicht hinreichend energische Haltung gegenüber der Socialdemokratie:

Die „Voss. Ztg." empfiehlt den früheren Handelsminister von Berlepsch für das Oberpräsidium von Schleswig-Holstein. Bei Erinnerung an die Haltung des Herrn von Berlepsch im Jahre 1890 würde seine Ernennung für eine Provinz, wo die Socialdemokratie zahlreicher ist als in irgend einer anderen, doch einige Sorge erregen müssen.

* * *

Weitere Bemerkungen begegnen uns in der A.-A. der „Hamb. Nachr." von demselben Tage. Zunächst eine zur hannoverisch-welfischen Frage:

In einer welfischen Versammlung hat kürzlich ein Redner Straflosigkeit in Anspruch genommen, wenn die „Wiederherstellung des ehemaligen Königreichs Hannover auf gesetzlichem Wege" als das Ziel seiner Partei declarirt werde. Daran möchten wir die Bemerkung knüpfen: würde eine Partei straflos sein und würden wir mit ihr als einer gleichberechtigten verkehren können, welche die „Herstellung der Republik in Deutschland auf gesetzlichem Wege" als ihre Aufgabe bezeichnete? Es wäre dies für das Deutsche Reich und Kaiserthum doch kaum schlimmer als die „Herstellung des Königreichs Hannover auf gesetzlichem Wege". Es wird ein Bruch mit den bestehenden Verhältnissen unter Deckung vor dem Strafrichter nach Möglichkeit erstrebt. Ebenso läge die Sache hinsichtlich der Bestrebungen reichsländischer Vertreter, auf „gesetzlichem", „vertragsmäßigem" Wege zu Frankreich, und denen der Polen, „auf gesetzlichem Wege" zur nationalen Selbstständigkeit zurückzugelangen. Wenn sie das öffentlich erklärten, würde das keinem Staatsanwalt Anlaß zum Einschreiten geben? Wir glauben, daß nach diesen Richtungen hin mehr Grund zum Vorgehen der Anklagebehörde im öffentlichen Interesse gegeben ist, als in dem Processe Leckert der Fall war.

* * *

Eine zweite Notiz betrifft das Ende des Culturkampfes:

Die „Germania" reproducirt eine Aeußerung der gleichfalls clericalen „Neisser Zeitung", wonach Fürst Bismarck seiner Zeit den Culturkampf „aus Nachgiebigkeit gegen das Centrum" abgebrochen habe.

Wir bemerken dazu, daß der Abbruch des Culturkampfes nicht aus diesem Grunde erfolgt ist, sondern weil nach Desertion der Fortschrittspartei, der Nationalliberalen und eines großen Theils der Conservativen das Gefecht keine Aussicht auf Erfolg mehr bot.

* * *

Widerlegung erfährt eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“:

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß ein Vertreter der New-Yorker „World“ ein Interview mit dem Fürsten Bismarck über den englisch-amerikanischen Schiedsvertrag gehabt haben soll.

Fürst Bismarck hat weder mit einem amerikanischen noch mit einem anderen Zeitungsmanne ein Interview über den englisch-amerikanischen Schiedsvertrag gehabt.

* * *

Am 13. Februar führen die „Hamb. Nachr.“ im Interesse der deutschen Landwirthe gegen die Bezeichnung „Agrarier“ Folgendes aus:

„Agrarier“ und „Hakatisten“. Wo der Begriff fehlt, da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein. So ist es mit den Bezeichnungen „Agrarier“, „Hakatisten“ und einigen andern. Hat man den politischen Gegner erst mit einem solchen Worte ohne Begriff gedeckt, so kann man ihn mit viel größerer Rücksichtslosigkeit angreifen als in seiner natürlichen Gestalt. Bestrebungen, die man offen nicht bekämpfen kann, wie Schutz der Landwirthschaft, Schutz des Deutschthums in den polnischen Provinzen, kann man unter der Rubrik „Agrarier“ und „Hakatisten“ alles Mögliche zur Last legen. Man spricht von wilden und extremen Agrariern; könnte man von wilden und extremen Landwirthen sprechen? Jedermann würde das lächerlich finden, weil Jedermann weiß, daß die deutsche Landwirthschaft eine unentbehrliche und ehrbare Beschäftigung ist. Und wenn man statt „Hakatisten“ deutsch-nationale Bestrebungen sagte, so würde man auch diese innerhalb des Deutschen Reiches nicht ohne Weiteres verurtheilen können. Das Wort „Hakatist“ rührt aus einer sinnlosen Zusammenfügung der Anfangsbuchstaben der Namen Hansemann, Kennemann und Tiedemann her. Durch die darin zum Ausdruck gelangende Fälschung der Situation erreicht man zugleich, daß die gesammten deutschen Bestrebungen im Großherzogthum Posen und in Westpreußen als persönliche Strebereien dieser drei deutschen Besitzer hingestellt und isolirt werden können.

Schon der Name „Agrarier“ bietet die Möglichkeit, darunter eine Sorte von Verschwörern gegen den Staat zu verstehen, denen man alle möglichen üblen Absichten Schuld geben kann, ohne den Nachweis dafür anzutreten. Was ist ein „Agrarier“? Setzt man statt „Agrarier“

Landwirth und statt „Agrarierthum" Landwirthschaft, so entfällt die Möglichkeit, diesem Hauptgewerbe unserer Landleute eine besondere Gemeinschädlichkeit beizulegen. Ebenso ist es mit den „Hakatisten". Was kann man einer Secte mit diesem Namen Alles aufbürden, und wie anders kann man sie bekämpfen, als man es den deutschen Interessen in Posen und Westpreußen gegenüber könnte?

Wir wundern uns deshalb gar nicht, daß die Gegner der Landwirthe — Gegner aus Gründen, die wir hier nicht erörtern wollen — und daß die politischen Feinde der Deutschen in Posen diese Ausdrücke auf ihre Gegner anwenden; aber wir wundern uns über die Naivität, mit der nicht die „Hakatisten", wohl aber die „Agrarier" auf die Fälschung ihrer Firma eingehen. Ein „Agrarier" kann nichts anderes als Landwirth sein; der Name stammt von ager, Acker. Was kann man mit dem Acker anderes treiben als Landwirthschaft? Um diese angreifen und befeinden zu können, brauchen ihre Gegner einen Namen, der ihre ehrliche Gestalt verhüllt und jede Verleumdung oder Gehässigkeit erleichtert.

Wir möchten deshalb den Interessenten der Landwirthschaft empfehlen, in ihrer Sprache die Anwendung der Bezeichnung „Agrarier" gänzlich zu vermeiden und sich stets als das, was sie sind, als Landwirthe, zu benennen und zu geben. Man braucht kein Purist der deutschen Sprache zu sein, um einen so verlogenen Ausdruck, wie es heutzutage die Bezeichnung „Agrarier" geworden ist, zu perhorresciren. „Hakatisten" werden die Deutschen in Posen sich selbst natürlich nicht nennen. Es ist diese Bezeichnung nur ein Schimpfwort, welches die Centrumsblätter ihnen angehängt haben.

* * *

Entgegen falschen Behauptungen des Abgeordneten Bebel wird festgestellt:

Unter den vielen Unwahrheiten, mit denen Herr Bebel in geläufiger Manier und ohne Rücksicht auf alle Widerlegungen seiner Fictionen debutirt, befindet sich auch die, daß Fürst Bismarck Herrn Stieber 1866 zum Chef der politischen Polizei gemacht habe. Der erste Kanzler hat eine politische Polizei der Stieber'schen Art nie betrieben, sondern ist im Gegentheil vielmehr Gegenstand der Thätigkeit derselben im Auftrage von Kreisen gewesen, die ihm feindlich waren. Im Jahre 1866 und auch später in Frankreich hat Herr Stieber keine andere Aufgabe gehabt, als die Ueberwachung der persönlichen Sicherheit des Königs. Die Sache kam 1870 in Mainz zur Contestation zwischen dem Armee-Commando und dem Reichskanzler, wobei sich herausstellte, daß Herr Stieber nicht zum Stabe des Reichskanzlers gehöre, sondern zum Hofe, und daß die Verantwortlichkeit für sein Verhalten nicht beim Reichs-

kanzler liege. Stieber begleitete den Monarchen auf dessen Befehl, aber nicht in Folge der Initiative des Kanzlers. Es handelte sich dabei um eine Maßregel der Zweckmäßigkeit, die wir im Hinblick auf Attentate, denen der König im Kriege ausgesetzt werden konnte, für vollständig begründet halten.

* * *

Den „Dresd. Nachr." wird in Anknüpfung an den oben mitgetheilten Artikel „Graf Arnim und Herr von Tausch" geschrieben:

„Wir haben ganz bestimmten Anlaß zu der Ansicht, daß der Artikel der ‚Hamb. Nachr.' über die Parallele Arnim-Tausch bei Herrn von Marschall aus verschiedenen Gründen, auf die wir hier nicht eingehen wollen, einen sehr unliebsamen Eindruck gemacht haben wird; schon deshalb, weil seine Action im Proceß contra Leckert-Lützow-Tausch, für die ihm so reichliche Anerkennung von allen Seiten gespendet worden ist, gegenüber der Erinnerung an den Proceß Arnim, an die Interessen und Persönlichkeiten, die dabei in Frage kamen, doch etwas mehr zusammenschrumpft, als seinem Prestige als Staatssecretair des deutschen Auswärtigen Amtes nützlich sein kann. Eine Verwischung dieses Eindrucks in Gestalt einer Polemik gegen Friedrichsruh würde ihr Bedenkliches haben und im Ausgange unsicher sein. Deshalb, so glauben wir, ist es entweder für rathsam gehalten oder wenigstens bestens acceptirt worden, daß die ‚National-Zeitung' urbi et orbi erklärte, der Hamburger Artikel gehe gar nicht von Friedrichsruh aus und habe deshalb keine Bedeutung.

„Die Bremer ‚Weser-Zeitung' unternimmt es seit längerer Zeit und gelegentlich unterstützt von der ebenfalls mit officiösem Oel gesalbten ‚Frankfurter Zeitung', regelmäßig den Grafen Herbert Bismarck für die Hamburger Artikel verantwortlich zu machen, ihn an die Stelle seines Vaters zu setzen und als Urheber der Hamburger Veröffentlichungen zu bezeichnen. Natürlich ist die Absicht dabei darauf gerichtet, das deutsche Volk in Unklarheit darüber zu versetzen, was der greise Urheber seiner nationalen Größe denkt und ausspricht; aber wenn sein Sohn dabei in den Vordergrund geschoben wird, so dürfte damit gleichzeitig beabsichtigt werden, die Möglichkeit eines Wiedereintritts des Grafen Herbert in den Staatsdienst nach Kräften zu erschweren. Die Furcht vor dem Vater und der Haß gegen ihn hat sich natürlich bis zu einem gewissen Grade auf den Grafen Herbert übertragen, und nächst der durch die Verhältnisse ja leider ausgeschlossenen Möglichkeit einer Rückkehr des Fürsten Bismarck selbst ins Amt giebt es für gewisse ministerielle und officiöse Gemüther keinen schrecklicheren Gedanken als den, daß Graf Herbert Bismarck wieder mit einem hohen Staatsamte betraut werden könnte. Daher die unablässigen Versuche, ihn durch Bezichtigung der Urheberschaft an den Hamburger Artikeln ‚nach oben hin' zu compromittiren.

„In unterrichteten Kreisen werden diese Bemühungen nur ein geringschätziges Lächeln hervorrufen. Graf Herbert ist so frei von jeder Ambition nach einem höheren Staatsamte, wie er unbetheiligt an den Artikeln der ‚Hamburger Nachrichten‘ ist, die in Berlin häufig nicht gefallen.“

* * *

Die bekannten Processe gegen den Criminalcommissar von Tausch, gegen die Journalisten Leckert und von Lützow und gegen die „Deutsche Tages-Zeitung“ hatten den Staatssecretair des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall wiederholt als Zeugen vor die Schranken des Gerichtes geführt und hatten ihn veranlaßt, sich „an die Oeffentlichkeit zu flüchten“. Auch im Reichstage war er auf diese ganzen Dinge zu sprechen gekommen. Dazu bemerkt Maximilian Harden in der „Zukunft“ u. A.:

Nach seiner Darstellung war Herr von Marschall in fürchterlicher Bedrängniß, durch „Infamien“ und „Schurkenstreiche“ tödtlich gekränkt und hatte, um die „Pflicht der Selbstachtung“ zu erfüllen, nur ein einziges Mittel: die Flucht in die Oeffentlichkeit; und wenn man ihn neugierig fragt, vor wem er geflohen sei, so antwortet er: „Vor der Lüge und der Verleumdung; mit diesen Feinden im Dunklen zu kämpfen, habe ich in meiner Jugend nicht gelernt.“ Das ist, mit Vergunst, eine niedliche advocatorische Wendung ohne ernsthaften Sinn: vor der Verleumdung flieht man nicht, sondern man erwartet sie und wehrt sie dann ruhig lächelnd ab; und ein hoher Staatsbeamter lebt, auch wenn er nicht die Hülfe einer Strafkammer in Anspruch nimmt, am Ende doch nicht im Dunklen. Eben ist der sechste Band der Tagebuchblätter Theodors von Bernhardi erschienen; da mag Herr von Marschall lesen, welche gethürmten Schwierigkeiten in den kritischen Jahren von 1864 bis 1866 der Mann zu überwinden hatte, dem damals die Leitung der auswärtigen Politik Preußens anvertraut war: ihn bedrohte nicht ein kleiner Polizeibeamter, gegen ihn wurde der ganze Einfluß zweier Königinnen und des Kronprinzen aufgeboten, die Camarilla spie gegen ihn Gift und Galle, die Presse verleumdete ihn ohne Ermatten — und er kam dennoch ohne sensationelle Gerichtsverhandlungen ans Ziel, weil er stark war und sicher, stets im Gefühl seiner Kraft, auf der einmal gewählten Straße vorwärts schritt und weil er nicht zu den Leuten gehörte, von denen Bernhardi sagt: „Zur Zeit des 30jährigen Krieges kauften sich die Leute Amulette, die sie kugelfest machen sollten; wenn ich doch einen Talisman wüßte, um die Leute zeitungsfest zu machen! Vor einem Zeitungsartikel brechen sie alle zusammen, den kann keiner von diesen Herren vertragen.“ Weil Herrn von Marschall die Kugelfestigkeit des Staatsmannes fehlt, half er sich mit den kleinen Künsten des Staatsanwaltes . . . .

Jedem unbefangenen Betrachter dieser Tragikomödie muß sich die bange Empfindung aufdrängen, die Mittelstädt hier in den knappen Satz zusammenfaßte: „In wie gearteten politischen Zuständen müßten wir leben, von welcher Beschaffenheit müßte das herrschende Regime sein, wenn es wirklich denkbar würde, daß Leute vom Schlage

Tausch's mittelbar oder unmittelbar Einfluß darauf gewinnen könnten, welche Männer der Kaiser für genügend oder ungenügend erachtet, dem Rathe seiner Krone anzugehören!" . . . . Herr von Marschall leidet selbst, wie es scheint, an der seltsamen optischen Täuschung, die er bei Anderen zu erkennen wähnt: er sieht die Stellung und die düsteren Wachtfeuer seiner Gegner nicht und malt sich einen erdichteten tückischen Feind auf flüchtig vorüberziehende Wetterwolken. Er widerlegt, was niemals behauptet wurde, und behauptet, was längst widerlegt worden ist. Diese optische Täuschung erklärt wohl auch, daß er stolz verkündet, es sei ihm „gelungen, die ziemlich verworrenen Fäden dieser Intrigue zu entwirren". Ja — was hat er denn entwirrt? Nichts, bis jetzt wenigstens nicht das Allergeringste; trotzdem der gleichgültige Injurienproceß mit allem erdenklichen Material belastet wurde, hat er den Hauptpunkt, die Frage nach den bewegenden Kräften, die in nächtigem Dunkel wirkten, so wenig aufgehellt, daß selbst die getreuesten Preßdienstmänner des Staatssecretairs meinten, nun müsse die erhoffte Entwirrung und Enthüllung erst kommen, und daß auch außerhalb dieses trauten Kreises das Staunen groß war, als dem heißen Hoffen plötzlich die Erfüllung verweigert wurde. Denn nach den Worten des Freiherrn von Marschall ist ein Zweifel leider nicht mehr möglich: die Sache ist aus, soll aus und beendet sein und von „hochgestellten Hintermännern" darf künftig nicht geredet werden . . . .

Ob Herr von Marschall selbst nicht mit sehr gemischten Empfindungen auf die Thaten zurückblickt, die ihm so hohen und herrlichen Ruhm eintrugen? Er ist eben wieder vor Gericht erschienen und hat abermals die Verurtheilung eines Mannes durchgesetzt, der ihn in einem thörichten Artikel gekränkt hatte. Können solche Aufgaben wirklich auf die Länge einen Politiker locken, der an den Geschicken eines großen, ins Weite strebenden Volkes mitzuwirken berufen ist? Die beste Antwort auf Tadel und Schimpf ist stets eine Leistung: wer rüstig schafft, zeigt auch dem Zweifler bald die Thorheit oder Niedertracht der Befehder. Eine schöpferische Leistung wird dem Staatssecretair mehr Freunde gewinnen als hundert Processe und Reden. Als Herrn von Bismarck 1865 erzählt wurde, man wispere, er könne den Krieg gegen Oesterreich nicht wagen, weil er die öffentliche Meinung gegen sich habe, sagte er spöttisch lächelnd zu Bernhardi: „Man schießt nicht mit öffentlicher Meinung auf den Feind, sondern mit Pulver und Blei." Auch Herr von Marschall sollte sich allgemach weniger um die Gunst der öffentlichen Meinung als um die Heranschaffung der Munition für künftige Kämpfe kümmern.

* * *

In einem Rückblick auf die Gerichtsverhandlung gegen die „Deutsche Tages-Zeitung" bemerkt die „Rhein.-Westfäl. Ztg.":

Sehr befremdet, daß Freiherr von Marschall in einem Punkte ausweichend antwortet. Der Vorsitzende fragt ihn direct: „Hatten Ew. Excellenz den Eindruck, daß der Artikel in der ‚Bank- und Handels-Ztg.' vom Fürsten Bismarck herrühre?" — von Marschall: „Ich habe mir ein bestimmtes Urtheil nicht gebildet. Ich hielt es auch nicht

für unmöglich, daß fälschlich das Gerücht verbreitet wurde, der Artikel stamme aus Friedrichsruh, um ihn pikanter zu machen." D. h. doch mit anderen Worten: „Ich glaube oder ich glaubte wenigstens, daß der Artikel aus Friedrichsruh stammte." Es würde interessant sein, zu erfahren, ob Herr von Marschall dieser Ansicht und gegen wen Ausdruck gegeben hat. Dies geschah im Anfange der Verhandlung. Am Schlusse der Verhandlung würde Herr von Marschall sich wohl anders ausgedrückt haben. Denn das ist das Erfreulichste an der ganzen Verhandlung, daß mehr als sonnenklar die gänzliche Unbetheiligung der Bewohner von Friedrichsruh feststeht. Nach der Aussage Limann's erklärte Graf Rantzau den Artikel der „Bank- und Handelszeitung" für Blödsinn, der Fürst ihn für hellen Unsinn. Herbert bezeichnete es als besonderen Grad von Gemeinheit, ihn damit in Verbindung zu bringen. Diesen „Unsinn", „Blödsinn" und diese „Gemeinheit" aber hat eine ganze Reihe von Blättern verübt und die Bismarcks der Urheberschaft beschuldigt; diese Presse aber, welche seit 30 Jahren, zum Theil seit sieben Jahren die Bismarckhetze professionsmäßig betreibt, sie hat kein Staatsanwalt verfolgt, und wenn ihre Vertreter zum Empfang von Informationen ins Auswärtige Amt kommen, so werden sie dort als hoffähig empfangen. Die „Deutsche Tages-Ztg." aber, welche behauptet hatte, daß Herr von Marschall den falschen Artikel geschrieben oder lancirt habe, wird mit zwei Monaten Gefängniß bestraft. Das ist eine sonderbare Gerechtigkeit. In Preußen herrscht nur für die Gegner Bismarck's Verleumdungsfreiheit.

Die „Leipz. Neuest. Nachr." knüpfen an das nämliche Thema folgende Bemerkung:

Wenn in irgend einem Blatt, das die Traditionen des alten Courses hochhält oder doch der Politik des großen Kanzlers den Tribut der Verehrung zollt, ein Artikel erscheint, so pflegt die gesammte auf den neuen Cours eingeschworene Presse sofort auf Friedrichsruh oder Schönhausen als den Entstehungsort zu weisen und „Bismarck'sche Inspirationen" zu wittern. Das ist ein Unfug sondergleichen, der noch complicirt wird durch die Thatsache, daß gerade diese Presse Beziehungen zum Auswärtigen Amte unterhält und dieses wiederum in den naheliegenden Verdacht bringt, jene Anschauungen zu theilen. Eben so gut aber, wie Herr von Marschall die Forderung stellt, daß man ihn nicht als „Hintermann" der von der zu ihm in Beziehung stehenden Presse gegen den Fürsten Bismarck gerichteten Angriffe ansehe, ebenso verlangen wir mit aller Energie, daß die Presse, die auf einigen Anstand hält, nicht jede von einem für den alten Cours eintretenden Blatte gebrachte Auslassung dem Fürsten Bismarck in die Schuhe schiebt.

* * *

Wir lesen am 20. Februar in der „Kreuz-Ztg.":

Wie nicht anders zu erwarten war, ist die liberale Presse eifrig an der Arbeit, auch den Proceß gegen die „Deutsche Tages-Zeitung" für ihre unlauteren Zwecke auszuschlachten. Nach dem „Berliner Tageblatt" soll dieser Proceß nahezu denselben That-

bestand erwiesen haben, wie der Proceß Lützow-Leckert, in beiden Fällen sei jene Partei gebrandmarkt worden, die noch immer die Verabschiedung des Fürsten Bismarck nicht verschmerzen könne und darum mit blindem, fanatischem Hasse den Mann verfolge, der an die Stelle des Grafen Herbert Bismarck berufen worden sei. Das „Berliner Tageblatt" weiß aber „noch ein zweites, weniger ideales, ein ganz gemeines, egoistisches Motiv, das jene Leute zu einem Kampf auf Leben und Tod gegen den Staatssecretair von Marschall stimulirt," es ist die „Todfeindschaft" des verbissenen Agrariers gegen den Schöpfer unserer Handelsverträge, obgleich dieser Schöpfer eigentlich der Kaiser selbst, und Freiherr von Marschall nur der gehorsame Vollstrecker des kaiserlichen Willens war. Aber Freiherr von Marschall hat den Muth seiner Ueberzeugung; er ist nicht wie seine Collegen der Landwirthschaftsminister und der Staatssecretair des Reichsschatzamts, bezüglich der Handelsverträge nur „Mußpreuße", sondern er ist aufrichtiger Verfechter unserer gegenwärtigen Wirthschaftsordnung und ein Feind aller bimetallistisch-agrarischen Chimären.

Die Suche nach den berühmten „Hintermännern" hat sich für unsere Sensationspresse als ein zu fruchtbares Thema bewährt, als daß sie von der weiteren Bearbeitung dieses ergiebigen Gebietes so ohne weiteres abstehen sollte, nachdem sich diese Hintermänner auch als rechte Strohmänner entpuppt haben. In dem Geschäft lassen sich diese Herrschaften nun einmal durch nichts stören. Es ist uns darum auch sehr zweifelhaft, ob es auf das „Berliner Tageblatt" einen Eindruck machen wird, wenn wir ihm verrathen, daß wir von dem Gerücht über die angebliche Hintertreibung des Zarenbesuches in Friedrichsruh zuerst von einer Seite Kenntniß erhalten haben, die es mit Entrüstung ablehnen würde, den Kreisen der Bismarckfreunde auch nur von Weitem zugezählt zu werden.

* * *

Ueber die Auffassungen, die betreffs der politischen Fragen der Gegenwart in Friedrichsruh herrschen, wird den „Leipz. Neuest. Nachr." von bestunterrichteter Seite gemeldet:

Was zunächst die brennende Tagesfrage, Kreta, betrifft, so glaube ich nach dem, was ich gehört habe, nicht, daß Fürst Bismarck durch den bisherigen Verlauf der Dinge zum Verzicht auf seine Ansicht bestimmt worden ist, wonach es nicht Sache Deutschlands ist, in Orientfragen als führende Macht die Initiative zu ergreifen, sondern daß es dies anderen, näher betheiligten Mächten überlassen und sich nach deren Verhalten einrichten kann. Es liegt darin in keiner Weise eine Abdication Deutschlands bezüglich der Stellung, die es unter den übrigen Großmächten einnimmt. Deutschland wird durch die Vorgänge in der Türkei und am Mittelmeer niemals direct berührt; wir sind dort weder Nachbarn, noch verfolgen wir eigene politische Pläne, und wenn es dort zum Brande kommt, werden alle europäischen Großmächte mit alleiniger Ausnahme Deutschlands direct berührt. Deutschland hat zwischen sich und den Orient-Brandstätten immer die Schutzmauer dritter Staaten; es kann sehr gut abwarten, wie die Löschversuche verlaufen. Auf die günstige Position wird Deutschland nur verzichten dürfen, wenn es

durch zwingende Gründe dazu genöthigt wird. Solche sind bisher nicht erkennbar. Es kann Deutschland gleichgültig sein, ob Kreta türkisch, griechisch oder sonst etwas ist; wir haben dort weder politische, noch wirthschaftliche Interessen zu vertheidigen. Es genügt für das deutsche Interesse vollkommen, daß wir uns in Uebereinstimmung mit den übrigen Großmächten halten, und falls zwischen diesen ein Dissens eintritt, uns entweder neutral verhalten, oder für diejenige Gruppe Partei ergreifen, zu der Rußland gehört. Letzteres aus Gründen, die als Bismarck'schen Ursprungs viel zu bekannt sind, als daß sie hier wiederholt zu werden brauchten.

Bei dieser Sachlage ist es nicht recht verständlich, wie Deutschland dazu kommen sollte, in der Behandlung der kretischen Frage durch von ihm ausgehende Vorschläge die Initiative zu ergreifen und seinen Standpunkt durch feierliche Manifestationen wiederholt festzulegen. Letzteres kann seine Unbequemlichkeiten haben. Es ist möglich, daß die anderen Mächte es in ihrem Interesse finden, entweder sofort oder im Verlaufe der Dinge eine Haltung einzunehmen, welche dem declarirten Standpunkte Deutschlands nicht entspricht. Dadurch würde Deutschland in die unangenehme Lage gebracht, seinen Standpunkt entweder preiszugeben, oder seinerseits in „splendid isolation" zu gerathen. Aehnlichen Gefahren ist der deutsche Vorschlag zur Blockade des Piräus unterworfen, jedenfalls aber der, daß Deutschland das Odium seiner Ablehnung zu tragen hat. Wozu sollen wir uns derartigen Situationen aussetzen? Wo sind die Vortheile, deren Erlangung die Uebernahme irgend eines Risicos rechtfertigen könnte? Die jetzige Haltung Deutschlands ist ja, psychologisch betrachtet, begreiflich. Die Entrüstung über den Völkerrechtsbruch Griechenlands kann nur getheilt werden. Das Verlangen nach Beseitigung des ungesetzlichen Zustandes vor Verhandlungen mit Griechenland und ebenso der Vorschlag der Blockade als Mittel der Zwangsvollstreckung des Willens Europas findet Widerhall in dem Rechtsgefühl jedes Einzelnen. Aber nicht Alles, was wahr ist und was der verletzten Rechtlichkeit entspringt, ist räthlich, es öffentlich auszusprechen. Ob dies der Fall ist oder nicht, darüber muß in der Politik, diesem Zweckmäßigkeitsgeschäfte κατ' ἐξοχήν, der kühl abwägende Verstand, die ruhige Berechnung von Vortheil und Nachtheil entscheiden, nicht das Temperament.

In zweiter Linie wird aus den Gesprächen, die ich mit meinem Gewährsmann führte, interessiren, was er über das im Proceß gegen die „Deutsche Tages-Zeitung" verhandelte Thema des verhinderten Zarenbesuchs in Friedrichsruh äußerte. Er kam zunächst auf die Thatsache zu sprechen, daß die „Kreuz-Zeitung" vor einigen Tagen öffentlich erklärt habe, sie hätte von dem Gerücht über die angebliche Hintertreibung des Besuchs zuerst von einer Seite Kenntniß erhalten, „die es mit Entrüstung ablehnen würde, den Kreisen der Bismarckfreunde auch nur von Weitem zugezählt zu werden". Mein Herr Gewährsmann bezeichnete es als sehr verdienstlich, wenn sich die „Kreuz-Zeitung" bewegen ließe, nähere Angaben zu machen. Es wäre nicht unmöglich, daß man dann Aufklärungen über gewisse Punkte erhielte, die in den gerichtlichen Verhandlungen leider im Dunkel geblieben seien. Geschähe dies nicht, so würde das Bedauern darüber ebenso groß und ähnlicher Natur sein wie das, was man empfinden

müsse, wenn der Prozeß Tausch aus irgend welchen Gründen verschleppt werden sollte. Man würde dann wahrscheinlich niemals erfahren, von wo aus die Fäden der Intrigue gelenkt worden seien, um die es sich hier gehandelt habe. Dies aber würde um so mehr zu bedauern sein, als dann die fortschrittliche, clericale und socialdemokratische Presse nicht ablassen werden, im Trüben zu fischen und, aller objectiven Wahrheit zum Trotz, bei jeder Gelegenheit den Anschein zu erwecken, daß bei diesen nichtswürdigen Machinationen „vielleicht doch" Friedrichsruher Ursprung vorläge. Mein Gewährsmann bedauerte es in diesem Zusammenhange noch besonders, daß im Proceß gegen die „Deutsche Tages-Zeitung" der Brief nicht verlesen worden sei, den der Privatsecretair des Fürsten Bismarck, Dr. Chrysander, an den Redacteur der „Bank- und Handelszeitung" gerichtet hat, wodurch die unsinnige Behauptung widerlegt worden wäre, daß dieser Proceß, wie der gegen Lützow-Leckert, diejenige Partei gebrandmarkt habe, die noch immer die Verabschiedung des Fürsten Bismarck nicht verschmerzen könne und mit blindem, fanatischem Hasse den Mann verfolge, der an die Stelle des Fürsten Bismarck berufen worden sei.

In den „Berliner Neuesten Nachrichten" wurde neulich gesagt, die Legende von dem geplanten Zarenbesuche in Friedrichsruh beruhe auf mißverstandenen oder entstellten Aeußerungen der warmen Sympathie, welche die Kaiserin von Rußland wie der gesammte Darmstädter Hof und mit ihm die meisten anderen deutschen Höfe für den Fürsten Bismarck empfänden. Nach Andeutungen meines Gewährsmannes muß ich diese Auffassung als begründet ansehen und es für möglich halten, daß die Idee eines Besuches des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh in russischen Hofkreisen, vielleicht in Folge der Initiative der Kaiserin, thatsächlich urgirt worden ist und daß auch der Zar sich dem Vorhaben nicht unsympathisch gegenübergestellt hat. Wenn die Sache nicht zur Ausführung gekommen ist, so kann dies ebenso gut an äußeren Umständen und Zufälligkeiten gelegen haben wie daran, daß vorsichtige höfische Sondirungen Mangel an bereitwilliger Zustimmung ergeben haben, was in solchen Fällen natürlich zum sofortigen Fallenlassen des Projectes vollkommen ausreicht. Wenn man aber dem Fürsten Bismarck imputirt, daß er solche Vorgänge zum Ausgangspunkt einer Verstimmung oder gar einer politischen Revancheaction gemacht habe, die in den Hamburger Enthüllungen Ausdruck gefunden hätte, so ist das doch eine ganz unqualificirbare Beleidigung des Schöpfers des Deutschen Reiches und eine durch nichts gerechtfertigte Herabsetzung des Selbstbewußtseins des Fürsten Bismarck. Mein Gewährsmann hat Anlaß zu der Annahme, daß Fürst Bismarck, wenn Gerüchte über den möglicherweise bevorstehenden Besuch des Zarenpaares in Friedrichsruh zu ihm gedrungen sein sollten, nicht ohne inneres Widerstreben an die Beunruhigung gedacht hätte, die für ihn daraus entstanden wäre, und daß er erleichtert aufgeathmet haben würde, wenn er dann erfahren hätte, daß der Besuch unterblieb. Seine Gegner überschätzen das höfische Bedürfniß des Fürsten Bismarck; er hat in seinem langen und thatenreichen Leben zu viele Monarchen in allen Situationen gesehen und mit ihnen verhandelt, als daß es ein Ziel seines Ehrgeizes im späten Alter sein sollte, den Besuch gekrönter Häupter im Sachsenwalde zu erstreben oder sich durch die Vereitelung solcher Besuche „verstimmt" zu fühlen.

* * *

Am 26. Februar waren schon 25 Jahre verflossen, seitdem die Stadt Chemnitz dem Fürsten Bismarck das Ehrenbürgerrecht verliehen hatte. Sie sandte ihm jetzt eine Glückwunsch-Adresse. Darauf antwortete der Fürst:

Friedrichsruh, den 27. Februar 1897.

Dem geehrten Rathe der Stadt danke ich verbindlichst für die ehrenvolle Begrüßung, die mir mit der schön ausgestatteten Adresse in Erinnerung an mein 25jähriges Jubiläum als Ehrenbürger der Stadt Chemnitz zugegangen ist. Ich verbinde damit meine herzlichen Wünsche für die dauernde Blüthe der Stadt unter Ihrer sachkundigen Leitung.

v. Bismarck.

* * *

Am 1. März veröffentlichen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) folgendes Telegramm aus Malchow (Mecklenburg) vom 27. Februar 1897:

An Seine Durchlaucht den Fürsten Bismarck,
Friedrichsruh.

Die heute in Malchow versammelten Landwirthe und Gewerbtreibenden, fast sämmtlich Mitglieder des Bundes der Landwirthe, begrüßen Ew. Durchlaucht, den Mann mit „Ar und Halm", den Baumeister des Deutschen Reiches, ebenso ehrfurchtsvoll wie ergebenst.

* * *

An den Vorsitzenden des Vereins Berliner Künstler richtete Fürst Bismarck am 3. März folgendes Schreiben:

Friedrichsruh, den 3. März 1897.

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, dem Verein „Berliner Künstler" für die mir gewidmete Ehrentafel meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Ich bedaure in erhöhtem Maaße, daß ich die Herren nicht persönlich zu begrüßen vermag.

Ich bitte Ew. Hochwohlgeboren, dem Herrn Julius Wolff für seine wohlwollende und gelungene Dichtung und den Herren Künstlern, die die Herstellung des hervorragenden Kunstwerkes gütigst übernommen haben, meinen besonderen Dank zum Ausdruck bringen zu wollen.

v. Bismarck.

* * *

An demselben Tage sandte der Fürst einen Dank an Herrn Ernst Goetz in Leipzig für ein ihm gewidmetes Sonett:[1])

[1]) Das Sonett lautete:

Was würdest du, erhabner Schatten, sagen,
Wenn auf den asphodelischen Gefilden
Zu dir, dem königlichen Herrn, dem Milden,
Das jüngste Wort vom „Werkzeug" würd' getragen?

Friedrichsruh, den 3. März 1897.

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, für Ihr wohlwollendes und tapferes Sonett meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." reproduciren am 4. März (M.=A.) nachstehenden Artikel der „Voss. Ztg." über das Verhältniß des Fürsten Bismarck zum alten Kaiser. Enthält er auch materiell nichts Neues von besonderer Bedeutung, so glauben wir doch, ihn hier nicht übergehen zu dürfen. Er trägt die Ueberschrift „Kaiser und Kanzler" und lautet:

Heute erörtert man wieder allenthalben den Antheil, den Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck an den Ereignissen seit der „Neuen Aera" gehabt haben. Soll doch von des jetzigen Kaisers Mund das Wort gefallen sein, sein Ahnherr habe zwar manchen braven, tüchtigen Rathgeber gehabt, die aber allesammt nichts als die „Werkzeuge seines erhabenen Wollens" gewesen seien. Nach einer anderen Lesart soll der Herrscher nicht von „Werkzeugen", sondern „Handlangern seines erhabenen Wollens" gesprochen haben. Könnte ein solcher Ausdruck auf die Rolle Anwendung leiden, die Fürst Bismarck unter dem ersten Kaiser gespielt hat? Die Vorstellung, als sei der Plan zur Umgestaltung des Vaterlandes, die Einigung aller Deutschen zur Wiederaufrichtung des Kaiserthrones fertig aus dem Haupt des Prinzen von Preußen entsprungen, wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus, widerspricht den geschichtlichen Thatsachen. Der Regent hatte nicht die Gabe, die Zukunft vorauszusehen. Er begnügte sich mit dem Bewußtsein, seine Pflicht zu thun. Er hatte, als er die Reorganisation des Heeres einleitete, nicht den Gedanken, eine Waffe zu schmieden und zu schärfen zum Kampfe gegen Dänemark, Oesterreich und Frankreich; er wollte als umsichtiger General die Schäden ausbessern, die sich bei der Mobilmachung vom Jahre 1859 gezeigt hatten. Er hatte so wenig eine Ahnung der kommenden Dinge wie seine Umgebung, wie seine Rathgeber, wie sein Volk. Deshalb wandelte ihn auch mitunter ein Kleinmuth an, wie er einem siegesgewissen Vorkämpfer einer großen Zukunft, einem politischen Propheten fern zu bleiben pflegt. König Wilhelm I. glaubte nicht an seinen Stern. Wenn er

---

Die edle Stirn in Falten, würd'st du fragen:
„Wie darf vom Mann, der uns von Feinden — wilden
Befreit, deß Wort und Blick mir Zweifel stillten,
Mich preisend — man kein kleinstes Wörtchen sagen,

Zum blöden Werkzeug ihn herunterziehen,
Das sich's zur Ehr' zu rechnen, meinen Willen
Bedientenhaft stumm auszuführen, meinte,

Den Mann, deß unerhört gewaltges Mühen
Mich zwang, mit tiefstem Dank mich zu erfüllen —
Dem treu ich war als bestem meiner Freunde?"

später Zuversicht gewann, so hat die Persönlichkeit des Herrn von Bismarck-Schönhausen sicherlich nicht zum wenigsten dazu beigetragen, ihn innerlich aufzurichten und aufrecht zu erhalten. Ist es doch genugsam erwiesen, daß der König im Frühherbst 1862, als Herr von Bismarck nach Babelsberg berufen war, alle Neigung verspürte, die Krone niederzulegen. Die Abdankungsurkunde war das erste Schriftstück, das er Herrn von Bismarck einhändigte. Die Politik, die dann befolgt wurde, entsprach dem Programm des neuen Ministerpräsidenten. Seinem Haupt war sie entsprungen, nicht dem Willen des Königs. Der König fügte sich erst dem Rath des Ministers, nicht ohne gewichtige Bedenken festzuhalten. In der Folgezeit ist es wiederholt ähnlich gegangen. Im Jahre 1866, nach Königgrätz, wollte Wilhelm I. abermals, verdrießlich über den Gang der Nicolsburger Verhandlungen, der Krone entsagen. Wieder war es neben dem Kronprinzen und dem Kriegsminister von Roon vornehmlich Herr von Bismarck-Schönhausen, der den Willen des Monarchen zu einem günstigen Entschluß zu leiten wußte. Aus Heinrich von Sybel's Darstellung der Entstehung des Deutschen Reichs geht zur Genüge hervor, wie der preußische Ministerpräsident alles eher als ein gefügiges Werkzeug oder ein einfacher Handlanger gewesen ist, und wie er ebenso wenig sich darauf beschränken konnte, gegebene Gedanken in Thaten umzusetzen.

Am 22. März wird das Gedächtniß des ersten Kaisers gefeiert, nicht nur in Berlin, wo sein Denkmal enthüllt wird, sondern überall, so weit die deutsche Zunge klingt. Aber der erste Kaiser, dessen ehrwürdiges Bild Allen, die ihn gesehen haben, vor Augen schwebt, hat der menschlichen Tugenden und der geschichtlichen Verdienste so viel, daß sein Ruhm nicht vermindert wird, wenn man als den wirklichen Leiter der Politik unter seiner Regierung den Fürsten Bismarck ansieht. Der Staatsmann wußte in entscheidenden Augenblicken Lagen zu schaffen, die dem König unwiderstehlichen Zwang auferlegten. Er hat sich der Personen und der Dinge als Hilfsmittel bedient, um dem Herrscher seinen Willen zu „suggeriren“. Das wurde ihm mitunter recht schwer. Als König Wilhelm im Jahre 1870 von Ems zurückkam, dachte er noch nicht an die Mobilmachung des ganzen Heeres. Er wurde durch einen solchen Vorschlag, den Fürst Bismarck mit dem Kronprinzen verabredet hatte, in hohem Maße überrascht. Eine der größten diplomatischen Thaten des ersten Kanzlers war der Abschluß des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn. Entsprach dieser Vertrag dem Willen des Kaisers? Fürst Bismarck mußte den Grafen Otto Stolberg zu dem Herrscher senden; er mußte sein Entlassungsgesuch einreichen, um die Unterschrift des Königs zu erlangen. Welche Gegensätze zwischen dem Kaiser und seinem ersten Rathgeber haben sich nicht häufig in der Beurtheilung der Beziehungen zu Rußland gezeigt! Wie anders als Fürst Bismarck dachte Kaiser Wilhelm lange über den Grafen Arnim! Wie ungern ertheilte er Herrn v. Stosch und dem Grafen Botho Eulenburg, mit denen sich Fürst Bismarck nicht vertragen konnte, die Entlassung. Wie zeigen nicht die Denkwürdigkeiten des Grafen Roon, daß der Kaiser in der Kirchenpolitik ganz andere Anschauungen als Fürst Bismarck hatte und die Maßnahmen beklagte, die er seinem Kanzler nicht verweigern konnte! Aus alledem geht klar hervor, daß Fürst Bismarck vielfach der thatsächliche Leiter der Politik,

nicht aber ein Werkzeug oder Handlanger war, selbst wenn er gelegentlich aus taktischen oder höfischen Rücksichten nur den gehorsamen Vasallen zu spielen behauptete.

Daß der Gang der Ereignisse nicht von Anfang an dem Geist des Königs vorgeschwebt hat wie ein fester Plan, das zeigt sich nirgends deutlicher als bei der Kaiserproclamation. Der Gedanke, daß er die Kaiserwürde annehmen solle, machte ihm Unruhe und Unbehagen. Als ihn am 30. September 1870 der Kronprinz auf die Kaiserfrage anredet, erwidert er, sie stehe gar nicht in Aussicht; auch du Bois-Reymond habe gesagt, der Imperialismus liege zu Boden, in Deutschland könne es nur einen König von Preußen, Herzog der Deutschen geben. Erst der Kronprinz weist ihn in lebendiger Begeisterung darauf hin, daß die tausendjährige Kaiserkrone nichts mit dem neumodischen Imperialismus zu thun habe. Noch am 12. Januar 1871 erklärte Wilhelm I. in der Kaiserwürde nur eine Umänderung des Präsidiums des Bundes zu sehen. Noch am Tage vor der Feier in Versailles verwahrt er sich dagegen, daß von einem kaiserlichen Heere gesprochen werde, und fügt hinzu: „Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge, während ich mir nicht ein Haar breit daraus mache und nur zu Preußen halte." Nach der Feier sagte er zu seiner Umgebung, für sie bleibe er nur der König. Entsprach doch Wilhelm I. damit auch den Gesinnungen mancher seiner Rathgeber! Auch Graf Roon ist gegen die Kaiserwürde. Er grollt, daß der Kronprinz Bismarck „ganz vergiftet" habe. Daß die Kaiserkrone im Angesichte von Paris geschmiedet werden soll, scheint ihm nahezu eine Todsünde; „Gott wolle der menschlichen Schwachheit wie bisher gnädig beispringen!" „Ob ich dieser Titelvermehrung zujubele? Ach nein!" Er hat eine solche Abneigung gegen die Kaiserdeputation, daß er sich für sie nicht ausloosen läßt: „Mir erscheint dieser Titelwechsel in der Form voreilig. Es wird, fürchte ich, noch viel Blut kosten und lange Zeit, bevor ein wirklicher Kaiser aus dem deutschen Bundesfeldherrn entsteht." Und später schreibt er: „Mit dem Hauptregisseur der neuesten Aera bin ich daher grundsätzlich nicht im Einverständniß." Eben jetzt aber veröffentlicht Wilhelm Oncken eine Festschrift: „Unser Heldenkaiser". Da wird ein Brief wiedergegeben, den Wilhelm I. am 18. Januar 1871 unmittelbar nach der Krönung an einen treuen Freund geschrieben hat. Es heißt dort:

„Eben kehre ich vom Schloß nach vollbrachtem Kaiseract zurück! Ich kann Dir nicht sagen, in welcher morosen Emotion ich in diesen letzten Tagen war, theils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe, theils und vor Allem über den Schmerz, den preußischen Titel verdrängt zu sehen. In einer Conferenz gestern mit Fritz, Bismarck und Schleinitz war ich zuletzt so moros, daß ich drauf und dran war, zurückzutreten und Fritz alles zu übertragen. Erst nachdem ich in inbrünstigem Gebet mich an Gott gewendet habe, habe ich Fassung und Kraft gewonnen! . . . Ich habe mich lange dagegen gesträubt und nur nachgegeben, weil der Reichstag zu Ende ist, Neuwahlen, die unberechenbar sind, bevorstehen . . . ."

Die Mittheilungen aus der nächsten Umgebung des ersten Kaisers bestätigen allenthalben, welche Ueberwindung es ihn kostete, die Kaiserwürde wiederherzustellen. Ebenso widerstrebend hat Kaiser Wilhelm I. manchen anderen folgenschweren Schritt in seiner

Herrscherzeit vollzogen. Häufig genug deckten sich die Ansichten des Kaisers und des Kanzlers. Wie wäre sonst auch das innige Verhältniß möglich gewesen, das eine Bürgschaft des Erfolges war? Häufig genug aber gingen auch ihre Anschauungen auseinander und mußte der Staatsmann seiner eigenen Meinung über der des Kaisers den Sieg zu verschaffen. Oberregisseur der neuesten Aera nennt ihn Graf Roon. Das ist viel mehr als Werkzeug oder Handlanger. Aber es ist noch weitaus nicht genug, um zu bezeichnen, was Fürst Bismarck in Wirklichkeit war.

* * *

Auf eine Begrüßung vom Centenarcommers in Jena antwortete der Fürst am 6. März:

Ich freue mich, daß man in Jena meiner so oft gedenkt, und nehme wiederholt Anlaß, zu versichern, daß mir die Tage, die ich 1892 dort verlebte, unvergeßlich bleiben werden.[1])

v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 7. März (M.-A.):

In eigener Sache. In Bezug auf den Erlaß eines neuen Socialistengesetzes besteht unter unseren Freunden neben der Ansicht, die neulich an dieser Stelle vertreten wurde, auch die andere, daß es verfrüht sei, schon jetzt zu dieser Maßregel zu schreiten. Man müsse „der Bestialität Zeit lassen, sich besser zu offenbaren"; jetzt sei noch kein brauchbares Terrain für eine Operation in der Richtung zu finden. Gleichzeitig ergehen von der nämlichen Seite an uns Aufforderungen zur Abwehr der Angriffe, die anläßlich unseres neulichen Artikels in der demokratischen und socialistischen Presse gegen den Fürsten Bismarck gerichtet werden. Wir glauben dem nicht entsprechen zu sollen, da wir sonst die Absurdität bekräftigen würden, welche darin liegt, den Fürsten Bismarck für jedes Wort verantwortlich zu machen, das in unserm Blatte geschrieben wird. Wir sind stets bemüht, die Ansichten des Fürsten zu vertreten, soweit wir sie kennen; aber es ist doch ganz unmöglich, in täglicher Verbindung über alle Einzelheiten der Tagesfragen seine Meinung einzuholen. Außerdem sind wir zu sehr daran gewöhnt, auf alle Artikel unseres Blattes, die irgend Jemandem zuwider sind, den Haß geworfen zu sehen, der sich bei vielen Parteien und an amtlichen Stellen an den Namen Bismarck knüpft, als daß wir noch von dem Bedürfniß heimgesucht werden könnten, in jedem einzelnen Falle dagegen zu remonstriren.

---

[1]) So nach Zeitungen. Die Depesche scheint mir unecht zu sein; die ganze Ausdrucksweise wie die Versicherung am Schluß ist nicht Bismarckisch. J. P.

Es ist möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, daß Fürst Bismarck mit unseren Ansichten über die zweckmäßige Behandlung der Socialdemokratie übereinstimmt; aber wir glauben nicht, daß er es für richtig halten würde, seine Autorität dafür einzusetzen. Den hauptsächlichsten Grund dafür müssen wir hier unerörtert lassen, da er auf dem Gebiete persönlicher Empfindlichkeiten liegt, das wir zu schonen haben. Ein Motiv seiner Zurückhaltung aber glauben wir darin erblicken zu dürfen, daß sobald Fürst Bismarck in den Kampf gegen die Socialdemokratie eingriffe, alle diejenigen Elemente, welche zwar geneigt sind, der Socialdemokratie entgegenzutreten, aber zugleich auch gegen den Fürsten Bismarck Haß hegen, versagen würden, so daß die Feindschaften, deren sich der erste Reichskanzler namentlich in höheren Kreisen erfreut, der Socialdemokratie zu Gute kommen würden. Ein weiterer Grund seiner Reserve wird in dem Wunsche zu suchen sein, seinerseits nicht dazu beizutragen, daß die Socialdemokratie, die stets vorsichtig und gemäßigt auftritt, sobald sie merkt, daß irgendwo ein Geschütz gegen sie geladen wird, sich beunruhigt oder gewarnt fühlt und es daher vermeidet, die öffentliche Meinung weitere Einblicke in ihr wahres Wesen und ihre eigentlichen Ziele thun zu lassen.

Was die sonstigen Angriffe betrifft, die in neuerer Zeit wieder häufiger und heftiger gegen unser Blatt direct oder als Deckadresse gerichtet wurden, so möchten wir wiederholt auf die Thatsache hinweisen, daß sehr viele unserer Artikel, die in der Berliner Wilhelmstraße unliebsam empfunden worden sind, doch lediglich der Vertheidigung der Regierungsgrundsätze Kaiser Wilhelm's I. gewidmet waren. Es wäre schon unter Caprivi Ehrenpflicht der Regierung gewesen, die Vertretung dieser Grundsätze auf sich zu nehmen und sie nicht uns in Hamburg zu überlassen; namentlich da seiner Zeit amtlich erklärt wurde, der neue Cours solle keine Aenderung, sondern nur eine Fortsetzung des alten sein. Da mußte man doch die Angriffe auf diesen abwehren. Statt dessen wurde in der gesammten officiösen Presse von Frankfurt bis zur Ostsee niemals eine Anerkennung der Regierungsgrundsätze Kaiser Wilhelm's I. ausgesprochen, sondern es kam lediglich die Tendenz zum Vorschein, alle Verdrießlichkeiten und alle Fehlschläge, welche die Zeit brachte, von dem neuen Cours ab auf den alten zu wälzen: das Wachsen der Socialdemokratie, die negativen Ergebnisse der Handelsverträge, den Rückgang der Landwirthschaft, die Aenderung in unseren russischen Beziehungen.

Wir, die „Hamburger Nachrichten", haben aus Gerechtigkeitsgefühl die Vertretung des alten Courses auf uns genommen, der unserer Ansicht nach nicht so übel war, wie er von der officiösen Presse des neuen

Courses geschildert wurde. Die Tendenz der Abwendung vom alten Course ist nach dem Abgange Caprivi's allerdings gemildert worden, aber doch weniger in der Presse, als — hoffentlich — in der wirklichen Politik. Der Caprivismus steckt noch tief in unserer officiösen Presse; wir enthalten uns, seine Träger in der Wilhelmstraße und in der Zeitungswelt beim Namen zu nennen, aber die Neigung, die Schuld an allem Unheil, das man anrichtet, auf den alten Cours zu werfen, ist noch vorhanden.

* * *

Der Artikel, auf den die vorstehenden Ausführungen Bezug nehmen, erschien in den „Hamb. Nachr." am 3. März (M.-A.) und hatte folgenden Wortlaut:

Zum neuen Aufrufe des Kaisers. Der Kaiser hat auf dem letzten Festmahle des Brandenburgischen Provinziallandtages[1]) wiederholt zum Kampfe gegen diejenige Partei aufgefordert, „die es wagt, die staatlichen Grundlagen anzugreifen, sich gegen die Religion zu erheben und selbst nicht vor der Person des allerhöchsten Herrn Halt macht". Wir können leider kaum annehmen, daß dieser abermalige Aufruf mehr Erfolg haben wird, als er seinen Vorläufern beschieden war. Die erste Bedingung dazu wäre die Initiative der Regierung in Gestalt der Vorlage eines Specialgesetzes gegen die Socialdemokratie. Es liegt in der Natur der Sache, daß eine Action gegen die Umsturzpartei, wie der Kaiser sie wünscht, nur Erfolg haben kann, wenn sich die Regierung an ihre Spitze stellt, wenn die Regierung klar und unzweideutig die Ziele bezeichnet, die erreicht werden sollen, und die Mittel angiebt, die sie anzuwenden entschlossen ist.

Mit volltönenden Worten oder mit „geistigen Waffen" ist der Socialdemokratie so wenig beizukommen wie mit der Socialreform allein. Das Gegentheil kann nur Jemand glauben, der sich über das wahre Wesen der auf Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung hinarbeitenden Revolutionspartei so gründlich täuscht, wie dies unsere christlich-socialen Pastoren oder unsere kathedersocialistischen Professoren thun. Die Socialdemokratie acceptirt es zwar bestens, wenn diese Herren „einen berechtigten Kern" ihrer Bewegung anerkennen und bemüht sind, denselben unter Aufwand von christlicher Nächstenliebe oder theoretischem Doctrinarismus zu einem Organismus zu entwickeln, den sich der heutige Staat ohne Gefahr für seinen Bestand einverleiben könne; aber im Grunde betrachtet die Socialdemokratie diese Thätigkeit doch nur als eine präparatorische Maßregel für ihre eigenen Zwecke, welche die Wirkung hat, ihr die Wege zu ebnen und

[1]) Am 26. Februar.

Widerstände zu brechen, die sonst vorhanden sein würden. Die socialdemokratische Umsturzpartei mit „geistigen Waffen" bekämpfen zu wollen, ist ein ähnlich aussichtsvolles Unternehmen, wie es das sein würde, Einbrecher, die es auf fremde Geldschränke abgesehen haben, von der Ausführung ihres Vorhabens dadurch abzubringen, daß man ihnen die moralische und juristische Verwerflichkeit ihres Thuns vorhielte und ihnen nachwiese, wie viel besser es für sie wie für die öffentliche Sicherheit sei, wenn sie ihr Auskommen auf ehrliche und mit den Landesgesetzen nicht so flagrant in Widerspruch stehende Weise zu erhalten suchten.

Nicht viel anders ist es — soweit die Wirkung auf die Socialdemokratie in Frage kommt — mit der Socialreform bestellt. Diese findet ihren Ausgangspunkt in rein menschlichen Motiven. Sie hat — wenigstens wenn man sie auf die Aufgaben beschränkt, die ihr durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 zugewiesen sind — den Zweck, die Härten zu mildern, welche den Arbeiter bei Erwerbsunfähigkeit aus gleichviel welchen Ursachen bedrohen. Sie macht den Arbeitern keine principiellen Zugeständnisse, wie sie etwa im Hamburger Strike gefordert wurden; sie greift nicht in die Autonomie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein, sondern beschränkt sich auf wohlwollende Fürsorge. Sie will nicht den Arbeiter „versöhnen", sondern das Möglichste zu seiner Sicherstellung thun. Sie will den Staat in die Lage bringen, sich sagen zu dürfen, daß er das Seinige gethan habe, und daß die Verantwortung allein der socialistischen Verhetzung zufalle, wenn sich die Verhältnisse einmal so zuspitzen sollten, daß der Staat genöthigt wäre, seine Existenzberechtigung und die der bürgerlichen Gesellschaft der Socialdemokratie gegenüber im materiellen Kampfe erweisen zu müssen. Wer andere Erfolge mit der Socialreform erreichen zu können hofft, täuscht sich.

Wir können nicht auf die Ansicht verzichten, daß es niemals gelingen kann, die Arbeiter zufrieden zu stellen, wenigstens nicht auf die Dauer. Wäre es mit der Rentabilität der Betriebe vereinbar und gewährte man den Arbeitern heute den doppelten Lohn, den sie bisher erhalten, unter gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit, so würden sie ihre Bedürfnisse binnen Jahresfrist oder in noch kürzerer Zeit derart gesteigert haben, daß sie abermals neue Forderungen stellten, und wenn diese nicht erfüllt würden, genau wie jetzt den socialistischen Rädelsführern zuliefen. Dafür würden diese schon allein sorgen. Sie sind mit ihrer ganzen Existenz daran interessirt, daß der Arbeiter stets in Kampfesstimmung gegen Staat und Gesellschaft erhalten wird und willig seine mühsam verdienten Groschen hergiebt, mittelst deren die Agitatoren ein behagliches Leben führen, während sie sonst ebenfalls arbeiten müßten. Sie werden den Arbeitern stets vorschwindeln, ihre Lage verbessern zu können, ohne auch nur den geringsten Nachweis darüber zu erbringen, wie sie das machen wollen. Sie werden die Arbeiter immer in dem Wahne

erhalten, daß, wenn sie ihnen nur „classen- und zielbewußt“ folgten, der Tag bald anbrechen werde, wo die Socialdemokratie die Macht habe, dem heutigen Staat, der heutigen Erwerbsordnung und ihrer „arbeiterfeindlichen Tyrannei“ den Garaus zu machen, wo man die Arbeitgeber bluten lassen und zur allgemeinen Theilung schreiten könne. Derjenige, der eine andere Entwickelung für möglich hält, verdient nicht den Namen eines Realpolitikers, sondern den eines ideologischen Schwärmers.

Wenn man die Socialdemokratie ernstlich bekämpfen und dabei auf die Mitwirkung der Bevölkerung rechnen will, ist mithin der Erlaß eines Specialgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Umsturzpartei nicht zu umgehen. Ein solches Gesetz bietet die sonst nicht vorhandene Möglichkeit, die Organisation und die systematische Agitation der socialdemokratischen Partei zu zerstören, ihr die Mittel zur Rüstung für den Entscheidungskampf um die Macht gegen Staat und Gesellschaft durch Beschlagnahme ihrer Cassen zu entziehen, ihre Vereine und Versammlungen aufzulösen, ihre Hetzblätter zu verbieten und besonders gefährliche Individuen auszuweisen. Es hat darüber hinaus aber auch die Wirkung, in der Bevölkerung das verloren gegangene Bewußtsein wieder wach zu rufen, daß die socialdemokratische Bewegung staatsgefährlich und verboten ist, und daß sich Jeder strafbar macht, der sie begünstigt. Der Socialdemokratie würde auf diese Weise ein sehr wesentlicher Theil des Succurses, der ihr gegenwärtig aus nicht socialistischen, aber mißvergnügten Elementen der Bevölkerung zuströmt, abgeschnitten und auch unsere socialisirenden Pastoren und Professoren müßten ihr schädliches Dreinreden in Dinge, von denen sie nichts verstehen, aufgeben. Die Socialdemokratie selbst aber wäre nicht mehr in der Lage, derartige Kraftproben, wie die jüngst in Hamburg gegen die Arbeitgeber versuchte, so ungenirt wie bisher in Scene zu setzen.

Wir sind überzeugt, daß die Socialdemokratie nichts so sehr fürchtet als den Erlaß eines neuen Socialistengesetzes, und daß alle ihre Betheuerungen des Gegentheils lediglich darauf hinauslaufen, Staat und Gesellschaft irre zu führen. Wir sind der Ansicht, daß, wenn die Socialdemokratie wirklich, wie sie behauptet, Nutzen und Vortheil von einem neuen Specialgesetze gegen sich erwartete, sie den Staat zum Erlaß eines solchen längst gezwungen hätte, sei es durch Attentate à la Nobiling oder auf andere Weise. Gerade die jetzige Mäßigung der Partei, die in Widerspruch zu allen ihren wirklichen Absichten und Plänen steht, beweist, daß die Socialdemokratie nichts so sehr zu verhüten wünscht als den Erlaß eines neuen Socialistengesetzes. Diese Furcht sollte dem von der Socialdemokratie bedrohten Staate einen Fingerzeig gewähren, wie er sich der immer stärker andrängenden socialistischen Gefahr mit Erfolg erwehren kann.

Auch der Kaiser wird sich der Einsicht nicht verschließen, daß, wenn mit

der Bekämpfung des Umsturzes Ernst gemacht werden soll, auf ein Specialgesetz nicht länger Verzicht geleistet werden darf. Indes, zu dieser Erwägung sind wir auch schon früher durch analoge kaiserliche Aufforderungen zur Bekämpfung des Umsturzes gelangt und wir hatten uns dann stets zu fragen, wie es möglich sei, daß, wenn der Kaiser sich in so markanter Weise öffentlich für die Bekämpfung der Socialdemokratie einsetze, der Vollzug seines Willens durch seine Minister und Räthe in der Form von legislativen Vorlagen nichtsdestoweniger unterbleiben könne. Wir vermögen die Gründe dafür nach allem Vorangegangenen auf dem Gebiete politischer oder juristischer Erwägungen nicht mehr zu finden, sondern müssen solche persönlicher Natur annehmen und uns die Frage vorlegen, ob Diejenigen, die zur Ausführung des kaiserlichen Willens nach Maßgabe der Verfassung berufen sind, sich durch Einbringung eines Specialgesetzes, dem Zorne oder der Rachsucht der Socialdemokratie auszusetzen glauben und dies zu vermeiden wünschen? Wäre das der Fall, so müßten wir sagen: die Furcht ist ein schlechter Rathgeber; wer sich fürchtet, gehört nicht auf einen verantwortlichen Posten an der Spitze des Staates, und der Monarch sollte auf die fernere Mitwirkung solcher „ängstlichen" Männer an der Staatsregierung lieber verzichten, wenn er, wie er selbst sagt, „fechten" will.

* * *

Ueber das schon oben in einem der „Zukunft" entnommenen Artikel charakterisirte Auftreten des Staatssecretairs des Auswärtigen Freiherrn von Marschall in seiner Reichstagsrede über die Processe sagen die „Hamb. Nachr." am 7. März:

Gegenüber dem Auftreten des Herrn von Marschall im Reichstage bei der Debatte, die sich an die bekannten Processe knüpfte, ist die Rednergabe dieses Ministers vielfach und mit Recht anerkannt worden. Natürliche Anlage und Uebung machen auch hier den Meister. Die besten Redner gehen aus den Berufen hervor, deren Angehörige genöthigt sind, viel und oft zu reden, wie Staatsanwälte, Advocaten, Volksvertreter u. s. w. Diese Redner entwickeln sich aber auch erst mit der Zeit. Wenn man die heutigen Reden der socialdemokratischen Führer Bebel oder Liebknecht mit denen vergleicht, die sie vor 20 Jahren gehalten haben, so ergiebt sich in rhetorischer Hinsicht ein zweifelloser Fortschritt. Jeder öffentliche Redner, der sein Gewerbe Jahre lang betreibt und übt, spricht zuletzt mit geläufiger Sicherheit, namentlich wenn er von Verlegenheit oder Aengstlichkeit frei ist. Fürst Bismarck hat sich über den Werth der Beredtsamkeit u. A. in der Reichstagssitzung vom 21. Mai 1869 ausgesprochen und dabei u. A. geäußert:

„Sie beschließen hier unter dem Einflusse einer so ausgezeichneten

Rede, wie wir sie eben gehört haben,[1]) vielleicht in der Bewegung des Augenblickes, während, wenn Sie dieselbe Rede langsam zu Hause nachlesen, oder wenn Sie auch Gegner derselben mit derselben Geschicklichkeit sprechen hören würden, wie sie der Herr Vorredner entwickelt hat, Sie doch vielleicht stutzig würden und sagen würden, für das Andere läßt sich doch auch Vieles sagen. Sie beschließen in der Fraction im Voraus Dasjenige, über was Sie abstimmen wollen, unter dem Einflusse der bedeutendsten Redner unter Ihnen; es ist die Rednergabe etwas sehr Gefährliches, das Talent hat seine hinreißende Macht, ähnlich wie bei der Musik und der Improvisation. Es muß in jedem Redner, der auf Zuhörer wirken soll, ein Stück von einem Dichter stecken, und soweit das der Fall ist, soweit er als Improvisator Sprache und Gedanken beherrscht, soweit hat er die Gabe, auf seine Zuhörer zu wirken. Ist aber der Dichter oder Improvisator gerade Derjenige, dem das Steuerruder des Staates, welches volle kühle Ueberlegung fordert, anzuvertrauen wäre? Und doch ist er Derjenige, von dessen Beredtsamkeit augenblickliche Entschließungen der Parlamente abhängig werden; es kommt das bei einer irgend empfänglichen Versammlung und bei begabten Rednern in allen parlamentarischen Verhältnissen vor. Ich darf an ein Beispiel erinnern von einem bekannten, jetzt verstorbenen Staatsmann, Herr von Radowitz war es — ich habe selten einen so überwältigenden Eindruck eines Redners auf eine Versammlung gesehen, und die Zeugen davon gewesen sind, werden es mir bestätigen, wie von einzelnen Reden des Herrn von Radowitz die Zuhörer aufs Mächtigste ergriffen wurden, und unverzüglich demgemäß beschlossen. Ich habe es erlebt, daß ein neben mir sitzender College die Ergriffenheit der gesammten Versammlung in dem Maße theilte, daß er Thränen darüber vergoß und daß er meine etwas kühle Frage: Worüber weinen Sie denn? mit Entrüstung damit beantwortete, daß er mich der Herzlosigkeit beschuldigte. Ich habe denselben Herrn am andern Tage, wo die Rede, die in 30000 Exemplaren sofort gedruckt war, vorlag, nachdem sie jede Discussion todt gemacht hatte, denn es war von weiter nichts die Rede, als von dem gewaltigen Eindruck jener Rede — ich habe denselben Herrn am andern Tage gefragt, was es denn gewesen sei, worüber ich hätte weinen müssen, wenn ich ein Herz besäße? — und darauf antwortete er mir: wenn ich die Rede gedruckt lese, ich weiß nicht, so macht sie nicht den Eindruck; er konnte nicht einmal wiedergeben, was ungefähr darin stand, aber Ausdruck des Gesichts, die Stimme, die überwältigende Persönlichkeit, die vor ihm gestanden, hatten ihn hingerissen."

[1]) Der Vorredner war der Abgeordnete Lasker gewesen.

Große Redner, die dazu befähigt sind, Eindruck zu machen, brauchen so wenig wie große Dichter politische Begabung zu besitzen. Der Redner bedarf vor allen Dingen des Schwunges. Er darf nicht von Aengstlichkeit oder Scheu betreffs dessen, was er sagt, und der Richtigkeit seiner Darstellung erfüllt sein, und er muß die Sprache in allen ihren Ausdrucksmitteln beherrschen. Eine solche wirksame Beredtsamkeit ist zwar bei einem Staatsmanne eine erwünschte Zugabe und namentlich im Parlamente unentbehrlich, aber für die Angehörigen eines Staates ist es nützlicher, wenn sie von Schweigern wie Moltke, als von „Rednern" regiert werden. Die Beredtsamkeit ist nicht das Maßgebende bei der Sache, und es kommt bei dem Regieren nicht darauf an, ob der Kutscher des Staatswagens elegant fährt, sondern vor allen Dingen darauf, daß er genau die Wege kennt, die zu dem Ziele führen, das erreicht werden soll.

* * *

Ferner lesen wir da:

Fürst Bismarck empfängt seit einiger Zeit täglich so zahlreiche Telegramme im Hinblick auf die bevorstehende Centenarfeier für Wilhelm I., daß er sich leider außer Stande sieht, sie nach Wunsch zu beantworten, und genöthigt ist, auf dem Zeitungswege den Herren Absendern seinen Dank aussprechen zu lassen. Die Telegramme kommen namentlich von landwirthschaftlicher Seite, aber auch zahlreich aus wissenschaftlichen Kreisen, aus den Universitätsstädten von Königsberg bis Würzburg. Es wird dadurch bewiesen, daß der wissenschaftliche Theil der deutschen Nation dem Wirken des Fürsten Bismarck doch nicht ohne Anerkennung gegenüber steht.

* * *

Ueber das Befinden des Fürsten wird Folgendes mitgetheilt:

Das Befinden des Fürsten Bismarck läßt in neuerer Zeit wieder manches zu wünschen übrig, namentlich wird der Altreichskanzler unter dem Einfluß der gegenwärtigen barometrischen Schwankungen häufiger und andauernder als sonst von seinen Gesichtsschmerzen heimgesucht, die ihm das Sprechen erschweren und Schlaflosigkeit zur Folge haben. Der Fürst sieht deshalb nicht ohne Besorgniß der diesmaligen Feier seines Geburtstages entgegen. Trotzdem hat er es nicht über sich gewinnen können, den Fackelzug abzusagen, der ihm von seinen Hamburger Nachbarn und Mitbürgern auch diesmal zugedacht ist; vielleicht aber wird er ihn sitzend begrüßen müssen, und wahrscheinlich wird es ihm, namentlich bei kaltem Wetter, unmöglich sein, auf Ansprachen in längerer Rede zu erwidern: der Gesichtsschmerz schneidet eben die Sprache ab. Der

Fürst glaubt aber auf die Nachsicht seiner Hamburger Freunde rechnen zu dürfen, wenn er durch die Umstände genöthigt werden sollte, beim Empfang des Fackelzugs zu sitzen oder sich möglichst schweigsam zu verhalten.

* * *

Auch folgende Nachricht ist an derselben Stelle enthalten:

In Friedrichsruh laufen seit Jahren aus allen Theilen Deutschlands von patriotischen Vereinen, Corporationen und Privaten Gesuche um Ueberlassung von Eichenstämmen aus dem Sachsenwalde ein, denen bisher meist entsprochen werden konnte. In neuerer Zeit haben sie sich indes derart gehäuft, daß wir beauftragt werden, Folgendes mitzutheilen: Zum Verpflanzen zu diesem Zwecke eignen sich in erster Linie nur Eichen von gewissem Alter, resp. von gewisser Größe, und zwar solche, die nicht zu fest verwurzelt und mit anderen in der Erde verwachsen sind, also solche Stämme, wie sie in Eichen-Baumschulen gezüchtet werden. In Privatforsten geschieht es aber nur in geringem Maße, daß solche Eichen-Baumschulen eingerichtet werden, weil der Anbau von Eichen, wegen der Langsamkeit ihrer Entwickelung wenig Rentabilität ergiebt. Aeltere Classen von Eichenbaumstämmen sind zum Versetzen und zum Transport nicht mehr geeignet und jüngere nöthigen zu einem für die heutige ungeduldige Zeit zu langen Warten auf Entwickelung. Was von geeigneten Stämmen im Sachsenwalde vorhanden war, ist, nachdem mehrere Tausende zur Versendung gelangt sind, ziemlich erschöpft, und es bleiben nur noch jüngere Altersclassen sowie diejenigen Stämme übrig, die für den Forst behufs Verpflanzung in Buchen- und Fichten-Culturen gezüchtet werden. Von diesen wird auch ferner gern abgegeben werden, nur müssen die Empfänger diese jugendlichen Bäume mit Nachsicht entgegennehmen; sie sind nicht das, was man Eichenheister nennt.

* * *

Endlich noch eine interessante familiengeschichtliche Notiz:

Kürzlich ging durch die Presse eine Notiz über Untersuchungen der Katakomben des Magdeburger Doms. Es wurde darin erwähnt, daß man dabei das Grab und die irdischen Ueberreste des mit vollem Ornat bekleideten Archi-Episcopus Theodericus gefunden habe, unter welchem Kirchenfürsten, der sich in seinem Testament als Verwalter des Hauptmanns Nicolaus von Bismarck, des Begründers dieses Geschlechts, bezeichnet habe, 1363 der Magdeburger Dom mit großem Gepränge geweiht worden sei. Wir haben dazu zu bemerken, daß der genannte Vorfahre des Fürsten Bismarck nicht Hauptmann, sondern Landes-

hauptmann, also der höchste Verwaltungsbeamte des Landesherrn, und auch nicht „Begründer“ des Geschlechts der Bismarcks gewesen ist, da er, wie jeder andere Mensch, Vater, Großvater u. s. w. gehabt hat. Immerhin war es merkwürdig, daß, als Fürst Bismarck seinerzeit der Jubiläumsfeier des 500jährigen Bestehens des Magdeburger Doms beiwohnte, der Name des Beamten, der hinter dem Landesherrn die Urkunde unterzeichnete, derselbe geblieben war. Fürst Bismarck konnte seinen Namen unter den „Bismarck“ von damals setzen.

* * *

Auf ein von der conservativen Versammlung am 7. März aus Dresden an den Fürsten Bismarck gesandtes Begrüßungstelegramm lief wenige Stunden später an den Hofrath Dr. Mehnert folgender Dank ein:

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, der Versammlung meinen herzlichen Dank für Ihre ehrenvolle Begrüßung auszusprechen, und verbinde damit den Ausdruck der Hoffnung auf festen Zusammenschluß aller politisch und wirthschaftlich conservativen Kräfte im Reiche.

v. Bismarck.

* * *

Den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wird zu der Rede des Kaisers von sehr gut unterrichteter Seite geschrieben:

„Es fällt gerade in der jetzigen Zeit der Vorbereitung auf die Centenarfeier für unseren alten Kaiser Wilhelm schwer auf die Seele, daß anläßlich der Rede des jetzigen Kaisers in den öffentlichen Blättern über den persönlichen Antheil des alten Kaisers an den Ereignissen, die zu unserer nationalen Wiedergeburt geführt haben, gestritten wird, und am allermeisten wird dieses Gefühl des Bedauerns im Sachsenwalde Platz gegriffen haben. Allein, nachdem die Discussion über das persönliche Verdienst Kaiser Wilhelm's I. durch die Rede seines Enkels einmal eröffnet worden ist,[1]) wird es nicht leicht sein, sie in diesen Tagen der historischen Erinnerung abzubrechen. Die Aufgabe kann vielmehr nur darin bestehen, zu verhüten, daß dadurch Mißklänge in das schöne nationale Fest, das uns bevorsteht, hineingetragen werden. Wir glauben, daß dies am besten durch Vorführung der nackten

---

[1]) In der Rede des Kaisers vom 26. Februar befand sich folgender vielbesprochene Satz: „Und das Gefecht (nämlich gegen den Umsturz) können wir nur siegreich durchführen, wenn wir uns immerdar des Mannes erinnern, dem wir unser Vaterland, das Deutsche Reich, verdanken, in dessen Nähe durch Gottes Führung so mancher brave, tüchtige Rathgeber war, der die Ehre hatte, seine Gedanken ausführen zu dürfen, die aber alle Werkzeuge seines erhabenen Wollens waren, erfüllt von dem Geiste dieses erhabenen Kaisers.“ (Nach einer anderen Version hat es statt „Werkzeuge“ geheißen „Handlanger“.)

historischen Wahrheit geschieht. Dieselbe läßt sich in ihrem hier in Betracht kommenden Theile sehr leicht zusammenfassen.

„Wie die Situation war, als Herr von Bismarck 1862 Minister wurde, ist vollständig wahrheitsgetreu in dem Bericht geschildert, der dieser Tage über die Babelsberger Unterredung zwischen dem Monarchen und seinem ersten Rathgeber durch die Blätter gegangen ist.[1]) Wir möchten diese Angaben dahin vervollständigen, daß Herr von Bismarck damals den König im Zustande völliger Depression vorfand und daß es ihm nur dadurch gelang, ihn von seiner Absicht, zu Gunsten seines Sohnes abzudanken, zurückzubringen, daß er ihn ‚beim Portepée faßte', das Pflichtgefühl des preußischen Officiers in ihm aufstachelte, das ihm verbiete, den verantwortungsvollen Posten in kritischer Zeit zu verlassen, auf den er gestellt sei. Der König ging auch dann noch nicht ohne schwere Bedenken und trübe Ahnungen, die sich zum Glück nicht erfüllten, darauf ein, Herrn von Bismarck den Conflict mit der preußischen Volksvertretung ausfechten zu lassen.

„Der Krieg gegen Dänemark, welcher den Ausgangspunkt der großartigen Entwickelung bildete, die Preußen und Deutschland nach den Bismarck'schen Plänen nehmen sollte, wurde preußischerseits geführt, ohne daß außer Herrn von Bismarck Jemand genau wußte, was in Wirklichkeit damit bezweckt und vorbereitet werden sollte. Es ist anzunehmen, daß, wenn Herr von Bismarck damals von vornherein die Wege enthüllt hätte, die er zur Einigung Deutschlands für richtig hielt, die er verfolgen wollte und die zunächst zum Krieg gegen Oesterreich führen mußten, der König wahrscheinlich seine Zustimmung versagt hätte. Welchen ungeheuren Aufwand von Entschlossenheit, Klugheit und Vorsicht es damals seitens des Herrn von Bismarck bedurft hat, um seine Pläne aller Widerstände ungeachtet durchzuführen, wird erst die spätere Geschichtschreibung zur vollen Klarheit bringen.

„Im Jahre 1870 lag die Sache nicht viel anders. König Wilhelm war damals schon 73 Jahre alt, sein Thron stand dank des energischen Eingreifens Bismarck's in die innere und äußere Politik des Landes fester denn je, er hatte reiche Lorbeeren im Kriege gegen Oesterreich geerntet, sein Land durch reiche und blühende Provinzen vergrößert, und es war daher zu begreifen, wenn seine Neigung, noch einmal zu Felde zu ziehen und das Geschick von Dynastie und Land den Wechselfällen eines Krieges auszusetzen, nur gering war. Sie wurde auch nicht dadurch verstärkt, daß in König Wilhelm das Gefühl stark entwickelt gewesen wäre, für seine Person zur Uebernahme einer Mission verpflichtet zu sein, die ihn über die Aufgabe eines Königs von Preußen hinausgeführt hätte. Es steht historisch fest, daß ohne das

---

[1]) Im Wesentlichen dieselbe Darstellung wie sie bei uns Band IV, Seite 195 und 196 wiedergegeben worden ist.

energische Eingreifen des damaligen Grafen Bismarck und ohne die Androhung seiner Demission die Dinge in den schicksalsschweren Julitagen des Jahres 1870 leicht eine andere Wendung hätten nehmen können, als es thatsächlich der Fall gewesen ist. Noch auf der Fahrt von Ems nach Berlin war der König bekanntlich nur zur Mobilisirung einiger Armeecorps entschlossen, und erst den gemeinsamen Bemühungen Bismarck's und des damaligen Kronprinzen gelang es schließlich, den auf dem Bahnhofe in Berlin versammelten erregten Volksmassen mittheilen zu können, daß ‚Se. Majestät soeben den Befehl zur Mobilisirung der gesammten Armee gegeben habe'.

„Mit diesen wahrheitsgetreuen Angaben ist im Großen und Ganzen die Haltung König Wilhelm's I. in den Hauptphasen der Zeit bis zum französischen Kriege charakterisirt. Niemand wird es dem greisen Herrscher zum Vorwurf machen, daß er, seiner Verantwortung vor Gott und der Geschichte voll bewußt, nicht ohne reifliche Ueberlegung, ohne von der Unabwendbarkeit des Krieges fest überzeugt zu sein und nur mit schwerem Herzen sich dazu entschließen konnte, sein Heer, sein Land und sein Volk den Wechselfällen blutiger Kriege auszusetzen. Um so größere Bewunderung verdient, was er als Feldherr und König Großes geleistet hat. Das steht in den Tafeln der Weltgeschichte ebenso tief und unverlöschlich eingegraben wie in den Herzen des preußischen und deutschen Volkes. Aber seine hohen menschlichen und Herrschereigenschaften lagen doch auf einem anderen Gebiete, als Diejenigen ihnen anweisen wollen, welche die Urheberschaft und die Durchführung der großen weltgeschichtlichen Action, die zur Einigung Deutschlands und zu dessen heutiger Machtstellung geführt hat, dem Herrscher persönlich zuschreiben, und ihn dafür mit dem Beinamen der Große versehen zu dürfen glauben. Niemand würde gegen eine derartige Verherrlichung energischer protestiren, als der verewigte Kaiser selbst. Seinem schlichten, jeder Selbstüberschätzung und Uebertreibung innerlich durchaus widerstrebenden Wesen wäre nichts peinlicher gewesen, als auf Kosten seiner verdienten Männer für Thaten gepriesen zu werden, die diese verrichtet haben. Seine höchste Herrschertugend bestand darin, daß er nicht nur die richtigen Leute auf den richtigen Platz zu stellen und dort zu halten wußte, sondern daß er ihnen auch freie Hand ließ, das auszuführen, was sie für nöthig hielten und wozu er seine Genehmigung entweder von vornherein oder im Laufe der Ereignisse ertheilt hatte.

„Wie der alte Kaiser über den Fürsten Bismarck dachte, dafür fehlt es nicht an unanfechtbaren Zeugnissen und Belegen. Wir fügen den bereits bekannten Kundgebungen der Dankbarkeit Kaiser Wilhelm's gegen seinen großen Kanzler noch die hinzu, daß er ihm seinerzeit eine Nachbildung des Nationaldenkmals auf dem Niederwalde mit den Worten dedicirte: ‚Das gehört Ihnen; das ist ja doch eigentlich ein Denkmal, das mehr Ihnen als mir gilt!'

„Wir verzichten darauf, noch weitere Correcturen der Auffassung vorzunehmen, als ob Kaiser Wilhelm I. der eigentliche schöpferische Urheber der deutschen Einheit und der Wiedererrichtung des deutschen Kaiserthums gewesen wäre und in dem Fürsten Bismarck nur ein Werkzeug seines Willens, einen ‚braven und tüchtigen Mitarbeiter' gefunden habe. Wir glauben, daß es ohne diesen ‚Handlanger' heute weder Kaiser noch Reich geben würde!"

* * *

Aus Oldesloe, so melden die „Hamb. Nachr." am 9. März (A.-A.), ist dieser Tage an den Fürsten Bismarck folgendes Telegramm gesandt worden:

„160 in Oldesloe versammelte Landwirthe rufen dem besten Freunde der deutschen Landwirthschaft ihren treu ergebenen dankbaren Gruß zu."

* * *

Der „Schlesischen Zeitung" wird von offenbar wohlinformirter Seite über den Fürsten Bismarck geschrieben:

Die alarmirenden Zeitungsnachrichten, die kürzlich von Berlin aus über das Befinden des Fürsten Bismarck verbreitet worden sind, entbehren aller Begründung. Der Fürst befindet sich im Ganzen so wohl und so rüstig, wie es nicht bei vielen 82jährigen Männern der Fall sein dürfte. Seine Umgebung und auch die dem Hause nahestehenden Aerzte glauben, daß, wenn nicht unvorhersehbare Zwischenfälle eintreten, der Fürst ein sehr hohes Alter erreichen kann. Freilich lehnt der Fürst den eigenen Glauben an derartige Prophezeiungen immer lächelnd mit dem Hinweise darauf ab, daß das Leben, welches er geführt habe, doch nicht danach angethan gewesen sei, ihn das Alter des Kaisers Wilhelm I. oder Moltke's erreichen zu lassen. Während des ersten Drittels seines Lebens sei er nach keiner Richtung sehr sparsam mit seinen Kräften umgegangen, was dann übrig geblieben sei, wäre öffentlich und staatlich ausgeschlachtet worden, so daß er nun „caput, ein Kriegsinvalide" sei. Wenn er aber in den Zeitungen sentimentale Berichte über eine Depression liest, in der er sich befinden solle, pflegt er das zu ironisiren:

> Meine Depression besteht allein in meinem hohen Alter. Werden Sie erst mal 82 Jahre alt und warten Sie es ab, wie Sie sich dann fühlen werden, namentlich wenn Sie wie ich bald ein halbes Jahrhundert in Kampf und Besorgniß zugebracht haben. Mein ganzes Leben war hohes Spiel mit fremdem Gelde, ich konnte niemals mit Sicherheit voraussehen, ob meine Pläne gelingen würden. Ich konnte wohl auf dem Strom der Ereignisse schiffen, aber ihn nicht lenken.

Bei dergleichen Anlässen pflegt sich der Fürst über die Schwierigkeiten und Unsicherheiten bei Führung der politischen Geschäfte zu verbreiten:

> Der Politiker bleibe, so lange er lebe, immer unfertig; er sei in der Erreichung dessen, was er erstrebe, zu sehr auf die Mitwirkung Anderer, die unberechenbar und schwankend sei, angewiesen. Er habe mit zufälligen Störungen,

wie der Landwirth mit Witterungsumschlägen, zu viel zu rechnen, um selbst nach dem größten Erfolge mit Sicherheit sagen zu können: „Nun ist das gelungen, ich bin damit fertig und kann auf das Geleistete mit Erfolg zurückblicken.“ Erst nach Jahrzehnten kläre sich das Urtheil darüber ab, ob ein wirklich definitiver oder nur ein scheinbarer, vorübergehender Erfolg erreicht worden sei. „Für den Politiker selbst giebt es keinen Zeitpunkt, wo er sich sagen kann: Du hast einen guten Abschluß gemacht. Man kann ja einzelne Geschäfte wirklich beendigen, aber doch immer nur, ohne zu wissen, wie sich die Consequenzen davon entwickeln werden, und ohne sie überhaupt mit Sicherheit beurtheilen zu können.“ Kürzlich sei in einem Zeitungsartikel gesagt: Wenn er (Fürst Bismarck) nicht seines Lebens froh werden könne, so habe die Geschichte überhaupt nicht die Kraft, sittliche Freuden zu bereiten. Das sei ganz richtig. Man bleibe, so lange man lebe, stets im Zweifel über die eigenen Leistungen; erst die Kinder oder Enkel des Politikers könnten Genugthuung oder Betrübniß über das von ihm Erreichte empfinden. Die Politik sei kein Geschäft wie jedes andere. Der Bankier, wenn er an der Börse sein Geschäft gemacht habe, könne seinen Vortheil sofort in Mark und Pfennigen berechnen, sich vergnügt die Hände reiben und seinen Champagner trinken; in diese angenehme Lage komme der Politiker niemals. Er werde stets von der Ungewißheit darüber heimgesucht, ob das, was er leidenschaftlich als Patriot für sein Land erstrebt und erwirkt habe, nun auch wirklich das Richtige sei, und ob es nicht doch schließlich schädliche Folgen nach sich ziehen könne. Volle Klarheit darüber habe er niemals, die Politik habe auf dieser Seite eine gewisse Aehnlichkeit mit der Forstwirthschaft. An irgend einer Forstschule steht die Inschrift: „Wir ernten, was wir nicht gesäet haben, und wir säen, was wir nicht ernten werden.“ Das definitive Resultat des Politikers sei niemals auf Jahr und Tag erkennbar. Der General sei in besserer Lage als der Staatsmann. Wenn er eine Schlacht gewonnen habe, so könne er das noch am selben Tage ganz zweifellos feststellen. Das sei bei dem Politiker niemals möglich, er könne nach dem Abschluß eines anscheinend auch noch so glänzenden Geschäftes mit Sicherheit keinen Saldo zu Buch bringen, das sei ihm (dem Fürsten Bismarck) nicht einmal nach einem so brillanten Friedensschlusse wie dem Frankfurter möglich gewesen. Die jetzt veröffentlichte Correspondenz zwischen dem alten Kaiser Wilhelm und ihm und die sonstigen historischen Publicationen der letzten Zeit beweisen deutlich genug, wie es in der Politik niemals volle Sicherheit und definitive Resultate gebe, sondern wie alles stets bergauf und bergab ginge.

Allerdings wird das Befinden des Fürsten Bismarck in neuerer Zeit durch stärkeres Auftreten seines neuralgischen Gesichtsschmerzes beeinträchtigt. Der Schmerz kann so heftig werden, daß der Fürst genöthigt ist, durch minutenlanges Drücken mit den Fingerspitzen beider Hände auf die Backenknochen rechts und links sich Erleichterung zu verschaffen. Dabei fällt ihm dann das Sprechen mit dem kaum zu öffnenden Munde schwer. Scherzend pflegt er dann später zu sagen:

Das ist ganz natürlich, ich habe in meinem Leben mit meinem Munde am meisten gesündigt im Essen, Trinken und Reden.

Wirkliche, wenn auch nur zeitweilige Stillung des Schmerzes ist nur zu erlangen entweder durch Auflegen von Gummibeuteln mit heißem Wasser oder durch Genuß alkoholischer Getränke. Am schnellsten würde Cognac oder Grog wirken, aber „das erlaubt Schweninger nicht". Nur Wein und Bier sind gestattet, und da läßt die Wirkung länger auf sich warten. Wenn sie aber eintritt, so hält sie höchstens 3—4 Stunden an; dann kommt die Reaction in Gestalt heftigerer Schmerzen, und um diese zu vertreiben, muß dann wieder zu irgend einem Calmirungsmittel gegriffen werden; der Rest ist Schlaflosigkeit und „Nervenbankerott".

Mit großem Vergnügen — das geht aus allen seinen Aeußerungen darüber hervor — hat der Fürst den neuesten Band der Bernhardi'schen Memoiren gelesen. Er äußerte sich über den Verfasser ungefähr folgendermaßen:

Bernhardi scheint ein leidenschaftlicher Tagebuchschreiber gewesen zu sein; er war ein gescheidter Mensch, aber auch ein ehrlicher Mensch. Anfänglich war er lange Zeit schneidig liberal, aber bald lief er sich die Hörner ab. Ich habe mich lange nicht so amüsirt wie bei der Lectüre seiner Aufzeichnungen. Alle politischen Größen jener Zeit stehen da in puris naturalibus vor Einem!

Die Publication kommt mit den Oncken'schen und Horst Kohl'schen Veröffentlichungen sehr à point und zeigt, mit welchen schweren Widerständen Bismarck bei der Durchsetzung seiner weltgeschichtlichen Pläne zu kämpfen hatte.

Wenn das Gespräch auf den jetzigen Kaiser und seine Reden kommt, pflegt Fürst Bismarck regelmäßig zu betonen, daß er sich nicht für berechtigt halte, den Kaiser zu kritisiren.

Die kretische Frage würde dem Fürsten jedenfalls nicht die Ruhe seiner Nächte rauben, wenn sie sonst nur bei ihm vorhanden wäre. Nach dem, was ich gehört habe, glaube ich nicht, daß die prononcirte und primolocistische Stellungnahme Deutschlands die Zustimmung des Altreichskanzlers hat, und der Verlauf, den die Ereignisse genommen haben, giebt ihm darin ja auch Recht. Daß es im Weigerungsfalle Griechenlands zu einer einheitlichen Repression der Mächte kommen wird, scheint der Fürst nicht zu glauben. Rußland sei vielleicht der einzige Staat, dem es um seiner eigenen griechischen Unterthanen willen Ernst sei mit der kretischen Action und der möglicherweise die Türkei auch finanziell unterstütze bei ihrem Vorgehen gegen Griechenland. Bei den übrigen Mächten sei die Frage: „Wer läßt sich einschüchtern?" Uns Deutschen könnte es ganz gleichgültig sein, was aus Kreta würde, und wenn die Insel nicht nur keinen Hammel, sondern auch nicht den letzten Dieb mehr dazu besäße. Was geht das alles uns an! —

Mit großer Ergriffenheit gedenkt der Fürst stets seines alten kaiserlichen Herrn, namentlich in der jetzt herannahenden Zeit der Centenarfeier. Lange verweilte neulich sein Blick während eines solchen Gespräches auf dem großen, mit einem sterbenden Löwen gekrönten Schreibzeuge, das ihm der alte Kaiser einmal, als er schwer krank darnieder lag und sterben zu müssen glaubte, geschenkt hat. Langsam und schwer legte

der Kanzler seine Hand auf den Löwen, schwieg eine Weile erinnerungsverloren und sprach dann mit tiefer innerer Rührung die Worte aus: „Der Große? Das paßt vielleicht nicht ganz; aber ein Ritter war er, ein Held!“

* * *

Vom Commers alter Corpsstudenten in München zur Centenarfeier Kaiser Wilhelm's I. wurde folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck geschickt:

„Dem Manne des Jahrhunderts, dem großen ersten, eisernen Kanzler des Deutschen Reiches, Fürsten Bismarck, senden fünfzehnhundert alte Corpsstudenten aus Anlaß des Festcommerses zur Feier der hundertjährigen Wiederkehr des Geburtstages Sr. hochseligen Majestät Kaiser Wilhelm's I. ehrerbietigst corpsstudentischen Gruß und brausend jubelndes Hoch.“

* * *

Am 11. März schreiben die „Hamb. Nachrichten“ (M.-A.):

Ein Cartell der productiven Stände. Sobald sich von irgend einer Seite die Frage der Bildung eines Cartells zur Beseitigung der jetzigen schädlichen Reichstagsmajorität erhebt, wird eingewendet, daß der Gedanke unausführbar sei. Wir sind davon nicht überzeugt, sondern glauben im Gegentheil, daß, wenn die Sache richtig angefaßt wird, sehr wohl zu einem befriedigenden Ergebnisse zu gelangen wäre. Freilich würde es von vornherein verfehlt sein, die neue Majorität bei künftigen Wahlen dadurch sichern zu wollen, daß die alten Fractionen ein Cartell zu diesem Behufe schlössen. Dafür wären diese einmal nicht zu haben und zweitens würde, auch wenn dies Hinderniß nicht obwaltete, nichts Brauchbares und Lebenskräftiges dadurch zu erreichen sein. Die jetzigen Fractionen, wenn ihre Vereinigung unter Zurückdrängung aller principiellen Meinungsverschiedenheit sich ermöglichen ließe, würden sich gegenseitig thatsächlich kaum jemals ehrlich unterstützen, weil jede der andern den Weg abschneiden will, um zuerst im ministeriellen Hafen einzulaufen. Aber in der Wählerschaft liegt die Sache doch anders. Wenn diejenigen Fragen, betreffs deren die Reichstagsmehrheit oft zu so befremdenden Beschlüssen gelangt, einer directen Abstimmung durch sämmtliche Wähler unterworfen würden, dürfte das Resultat sehr viel anders beschaffen sein, als das im Reichstage erzielte; ein hoher Procentsatz der Wähler empfindet die Voten ihrer Abgeordneten als im Widerspruche zu den Absichten stehend, die sie, die Wähler, hatten, als sie den betreffenden Candidaten ihre Stimmen gaben. Aber nicht darauf gründen wir unsere Hoffnung, sondern wir wollen nachweisen, wie es möglich sein würde, sowohl die erforderliche Majorität auf anderem Wege wie auf dem der bisherigen Parteiwahlen zu erreichen, als auch den

Bestand derselben gegen die Fractionsstrebereien und Fractionseifersüchteleien sicher zu stellen.

Wir gehen davon aus, daß alle productiven Deutschen, die Erzeuger von inländischen Werthen, in der Bevölkerung die Majorität bilden, und wir sehen nicht ein, weshalb diese Sachlage nicht auch bei den Wahlen zum Ausdruck zu bringen sein sollte, weshalb nicht die productiven Stände zusammenhalten und dieses Zusammenhalten als Wahlparole proklamiren sollten. Man hat schon früher zwischen Bienen und Drohnen unterschieden; wir empfehlen, hieraus das Schlagwort für die nächsten Wahlen zu formuliren. Es liegt durchaus im Interesse aller Producenten, mögen sie Getreide, Webstoffe oder Metalle erzeugen, daß sie sich vereinigen, um denjenigen Einfluß auf die Gesetzgebung zu erlangen, der ihnen gebührt und den sie jetzt wegen ihrer Uneinigkeit und deshalb nicht haben, weil so viele Leute im Parlamente das große Wort führen, an der nationalen Arbeit nicht betheiligt sind, und weil Fractionsinteressen dort den Ausschlag geben, die alles andere sind, nur nicht der Ausdruck der Bedürfnisse des praktischen Lebens unseres Volkes.

Das erste Erforderniß eines befriedigenden Ergebnisses der nächsten Wahlen besteht darin, daß die Verblendung der Wähler über ihre eigenen Interessen, welche jetzt durch fractionelle und confessionelle Bearbeitung stattfindet, beseitigt wird. Wozu Wahlen führen, die unter solchen Einflüssen erfolgen, zeigt der jetzige Reichstag deutlicher, als uns lieb sein kann; die Herren Richter, Lieber u. s. w. haben das Heft in den Händen, die Regierung getraut sich kaum den Mund aufzuthun; wir haben latente Parlamentsherrschaft, aber sie ist schlimmer, als sie in England besteht, und die Achivi, qui plectuntur, sind diejenigen Stände, auf welche die größten Rücksichten genommen werden sollten, die producirenden.

Die Regierung ist dringend an einer baldigen Aenderung dieses Zustandes interessirt; denn es wird immer die Aufgabe einer verständigen Staatsleitung bleiben, die einheimische Production zu schützen. Daß die Regierung diese Aufgabe erfüllt, daran muß auch dem Arbeiterstande gelegen sein, weil es sonst überhaupt keine lohnende Production im Lande und folglich auch keine gutbezahlte Arbeitsgelegenheit giebt. Die Classen der Bevölkerung, die an dem Gedeihen einer gewinnbringenden nationalen Arbeit nicht interessirt sind, bestehen lediglich in den unproductiven Elementen, in den „Nichts-als-Consumenten", unter denen die Gehaltsbezieher im Staats- oder Communalamt, die Professoren, Pastoren und viele andere Leute, die gleichwohl auf unser politisches Leben großen Einfluß haben und immer mehr zu nehmen bemüht sind, in erster Reihe stehen.

Wir empfehlen für die nächsten Wahlen den Zusammenschluß aller producirenden Stände, vor Allem der Landwirthschaft und der Industrie. Für den Absatz unserer industriellen und landwirthschaftlichen Producte ist der einheimische Consument von höherer Wichtigkeit als der Export. Wenn der inländische Verbraucher verarmt und seine Kaufkraft verliert, so ist die Calamität viel größer, als wenn der Export stockt. Der Umsatz im Inlande bleibt immer in den Millionen-Berechnungen und Vergleichen die Hauptsache, und das Bedürfniß unserer Industrie wird durch wohlhabende deutsche Bauern immer besser gedeckt als durch überseeische Abnehmer, wenigstens soweit die gesunde Industrie in Betracht kommt. Endlich rathen wir zur Wahl eines stärkeren Procentsatzes von Männern des praktischen Lebens, die an ihrem Leibe die Früchte der Gesetzgebung, die sie machen, zu spüren bekommen. Von diesen ist auch anzunehmen, daß sie besser als viele der bisherigen Volksvertreter aus dem Reiche der Drohnen und des Streberthums befähigt sind, die politischen Interessen unseres Volkes und die Würde des Reichstages zu wahren; namentlich aber werden sie zur Erfüllung der Hauptaufgabe, die dem heutigen Staate gestellt ist, der Bekämpfung und Unschädlichmachung der Socialdemokratie, besser geeignet sein, als jene.

* * *

Die „Dresdner Nachrichten" stellen mit großer Befriedigung fest, wie in der conservativen Versammlung in Dresden am 7. März Fürst Bismarck und seine Politik die Parole des Tages war, wie der in unserm nationalen Heros verkörperte nationale Gedanke sich als immer wiederkehrendes Leitmotiv, als die unvergängliche Melodie durch alle Reden hindurchzog:

Der Geist des großen Kanzlers beseelte diese Versammlung, und wer da wähnt, daß dieser Geist nicht mehr zu wirken vermag, der konnte sich am Sonntag in Sachsens Hauptstadt davon überzeugen, daß Bismarck noch heute in der deutschen Politik ein Richtung und Ziel gebender, führender Factor ist, der durch kein willkürliches Machtgebot ausgeschieden werden kann, der in dem nationalen Bewußtsein als siegreicher Impuls fortlebt. Ein Bismarcktag war der letzte Sonntag in Dresden, dessen gewaltige Sprache den Chor aller Bismarckfeinde verstummen macht, so leuchtend und so wärmend wie jene unvergeßlichen Stunden, als der Baumeister des Reichs vor fünf Jahren, auf der Reise zur Hochzeit seines ältesten Sohnes in Dresden seinen unvergleichlichen Triumphzug durch Deutschland begann. Dieser älteste Sohn, Graf Herbert Bismarck, war am Sonntag als der berufene Vertreter der Bismarck'schen Politik erschienen; auch um deswillen ist dieser Tag ein Bismarcktag. Graf Herbert Bismarck bildete den persönlichen Mittelpunkt der Versammlung; er war es, der die Grundlagen der conservativen Politik und damit zugleich die der nationalen Politik überhaupt vorzeichnete. In allen Fragen, die von den conservativen Führern erörtert wurden, stellten

sich diese auf den Boden der Bismarck'schen Auffassungen, und es ist bezeichnend, daß in den wenigen Worten, in denen Fürst Bismarck das Dresdner Begrüßungstelegramm beantwortete,[1] der Hauptgesichtspunkt, der in der politischen Aussprache zur Geltung kam, in prägnanter Weise festgelegt ist. Der „feste Zusammenschluß aller politisch und wirthschaftlich conservativen Kräfte im Reich" ist die Hauptaufgabe, die sich die conservative Partei gestellt hat und deren Erfüllung sie erstreben muß, wenn sie sich für die nächste Zukunft den ausschlaggebenden Einfluß im öffentlichen Leben sichern will. Graf Herbert Bismarck, wie die meisten anderen Redner, mit besonderem Nachdruck auch der Führer des Bundes der Landwirthe Herr von Plötz, betonten, daß es jetzt vor Allem darauf ankommt, die Gegensätze, die die Caprivi'sche Politik zwischen den beiden großen Productivständen, zwischen der Landwirthschaft und der Industrie, künstlich hervorgerufen hat, aufzuheben und die Einheit wieder herzustellen, indem beiden Ständen die Interessengemeinschaft, auf die sie zum beiderseitigen Wohlergehen angewiesen sind und in der sie gleichberechtigt und gleichwerthig zusammenwirken sollen, wieder zu vollem Bewußtsein gebracht wird.

* * *

Die freisinnige „Vossische Zeitung" schreibt in einem „Die ewige Krisis" überschriebenen Artikel wörtlich:

Morgen sind sieben Jahre vergangen, seit Fürst Bismarck, der Noth gehorchend, sein Entlassungsgesuch einreichte. Damals konnte die freisinnige Presse schreiben, eine Maßnahme, wie die Amtsenthebung des gewaltigen Staatsmannes, der ein Vierteljahrhundert die Geschicke Preußens und des Deutschen Reichs gelenkt hatte, könne vor dem Volk und vor der Geschichte nicht anders begründet werden, als durch den augenfälligen Beweis, daß er ein Hinderniß für die wichtigen und zeitgemäßen Reformen geworden sei. Nur durch eine volksthümliche, freiheitliche, weitherzige Politik konnte der Sturz des eisernen Kanzlers, unter dessen Entlassungsgesuch der erste Kaiser das Wort „niemals" geschrieben hatte, erklärt werden. Das fortschrittliche Blatt setzt dann des Weiteren auseinander, wie überall Enttäuschungen erfolgt seien, wie in den Kreisen, die beim Auszuge des Fürsten Bismarck aus dem Reichskanzler-Palais selbst den Dank an ihn vergaßen, jetzt die Begeisterung für den ersten Kanzler immer mehr wachse, und constatirt schließlich die bedenklich zunehmende Mißstimmung in nahezu allen Volksschichten.

* * *

Unter der Ueberschrift „Sachsens Bußtag — Deutschlands Bußtag" schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten" zum 17. März, an dem vor sieben Jahren dem Fürsten Bismarck die Demission anbefohlen wurde:

---

[1]) Vergl. oben Seite 254.

Heute ist in Sachsen Bußtag. Von den Thürmen klingen die Glocken und laden zur Einkehr, von den Kanzeln erklingt die fromme Mahnung, zu bereuen, was man gefehlt, zu büßen, was man gesündigt. Am 17. März vor sieben Jahren in derselben Stunde, in der heute in ganz Sachsen die Gläubigen zum Gotteshaus ziehen, da schritt ein Sendling des Kaisers zur Wohnung des großen Kanzlers, ihm zu melden, daß der Enkel Wilhelm's des Ehrwürdigen von ihm das Entlassungsgesuch erheische. Ein schriller Klang ist solches Erinnern in unseren Tagen, in denen das Denkmal enthüllt wird, das die Nation dem Heldenkaiser errichtet, aber es ist gut, im Gedächtniß zu behalten, daß die Epoche, der die Feiern gelten, beschlossen ist, daß sie zu Ende ging an jenem Tage, da der Königsbote zum Kanzler schritt. Es ist Bußtag heute in Sachsen, und es ist Deutschlands Bußtag!

Durch Buße, so lehrt die Schrift, wird der Sünder der Gnade theilhaftig. Sieben Jahre schon hat Deutschland gebüßt. Solche Zeit ist nicht lang im Leben der Völker, aber auch hier gilt der Satz, daß in kurzer Zeit gar Manches zerstört werden kann, das zu erbauen die Mühe langer, qualvoller Tage gekostet. Sieben Jahre hat die Erniedrigung gewährt, als Napoleon in Deutschland waltete; die Zeit hat genügt, die Leute von Jena umzuwandeln in die Helden von der Katzbach und von Leipzig. Sieben Jahre sind vergangen seit dem Morgen, an dem sich die Sonne, die durch Wilhem's I. Zeit dem deutschen Volk geleuchtet, hinter Wolken verbarg. Und auch da hat sich Manches geändert, und wohl ziemt es sich, heute den Bußtag zu feiern, da die Glocken von den Kirchen zur Einkehr laden und von den Kanzeln die fromme Mahnung erklingt, zu bereuen, was man gefehlt, zu büßen, was man gesündigt. Namenlose Erfolge waren vorangegangen; die Nation, die so lange gelitten unter der bitteren Schmach der Zerklüftung, stand auf der Sonnenhöhe des Glückes. Dann kam die Wendung, die trüben Tage, in denen so Viele irre wurden an dem, was sie bis dahin geglaubt und gefeiert. „Also sagte Pharao dem Joseph seinen Traum an: Mir träumte, ich stünde am Gestade bei dem Wasser. Und sah aus dem Wasser steigen sieben Rinder, feist an Leib, und sehr fein, und gingen an die Weide auf der wasserreichen Wiese und aßen das grüne Gras. Und nach ihnen sah ich andere sieben Rinder heraussteigen, dünne und sehr ungestalt, mager von Leib, ich habe in ganz Aegyptenland nicht so ungestaltete gesehen. Und diese sieben mageren und ungestalten Rinder fraßen die ersten feisten Rinder auf."[1]) In Dresden vor einer Woche sprach der Sohn des Kanzlers von sieben mageren Jahren, und er glaubte zu sehen, daß der erste Schimmer besserer Zeiten durch die dunkle Zeit dringe. So mag auch auf das Jena von 1890 und die Epoche, für die heute der Bußtag gesetzt ist, die neue Erhebung folgen.

Am Morgen des 17. März schritt der Königsbote zu Bismarck. Es ging ein Bewegen durch alle Herzen, als die Kunde von dem, was geschah, hinausdrang in die Welt. Heute kennen wir die Vorgänge am Bußtage Deutschlands genau, wenn auch noch immer manche Einzelheit sich der Erörterung entzieht. Wir wissen, wie am däm-

---

[1]) 1. Mose 41, 17—20.

mernden Morgen der Königsbote zum Kanzler ging, ihm zu melden, daß der Kaiser sein Entlassungsgesuch erwarte. Wir wissen, daß der Kanzler zur Antwort gab, er halte es für eine Gewissenlosigkeit gegen Kaiser und Reich, wenn er unter den obwaltenden Umständen fahnenflüchtig würde; er könne seine Laufbahn nicht mit einem Schritt abschließen, dessen Folgen er für verderblich halte. Er könne des Amts enthoben werden, aber die Verantwortlichkeit könne er nicht tragen. Und längst ist die düstere Geschichte der folgenden Dinge bekannt. Wie die Minister zusammentraten bei Herrn von Boetticher, gemeinsame Schritte zu berathen, wie der Kaiser hiervon und von dem, was besprochen wurde, heimliche Kunde erhielt, wie ein Adjutant zu den Ministern kam mit der Aufforderung, jede weitere Bemühung zu unterlassen, er bedürfe ihres Rathes in dieser Sache nicht mehr, seine Entschlüsse bezüglich des Fürsten Bismarck stünden fest; wie Alles dies kam, davon erzählt die Geschichte. Und am Abend schritt ein zweiter Königsbote zum Kanzler, ihn zur Eile zu drängen und der Verwunderung Ausdruck zu geben, daß das Abschiedsgesuch noch nicht eingereicht sei. Drei Jahrzehnte rastloser Arbeit, beispielloser Erfolge — und ein kurzer, dürftiger Tag, der Bußtag des deutschen Volkes! Aber Deutschlands edelste Frau, eine Kaiserin, sprach das unvergeßliche und unvergessene Wort: „Möge das deutsche Volk seine stolze Geschichte nie vergessen. Noch lebt sein großer Kanzler; wenn es sich stets der Liebe und Verehrung erinnerte, die es dem Ersteren schuldet, und der Dankbarkeit, auf die der Letztere einen so berechtigten Anspruch hat, dann stünde es besser um uns und unsere Zukunft. Die Zeit wird kommen, wo jenes stolze Wort eines englischen Königs: ‚Jetzt lästern sie mich, doch wenn ich einst nicht mehr lebe, werden sie mich mit ihren Fingernägeln aus der Erde scharren wollen‘, auch auf Bismarck Anwendung finden wird. Komme sie spät!“ [1])

Vor sieben Jahren schritt der Kanzler durch einsame Laubgänge zur Ruhestätte Wilhelm's I. Drei Rosen trug er hinab in die Gruft seines herrlichen Kaisers. Und ein banger Traum ging durch seine Seele. Drei Rosen — und heute errichten wir ein Denkmal von prangendem Marmor demselben Kaiser, und eine Fülle von Blumen wird sich breiten an seinem Sockel, und die Menge wird staunen und jubeln.

Aber der Kanzler wird fehlen, wie sein Denkmal fehlt, Victorien und Genien, volksfremde Figuren werden sich zeigen, und die drei Rosen sind verwelkt! . . .

* *
*

Die „**Tägliche Rundschau**“ veröffentlicht Aufzeichnungen über Aeußerungen des **Fürsten Bismarck**, die ein Freund des Blattes sich gemacht hat:

Nach den uns vorliegenden Aufzeichnungen verweilt Fürst Bismarck in neuerer Zeit in seinen politischen Gesprächen häufig bei der Gefahr, die für die Aufrechterhaltung der bundesstaatlichen Verfassung des Reiches darin liegt, daß die Staatssecretaire der verschiedenen Reichsämter, die nach der Verfassung nichts weiter sein sollen,

[1]) Kaiserin Augusta Victoria im Jahre 1890 zu einem Reichstagsabgeordneten. Vergl. Wiermann, Deutsche Politik seit Bismarck's Entlassung, Berlin 1893, S. 51 f.

als Untergebene, bezw. Stellvertreter des Reichskanzlers, mehr und mehr die Stellung selbständiger Reichsminister einzunehmen beginnen. Wenn die Reichsstaatssecretaire unabhängig von den Instructionen, die ihnen der preußische Minister des Auswärtigen als verfassungsmäßiges Organ für die Instruirung der preußischen Bundesrathsstimmen nach Maßgabe der Beschlüsse des preußischen Staatsministeriums ertheile, die Geschäfte führten, fehle der Reichspolitik das Schwergewicht, welches in den Beschlüssen des preußischen Staatsministeriums als Corporation liege.

In Bezug auf die Polenpolitik führte der Altreichskanzler in einem Gespräch, das darüber kürzlich stattfand, Folgendes aus:

> Die Polen seien eins der wirksamsten Instrumente zur Herstellung der Priesterherrschaft. Die römische Kirche habe doch das Gefühl, daß Leute, die nur polnisch sprächen, folgsamer und gläubiger, auch in dem Unglaublichsten zu erhalten seien, als solche, deren Muttersprache eine Weltsprache wie Deutsch oder Französisch sei. Eine solche Weltsprache berge naturgemäß größere Gefahr des Unglaubens, als die polnische oder ähnliche Idiome von beschränkterem Sprachgebiete. Deshalb seien der römischen Curie in den vormals polnischen Gebietstheilen polnisch sprechende Katholiken lieber als deutsch sprechende, deshalb cultivire und schütze man von Rom aus das Polnische. Das Deutsche verleite nach römischer, ganz richtiger Auffassung viel mehr zur Lectüre und Forschung als das Polnische. Bei Lectüre und Forschung sei das Entstehen von Zweifeln und Ungläubigkeiten niemals ganz zu vermeiden, und deshalb wäre der Pole meist gläubiger, als der Deutsche. Auf diesem Wege werde der Polonismus zum kirchlichen Kampfinstrumente, was umgekehrt wieder dazu führe, daß das Centrum außer aus politischen auch aus kirchlichen Gründen polonisch sei.

Gelegentlich einer Aeußerung über das Bernhardi'sche Memoirenwerk kam der Fürst auf die Hetze gegen die „Junker“ zu sprechen, die jetzt wieder schlimmer als je von den fortschrittlichen und demokratischen Blättern betrieben werde. Der alte Kanzler wies nach, von welchen irrthümlichen Voraussetzungen und Annahmen die Zeitungen dabei ausgingen:

> Die „reactionären Elemente“ der Vergangenheit, gegen die sich ihr Zorn richte, seien gar keine „Junker“ gewesen, sondern Streber, Fractionschefs und solche, die es werden wollten, Beamte, hohe Militairs u. s. w. Es sei eine Ungerechtigkeit, den landwirthschaftlichen „Junker“ dafür verantwortlich zu machen, was in jener Periode geschehen sei. Ebenso wenig berechtigt wären die jetzigen Anklagen gegen sie. Daß es bei den Conservativen noch jetzt mehr Streber gäbe, als bei den anderen Fractionen, sei zutreffend aber erklärlich, weil sie dem Hofe näher ständen. Er habe dieses conservative Streberthum am eigenen Leibe bei seiner Verabschiedung erfahren. Die schweigende und reservirte Haltung, welche die conservative Partei damals einnahm, habe doch nur auf der Hoffnung beruht, daß nun endlich doch jeder etwas werden oder für sich und seine Angehörigen etwas erreichen könne, was bis dahin zu erreichen nicht möglich gewesen sei. Mancher habe geglaubt,

daß er nun endlich den blauen Brief erhalten werde, der ihm seine Berufung ins Ministerium anzeige. Fünfundneunzig vom Hundert der conservativen Fraction seien an dieser Haltung unschuldig, aber die übrigen fünf v. H. Streber beherrschten die Fraction und verfolgten persönliches Interesse. Der ganze Ansturm, wie er jetzt in der demokratischen Presse gegen die „Junker" stattfinde, sei ebenso ungerechtfertigt, wie die von derselben Seite ausgehenden Angriffe auf die Landwirthschaft und die an derselben betheiligten Besitzer und Bauern. Junker und Bauern hätten heutzutage nur den einen Wunsch, die Landwirthschaft lebensfähig zu erhalten.

* * *

Unter der Ueberschrift „Herren — Heroen" bringt der „Hannov. Cour." folgende ergötzliche Zusammenstellung:

In unserer Ausgabe vom Montag Abend hatten wir darauf aufmerksam gemacht, daß der Reichskanzler am 12. März im Reichstage bei Berathung der Denkhallen-Vorlage gesagt hatte

nach dem Berichte der Zeitungen:

„neben ihm (Kaiser Wilhelm I.) und den Herren, die ihm zu Seite standen . . ."

nach einer Berichtigung in der „Nordd. Allg. Ztg.":

„neben ihm und den Heroen, die ihm zur Seite standen . . ."

nach der amtlichen Publication im „Reichs-Anzeiger":

„neben Ihm und denen, die Ihm zur Seite standen . . .". —

Jetzt ist nun das officielle Stenogramm des Reichstages erschienen, wo es wieder heißt:

„neben ihm und den Heroen, die ihm zur Seite standen . . ."

Die letzte Lesart muß man wohl als die vom Fürsten Hohenlohe endgültig genehmigte ansehen, und so wird der Reichskanzler denn wohl auch trotz des „Reichs-Anzeigers" gesagt haben.

* * *

Am 22 März, dem Tage, an dem der hundertste Geburtstag Kaiser Wilhelm's I. gefeiert wurde, gedachte man in allen Kreisen auch dankbar seines noch unter den Lebenden weilenden treuen Berathers. Zahllose Telegramme legten davon Zeugniß ab. Grüße der Großherzöge Karl Alexander von Sachsen-Weimar und Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin waren darunter. Auch die reichstreuen Parteien fehlten nicht. Wir nennen an erster Stelle das preußische Herrenhaus; auf dessen Grüße antwortete Fürst Bismarck an den Fürsten zu Wied:

Friedrichsruh, den 22. März 1897.

Ew. Durchlaucht bitte ich, den Herren Collegen im Herrenhause für die telegraphische Begrüßung, durch die ich mich hoch geehrt fühle, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

Auf die Begrüßung der conservativen Fraction des Abgeordnetenhauses ging vom Fürsten Bismarck folgende Antwort ein:

Herrn von Kröcher, Berlin, Abgeordnetenhaus.

Friedrichsruh, 22. März 1897,
Abends 11 Uhr 45 Min.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, den Herren Mitgliedern der conservativen Partei für die ehrenvolle Begrüßung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. v. Bismarck.

Auf das Telegramm, das anläßlich der Jahrhundertfeier von den im Westminster-Hotel mit ihren Damen vereinigten Mitgliedern der nationalliberalen Fractionen des Reichstags und Abgeordnetenhauses dem Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh übersandt wurde, ging an demselben Abend folgendes Antworttelegramm ein:

Herrn von Eynern, Berlin, Westminster-Hotel.

Ich bitte den Herren Mitgliedern Ihrer befreundeten Fraction und ihren Damen für Ihre ehrenvolle Begrüßung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. v. Bismarck.

* * *

Am 24. März enthalten die „Hamb. Nachr." (M.-A.) folgende Danksagung des Fürsten Bismarck:

Friedrichsruh, den 23. März 1897.

Am 22. März habe ich in Anknüpfung an den Geburtstag des verewigten Kaisers aus allen Theilen Deutschlands so viele ehrenvolle Begrüßungen erhalten, daß ich leider nicht im Stande bin, eine jede einzeln zu beantworten. Ich bitte deshalb Alle, die meiner an diesem ruhmreichen Tage so wohlwollend gedacht haben, meinen herzlichen Dank freundlich entgegenzunehmen. v. Bismarck.

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 25. März (M.-A.) heißt es:

Zum 22. März sind dem Fürsten Bismarck über 1400 Telegramme mit ca. 45 000 Wörtern zugegangen; daneben ist eine große Zahl von Briefen in Friedrichsruh eingelaufen. Aus den poetischen Begrüßungen greifen wir folgende drei heraus:

(Aus Berlin.)

Was Du ihm warst, ihm war's bewußt,
Er trug es still in seiner Brust
Der alte Kaiser!
Geziert mit eignem Heldenthum,
Litt gern er Deinen Weltenruhm,
Ein Fürst, ein Weiser.

Käm' er vom Himmel heut herab,
Stieg' er empor aus seinem Grab,
Sein treues Auge
Es suchte Dich. —

* * *

(Aus Hannover.)

Er sprach das Wörtchen „Niemals",
Deß Fest wir heut begehn,
Das soll wie Flammenzeichen
In deutschen Herzen stehn.

Niemals soll Treue wanken,
Dem Reich nicht und dem Thron,
Niemals der Dank erkalten
Dir, Deutschlands größtem Sohn.

Mich dünkt, der Festesjubel,
Der Glocke tönend Wort,
Die ziehn, in Höhen schwellend,
Zum Sachsenwalde fort,

Umbrausen aus den Lüften
Des Kanzlers Hochgestalt:
Dort rauscht es aus den Eichen,
Es klingt aus Busch und Wald:
„Niemals!"

* * *

(Aus Bonn.)

Jetzt, wo Alldeutschland sich rüstet, den festlichen Tag zu begehen,
Welcher mit Wehmuth und Stolz, Trauer und Wonn' uns erfüllt,
Möchten Unzählige gern die treusten der Wünsche Dir senden,
Dir, der das Kaiserreich schuf, Ansehn und Ruhm uns gewann,
Laß drum gefallen Dir heute den Wunsch aus begeistertem Herzen:
Lang' noch erhalte Dich Gott, schütze Dich, Liebling des Volks.

* * *

In der A.-A. des 25. März schreiben die „Hamb. Nachr.":

Schwarz-Weiß-Roth. Die Verordnung Seiner Majestät des Kaisers und Königs über die allgemeine Anlegung der deutschen Cocarde in der Armee legt es nahe, sich der Entstehung und Bedeutung derselben zu erinnern.

Nach Herstellung des Norddeutschen Bundes und Beginn einer deutschen Marine, an der außer Preußen auch andere deutsche Staaten Antheil nahmen, war es ein Bedürfniß, für die Marine ebenso wie in der Landarmee eine Flagge herzustellen, deren Farben die Cocarde wiedergab. Das frühere deutsche Einheitszeichen aus der Zeit von 1848, Schwarz-Roth-Gold, war dazu nach der Art, wie diese Farben in revolutionärem Dienst der Armee gegenübergetreten waren, nicht verwendbar. Der Bundeskanzler erhielt daher den Auftrag, Vorschläge zu machen, und befürwortete bei Seiner Majestät dem Könige die jetzige Zusammenstellung, weil in derselben nicht nur das preußische Schwarz-weiß, sondern auch das Weiß-Roth der Hanseaten und Holsteiner, also der stärksten außerpreußischen Schiffszahl, vertreten war. Und in der That ergab es sich, daß diese Einfügung der heimischen Flagge in die Bundesflagge in den Hansestädten und in Holstein Beifall fand.

Dem Könige gegenüber machte der Bundeskanzler für diese Zusammenstellung noch das Motiv geltend, daß Weiß-Roth die alten brandenburgischen Farben seien, wie sie bis zur Zeit des Großen Kurfürsten geführt wurden, und diese Erwägung trug nicht wenig dazu bei, den König mit der Hinzufügung der rothen Farbe in die Flagge zu befreunden.

Seine Majestät pflegte auf Reisen, wo beide Flaggen decorativ gemischt waren, die schwarz-weiß-rothen und die schwarz-weißen, wenn die ersteren zu Gesicht kamen, wohl scherzweise dem Kanzler zu sagen: „Da haben Sie Ihre brandenburgischen Fahnen." Die Abneigung des Heeres gegen die schwarz-roth-goldenen Farben ist auf die schwarz-weiß-rothen niemals auch nur sporadisch übergegangen.

* * *

In einer Berliner Correspondenz der „Rheinisch-Westfäl. Ztg." lesen wir in Bezug auf den Fürsten Bismarck und die Centenarfeier:

„Schmerzlich wurde es namentlich in weiten Bevölkerungskreisen, selbst in politisch weit nach links stehenden, empfunden, daß in diesen Festtagen von oben her öffentlich nicht mit einer Silbe des Mannes gedacht worden ist, der die rechte Hand des ersten Hohenzollernkaisers gewesen ist, des Fürsten Bismarck. Ein Drogenhändler im Norden der Stadt hatte diesem weit verbreiteten Empfinden einen ebenso drastischen wie treffenden Ausdruck gegeben. Er hatte nämlich in sein Schaufenster eine Riesenbüste des Fürsten Bismarck gestellt und darunter das Sprüchwort gesetzt: ‚Undank ist der Lohn der Welt!' Er fand mit dieser Kundgebung vielfache Zustimmung und hatte damit augenscheinlich ins Schwarze getroffen."

* * *

In Bezug auf den Fürsten Bismarck heißt es in der „Deutschen Tages-Zeitung“:

„Ganz Deutschland schaute in diesen Tagen voll banger Sorge nach Friedrichsruh. Die Kunde von der Erkrankung des Fürsten hat überall schwere Sorge und tiefen Schmerz erregt. Um so größer war die Freude, als es sich bald herausstellte, daß es sich zwar um eine bedauerliche und schmerzhafte Erkrankung — Gott sei Dank aber nicht um einen bedenklichen Fall handelte. Wir erfahren aus guter Quelle, daß das Befinden des Fürsten zwar noch immer zu wünschen übrig läßt, daß aber zu Besorgnissen irgend welcher Art nicht der geringste Grund vorliegt. Daß Professor Schweninger möglichst auf Schonung dringt, ist selbstverständlich, und das danken wir ihm herzlich. Ueber die Ursache der Erkrankung wird uns mitgetheilt, daß nicht nur die Erkältung, sondern auch die recht begreifliche seelische Aufregung, in der der Fürst in der Zeit des Gedenktages sich befunden habe, die nervöse Stimmung veranlaßt habe. Hoffen wir, daß die Genesung schnell und dauernd sei! Ganz Deutschland sendet nach dem Sachsenwalde die Grüße herzlichster Theilnahme und fürbittende Wünsche.“

* *
*

In einem Artikel der „Augsburger Neuesten Nachrichten“ wird anläßlich der Ignorirung des Fürsten Bismarck bei der Centenarfeier ausgeführt:

„Es liegt Gefahr vor, daß von der nationalen Wilhelmsfeier, die in Berlin freilich mehr ein höfisches Prunkfest geworden ist, als vorherrschende Nachwirkung ein bitterer Nachgeschmack übrig bleibt — und zwar gerade in den besten Kreisen des deutschen Volkes. Ein reicher Gnadensegen ist niedergegangen auf Gerechte und Ungerechte — aber von einem Gnadenbeweis für den Gerechtesten und Aufrechtesten ist bislang nichts bekannt geworden. Daß der Aufrechte auch stets ein Aufrichtiger war, das ist heutigen Tages freilich ein Verbrechen, für welches es keine Gnade giebt. Außerdem hat er die Kühnheit gehabt, in der ruhmreichen Geschichte Wilhelm's I. die Rolle des Führers, des Schöpfers zu spielen, eine Rolle, welche die höfische Historiographie ihm aus eigener Machtvollkommenheit abnimmt, um sie seinem alten Herrn, sehr wider dessen eigene Meinung, zuzuweisen. Einen solchen Usurpator der nur den Königen vorbehaltenen Größe kann man heute in der Aera der suprema lex und der infima servilitas nicht brauchen. Daß er seine Riesenkraft im Dienste seines Königs, seines Vaterlandes verzehrte, ist gar nichts gegenüber seiner Sünde, der officiellen, in den letzten Jahren systematisch ausgebildeten Legende im Wege zu stehen. Was will der Handlanger da! Man ignorire ihn ‚von oben‘, und er wird nicht mehr sein. Die voluntas regis — nicht sein Genie — hat ihn ja zu dem erhoben, was er war und ist, sie kann ihn auch zu nichte machen.

„Leider stimmt das nicht: das Genie ist unüberwindlich; denn es hat, wenn auch nicht die höfische Historiographie, so doch die Weltgeschichte hinter sich. Zwar giebt es in gewissen Regionen heute eine Meinung, und sie spricht gerade aus den hier besprochenen und einigen anderen Vorgängen, daß die Könige auch die Weltgeschichte commandiren können. Aber Jedermann — außer jenen Regionen — weiß, daß sie das nicht können. Sie stehen nicht über der Weltgeschichte, sondern in ihr und unter ihr — denn sie ist das Weltgericht. Sie wird auch über die bismarcklose Enthüllungsfeier des bismarcklosen ‚National‘- und Wilhelm's-Denkmals, das dem innersten Grunde nach weder das Denkmal Wilhelm's, noch der Nation ist, ehernen Fußes hinwegschreiten und den Namen Otto von Bismarck gegen alle höfische Verfälschung stabilisiren wie einen rocher de bronce; und das deutsche Volk wird ihr Recht geben und unbeirrt nach wie vor seine treu begeisterte Huldigung darbringen, wie Wilhelm dem Dankbaren, so Otto dem Großen. Das wird sich am 1. April wieder zeigen. Das bittere Wort: ‚Dank vom Hause Habsburg‘ ist längst außer Cours. Möge die Weltgeschichte nicht ein anderes an seine Stelle setzen.“

* * *

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ schreibt „unsern Freisinnigen“ Folgendes „ins Stammbuch“:

„Der Erlaß weiland Seiner Majestät des Kaisers Friedrich vom 12. März 1888 lautet im Eingange:

‚Mein lieber Fürst! (Bismarck.)

‚Bei dem Antritt Meiner Regierung ist es Mir ein Bedürfniß, Mich an Sie, den langjährigen, vielbewährten ersten Diener Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters zu wenden. Sie sind der treue und muthvolle Rathgeber gewesen, der den Zielen Seiner Politik die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat.

‚Ihnen bin ich und bleibt Mein Haus zu warmem Dank verpflichtet.

‚Sie haben daher ein Recht, vor allem zu wissen, welches die Gesichtspunkte sind, die für die Haltung Meiner Regierung maßgebend sein sollen.‘“

„Unsere Freisinnigen haben den Kaiser Friedrich wiederholt als den Ihrigen reclamirt. Sie scheinen aber die hohe Anerkennung, welche dieser Kaiser dem ersten Reichskanzler zollte, schnell vergessen zu haben, da sie letzterem nicht lange nachher die bescheidene Ehrung, welche der damalige Präsident des Reichstags zu dessen 80. Geburtstage in Vorschlag brachte, ablehnten. Wir werden noch recht oft Gelegenheit haben, die Herren an diese patriotische That zu erinnern. Aus demselben Erlasse vom 12. März lassen wir noch die nachstehenden Sätze folgen:

‚Nur ein auf der gesunden Grundlage von Gottesfurcht in einfacher Sitte aufwachsendes Geschlecht wird hinreichend Widerstandskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche in einer Zeit rascher wirthschaftlicher Bewegung durch die Beispiele hochgesteigerter Lebensführung Einzelner für die Gesammtheit erwachsen. Es ist Mein Wille, daß keine Gelegenheit versäumt werde, in dem öffentlichen Dienste dahin einzuwirken, daß der Versuchung zu unverhältnißmäßigem Aufwande entgegengetreten werde.‘“

* * *

Am 31. März sandte Fürst Bismarck einen herzlichen telegraphischen Glückwunsch zum Geburtstage an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe.

* * *

Wie erinnerlich, hatte die Landesregierung des Fürstenthums Reuß ä. L. auch bei der Hundertjahrfeier für Kaiser Wilhelm I. wieder ihren besonderen Standpunkt eingenommen, d. h. sie hatte sich nicht daran betheiligt. Wohl aber unterstand sich ein Regierungsassessor, die Einziehung einer preußischen Fahne anzuordnen. Erst in Folge energischen Druckes von auswärts wurde dieser Mißgriff geahndet.

Da brachte nun unter der Ueberschrift „Wie Bismarck mit Reuß ä. L. fertig wurde“ die „Rhein.-Westf. Ztg.“ folgenden sehr beachtenswerthen Artikel:

„Nachdem die polizeiliche Entfernung einer preußischen Fahne in Greiz bei der jüngsten Hundertjahrfeier Sonnabend auch das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigt hat, das allerdings vorläufig über die Angelegenheit lachend zur Tagesordnung übergegangen ist, darf daran erinnert werden, daß in denselben Räumen schon einmal ein ungebührliches Vorgehen der Regierung von Reuß ä. L. verhandelt worden ist. In der Sitzung des Norddeutschen Reichstags vom 24. März 1870 stand der Entwurf betreffs Ausgabe von Banknoten zur Berathung, wonach die Befugniß zur Ausgabe von Banknoten nur durch ein besonderes Bundesgesetz erworben werden sollte. Um der Wirkung dieses Gesetzes zuvorzukommen, hatte die reußische Regierung in Greiz eine Bank mit dem Vorrecht der Notenausgabe bis zu zwei Millionen Thalern schleunigst concessionirt. Im Reichstag unterlag dieser Vorgang einer stark abfälligen Kritik. Von einer Seite wurde sogar der Antrag gestellt, den Bundeskanzler aufzufordern, die reußische Regierung zur Zurücknahme jener Concession zu veranlassen bezw. den Umlauf der betreffenden Noten bei Strafe zu verbieten. Abg. Miquel erklärte es für praktisch, wenn der Bundesrath den verbündeten Regierungen die Frage vorlegte: Wollt ihr euch verpflichten, in den Fällen, wo dem Bundesrath ein Entwurf vorliegt, bis zur Erledigung dieses Gesetzes eurerseits wenigstens keine entgegengesetzte Maßregel vorzunehmen?

„Graf Bismarck entgegnete darauf: ‚Ich glaube nicht, daß eine derartige Aufforderung eine stärkere Wirkung haben könnte als diejenige Aufforderung, die an sich in dem Sachverhältniß liegt, dergleichen zu unterlassen. Es kann im Ganzen nicht vorausgesetzt werden, daß einzelne verbündete Regierungen diejenige amtliche Kenntniß, die sie von den Verhandlungen im Bundesrath haben, dazu benutzen, um in der Zwischenzeit, bevor das Gesetz im Kraft tritt, noch Handlungen zu vollziehen, welche den Intentionen des berathenen Gesetzes zuwiderlaufen. Es kann das ebensowenig von den verbündeten Regierungen erwartet werden, wie es in dem Privatleben eines Beamten zu erwarten steht. Ich bin deshalb überzeugt, daß der vorliegende Fall in Zukunft isolirt bleiben wird, und das Einzige, was ich persönlich glauben würde, dagegen thun zu können, wäre, der fürstlich reußischen Regierung zu schreiben, daß die Berathung Sr. Durchlaucht des Fürsten für die Zukunft so eingerichtet werden möchte, daß die übrigen verbündeten Regierungen das durch dieses Verfahren gestörte Vertrauen zur fürstlichen Regierung wieder gewinnen können.‘

„Dieser nach Greiz gerichtete kalte Wasserstrahl wirkte schnell und sicher. Die reußische Regierung beeilte sich, bevor dieses Schreiben noch aufgesetzt sein konnte, nach Berlin zu melden, daß sie die erwähnte Concession zurückgenommen habe, und die geplante Trutz-Bank in Greiz ist niemals in Wirksamkeit getreten. Es würde sich vielleicht empfehlen, wenn über die neuesten Vorgänge im Fürstenthum Reuß ä. L., sei es im preußischen Abgeordnetenhause, sei es im deutschen Reichstage von dem jetzigen leitenden Staatsmanne eine ebenso kräftige, wie durchaus correcte Sprache geführt würde. ‚Se. Durchlaucht‘ würden sich dann wahrscheinlich beeilen, seine schlechten ‚Berather‘ preiszugeben und die erforderlichen Entschuldigungen bei der preußischen Regierung anzubringen, ohne daß diese nöthig hätte, sich durch Anwendung von Drohungen oder gar Zwangsmaßregeln in dem kleinsten deutschen Einzelstaat einen unbequemen Märtyrer zu schaffen. Im Uebrigen kann man der reußischen Regierung jedes kindliche Vergnügen auch weiter lassen, wie beispielsweise die Decorirung des privilegirten Preußenhassers Dr. Sigl mit der für ihn so besonders geeigneten Medaille für Kunst und Wissenschaft. Weiß man doch in diesem Falle, um mit dem Abgeordneten Dr. Lieber zu sprechen, wirklich nicht, wer der ‚blamirteste Europäer‘ ist.“

* * *

Zum Geburtstage des Fürsten Bismarck bringen die „Hamb. Nachr.“ folgenden Artikel:

Dem Fürsten Bismarck. Fürst Bismarck tritt heute in sein 83. Lebensjahr ein. Leider gestattet sein Befinden nicht, wie in früheren Jahren, die Begrüßungen persönlich entgegen zu nehmen, die ihm an seinem Geburtstage

in Friedrichsruh dargebracht zu werden pflegen. Glücklicherweise ist zu hoffen, daß die fortschreitende Genesung und der Eintritt der wärmeren Jahreszeit die baldige Nachholung der verschiedenen Kundgebungen der Liebe, der Dankbarkeit und der Verehrung ermöglichen, die dem Altreichskanzler auch diesmal in reichem Maße zugedacht waren.

Aber wenn es auch heute still bleibt im Sachsenwalde, um so lauter ertönt die Stimme des deutschen Volkes. Was sein Herz bewegt, wenn es den Blick auf die historische Gestalt des eisernen Kanzlers richtet, das gelangt an jedem ersten April zum mächtigen Ausdruck. Der 70ste wie der 80ste Geburtstag gestalteten sich zu nationalen Feiern, wie sie selten oder noch nie einem großen Staatsmanne von seinen Landsleuten gewidmet worden sind. Auch der diesmalige Geburtstag versetzt das deutsche Volksgemüth in tiefgehende Erregung, wenn auch die äußeren Umstände festliche Veranstaltungen ausschließen. Die Feier des achtzigsten Geburtstages des Altreichskanzlers bildete gleichsam die Einleitung zu den großartigen Erinnerungstagen, die das deutsche Volk 1895 zu Ehren der weltgeschichtlichen Thaten festlich beging, die vor einem viertel Jahrhundert von den deutschen Heeren in Ausführung der Bismarck'schen Politik auf den Schlachtfeldern Frankreichs verrichtet wurden. Diesmal erfahren die Huldigungen, die dem Fürsten Bismarck zu seinem Geburtstage von überall her, wo im Inlande oder Auslande deutsche, national gesinnte Männer wohnen, dargebracht werden, dadurch eine Steigerung ihrer Bedeutung, daß sie gleichsam den Abschluß und eine werthvolle Ergänzung der Gedächtnißfeier enthalten, die das deutsche Volk dem dahingeschiedenen kaiserlichen Herrn und Freunde seines großen Kanzlers bereitet hat.

Mit höchster Sorgfalt wurde bei allen officiellen Kundgebungen der Hundertjahrfeier die Nennung auch nur des Namens Desjenigen vermieden, der die treibende und schaffende Kraft aller der großen weltgeschichtlichen Ereignisse war, die sich unter unserm alten kaiserlichen Herrn vollzogen. Desto unwiderstehlicher regte sich bei allen ehrlichen Deutschen das Bedürfniß, Zeugniß abzulegen für die historische Wahrheit und für den Mann, ohne dessen mächtiges Eingreifen in die Weltgeschichte wir weder ein geeintes und starkes deutsches Vaterland, noch einen Kaiser hätten, sondern wahrscheinlich nur ein verkümmertes Preußen mit schwacher Monarchie inmitten der alten deutsch-österreichischen Bundesmisere, ein Preußen, dessen Stimme im Rathe der europäischen Völker kaum ins Gewicht fiele und das den rechten Zeitpunkt zur Erfüllung seiner deutschen Mission verfehlt hätte. Das deutsche Volk hat in der Art und Weise, wie Fürst Bismarck bei der Centenarfeier ignorirt worden ist, den Versuch erblickt, den Schöpfer des Deutschen Reiches von der Stellung, die er in der Geschichte, dem deutschen Volke zum Heile, sich selbst aber zum unvergänglichen Ruhme, errungen hat, zu verdrängen. Schon bei

zahlreichen festlichen Veranstaltungen zur Centenarfeier und in allen Gegenden des Deutschen Reiches ist es zu mehr oder minder deutlichen öffentlichen Zurückweisungen dieses Versuches gekommen. Der heutige Geburtstag des Fürsten Bismarck bietet Gelegenheit, diejenigen Gefühle, die am 22. März in Folge der für das Fest erlassenen Vorschriften leider unterdrückt werden mußten, in Wort und Schrift voll und frei ausströmen zu lassen. Waren schon am 22. März Tausende von telegraphischen und brieflichen Begrüßungen und Huldigungen für den eigentlichen Baumeister des Deutschen Reiches in Friedrichsruh eingetroffen, so dürfte der heutige Tag dieselben in einem Maaße vermehren, das die beste Antwort auf die Frage bieten wird, die dem deutschen Volke neuerdings wiederholt in Bezug auf den Fürsten Bismarck gestellt worden ist. Tausende und aber Tausende von ehrlichen deutschen Patrioten werden es sich nicht nehmen lassen, aus den weiten Kreisen ihrer Gesinnungsgenossen heraus heute dem Fürsten Bismarck zu geben, was des Fürsten Bismarck ist, und dies, unbekümmert um alle höfische Historiographie, öffentlich zu bekunden. Aus Millionen treuer deutscher Herzen wird heute die Bitte zum Lenker aller Schicksale emporsteigen, dem deutschen Volke seinen Bismarck zu erhalten, so lange es mit den Gesetzen irdischer Vergänglichkeit nur vereinbar ist.

Der alte Kanzler aber wird in diesen Kundgebungen des deutschen Volkes den schönsten Lohn dafür finden, was er in sorgenvollen, entscheidungsschweren Tagen, in harten Kämpfen für die Erhebung desselben zur Einigkeit, Größe, Macht und Wohlfahrt gethan hat. Wohl findet er, wie jeder wahrhaft große Mann, seine Befriedigung im eigenen innern Bewußtsein; aber das schließt nicht aus, daß es versöhnend und befreiend auf sein Gemüth einwirkt, wenn er wiederum sieht und empfindet, mit welcher Liebe und Verehrung das deutsche Volk zu ihm hält und wie es sich durch Nichts darin irre machen läßt. Hoffentlich trägt diese Wahrnehmung an seinem heutigen Geburtstage das Ihre dazu bei, den Fürsten recht bald seinen früheren gesundheitlichen Zustand wiedererlangen zu lassen, allen guten Deutschen zur herzlichsten Freude, dem deutschen Vaterlande zum Nutzen und Segen. Quod deus bene vertat!

* * *

Ueber den Verlauf des Tages berichten die „Hamb. Nachr." am 2. April (M.-A.):

Fürst Bismarck verließ kurz nach sechs Uhr seine Privatgemächer und begab sich direct in die Zimmer des Erdgeschosses, in denen die Geburtstagsgeschenke aller Art aufgestellt waren. Er trug bequeme schwarze Civilkleidung und weiße Halsbinde. Der Fürst behielt den Schlapphut auf dem Kopfe, um sich vor der aus den offenen Zimmerthüren hereindringenden Zugluft zu bewahren, und stützte sich auf einen derben Stock. Seine Haltung war

aufrecht, wie früher, und hat durch die letzte Erkrankung nicht im Geringsten etwas von ihrer bisherigen Gradheit eingebüßt. Der Fürst ließ sich an der einen Langseite des Hauptgeburtstagstisches im ersten Parterrezimmer nieder und ließ sich das eine und andere Geschenk zur näheren Besichtigung von seinem Sohne Herbert reichen. Zunächst interessirten ihn hauptsächlich die Elisabeth Reuter'schen Aquarelle von Kniephof und Naugard. Der Fürst prüfte jeden Baum und Strauch auf dem Bilde und hielt mit kritischen Bemerkungen nicht zurück, wo ihm die Phantasie der Malerin auf Kosten der Wirklichkeit zu sehr gewaltet zu haben schien. Dann prüfte er besonders eingehend die vielen Handarbeiten, die zarte Frauenhand für ihn gefertigt hat. Darauf fiel sein Blick auf die Menge der Eier aller Art; sein Kammerdiener Pinnow schlug dem Fürsten ein Ei ins Trinkglas, und während der Fürst das rohe Ei mit Behagen hinunterschlürfte, trugen ihm sein Sohn und Geheimrath Schweninger neue Geschenke zu. Der Fürst, gut aufgelegt, hatte für jeden Gegenstand ein paar Worte, die sein lebhaftes Interesse bezeugten, und als ihm Graf Herbert aus dem Nebenzimmer ein paar große Salzfässer holte, mit dem Bemerken, daß es Geschenke seiner Schwiegertochter Marguerite seien, erging sich der Fürst in behaglichem Vortrag über die Nützlichkeit solcher geräumigen Behälter, die ihren Inhalt nicht gleich auf's Tischtuch verschütteten, wie die „modernen Dinger", die überlaufen, sobald man nur mit einem Messer oder sonstigen Gegenstand hineinlangt. Dann schlug Geheimrath Schweninger einen Besuch des Nebenzimmers vor.

„Was ist denn da los?" fragte der Fürst.

„Na da sind die Geschenke der Kinder."

„Der Kinder? Was für Kinder?"

„Nun, der Gräfin Rantzau zum Beispiel."

„Ach so, die Sorte," meinte der Fürst, „ich dachte etwa singende Kinder —"

„Currende?" ergänzte Schweninger.

Bald darauf sagte der Fürst: „Na, nun will ich zu den sogenannten Kindern gehen," und erhob sich, um in das anstoßende Gemach zu wandern, wo die Geschenke der Familienmitglieder aufgestellt waren. Nachdem er auch hier Alles mit eingehendem Interesse geprüft hatte und sich mittlerweile die ganze Familie Bismarck-Rantzau in Festtags-Gewändern um das Oberhaupt geschaart hatte, begab man sich in den Speisesaal, wo im engsten Familienkreise das Mittagsmahl in fröhlichster Stimmung eingenommen wurde. Den Trinkspruch auf den Jubilar hielt Graf Herbert. Die Festtafel trug als einzigen Schmuck die Kaiserkrone aus Kornblumen, die von einem Altonaer Ehepaar gespendet worden ist. Nach der Tafel verweilte der Fürst noch längere Zeit im Wohnzimmer neben dem Speisesaal, die eingelaufenen Telegramme und Glückwunschschreiben durchsehend.

* * *

Am nächsten Tage konnte das Blatt in einem Privat-Telegramm melden: Dem Fürsten ist der gestrige Tag sehr gut bekommen. Die Nachtruhe war vortrefflich; Professor Schweninger ist Nachts nach Berlin abgereist, derselbe kehrt heute Abend zurück.

* * *

Im Einzelnen sei noch Folgendes erwähnt:

Geheimrat Professor Dr. Schweninger hat dem Fürsten wieder die gewohnte Gabe Morgens ans Bett gebracht, als er vor drei Tagen hier wieder eintraf, um der Gesundheit des Fürsten ein aufmerksamer Wächter zu sein. Sie besteht, wie immer, aus einem Kistchen mit Kräheneiern und einer Portion frischer Hopfenkeime, die einen äußerst feinen und von Kennern hochgeschätzten Salat abgeben. Außerdem spendete Professor Schweninger als guter Bayer fünf Fäßchen des köstlichen Salvatorbräus.

Die Getreuen von Jever ließen ihre diesjährige Sendung von 101 Kibitzeiern von folgendem Vers begleiten:

De Welt ward old, de Tied vergeiht,
Dankbarkeit aver un Trö besteiht,
So schickt veel Glückwunsch mit Hart un Hand
Ok hüt'
De Getreuen van Jeverland.

Das Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller hat folgenden telegraphischen Glückwunsch an den Fürsten Bismarck gerichtet:

„Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck, Friedrichsruh!

Das heute hier zu einer Sitzung vereinigte Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller giebt sich die Ehre, Euer Durchlaucht in unveränderter Treue und Anhänglichkeit seine aufrichtigen und wärmsten Glückwünsche zum 82. Geburtstage darzubringen. Wir bitten Euer Durchlaucht, die erneute Versicherung von uns entgegenzunehmen, daß der von uns vertretene, weitaus größte und bedeutendste Theil der deutschen Industriellen nie vergessen wird, was Euer Durchlaucht für unser theures Vaterland und für die deutsche Industrie gethan, und daher auch niemals aufhören wird, in Verehrung und Liebe Euer Durchlaucht dankbar zu sein.

Das Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller.
Jencke, stellvertr. Vorsitzender. Bueck, Geschäftsführer.

Der von der nationalliberalen Fraction des Reichstags dem Fürsten Bismarck zu seinem Geburtstag übersandte telegraphische Glückwunsch lautete wir folgt:

Seiner Durchlaucht Fürst Bismarck, Friedrichsruh!

Im Jahre der Säcularfeier für den ersten deutschen Kaiser bringen wir tiefbewegt seinem ersten und einzigen Reichskanzler zum heutigen Geburtstage in unwandelbarer Dankbarkeit und Verehrung unsere herzlichsten Glückwünsche dar.

Die nationalliberale Fraction des Reichstages.
Dr. R. von Bennigsen. Dr. Hammacher.
Dr. von Marquardsen. Dr. von Cuny.

Bei dem Oberpräsidenten von Bennigsen ging darauf nachstehendes Antworttelegramm des Fürsten Bismarck ein:

Eure Excellenz bitte ich, den Herren Mitgliedern der nationalliberalen Partei, die mich durch ihren Glückwunsch erfreut haben, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

In der Philharmonie in Berlin fand am Abend des 1. April ein Bismarckcommers statt, der einen glänzenden Verlauf nahm. An den Fürsten Bismarck wurde dabei folgendes Telegramm gesandt:

„Fürst Bismarck, Friedrichsruh.

Ueber 2000 deutsche Männer und Frauen, heute zur Feier von Euer Durchlaucht zweiundachtzigstem Geburtstag in der Philharmonie vereinigt, entbieten Euer Durchlaucht aufrichtigste Glückwünsche, ehrerbietige Huldigung und die Versicherung unwandelbarer Dankbarkeit. Möge Gott der Allmächtige, der durch Euer Durchlaucht Kraft so wunderbar des deutschen Volkes Geschicke gestaltet hat, Euer Durchlaucht Leben und Gesundheit noch lange Jahre erhalten zur großen Freude aller Freunde des Vaterlandes, zum wahren Heile des gesammten deutschen Volkes."

* * *

Natürlich feierte auch die ganze nationale Presse den Tag mit begeisterten Kundgebungen für den Fürsten Bismarck. Es würde zu weit führen, Proben davon zu geben, auch der Willkür zu viel Spielraum dabei gelassen werden.

* * *

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" haben am 1. April eine Scherznummer erscheinen lassen, worin wir unter Anderem einen Bericht über eine Reichstagssitzung „vom 32. März, Mittags 1 Uhr", finden; wir entnehmen daraus Folgendes:

Um $1^1/_2$ Uhr eröffnet Präsident von Buol die Sitzung. Am Bundesrathstisch Fürst Hohenlohe, von Boetticher, von Marschall und zahlreiche Commissare.

Die Interpellation lautet: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben 1. ob ein Mann, Namens Bismarck, angeblich Handlanger, in der Zeit von 1847—1890 in Berlin oder einer anderen Stadt polizeilich gemeldet war? 2. Im Falle dies bejaht wird: ob die in den „Hamb. Nachr." gebrachte Enthüllung, daß besagter Bismarck sich Verdienste um Deutschland erwarb, auf Wahrheit beruht? 3. Welche Mittel gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um solchen und ähnlichen, das Ansehen des neuesten Courses schädigenden Indiscretionen vorzubeugen?

Der Reichskanzler erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Graf Hompesch begründet kurz die Interpellation und weist auf die im Volke entstandene Beunruhigung hin.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Eingehende Erwägungen, welche im Schooße des Staatsministeriums seit längerer Zeit stattfanden, haben dazu geführt, das Dasein eines gewissen Bismarck festzustellen (Hört, hört! Unruhe). Doch ist polizeilich festgestellt worden, daß der mehrfach erwähnte Mann am 22. März nicht in Berlin anwesend war. (Leider! rechts. Bravo! in der Mitte und links.) Ich bin aber leider nicht in der Lage, dem hohen Hause eine erschöpfende Darstellung über die Thätigkeit dieses Mannes zu geben, und muß es dem Herrn Staatssecretair des Auswärtigen überlassen, das zu sagen, was in diesem Falle gesagt werden kann. Jedoch kann ich nach sorgfältiger Prüfung des vorhandenen Materials dem hohen Hause die Versicherung geben, daß irgendwelche Gründe zu einer Beunruhigung nicht vorhanden sind.

Staatssecretair Freiherr von Marschall: Ich bitte von mir keine Enthüllungen zu erwarten. Ich befinde mich in einer außerordentlich schwierigen Lage. Es giebt bekanntlich im politischen Leben Dinge, die den Charakter des Staatsgeheimnisses tragen und daher in ihrer Behandlung außerordentliche Discretion verlangen. (Sehr gut!) Zu diesen gehört der Gegenstand, auf welchen sich die Interpellation bezieht. Es soll nicht abgeleugnet werden, daß thatsächlich ein gewisser Bismarck existirt hat und vielleicht noch existirt. Es wirft jedoch kein sonderliches Licht auf den Betreffenden, daß er, trotzdem er einer nicht unbemittelten Familie entstammt, es auf der Stufenleiter der socialen Erfolge nur bis zum Handlanger gebracht hat. (Hört, hört!) Es ist in den letzten Jahren durchaus maßgeblich und wiederholt festgestellt worden, wem das Verdienst an der Einigung Deutschlands zukommt. Es ist mir aber nicht erinnerlich, daß hierbei der Name Bismarck genannt wurde. Wenn ein Hamburger Blatt eine gegentheilige Behauptung aufstellt, so muß ich dies mit voller Entschiedenheit als unbegründet zurückweisen. (Händeklatschen links und im Centrum, wiederholtes Zischen rechts und bei den Nationalliberalen.) Wem in Wahrheit das größte Verdienst um Deutschland zukommt, das auszusprechen verbietet mir eine gewiß nur zu billigende Zurückhaltung. (Bravo bei den Socialdemokraten.) Ich kann aber nicht umhin zu gestehen, daß die in diesen Enthüllungen enthaltene Anklage uns an der verwundbarsten Stelle trifft. (Sehr richtig! seitens des Herrn von Boetticher.) Seit 25 Jahren taucht das Gerücht immer wieder auf; wenn aber solche Gerüchte so stark werden, daß angesehene Personen, die in hohen, verantwortlichen Staatsstellen sich befinden, in ihrem

staatsmännischen Rufe leiden müssen, so bleibt mir kein anderer Ausweg als die Flucht in die Oeffentlichkeit! (Tobender Beifall bei den Welfen, Polen, Socialdemokraten.) Und nun, meine Herren, möchte ich Ihnen noch eins zu bedenken geben (Beifall): Am 22. März, am hundertsten Geburtstage des hochseligen Kaisers, war am Schloßplatze in Berlin alles versammelt, was an der Begründung des Reiches betheiligt gewesen ist. War denn der in dem Hamburger Blatte so provocirend erwähnte Bismarck da? Nein, er war nicht da! (Bravo links, Bewegung rechts.)

Es wird in eine Besprechung der Interpellation eingetreten. Im weiteren wird nun Dr. Lieber's hochtrabende und zugleich hohle Redeweise sehr hübsch persiflirt; dann ergreift Bebel das Wort wie folgt: Auch wir stehen wieder durchaus auf dem Standpunkte des Herrn von Marschall. Ich denke, damit ist Bismarck abgethan und es entspricht nicht unserer Würde, die kostbare Zeit des hohen Hauses zu verbrauchen mit Erörterungen über einen Mann, der als Depeschenfälscher ins Zuchthaus gehört. (Präsident lächelt dem Redner wohlwollend zu.)

Es sprechen dann noch Eugen Richter, ein Welfe und ein Pole, schließlich als letzter Redner Liebknecht: „Die Herren thun, als ob sie nicht wüßten, wer Bismarck ist. Ich bin im Stande, dank der ausgezeichneten Verbindungen unserer Partei, zu sagen, wer dieser Bismarck ist. (Hört, hört!) Es ist der größte Verbrecher des Jahrhunderts, der Säcularverbrecher, ein Mann, an dessen Spuren Ströme Blutes haften. Schon vor 50 Jahren sagte Beckerath von ihm, er sei der verlorene Sohn Deutschlands. Er ist mehr als das. Und die heutige Versammlung hat durch ihre Einstimmigkeit das Urtheil ausgesprochen: Er ist gerichtet."

Stimme des Weltgerichts von oben: Der Reichstag ist gerichtet!

(Präsident von Buol ruft die Stimme von oben zur Ordnung.) Schluß der Sitzung ½5 Uhr.

* * *

In der Sitzung vom 20. März hatte das Herrenhaus seinem Präsidenten Fürsten zu Wied einstimmig die Ermächtigung ertheilt, zum Geburtstage des Fürsten Bismarck die Glückwünsche des Hauses darzubringen. In Ausführung dieses Beschlusses hatte der Präsident dem Altreichskanzler die Empfindungen des Hauses übermittelt. Hierauf ging folgende Antwort ein:

Friedrichsruh, 5. April 1897.

Ew. Durchlaucht bitte ich, den Herren Mitgliedern des Herrenhauses für die große Ehre, die mir das hohe Haus durch seinen Glückwunsch zum Geburtstag erwiesen hat, meinen verbindlichen Dank auszusprechen. Mit der Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich Ew. Durchlaucht ergebenster Diener.

v. Bismarck.

* * *

Auf die von Oberbürgermeister Becker in Köln am 1. April an den Fürsten Bismarck gerichtete und mit einer Blumenspende begleitete Glückwunsch-Adresse ging folgende Antwort ein:

Friedrichsruh, den 5. April 1897.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, der Stadt Köln für den Glückwunsch, durch den ich zu meinem Geburtstage erfreut worden bin, meinen verbindlichsten Dank und meine guten Wünsche für das Wohl meiner Herren Mitbürger auszusprechen.

v. Bismarck.

* * *

An demselben Tage dankte Fürst Bismarck dem Bürgermeister Dr. Versmann in Hamburg mit folgenden Zeilen:

Friedrichsruh, den 5. April 1897.

Ew. Magnificenz bitte ich, dem Hohen Senat für seinen ehrenvollen Glückwunsch zu meinem Geburtstage meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Der schmeichelhafte Inhalt dieser Kundgebung hat meinem Herzen besonders wohlgethan, und ich bitte Ew. Magnificenz, versichert zu sein, daß meine Empfindungen von den wärmsten Gefühlen für den Hohen Senat und für die Bürgerschaft der großen Nachbarstadt erfüllt sind.

v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 5. April (A.-A.) an erster Stelle folgende Erklärung:

Vom officiösen Wolff'schen Bureau ist dieser Tage folgende Nachricht an die Zeitungen gegeben worden:

„Unter den zahlreichen Glückwunschtelegrammen, welche dem Fürsten Bismarck aus Anlaß seines Geburtstages zugegangen sind, befindet sich auch ein solches Sr. Majestät des Kaisers, welches in sehr herzlichen Ausdrücken abgefaßt ist."

Wir haben aus den Aeußerungen, welche die officiöse Presse an diese Mittheilungen knüpfte, Anlaß genommen, uns in Friedrichsruh über die Richtigkeit der Meldung zu erkundigen, und erfahren, daß ein solches Telegramm dort nicht eingetroffen ist.

* * *

Den „Hamb. Nachr." vom 6. April (A.-A.) entnehmen wir Folgendes:

Das in einer Depesche unseres gestrigen Abendblattes erwähnte Schreiben, welches der Regent des Fürstenthumes Reuß j. L. in Sachen der bekannten Fahnenangelegenheit in Greiz an den Stadtrath in Gera

gerichtet hat, lautet nach einem uns zugehenden Fahnenabzuge der „Fürstl. Reuß-Geraer-Ztg.“:

„Wie ich bereits bisher das unpatriotische und antinationale Gebahren der Regierung zu Greiz auf das Entschiedenste verurtheilt und als eine Herabwürdigung unseres guten uralten reußischen Namens auf das Schmerzlichste empfunden habe — da ich sowohl wie alle Mitglieder des Reußischen (jüngerer Linie) Hauses in deutsch-nationaler Gesinnung von niemand übertroffen werden —, so erkläre ich die neueste Fahnenaffaire, Entfernung einer preußischen Fahne in Greiz am 22. März, für eine Infamie und eine unerhörte Beleidigung des hervorragendsten deutschen Bundesstaates, durch welche auch ich selbst als Deutscher, als Träger des reußischen Namens und als preußischer Officier auf das Empfindlichste getroffen und verletzt worden bin.

Heinrich XXVII.
Erbprinz Reuß j. L.
Regent des Fürstenthums
Reuß j. L.“

In Neustrelitz scheinen übrigens ähnliche Verhältnisse zu herrschen, wie in Greiz. Der „Weser-Zeitung“ wird von dort berichtet:

„Hier, in der Hauptstadt des Großherzogthums Mecklenburg-Strelitz, herrschen in den betreffenden Regionen genau dieselben Anschauungen wie in Greiz. Zwar ist auch hier der gesammte Bürgerstand durchweg reichsdeutsch gesinnt und hat in Jubel und Begeisterung den Gedenktag seines alten Heldenkaisers, dessen Mutter eine mecklenburg-strelitz'sche Prinzessin war, gefeiert, aber der ‚Hof‘ hielt sich einer jeden festlichen Veranstaltung geflissentlich fern, selbst der großen Parade am 22. März. Fackelzug und Zapfenstreich mußten Abends durch die obscursten Straßen gehen, damit nur kein Lichtstrahl und kein patriotischer Jubelruf das particularistische Dunkel und die Ruhe der Umgebung des Schlosses behelligte.“

Mecklenburg-Strelitz ist von jeher ein Sitz anti-preußisch-deutscher Bestrebungen gewesen. Auch im Sommer 1870 hatten dort verschiedene vornehme Welfenlegionaire Zuflucht gefunden, um von Strelitz aus ihre hochverrätherischen Absichten zu verwirklichen. Um der Nothwendigkeit zu entgehen, sie schließlich nach Kriegsrecht aburtheilen und vor den Sandhaufen stellen zu lassen, ordnete Graf Bismarck die Verhaftung derselben an. In Strelitz wurde dieselbe durch ein Piquet Pasewalker Kürassiere ausgeführt. Darauf erfolgte „Beschwerde“ der Strelitzer Regierung beim Bundesrathe, worauf der Bundeskanzler nach Strelitz den Bescheid ergehen ließ, daß, wenn sich Derartiges wiederholen sollte, Niemand in Strelitz hoch genug stehe, um vor dem Schicksale der Welfenlegionaire sicher zu sein. Das war damals.

* * *

Fürst Bismarck erließ in den „Hamb. Nachr." vom 7. April (M.-A.) folgende Danksagung:

Friedrichsruh, den 6. April 1897.

Meine Freunde im Deutschen Reiche und im Auslande haben mich auch in diesem Jahre zu meinem Geburtstage so reich durch Begrüßungen beehrt, daß es mir zu meinem Bedauern nach Maßgabe meiner Arbeitskraft nicht möglich ist, für jeden Glückwunsch besonders zu danken. Ich bitte deshalb Alle, die meiner am 1. April d. J. freundlich gedacht haben, meinen herzlichen Dank für den neuen Beweis Ihres Wohlwollens durch diese Veröffentlichung entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

* * *

An gleicher Stelle finden wir nachstehende Notiz:

„La Tribune de Genève", sonst eine Gegnerin des Fürsten Bismarck, schreibt in einer Besprechung der Rolle, welche die Großmächte Kreta und Griechenland gegenüber spielen:

„On sent toujours plus qu'il manque à la tête de l'Europe actuelle, un homme énergique, capable de grouper autour de lui la volonté hésitante des nations civilisées, et l'on en est reduit presque à regretter la main de fer du vieux Bismarck.

„On peut médire de sa politique, on peut lui reprocher son absence de principe et de haute moralité, mais on ne peut s'empêcher de constater, que sous son règne — car il régnait — l'Europe ne bronchait pas."

* * *

Ueber den Postverkehr in Friedrichsruh zum Geburtstage des Fürsten wird berichtet:

In Friedrichsruh sind zum Geburtstage des Fürsten Bismarck rund 3200 Telegramme mit 100000 Wörtern eingetroffen; hierbei sind die am 22. März eingelaufenen 14—1500 Telegramme nicht mitgerechnet. Die Zahl der eingetroffenen Briefe ist 1800.

* * *

Die „Berl. Neuest. Nachr." schreiben in Sachen des angeblichen Telegramms nach Friedrichsruh:

Auch die „Hamburger Nachrichten" dementiren nunmehr auf Grund eingezogener Erkundigungen die Meldung, daß beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruh ein Glückwunsch-Telegramm Sr. Majestät des Kaisers eingegangen sei.

Einer Anzahl Berliner Blätter giebt dieses Dementi Stoff zu einer wenig angemessenen Betrachtung. Fürst Bismarck hat in seinem Leben so viele Huldbeweise sowohl seiner eigenen Könige als auch fremder Souveraine empfangen — soeben noch solche fast

sämmtlicher deutscher Fürsten —, daß er darüber jedenfalls andere Ansichten hat als diejenigen, die in den betreffenden Zeitungen mit schlecht verhüllter Schadenfreude zur Schau getragen werden. Außerordentlich komisch liest sich ein Satz in der — „demokratischen" Berliner „Volkszeitung", der von einem Kammerdiener oder Hofbarbier geschrieben sein könnte:

„Wenn man bedenkt, daß Bismarck alles, was er gewesen ist, nur gewesen ist, weil ihm die Gnadensonne eines ihm freundlich gesinnten Hofes geschienen hat (!), so kann man sich denken, wie schmerzlich in Friedrichsruh das Ausbleiben der erwarteten Huldbezeugung empfunden worden sein muß."

Die „Volkszeitung" kann allerdings nicht wissen, daß Fürst Bismarck zur Zeit des Abschlusses der Nikolsburger Präliminarien ebenso wie am 18. Januar 1871 in Versailles in vollster Ungnade war.

Das „Berl. Tagebl." hat folgende Bemerkung zu machen:

„Wie es um die ‚Aussöhnung' in Wirklichkeit stand, konnte Jeder, der damals (26. März 1895) dem Abschied des Kaisers vom Fürsten Bismarck beiwohnte, mit Augen sehen: die überaus freundlichen Grüße, die der Kaiser aus dem Hofzuge dem auf dem Perron stehenden Fürsten zuwinkte, wurden von einem in Wahrheit eisernen Kanzler in der förmlichsten Weise militairisch erwidert."

Das „Berl. Tagebl." scheint eine eigenthümliche Auffassung von dem, was einem Souverain gegenüber schicklich ist, zu haben. Fürst Bismarck würde eine große Taktlosigkeit und einen groben militairischen Verstoß begangen haben, wenn er dem freundlichen Winken des Kaisers anders als in straffster militairischer Haltung und mit militairischem Salut gedankt hätte. Sollte er etwa auch mit beiden Händen winken oder den Helm in die Luft werfen? Uebrigens war der Kaiser bekanntlich im December 1895 noch einmal in Friedrichsruh.

Auch das „Volk" des Herrn Stöcker kann nicht umhin, einige Krokodilsthränen zu vergießen, ohne dabei seinen eigentlichen Charakter zu verleugnen. Es schreibt:

„Man geht vielleicht nicht fehl, wenn man beide Nachrichten, die unrichtige und die richtige, auf eine und dieselbe Quelle zurückführt (!!) und annimmt, daß die erste verbreitet wurde, um die zweite folgen zu lassen."

Ganz Stöcker'sch!

Das Blatt sagt weiter:

„Se. Majestät der Kaiser war dem Fürsten Bismarck, gewiß in der Empfindung, daß der Abschied des Reichskanzlers sich unter glücklicheren Formen hätte vollziehen können, so weit entgegengekommen, wie ein Fürst seinen Unterthanen irgend entgegenkommen kann. Und ganz Deutschland freute sich, daß, wenn nicht herzliche, doch leidliche Beziehungen wieder hergestellt worden waren.

„Leider wurden diese Beziehungen nun wieder völlig gestört durch die Enthüllung der ‚Hamb. Nachrichten', den Geheimvertrag mit Rußland betreffend.

„Wie diese Enthüllung im diplomatischen und patriotischen Interesse aufzufassen, ob sie wünschenswerth, nützlich, nöthig gewesen, lassen wir ganz auf sich beruhen. Dem

Fürsten Bismarck hat vielfach der spätere Erfolg Recht gegeben, wenn er stark angefochtene Maßregeln durchsetzte. Und wir lassen ganz dahingestellt, ob solche Aussicht vielleicht auch hier vorhanden.

„Soviel aber ist andererseits auch zu beachten, weil es amtlich festgestellt worden ist, daß man nämlich den betr. Artikel der ‚Hamb. Nachrichten' an den jetzt leitenden Stellen in Berlin auf das allerunliebsamste und peinlichste als eine Störung unserer auswärtigen Beziehungen empfunden hat, und daß diese peinliche Empfindung auf Grund der gegebenen diplomatischen Lage eine subjectiv gewiß nicht unberechtigte gewesen.

„Alles in Allem: wir glauben nicht, daß es richtig ist, in dieser Sache jetzt Vorwürfe irgend welcher Art zu erheben. Man wird sich ohne viele Worte in die schmerzliche Thatsache finden müssen, daß die Fäden zwischen Berlin und Friedrichsruh endgültig zerschnitten sind, und daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht vorhanden ist, sie je wieder zu knüpfen."

Was die sogenannten Hamburger Enthüllungen anbelangt, so ist Niemand auf der Welt zu der Unterstellung berechtigt, daß Fürst Bismarck dabei anderen als hochpatriotischen Beweggründen gefolgt sei und sich ausschließlich von einer Erwägung leiten ließ, die er im Interesse Deutschlands für nützlich und nothwendig erachtete. In dieser Beziehung darf das deutsche Volk seiner Weisheit und Erfahrung unbedingt vertrauen. Daß es auch bei diesem Anlaß an mündlichen und schriftlichen „Scheiterhaufenbriefen" nicht gefehlt hat, ist selbstverständlich. Wir besitzen Beweise für solche. Vielleicht kann das „Volk" gleichfalls noch einige beibringen.

* * *

In Sachen Reuß ä. L. erzählt das „Berliner Tgbl." folgendes Geschichtchen:

Der jetzt regierende Fürst Heinrich XXII. hat dem Fürsten Bismarck einen kleinen Coup noch heute nicht vergessen. Es war nach dem Kriege von 1871, da erschien in Zeulenroda, einem Städtchen im Fürstenthum Greiz, ein Blatt, das den Titel „Reußische Blätter" und am Titelkopf das fürstlich reußische Wappenschild führte. Nun machten sich die „Reußischen Blätter" durch ihre oppositionelle, das heißt nationale Haltung der fürstlichen Regierung in Greiz mißliebig. Da man denselben mittelst des Preßgesetzes nicht beikommen konnte, sofern die „Reußischen Blätter" blos durch ihre Gesinnung Anstoß erregten und dem Strafrichter keine Handhabe zur Verfolgung boten, so sollten dieselben wenigstens nicht befugt sein, das fürstliche Wappen zu führen, und für dieses Verbot berief sich das Justizamt in Zeulenroda auf das reußische Gesetz betreffend den Gebrauch „fremder Fabrikmarken".

Die Redaction des so gemaßregelten Blattes wandte sich an den Reichskanzler in Berlin und fragte ehrerbietig an, ob die reußische Regierung befugt sei, ihr die Führung des fürstlichen Wappens zu untersagen, und ob dasselbe

als ein „Fabrikzeichen“ angesehen werden könne. Kurze Zeit darauf erhielt der Verleger der „Reußischen Blätter“ aus dem Reichskanzleramte in Berlin ein sehr höfliches Schreiben etwa des Inhalts: Der Herr Reichskanzler sei zur Entscheidung der Frage, wie weit ein fürstliches Wappen als „fremde Fabrikmarke“ angesehen werden müsse, deren Gebrauch verboten sei, nicht competent, er empfehle aber dem Verleger, um sich aus der Affaire zu ziehen, die Führung des deutschen Reichswappens über dem Titel seiner Zeitschrift, einer solchen stände absolut nichts entgegen, wenigstens von Reichswegen nicht.

Im Verlag der „Reußischen Blätter“ gab es großen Jubel ob dieses Schreibens. Sofort verschwanden der Kranich und andere hundsähnliche Ungethüme, welche die reußischen Wappenfelder zieren, von der Titelseite, und die Zeitung erschien mit dem Reichsadler! Ganz Zeulenroda stand überrascht da, als es die erste Nummer mit dem neuen Titelkopf sah.

* * *

Fürst Bismarck hat am Todestage des verstorbenen Staatssecretairs des Reichspostamtes Dr. von Stephan an dessen Gemahlin folgendes Telegramm gerichtet:

Friedrichsruh, den 8. April 1897.

Ich bitte Sie, gnädige Frau, den Ausdruck meiner herzlichen Theilnahme an dem Dahinscheiden Ihres Herrn Gemahls entgegen zu nehmen, dem ich in Erinnerung an unsere langjährige gemeinsame Thätigkeit stets ein dankbares Andenken bewahren werde. v. Bismarck.

* * *

In den „Hamb. Nachr.“ vom 8. April (A.-A.) heißt es bezüglich der Meldung des Wolff'schen Bureaus über das angebliche Glückwunschtelegramm des Kaisers:

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Berlin, den 7. April.

Um unbegründeten Combinationen vorzubeugen, theilen wir mit, daß die von uns am 1. April verbreitete Meldung über ein Glückwunsch-Telegramm Sr. Majestät des Kaisers an den Fürsten Bismarck uns von Herrn Hofrath Otto de Grahl mit dem Bemerken schriftlich übermittelt wurde, er habe die Nachricht nicht für den Hofbericht erhalten, sie sei aber durchaus zutreffend.

Auf wiederholte Anfrage hat uns Herr de Grahl noch am Abend des 3. April brieflich die Richtigkeit dieser Nachricht bestätigt.

Erst am Sonntag, den 4. April, früh, erfuhren wir aus mehreren Blättern, daß wir getäuscht waren.

Continental-Telegraphen-Compagnie A.-G.[1])
Banse. Mantler.

---

[1]) Das ist die officielle Bezeichnung des sog. „Wolff'schen Bureaus“.

Vielleicht erkundigt sich die Continental-Telegraphen-Compagnie bei Herrn de Grahl auch noch danach, von wem er die falsche Nachricht „erhalten“ hat, und theilt die Antwort darauf dann ebenfalls öffentlich mit. Daß Herr de Grahl sich die Sache aus den Fingern gesogen haben sollte, wird doch kaum anzunehmen sein, und es ist daher begreiflich, wenn man die wirklichen Urheber der Mystification kennen zu lernen wünscht. Herr de Grahl dürfte von der öffentlichen Meinung einstweilen nur als bouc émissaire betrachtet werden, und eine Suche nach seinen „Hintermännern“ wird schwerlich ausbleiben.

Auf der Continental-Telegraphen-Compagnie scheint überhaupt neuerdings nicht Alles mit rechten Dingen zuzugehen. So hielt es dies Bureau, das doch officiös bis auf die Knochen ist und de facto in einem Abhängigkeitsverhältniß zur Regierung steht, neulich für seines Dienstes, den Schlußsatz eines Leitartikels der „Hamburger Nachrichten“, welcher unentschlossene ängstliche Minister als ungeeignet zur Lösung der ihnen gestellten Aufgabe bezeichnete und ihre Entlassung anrieth, telegraphisch weiter zu verbreiten, was, wie wir hören, in den betreffenden Kreisen zu Kundgebungen der Verwirrung und des Mißtrauens geführt haben soll, die für den unbetheiligten Zuschauer nicht der Ergötzlichkeit entbehrt hätten. Ferner lesen wir im „Braunschweigischen Tageblatt“, das officiöse Telegraphenbureau sei mit seiner falschen Nachricht über das angebliche Glückwunschtelegramm „das Opfer der Intrigue einer Stelle geworden, von der nicht zum ersten Male derartige Manöver ausgegangen seien, die nur die eine Wirkung hätten haben können und wohl auch darauf berechnet gewesen wären, den Kaiser und den Fürsten Bismarck gleichzeitig zu verletzen.“ Es besteht zweifellos ein öffentliches Interesse daran, diese intrigante „Stelle“ näher kennen zu lernen, und die Continental-Telegraphen-Compagnie wird gewiß nicht versäumen, die Spur der Uebelthäter über Herrn de Grahl hinaus zu verfolgen.

Die „Berl. Neuest. Nachr.“ bemerken zu dem obigen Schreiben der Continental-Telegraphen-Compagnie:

„Die perfiden Unterstellungen des ‚Volk‘ sowie freisinniger und ultramontaner Blätter, daß die Nachricht von Friedrichsruh ausgegangen sei, um hinterher dementirt werden zu können, wird dadurch in die richtige Beleuchtung gerückt. Herr de Grahl hat bekanntlich in Bezug auf seine Gewährsmänner schon einmal Unglück gehabt und mit der von ihm gegebenen Fassung des Zarentoastes in Breslau allerlei Unheil angerichtet. Andererseits sollte angenommen werden können, daß man in den Hofbeamtenkreisen, von denen Herr de Grahl seine Hofnachrichten bezieht, mit Kaiserlichen Kundgebungen nicht gerade ein Spiel zu treiben pflegt. Hoffentlich macht Herr Hofrath de Grahl nunmehr seine Quelle namhaft.“

Ein süddeutsches Blatt vertritt die Ansicht, daß die falsche Nachricht deshalb lancirt worden sei, damit durch das unvermeidliche Dementi die kaiserliche Ungnade urbi et orbi constatirt werde.

* *
*

Unter den telegraphischen Depeschen derselben Nummer der „Hamb. Nachr." findet sich dann bereits folgende:

Herr de Grahl, der die falsche Meldung über das Glückwunsch-Telegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck dem Wolff'schen Bureau schriftlich übermittelt hat, ist nach der „Nat.-Ztg." aus seiner Stellung als Hofberichterstatter des erwähnten Bureaus entlassen worden.

* *
*

Am 14. April meldet ein Telegramm aus Friedrichsruh den „Hamb. Nachr.":

Fürst Bismarck machte heute Nachmittag eine Ausfahrt im offenen Wagen zum ersten Mal seit Anfang dieses Jahres. Das Aussehen Sr. Durchlaucht war frisch und zeigte kaum noch Spuren seiner letzten Krankheit. Er bestieg den Wagen ohne jede Hülfe.

Ausführlicher berichtete das Blatt am nächsten Tage über das erfreuliche Ereigniß:

Nun hat er endlich wieder seinem Sachsenwalde einen Besuch abstatten dürfen, der vielgefeierte, von allen echten Deutschen geliebte und verehrte Mann, unser Bismarck! Endlich wieder draußen im offenen Wagen, umweht von linder, herrlicher Frühlingsluft, wer freut sich da nicht nach all den bangen Tagen, die dem Leben des Einzigen, des Großen, Krankheit und Plage an den beiden Ehrentagen, die seine und des Reiches Ehrentage zugleich waren, seelisches Leid über Undank sonder Gleichen gebracht haben.

Nun ist er wieder in seinen lieben Sachsenwald gefahren und hat am Sprossen und Grünen seine Freude gehabt, er, dem nichts lieber ist, als die ungekünstelte freie Natur. Man muß in diesen Tagen draußen gewesen sein, um es zu empfinden, wie köstlich es jetzt im Walde ist! Und Er hat es empfunden und ausgekostet mit rechtem Wohlbehagen, den immer wieder neuen Genuß des Waldes im ersten Frühling! Man sah es dem Fürsten ordentlich an, als er heimkehrte, wie wohl ihm dieses Wiedersehen mit seinem jungen alten Sachsenwalde gethan hatte.

„Anspannen zum Ausfahren!" hatte der Fürst gegen drei Uhr befohlen. Aber sein Kammerdiener sagte gleich: „Der Patzke (der Leibkutscher) glaubt's mir nicht!" Und als der Diener seine Bestellung ausgerichtet hatte, konnte er wahrheitsgetreu dem Fürsten berichten, daß es Mühe gekostet habe, den Leibkutscher von dem Ernst der Ordre zu überzeugen. Sie alle, die alten treuen Diener hatten geglaubt, daß es ihnen sobald nicht vergönnt sein würde,

ihren Herrn ins Freie fahren zu sehen, wie früher. Zu lange schon — seit dem 2. Januar — war es her, daß er des Fuhrwerks nicht bedurfte, und der Schreck über die Krankheit war ihnen in die Glieder gefahren. Aber das Glück hätte man sehen sollen, das den Leuten aus den Augen strahlte, als Seine Durchlaucht schmunzelnd vor Freude und mit scherzenden Worten an die Umgebung in den Wagen stieg. Es ging ganz ohne irgend welche Hülfe. Schweninger nahm zur Seite des Fürsten Platz, und dann ging's innerhalb des Parkzingels ums Herrenhaus herum über die Parkwiese durch den hinteren Parkausgang nach dem Forstort Baukamp hinaus nach Aumühle zu. Kurz vor Aumühle gab der Fürst Befehl rechts abzuschwenken, und dann ließ er sich noch eine Weile kreuz und quer durch den Sachsenwald fahren, aber nicht allzu weit vom Ort entfernt, denn es drohte ein Gewitter, das sich freilich später verzog, ohne hernieder zu kommen.

Die erste Ausfahrt des Fürsten nach monatelanger Pause hatte ihn nicht ermüdet; denn als nach etwa fünfviertel Stunden der Wagen — eine Halbchaise mit zurückgeschlagenem Verdeck — vor dem Haupteingang des Herrenhauses wieder hielt, warf Fürst Bismarck seinen langen Loden-Mantel ab, unter dem er eine mit Wildkatzpelz gefütterte sehr kurze Joppe trug, stieg völlig ohne Hülfe aus dem Wagen und ging wider Erwarten nicht ins Haus, sondern schritt hochaufgerichtet und nur leicht auf den Knotenstock gestützt, nach der Au hinab, die den Park durchfließt. Hier ließ er sich unter einer großen Fichte auf einem Gartensessel nieder, den sein Kammerdiener schnell vom feuchten Niederschlag reinigte. Geheimrath Schweninger breitete zum Ueberfluß noch sein Taschentuch über den Sitz. Nach kurzer Ruhepause erhob sich der Fürst wieder und umschritt das Schloß. Im Park ließ er sich noch einmal auf einer Bank nieder und schaute über die Wiese nach dem hohen Walde hinüber, an der Pracht des jetzt hier schon mächtig hervorsprießenden jungen Grüns sein Auge weidend. Dann ging er über die Altantreppe, die in den Speisesaal führt, ins Haus, woselbst er einen kleinen Imbiß nahm, um bis zur Zeit der Hauptmahlzeit — um sieben Uhr — in seinen Privatgemächern der Ruhe zu pflegen.

* * *

Am 26. April war in den „Hamb. Nachr.“ zu lesen:

In buchhändlerischen Anzeigen des demnächst erscheinenden Werkes: „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung“ wird u. A. gesagt, daß darin nicht nur die Reden, Briefe und Depeschen des Fürsten aus der Zeit nach seinem Ausscheiden aufgenommen seien, sondern auch die Artikel der „Hamburger Nachrichten“, „die von ihm selbst herrührten“. Wir haben dazu zu bemerken, daß Fürst Bismarck Artikel für unser Blatt überhaupt nicht verfaßt hat, sondern daß unsere Vertretung seiner

Politik lediglich auf Grund von Informationen erfolgt, die uns gelegentlich zu Theil werden und deren Benutzung und Fassung selbständig durch unsere Redaction erfolgt; von ihr werden die Artikel verfaßt und geschrieben, und es kann bei denselben von „authentischen Kundgebungen" des Fürsten Bismarck, die „von ihm selbst herrühren", nicht die Rede sein.

Selbstverständlich wurde die Form der buchhändlerischen Anzeigen unseres Werkes, an der in Friedrichsruh Anstoß genommen war, sofort beseitigt. Um aber jede irrthümliche Auffassung über unsere Stellung zu der in dem obigen Entrefilet berührten Frage zu verhüten, sagten wir im Vorwort zum I. Bande wörtlich:

„Diese Sichtung war besonders schwer bei allen den Zeitungskundgebungen, die auf den Fürsten Bismarck zurückzuführen sind. Der Fürst schreibt ja keine Artikel für Zeitungen, er giebt die leitenden Gedanken an oder theilt zum Zweck von Richtigstellungen den wesentlichen Sachverhalt mit. In beiden Fällen ist im Großen und Ganzen die Form, in die des Fürsten Gedanken eingekleidet werden, jedesmal die Sache des Journalisten, der vom Fürsten mit der Ausführung beauftragt worden ist. Sinn, Gedanken und Absicht des Fürsten aber werden von den berufenen Redakteuren natürlich stets genau wiedergegeben.

„Nur die Artikel, die thatsächlich auf diese Weise entstanden sind, haben wir im vorliegenden Werke als authentisch bezeichnet. Und unsere Auswahl beruht nicht etwa auf Willkür, sondern beansprucht von Anfang bis zu Ende quellenmäßigen Werth. Keine Kritik, von welcher Seite sie auch komme, wird im Stande sein, uns in dieser Hinsicht Irrthümer nachzuweisen."

Diese Sätze lassen doch an Klarheit nichts zu wünschen übrig, sie haben aus Friedrichsruh keinerlei Widerspruch erfahren, es ist in dem ganzen Werke nirgends gegen sie verstoßen worden, es ist uns thatsächlich kein Irrthum nachgewiesen. Um so bedauerlicher sind diesen Thatsachen gegenüber Angriffe, wie sie Horst Kohl im Vorwort zum vierten Bande seines Bismarck-Jahrbuches ganz unmotivirt gegen uns richtet. Da sie jeder sachlichen Begründung entbehren, lehnen wir es ab, hier Weiteres darauf zu antworten. Wir verweisen aber auf das Vorwort zu diesem vorliegenden siebenten Bande; es beweist schlagend die völlige Haltlosigkeit der Kohl'schen Angriffe.

*　　*
*

Die „Leipziger Neuest. Nachr." bringen am 30. April einen bemerkenswerthen Artikel über Rußland und Oesterreich:

Wir glauben sicher zu wissen, daß die Verständigung zwischen Rußland und Oesterreich ein Ergebniß der englischen Politik ist. England hat versucht, mittels der kretischen Frage und des griechischen Einfalls in türkisches Gebiet das osmanische Reich dem Proceß einer beschleunigten Auflösung auszusetzen, und zwar in der Annahme, daß die itio in partes desselben zu Conflicten zwischen den Festlandsmächten und womöglich zu einem Kriege derselben untereinander führen würde. Auf diese Weise wollte England nicht nur mit einem Schlage aller Schwierigkeiten und Gefahren überhoben werden, die seinem Einfluß und seinem Besitz im Orient, in Aegypten, am Mittelmeer und in Indien drohen, sondern auch freie Hand in Afrika erhalten und aus dem Kriege der continentalen Mächte politische und wirthschaftliche Vortheile schwerwiegendster Art für sich einheimsen, ohne selbst auch nur eine Patrone zu verschießen oder einen Sovereign zu verausgaben. Dieser schöne Plan Englands ist zu Wasser geworden Dank der militairischen Tüchtigkeit, die noch immer im türkischen Heere vorhanden ist, und Dank der Widerstandsfähigkeit, welche die Mächte gegen die Verlockungen und Anstiftungen Englands, durch Erfahrung gewitzigt, bewiesen haben. Indeß ganz ohne Erfolg ist die kretisch-griechische Action Englands doch nicht geblieben. Sie hat immerhin so viel erreicht, daß Frankreich und Italien mehr oder weniger unverhüllt für die Griechen und damit für die englischen Zwecke Partei ergriffen haben, wenn von ihnen auch bisher keine directen Schritte unternommen worden sind, welche die türkische Frage im Sinne Englands aufrollen könnten. Das ungestüme Verlangen nach Intervention, das auf französischer Seite zu Gunsten der Griechen laut wird, braucht wenigstens noch nicht in diesem Sinne gedeutet zu werden, ebenso wenig die philhellenistische Stellungnahme Italiens, die in den dortigen Parlamentsreden und den nur mit halber Kraft verhinderten Einschiffungen italienischer Freiwilligen nach Griechenland zum Ausdruck gelangt. Aber immerhin läßt sich nicht in Abrede stellen, daß sich eine Gruppirung der Mächte in dem Sinne vorbereitet, daß Frankreich und Italien auf die englische Seite hinübertreten und damit naturgemäß in einen gewissen Gegensatz zu Rußland gerathen, an dessen Seite, wie wir wenigstens annehmen und hoffen, Deutschland steht und zu dem allem Anschein nach nunmehr auch Oesterreich-Ungarn in nähere Beziehungen zu treten gedenkt.

Diese Gruppirung hätte jedenfalls den Vorzug, daß sie den natürlichen Verhältnissen Europas am meisten entspräche. Es wäre der alte Dreikaiserbund, der neben dem Dreibund wieder aufleben würde, falls dieser wegen der zu großen Divergenz der italienischen Interessen von den deutschen und österreichischen und wegen der maritimen Abhängigkeit

Italiens von England sich nicht ausreichend erwiese, den Frieden Europas zu sichern. Bündnißverträge können, wie Fürst Bismarck u. A. in seiner großen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 ausgeführt hat, nur so lange aufrecht erhalten werden, als sie sich mit den Interessen und den Bedürfnissen der verschiedenen betheiligten Völker decken und nicht mit ihnen collidiren.

Selbstverständlich würde die neue Mächtegruppirung den Bruch Frankreichs mit Rußland zur Voraussetzung haben, und es fehlt thatsächlich nicht an Anzeichen, welche darauf hindeuten, daß sich dieser Bruch vollziehen wird. Ihn herbeigeführt zu haben wird eins der größten Verdienste sein, die sich Fürst Bismarck erworben hat. Eins darf ja jetzt ausgesprochen werden, ohne daß ein Schaden daraus zu erwarten wäre: die sogenannten Hamburger Enthüllungen waren direct darauf berechnet, die liens précieux zu sprengen, die Frankreich und Rußland umschlossen. Der alte Meister der Diplomatie kannte die Franzosen genau genug, um zu wissen, daß ihre Russenliebe an dem Tropfen Gift sterben würde, den er ihnen durch die Veröffentlichung des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages in ihren Wein geträufelt hat. Seitdem ist die Erkenntniß der Franzosen, daß sie durch Rußlands Beihülfe niemals wieder in den Besitz von Elsaß-Lothringen und der früheren Gloire gelangen würden, mit Macht gewachsen, so daß es heute kaum noch einen zurechnungsfähigen Franzosen in politischer Stellung giebt, der nicht von der vollen Aussichtslosigkeit des kostspieligen Werbens um die russische Gunst für französische Zwecke überzeugt und nicht bereit wäre, die russischen Beziehungen fallen zu lassen, wenn sich bessere bieten. Ob letztere von Seiten Englands offerirt worden sind, ob die Franzosen verblendet genug waren, den englischen Verlockungen zu trauen und die Verwirklichung etwaiger englischer Vorspiegelungen für möglich zu halten, lassen wir gegenüber der Thatsache dahingestellt, daß Frankreich thatsächlich beginnt, am englischen Strang zu ziehen, und damit gegen Rußland Partei ergreift. Daß Italien aber starke Neigung haben muß, sich einem neuen Bunde der Westmächte anzuschließen, bedarf kaum des besonderen Nachweises.

So scheint denn eine neue europäische Staatencoalition im Entstehen begriffen zu sein, und die Reise des Kaisers von Oesterreich nach Rußland dürfte unserer Auffassung nach die Bestimmung haben, dieser Sachlage Rechnung zu tragen. Uns Deutsche braucht die Reise in keiner Weise mit Beunruhigung zu erfüllen. Im Gegentheil, es kann uns nur zur Befriedigung und zum Nutzen gereichen, wenn sich Oesterreich und Rußland vertragen und die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze zu überbrücken suchen. Fürst Bismarck hat stets die Ansicht vertreten, daß Deutschland Alles acceptiren könne, worüber die beiden anderen

Kaiserreiche sich einigen. Wir nehmen übrigens an, daß die jetzigen Abmachungen zwischen beiden Staaten im Einverständniß mit Deutschland erfolgen und die Restituirung des alten Dreikaiserbündnisses über kurz oder lang nach sich ziehen werden. Diese Restituirung könnte, wie schon oben angedeutet wurde, auch erfolgen, ohne daß der jetzige Dreibund ausdrücklich aufgelöst würde, denn beide Allianzen haben bis zum Jahre 1887 neben einander bestanden. Die Möglichkeit, daß eine Verständigung anderer Art, etwa wie die vor 20 Jahren in Reichstadt getroffene, zwischen Oesterreich und Rußland im Werke sein sollte, halten wir nach unserer Kenntniß der Dinge für ausgeschlossen.

* * *

In der Aula der Straßburger Universität wurde am 1. Mai eine vom Lehrkörper gestiftete Büste des Fürsten Bismarck enthüllt und ein Huldigungstelegramm an den Fürsten gesandt. Dieser antwortete:

Ew. Magnificenz und dem Senat danke ich verbindlichst für die ehrenvolle Begrüßung und erkenne in der Aufstellung meiner Büste eine hohe Auszeichnung. Ich bitte den herzlichsten Ausdruck meiner guten Wünsche für die Kaiser Wilhelms-Universität entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

* * *

Der Vorsitzende des Ausschusses für die Errichtung des Bismarck-Denkmals in der Colonie Grunewald, Eisenbahn-Bauinspector Klinke, hat folgendes Dankschreiben vom Fürsten Bismarck erhalten:

Friedrichsruh, 7. Mai 1897.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, in Erwiderung auf Ihr gefälliges Schreiben vom 4. d. M., für die Ehre, die mir durch Errichtung eines Denkmals im Grunewald erwiesen wird, allen Betheiligten meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Diese Auszeichnung gewinnt noch an Werth für mich durch die Erinnerung an die huldvolle Förderung, die meine Anträge und Bestrebungen für die Grunewaldverbindung im Widerspruch mit Ressort-Behörden bei des Hochseligen Kaisers Wilhelm I. Majestät gefunden haben. Ich werde mich freuen, eine Abordnung des Ausschusses zu empfangen, bitte die Herren aber, Ihren freundlichen Besuch zu verschieben, da ich für die nächste Zeit bereits ältere Verabredungen getroffen habe, und mein Gesundheitszustand mir noch Schonung auferlegt.

v. Bismarck.

* * *

Der am 1. April wegen des Gesundheitszustandes des Fürsten Bismarck ihm sonst alljährlich zu seinem Geburtstage dargebrachte Fackelzug des Hamburger Reichstagswahlvereins von 1884 fand nachträglich am 10. Mai statt.

Die „Hamb. Nachr.“ schildern das Fest wie folgt:

Regen, Regen, Regen vom Morgen bis zum späten Abend und dazu eine empfindliche Kälte, die den Aufenthalt im Freien zu einer keineswegs angenehmen Sache machte. Was hätte bei solchem Wetter aus einem Fackelzug werden sollen, wenn er nicht eben dem Fürsten Bismarck gegolten hätte? Aber die Hamburger Verehrer des großen Kanzlers haben heute bewiesen, daß Unbilden der Witterung nicht im Stande sind, sie an den warmen Ofen daheim zu fesseln, wenn es gilt, dem Gründer des Reiches ihre Huldigung darzubringen.

Der Zudrang zu den Zügen, die am Spätnachmittag des heutigen Tages die Schaaren der Fackelzugtheilnehmer nach Friedrichsruh brachten, war nicht geringer, als am 1. April der Vorjahre. Besonders auffallend war diesmal die starke Betheiligung der Damenwelt.

In Rücksicht auf die größere Länge des Tages im Maimonat mußte der Anmarsch des Fackelzuges etwas später angesetzt werden, als sonst bei der gleichen Gelegenheit bisher geschehen war. Das Arrangement war in der Hauptsache ebenso wie im Vorjahr. Der Zug trat bei der Oberförsterei in den Park ein, überschritt das „Paradefeld“, auf dem der Kaiser im Frühjahr 1895 dem achtzigjährigen Generalobersten Fürst Bismarck seine Truppen vorführte, und zog unter den hohen Buchen des alten Parkes der Rückseite des Schlosses zu. Der Fürst, trotz strömenden Regens und unter Nichtachtung seiner neuralgischen Gesichtsschmerzen, denen Nässe und Kälte die gefährlichste Nahrung bieten, erwartete den Zug, auf dem Altan stehend. Er trug die General-Interimsuniform, das Haupt mit dem blinkenden Cürassierhelm bedeckt.

Als die Spitze des Zuges unter klingendem Spiel das Schloß erreicht hatte, wurde Halt gemacht. Herr Dr. Semler trat vor, um mit weitvernehmlicher Stimme eine von Beifallskundgebungen häufig unterbrochene Ansprache an den Fürsten zu halten. Er sagte etwa Folgendes:

Mit schwarzem Fittig sei Frau Sorge an die Theilnehmer des Fackelzuges herangetreten, als letzterer am 1. April nicht habe stattfinden können; daß die Theilnehmer aber heute mit hellem Jubel herausgekommen seien, trotz Regenschauer und Wetterunbill, mit Dank im Herzen gegen den allgütigen Gott, der Se. Durchlaucht wieder beschützt habe. Laut aufjubeln möchte jeder Fackelträger, weil er Se. Durchlaucht frisch, wohl und gesund sehe, wie im vergangenen Jahre. Auch die Theilnehmer hätten sich nicht gewandelt im vergangenen Jahre, auch sie seien gut Bismarckisch geblieben allerwege. Wieder seien sie hinausgezogen, um Sr. Durchlaucht den Tribut der unauslöschlichen Dankbarkeit des deutschen Volkes darzubringen, wieder wollten sie hier die vornehme Pflicht der nächstgroßen deutschen Stadt erfüllen, Se. Durchlaucht zum Geburtstage zu ehren und die herzlichsten Wünsche, wenn

auch verspätet, zu bringen. Je mehr das hier und da vergessen werde, um so mehr komme aus dem Herzen ihr Jubel; je mehr Stellen sich verschränken wollen für das, was Se. Durchlaucht dem deutschen Volke geleistet, um so weiter öffnen sich die Herzen der deutschen Männer, die da Freude und Stolz haben an dem jungen Reiche, welches allein Se. Durchlaucht geschaffen habe. So wollten sie es heute einmal aussprechen an dem Jahrestage des Frankfurter Friedens, des Friedens, den Se. Durchlaucht vorbereitet, abgeschlossen und ausgebaut habe; und wenn das vergessen werden könnte, wenn es Se. Durchlaucht um den dereinstigen Nachruhm zu thun wäre, so gebe es nichts, was den Namen Bismarck tiefer in die Volksseele eingrabe, als das zeitweilige sogenannte Vergessensein in Friedrichsruh. Es werde keiner ein volksheiliger Mann, man mache ihn denn zuvor zum Märtyrer. Aber Gott sei Dank brauche heute davon noch gar nicht die Rede zu sein; noch, so schloß Redner, sehen wir Ew. Durchlaucht vor uns, noch enthüllt sich Ew. Durchlaucht uns kraftvoll in Fleisch und Bein, in Gedanken und Worten, noch können wir stehen unter dem lieben Blick Ew. Durchlaucht, noch können wir jauchzen und rufen wie seither, so heute, so Gott will hoffentlich noch manches Jahr: Se. Durchlaucht Fürst Bismarck lebe hoch, hoch, hoch!

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Herren! Es hat mir herzlich leid gethan, daß ich Sie am 1. April nicht empfangen konnte und die Ehre Ihres Besuches habe ablehnen müssen. Ich danke Ihnen, daß Sie sich nicht haben abschrecken lassen, und danke Ihnen für die Wahl des heutigen Tages. Von allen Erinnerungen, die mich mit meiner amtlichen Vergangenheit verknüpfen, sind die Friedensschlüsse die angenehmsten. Ich habe in diesen Tagen ja manche Gedächtnißfeier meines öffentlichen Lebens, die älteste ist die meines Eintritts in die parlamentarische Politik — vor 50 Jahren ziemlich genau in den vereinigten Landtag von 1847. In dieser langen Zeit habe ich viel Liebe und viel Haß erfahren, aber es ist ein Vortheil des Altwerdens, daß man gegen Haß, Beleidigungen, Verleumdungen gleichgültig wird, während die Empfänglichkeit für Liebe und Wohlwollen stärker wird. Dieser Beweise der Liebe meiner Landsleute habe ich hier an dieser Stätte manche erhalten, auch auswärts im Deutschen Reiche, überall, und es ist das der Eindruck, den ich aus diesem Leben mitnehmen werde, wenn ich es verlasse. Ganz besonders werthvoll ist mir jeder Zeit das Wohlwollen meiner großen Nachbarstadt Hamburg gewesen, es ist gegenseitig: ich habe für die Stadt und Ihre Obrigkeit, für deren ruhige und volksfreundliche Energie Liebe und Anerkennung. Es ist mir um so werthvoller, als ich hier Ihr Nachbar bin, ich wohne seit sieben Jahren in der Nähe, und man hat

in den sieben Jahren Zeit genug gehabt, meine Vergangenheit zu prüfen und zu sichten. Habe ich bestanden vor meinen Nachbarn, so bin ich gewiß (lebhafte Zustimmung), so bin ich erfreut und bin dafür dankbar und bitte Sie mir zu helfen, daß ich meinem Danke Ausdruck gebe, daß ich Sie bitte, mit mir ein Hoch auf die freie Stadt Hamburg und ihre Obrigkeit auszubringen, sie leben hoch, hoch, hoch!

Jubelnde Hochrufe, brausendes Hurrah gaben die Antwort auf des Fürsten Rede. Dann eine Pause achtungsvollen Schweigens: Der Fürst stieg in den Park hinab. Er ging, auf seinen derben Handstock gestützt, im Uebrigen ohne jeden Beistand, aufrecht und fest, die vom Regen glatt gewordenen Stufen der hohen Steintreppe hinab. Schweninger schritt ihm zur Seite, Graf Herbert Bismarck und Graf Rantzau folgten. Im Park unterhalb des Altans hatte man für den Fürsten ein leichtes Zeltdach aufgeschlagen, unter dem ein bequemer Armsessel stand. Eine auf dem Erdboden ausgebreitete Pferdedecke diente als Teppich, die Nässe des durchweichten Parkweges abzuhalten. Viel nützte das improvisirte Arrangement freilich nicht, denn hatte es bisher kräftig geregnet, so goß es jetzt wie mit Kannen vom Himmel und den Fürsten in seiner gewohnten höflichen Art duldete es nicht länger als eine kurze Minute in der Mitte des Zeltes. Schon als er die Treppe hinabgeschritten war, sagte er beim Anblicke des kleinen Bauwerks: „Ach, ein Zelt?“ und fuhr dann mit Hinweis auf die im Regen dastehende Umgebung fort: „Das ist aber nicht kameradschaftlich.“ Er erhob sich also, nachdem er kaum im Stuhl Platz genommen und stellte sich hart an eine der vorderen Holzlatten, welche das Zeltdach trugen, wobei es nicht zu vermeiden war, daß der herabrieselnde Regen ihm hin und wieder ins Gesicht schlug. Geheimrath Schweninger und Graf Rantzau schoben einen Gartentisch an den Fürsten heran. Dieser lehnte sich leicht dagegen und verblieb in solcher Stellung während der ganzen Dauer des Vorbeimarsches. Der Anblick der dem Fürsten zujubelnden Männer und Frauen wird Allen, die es mit angesehen haben, unvergeßlich sein. Die Gesichter der im schnellen Marsche am Fürsten vorbeidefilirenden Leute erglänzten vor Freude, sowie sie des Fürsten ansichtig wurden. Deutlich konnte man es dem Antlitz eines Jeden ablesen, wie überrascht sie von dem trefflichen Aussehen des erst unlängst von schwerer Krankheit erstandenen Altreichskanzlers waren. Die Damen warfen ihm Blumensträuße zu, die Schweninger und Graf Rantzau auffingen, um sie dem Fürsten zu übergeben, Knaben, die im Zuge mitgingen, und Damen durchbrachen zuweilen die streng überwachte Zugordnung, stürzten auf den Fürsten zu, um ihm die Hand zu küssen oder persönlich ihre Blumengabe zu überreichen. Der Fürst hatte für alle ein freundliches Lächeln und dankte beständig durch lebhafte Handbewegung. Reizende Scenen spielten sich da heute Abend unter den Buchen des Friedrichsruher Parkes ab, deren

Eindruck doppelt wirkte durch die Wahrnehmung, daß Kälte und Regen bei Allen, Allen vergessen war und Niemanden ein anderer Gedanke beseelte, als der: Wir haben Ihn noch und Er steht unter uns, ein ehrwürdiger Alter, doch ungebrochen an Körper und Geist!

Unter lauten Hochrufen zog sich der Fürst nach dem Vorbeimarsch des Zuges auf den Altan zurück. Von dort aus dankte er den Untenstehenden noch einmal für die erwiesene Ehre, und dann trat er in's Haus, während ihm aus der Mitte der Versammlung der Ruf nachscholl: „Gott segne Euer Durchlaucht!" Zugleich ertönte aus tausend Kehlen der Kraftgesang „Deutschland, Deutschland über Alles!"

Dann ging's zum Bahnhof, von wo in drei Extrazügen und den fahrplanmäßigen Localzügen die Festtheilnehmer nach Hamburg, Bergedorf, Reinbek u. s. w. zurückkehrten.

Die Hirschgruppe am Waldesrand auf der Höhe jenseits der Eisenbahn flammte in bengalischer Beleuchtung auf. Die Anhaltiner Verehrer des Fürsten, die ihm vor zwei Jahren die hübsche Gruppe stifteten, hatten es sich nicht nehmen lassen, am heutigen Tage eine Illumination derselben in den Anhaltiner Farben roth-grün-weiß zu veranstalten.

* * *

Tags darauf konnten die „Hamb. Nachr." melden:

Fürst Bismarck hat die Anstrengungen des gestrigen Tages ohne Schaden bestanden und befindet sich wohl, wenn er auch bei dem herrschenden rauhen Wetter das Haus heute nicht verlassen hat.

* * *

Am 18. Mai weilt der frühere Landwirthschaftsminister Dr. von Lucius als Gast des Fürsten in Friedrichsruh.

* * *

Am 19. heißt es in den „Hamb. Nachr." (M.-A.):

Wir haben im gestrigen Morgenblatt den Antrag Tschirschky-Renard mitgetheilt, der im preußischen Herrenhause eingebracht worden ist und bezweckt, das Forstrevier Grunewald bei Berlin zum Staatspark zu erklären, um auf diese Weise eine Waldespracht vor Zerstörung durch die Axt zu schützen, wie sie schon jetzt und noch viel mehr in der Zukunft in unmittelbarer Nähe keiner Großstadt der Welt mehr anzutreffen sein wird. Der Antrag verdient volle Zustimmung. Es ist unerläßlich, hier den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten. Wenn der Grunewald unter den heutigen Verhältnissen forstmäßig geschlagen werden kann, so wird dasselbe Verfahren auch auf den Berliner Thiergarten Anwendung finden können. Es liegt im Reichsinteresse, einer

solchen möglichen Verstümmelung der Reichshauptstadt in ihrer Außenseite vorzubeugen. Daß die Ueberzeugung von dieser Nothwendigkeit in den maßgebenden Kreisen überall feststände, ist durch die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über den Botanischen Garten sehr in Zweifel gestellt. Wenn man ein solches Schmuckstück in Bauplätze zu verwandeln bereit ist, so ist dieselbe Befürchtung hinsichtlich des Grunewalds und des Thiergartens nicht ausgeschlossen. Dieses Gefühl ist so verbreitet, daß sogar ein Herr, wie der Abgeordnete Eugen Richter, es theilte; er hat gesagt, der Antrag Tschirschky-Renard wäre der beste, der aus dem Herrenhause gekommen sei. Wir wünschen dem Antrage allen Erfolg!

* * *

In seiner jüngst an die Hamburger gerichteten Ansprache erinnerte Fürst Bismarck daran, daß er in diesen Tagen die fünfzigjährige Gedenkfeier seines Eintritts in die parlamentarische und damit in die politische Laufbahn begehe. Dazu bemerken die „Berl. Neuest. Nachr.“:

Unter anderen Verhältnissen wäre dieses Jubiläum ein allgemein gefeiertes in Deutschland geworden, den Anstoß dazu hätten allerdings unsere parlamentarischen Körperschaften geben müssen. Von dem Lieber-Singer'schen Reichstage war dergleichen freilich nicht zu erwarten, um so mehr aber vom preußischen Landtage, der wenigstens indirect aus dem Vereinigten Landtage von 1847 hervorgegangen ist.

Fürst Bismarck nahm als Abgeordneter zum Vereinigten Landtage zum ersten Male das Wort in der 8. Sitzung der Vereinigten Kurien vom 15. Mai 1847, als es sich um die Garantie des Staates für die „zur Ablösung der Reallasten von bäuerlichen Grundstücken zu errichtenden Rentenbanken“ handelte. Die von Herrn von Bismarck damals abgegebene Erklärung führte zu einem ersten Zusammenstoß mit dem Abgeordneten Freiherrn von Vincke, der später im Landtage eine so große Rolle spielte. In der 15. Sitzung der Curie der drei Stände, vom Montag, 17. Mai 1847, nahm der Abgeordnete von Bismarck dann zu einer längeren Ausführung das Wort, durch welche schon der Flügelschlag des Geistes rauscht, der Deutschland seine Einigung und Unabhängigkeit zurückgegeben. Der Abgeordnete der preußischen Ritterschaft Herr von Saucken-Tarputschen hatte darauf hingewiesen, daß die Begeisterung von 1813 nicht nur die Folge des Hasses gegen den Eroberer gewesen sei, „denn ein edles, gebildetes Volk, wie das preußische, kenne keinen Nationalhaß“, sondern die Frucht der geistig und politisch befreienden Gesetzgebung von 1807, die die bis 1806 isolirte preußische Regierung in eine innige Verbindung mit dem Volke gebracht habe.

Darauf antwortete der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen, es werde ihm schwer, nach einer von so edler Begeisterung dictirten Rede das Wort zu ergreifen, um eine Berichtigung vorzubringen.

Für jetzt fühle ich mich nur noch gedrungen, dem zu widersprechen, was auf der Tribüne sowohl als außerhalb dieses Saales so oft laut geworden ist, als von Ansprüchen auf Verfassung die Rede war: als ob die Bewegung des Volkes von 1813 anderen Gründen zugeschrieben werden müßte, und es eines anderen Motivs bedurft hätte, als der Schmach, daß Fremde in unserem Lande geboten. (Lautes Murren.)

Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen (wiedeholtes Murren), wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäubt werden zu lassen. (Großer Lärm. Mehrere Abgeordnete bitten ums Wort.)

Mehrere Abgeordnete, namentlich der Gerichtsschulze Krause aus Wachsdorf (Kr. Sagan) und der Bürgermeister Gier (Mühlhausen) sprachen dem Abgeordneten von Bismarck-Schönhausen das Recht ab, über eine Zeit zu reden, die er nicht mit erlebt habe; „die Idee der Freiheit lebte im Volke und wurde zur That, natürlich mußten wir erst den Feind aus unserem Lande getrieben haben."

Herr von Bismarck bestieg unter großem Lärm abermals die Tribüne und erklärte:

Ich kann allerdings nicht in Abrede stellen, daß ich zu jener Zeit nicht gelebt habe, und es that mir stets aufrichtig leid, daß es mir nicht vergönnt gewesen, an dieser Bewegung theilzunehmen; ein Bedauern, das vermindert wird durch die Aufklärung, die ich soeben über die damalige Bewegung empfangen habe. Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, gegen die damals gekämpft wurde, im Auslande gelegen habe; soeben bin ich aber belehrt worden, daß sie im Inlande gelegen hat, und ich bin nicht sehr dankbar für diese Aufklärung. (Einige Stimmen: Bravo!)

Diese beiden Aeußerungen athmen jenes starke, trotzige nationale Empfinden, die überlegene Sicherheit der festgefugten Ueberzeugung, das Festhalten mit dem Fuß beim Mal, wie die Welt sie seit dem Jahre 1862 an dem Minister und Reichskanzler von Bismarck zur Genüge kennen gelernt hat. Jedes neue Vertiefen in diese seltene Laufbahn läßt die Wege der Vorsehung um so unbegreiflicher erscheinen, die im Augenblicke höchster Noth für Preußen und Deutschland diesem Manne das Steuer in die rettende Hand gegeben, um es ihm nach fast dreißigjähriger Führung in einem Zeitpunkte zu entreißen, da dieser Mann am Steuer dem Vaterlande kaum weniger nothwendig war.

* * *

Zur Stellung der Staatssecretaire wird den „Leipz. Neuest. Nachrichten" am 21. Mai geschrieben:

Die „Nat.-Ztg." macht dem Abgeordneten Grafen Limburg-Stirum zum Vorwurf, daß er im preußischen Abgeordnetenhause bei einem Etatstitel über Museumsbauten den Reichsstaatssecretair des Auswärtigen,

Herrn von Marschall, „in dreistester Weise" persönlich angegriffen habe. Wir finden diese Bezeichnung, ganz abgesehen von ihrer sachlichen Berechtigung, in einem „liberalen" Blatte einigermaßen befremdlich; sie geht von einer Auffassung des Verhältnisses zwischen Abgeordneten und Minister aus, die verfassungsrechtlich nicht begründet ist. Wenn ein Abgeordneter die Ansicht, die er von einem Minister hegt, offen ausspricht, so begeht er damit, auch wenn sie dem Minister nicht schmeichelhaft ist, keine „Dreistigkeit", er macht nur Gebrauch, und zwar pflichtmäßigen Gebrauch, von einem Rechte, daß ihm unzweifelhaft zusteht. Wir glauben, daß nicht einmal ein Blatt wie die „Kreuz-Zeitung" in dieser Beziehung anderer Ansicht sein wird, und erblicken in dem Prädicate, mit welchem die „Nationalzeitung" die Aeußerung des Grafen Limburg-Stirum belegt hat, einen Ausfluß der officiösen Streberei, welche diesem Blatte seit der Zeit des neuen Courses eigenthümlich geworden ist.

Was die Sache selbst betrifft, so hatte der Abg. Graf Limburg-Stirum nach dem stenographischen Bericht in der erwähnten Sitzung gesagt:

„Herr Rickert weiß so gut wie ich, daß Herr von Marschall nicht verantwortlicher Träger der Reichspolitik ist, sondern sie nur vertritt; es ist gerade so, als wenn ich hier die Regierung angreifen wollte, wenn ein bestimmter Regierungscommissar hier auftritt. Der Reichskanzler ist Träger der Politik, nicht Herr von Marschall. Wenn er als preußischer Staatsminister uns hier entgegentritt, dann können wir gegen ihn etwas sagen, weil er da verantwortlich ist; aber im Reiche ist er nicht verantwortlich, und deshalb begreife ich nicht, wie Herr Rickert immer darauf hinweist, daß wir Angriffe machen, weil uns Herr von Marschall entgegentritt. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn mal eine Wendung in die Politik kommt, Herr von Marschall mit derselben dialektischen Geschicklichkeit auch andere Politik machen wird."

Wir unsererseits unterschreiben jedes Wort dieser Auslassung und halten es für einen Versuch der „Nat.-Ztg.", die Verfassung des Deutschen Reiches als Bundesstaat im unitaristischen Sinne zu fälschen, wenn sie schreibt, es falle außer dem Grafen Limburg-Stirum Niemandem ein, zu bestreiten, daß die Staatssecretaire des Reiches ihre Aemter auf Grund selbständiger Ueberzeugung verwalteten. Das ist eine total unzutreffende Behauptung. Wir betrachten es um so mehr als eine Pflicht der Presse, ihr entgegenzutreten und den verfassungsmäßigen Zustand durch sie nicht verdunkeln zu lassen, als sie nicht auf die Redaction der „Nat.-Ztg." beschränkt ist, sondern selbst in gewissen ministeriellen Kreisen getheilt zu werden scheint. Wenigstens ist es uns schon mehrfach aufgefallen, daß Herr von Marschall in Reichstagsreden erklärt hat, mit

einer bestimmten Maßregel sei nicht nur der Reichskanzler, sondern „auch er", der auswärtige Staatssecretair, „einverstanden" gewesen. Danach scheint doch Herr von Marschall zu glauben, daß er neben dem Reichskanzler und unabhängig von ihm seine eigene persönliche Meinung amtlich und verfassungsmäßig zu vertreten habe, während wir uns dieser Aeußerung des Herrn von Marschall gegenüber fragen, wie es denn überhaupt hätte möglich sein sollen, daß, nachdem der Reichskanzler einverstanden war, sein Staatssecretair im auswärtigen Dienste dies nicht gewesen wäre? Er, wie alle seine Collegen im Reichsdienste, sind — das muß streng festgehalten werden — keine „selbständigen Beamten", die ihr Ressort auf Grund „selbständiger Ueberzeugung" zu verwalten haben, sondern, solange sie nicht mit der Vertretung des Kanzlers betraut sind, thatsächlich nichts Anderes als die ersten vortragenden Räthe desselben. Auch die Verleihung des preußischen Ministertitels an sie ändert an dieser Sachlage nichts. Solche Ernennungen erfolgen meist aus Zweckmäßigkeitsgründen und sind in der Regel nur Gehalts- und Rangangelegenheiten. Die Reichsstaatssecretaire haben auch im preußischen Staatsministerium nur als Vertreter der reichskanzlerischen Politik in den Fällen zu functioniren, wo der Reichskanzler selbst nicht im Stande ist, die Reichsinteressen persönlich wahrzunehmen. Es trifft auf sie nicht zu, daß nach preußischem Staatsrecht jeder Staatsminister eine ganz selbständige Stellung und das Recht freier Abstimmung im Ministercolleg habe. Dieses Recht steht nur Ministern zu, die ein eigenes Ressort selbständig verwalten, aber nicht Reichsbeamten, die lediglich zur Unterstützung der Reichspolitik, als Beistände oder Vertreter des allein verantwortlichen Kanzlers zu preußischen Staatsministern ohne Portefeuille ernannt worden sind.

Im Reiche selbst haben die Staatssecretaire nach der Auffassung des Urhebers ihrer Stellung, des Fürsten Bismarck, überhaupt keinen locus standi unabhängig vom Kanzler und nicht das Recht, selbständige Politik auf Grund ihrer eigenen persönlichen Ueberzeugung zu treiben, wenigstens nicht, solange sie sich an die bestehende Reichsverfassung halten wollen. Fürst Bismarck hat oft genug nachgewiesen, resp. nachweisen lassen, daß die Ausbildung der Staatssecretaire zu selbständigen Ministern eine Verfassungsänderung involviren würde, von der zu befürchten wäre, daß sie allmählich die Beziehungen der Bundesstaaten mit einander lockerte. Wenn die Beamten des Reiches, die die Beschlüsse des Bundesraths auszuführen berufen sind, selbständige Stellung einnehmen, so geschieht das der Natur der Sache und der Stellung dieser Beamten nach auf Kosten der nichtpreußischen Staaten des Reiches und ist nicht geeignet, deren Neigung zur Betheiligung an den Reichsgeschäften

und zur Hingabe an die Reichspolitik zu fördern. Wenn der Reichskanzler nach dem ersten Entwurf der Verfassung nur als preußischer Bundespräsidialbeamter gedacht war, so entsprang sowohl dies wie die spätere Ausgestaltung dieses Gedankens lediglich der Schonung, die man preußischerseits den Bundesgenossen schuldete, um ihnen die Genugthuung einer Mitwirkung einer gemeinsamen Reichspolitik nicht zu verkümmern. Wir haben leider den Eindruck, daß diese Rücksicht und Schonung heute nicht mehr in dem wünschenswerthen Maaße geübt werde, und vor Allem glauben wir, daß, wenn sich die Vertreter des Reichskanzlers, die Staatssecretaire, nicht mehr damit begnügen, die Bundesrathsbeschlüsse auszuführen, sondern selbständige Stellungen als Reichsminister anstreben, damit ein Weg betreten wird, der allmählich zum Verfall der föderativen Verfassung des Reiches und damit zu schweren inneren Gefahren führen muß.

Was die Aeußerung des Grafen Limburg-Stirum betrifft, daß, wenn einmal in der Politik eine Wendung einträte, Herr von Marschall mit derselben dialektischen Geschicklichkeit auch eine andere Politik machen werde, so hat der Redner selbst ihren Sinn dahin präcisirt, daß er habe sagen wollen, Herr von Marschall würde auch eine etwas andere Handelspolitik mit derselben Geschicklichkeit machen, wie die, welche er unter dem Grafen Caprivi ausgeführt habe; die Frage, welcher Grad von Schutz der Landwirthschaft und der Industrie zu gewähren sei, könnte nach den verschiedenen Verhältnissen „so oder so" beantwortet werden, ohne daß man den Vorwurf der Charakterlosigkeit darauf gründen könne. Wir halten es nicht für unsere Aufgabe, dieser authentischen Interpretation seiner ursprünglichen Aeußerung durch den Grafen Limburg-Stirum, soweit sie sich auf die Person des Staatssecretairs des Auswärtigen bezieht, noch etwas hinzuzufügen.

* * *

Aus Berlin wird am 22. Mai gemeldet:

Fürst Bismarck hat dem Bureau des Herrenhauses die Mittheilung zugehen lassen, daß er dem Antrag des Grafen Tschirschky, betreffend die Erhaltung des Grunewaldes beitrete.

Der Antrag fand keine Annahme im Herrenhause. Immerhin hat die Berathung zu interessanten Ausführungen Anlaß gegeben, welche 11 Spalten des stenographischen Berichts füllen und schließlich zur Annahme von Resolutionen führten, in denen die Hauptgedanken des Antrags des Grafen Renard zur Geltung kamen.

* * *

Einen ganz eigenartigen Gruß zum 82. Geburtstage hatte dem Fürsten Bismarck der Pfarrer und Leiter der deutschen Schule in Charters Towns, Queensland, Australien, Rudolf de Haas gesandt: deutsche herzliche Verse mit eigner und der Lehrerinnen, sowie der großen und kleinen Schüler und Schülerinnen sämmtlichen Unterschriften. Dieses Zeugniß sorgfältiger, liebevoller Pflege deutschen Wesens im fernen Südosten hatte dem Fürsten große Freude bereitet; er dankte dem Pfarrer de Haas mit folgenden Worten:

Friedrichsruh, den 26. Mai 1897.

Geehrter Herr Pfarrer!

Für den poetischen Gruß aus Nordaustralien und für die freundlichen Glückwünsche bitte ich Sie und die unterzeichneten Damen, meinen Dank entgegen zu nehmen und letzteren auch den Schülern, deren große Zahl und deutsche Schrift mich erfreut, auszusprechen.

v. Bismarck.

* * *

Der zweite Proceß gegen den Criminalcommissar von Tausch wegen Falscheides endigte nach langen Verhandlungen am 4. Juni mit dem Entscheid der Geschworenen „Nichtschuldig“ und demgemäß mit der Freisprechung des Angeklagten.

Dieser Urtheilsspruch gab der gesammten Presse Anlaß zu Erörterungen. Man bemühte sich, Lehren aus dem Processe zu ziehen und gewisse Erscheinungen, die er gebracht hat, von weiteren oder näheren Gesichtspunkten zu betrachten. Die Persönlichkeiten Tausch's und Lützow's traten dabei ziemlich in den Hintergrund. Zahlreiche Blätter wiesen darauf hin, daß man vergeblich nach den Hintermännern der Angeklagten gesucht habe und daß sich die Hindeutungen auf einen Zusammenhang der im Proceß enthüllten Intriguen mit Anhängern des Fürsten Bismarck als haltlose Lügen herausgestellt hätten. So schrieben die „Leipz. Neuesten Nachr.“:

„Immer und immer wieder wurde die Stimmung rege gemacht gegen die Bismarckblätter. Wir haben ganze Stöße von Zeitungen gesammelt, in denen es von offenen und versteckten Verdächtigungen gegen die Blätter, die den Fürsten Bismarck noch immer für einen recht verdienten Mann halten, geradezu wimmelt. Jetzt ist es in glänzender Weise festgestellt worden, daß diese Presse, zu der wir uns in aller Bescheidenheit rechnen, den ganzen Treibereien, um die es sich in dem Tauschproceß handelte, vollständig fern stand. Man hat zahlreiche Redacteure im Vorverfahren und in der Hauptverhandlung vernommen, um eine Spur zu entdecken, die nach dieser Richtung führt: Nirgends hat der Erfolg die Mühe verlohnt. Wir greifen die

beiden significantesten Beispiele heraus: Maximilian Harden und unser Berliner Vertreter wurden durch Monate immer und immer wieder in Verbindung mit dem Proceß genannt, um dem Publicum zu suggeriren, daß doch wohl Fäden nach Friedrichsruh oder doch in die Redactionsstuben der ihm ergebenen Presse führen. Was hat sich herausgestellt? Daß beide Männer einmal den angeklagten Criminalcommissar gesehen haben, und zwar damals, als er kurz vor seinem Zusammenbruch Rath und Wohlwollen unabhängiger Publicisten suchte. Fleckenlos und rein ist der Schild der Presse, die an den Ideen des alten Courses hängt...."

Aehnlich betont die Rheinisch-Westfälische Zeitung:

„Die Andeutungen, daß die Fäden der gesponnenen Intriguen im Sachsenwalde zusammenliefen, sind von der unabhängigen nationalen Presse gleich vor Monaten so kräftig zurückgewiesen, daß das Verleumdergezücht scheu in seine trüben Höhlen zurückgekrochen ist. Wir haben aber noch vor wenigen Tagen gegen eine indirecte Wendung des Processes gegen den Fürsten klar machen müssen: Das Anklage-Instrument versuchte Tausch von der Seite eines Bismarckianers psychologisch zu erfassen, so in die Tiefen seiner Seele hinabzusteigen, den Zusammenhang seiner Thaten zu ergründen. Diese Seite der Anklage ist vollständig in sich zusammengebrochen. Die Staatsanwaltschaft hat gar nicht mehr versucht, nach Bismarckischen Grundsätzen zu fischen und die einzelnen Theile der viel verzweigten Geschäftigkeit des Angeklagten zu einem politischen System zusammen zu setzen. Sie hat unumwunden zugestanden, daß der Angeklagte seine Treibereien ganz systemlos durchgeführt hat."

Dem schließt sich auch die „Tägliche Rundschau" an:

„Eine vergiftende Erfindung, die sich an den Leckert-Lützow-Proceß anschloß, war die Behauptung ultramontaner, freisinniger und socialdemokratischer Blätter, daß von Tausch ein Agent der sogen. Bismarckfronde gewesen sei. Nicht der Schatten eines Beweises konnte für diese Lüge in den ganzen vierzehntägigen Verhandlungen beigebracht werden, obwohl krampfhafte Anstrengungen gemacht wurden, die sogenannte Bismarckpresse und einzelne dem Fürsten Bismarck treu ergebene Journalisten zu verdächtigen, und obwohl sogar der Vertheidiger des Lützow seiner freisinnigen Gesinnungstüchtigkeit dadurch Ausdruck zu geben suchte, daß er den Herrn von Tausch immer wieder als enragirten Bismarckanhänger bezeichnete. Er mußte sich sagen lassen, daß von Tausch diese Bismarckfreundlichkeit dadurch bewiesen habe, daß er einem Bismarckblatte eine schlimm-sensationelle Nachricht aufhängen wollte. Die Thatsache, daß Herr von Tausch sich an die Herren Harden und Liman als Rathbegehrender gewandt hat, beweist gar nichts für den Zusammenhang der Bismarckpresse mit Herrn von Tausch."

Und in der „Deutschen Tagesztg." heißt es:

„Vor allen Dingen kann man nicht scharf genug betonen, daß die Be-

hauptungen der freisinnigen und socialdemokratischen Presse, die sogenannte Bismarckfronde und ihre Presse hätten politische Intriguen und Zettelungen angestellt, und diese Zettelungen würden jetzt ans Tageslicht kommen, sich als reine Verleumdungen erwiesen haben. Es war wahrlich nicht nöthig, daß der Wirkl. Legationsrath Dr. Hammann Bismarck und seine Anhänger in Schutz nehmen zu müssen glaubte. Wenn man von einem politisch unwürdigen Verhalten reden will, so kann ein solches nur auf derjenigen Seite gefunden werden, die jetzt und früher den Fürsten Bismarck auf das Schärfste bekämpft hat."

Wir schließen hier gleich an, was **Maximilian Harden** über die Haltung des Staatssecretairs des Auswärtigen Amtes **Freiherrn von Marschall** in diesem Processe in der „Zukunft" vom 12. Juni ausführt. Er schreibt:

Wenn man jetzt die Rede liest, in der Herr von Marschall am 5. Februar im Reichstag das eigene Vollbringen (im Proceß Leckert-Lützow) pries, steht man staunend vor der Fülle der falschen, als falsch und haltlos bündig erwiesenen Behauptungen. Der Staatssecretair hatte erklärt, im Auswärtigen Amt seien „politische Informationen an die Blätter" nur „auf seine ausdrückliche Bestimmung" ertheilt worden; das Gegentheil ist durch beschworene und nicht angefochtene Aussagen festgestellt. Er hat gesagt, Herr von Tausch habe im Ministerium intriguirt, „alle Fäden der Preßintriguen in seinen Händen gehalten", habe „Schurkenstreiche" und „Infamien" verübt und sei zu den großen Dieben zu zählen, die man nicht laufen lassen dürfe; die Zeugenaussagen der Herren von Bronsart, von Köller, von Windheim, Gaede und Friedheim und der Gerichtsspruch haben gezeigt, daß diese Angaben sämmtlich der Wahrheit widersprechen. Er hat sich gerühmt, „die ziemlich verworrenen Fäden dieser Intrigue entwirrt zu haben", hat verkündet, er halte jetzt „alle Fäden der Treibereien" in seiner Hand und besitze „bestimmte thatsächliche Beweismomente", die seine Behauptungen stützen könnten; von diesen Mittheilungen ist keine einzige bestätigt worden: der Staatssecretair hat nichts entwirrt, hält keinen noch so dünnen Faden in seiner starken Hand und konnte dem Schwurgericht nicht das winzigste Beweismaterial liefern. Er hat gesagt, es sei schon deshalb seine Pflicht gewesen, die Sache in die Oeffentlichkeit zu bringen, weil sonst die Socialdemokraten mit Enthüllungen hervorgetreten wären; Herr Bebel hat als Zeuge offen und ehrlich bekundet, daß die Socialdemokraten von den Dingen, um die es sich handelte, nicht das Geringste wußten. Er hat wiederholt und nachdrücklich bestritten, daß Herr Gingold-Staerk, der frühere Redacteur des „Berliner Tageblattes", mehr als zweimal im Auswärtigen Amt empfangen worden sei; Herr Gingold hat unter seinem Eid ausgesagt, er sei wöchentlich mehrmals von den verschiedensten Herren des Amtes — er nannte fünf und ließ andere ahnen — empfangen worden, außer ihm seien noch andere Redacteure des Tageblattes dieselbe Straße gegangen, und Herr Levysohn habe mit Herrn von Holstein freundliche Beziehungen unterhalten. Und schließlich hat Herr von Marschall alle Leute, die „draußen" sein Verfahren getadelt hatten, in den dunklen

Begriff eines „Chores der Beschädigten" zusammengefaßt, also angedeutet, diese Leute hätten mit einer unsauberen Sippe gegen ihn gemeinsame Sache gemacht und seien nun schmählich compromittirt; auch diese im sicheren Schutzgehege des Reichstages ausgesprochene Collectivverdächtigung ist vor Gericht als durchaus unwahr und leichtfertig erfunden erwiesen worden. Wenn ein Privatmann, der sich nicht des Vorrechtes der Immunität erfreut, erweislich unwahre Thatsachen ausspricht, die geeignet sind, Andere in der Meinung ihrer Mitmenschen herabzuwürdigen, muß er ins Gefängniß wandern. Wenn ein Minister, der in jedem Augenblick die Möglichkeit besserer Informationen hat, so schlimm entgleist, fragt man ganz ernsthaft noch, ob er im Amt bleiben kann.

Nur der Monarch hat in dieser Frage die Antwort zu finden, er ganz allein. Eine andere Frage aber können auch wir nun beantworten, da wir Herrn von Marschall im hellen Licht der von ihm so innig geliebten Oeffentlichkeit zum ersten Male an der Arbeit gesehen haben. Ein Mann, der mit solchen Mitteln einen solchen Zweck zu erreichen strebt, der für den Werth des Unwägbaren so völlig blind, so ganz und gar unfähig ist, aus der Menge des Möglichen das Nothwendige und Nützliche zu wählen, hat sich vergebens bemüht, ein Staatsmann zu werden: er ist der eifrige Staatsanwalt geblieben, der Staatsanwalt an einem kleinen Landgericht, der sich in subalterner Uebung gewöhnt hat, alle Händel dieser Erde aus dem engen Gesichtskreis eines Criminalprocesses zu betrachten, und ein großes Reich in Unruhe stürzt und vor dem hämisch schmunzelnden Auslande compromittirt, um ein paar kleine Kläffer in den Käfig zu scheuchen. Ein solcher Mann mag ein Muster bürgerlicher Tugenden sein; eine Völkergemeinschaft, deren Geschäfte er mit der Gewandtheit und Voraussicht besorgt, die er auf seinem eigensten Gebiet jetzt bewiesen hat, ist dem sicheren Untergange geweiht... Muß es denn gerade das Deutsche Reich sein? Herr von Marschall ist, seit er in der Wilhelmstraße wohnt, wirklich liberal genug geworden, um in Baden seine unglückliche Leidenschaft für die Politik, ohne Schaden zu stiften, stillen zu können.

* *
*

Ueber unsere auswärtige Politik wird den „Leipziger Neuest. Nachrichten" am 11. Juni von unterrichteter Seite geschrieben:

> In der officiösen Presse wird wiederholt versichert, daß die deutsche auswärtige Politik in der Orientfrage von Tag zu Tag mehr reussire und die „Führung" erlange. Wir sind nicht in der Lage, diese Behauptungen hier einer Kritik zu unterziehen; es liegt auch kein Bedürfniß dazu vor. Sehr viel mehr würde es uns interessiren, Auskunft darüber zu erhalten, welche Stellung Deutschland der Annäherung gegenüber einnimmt, die sich zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn vollzogen hat. Unsere Beziehungen zu Rußland bilden das Fundament der gesammten auswärtigen Politik des Reiches, und es ist selbstverständlich, daß dieselben wesentlich von den Abmachungen berührt werden, die zwischen St. Petersburg und Wien getroffen werden.

Die Zeiten, wo Deutschland nach dem Ausspruch des Fürsten Bismarck ohne Bedenken Alles acceptiren konnte, was zwischen den beiden anderen Kaiserstaaten vereinbart wurde, haben doch einen Wandel erfahren. Seitdem der deutsch-russische Neutralitätsvertrag nicht mehr besteht, ist Deutschland nicht mehr in der Lage, je nach Bedürfniß die russische oder die österreichische Seite seiner Beziehungen stärker in den Vordergrund treten zu lassen und damit seinen Einfluß auf den Gang der europäischen Politik zu dem maßgebenden zu machen. Deutschland war mit dem Abbruche seines festen Verhältnisses zu Rußland zunächst bis zu einem gewissen Grade in den europäischen Fragen à la merci von Oesterreich-Ungarn gestellt, wenn es nicht isolirt bleiben wollte. Oesterreich hat nicht gezögert, schon damals die ihm günstige Conjunctur entsprechend auszunutzen, wie die seiner Zeit gehaltenen Reden des Grafen Kalnoky mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit bewiesen haben. Aus dem Tone, in dem sie im Pester Parlament gehalten wurden, aus der Ueberlegenheit, mit der er die Intimität, welche der Donau-Kaiserstaat zu dem russischen Reiche hergestellt habe, hervorhob, ging schon damals die Genugthuung hervor, die man in Wien und Pest darüber empfand, daß man aus dem doppelten Schach, welches von Berlin und St. Petersburg aus geboten werden konnte, in Folge der Caprivi'schen Absage an Rußland herausgekommen und nun selbst in die glückliche Lage gelangt sei, in der sich früher Deutschland befand, nämlich: durch seine eigenen Beziehungen zu St. Petersburg auf Berlin drücken zu können. Im Laufe der Jahre und mit der allmählichen Rückkehr der deutschen auswärtigen Politik in die leider verlassenen Bahnen der Pflege guter Beziehungen zu Rußland hatte sich hierin eine leise Besserung der Sachlage zu Gunsten Deutschlands angebahnt, wenn auch das alte Vertrauensverhältniß zwischen Berlin und Petersburg nach den gemachten Erfahrungen nicht wieder herzustellen war. Da kam plötzlich, und wie wir zu wissen glauben, ziemlich unerwartet die Reise des Kaisers Franz Joseph nach Rußland und mit ihr die Declaration der erfolgten Herstellung einer gemeinsamen Operationsbasis zwischen beiden Kaiserstaaten, zunächst bezüglich der Behandlung der Orientfragen. Ob dieses Einverständniß weiter geht, wissen wir nicht, halten es aber für durchaus erforderlich, nähere Auskunft zu erlangen, vor allen Dingen auch darüber, ob die Entente cordiale, die jetzt zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn besteht, unter Betheiligung des Deutschen Reiches, mit Vorwissen und Billigung desselben hergestellt ist, oder nicht. Unsere Officiösen behaupten es, aber das ist kein Beweis, bei dem wir uns beruhigen könnten; dazu sind unsere Beziehungen in Rußland für uns zu wichtig.

Wir sind zwar nicht der Ansicht, daß es eine Aufgabe des deutschen

Reichstages sein könnte, auf dem Wege der öffentlichen parlamentarischen Interpellationen die mangelnde Klarheit hierüber herbei zu führen. Dazu sind die Dinge, um die es sich dabei handelt, zu heikel und von zu discreter Natur, aber vielleicht bietet sich auf anderem Wege die Möglichkeit, ohne Schaden mehr Klarheit über den Stand der Dinge zu erlangen, als jetzt vorliegt. Es ist immerhin auffällig, daß diejenigen Blätter, die sonst vor der öffentlichen Behandlung der schwierigsten Probleme der auswärtigen Politik nicht zurückschrecken, sich über den Stand der Dinge in Bezug auf das russisch-österreichische Einvernehmen fortgesetzt in tiefes Schweigen hüllen. Giebt es hier etwas zu verbergen? Wir hoffen es nicht; aber wir möchten Gewißheit darüber haben.

Wir erinnern uns des Artikels 8 der Reichsverfassnug, der von dem Bundesrathsausschusse für Auswärtige Angelegenheiten handelt. Derselbe soll aus den Bevollmächtigten der Königreiche Bayern, Sachsen, Württemberg und aus zwei vom Bundesrathe alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten gebildet werden. Er hat die Befugniß, über stattgehabte diplomatische Verhandlungen aller Art Auskunft zu fordern. Früher gehörte die Berufung dieses Bundesraths-Ausschusses zu den größten Seltenheiten. Dies hatte seinen Grund in dem Umstande, daß damals der unübertroffene Minister der deutschen Diplomatie, Fürst Bismarck, die auswärtige Politik des Deutschen Reiches leitete und Niemand das Bedürfniß empfand, die politischen Geschäfte, die er machte, zu controlliren. Heute liegt die Sache doch anders, und ohne dem Fürsten zu Hohenlohe oder Herrn von Marschall in ihren Leistungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu nahe treten zu wollen, haben wir doch die Empfindung, daß es nothwendig ist, sich der Existenz dieses Bundesraths-Ausschusses zu erinnern. Er ist dazu da, um Mittheilungen über die auswärtigen Beziehungen des Deutschen Reiches zu empfangen und die Ansichten der Einzelregierungen über diese Mittheilungen auszutauschen, also um die Bundesregierungen über den Stand der auswärtigen Politik zu informiren, ihre Ziele und Wege erörtern zu lassen. Wir glauben, daß mit der Erfüllung dieser verfassungsmäßigen Bestimmung dieses Bundesraths-Ausschusses dem deutschen Interesse gedient wäre. Wir sind der Ansicht, daß das deutsche Volk ein Recht darauf hat, zu erfahren, worin die „Aenderungen" bestehen, die, wie es seiner Zeit in den officiösen österreichischen Journalen hieß, in dem Verhältnisse zwischen Wien und St. Petersburg eingetreten sind. Wir wollen hoffen, daß sie nicht auf Kosten Deutschlands erfolgt sind und wir uns nicht in der Lage befinden, entweder isolirt zu sein oder in österreichisch-russischer Abhängigkeit zu stehen. Es giebt aber Leute von hoher politischer Autorität, die in dieser Beziehung nicht frei

von Besorgniß sind. Sie mögen sich irren und wir wünschen es; aber wir haben aus triftigen Gründen Anlaß, volle Klarheit über die Stellung zu wünschen, in der sich Deutschland zur Zeit dem österreichisch-russischen Einvernehmen gegenüber befindet.

Mit diesen Ausführungen war die ungarische Presse durchaus nicht einverstanden. Ihr antworteten die „Hamb. Nachr." am 16. Juni (M.-A.) unter der Ueberschrift „Ungarische Auffassungen" Folgendes:

Die ungarischen Blätter polemisiren gegen einen Artikel, der dieser Tage in den „Leipziger Neuest. Nachr." über die deutsche auswärtige Politik erschienen ist und den wir in der Preßübersicht unserer letzten Sonnabend-Morgennummer mitgetheilt haben.

Der „Pester Lloyd" sagt im Verlaufe seines Artikels, die Bündnißpolitik des Fürsten Bismarck sei mit den Bedingungen und Voraussetzungen einer ehrlichen Allianz schlechterdings nicht vereinbar gewesen und hätte darum nothwendiger Weise mit demselben Augenblicke zusammenbrechen müssen, als der Fürst der Werkstätte seines Wirkens entrückt worden wäre. Der Leipziger Artikel enthalte das Eingeständniß, daß Fürst Bismarck mit Rußland einen Pact abgeschlossen habe, um auf das verbündete und befreundete Oesterreich-Ungarn einen Druck ausüben zu können. Oesterreich-Ungarn und Rußland hätten sich nunmehr in den Ideen der Friedenserhaltung und der Wahrung des status quo auf dem Balkan zusammengefunden; der deutsche Kaiser aber hätte, „weil er deutsche und nicht Bismarckische Politik gemacht habe", direct und in durchaus dankenswerther Weise die entente cordiale gefordert.

Letztere Angabe entzieht sich unserer Kritik. Im Uebrigen aber können wir dem Pester Artikel das Zeugniß nicht versagen, daß er von ganz außergewöhnlicher Insolenz ist. Wir lassen die Lächerlichkeit, die in der Beschuldigung liegt, Fürst Bismarck habe keine deutsche Politik getrieben, auf sich beruhen; das Blatt verwechselt die deutsche Politik offenbar mit der ungarischen. Letztere hat Fürst Bismarck allerdings niemals getrieben; aber wenn der erste Kanzler, wie wir glauben, deutsche, d. h. solche Politik gemacht hat, die den deutschen Interessen förderlich gewesen ist, so ist es doch eine ganz unerhörte Dreistigkeit von dem „Pester Lloyd", dem deutschen Kaiser zu imputiren, er treibe eine andere als Bismarck'sche Politik. Offenbar hat der Unmuth über den Leipziger Artikel und die willkürliche Annahme, daß er Friedrichsruher Ursprungs sei, dem „Pester Lloyd" die Fähigkeit zum logischen Denken geraubt. Die Erregung, die sich bei ihm bemerkbar macht, ähnelt auf ein Haar derjenigen, die sich bei Gelegenheit der Enthüllungen über den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag der ungarischen Blätter bemächtigt hatte. Daraufhin möchten wir eigentlich vermuthen, daß die Ausführungen des Leipziger Blattes weit mehr ins Schwarze getroffen haben, als wir selbst

angenommen hatten. Es waren in dem Artikel gewisse Befürchtungen bezüglich des intimen Einverständnisses ausgesprochen, das zwischen Rußland und Oesterreich heute besteht und das an Stelle des Verhältnisses getreten zu sein scheine, welches früher zum Vortheil Deutschlands zwischen ihm, Oesterreich-Ungarn und Rußland bestanden habe, ehe es als zu complicirt aufgegeben wurde. Daß diese Befürchtungen berechtigt sind, wünschen wir so wenig wie das Leipziger Blatt durch die Zukunft bestätigt zu sehen; aber ihre Discussion einfach mit „Entrüstung" abzulehnen, wie es die Ungarn thun, das geht doch zu weit und öffnet unliebsamen Vermuthungen erst recht Thür und Thor.

Wenn der „Pester Lloyd" sagt, die Politik des Fürsten Bismarck sei mit einer ehrlichen Bündnißpolitik schlechterdings nicht zu vereinen gewesen, so beweist das übrigens lediglich Gedächtnißschwäche. Die ungarische Presse hat doch unseres Wissens niemals in Abrede gestellt, daß Oesterreich-Ungarn mit dem deutschen Reiche und Rußland an dem sogenannten Dreikaiserbündniß betheiligt gewesen ist. Dasselbe versprach aber, wenn wir recht unterrichtet sind, die wohlwollende Neutralität bei jedem Angriffe, dem eine der betheiligten drei Mächte von einer vierten ausgesetzt sein könnte, also beispielsweise bei einem französischen Angriffe auf Deutschland, bei einem englischen oder türkischen auf Rußland. War es in praxi eigentlich etwas anderes, als was der deutsch-russische Vertrag von 1887 stipulierte, um den europäischen Frieden sicher zu stellen, wenn Oesterreich-Ungarn die wohlwollende Neutralität im Falle eines englischen Angriffes auf Rußland zusicherte oder eines türkischen? Das Dreikaiserbündniß hat, soviel wir wissen, im Jahre 1887 sein Ende erreicht ohne erneuert zu werden. Es waren damals vorübergehend erregte Stimmungen vorhanden. An Stelle des abgelaufenen Dreikaiserbündnisses trat die bekannte deutsch-russische Rückversicherung, die aber in der Hauptsache dasselbe Resultat hatte; für Deutschland nämlich die Sicherheit gegen ein russisch-französisches Bündniß im Falle eines französischen Angriffs auf Deutschland, während für Oesterreich-Ungarn damit der Vortheil verknüpft war, daß die Möglichkeit ausschied, Deutschland militairischen Beistand für den Fall leisten zu müssen, sobald ein französischer Angriff durch Rußland unterstützt würde. Die Sachlage war mithin nach allen Richtungen hin so günstig wie möglich. Ob sie es jetzt nach Erlöschen des deutsch-russischen Abkommens noch in dem früheren Maaße ist, lassen wir dahingestellt sein.

* * *

Eine größere Zahl Zuckerindustrieller hatte am 17. Juni Nachmittag die Freude, den Altreichskanzler Fürsten Bismarck begrüßen zu dürfen. Der Fürst war frisch und rüstig und antwortete auf die an ihn gerichtete Ansprache mit freundlichen Worten.

* * *

Am 19. Juni kam der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin als Gast des Fürsten Bismarck zu kurzem Aufenthalte nach Friedrichsruh. Den „Hamb. Nachr." wurde von dort über den Besuch berichtet:

Se. Kgl. Hoheit der Herzog-Regent von Mecklenburg-Schwerin Johann Albrecht beendete seinen mehrtägigen Hamburger Aufenthalt durch einen Act der Pietät, indem er, seine Weiterreise nach Schwerin unterbrechend, dem Altreichskanzler im nahegelegenen Friedrichsruh einen Besuch abstattete. Zum Abschiede von Hamburg hatten sich am Sonnabend gegen 11½ Uhr Vormittags vor dem Berliner Bahnhofe der greise Bürgermeister Dr. Versmann und Freiherr Heinr. von Ohlendorff nebst Sohn und Neffen eingefunden. Der Regent, der sich kurze Zeit darauf in Begleitung seines Flügel-Adjutanten Grafen von der Schulenburg einfand, verabschiedete sich von den genannten Herren in liebenswürdigster und herzlichster Weise durch Händedruck und bestieg sodann mit seiner Begleitung den Salonwagen, der um 12½ Uhr genau vor dem Schloßthore in Friedrichsruh anhielt. Die Grafen Rantzau und Herbert Bismarck begrüßten den Regenten ehrerbietigst, als er den Wagen verließ. Einige Schritte weiter, am Schloßthore, stand der Schloßherr von Friedrichsruh im schwarzen Gehrock, mit weißer Halsbinde und dem weltbekannten Schlapphute, ganz so, wie ihn Lenbach so oft gemalt. Der alte Fürst verbeugte sich tief, der Regent schüttelte ihm herzlich beide Hände, und alle Herren begaben sich in den Schloßhof; am Eingang des Schlosses machten die Gräfin Rantzau und die Gräfin Herbert Bismarck die Honneurs.

Der Regent beabsichtigte, die Weiterreise mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 2 Uhr 10 Min. anzutreten, es waren somit reichlich 1½ Stunden Zeit für den Besuch zur Verfügung. Mittlerweile hatten sich eine ziemlich große Menge Verehrer des Fürsten vor dem Schloßportale eingefunden, u. a. einige Familien aus den Vereinigten Staaten, Deutsch-Amerikaner, einige Herren aus Holland, begeisterte Anhänger des Altreichskanzlers, wie sie sich nannten, ein alter, fast ganz tauber Herr mit dem eisernen Kreuze, der, wie er erzählte, den Fürsten seit dem Tage von Gravelotte nicht mehr erblickt hatte, zwei höhere Classen einer Altonaer Realschule und ein Photograph. „Schon wieder so ein Kasten!" äußerte der Fürst, als er des unvermeidlichen Mannes mit dem Momentapparat ansichtig wurde. Kurz nach 2 Uhr öffneten sich wiederum die Pforten. Der Herzog-Regent, begleitet von seinem Flügel-Adjutanten und geleitet von dem Grafen Rantzau und Herbert Bismarck, schritt seinem Salonwagen zu, der auf dem Geleise bereitstand, ehrfurchtsvoll von allen Anwesenden begrüßt. Kaum aber hatte der Regent nach kurzem herzlichen Abschiede von den beiden Herren seinen Wagen bestiegen, als mit erstaunlicher Rüstigkeit und Frische der Altreichskanzler verhältnißmäßig rasch

aus dem Schlosse daherkam, an den Salonwagen heranging und dort, den Kopf entblößend, Halt machte. Vergebens bat der Regent in sehr ehrerbietigem und dringendem Tone den Fürsten, sich doch zu bedecken, hinzufügend: „Durchlaucht werden sich erkälten!" aber dieser wies hartnäckig auf die angeblich milde Luft hin (leider war es kühl und begann zu regnen), und es bedurfte des Einflusses der beiden Gräfinnen Rantzau und Herbert Bismarck, die hinzutraten, um den Fürsten zum Wiederaufsetzen des Hutes zu bewegen. Inzwischen setzte sich der Zug in Bewegung, der Fürst meinte scherzend zum Regenten „langsam geht's an", dieser dankte seinem hohen Wirthe durch ein wiederholtes sehr herzliches „Tausend Dank, Durchlaucht!" Aus den Fenstern des Zuges, dem der Salonwagen unterdessen angehängt worden war, sahen Hunderte von Köpfen hervor, Taschentücher wurden geschwenkt, brausende Hurrahrufe erfüllten die Luft und bald war der Zug verschwunden. Der Fürst wandte sich jetzt an die ihn umdrängenden Umstehenden, besonders an die Altonaer Realschüler, nach Woher und Wohin fragend und ob sie auch im Sachsenwalde gewesen seien; ein älterer Herr rief mit schallender Stimme: „Gott erhalte Eure Durchlaucht noch viele, viele Jahre!" wofür der Fürst sich lebhaft bedankte. Sein Aussehen war wundervoll, sein Auge klar und lebhaft, die Stimme kräftig, der Gang aufrecht, alles in allem machte der Fürst in keiner Weise den Eindruck eines Zweiundachtzigjährigen.

* * *

An demselben Tage empfing Fürst Bismarck den Major von Tiedemann-Seeheim,[1]) den ersten Vorsitzenden des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken, in Friedrichsruh, der ihm die dankbaren Grüße des genannten Vereins darbrachte. Der Fürst, der sich großer körperlicher und geistiger Frische erfreute, bekundete rege Antheilnahme an den Aufgaben und Arbeiten des Vereins, wünschte dessen nationalen und wirthschaftlichen Bestrebungen weiteres kräftiges Gedeihen und entbot den Vereinsmitgliedern herzliche Grüße.

* * *

Ueber die Haltung ungarischer Politiker gegenüber dem Fürsten Bismarck wird den „Berl. N. Nachr." aus Pest geschrieben:

Fürst Bismarck hat bei den Magyaren stets zu den bestgehaßten Männern gehört, wenigstens seit dem Jahre 1871, wo er ihre heißen französischen Sympathien so schwer verletzte und später, wo er ihren russischen Antipathien gar nicht Rechnung trug. Auch nach dem Scheiden des ersten deutschen Reichskanzlers aus dem Amte wurde ihm in Ungarn diese feindselige Stimmung getreulich bewahrt. Eine kurze Unterbrechung war nur nach dem Abschlusse des Bündnisses mit dem Grafen Julius Andrassy eingetreten.

---

[1]) Nicht Herrn von Hansemann, wie Horst Kohl Bismarck-Jahrbuch V, S. 330 angiebt.

Mit ganz besonderer Wonne hat — natürlich erst seit der Urheber der deutschen Einheit sie nicht mehr amtlich zu vertreten hat — der „Pester Lloyd", der große Virtuose in der Anschmiegung an herrschende Gewalten, seine Galle über den Einsiedler von Friedrichsruh ergossen, sobald sich nur eine Gelegenheit dazu bot, so bei der Veröffentlichung des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages und bei einer treffenden Charakterisirung des magyarischen Größenwahns in den „Hamburger Nachrichten".

Solch eine willkommene Veranlassung ist der Artikel eines Leipziger Blattes [1]) über Entente cordiale zwischen Rußland und Oesterreich seit dem Besuch Kaiser Franz Joseph's in St. Petersburg, durch welchen der „letzte Rest der Bismarckischen Bündnißpolitik hinweggeschwemmt worden sei". Das Organ der Pester Börse und Kornhalle, dessen politisch ohne Zweifel brillant veranlagter und erfahrener Redacteur als langjähriger Referent der ungarischen Delegation über das Budget der äußeren Angelegenheiten die Politik des Grafen Kalnoky beziehungsweise des Dreibundes verherrlicht hatte, findet nun auf einmal, „es sei ein gutes Zeichen für die österreichisch-ungarische äußere Politik, wenn Fürst Bismarck sich über dieselbe ärgere, wie man jetzt auf dem Umwege über die große Seestadt Leipzig erfahre."

Die politische Moral des bis in die letzte Faser opportunistischen Blattes findet die Politik der zwei Eisen im Feuer unvereinbar mit einer solchen Allianz, bezeichnet sie als heimtückisch und verrätherisch, wogegen die auf der Friedenserhaltung und auf der Wahrung des Status quo auf dem Balkan beruhende Entente cordiale vom Kaiser Wilhelm gefördert worden sei. „Pesti Naplo" stimmt in denselben Ton ein, erklärt das Einverständniß (??) Bismarck's, daß er durch das Rückversicherungsbündniß auf Oesterreich-Ungarn drücken wollte (?), für erstaunlich cynisch und macht dagegen den gegenwärtig leitenden Männern der deutschen Reichsregierung ein Compliment für die Loyalität ihres Vorgehens und die Aufrichtigkeit ihrer Aeußerungen. „Budapesti Hirlap" erklärt die Auslassung des Leipziger Blattes alberner oder perfider Weise aus dem angeblichen Hasse des abgedankten Kanzlers gegen seinen Kaiser. — Der Haß gegen den Fürsten Bismarck ist eben ein besonderer Ausdruck des magyarischen Deutschenhasses.

* * *

Zwei Glückwunschbriefe des Fürsten Bismarck sind bekannt geworden vom 24. Juni. Der erste ist an den Oberingenieur Friedr. Andr. Meyer in Hamburg gerichtet zum 25jährigen Dienstjubiläum; er lautet:

Friedrichsruh, den 24. Juni 1897.

Geehrter Herr und Freund,

ich bitte Sie, an dem Tage, an dem Sie auf eine fünfundzwanzigjährige, von Erfolgen reich gesegnete Thätigkeit in dem Dienste Ihrer großen Vaterstadt zurückblicken, meinen herzlichen Glückwunsch entgegen zu nehmen. Der Ihrige

v. Bismarck.

---

[1]) Die „Leipziger Neuesten Nachrichten", vgl. oben den Artikel vom 11. Juni 1897 (S. 307 ff.) und den der „Hamb. Nachr." über „Ungarische Auffassungen" (S. 310 f.).

Der glückliche Empfänger des zweiten Briefes war der Amtsrath von Dietze auf Barby; den Anlaß bot das 50jährige Jubiläum als Domainenpächter. Der Fürst schrieb:

Friedrichsruh, den 24. Juni 1895.

Ich bitte Sie, verehrter Freund, bei Ihrem heutigen Rückblick auf 50 Jahre ehrenvoller und erfolgreicher Thätigkeit meinen herzlichen Glückwunsch und meinen Dank für Ihr unwandelbares Wohlwollen entgegen zu nehmen. v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." reproduciren am 25. Juni einen Artikel der „Dresdener Nachr.":

Unter der Ueberschrift „Aufrechterhaltung der Reichsverfassung" veröffentlichen die „Dresdner Nachrichten" bemerkenswerthe Ausführungen, die sich mit den Ansichten, die wir in dieser Beziehung jahrelang vertreten haben, decken:

Die „Nordd. Allg. Ztg." weist die Behauptung zurück, daß Fürst Hohenlohe beabsichtige, sich auf das Altentheil der auswärtigen Angelegenheiten zurückzuziehen, die ausschließliche Leitung der inneren Politik aber anderen Händen zu überlassen. Im Interesse der Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Zustände des Deutschen Reiches ist zu wünschen, daß das Dementi des officiösen Blattes zutrifft. Der Versuch, den jetzigen Reichskanzler, bei dem wir niemals Geschäftsüberbürdung angenommen haben, dadurch zu entlasten, daß man ihm die Geschäfte der inneren Reichsverwaltung und die Verantwortlichkeit dafür abnimmt, würde nicht durchzuführen gewesen sein, ohne daß die ganze Kanzlerverfassung, die einen wesentlichen Theil der Reichsconstitution bildet und sich bewährt hat, durchlöchert worden wäre. Wir sind ganz damit einverstanden, daß die „volle Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Regierung" im Reiche wie in Preußen wieder hergestellt und gleichzeitig der hohe Grad von Selbstständigkeit beseitigt wird, dessen sich die Leiter der dem Reichskanzler unterstellten Reichsämter in letzter Zeit zu erfreuen hatten; aber das dazu geeignete Mittel besteht nicht in einer Loslösung des Reichskanzlers vom preußischen Staatsministerium, wie sie angeblich bei der Durchführung der Vicekanzlerschaft beabsichtigt sein sollte, sondern umgekehrt in der Restitution des ursprünglichen innigen Zusammenhanges des Kanzlers mit dem preußischen Staatsministerium; diesen halten wir für gelockert und erblicken darin eine der Hauptursachen der Verworrenheit und der Mißstände, die in den höheren Regierungskreisen des Reiches und Preußens im Laufe der letzten Jahre zu Tage getreten sind. Ohne diesen innigen Zusammenhang mit dem preußischen Ministerium hat der Reichskanzler entweder keinen Halt und schwankt hin und her, oder er nimmt eine Stellung ein, die ihm nicht zukommt. Wenn er thatsächlich mit Geschäften bis zum Uebermaße überlastet ist, so bietet das Stellvertretungsgesetz genügend Mittel und Wege dar, dem abzuhelfen. Die Gefahr, die darin liegt, daß die Substituten ihren Vor-

gesetzten über den Kopf wachsen und als selbstständige Reichsminister mit eigener politischer Ueberzeugung und Initiative auftreten, kann jeder Reichskanzler, der für sein Amt das größte Maaß von Autorität, Energie und Leistungsfähigkeit mitbringt, leicht beheben. Unter dem Fürsten Bismarck sind derartige Klagen über das Ueberwuchern der Staatssecretaire nie vorgekommen, obgleich selbst er bekanntlich unter Geschäftsüberbürdung, Friktionen und inneren Widerständen genug zu leiden hatte. Jede Bifurcation der Reichskanzlerschaft wird, einmal eingeführt, durch das Schwergewicht der Thatsachen zunächst de facto den Functionen zweier Kanzler gleichkommen. Damit würde aber ein weit stärkerer Ansatz zur Bildung von selbstständigen und verantwortlichen Reichsministerien gegeben sein, als er bisher in der Institution der Staatssecretaire und Stellvertreter vorlag. Wenn man den jetzigen Kanzler von der Verantwortung für die innere Politik durch Uebertragung derselben auf einen Vicekanzler befreien wollte, welcher dadurch in Wirklichkeit nicht nur preußischer Ministerpräsident, sondern auch der Leiter der inneren Angelegenheiten des Reiches und der Chef aller Reichsämter würde, so müßte dieser erste Schritt vom Wege der reinen Kanzlerverfassung sehr bald dazu führen, daß die Nothwendigkeit einer weiteren Theilung der Aemter nach Maßgabe der üblichen Ministerressorts sich herausstellte und dann mit principiellen verfassungsrechtlichen Gründen nicht mehr abzuwehren wäre. Wir hätten dann Reichsminister, und die Depossedirung des Bundesraths, d. h. die Beseitigung des föderativen Charakters des Deutschen Reiches würde unvermeidlich sein. Die Mitwirkung der Einzelstaaten an der gemeinsamen Reichspolitik würde mit der Zeit ganz aufhören, und die unitarische Tendenz der Reichsministerien würde die auf ihre Selbständigkeit bedachten Einzelstaaten zum Widerstande reizen und damit das feste Gefüge des Reiches lockern. Deshalb: principiis obsta!

Außerdem wird bei der jetzigen Diskussion der Ministerfragen die Stellung des Reichskanzlers in einer Weise aufgefaßt, die mit ihrer verfassungsmäßigen Bestimmung nicht in Einklang zu bringen ist. Man geht davon aus, daß die Politik für das Deutsche Reich durch den Reichskanzler und nur durch ihn persönlich vertreten werde. Das ist irrthümlich. Die Verantwortlichkeit für unsere Politik beruht auf der Gesammtheit der deutschen Staatsministerien und ihren Instruktionen an ihre Bundesrathsbevollmächtigten, aber nicht auf der Persönlichkeit des jedesmaligen Reichskanzlers. Die Verantwortlichkeit des Letzteren reicht nicht weiter als die Competenz des Präsidiums, welches vom Könige von Preußen mit dem Kaisertitel geführt wird. Verfassungsmäßig ist der Reichskanzler oberster Chef der Reichsverwaltung und aller Aemter derselben; in der Reichsgesetzgebung aber hat er gar nichts zu sagen, soweit er nicht als Bevollmächtigter des preußischen Staatsministeriums spricht, wozu er Mitglied des letzteren sein muß. Ist er dies nicht, und hat er die Vollmacht des preußischen Staatsministeriums nicht, sondern nur den Reichskanzlerposten, so steht ihm nichts als der formale Vorsitz und die Geschäftsleitung im Bundesrathe zu. In Fragen der Gesetzgebung hat er zu schweigen, und der Mund auf diesem Gebiet wird ihm erst geöffnet, wenn er als Bevollmächtigter des preußischen Staats-

ministeriums spricht. In dieser Eigenschaft aber ist er nicht berechtigt, eine andere Meinung als die des preußischen Staatsministeriums zu vertreten, und er muß entweder der Zustimmung seiner preußischen Collegen, wie das in den einfachen Dingen regelmäßig der Fall sein wird, ohne Rückfrage gewiß sein, oder er muß mit einem Conclusum der Majorität des preußischen Staatsministeriums im Bundesrathe sitzen, resp. dort mit den übrigen deutschen Regierungen in seiner Eigenschaft als preußischer Minister für deutsche Angelegenheiten verhandeln. Die ganze legislative Bedeutung des Reichskanzlers steht und fällt mit seiner Eigenschaft als Mitglied des preußischen Staatsministeriums. Sobald er sich von diesem geschäftlich trennt, dessen Instructionen weder kennt, noch einholt, sondern dem Bundesrathe und den deutschen Regierungen „selbstständig als Kanzler" gegenübertritt, ohne das preußische Staatsministerium hinter sich zu haben, verläßt er den Boden seiner verfassungsmäßigen Competenz und würde, wenn ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz auch nur in Preußen bestünde, nach Maßgabe desselben gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden können.

Aus dieser zweifellosen verfassungsrechtlichen Stellung des Reichskanzlers ergiebt sich zur Evidenz, daß eine Vertheilung seiner jetzigen Competenz und Verantwortlichkeit auf mehrere Persönlichkeiten, einerlei welche Amtstitel dieselben führen würden, wegen des Zusammenhanges von Verwaltung und gesetzgeberischer Initiative in den obersten Regionen der Regierung nicht durchführbar ist, ohne daß vorher die Befugnisse des Reichskanzlers umgestaltet und die Verfassung des Reiches centralistisch reformirt wird, so daß sich die Bundesstaaten nicht mehr beklagen könnten, wenn ihnen statt des bisherigen Reichskanzlers, also statt des ersten und verantwortlichen Verwaltungsbeamten des Kaisers und Ausführers der Beschlüsse des Bundesraths, schließlich selbstständige Reichsminister entgegenträten, die den Bundesrath als fünftes Rad am Wagen erscheinen ließen und die Politik des Reiches nach ihrem Ermessen lenkten, wenn sie die Zustimmung des kaiserlichen Präsidiums dazu hätten.

* * *

Auf der Hohensyburg bei Dortmund fand am 27. Juni eine Erinnerungsfeier an die Huldigung der Westfalen vom 11. Mai 1895[1]) statt. Die Festrede hielt Bürgermeister Dr. Haarmann. Sie hatte nach der „Weser-Ztg." etwa folgenden Wortlaut:

Geehrte Festversammlung! Reichlich zwei Jahre sind verflossen seit dem Tage, an welchem wir hinzogen nach Friedrichsruh, um Deutschlands größtem Sohne zu huldigen. Zwei Jahre bedeuten eine lange Frist in unserer rasch lebenden Zeit. Wenn wir trotzdem immer noch das Verlangen empfinden, uns zu einer Erinnerungsfeier zu versammeln, dann muß der Eindruck, den die Erlebnisse jenes herrlichen Maientages auf uns gemacht haben, ein mächtiger gewesen sein. Und das ist er gewesen in der That.

---

[1]) Vergl. Band VI, S. 201 ff.

Noch heute, als wäre es gestern geschehen, sehen wir ihn heraustreten auf den Altan, noch heute steht er im Geiste vor uns, der gewaltige Mann, hoch aufgerichtet, mit durchdringendem Blicke musternd die Schaaren der Getreuen aus Westfalen, noch heute glauben wir zu hören, wie er zu uns redete und ungeschminkt uns vorhielt die westfälische Eigenart. So viele neue Eindrücke seit jenem Tage auch auf uns eingewirkt haben mögen, keiner hat es vermocht, die Erinnerung an die Westfalenfahrt zum eisernen Kanzler zu verwischen, und eine große Freude ist es für einen Jeden, der mit dabei war, auch heute wieder sein Empfinden austauschen zu können, zu erzählen und sich erzählen zu lassen von den Einzelheiten der unvergeßlichen Stunden bei unserm Bismarck.

Doch es ist mehr als eine Erinnerungsfeier heute, wir haben ein weitergehendes Verlangen, eine neue Huldigung soll es sein, aufs Neue wollen wir in dieser Stunde die Gefühle unserer tiefsten Verehrung und unbegrenzten Dankbarkeit kund thun, weil uns dies ein Herzensbedürfniß, und weil es, so hoffen wir, dem alten Herrn Freude macht.

Ich kann es nicht als meine Aufgabe betrachten, auch nur in kurzen Umrissen ein Bild seines thatenreichen Lebens zu entwerfen und die beispiellosen Erfolge seiner Staatskunst zu feiern. Wozu das auch in diesem Kreise, sagt uns doch schon der bloße Name Bismarck mehr, als die längste Rede; wenn wir den Namen Bismarck hören, dann steht vor unserem geistigen Auge der ganze Mann, wie er auf seinem Posten gestanden hat drei Jahrzehnte hindurch seit dem Tage, an welchem der vielgeschmähte preußische Junker in dem vereinigten Landtage für die Wiederherstellung eines starken Königthums stritt, bis zu der Stunde, in welcher geschah, was nimmer hätte geschehen sollen, und des wiedererstandenen Reiches erster Kanzler hinging in die Stille des Sachsenwaldes. Gerade an der Stätte, an welcher wir jetzt stehen, vor dem Denkmal, das dem ersten Kaiser errichtet wird, glaube ich schweigen zu können von den Thaten Bismarck's, verkündet doch das Denkmal des großen Kaisers auch den Ruhm des großen Kanzlers. Denn die Kaiserkrone, welche Preußens glorreicher König sich aufs Haupt setzte, wer anders hat sie geschmiedet als Bismarck!

Gewiß handeln wir, handelt das deutsche Volk im Sinne des hochseligen Herrn und übernimmt zugleich eine Aufgabe, die er in rührender Anerkennung der Verdienste seines ersten Berathers bis zum Tode durchgeführt hat, wenn es dem Fürsten von Bismarck den Dank bezeugt, auf welchen er sich Anspruch erworben hat durch ein im beständigen Ringen, in unvergleichlicher Hingebung an König und Vaterland zugebrachtes Leben. Auch unser jetzt regierender Kaiser, der erst vor einigen Tagen in Bielefeld von den Westfalen rühmte, daß ihre Treue fester stehe als die ehrwürdigen Grundmauern der Sparenburg, er kann es nur gern sehen, daß diese westfälische Treue gehalten wird auch dem Einsiedler von Friedrichsruh. Und wäre es anders, wir könnten darum doch nicht von unserm Bismarck lassen; wie in der Geschichte, so wird er auch in unseren Herzen unsterblich sein.

Ihn zu verehren verträgt sich auch dann sehr wohl mit unserm monarchischen Gefühle; gerade, weil wir monarchisch gesinnt sind durch und durch, meinen wir Bismarck

um so mehr feiern zu müssen, je weniger Beachtung er an höchster Stelle findet. Denn, dessen sind wir gewiß, kommen wird der Tag, wo alle Verstimmung gehoben sein und das edle Herz unseres Kaisers wieder in Dankbarkeit für den Einiger Deutschlands schlagen wird, wie vordem. Dann wird auch der Kaiser es uns Dank wissen, daß wir den Alten nicht einsam im Sachsenwalde vertrauern ließen, sondern ihm den Lebensabend nach Kräften zu erheitern suchten.

Wer weiß, wie lange wir ihn noch haben, vielleicht nur noch kurze Zeit, daran mahnt das hohe Alter des Heldengreises; wer weiß, wie nahe der Tag, an welchem wir ihm unter Thränen danken müssen. So lange er aber noch unter uns weilt, sei unser Dank ihm dargebracht mit frohem Jubelschall.

Meine Damen und Herren! Der Wunsch, mit welchem unser Kaiser die Begrüßung des Altreichskanzlers zu seinem achtzigsten Geburtstage schloß, der ist heute und alle Tage auch unser Wunsch: „Gott segne und beglücke den Lebensabend des Mannes, welcher immer der Stolz des deutschen Volkes bleiben wird.“ Diesen Wunsch schicken wir zum Himmel; zum fernen Sachsenwalde aber, wo der Liebling des Volkes ausruht von seinen weltbewegenden Thaten, senden wir unsere Grüße, indem wir rufen: „Der eiserne Kanzler, unser Bismarck, er lebe hoch! hoch! hoch!“

Nachdem hierauf die Versammelten die erste Strophe von „Deutschland, Deutschland über alles —“ gesungen hatten, wurde dem Fürsten Bismarck ein telegraphischer Gruß gesandt.

* * *

Ueber Herrn von Marschall wird den „Leipziger Neuest. Nachr.“ am 27. Juni geschrieben:

Die Frage, ob der seitherige Staatssecretair des Auswärtigen, Frhr. von Marschall, wieder in sein Amt zurückkehrt, steht noch offen. Bei aller persönlichen Werthschätzung, die man Herrn von Marschall angedeihen lassen mag, wird man nicht in Abrede stellen können, daß die Niederlegung seines Amtes mehr oder weniger zu einer Nothwendigkeit geworden ist, die sich kaum noch umgehen läßt, und wir würden ihn im Reichsinteresse ohne Bedauern scheiden sehen. Damit soll ihm kein persönlicher Vorwurf gemacht werden. Wenn ihn einer trifft, so ist es höchstens der, daß er seiner Zeit sein Amt übernahm, obwohl er in die Verhältnisse der europäischen Diplomatie auch nicht annähernd genügend eingeweiht war, um die Leitung der deutschen auswärtigen Angelegenheiten aus den Bismarck'schen Händen zu übernehmen, und obwohl er wissen mußte, daß sein damaliger Chef, Graf Caprivi, noch weniger davon verstand, als er selbst. Er mag gehofft haben, sich einzuarbeiten, wobei wir es dahingestellt sein lassen, ob die auswärtigen Beziehungen des Deutschen Reiches das Einüben solcher Anfängerschaft gestatten. Aber es ist ihm nicht gelungen, er ist ungeachtet aller Bemühungen

stets mehr Staatsanwalt als Staatsmann geblieben und hat, wenn es darauf ankam, immer mit den Mitteln des ersteren zu wirken versucht. Zweifellos war er ein ausgezeichneter Redner, aber in der Politik kommt es nicht sowohl auf Beredtsamkeit, als auf richtiges Urtheil und auf Erfolge an. Es ist im Reichsinteresse nicht sowohl daran gelegen, daß der Kutscher, der den Wagen der auswärtigen Politik zu lenken hat, elegant fährt, sondern daß er den Weg genau kennt, wohin die Reise gehen soll. Daß Herr von Marschall dieses Urtheil und diese Kenntniß besessen habe, können wir nicht glauben, sonst würde er als auswärtiger Minister z. B. nicht die Hand zur Vornahme von Actionen geboten haben, die dem allgemeinen Urtheile nach Deutschland Schaden gebracht haben; wir nennen nur den Sansibar-Vertrag mit England und die Nichterneuerung des Neutralitätsabkommens mit Rußland. Die Verkehrtheit dieser Maßregeln hat er nicht erkannt, denn sonst würde er doch wohl gewissenhaft genug gewesen sein, lieber sein Amt niederzulegen, als sie verwirklichen zu helfen. Dasselbe gilt von einigen anderen Entschließungen, welche die deutsche Politik im Laufe der letzten Jahre auf auswärtigem Gebiete getroffen hat, die wir hier aber nicht näher berühren wollen.

Daß sein Verhalten in diesen Angelegenheiten aber hingereicht hätte, ihn in die Position zu bringen, in der er sich jetzt befindet, wird kaum anzunehmen sein. Es bedurfte dazu des Niederbruches, den er mit seinem ganzen System und seiner Anschauungsweise durch die bekannte „Flucht in die Oeffentlichkeit“ erlitten hat. Als er sie begann, wurde ihm — und das war schon ein sehr übles Zeichen — sofort das größte Lob und die wärmste Anerkennung von den clerico-demokratischen und den socialistischen Blättern zu Theil. Nach der ganzen Naturgeschichte dieser Parteien war nicht anzunehmen, daß ihre Parteinahme für Herrn von Marschall dem Gefühl entspringe, er habe dem Staate durch sein Vorgehen einen guten Dienst geleistet. Man mochte zunächst gehofft haben, daß Friedrichsruh durch die Ermittelungen des Processes compromittirt werde, in der Hauptsache aber wird das Verhalten jener Presse den Zugeständnissen zuzuschreiben sein, die Herr von Marschall, entgegen der preußischen Ministertradition, der demokratischen Anschauung durch Herbeiführung des Erscheinens von Reichskanzler, Minister und Botschafter vor den gerichtlichen Schranken als Zeugen gemacht hatte. Jedenfalls mußte die Zustimmung der genannten Preßorgane zu dem Verhalten des Herrn von Marschall sowohl die specifisch preußischen, wie die national-patriotisch gesinnten Schichten der Bevölkerung aufs Neue und in verschärfter Weise mit den nämlichen Besorgnissen erfüllen, wie dies schon früher der Umstand gethan hatte, daß Herr von Mar-

schall, nicht minder wie Herr von Boetticher, den Beifall gerade derjenigen Parteien auf sich zog, deren ehrlicher Wille, die bestehenden Zustände im Deutschen Reiche aufrecht zu erhalten, nicht über allem Zweifel erhaben ist. Es äußerten sich in diesen Kundgebungen für Herrn von Marschall Tendenzen, von denen man nicht annehmen konnte, daß sie sich für die Befestigung und Entwicklung des Deutschen Reiches mit protestantisch-monarchischer Spitze begeistern würden. Wenn diese Parteien auf den Kampf verzichteten, den sie unter Kaiser Wilhelm I. stets gegen die Regierungspolitik geführt hatten, so war dies schon für jeden Deutschen, der mit Vertrauen in die Zukunft blickte, ein beunruhigendes Symptom. Wenn diese Parteien aber gar begannen, sich beinahe enthusiastisch für die Politik einzusetzen, wie sie von Herrn von Boetticher und Herrn von Marschall geführt wurde, so konnte man auf Grund der Vergangenheit dieser Parteien daraus nicht folgern, daß sie sich patriotisch reformirt hätten, sondern daß nach ihrer Auffassung die Regierung jetzt, wenn nicht in ihrem eigenen Sinne geführt werde, so doch ihrer Ansicht nach Ergebnisse hervorbringen werde, welche der Erreichung der Ziele der clerico-demokratisch-socialistischen Richtung ziemlich nahe kämen, und daß man mithin gar nichts Klügeres thun könne, als diese Regierung sowohl im Ganzen wie im Einzelnen aufs Wärmste zu unterstützen. Sie freuten sich Alle über die schwere Schädigung, welche die Autorität und das Prestige der Staatsregierung durch das gerichtliche Verfahren in Moabit zweifellos erleiden mußte, und sie haben sich leider darin nicht getäuscht.

Herr von Marschall hat durch sein Vorgehen aber nicht nur die Staatsautorität und die preußische Tradition im Allgemeinen geschädigt, sondern auch sich selbst, sein Urtheil und seine Position als auswärtiger Minister. Erstaunt hat man sich nach Abschluß des Processes Tausch gefragt: vor wem ist denn eigentlich Herr von Marschall geflohen, was waren das für Intriguen, deren er sich als Minister nicht hätte erwehren können, ohne die Hülfe des Strafrichters anzurufen? Wo sind denn die mächtigen Hintermänner, in deren Auftrag Herr von Tausch, wie dies Herr von Marschall im Stillen angenommen hatte, intriguirt haben mußte, um die „Flucht in die Oeffentlichkeit“ auch nur einigermaßen zu rechtfertigen? Sie haben einfach nicht existirt und eben so wenig die Verschwörungen, von denen Herr von Marschall geglaubt hat, daß er ihnen zum Opfer fallen sollte. Herr von Marschall hat sich eben schwer geirrt. Es muß ihm zweifellos ein anderes Jagdergebniß vorgeschwebt haben, als dieser kümmerliche Herr von Tausch mit Allem, was er gethan hat und hätte thun können, und er ist diesem Irrthum zum Opfer gefallen. Das von ihm betriebene Verfahren hat

kein anderes Ergebniß gehabt, als die Feststellung, daß Herr von Marschall sich — und vielleicht auch Andere — getäuscht hat und sich in seinem Bedürfniß nach Rechtfertigung und persönlicher Befriedigung weiter hat hinreißen lassen, als es mit seiner Stellung als Staatsminister und Träger des staatlichen Ansehens vereinbar war. Wenn sich ein Minister persönlich einem so eclatanten Fiasco aussetzt, wie es Herr von Marschall sich im Proceß Tausch zugezogen hat, so färbt das immer auf sein Amt und auf die staatliche Autorität nachtheilig ab. Minister, die sich und ihr Urtheil in dieser Weise bloßgestellt haben, sind nicht mehr geeignet, ihr Amt weiter zu verwalten, namentlich nicht, wenn sie auswärtiger Minister sind, die ihre Autorität dem Auslande gegenüber zu wahren haben, und wir können mithin, ganz frei von persönlicher Rancüne, im Interesse des Reiches nur wünschen, daß der Urlaub, den jetzt Herr von Marschall angetreten hat, nichts anderes ist, als die Einleitung zu einem gänzlichen Rücktritt aus dem Dienste.

* * *

Aus Friedrichsruh wird den „Hamb. Nachr." am 28. Juni gemeldet: Heute Mittag traf, von Kiel kommend, der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, der seit dem achtzigsten Geburtstage des Fürsten Bismarck im April 1895 nicht in Friedrichsruh gewesen war, zum Besuch des Altreichskanzlers hier ein, nachdem heute früh um 10 Uhr die Anfrage erfolgt war, ob der Fürst geneigt sei, Gäste zu empfangen. In der Begleitung des Fürsten Hohenlohe befanden sich der Chef der Reichskanzlei, Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrath Freiherr von Wilmowski und der Kaiserliche Botschafter in Rom, Bernhard von Bülow.

Die Herren, welche in einem Salonwagen der Königl. Eisenbahndirection fuhren, trafen 1 Uhr 10 Minuten auf dem Bahnhofe Friedrichsruh ein, woselbst sie vom Schwiegersohne des Fürsten Bismarck, Grafen Rantzau, empfangen und nach dem Schlosse geleitet wurden. Dort angelangt wurden sie vom Fürsten Bismarck begrüßt, worauf man sich ohne Verzug an die Frühstückstafel setzte, die bis gegen 3 Uhr währte. Außer den genannten Herren nahm die Gräfin Rantzau, ferner die als Gast in Friedrichsruh weilende Nichte des Fürsten Bismarck, Frau von Kotze, sowie der gestern Mittag hier eingetroffene Freiherr von Stumm, der ehemalige Botschafter in Madrid, am Frühstück Theil.

Nach aufgehobener Tafel machte Fürst Bismarck mit seinen Gästen eine Spazierfahrt in den Sachsenwald. Im ersten Wagen nahm Fürst Bismarck mit dem Reichskanzler Hohenlohe Platz, während in einem zweiten Wagen Freiherr von Wilmowski und Excellenz von Bülow mit dem Grafen Rantzau folgten. Die Fahrt ging bei der Oberförsterei vorbei durch den Forstort

Baukamp, über Breeken, durch den Buchenwald nach dem alten Hau hinein über die Doctorbrücke, Mühlenbeek und Sachsenwaldau, der Besitzung des Barons v. Merck, an dem Villenterrain bei Aumühle vorbei und dann über die sog. Krimm nach Friedrichsruh zurück, woselbst die Wagen um halb fünf Uhr wieder vor dem Herrenhause hielten. Hier wurde alsdann der Thee eingenommen, worauf sich Fürst Hohenlohe von dem Schloßherrn in herzlichster Weise verabschiedete und die Gäste mit dem 5 Uhr 12 Min. Friedrichsruh passirenden Schnellzuge die Weiterreise nach Berlin antraten.

Herr von Stumm verließ Abends um zehn Uhr Friedrichsruh, um sich zunächst nach Frankfurt a/M. zu begeben. Graf Henckel-Donnersmarck und Geheimrath Schweninger, welche am gestrigen Sonntag noch Beide beim Fürsten Bismarck waren, haben Friedrichsruh ebenfalls wieder verlassen, Prof. Schweninger bereits gestern Abend und Graf Henckel, um dem Generalobersten Grafen Waldersee in Altona einen Besuch abzustatten, bereits heute früh.

* * *

Mit Genugthuung wird von vielen Blättern die Nachricht commentirt, daß Reichskanzler Fürst Hohenlohe und Botschafter von Bülow von Kiel aus dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch gemacht haben. Die „Berliner Börsen-Zeitung" bemerkt zu dieser Thatsache:

Hoffen und wünschen möchten wir, daß auch für unsere verworrene innere Lage diese Zusammenkunft ersprießliche Folgen haben möge. Was dem Reiche und dem Volke frommt, weiß Fürst Bismarck, und beredter kann Niemand die Nothwendigkeit der Zusammenfassung der nationalen Elemente wie der erwerbsthätigen Kreise des Deutschen Reiches darthun, als gerade unser Altreichskanzler, dessen Bemühen immer darauf gerichtet war, die Interessen von Landwirthschaft und Handwerk, Industrie und Handel gerecht gegen einander abzuwägen, und der sich niemals von wirthschaftlichen Gruppen und Parteien Gesetze abbringen ließ, welche den Charakter der Feindseligkeit gegen einen ganzen Erwerbsstand an sich trugen, ab irato gemacht und ab irato ausgeführt wurden. Wir werden ja vielleicht morgen schon, sicherlich aber in den nächsten Tagen in der Bismarck feindlichen Presse darüber belehrt werden, daß es nur ein Höflichkeitsbesuch war, welchen Fürst Hohenlohe in Friedrichsruh abgestattet hat. Wir unsererseits würden uns aber nur sehr schwer zu dieser Auffassung belehren lassen, und wir wissen uns hierin eins mit allen national gesinnten Kreisen unseres Volkes, welche im Fürsten Bismarck den Hüter und Wächter unserer nationalen Wohlfahrt und den treuesten Berather erblicken. Herr von Bülow konnte seine neue Amtsthätigkeit nicht sympathischer inauguriren, als er es durch diesen Besuch in Friedrichsruh gethan hat. Herrn von Bülow's Beziehungen zum Fürsten Bismarck sind ja nicht neu, und er wird sicherlich in sein jetziges Amt dieselben Sympathien des Fürsten Bismarck mit hinein-

nehmen, welche dieser, gepaart mit größtem Vertrauen, dem Vater des jetzigen Staatssecretairs, als er dasselbe Amt inne hatte, widmete.

Der „Hannoversche Courier“ sagt:

Von besonderem Interesse ist die erfreuliche Meldung, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe am Montag Morgen von Kiel nach Friedrichsruh gereist ist, um dem Fürsten Bismarck einen Besuch abzustatten. Man darf wohl ohne Weiteres annehmen, daß es sich hier nicht um einen Höflichkeitsbesuch handelt, sondern daß der Rath des Fürsten Bismarck eingeholt werden soll in den wichtigen organisatorischen Fragen, die zu schweben scheinen.

* * *

Zu dem Thema: Reichskanzler und Ministerpräsident wird dem „Hannov. Cour.“ am 28. Juni von sehr wohl informirter Seite das Folgende geschrieben:

Wir haben bestimmten Grund, gerade im gegenwärtigen Augenblicke die Frage zu erörtern, ob eine Wiederholung des bereits zweimal mißlungenen Versuches der Trennung des preußischen Ministerpräsidiums von der Reichskanzlerschaft im Interesse des Reiches und Preußens rathsam sein würde. Wir glauben dies nicht. Erstens, weil die Erfahrungen der Vergangenheit dagegen sprechen, und sodann, weil uns eine solche Trennung überhaupt mit den Grundlagen der Reichsverfassung nicht vereinbar zu sein scheint. Allerdings ist ja das Experiment auch unter dem Fürsten Bismarck im Jahre 1872 einmal gemacht worden, als so rasch kein anderer Weg, die herrschenden Schwierigkeiten zu bewältigen, sich gangbar erwies. Aber selbst unter den damaligen exceptionellen Verhältnissen war die Einrichtung auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten, und noch viel weniger würde dies jetzt der Fall sein. Fürst Bismarck gab damals das preußische Ministerpräsidium an den ihm persönlich nahestehenden Kriegsminister von Roon ab, wohnte als preußischer Minister des Auswärtigen allen Ministersitzungen unter dem Präsidium des Grafen Roon bei, aber sein Einfluß blieb vermöge seines Verhältnisses zu diesem und seinen übrigen Collegen sowie seiner Stellung zum Könige doch maßgebend. Nichtsdestoweniger war bei allen Betheiligten, einschließlich des Königs, schon nach weniger als Jahresfrist die Ueberzeugung vorhanden, daß diese Einrichtung sich nicht bewährt habe. Ungeachtet der leitenden Stellung, die Fürst Bismarck als auswärtiger Minister fortdauernd inne behielt, glauben wir doch nicht, daß auch nur einer der damaligen preußischen Staatsminister es sich hätte gefallen lassen, wenn der damalige Reichskanzler seine Loslösung von der preußischen Ministercollegialität hätte erstreben und eine selbstständige Kanzlerpolitik, unabhängig vom preußischen Staatsministerium hätte einschlagen wollen. Die preußischen Staatsminister, Camphausen an ihrer Spitze, wachten damals eifersüchtig über ihre Berechtigung zur Mitwirkung an der Reichspolitik, deren Leitung sie bei Preußen und nicht bei der Person des Kanzlers als verfassungsmäßig berechtigt voraussetzten. Eine Trennung zwischen preußischer und kanzlerischer Leitung der Gesetzgebung war damals undenkbar, und so kam es, daß der

aus Entlastungsgründen gemachte Versuch der Trennung der beiden obersten Reichs- und Staatsämter sehr bald wieder aufgegeben wurde; wie er unter Caprivi mißlungen ist, steht noch in frischer Erinnerung.

Der Grund ist immer derselbe. Reichskanzlerschaft und preußisches Ministerpräsidium können auf die Dauer nicht von einander getrennt werden, ohne daß der complicirte Mechanismus der Reichs- und Staatspolitik in seiner regelmäßigen Functionirung gefährdet wird. Die „Hamburger Nachrichten" haben dies noch letzter Tage, augenscheinlich auf Friedrichsruher Inspiration hin, ausgeführt, indem sie darin erinnerten, daß der Reichskanzlertitel ursprünglich für einen Abtheilungschef für deutsche Angelegenheiten im preußischen Ministerium des Auswärtigen bestimmt gewesen sei, und daß erst in Folge der Berechtigung zur Gegenzeichnung von Präsidialanordnungen, welche einem Amendement des Reichstages entsprungen sei, der damalige preußische Ministerpräsident und auswärtige Minister, Graf Bismarck, erklärt habe, ein untergebener Beamter könne diese Attributionen nicht haben, und so bleibe nichts übrig, als daß der Ministerpräsident selbst den Reichskanzlerposten übernehme, der somit seiner Entstehung nach als ein Appendix zum preußischen Ministerpräsidium zu betrachten ist.

Dieser Zusammenhang der Dinge darf nie außer Augen verloren werden, wenigstens nicht, wenn die Gefahr vermieden werden soll, daß wir allmählich im Reiche den verfassungsmäßigen Boden unter uns verlieren und daß an die Stelle der Politik der verbündeten Regierungen, wie sie im Bundesrathe bestimmt wird, die Politik eines Kanzlers tritt, der sich vom Bundesrathe ebenso unabhängig fühlt, wie vom preußischen Staatsministerium. Auf diese Weise würde nicht nur der nothwendige Zusammenhang zwischen preußischer und deutscher Politik, sondern auch der föderative Charakter der Reichsverfassung gefährdet, und es würde bei den Einzelregierungen das Gefühl hervorgerufen, daß ihnen ihr verfassungsmäßiger Antheil an der Leitung der Reichsgeschäfte zu Gunsten eines einzigen kaiserlichen Reichsministers entzogen werde. Eine solche Entwickelung liegt nicht im Interesse der Erhaltung der Festigkeit des Reiches, und deshalb muß ihr thunlichst vorgebeugt werden. Das geschieht am besten, wenn der jetzige Connex zwischen Preußen und Reich, wie er nicht nur in der Krone, sondern auch schon in der ministeriellen Instanz durch die Personalunion zwischen Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten stattfindet, aufrecht erhalten wird. Haben wir erst einmal die dauernde Institution einer von Preußen isolirten Reichskanzlerschaft, so ist damit nicht nur die nothwendige Verbindung der Politik des führenden Bundesstaates mit der des Reiches in einem sehr wichtigen Punkte unterbrochen, sondern es kann auch nicht ausbleiben, daß auf dem damit eingeschlagenen Wege der Loslösung des Reiches von seiner föderativen Basis sich ein weiteres Fortschreiten von selbst ergiebt. Dies würde zunächst in Gestalt der Errichtung besonderer Reichsministerien der Fall sein, welche eine allmähliche Verdrängung des Bundesraths nothwendig zur Folge haben müßte. Die Folge muß vermieden werden, weil sie in letzter Linie zum Zerfall des Deutschen Reichs führen würde. Es ist ein alter Satz, daß ein Staat nur auf derselben Basis lebenskräftig zu erhalten ist, auf der er geschaffen wurde. Das Deutsche Reich wird ein Bundesstaat bleiben,

oder es wird in der Form, wie es jetzt existirt, aufhören zu sein. Was dann aber an seine Stelle treten würde, wissen wir nicht. Es gilt deshalb, das Bestehende zu wahren. Dazu ist, wie die Dinge jetzt liegen, in erster Linie erforderlich, die Idee zu beseitigen, daß die Politik des Deutschen Reiches durch einen frei in der Luft schwebenden Kanzler als Minister des Kaisers verfassungsmäßig bestimmt werde. Es muß wieder mehr, als bisher der Fall ist, zum öffentlichen Bewußtsein gebracht werden, daß die Bestimmung über die Wege, welche die deutsche Politik eingeschlagen hat, und die Verantwortlichkeit dafür lediglich dem Bundesrathe zusteht.

* * *

Unter der Ueberschrift „Reich und Einzelstaaten“ finden wir am 28. Juni in der „Schlesischen Ztg.“ folgende bemerkenswerthe Darlegung:

In der Sitzung des preußischen Herrenhauses vom letzten Donnerstage (22. Juni) hat Freiherr von Manteuffel das Vorgehen der preußischen Gesetzgebung in Sachen der Vereinsnovelle mit dem Hinweise darauf gerechtfertigt, daß da, wo das Reich versage, es das Recht und die Pflicht der Einzelstaaten sei, ihrerseits einzutreten. Wir sind der Ansicht, daß dieser Satz nicht nur dem deutschen Verfassungsrechte entspricht, sondern auch politisch volle Zustimmung verdient, denn in ihm liegt schließlich das einzige Mittel, den schädlichen Folgen einer den Reichsinteressen ungünstigen Zusammensetzung des Reichstages und eines daraus entspringenden ebensolchen Verhaltens desselben wenigstens so weit wie möglich zu begegnen, und dies Mittel tritt bei der jetzt üblich gewordenen Ausdehnung der Legislaturperioden und bei der Scheu vor Auflösungen des Reichstages immer mehr in den Vordergrund. Zweifellos entspräche es besser dem nationalen Gedanken, dem der Reichstag als directe deutsche Volksvertretung entsprungen ist, wenn die Reichsgesetzgebung die Aufgaben, die ihr nach Artikel 4 der Verfassung gestellt sind, selbst erfüllte und es keines subsidiären Eingreifens der Landesgesetzgebung bedürfte; aber da dieser normale Zustand mit dem jetzigen Reichstage und aller Wahrscheinlichkeit nach auch mit seinem Nachfolger nicht zu erreichen sein wird, bleibt nichts anderes übrig, als sich mit dem vom Freiherrn von Manteuffel zur Sprache gebrachten Auskunftsmittel vertraut zu machen.

Wir sehen auch rebus sic stantibus keinen Nachtheil bei Anwendung desselben, da auf diesem Wege wenigstens einiges von den Bedürfnissen des staatlichen Lebens befriedigt werden kann, falls der Reichstag deren Berücksichtigung außer Acht läßt. Außerdem hat die Sache sogar ihre sehr gute Seite insofern, als dadurch eine stärkere Theilnahme der Einzellandtage an der Reichspolitik herbeigeführt wird. Es kann der letzteren — einerlei, aus welchen Gründen und auf welchem Wege die

Einzelstaaten in ihren verfassungsmäßigen Vertretungen sich mit ihr befassen — nur zum Vortheil und zum Nutzen gereichen, wenn dies überhaupt geschieht. Wir hatten namentlich in den letzten 7 Jahren, während deren die machtvolle Persönlichkeit des Fürsten Bismarck dem deutschen parlamentarischen Leben in Reich und Einzelstaaten nicht mehr ihr charakteristisches Gepräge verlieh, nur zu oft den Eindruck, daß die Einzellandtage sich zu wenig um die Reichspolitik bekümmerten und alles als noli me tangere betrachteten, was über das finanzielle Verhältniß der Einzelstaaten zum Reiche hinausging. Das war zu bedauern, denn wir glauben, daß das deutsche Nationalgefühl eine erhebliche praktische Verstärkung erfährt, wenn es in jedem Einzellandtage durch Beschäftigung mit der Reichspolitik zum Ausdruck gelangt, und wenn jeder einzelne Landtag auf diese Art den Beweis liefert, daß er sich nicht bloß auf dem Gebiete des Budgets um die Reichspolitik bekümmert. Der Reichsgedanke sollte so weit lebendig sein, daß jeder Einzellandtag fortgesetzt ein starkes Interesse daran bekundet, wie der Antheil des betreffenden Bundesstaates an der Reichspolitik ausgeübt wird. Die ganze Stellung des Bundesraths im Reiche würde — und das halten wir gerade jetzt für sehr erforderlich — an Wichtigkeit gewinnen, wenn die Minister der Einzelstaaten, von denen die Bevollmächtigten zum Bundesrath ihre Instructionen erhalten, letztere auch persönlich vor der eigenen Kammer zu vertreten hätten, und wenn das öffentliche Interesse dafür durch öffentliche Discussion in den einzelnen Staaten stärker als bisher wachgerufen würde. Bis jetzt wird der Verkehr der Einzelstaaten mit dem Bundesrathe vorwiegend vom diplomatischen Standpunkte aus behandelt, also als eine auswärtige Angelegenheit für den einzelnen Staat. Wir halten das für unrichtig und nicht im Interesse des Reiches liegend. Es ist eine nationale Angelegenheit von größter Wichtigkeit und durchaus erforderlich zum dauernden Bestand der föderativen Beschaffenheit des Reiches, daß das Imponderabile, das in der Bedeutung des Bundesraths liegt, wieder stärker in den Vordergrund tritt, als dies in den letzten Jahren als naturgemäße Begleiterscheinung des Ueberwucherns der verschiedenen Reichsämter über ihre Stellung und Competenz hinaus der Fall war.

Um hierin den dringend gebotenen Wandel zu schaffen, ist vor allen Dingen die Erweckung eines starken Interesses der öffentlichen Meinung Deutschlands an den Verhandlungen des Bundesrathes erforderlich. Da diese Verhandlungen aber zur Zeit nicht öffentlich sind und es vielleicht auch niemals sein können, so wird das Ziel einstweilen nur durch stärkere Beschäftigung der deutschen Einzellandtage mit der Reichspolitik und namentlich auf Grund von

Befragungen derjenigen Minister zu erreichen sein, denen die Instruction der Bundesrathsstimmen obliegt. Jeder deutsche Minister hat unseres Erachtens dem Landtage seines Staates gegenüber auch die Verpflichtung, sich über die Politik, welche er im Bundesrathe vertritt oder vertreten will, verantwortlich auszusprechen. Wir haben es bei früheren Fällen erlebt, daß dies selbst von officiöser Seite als Ueberschreitung der Competenz der Landtage, ja geradezu als eine illoyale Handlungsweise gegen das Reich stigmatisirt worden ist. Fürst Bismarck hat dies seiner Zeit, wie wir bestimmt wissen, in dem badischen und dem anhaltischen Falle wie überhaupt und generell als unberechtigt bezeichnet, namentlich wenn es von preußischer Seite aus geschähe, denn dies würde den Einzelstaaten die Freude am Reiche und die Genugthuung verderben, die sie in der Mitwirkung an den Angelegenheiten desselben empfänden. Man sollte, so meinte Fürst Bismarck, gerade im Interesse der deutschen Einheit niemals vergessen, daß der Kaisertitel keine obrigkeitlichen und suzerainen Rechte über die Bundesgenossen verleihe; die Verfassung sage, daß das Präsidium mit allen seinen Rechten dem König von Preußen zustehe und daß dieser in Ausübung derselben den kaiserlichen Titel führe, aber thatsächlich und persönlich sei es doch immer der König von Preußen, der das Präsidium mit derjenigen Achtung vor den Rechten seiner Verbündeten auszuüben habe, wie diese in der Reichsverfassung ihren Ausdruck gefunden hätten.

Wenn also, zumal nach den jüngsten Vorgängen im preußischen Landtage, die Parlamente der übrigen deutschen Bundesstaaten, wie wir wünschen und erwarten, das Bedürfnis haben sollten, für ihr Land etwaige Unterlassungssünden des deutschen Reichstages thunlichst zu paralysiren oder die Mitwirkung ihrer eigenen Landesminister an der Reichspolitik einer verstärkten Controle oder Kritik zu unterwerfen, oder wenn ein Landesminister sich genöthigt sehen sollte, vor seiner einheimischen Kammer etwa ein Minoritätsvotum im Bundesrathe zu vertreten, so soll man diese Vorgänge im Interesse der Neubelebung des Reichsgedankens nur mit Zustimmung begrüßen und etwa vorhandene Bedenken dagegen lieber unterdrücken, anstatt ihnen auf Kosten des guten Glaubens an die Festigkeit derjenigen Bürgschaften Ausdruck zu geben, welche die verbündeten Regierungen und die Einzelstaaten überhaupt bisher in dem Wortlaute unserer Verfassungen gefunden haben. Außerdem gewährt die Möglichkeit öffentlicher Aussprache der Landesminister in den Einzelparlamenten über einzelne Maßregeln der Reichspolitik und über die Stellung, die sie dazu eingenommen haben, zur Zeit das einzige Mittel zur Herstellung einer wenigstens indirecten Ministerverantwortlichkeit auf dem Gebiete der Reichspolitik. Dadurch würde zugleich die Fälschung

unseres Verfassungsrechts beseitigt werden, welche heute vielfach Anklang findet, die Fälschung nämlich, als beruhe diese Verantwortlichkeit auf der Person des Reichskanzlers, der als solcher nach der Verfassung in der Gesetzgebung des Reiches gar kein Factor ist, sondern nur der kaiserliche Executivbeamte für die kaiserliche Verwaltung des Reiches.

* * *

Der in Burg vom 26.—30. Juni versammelt gewesene Unterverband „Germania" der Bäckerinnungen von Sachsen, Anhalt und Thüringen machte einen Ausflug nach Schönhausen, wo das Bismarck-Museum in Augenschein genommen wurde. Bei dieser Gelegenheit richtete der Vorsitzende Herr W. Meyer-Magdeburg folgende Depesche an den Fürsten Bismarck:

„Von der Geburtsstätte Ew. Durchlaucht, des Schöpfers der deutschen Einigkeit, bringen die Unterzeichneten ihren ehrerbietigen und treuergebenen Dank. Möge Gott der Allmächtige geben, daß Ew. Durchlaucht sich noch recht lange an seinen echt deutschen Mannesthaten erfreuen können."

Hierauf erfolgte die telegraphische Antwort:

Herzlichen Dank für freundliche Begrüßung.

v. Bismarck.

* * *

Die letzten Tage des Juni haben die schwüle Luft, die durch die unvermeidlich gewordene Ministerkrise über Deutschland lastete, endlich beseitigt: im Staatssecretariat des Auswärtigen Amtes ist, wie schon erwähnt, Freiherr von Marschall durch den Botschafter von Bülow, in dem Reichsamt des Innern ist der Staatssecretair von Boetticher durch den Grafen von Posadowsky ersetzt worden.

Die „Tägl. Rundsch." erhält am 29. Juni zu dem Ausscheiden der Herren von Marschall und von Bötticher aus dem Dienste eine Zuschrift, die auf besten Informationen beruhend ein berufenes Urtheil in sehr milder Form wiedergiebt:

Das Ausscheiden dieser beiden Männer aus dem Reichsdienste hat nach den Umständen, unter denen es stattfindet, die Bedeutung eines Umschwunges in der Reichspolitik, und wir glauben, daß, wenn die Richtung, nach der hin er stattfindet, nicht schon aus anderen Anzeichen erkennbar geworden wäre, sie durch den Besuch charakterisirt würde, den der Reichskanzler, Fürst zu Hohenlohe, auf seiner Rückfahrt von Kiel, natürlich im Einverständniß mit dem Kaiser, in Friedrichsruh beim Fürsten Bismarck gemacht hat. Wir haben Grund zu der Annahme, daß dieser Besuch ein weiteres Symptom des Bedürfnisses und des Wunsches der maßgebenden Stelle bildet, den

Staatswagen in die erprobten Geleise des alten Courses zurückzuführen, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Fahrt auf den neuen Strecken unsicher, schwankend und gefährlich sei. Thatsächlich war schon auf den meisten Gebieten der inneren und äußeren Politik des Reiches die Rückkehr zu den Principien und Anschauungen der Bismarck'schen Aera längst bemerkbar und bezeichnender Weise gerade in solchen Fragen, die sich in den kritischen Tagen von 1890 als die Hauptursachen der damaligen Trennung des Kaisers von dem Rathgeber seines Großvaters und Vaters wirksam erwiesen hatten. Nächst dem Bedürfniß, Personen, die sich unter dem Regime der Alles überwältigenden Persönlichkeit des eisernen Kanzlers Kaiser Wilhelm's I. „unterdrückt" und deshalb außer Stande fühlten, die „neuen Aufgaben" der „neuen Zeit" zu erfüllen, den Weg frei zu machen, waren es namentlich Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der Socialdemokratie, über die „Versöhnung" derjenigen Parteien, die unter dem alten Course als reichsfeindlich galten, über das Maaß von Schutz, das die nationale Arbeit von Reichs wegen zu finden habe, und endlich über die Gestaltung unseres Verhältnisses zu Rußland, welche die Trennung des Kaisers von dem Fürsten Bismarck herbeiführten. In allen diesen Fragen aber ist in den letzten Jahren eine Kräftigung des maßgeblichen Urtheils zu Gunsten des Fürsten Bismarck eingetreten

Ersichtlich ist der Gedanke an die Möglichkeit, die Socialdemokratie durch Entgegenkommen zu versöhnen, fallen gelassen worden, und die Ueberzeugung, daß der Staat sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln seiner Haut gegen die sociale Revolution zu wehren habe, wenn er ihr nicht schließlich unterliegen wolle, ist von Jahr zu Jahr stärker zum Durchbruch gelangt. Die verschiedensten kaiserlichen Aufrufe zur Bekämpfung der Umsturzbestrebungen stellen eine Klimax dar, deren Höhepunkt mit der Bielefelder Rede erreicht ist. Die Versuche, die Polen zu aufrichtigen Freunden des Reiches zu machen, sind total fehlgeschlagen, und wir glauben zu wissen, daß auch in dieser Hinsicht eine vollständige Umkehr des entscheidenden Willens stattgefunden hat. Aehnliches gilt hinsichtlich der früheren Annahme, daß es möglich sei, den Bestand des preußischen Staates auf die Zustimmung der parlamentarischen Clerico-Demokratie zu gründen, während für die jetzige Beurtheilung der Handelsvertragspolitik von 1891 die neuliche Erklärung des Kaisers charakteristisch ist, daß der Schutz der nationalen Arbeit einen Hauptpunkt seines Regierungsprogramms bilde. Unser Verhältniß zu Rußland aber, das im Jahre 1890 als „zu complicirt" aufgegeben wurde, hat in den letzten Jahren unausgesetzt den Gegenstand sorgsamster Pflege gebildet, namentlich durch Verminderung jedes Gravitirens der deutschen Politik nach der englischen Interessenzone hin, so daß zur Zeit die guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland, welche die Basis jeder verständigen auswärtigen Politik des Reiches bilden müssen, annähernd wiederhergestellt sind.

Wir führen alle diese Umschwungserscheinungen auf die Erfahrungen und Wahrnehmungen zurück, die der Kaiser persönlich gemacht hat. Augenscheinlich hat sich der Monarch immer mehr davon überzeugt, daß die Politik der Freigebigkeit und Versöhnung, welche unter dem Grafen Caprivi inaugurirt und auch später zum Theil noch fortgesetzt wurde, weder den Interessen Deutschlands noch Preußens entspricht. Ob und bis zu welchem Grade er diejenigen Männer, die nach dem Ausscheiden des Grafen Caprivi als die Träger des Caprivismus galten, der in der Reichs- und Staatspolitik immer wieder zu Tage trat, persönlich für die geschehenen Mißgriffe verantwortlich macht, können wir natürlich nicht wissen; jedenfalls waren Herr von Boetticher und Herr von Marschall die prononcirtesten Vertreter des Caprivismus, und es ist für die Situation, in der wir uns befinden, sicher charakteristisch, daß es gerade diese beiden Männer sind, auf deren Mitwirkung bei den Staatsgeschäften der Zukunft Verzicht geleistet wird!

Wir wollen ihnen Beiden nicht zu nahe treten und ihnen die Verdienste, die sie haben, nicht verkümmern. Sie liegen, namentlich bei Herrn von Boetticher, auf dem Gebiete der Detailarbeit, und Beiden ist Geschicklichkeit als parlamentarische Sprechminister nicht abzustreiten. Bei Herrn von Marschall sind die Dienste, die er dem Reiche geleistet hat, schwerer erkennbar. Er ist als auswärtiger Minister mit eigenen Actionen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht hervorgetreten, und man weiß nicht, welche Verdienste er persönlich an der Verbesserung unserer Beziehungen zu Rußland hat; jedenfalls hat er unter dem Grafen Caprivi dessen Richtung gegen Rußland, die für die auswärtige Politik des Reiches so gefährlich war, mit mehr Eifer unterstützt, als dies in seiner amtlichen Verpflichtung lag. Aber die letzten Gründe zu seiner Ersetzung durch Herrn von Bülow suchen wir doch nicht auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und auch nicht in seinem Gesundheitszustande, sondern in der Position, in die er sich durch sein Auftreten in den Moabiter Processen gebracht hat. Dies Auftreten entsprach mehr der süddeutsch-demokratischen Auffassung vom Staate, als der preußischen und den preußischen Traditionen. Das hat begonnen, unbequem fühlbar zu werden. In Bezug auf Herrn von Boetticher aber glauben wir, wenn wir von Vorgängen persönlicher Natur in der Vergangenheit und Gegenwart absehen, daß es wesentlich das Verhältniß dieses Ministers zu denjenigen Parteien ist, die unter dem Fürsten Bismarck unausgesetzt als reichsfeindlich bekämpft werden mußten, was seinen Abgang unvermeidlich macht. In die neue Aera, in die wir hoffentlich eintreten, ist weder für Herrn von Boetticher noch für Herrn von Marschall, unbeschadet ihrer technischen parlamentarischen Brauchbarkeit, eine erfolgreiche Wirksamkeit für möglich zu halten.

* * *

Dem von der politischen Bühne abgetretenen Staatssecretair des Aeußern widmen die „Hamb. Nachr." am 1. Juli (M.-A.) folgenden Nachruf:

Herr von Marschall. Eine Reihe von Blättern, an ihrer Spitze die „Kölnische Zeitung", ertheilt Herrn von Marschall bei seinem, wie es scheint, bevorstehenden Abgange, ein günstiges Zeugniß. Sie sind u. A. der Ansicht, daß er seiner Zeit einen nicht geringen „Opfermuth" durch die Uebernahme des auswärtigen Reichsamtes bekundet habe. Wir fragen uns: was kann er denn geopfert haben? Wir vermögen uns dabei kaum etwas anderes zu denken, als daß seine frühere conservative Ueberzeugung gemeint sei, die er freilich in die Caprivi'sche Politik nicht mit hinübernehmen konnte. Er hatte allerdings keine zwingende Verpflichtung, auf dieselbe zu verzichten, da er in der Stellung eines Reichsstaatssecretairs nicht berufen war, selbstständige Politik zu treiben und eigene Ueberzeugungen zu vertreten, sondern nur die Politik des Reichskanzlers auszuführen; und das konnte er, ohne seiner conservativen Ueberzeugung Gewalt anzuthun. Uns sind besondere politische Grundsätze, die Herr von Marschall in seiner amtlichen Thätigkeit zur Geltung zu bringen gesucht und allenfalls dem Reichskanzler gegenüber, oder bei Erwägung kaiserlicher Instructionen vertreten hätte, nicht bemerkbar geworden. Wir sind überzeugt, daß Herr von Marschall solche bei seinem Eintritte in den Reichsdienst gehabt hat und sie auch noch besitzt, aber wir glauben nicht, daß er während seiner sieben Dienstjahre Gelegenheit gehabt hat, sie geltend zu machen, sondern daß er sich auf seine amtliche Zuständigkeit hat beschränken können, die darin bestand, als erster vortragender Rath des Reichskanzlers in auswärtigen Angelegenheiten das auszuarbeiten, wofür der Kanzler schließlich im Dienste des Kaisers sich entschieden hatte.

Der Artikel der „Kölnischen Zeitung" über Herrn von Marschall enthält eine servile Geschichtsfälschung, aus der wir schließen, daß das kölnische Blatt noch nicht vollständig an das Ausscheiden seines Gönners glaubt, da es bisher doch immer seine Haltung nach seinem geschäftlichen Bedürfniß eingerichtet hat. Der Artikel, so lang er ist, geht von Anfang bis zu Ende an der geschichtlichen Wahrheit vorbei. Wir haben nicht die Absicht, in eine Kritik der Reichspolitik während der Gesammtheit der Mitwirkung des Herrn von Marschall einzugehen, und wir würden es auch für ungerecht halten, ihn für diese Politik verantwortlich zu machen. Wir glauben, daß er an derselben vollständig unschuldig ist. Er hat eben ausgearbeitet, was ihm aufgetragen wurde. Das aber war seine dienstliche Pflicht und bietet keinen Anlaß zu so enthusiastischen Lobeserhebungen, wie die „Köln. Zeitung" ihm spendet.

Daß er sich die Anerkennung und Hochachtung der überwiegenden Mehrheit des Reichstages, so wie sie jetzt beschaffen ist, erworben hatte, ist einer von den wenigen Sätzen des kölnischen Artikels, die wir nicht bestreiten wollen. Sehr zweifelhaft stehen wir aber der Behauptung von der großen, allseitigen Anerkennung und Verehrung der auswärtigen Diplomatie für Herrn von Marschall gegenüber. Wenn die letztere ihn ungern verliert, so kann man die Gründe dafür nach verschiedenen Richtungen suchen, die wir aus Höflichkeit hier nicht besprechen wollen. Daß er, wie die „Köln. Ztg.“ sagt, die französische und die englische Sprache in vollendeter Weise beherrscht, freut uns zu erfahren und liefert einen Beweis für die Arbeitskraft und Befähigung zur Erlernung fremder Sprachen, die Herr von Marschall sich noch im sechsten Decennium seines Lebens bewahrt hat.

Der kölnische Artikel sagt weiter, die deutsche Presse habe Ursache, dem scheidenden Staatssecretair des Auswärtigen ihren lebhaften Dank auszusprechen. Das ist wohl etwas allgemein ausgedrückt. Ein Theil der deutschen Presse — das wollen wir zugeben — nicht gerade der, mit dem wir sympathisiren, wird vielleicht mit Besorgniß durch den Wechsel in der Person des Staatssecretairs der auswärtigen Angelegenheiten erfüllt werden. Auch an der Beseitigung des Welfenfonds halten wir Herrn von Marschall nicht für schuldig, und wir können uns nicht erklären, aus welchem Grunde das kölnische Blatt deutsche Zeitungen der Bestechlichkeit aus dem Welfenfonds für zugänglicher halten will als Bestechungen aus den jetzigen geheimen Fonds, ganz abgesehen von der Bestechung durch amtliche Informationen, die vielleicht ein größeres Gebiet decken als die finanziellen. Der Tauschproceß hat in das heutige Preßgetriebe manchen Einblick gewährt, der kaum erfreulicher sein dürfte als die analogen Stichproben aus der Zeit des Welfenfonds, und es ist dieser Proceß für die öffentliche Meinung, wenn sie sich ein Urtheil über die Persönlichkeit des Herrn von Marschall bilden will, vielleicht eine fruchtbarere Fundgrube als alle Betrachtungen über seine diplomatische Thätigkeit. Die letztere ist bisher undurchsichtig, und namentlich ist der Antheil des Staatssecretairs und selbst des Kanzlers an der Diplomatie der letzten sieben Jahre schwer zu quotisiren. Aber im Tauschproceß zeigt sich der Minister von Marschall der öffentlichen Meinung in vollständig freier Bewegung und durchsichtiger Erscheinung. Man kann, wenn man sein Eingreifen, namentlich in dem ersten Leckert-Lützow-Proceß nach den stenographischen Berichten über die Verhandlungen genau studirt, sich wohl eine Ansicht darüber bilden, welches Maß von Vorsicht sowie richtiger Abschätzung von Situation und Erfolg, also von denjenigen Eigenschaften, die für die diplomatische Thätigkeit

besonders wünschenswerth sind, Herr von Marschall bei dieser Gelegenheit vor der Oeffentlichkeit, in die er „flüchtete“, entwickelt hat.

Wir sind nur durch die maßlosen Entstellungen der „Köln. Ztg.“ veranlaßt worden, im historischen Interesse zu ihrer Richtigstellung aufzufordern, und würden sonst kein Bedürfniß empfinden, Herrn von Marschall, wenn er, wie man heute annimmt, auf dem Rückzuge begriffen ist, zu kritisiren, nachdem sein politisches Sündenregister durch den Antheil, den man ihm ungerechter Weise an unserer auswärtigen Politik der letzten sieben Jahre zuschreibt, schon über das Maß der Gerechtigkeit hinaus belastet ist. Wir halten ihn für unschuldiger, aber für weniger berufen für auswärtige Politik, als die „Köln. Zeitung“ es thut, und würden, wenn es sich bestätigt, was publicistische Anhänger seines Systems schon ausgesprochen haben, daß er für einen Botschafterposten bestimmt sei, glauben, daß auf die Auswahl eines solchen doch große Sorgfalt würde verwendet werden müssen. Uns ist augenblicklich keiner gegenwärtig, als dessen Inhaber wir gerade diesen Candidaten wünschen möchten.

* * *

An gleicher Stelle finden wir über das Ergehen des Fürsten Bismarck Folgendes:

Fürst Bismarck befindet sich zur Zeit verhältnißmäßig wohl, geht viel spazieren und unternimmt täglich Ausfahrten; nur ist er leider auch jetzt nicht frei von Gesichtsschmerzen, die zeitweilig so heftig auftreten, daß ihm das Sprechen außerordentlich erschwert wird. Wenn er seinem Wunsche folgen dürfte, würde er gern diesen Sommer nach Varzin gehen, aber die Anstrengungen der Reise werden wohl die Erfüllung dieses Wunsches verhindern.

* * *

Mit Herrn von Boetticher, den Agrariern und der Bismarckfronde beschäftigen sich die „Hamb. Nachr.“ in der A.-A. desselben Tages in nachstehendem Artikel:

Correcturen. Die „Vossische Zeitung“ sagt bei Besprechung des Rücktritts des Herrn von Boetticher, dieser Minister sei durch die Angriffe, die er von den Agrariern erfahren habe, in die Lage gerathen, häufiger von der Presse der Linken vertheidigt zu werden. Zunächst einige Worte über die Bezeichnung „Agrarier“. Diese können doch unmöglich etwas anderes sein als Landwirthe. Wenn man aber von der Landwirthschaft alles das Böse sagen wollte, was die reichsfeindlichen Blätter von den „Agrariern“ schreiben, so würde es auch dem einfachsten Leser einleuchten, daß die Landwirthschaft an sich keine ver-

brecherische Beschäftigung ist, keine verbrecherische Menschenklasse umfaßt und auch keine gefährliche. Man muß deshalb, damit die Verleumdung der Landwirthschaft Anklang findet, ein Deckwort für sie einführen. Dazu eignet sich die fremdsprachige Bezeichnung „Agrarier", worunter man sich jede wilde Verschwörerbande zu denken nach und nach gewöhnt. „Agrarier" oder auch „ostelbische Junker" — unter solchen Bezeichnungen kann man Alles ohne Schaden für die eigene Sache verleumden und angreifen, die einfache Landwirthschaft und die von ihr lebende Hälfte aller Deutschen aber nicht ohne Weiteres.

Daß Herr von Boetticher durch die Angriffe der „Agrarier" in die Lage gerathen sei, von der Linken vertheidigt zu werden, glauben wir nicht. Was diesem Minister die Sympathien der Linken zugewandt hat, ist vielmehr die Ueberzeugung gewesen, daß die Politik, wie er sie seit sieben Jahren betrieben hat, für das neue Deutsche Reich, seinen Bestand und seine Fortentwicklung nicht förderlich sein werde. Es ist eben die offene und die acute Reichsfeindschaft derjenigen Parteien, welche dem Caprivismus zur Stütze dienten, gewesen, welchen ihm ihr Wohlwollen und ihre Mitarbeit in dieser reichsgefährlichen Richtung verschafft hat. Aber das ist etwas, was man nicht offen bekennen kann: daß man einen Minister deshalb vertheidigt, weil seine Thätigkeit dem Lande, dem er angehört, nicht förderlich erscheint; man muß statt dessen Angriffe der „Agrarier" supponiren und behaupten, die nicht stattgefunden haben.

Ein ähnlicher Mißbrauch wie mit dem Fremdwort „Agrarier" wird von der reichsfeindlichen Presse mit der Bezeichnung „Bismarckfronde" getrieben, auch sie dient zur Deckung von Angriffen, denen sonst die Begründung mangeln würde. Es ist ein Beweis historischer Unwissenheit, wenn man dem ersten Reichskanzler oder seinen Freunden eine „Fronde" Schuld giebt. Die Fronde um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts, woher ja der Name stammt, bekämpfte ihren König, demselben zum Theil blutsverwandt, mit dem Degen in der Faust und in blutigen Schlachten. Wie kann man so verlogen sein und so stark auf die geschichtliche Unwissenheit der Leser rechnen, daß man es als „Fronde" bezeichnet, wenn der Fürst Bismarck persönlich, was ja selten der Fall ist, und die Freunde seiner früheren Politik von dem staatsbürgerlichen Rechte der freien Meinungsäußerung dahin Gebrauch machen, mittels höflicher Druckerschwärze Regierungsmaaßregeln zu kritisiren, mit denen sie nicht einverstanden sind und für die doch bei uns nicht der Monarch, sondern die jedesmaligen Minister, einschließlich des Reichskanzlers, allein verantwortlich sind? Nach der absolutistischen Auffassung unserer liberalen, clericalen, demokratischen und socialistischen

Blätter — und wie sie alle heißen, deren Parteien die Majorität für das Caprivi'sche System bildeten — grenzt es schon an Hochverrath, wenn ein preußischer Staatsbürger heutzutage offen in der Presse bekennt, daß er mit irgendwelcher Maaßregel der regierenden Minister nicht einverstanden ist. Dann sind die liberalen Politiker und die clericalen sofort bereit, das „beleidigte Königthum" als Prellstein vor die Angriffe auf die ministerielle Weisheit zu schieben. Und diese Leute nennen sich verfassungstreu, reichsfreundlich; sie schreien laut vor Entrüstung auf, wenn man sie als Reichsfeinde bezeichnet, obschon sie Alles zu fördern und zu dulden bereit sind, was dem Deutschen Reiche schaden kann! Sie decken sich mit persönlichem Haß gegen den Fürsten Bismarck, aber wir können uns nicht denken, warum sie diesen Herrn in seinem 83. Lebensjahre noch persönlich hassen sollten; wir glauben vielmehr, daß dieser Haß weniger seiner Person als dem Werke gilt, an dem er ein Menschenalter hindurch mit Erfolg gearbeitet hat, also dem Deutschen Reiche und seinem monarchischen Bestande.

Die „Vossische Zeitung" sagt noch: wie ein großer Theil der Rechten über den Fürsten Bismarck denke, gehe aus der neuesten Flugschrift des Herrn von Diest-Daber genügend hervor. Das Vossische Blatt scheint sehr wenig Gedächtniß für die Vergangenheit zu besitzen. So wie Herr Diest schreibt, haben seine Gesinnungsgenossen doch schon immer gedacht und ihrer Gesinnung als Declaranten und bei späteren Gelegenheiten deutlich Ausdruck gegeben; eine heftigere Feindschaft gegen den ersten Kanzler hat es überhaupt kaum je gegeben.

* * *

Hohen, ehrwürdigen Besuch brachte der 1. Juli nach Friedrichsruh: der 79jährige, damals erst kurz zuvor verwittwete Großherzog von Sachsen (-Weimar) kam als Gast des Fürsten Bismarck. Die „Hamb. Nachr." berichten darüber:

Wie schon seit einigen Tagen bekannt war, beabsichtigte der Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar von Schwerin aus, wo er im engsten Familienkreise seinen 79. Geburtstag verlebt hat, und auch weiter noch einige Zeit verweilen wird, dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch abzustatten. Dieser Besuch hat heute Mittag stattgefunden. Der Großherzog war heute früh von Schwerin nach Ludwigslust gefahren und benutzte von da aus den Berliner Schnellzug. Der sonst nicht in Friedrichsruh haltende Zug fuhr heute bis vor's Schloß, wo er 12 Uhr 40 Min. eintraf.

Fürst Bismarck hatte schon etwa zwanzig Minuten vor Ankunft des Zuges, der ihm seinen hohen Gast bringen sollte, das Haus verlassen und sich auf

die vor demselben im Schatten des vorspringenden Schloßflügels stehende Holzbank niedergelassen. Der Fürst sah sehr wohl aus und war ersichtlich bei bestem Humor. Die Sonnenwärme, die heute — wenigstens hier draußen — nichts von der drückenden Schwüle an sich hatte, unter der wir Städter in den letzten Tagen zu leiden hatten, schien dem Fürsten überaus wohl zu thun.

Fürst Bismarck hatte die General-Interimsuniform angelegt und das Haupt mit dem Stahlhelm bedeckt, der ihm offenbar nicht im Geringsten lästig war, denn er machte während des Wartens von der Cürassiermütze, die der Kammerdiener zur größeren Bequemlichkeit seines Herrn mit hinausgenommen hatte, keinen Gebrauch, sondern behielt den Helm auf. Der Fürst rauchte eine kurze Pfeife, der er mächtige Wolken entsteigen ließ. Zwischendurch plauderte er in fröhlicher Weise, oft sogar laut und herzlich lachend, mit dem neben ihm stehenden Geheimrath Prof. Schweninger und seinem später hinzutretenden Schwiegersohn, dem Grafen Rantzau. Letzterer trug die Gesandten-Uniform mit dem Dreimaster und hatte den Stern und das Band des Ordens vom Holländischen Löwen angelegt; der Fürst trug außer dem eisernen Kreuz I. Classe den Stern zum Schwarzen Adler und den Stern des Weimarischen Ordens zum weißen Falken oder der Wachsamkeit. Kurz vor dem Nahen des Zuges gesellten sich auch die Damen des Hauses zum Schloßherrn, Frau Gräfin Marie Rantzau und Frau von Kotze, die Nichte des Fürsten.

Als der Schnellzug den Bahnhof passirte, wurden die Parkthore geöffnet, und der Fürst erhob sich, um mit rüstigen Schritten und nur leicht auf den eichenen Handstock gestützt nach dem Bahnübergang, der sich gegenüber dem Schloßeingang befindet, zu schreiten. Ehe Fürst Bismarck den Park verließ, übergab er Schweninger seinen Stock — die Pfeife hatte er schon vorher abgegeben —, und im selben Augenblick, wo der Salonwagen das Schloß erreicht hatte und der Zug hielt, stand auch Fürst Bismarck in strammer militairischer Haltung hart am Geleise zum Empfange seines fürstlichen Gastes bereit.

Der Großherzog verließ vermittelst einer von den Bahnbeamten an die Thür des Salonwagens herangeschobenen kleinen Treppe den Zug und begrüßte den Fürsten und dessen Schwiegersohn mit herzlichen Worten, indem er zugleich seiner Freude Ausdruck gab, den Fürsten so verhältnißmäßig rüstig und frisch anzutreffen. Dann wandte der Großherzog sich an Geheimrath Schweninger und äußerte gegen diesen Worte des Dankes dafür, daß er sein gutes Theil dazu beigetragen habe, den Fürsten Bismarck bei so guter Gesundheit zu erhalten.

In Begleitung des Großherzogs von Sachsen-Weimar befanden sich der Generaladjutant von Palezieux und der Freiherr von Egloffstein.

Vor dem Schlosse hatten sich etwa zwanzig Damen und Herren einge-

funden, um Zeugen des Empfanges zu sein, und natürlich auch der unvermeidliche Photograph.

Der Fürst geleitete seinen hohen Gast ins Haus, durchschritt mit ihm die Erdgeschoßzimmer des linken Flügels und trat mit ihm vom Speisesaal aus auf den Altan, von wo aus man bekanntlich einen sehr schönen Blick auf den Park, über die Parkwiese und die Aue hinweg nach dem Wald hinüber hat. Aber lange war der Aufenthalt da draußen, wo die Mittagssonne heiß auf die Rückseite des Schlosses niederbrannte, nicht angenehm, auch war das Frühstück bereits angerichtet, und die Herrschaften begaben sich deshalb nach wenigen Minuten wieder in den Saal zurück, um sich an die Tafel zu setzen. Während des Frühstücks saß der Großherzog an der Spitze der Tafel auf dem Platze, den sonst der Hausherr selbst einzunehmen pflegt, Fürst Bismarck saß dem Großherzog zur Rechten, die Gräfin Rantzau zur Linken. Rechts vom Fürsten saß Frau von Kotze, daneben der Freiherr von Egloffstein und neben diesem Graf Rantzau. Links von der Gräfin Rantzau saß der Generaladjutant von Palezieux, Geheimrath Schweninger und Dr. med. Chrysander. Toaste wurden nicht ausgebracht, dagegen war die Unterhaltung während des ganzen Mahles sehr lebhaft und heiter.

Für den Aufenthalt des Großherzogs von Weimar war nur eine kurze Zeit vorgesehen. Der Großherzog beabsichtigte nämlich mit dem um 2 Uhr 10 Minuten Friedrichsruh von Hamburg her passirenden Zuge nach Schwerin zurück zu reisen. Der von dem Großherzog benutzte Salonwagen der Eisenbahn-Direction war, um jeden unnöthigen Aufenthalt zu vermeiden, mit nach Hamburg gegangen und dem Zuge, welchen der Großherzog zur Rückreise benutzen wollte, wieder eingefügt worden.

So wie der Fürst den Großherzog von Weimar am Bahnhof in Empfang genommen hatte, geleitete er seinen Gast jetzt auch zum Abschiede an den Zug. Der Großherzog umarmte und küßte den Fürsten herzlich und sagte:

„Ich danke Ihnen für Alles, was Sie dem Vaterlande gethan haben!“ Mit den Worten: „Behalten Sie mich in gutem Andenken!“ bestieg er dann den Zug, der in der nächsten Minute davonrollte.

Fürst Bismarck verbrachte nach seiner Rückkehr ins Schloß noch ein Stündchen lesend und rauchend auf dem Altan, wobei ihn die dort immer noch herrschende Sonnengluth nicht im Geringsten zu stören schien.

* * *

Am 6. Juli lesen wir in den „Hamb. Nachr.“:

Von dem leidenschaftlichen Hasse der dänischen Agitationspresse in Nordschleswig gegen den Fürsten Bismarck als den vollkommensten Repräsentanten des deutschen Staatsgedankens liegt wieder ein charakteristischer

kleiner Beleg vor. Der seit Jahren in Deutschland und besonders in Dresden wohnende Belletrist Karl Gjellerup hatte in einem Kopenhagener Preßorgan graphologische Studien veröffentlicht und dabei aus der Handschrift des Fürsten Bismarck etwas Festes, Entschlossenes und Aufrichtiges herausgelesen, während er zugleich die Ansicht äußerte, der jetzt in Deutschland vergessene, verstorbene eider-dänische Ministerpräsident Hall (Anfang der sechziger Jahre) mit seiner unwahrhaftigen Politik könne nur eine kleine und gedrückte Handschrift besessen haben. Diese speculative Aeußerung hat, wie wir den „L. N. N." entnehmen, das Flensburger Agitationsorgan des Dänenthums derart aufgebracht, daß es der dänischen Regierung die künftige Einziehung des Herrn Gjellerup wie den übrigen besseren dänischen Belletristen staatlich gewährten Dichter-Ehrensoldes nahelegte.

* *
*

In den „Berl. Neuest. Nachr." finden wir über das Fehlen des Fürsten Bismarck an der Spitze der europäischen Diplomatie folgende Betrachtung:

Nicht ohne tiefes Empfinden wird man in Deutschland von den Aeußerungen Kenntniß genommen haben, mit denen Lord Salisbury[1]) gestern im englischen Oberhause der Sehnsucht nach dem allbewährten Capellmeister des europäischen Concerts, dem Fürsten Bismarck, Ausdruck gab. Lord Salisbury sagte damit in diplomatischer Wendung genau dasselbe, was kürzlich ein höherer badischer Beamter einem Mitarbeiter unserer Zeitung aussprach: „Der Bismarck fehlt uns an allen Ecken und Enden." Und leider seit sieben Jahren — müssen wir hinzufügen.

Der Vergleich mit den Friedensverhandlungen von 1878 legt diesen Gedanken besonders nahe. Damals standen Rußland und sämmtliche Balkanstaaten der Türkei gegenüber, England in drohender Haltung gegen Rußland, Oesterreich-Ungarn auf dem Qui vive in eifersüchtiger Wahrung seiner Interessen. Der Vertrag von San Stefano stieß auf den lebhaften Einspruch dieser beiden Mächte, und Kaiser Alexander wandte sich an den Fürsten Bismarck mit dem Ersuchen, Deutschland möge einen unter seinem

[1]) Im Anschluß an Bemerkungen, welche Baron Connemara über die Friedensverhandlungen in Konstantinopel gemacht hatte, führte Lord Salisbury aus, Connemara habe durch seinen Hinweis auf die schnellere Erledigung der Arbeiten auf dem Berliner Congresse im Jahre 1878 Interessantes in Erinnerung gebracht. Damals habe Fürst Bismarck den Vorsitz geführt; würde Fürst Bismarck jetzt den Vorsitz führen, so würde das Ergebniß ein anderes sein. Die Lage sei aber damals eine viel wichtigere gewesen. Ein sehr mächtiges russisches Heer habe einen Steinwurf weit von Konstantinopel gestanden, und jede Andeutung Bismarck's, daß ein Fehlschlagen der Conferenz eine Bewegung des russischen Heeres bewirken könnte, habe auf den türkischen Delegirten ihre Wirkung ausgeübt. . . . In dem Verhältniß, wie die jetzige Lage der Lage von 1878 analoger gestaltet werden könne, würde die Hoffnung auf eine frühe und befriedigende Lösung steigen. (Hört! hört!)

Vorsitz tagenden Congreß einberufen. Der Congreß trat am 13. Juni in Berlin zusammen, und der geschickte Steuermann führte in genau vier Wochen das Schifflein durch alle Fährlichkeiten, die wiederholt hart an den Ausbruch eines englisch-russischen Krieges heranreichten, in den Hafen des Berliner Vertrages. Jetzt sitzt das „europäische Concert", nachdem es den Ausbruch des Krieges nicht verhindern konnte, längst während eines gleichen Zeitraums beisammen und vermag den Frieden nicht zu finden, obwohl das ganze Actionsgebiet nur zwei halbinvalide Staaten, Griechenland und die Türkei, umfaßt, von denen namentlich der erstere nur von Europa's Gnaden existirt! „Würde Fürst Bismarck den Vorsitz führen, so würde das Ergebniß ein anderes sein!" ruft Lord Salisbury seufzend aus, und seine Klage wird in ganz Europa ein einmüthiges Echo finden. Auch wir glauben, daß, wenn die Friedensconferenz etwa in Hamburg zusammen getreten wäre, sie ihre Aufgabe in acht Tagen beendet haben würde. Vielleicht verlegt sie sich noch dorthin und erspart den Mächten viel Schererei, Arbeit und weitere Complicationen.

Was Lord Salisbury sagt: „In dem Verhältniß, wie die jetzige Lage der Lage von 1878 analoger gestaltet werden könne, würde die Hoffnung auf eine frühe und befriedigende Lösung steigen." (Hört! Hört!) — das fühlt jeder Deutsche, das fühlt jeder ernsthafte Politiker in Europa: Mit dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem Amt ist nicht nur für Deutschland ein sehr bedeutender Factor seiner Macht und seines Ansehens verloren gegangen — unsere Gesandten und sonstige Vertreter im Auslande empfinden das seit sieben Jahren nur zu deutlich —, sondern für ganz Europa fehlt der Nestor, dessen auf Mäßigung, Weisheit und Erfahrung begründetes Ansehen dem Welttheil seit 1878 jede neue Verwickelung erspart hatte. Fürst Bismarck darf am späten Abend selbst seines so hochgefeierten Lebens und Wirkens diese Kundgebung des englischen Premiers vor dem versammelten britischen Oberhause als eine feierliche Anerkennung entgegennehmen, die kaum irgendwo in Europa einem Widerspruche begegnen wird, wie sie auch wohl noch nie aus dem Munde eines leitenden englischen Ministers einem fremden Staatsmanne zu Theil geworden ist.

Uns Deutsche erinnert sie von Neuem schmerzlich daran, was wir verloren haben und — — — warum?

* * *

Die „Neue Freie Presse" bringt am 11. Juli folgende von den „Hamb. Nachr." als „zutreffend" bezeichnete Mittheilungen:

Das Befinden des Fürsten Bismarck ist zur Zeit ganz vorzüglich, natürlich abgesehen von dem üblen Gaste der Gesichtsschmerzen, der gar nicht mehr weichen will. Diese Neuralgie nimmt zuweilen so große Heftigkeit an, daß die Sprechfähigkeit momentan sehr beeinträchtigt wird. Der alte Kanzler muß dann seine Zuflucht zu Gummiblasen nehmen, die, mit sehr heißem Wasser gefüllt, auf die schmerzenden Stellen aufgelegt werden, und die Haut fast zu verbrennen drohen, oder muß, was freilich nicht so schnell hilft, durch

Genuß alkoholischer Getränke den Schmerz zu calmiren suchen. Im Uebrigen aber sind die gesundheitlichen Verhältnisse des Fürsten, wie gesagt, vorzüglich. Er nimmt die Mahlzeiten stets mit gutem Appetit und alter Kennerschaft von Küche und Keller ein, geht täglich einige tausend Meter weit spazieren und unternimmt Nachmittags regelmäßig eine längere Ausfahrt durch die jetzige Sommerpracht seines Sachsenwaldes. Die Wärme der Jahreszeit behagt ihm außerordentlich und stimmt ihn heiter; das Liebenswürdige, Schalkhafte und Humoristische, das einen Grundzug seines Wesens bildet, tritt noch mehr als sonst hervor.

Ob es in diesem Jahre noch zu einer Reise kommt, scheint sehr zweifelhaft zu sein. Schweninger möchte seinen alten Kanzler sehr gerne nach Gastein oder in ein anderes Bad schicken, das für den Fürsten geeignet ist, stößt aber dabei fortgesetzt auf Widerstand. Der Fürst scheut die Unbequemlichkeiten und Anstrengungen jeder längeren Reise in so hohem Maaße, daß er es sich selbst versagt, seinen eigenen Wunsch, diesen Sommer in Varzin zu verleben, zur Ausführung zu bringen.

> Ja, wenn ich durch die Luft fliegen könnte, möchte ich gern hin, aber so —!

Sehr befriedigt sprach sich der Fürst über den neulichen Besuch des Herzog-Regenten von Mecklenburg bei ihm aus, wie er überhaupt für das ganze mecklenburg'sche Haus viel Sympathie zu haben scheint. Der Herzog Johann Albrecht hat den Fürsten in vielen Stücken, in der Sprechweise und der ganzen Art, sich zu geben, an dessen verstorbenen Vater gemahnt. Auch dem in Cannes dahingeschiedenen Großherzog spendete der Fürst alles Lob, wie die Mecklenburger überhaupt „geschickte und liebenswürdige Fürsten" seien.

Sehr häufig richteten sich im Gespräche die Erinnerungen des Fürsten Bismarck auf Kaiser Wilhem I. Als neulich einer seiner Gäste sich saumselig beim Leeren seines Champagnerglases (Moët et Chandon, White star) erwies, meinte der Fürst, auf die noch halbgefüllte Flasche deutend:

> Ja, austrinken müssen wir. Ich habe in meinem ganzen Leben keine Champagnerflasche anders als leer vom Tische nehmen lassen. Darin war mein alter Herr anders. Wenn der allein aß, hatte er immer eine halbe Flasche Bordeaux und eine halbe Flasche Champagner vor sich stehen. Den Rothwein trank er meist aus, aber den Champagner nur selten; den Rest pflegte er sich eigenhändig zum Gebrauch für den nächsten Tag wegzuschließen. Er war noch von der alten Schule, die den Champagner nicht frappirt trank, sondern die Flasche tüchtig knallen ließ.

Der alte Kanzler setzte hinzu, daß trotz solcher kleiner Züge von Genauigkeit und Sparsamkeit der alte Kaiser doch in keiner Weise geizig, sondern ein „freigebiger vornehmer Herr" gewesen sei. Der Fürst schloß

daran die Mittheilung, daß der alte Kaiser Wilhelm nicht nur sich sehr schwer von seinen bewährten Rathgebern oder Dienern, sondern auch von altgewohnten Gegenständen seines täglichen Gebrauchs getrennt habe. Das sei namentlich in Bezug auf Röcke und Hosen der Fall gewesen. Der Fürst schilderte dabei mit köstlichem Humor, ganz in Erinnerung an die alte liebe Zeit verloren, welches Aufwandes von List es häufig seitens der Dienerschaft bedurft habe, um dem greisen Monarchen an Stelle eines ihm lieb, aber total unbrauchbar gewordenen Bekleidungsstückes ein neues in die Hand zu schmuggeln, ohne daß er es merkte. Wenn er es aber gemerkt habe, seien oft äußerst heftige Explosionen seines Zornes erfolgt, und es habe dann der Intervention der Kaiserin bedurft, um den Monarchen zu veranlassen, sich des zurückgewiesenen Ausrüstungsstückes dennoch zu bedienen.

Der Fürst bemerkte dazu:

Ich kann ihm aber das nachfühlen; ich hänge ebenfalls sehr an dem Alten und Gewohnten. Wenn ein Haus auf meinen Besitzungen baufällig wird, lasse ich es nicht gleich wegreißen, sondern baue lieber ein neues daneben. Auch mit meinen Angestellten und mit meiner Dienerschaft geht es mir ähnlich wie dem alten Kaiser. Ich trenne mich sehr schwer von meinen Leuten und nehme lieber allerhand Unzuträglichkeiten, oft sehr üble, mit in den Kauf, als daß ich wechsle und mich an neue Gesichter gewöhne. Ich habe manchen unangenehmen Eindruck von Diesem oder Jenem, mache Wahrnehmungen oder erhalte Denunciationen über ihn, die mir nicht gefallen, aber ehe ich ihn entlasse und einen Neuen an seine Stelle nehme, besinne ich mich doch noch sehr lange. Eigentlich habe ich meines Erinnerns nie Jemandem gekündigt oder ihn entlassen, außer wegen Ungehorsams; dann muß er fort.

So habe er zum Beispiel einmal einen Reitknecht, der sich gegen die Fürstin unangemessen betragen habe, weil er trank und dann den Gehorsam verweigerte, auf der Stelle weggeschickt. Das sei aber wohl so ziemlich der einzige derartige Fall gewesen. Diese Vorliebe für das thunlichste Beibehalten alter Angestellter oder alter Diener sei eine Eigenthümlichkeit der ganzen Bismarck'schen Familie. Als er in Schönhausen zur Regierung gelangt sei, habe er dort Leute vorgefunden, die in der dritten Generation im Schlosse gedient hätten. Ein Vorwerksverwalter sei sechzig Jahre im Dienste gewesen. Sein eigener Vater habe sich aus der Campagne von 1792 einen Jäger mit aus dem Rheingau gebracht, Namens Jöde, den er sehr lange behalten und dem er dann den herrschaftlichen Krug im Dorfe Schönhausen übergeben habe. Dieser Jöde habe ihn, den Fürsten, zuerst mit auf die Jagd genommen; er erinnere sich seiner noch ganz genau. Der alte Jäger

habe im hohen Maaße die Eigenthümlichkeit alter Diener besessen, sich mit ihrem Herrn als auf ganz vertrautem Fuße stehend zu betrachten. Namentlich habe er häufig ihm gegenüber damit renommirt: „Ihr Herr Vater und ich, wir werden im Sommer draußen naß und auch wieder trocken!“

Einem Hofmeister, fuhr der Fürst fort, der mehr als 50 Jahre im Dienste unserer Familie war, zahle ich heute noch die Pension. Das sind noch die alten Verhältnisse, heute wird das anders; Eisenbahn und Freizügigkeit räumen damit auf.

In Bezug auf den Besuch des Fürsten Hohenlohe und des Herrn von Bülow spricht sich der Fürst naturgemäß selbst zu seiner näheren Umgebung nur zurückhaltend aus; höchstens daß er eine sarkastische Bemerkung hinwirft, wenn ihm eine außergewöhnlich unsinnige Conjectur darüber vor Augen kommt. So sagte er neulich anknüpfend an eine Aeußerung eines Blattes: „Ja, man so thun; Sand in die Augen!“

* * *

In dieser Zeit erschien von dem Gutsbesitzer von Diest-Daber (Sohn) eine neue Schmähschrift gegen den Fürsten Bismarck: „Bismarck und Bleichröder“. Da der Verfasser in der Tagespresse der conservativen Partei an die Rockschöße gehängt wurde, erklärte die „Conservative Correspondenz“ mit erfreulicher Deutlichkeit:

„Die ‚Vossische Zeitung‘ macht sich einer groben Verdächtigung schuldig. Sie äußert sich über eine Schrift des Herrn von Diest-Daber über ‚Bismarck und Bleichröder‘, die wir nicht kennen, die aber scharfe Angriffe auf den allverehrten ersten Kanzler enthalten soll, und bemerkt dazu, ‚die Presse der Rechten habe bisher gegen das Vorgehen des Herrn von Diest keinerlei Verwahrung eingelegt, sondern die Flugschrift nur in einer Weise erwähnt, die halb und halb als Empfehlung aufgefaßt werden könnte.‘ Wir ersuchen die ‚Vossische Zeitung‘, für diese letzte Behauptung Beweise zu erbringen, bis dahin erklären wir sie für erlogen. Wenn die Presse der Rechten bisher noch keine Verwahrung gegen die Broschüre des Herrn von Diest eingelegt hat, so ist das ohne Zweifel aus dem Grunde geschehen, weil allseitig eine solche Verwahrung für ganz unnöthig erachtet worden ist. Für sein Vorgehen hat — das hätte ohne die Verdächtigung der ‚Vossischen Zeitung‘ nicht erst besonders festgestellt zu werden brauchen — Herr von Diest auch nicht den geringsten Rückhalt in der conservativen Partei.“

* * *

Der Privatmann C. Mäusezahl in Leipzig hatte ein Album in kostbarer Ausstattung, eine Art distinguirtes Fremdenbuch, für das Gustav Adolf-Denkmal bei Lützen gestiftet. Es trug bereits viele eigenhändige Namens-

einzeichnungen hoher und höchster Personen, die das Denkmal besucht hatten oder zu ihm in Beziehung stehen, u. a. auch die des Königs, der Königin und der königlichen Prinzen von Schweden. Dem heißen Wunsche des Stifters gemäß trug jetzt auch Fürst Bismarck seinen Namen selbst ein:

„v. Bismarck, Friedrichsruh.
23. Juli 1897."

Das Blatt des Albums ist unter dieser Einzeichnung von Künstlerhand symbolisch mit dem Bilde des Nationaldenkmals auf dem Niederwald geschmückt worden.

* * *

Auf ein bei der Enthüllungsfeier des Bismarck-Denkmals in Kreuznach am 25. Juli an den Fürsten gesandtes Begrüßungstelegramm erwiderte dieser:

Ich bitte Sie für Ihre freundliche Begrüßung und für die mir erwiesene hohe Auszeichnung allen Betheiligten meinen herzlichen Dank auszusprechen. v. Bismarck.

* * *

Auf das Huldigungstelegramm, welches das Corps Hannovera anläßlich seines 70jährigen Stiftungsfestes am 26. Juli an den Fürsten Bismarck sandte, traf wenige Stunden später folgende Antwortdepesche ein:

Mit meinem verbindlichsten Dank für die freundliche Begrüßung verbinde ich meine guten Wünsche für unser Corps.

v. Bismarck.

* * *

Die „Deutsche Tageszeitung" bringt einen längeren Bericht über den Empfang der Vorstandsmitglieder des Bundes der Landwirthe, von Ploetz, Dr. Rösicke und Dr. Friedrich Hahn, am 31. Juli beim Fürsten Bismarck. Wir entnehmen dem Referat Nachstehendes:

Fürst Bismarck zeigte dieselbe stramme und aufrechte Haltung, die seine Besucher in den letzten Jahren so oft zu bewundern Gelegenheit hatten. In alter Frische blickte sein Auge; mit gewinnender Liebenswürdigkeit unterhielt er sich mit seinen Gästen. Zur linken Seite des Fürsten saßen die Herren von Ploetz und Dr. Hahn, zur rechten Seite Herr Dr. Roesicke. Außer dem Grafen und der Gräfin Rantzau, den drei Söhnen des gräflichen Paares und Herrn Dr. Chrysander war noch Frau Baronin Merck anwesend, welche als Gutsnachbarin viel mit der fürstlichen Familie verkehrt. Auf dem Platze des Fürsten lagen die letzten Nummern verschiedener Tageszeitungen, darunter auch die des „Kladderadatsch". Vergnügt wies der Fürst auf die Bilder des „Kladderadatsch" hin, auf denen die Mitglieder des engeren Vorstandes

des Bundes der Landwirthe dargestellt sind, und meinte lächelnd zu den Herren:

Sie sind ja bereits bei mir angemeldet; Ihre Visitenkarten sind hier schon abgegeben, wie Sie sehen.

Das Gespräch drehte sich um die wichtigsten politischen Tagesfragen, und zwischendurch erzählte der Fürst manche interessante Geschichte aus der Zeit seiner Amtsführung. Die Gäste des Fürsten waren nicht wenig über sein Gedächtniß erstaunt. So kannte der Fürst noch genau die Namen verschiedener Commilitonen aus seiner Göttinger Studienzeit, auf die die Rede kam, erinnerte sich seiner Missionen an den hannoverschen Hof und der Einzelheiten dessen, was er dort erlebt hatte, und sprach von verschiedenen activen und inactiven Ministern, über die er seine Meinung seinen Besuchern nicht vorenthielt.

Ganz besonders interessant waren die Aeußerungen des Fürsten über die politischen Parteien. Er meinte, die Parteiführer seien zugleich „Erfinder und Grundlage" ihrer Parteien, in denen die große Menge der Mitglieder nur dazu diene, ihnen den nöthigen Rückhalt zu geben. Der „Bund der Landwirthe" habe augenscheinlich in seinem Verhalten zu den Parteien das Richtige getroffen, die Parteien müßten nicht dem Bunde Sorge machen, sondern umgekehrt müßte es dahin kommen, daß der Bund den Parteien Sorge mache. Der Bund der Landwirthe thäte gut, alle diejenigen Elemente, die bereit seien, die deutsche Landwirthschaft zu schützen, um sich zu sammeln, ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu den politischen Parteien. Es sei ganz richtig, daß der Bund sich dabei um die politische Partei-Zugehörigkeit seiner Mitglieder nicht kümmere! Ja, es müßten bei der Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen die Partei-Unterschiede möglichst hintan gestellt werden, und es sei geradezu die Parole auszugeben: „La recherche de la fraction est interdite!" Die Unterschiede der politischen Parteien, die in ihrem Programm zum Ausdruck gebracht würden, seien der großen Menge wenig bekannt, und wenn man die Anhänger der Parteien nach diesen Unterschieden fragen wollte, so würde man in den seltensten Fällen eine zuverlässige Auskunft bekommen. Es geht hier den Anhängern der Parteien ebenso wie vielfach den Angehörigen der verschiedenen christlichen Confessionen, die auch in den wenigsten Fällen im Stande seien, die Unterscheidungslehren ihrer Confession zutreffend anzugeben.

Der Fürst meinte weiter, daß der Bund der Landwirthe ganz recht handle, wenn er seine Aufgabe darin erblicke, eine Vereinigung zu bilden, die dazu bestimmt sei, die wirthschaftlichen Interessen der Landwirthe im politischen Leben wahrzunehmen. Die Bezeichnung „Agrarier", die von den Gegnern angewendet würde, sei zurückzuweisen. Warum

sage man „Agrarier" und nicht „Deutsche Landwirthe"? Unter dem Fremdwort „Agrarier" solle das Publikum dazu gebracht werden, alles mögliche Schlechte und Schlimme auf der Welt zu verstehen. Ebenso wie mit dem Worte „Agrarier" sei auch mit dem Worte „Reaction" viel Unfug getrieben worden. Man solle doch einfach die deutschen Bezeichnungen gebrauchen, dann könnten solche mißverständliche Auslegungen und Auffassungen nicht aufkommen.

Auch die ungünstige Lage der Landwirthschaft berührte der Fürst und zeigte sie an einzelnen Beispielen, im Besonderen an dem Hinuntergehen der Pachtsätze. Er könne es daran merken, daß ihm zur Zeit nur noch 6 Mk. für den Magdeburger Morgen und in Varzin sogar nur 4 Mk. Pacht bezahlt würden. Von den neuesten wirthschaftspolitischen Vorgängen wurde u. A. die Kündigung des deutsch-englischen Handelsvertrages berührt. Der Fürst meinte, es sei das ein Vorkommniß, dessen Tragweite im Augenblick kaum zu übersehen sei, und über welches er sich darum auch weiter nicht äußerte.

Als das Gespräch darauf kam, daß der Particularismus in Deutschland augenscheinlich leider wieder zunähme, äußerte der Fürst:

> Es gäbe auch einen preußischen Particularismus, gegen den er oft genug habe ankämpfen müssen. So hätten seine Gutsnachbarn in Pommern geglaubt, nachdem er Ministerpräsident geworden und später die Einigung der Deutschen gelungen sei, nun müßten sie mindestens Vicepräsidenten oder Vicekanzler werden; sie seien ungehalten gewesen, daß er sich auch im übrigen Deutschland, bei den Liberalen, nach Unterstützung umgesehen habe, wozu er doch genöthigt gewesen sei, um eine parlamentarische Majorität zu bekommen, deren er für die Durchführung seiner Reichspolitik bedurft hätte. Er sei deshalb von den Conservativen nicht wenig angefeindet worden. Zu bedauern sei, daß der Particularismus sich wieder stärker geltend mache. Nach 1870/71 wäre es anders gewesen; da hätten die Süd- und Westdeutschen Preußen gerne leiden mögen.

Recht ungehalten sprach der Fürst darüber, wie sich im Jahre 1890 bei seinem Ausscheiden aus dem Amte die politischen Parteien zu ihm gestellt hätten; so Mancher hätte damals geglaubt, nun sei die Bahn für seine Streberei frei geworden.

Zu Beginn des Gesprächs hatte Fürst Bismarck augenscheinlich ein wenig unter seinen Gesichtsschmerzen zu leiden. Zusehends aber ließen diese nach, je lebhafter das Gespräch sich entwickelte, welches der Fürst offensichtlich mit Interesse und Vergnügen führte.

* * *

Folgende Notiz bringen die „Hambr. Nachr." am 7. August (A.=A.):

Durch die Presse macht eine Notiz die Runde, wonach in der Guts= und Forstverwaltung des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh allerhand Umgestaltungen und Neubesetzungen von Stellen bevorständen. Es haben sich daraufhin namentlich Assessoren um die angeblich neu zu errichtenden Posten beworben. Wir haben mitzutheilen, daß die einzige Personalveränderung, die in Friedrichsruh eintritt, in der Pensionirung des bisherigen Oberförsters Lange besteht, dem der große Sachsenwald mit dem vorrückenden Alter zu hohe Anforderungen an seine körperliche Leistungsfähigkeit stellt. Ersatz für Herrn Lange ist bereits gefunden, während die übrigen Verwaltungsgeschäfte incl. der polizeilichen Functionen auf Herrn Hauptmann von Schellwitz übergehen, der sich schon eine Reihe von Jahren im Bismarck'schen Dienst befindet.

* * *

Ueber die staatliche Abhülfe der durch das Hochwasser entstandenen Schäden sagen die „Hambr. Nachr." am 10. August (A.=A.):

> Der Schaden, den das letzte Hochwasser an vielen Orten angerichtet hat, ist größer als je. Wir glauben, daß der Staat die Linderung der entstandenen Noth nicht der Privatmildthätigkeit allein überlassen darf, sondern politisch wie moralisch verpflichtet ist, sofort und in breitester Weise helfend einzugreifen. Wenn die für derartige Zwecke disponiblen Gelder nicht ausreichen, steht der vorläufigen Verwendung anderweitiger Staatsmittel sub spe rati nichts entgegen; es giebt kein Parlament der Welt, das die nachträgliche Bewilligung solcher Ausgaben ablehnen würde. Es wäre aus den verschiedensten Gründen sehr zu beklagen, wenn die Staatshülfe noch länger ausbliebe.

* * *

Von derselben Seite, der die „Neue Freie Presse" die neulichen Mittheilungen aus Friedrichsruh[1]) zu verdanken hatte, wird dem Wiener Blatte am 11. August geschrieben:

Die Gerüchte, welche in der letzten Zeit die Blätter durchlaufen haben, sind fast alle unzutreffend. Insbesondere ist nicht mehr davon die Rede, daß für diesen Sommer noch irgend eine Reise des Fürsten Bismarck in Aussicht genommen sei. Auch das Befinden des Fürsten nöthigt in keiner Weise zu einem Orts= und Luftwechsel. Der Fürst ist bei bestem Humor und, von seinem Gesichtsschmerz abgesehen, ist sein Befinden ganz vortrefflich. Der Gesichtsschmerz freilich macht ihm viel zu schaffen, namentlich erschwert er ihm in der letzten Zeit zwar nicht das Rauchen der gewohnten Pfeife, wohl aber das Anrauchen derselben:

---

[1]) Vergl. oben S. 340 ff.

> Wenn das Ding einmal brennt, geht es ja, aber das Anrauchen, wobei ich stärker ziehen muß, löst mir regelmäßig den Gesichtsschmerz aus. Mein Schwiegersohn und meine Enkel helfen mir in der Regel aus; jetzt sind sie nicht da, und da ist meine schöne Nachbarin, Frau Baronin Merck, so liebenswürdig.

In Bezug auf die Tagespolitik beherrscht den Fürsten augenscheinlich zur Zeit das Gefühl einer gewissen Befriedigung darüber, von aller Verantwortlichkeit frei zu sein:

> Es thut mir ja leid, wenn wir irgendwo schlecht abschneiden. Aendern kann ich es ja aber doch nicht, und jedenfalls ist mir der Gedanke, keine Verantwortlichkeit zu tragen, sehr oft angenehm, wenn ich dieses oder jenes lese.

Irren wir nicht, so fiel diese Aeußerung im Zusammenhange mit Gesprächen, die sich auf die Congo-Angelegenheiten bezogen. Im weiteren Verlaufe des Gespräches kam der Fürst wiederholt darauf zurück, daß es ihm unmöglich sei, irgendwelche Rathschläge zu geben, selbst wenn sie von ihm erbeten würden, da er deren Ausführung nicht amtlich überwachen könne:

> Politik ist weniger Wissenschaft als Kunst, sie läßt sich nicht lehren, man muß dafür begabt sein. Der beste Rath nützt nichts, wenn er nicht in der richtigen Weise und je nach den Umständen ausgeführt wird. Das ist gerade wie beim Reiten. Sie können einem Reiter in der Bahn die besten Hülfen zurufen; wenn er es nicht in sich hat und sie nicht der Natur seines Pferdes gemäß ausführt, wird es ihm nichts nützen, und schließlich wird ihn der Gaul abwerfen.

Zur Zeit bildet das kürzlich in Paris erschienene Werk, welches bisher unveröffentlichte Briefe Napoleon's I. enthält, eine Lieblingslectüre des Fürsten. Er liest oft ganze Stellen daraus vor, und die Bemerkungen, die er daran knüpft, sind in geschichtlichem, in militairisch-politischem, wie in moralischem Sinne von unvergleichlicher Prägnanz und Charakteristik. Es handelt sich dabei um Briefe, welche seinerzeit bei den früheren Ausgaben der nachgelassenen Schriften Napoleon's I. als für die Oeffentlichkeit nicht geeignet ausgeschieden worden sind. Sie zeigen Bonaparte nicht nur in seinen glänzenden Außenseiten, sondern auch als rücksichtslosen brutalen Gewaltmenschen. Ein Freund des Bonapartismus ist es jedenfalls nicht gewesen, der das Buch herausgegeben hat. Stellen wie die „faites fusiller quatorze hommes“ in Antwortschreiben an Commandeure kehren stereotyp und als nächstliegendes Auskunftsmittel der Napoleon'schen Staatskunst wieder.

Die Vorgänge in Süd-Afrika beschäftigen den Fürsten lebhaft, und er verfolgt sie genau. Die Kritik, welche dabei auf Herrn Chamberlain fällt, ist mehr drastisch als schmeichelhaft für diesen. Ueberhaupt hebt der Fürst

immer wieder den Unterschied hervor, der zwischen dem Charakter und Wesen der Engländer als Privatpersonen und der englischen Politik besteht.

Der einzelne Engländer sei anständig, achtbar und zuverlässig, der Vorwurf der Lüge sei der schwerste, den man ihm machen könne. Die englische Politik hingegen sei von Allem das Gegentheil; ihre hervorstechende Eigenschaft sei die Heuchelei, sie wende alle Mittel an, die der einzelne Engländer verabscheue. In Frankreich sei ja die Politik zu Zeiten auch nicht sehr wählerisch in ihren Mitteln gewesen, namentlich schwächeren Volksstämmen im Auslande gegenüber sei sie ebenso grausam und brutal verfahren wie die englische; Gewaltthaten und Ueberlistung seien ebenso vorgekommen wie im englischen Regime. Aber dies unglaubliche Maaß von Heuchelei und Perfidie, wie es der englischen Politik häufig eigen sei, wäre doch an ihr nicht nachzuweisen.

Von den Türken hat der Fürst eine verhältnißmäßig gute Meinung. Er theilt die Ansicht, daß sie im Orient die einzigen Gentleman seien, während alle übrigen dortigen Volksstämme mehr oder weniger moralisch verkommen und politisch unzuverlässig seien. Von den Griechen hält der Fürst nicht viel. Das ist noch milde ausgedrückt. Er bezeichnete neulich die Auflehnung der Griechen gegen die ihnen angesonnene europäische Finanzcontrole als den comble betrügerischer Bankerotteure.

Die russische Reise des Kaisers bespricht der Fürst nur mit größter Zurückhaltung; er glaubt offenbar, daß vieles Reden und Zeitungsschreiben darüber nur ungünstig wirken können; dagegen weilt sein Sinn mit ersichtlicher Genugthuung bei der Zeit, wo der deutsch-russische Neutralitätsvertrag neben dem Dreibunde bestand und Deutschland eine Stellung gewährte, wie sie so bald nicht wieder gewonnn werden wird:

Complicirt war es ja, aber jede Politik ist schließlich complicirt. Der selige Kaiser Wilhelm I. sagte mir zuweilen: „Na, in Ihrer Haut möchte ich auch nicht stecken. Sie kommen mir manchmal vor wie ein Reiter, der auf seinem Pferde das Spiel mit fünf Kugeln spielt, die er immer wieder auffängt,“ worüber ich meinen alten Herrn aber stets zu beruhigen wußte, so daß er zufrieden war.

Anläßlich gewisser Vorkommnisse wendete sich neulich das Gespräch auf die Dienste, welche die Post der Regierung auf Verlangen durch Auslieferung von Briefen leiste:

Unter Philippsborn wäre vielleicht dergleichen ab und zu vorgekommen, unter Stephan sei es sehr viel schwerer gewesen, derartige Wünsche durchzusetzen. Geschickt sei die Sache zur Zeit von Thurn und Taxis gemacht worden; da habe es ein besonderes Büreau gegeben, worin mehrere geübte Herren ständig im Auftrage der verschiedenen Regierungen gearbeitet hätten. Der Eine habe das Siegel mit einem heiß ge-

machten Messer oder, wenn es eine Oblate gewesen, mit heißem Dampf geöffnet, der Zweite habe die betreffenden Auszüge aus dem Briefe gemacht und der Dritte habe das Couvert wieder geschlossen.

Am letzten Gedenktage von Wörth (6. August) äußerte der Fürst:

Ja, damals waren wir Alle sehr gespannt auf das Verhältniß zwischen den französischen Soldaten und unseren in der Tüchtigkeit und Tapferkeit. Unsere besten Erwartungen wurden noch übertroffen trotz der Ueberlegenheit der Chassepots. Nach Wörth und Spicheren erschien uns der deutsche Soldat einfach bewunderungswürdig, und er ist es während des ganzen Feldzuges geblieben.

* * *

Die „Vereinigung Deutscher Kriegsveteranen“ hat von dem Fürsten Bismarck folgendes Schreiben erhalten:

Friedrichsruh, 15. August 1897.

Es wird mir eine Auszeichnung sein, der Vereinigung Deutscher Kriegskameraden als Ehrenmitglied anzugehören.

v. Bismarck.

* * *

In den „Hamb. Nachr.“ vom 17. August (M.=A.) lesen wir:

Eine Berliner Correspondenz der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ vom 15. d. Mts. enthält folgende Notiz über den Besuch Windhorst's beim Fürsten Bismarck im März 1890:

„Regierung und Centrum.

„Berlin, 13. August. In den letzten Tagen ist mehrfach daran erinnert worden, daß Fürst Bismarck kurz vor seinem Sturze mit Windthorst verhandelte, um die Bedingungen kennen zu lernen, unter denen der Führer des Centrums das letztere in die Schlachtlinie der staatserhaltenden Parteien einschwenken lassen würde. Der Vermittler bei jenen Verhandlungen war bezeichnenderweise Herr von Bleichröder — Herr Windthorst stellte solche Bedingungen, daß Bismarck sie für unerfüllbar erklärte —, der Kaiser aber, als er durch Herrn von Boetticher davon benachrichtigt worden war, daß eine Zusammenkunft zwischen Bismarck und Windthorst stattgefunden, war darüber derart erregt, daß er bei Tagesanbruch zu Bismarck fuhr, der noch schlief, und ihn interpellirte, wie er mit einem Manne verhandeln könne, den er mit einem Ausdruck bezeichnete, der nicht grade anerkennend war. Dieser Zwischenfall trug mehr zum plötzlichen Sturz Bismarck's bei, als alle anderen querelles allemandes. Die richtige Ursache aber ist Niemand klar mitgetheilt worden: es war die, daß der Kaiser damals des Glaubens

war, durch das Herüberziehen der adeligen Elemente des Centrums eine Spaltung desselben herbeiführen zu können; er sah in der Bismarck'schen Verhandlung mit Windthorst eine unbeabsichtigte oder beabsichtigte Kreuzung seiner Cirkel; diese aber waren in dem vorliegenden Falle ebenso wenig glückverheißend wie später, als Caprivi sich die erdenklichste Mühe gab, bei der Militairvorlage eine Spaltung des Centrums dadurch herbeizuführen, daß er die Adeligen und früheren Offiziere auf seine Seite brachte. Auch bei den Polen hat man dasselbe Recept in Anwendung zu bringen versucht, indem man die Adeligen zur Krone herüberzuziehen versuchte. Das Ende vom Liede war, daß man die demokratische Strömung in der Partei unterstützte, und das war auch der Erfolg der Bemühungen um die Gunst des Centrums. Daß im deutschen Centrum auch conservative Kräfte latent vorhanden sind, deren positive Mitarbeiterschaft an dem inneren Ausbau des Reichs gewiß begrüßenswerth wäre, leugnen wir nicht. Allein die geschickteste dritte Hand wird sie, wie die Dinge heute liegen, nicht frei machen können. Diese innere Scheidung muß sich aus dem Centrum selbst herausentwickeln; Eingriffe von außen können nur schaden. Das politische Gewicht des katholischen Adels endlich wird von der Centrumspartei, die nicht selten über dessen Wünsche schonungslos zur Tagesordnung übergeht, richtiger gewerthet, als dies von anderer Seite aus andersgearteten Verhältnissen heraus häufig genug geschieht."

Diese Darstellung ist bemerkenswerth auch als Beleg, daß die oft besprochenen Vorgänge vom März 1890 in ihren Einzelheiten auch heute noch mißverständlich aufgefaßt werden. Nicht Fürst Bismarck war es, der die Meinung Windthorst's zu ermitteln wünschte und deshalb die Initiative zur Besprechung nahm, sondern Windthorst wollte erfahren, wie weit er in seinen Ansprüchen gehen könne —, wenn er damals nicht etwa Mitarbeiter an einem combinirten Angriff auf die Stellung des Kanzlers war. Er hatte den Besuch erbeten; er hatte durch Bleichröder den Fürsten Bismarck fragen lassen, ob dieser geneigt sei, ihn zu empfangen. Die indirecte Zustellung einer solchen Frage setzte den Reichskanzler in Verwunderung, da in Parlamentskreisen bekannt war, daß jeder Abgeordnete, auch gegnerischer Partei, vom Kanzler empfangen wurde, wenn er den Wunsch kundgab. Bleichröder bemerkte, Windthorst habe sich nicht getraut, direct nachzufragen, und doch hatte der Centrumsführer schon früher auf Grund eigener directer Anmeldung dem Kanzler seinen Besuch gemacht.

Manche Umstände sprechen dafür, daß der Wahl gerade dieser Vermittelung besondere, uns noch unbekannte Absichten zu Grunde lagen; ob sie der Art waren, daß sie einen Schachzug bedeuteten gegen Ver-

handlungen, die zwischen dem Hofe und den adligen Mitgliedern des Centrums inclusive der Polen und Welfen nach Angabe des obigen Artikels geschwebt haben sollen, ist uns nicht bekannt.

* * *

Am 19. August heißt es in den „Hamb. Nachr." (A.=A.):

Die „Vossische Zeitung" Nr. 381 vom 16. d. Mts. bringt die Mittheilung, daß Fürst Bismarck der Wittwe des ermordeten spanischen Ministerpräsidenten ein Beileidsschreiben habe zugehen lassen, dessen Inhalt in der Zeitung näher angegeben wird.

Die „Vossische Zeitung" befindet sich, wie gewöhnlich, im Irrthum, wenn sie auch aus der Saurengurkenzeit das Beneficium der mildernden Umstände geltend machen kann. Fürst Bismarck hat für Herrn Canovas immer, besonders aber seit seinem Tode, viele Sympathie gehabt, er hat aber weder mit ihm bei seinen Lebzeiten, noch mit seiner Wittwe in Correspondenz gestanden.

* * *

Von der nämlichen Seite, der das Blatt schon wiederholte Mittheilungen über Erzählungen und Aeußerungen des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh verdankt, gehen der Wiener „Neuen Freien Presse" neuerdings die folgenden Aufzeichnungen zu:

Die heutigen Conservativen in Preußen finden nicht durchgehends die Billigung des Fürsten Bismarck:

Die Gerlach und Stahl sind heutzutage nicht mehr anzutreffen. Die hatten wirklich noch ihre Ideale von conservativem Staatswesen und gingen ihnen nach, heutzutage hat die Streberei Alles verdrängt. Der Eine will Beförderung in seinem Amte (man will doch nicht ewig Landrath bleiben), der Andere wünscht eine höhere Ordensklasse zu erhalten; der Dritte erstrebt auf Wunsch seiner Frau Einladungen zu Hoffestlichkeiten; der Vierte möchte dem Avancement seines Sohnes sich förderlich erweisen, und so geht es fort. Ich will nicht sagen, daß diese Charakteristik auf alle Conservativen im Lande zutrifft, ich habe mehr die Führer im Auge, welche heutzutage einflußreicher sind, als sie es jemals waren. Ueberhaupt muß man zwischen den einzelnen Mitgliedern, welche die Fraction bilden, und der letzteren als solcher unterscheiden. Das ist so, wie es das bekannte Wort ausdrückt, das einmal ein königlicher Herr ausgesprochen hat, als er in kritischen Zeiten directen Verkehr mit Parlamentariern gehabt hatte: „Wenn man mit dem Einzelnen spricht, ist es jedesmal ein ganz vernünftiger Kerl, mit dem man sich verständigen kann und mit dem auszukommen ist; sowie sie aber zusammenkommen, sind es Rackers." Sonst ist auch ein gewisser Neid

eine hervorstechende Eigenschaft meiner Standesgenossen, der Junker. Viele haben es mir nie verziehen, daß ich, der kleine Gutsbesitzer von Kniephof, fortgekommen bin, während sie das blieben, was sie waren. Ein guter Theil des Declarantenthums war seiner Zeit darauf zurückzuführen.

Zu den neulich erwähnten postalischen Reminiscenzen des Fürsten sind noch folgende Nachträge zu machen. Der Fürst sprach von der Zeit, als er noch preußischer Bundestags-Gesandter in Frankfurt war:

Da sei es mit dem Briefgeheimniß auch eine solche Sache gewesen. Er habe seinen ausländischen Collegen, wenn sie ihm Briefe zur Mitbestellung durch den preußischen Courier übergeben wollten, direct abgerathen, es zu thun, da er nur, wenn er persönlich mit den Briefschaften reiste, die nöthige Garantie übernehmen könnte. In anderen Ländern sei es noch schlimmer gewesen, namentlich auch in Oesterreich. Ein österreichischer Minister, dem gegenüber er sich einmal über die ersichtliche Verletzung eines Briefes beschwert hatte, habe mit Bezug auf den betreffenden Beamten, dem die Schuld dabei zugefallen sei, geantwortet: „I, den ungeschickten Kerl müssen wir doch gleich fortjagen." In Rußland sei, früher wenigstens, die Oeffnung gewisser Briefe, bevor sie an den Adressaten gelangten, ganz selbstverständlich gewesen. Höchst charakteristisch dafür war, was der Fürst in dieser Hinsicht von einem der früheren Zaren erzählte. Derselbe habe sich gelegentlich darüber beklagt, daß seine Vettern in Deutschland in ihren Correspondenzen nach Rußland so viel Ungünstiges über ihn schrieben, und dann hinzugefügt: „Damit ich es ja ganz gewiß erfahre, schicken sie ihre Briefe sogar durch die Post."

In diesem Zusammenhange kam dann der Fürst auf die Russen im Allgemeinen zu sprechen, auf ihre nationalen Eigenthümlichkeiten, ihre Schwächen und ihre Vorzüge. Regelmäßig wiederholt der alte Kanzler dabei,

daß man auf das, was die russische Presse schreibt, nicht so viel Gewicht legen dürfe. Es seien vorwiegend polnische und französische Einflüsse, die dabei maßgebend seien. Beide Nationalitäten seien an der Störung oder Verhinderung eines guten Verhältnisses zwischen Rußland und Deutschland gleich stark interessirt. Die Franzosen wirkten hauptsächlich durch die Finanz auf die russische Presse ein, die Polen durch ihre Begabung für politische Intriguen. Der Russe selbst sei immer nur Russe, und zwar in jeder Hinsicht, auch in Sprache und Schrift sei Alles conform. Jeder Russe spreche ein gutes Russisch, das nämliche wie der Zar. Auch die Schrift sei ganz gleichmäßig; ob man einen geschriebenen Bericht aus Sibirien oder von Odessa lese, es sei immer genau dieselbe Ausdrucksweise und Schrift, letztere wie gestochen.

Auch auf die deutschen National-Eigenthümlichkeiten kam die Rede. Der Fürst bemerkte unter Anderem,

wir seien eigentlich immer noch eine Unterofficiers-Nation, jeder sei auf die Tressen erpicht. Durchschnittlich habe jeder im öffentlichen Leben Stehende nur das Maaß von Selbstgefühl, das seiner staatlichen Abstempelung, seinen staatlichen Rang- und Ordensverhältnissen entspräche. Ausnahmen seien rühmlich, aber selten.

Weiter führte der Fürst aus, daß die heutigen Parteien in Deutschland doch kaum noch das vorhandene Bedürfniß deckten, weil dies vorwiegend wirthschaftlicher und socialpolitischer Natur sei. Auch auf den neulichen Besuch des Vorstandes des Bundes der Landwirthe kam die Rede. Der Fürst bestätigte dabei,

daß er seine Ueberzeugung dahin resumirt habe: „Il faut, que la recherche de la fraction soit interdite." Wenn man etwas auf wirthschaftlichem Gebiete erreichen wolle, müsse man die politischen Unterschiede, die einstweilen nicht in Betracht kämen, zurückstellen auf spätere Zeiten. Wenn der Landwirth etwas erreichen wolle, dürfe er den, der ihm zu helfen bereit sei, nicht erst fragen: Welcher politischen Fraction gehörst du sonst an? Das müsse ihm zunächst egal sein, davon nach Neune, wie die Berliner sagen.

Neulich kam die Rede bei Tische auf den Besuch von Nordseebädern. Einer von den Herren äußerte die Absicht, nach Borkum zu gehen.

Der Fürst meinte, auf Borkum sei er nie gewesen, aber auf der benachbarten Insel Norderney. Dort sei er auch einmal mit dem letzten Könige von Hannover zusammengetroffen. Damals, wie bei anderen Gelegenheiten, hatte er das stete Bestreben des hohen Herrn wahrgenommen, sein Seh-Unvermögen thunlichst zu cachiren. Es sei ihm erinnerlich, daß er zum Beispiel mit ihm ausführlich über die Toilette einer im Saale anwesenden Dame gesprochen habe, die er natürlich nicht sehen konnte, die er sich aber vorher genau habe von seinem Adjutanten beschreiben lassen. Im Gespräche habe der König die Eigenthümlichkeit gehabt, Einem immer mehr auf den Leib zu rücken; man sei dann immer genöthigt gewesen, sich allmählich rückwärts zu concentriren, bis man auf dieser Linie schließlich an irgend ein Hinderniß gestoßen sei und nicht weiter gekonnt habe. Der König habe dann erst, wenn er beim weiteren Vorschreiten die Fußspitzen seines Gegenüber berührte, die Situation erfaßt und sich durch eine geschickte Wendung aus derselben herausgezogen.

An der nämlichen Frühstückstafel kam das Gespräch auf Alt-Berlin. Der Fürst erzählte von allem Möglichen, unter Anderem auch von einer früher dort sehr bekannten Persönlichkeit, dem alten Theater-Director Cerf:

derselbe sei ein höchst merkwürdiger Herr gewesen, Geschriebenes habe er überhaupt nicht lesen können. Einmal sei ihm bei Tisch ein eiliger Brief übergeben worden, der sofort Antwort erheischt habe. Cerf habe sich die Aufschrift eine Weile besehen, daran wohl den Absender erkannt und dann den Brief seinem Nachbar mit der Bemerkung übergeben: „Aha, der ist ja von dem komischen Kerl, dem X.; ich kann seine Handschrift nicht lesen, sehen Sie doch mal nach, was er eigentlich von mir will."

Im Anschlusse hieran erzählte der Fürst folgende Anekdote von Cerf:

Ein Tischgast habe im Hause von Cerf folgendes Räthsel aufgegeben: „Das Erste ist unser Wirth, das Zweite ist der Name unserer Wirthin, und das Ganze steht auf dem Tisch." Da sei Cerf doch indignirt gewesen, daß man an seiner eigenen Tafel derartige Räthsel aufgebe. Die Lösung sei doch ganz klar: „Assiette". Seine Frau hieß nämlich Jette, und was da für ihn übrig bleibe (Aas), dafür müsse er sich doch bedanken. In Folge seiner mangelhaften orthographischen Kenntnisse war ihm das Fehlen des einen A ganz entgangen, worauf der Räthselaufgeber, der ungefähr ebenso stark in der Orthographie war, ganz entrüstet erklärte, er habe nicht Assiette, sondern Cerfiette (Serviette) gemeint.

* * *

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 21. August (A.-A.):

Zu dem Besuche des Herrn Windthorst beim Fürsten Bismarck im Jahre 1890 bringen wir zwei Artikel der Münchener „Allgemeinen Zeitung" und der „Magdeburger Zeitung":

In der Münchener „Allgem. Ztg." heißt es:

„Zu der Darstellung, welche wir an dieser Stelle in der Nummer 225 der Zeitung[1]) von dem Zusammenhang der letzten amtlichen Unterredung des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck und dem letzten Besuche Windthorst's bei dem Fürsten gegeben haben, bemerken die „Hamb. Nachr.", nicht Fürst Bismarck habe mit Windthorst, sondern dieser mit dem Ersteren zu verhandeln gesucht. Das wird gewiß so sein; wir selbst sind darüber nicht unterrichtet, und uns lag nichts ferner, als über die Initiative zu jener weltberühmten Unterredung eine Mittheilung zu machen. Vielmehr wollten und wollen wir hervorheben, daß die Tendenz, die aristokratischen Elemente des Centrums für die moderne Monarchie in Preußen und im Reiche zu gewinnen, schon lange in hohen und ausschlaggebenden Kreisen lebendig war, und daß im März

[1]) Vergl. oben S. 350 ff.

1890 der Argwohn, Fürst Bismarck contrecarrire diese Absichten und intriguire mit Windthorst, vorhanden gewesen ist. Wie weit dieser Argwohn zu weittragenden Entschlüssen mitgewirkt hat, wissen wir nicht; für jeden unbefangenen Beurtheiler der Natur Bismarck's versteht es sich ganz von selbst, daß dieser niemals mit Windthorst gegen den Kaiser zu conspiriren auch nur gedacht haben kann; wohl aber liegt der Gedanke nahe, daß der erste Reichskanzler, wie bei allen seinen politischen Handlungen, sich den Mann ansah, mit dem er zu thun hatte. Mit Windthorst wußte Bismarck, wie er daran war, und daß jener nicht mehr Mannen bei parlamentarischen Abstimmungen zu stellen versprach, als er gewinnen konnte. Bei anderen Herren der Centrumspartei blieb die Sache immer recht unsicher. Der realistische Blick Bismarck's hat ihn auf diesem Gebiet allezeit vor Täuschungen bewahrt. Gewiß wird auch der erste Kanzler die Bedeutung der aristokratischen Elemente im Centrum nicht übersehen haben; irren wir nicht, so hat er wohl einmal daran gedacht, dem Frhrn. von Frankenstein eine wichtigere Position in unserm öffentlichen Leben einzuräumen. Später ist von der Umgebung des Fürsten Bismarck wie des Kaisers Frhr. von Huene freundlich behandelt worden. Es hat seiner Zeit Aufsehen erregt, als ihm der Kaiser bei einer Abendgesellschaft Bismarck's einen Orden mitbrachte. Im übrigen wird man als historische Thatsache festhalten müssen, daß Bismarck immer nur dann, und dann nur ungern, mit Windthorst und dem Centrum pactirte, wenn es nicht anders zu machen war; über seine Sprödigkeit gegenüber den Ultramontanen sollen seiner Zeit selbst nationalliberale Führer geklagt haben. In diesem Zusammenhang darf vielleicht daran erinnert werden, daß der Cartellreichstag von 1887 möglicherweise nicht zu Stande gekommen und die Auflösung seines Vorgängers vermieden worden wäre, wenn Bismarck nicht einen Plan Windthorst's durchkreuzt hätte, der darauf hinauslief, nach der Ablehnung der Militairvorlage im Januar in zweiter Lesung eine Vertagung der Sitzung zu beantragen, um dann zur dritten Abstimmung so viel von seinen Leuten für die Annahme der Septennatsvorlage in den Saal zu führen, daß dieselbe zur Annahme gelangte. Bismarck aber verkündete sofort nach der Abstimmung über den entscheidenden Paragraphen in der zweiten Lesung die Auflösung, und Herr Windthorst hatte das Nachsehen. All dies erwähnen wir nur, um noch einmal zu betonen, daß wir das Gewicht der aristokratischen Elemente im Centrum nicht unterschätzen, aber auch nicht überschätzen."

Die „Magdeb. Ztg." schreibt:

„Heute mischt sich auch die ‚Germania' in die Erörterungen über die letzte Begegnung des Abg. Windthorst mit dem Fürsten Bismarck ein.

Sie will bezüglich der Herbeiführung der Unterredung nur eine ‚beiderseitige Initiative' anerkennen und stellt sich verwundert, daß frühere Darstellungen der Vorgänge, die sie gegeben, noch nicht in das historische Bewußtsein übergegangen seien. Wir kennen die Werthschätzung nicht, deren sich die geschichtlichen Darlegungen des Blattes im ultramontanen Lager zu erfreuen haben; wir an unserem Theile haben sie stets nur mit vieler Zurückhaltung und starken Zweifeln aufnehmen können.

„In dem vorliegenden Falle aber werden sich diese um so lebhafter aufdrängen, wenn man liest, mit welchen gewundenen Redensarten sich Herr Windthorst seiner Zeit über die Entstehung der Unterredung hat vernehmen lassen. Er soll geradezu erstaunt gewesen sein, als in der nichtkatholischen Presse sofort Untersuchungen angestellt worden seien, ob er die Unterredung nachgesucht habe oder darum ersucht worden sei. Weder das Eine noch das Andere sei der Fall, es läge doch nahe (?) genug, in solchen Fällen an eine Mittelsperson zu denken. Sicher wurden doch auch etwaige erste Anfühlungen sehr vorsichtig gemacht. Dazu fügt das Blatt aus dem Eigenen noch hinzu, man hätte Windthorst nicht die Unklugheit zutrauen sollen, daß er sich einer Zurückweisung durch eine directe Anfrage ausgesetzt haben würde. Es sei im Gegentheil von Windthorst persönlich bestätigt worden, daß schon im November 1890 eine Mittelsperson ihn zu einer Unterredung mit Bismarck zu bestimmen gesucht habe. Er selbst (Windthorst) habe an eine solche Unterredung nicht gedacht und sich auch nicht dazu angeboten. In der Unterhaltung mit dem Vermittler, Herrn von Bleichröder, habe er aber bald die Ueberzeugung gewonnen, daß diese Mittelsperson nach der Seite des Fürsten Bismarck hin bereits Fühlung besessen habe und so bloß noch eine Andeutung seinerseits erforderlich gewesen sei.

„An diesem Gerede um die Sache herum muß Eines auffallen: die Hartnäckigkeit, mit der die Fiction aufrecht zu erhalten gesucht wird, daß, um eine Unterredung zwischen dem Führer des Centrums und dem leitenden Staatsmanne herbeizuführen, die Benutzung einer Mittelsperson das Natürliche und, wie das ultramontane Blatt hinzufügt, im Interesse der Klugheit Gebotene gewesen sei. Das könnte vielleicht zugegeben werden, wenn es sich um die erste Unterredung gehandelt hätte, die zwischen dem Fürsten Bismarck und Windthorst nach dem Culturkampf stattfand. Aber seit jener Zeit hatte das Centrum bereits die Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck unterstützt, die Culturkampfgesetzgebung war abgetragen, mit den Welfen ein Ausgleich angebahnt und der parlamentarische Anwalt des Welfenthums, Windthorst, hatte wiederholt an den parlamentarischen Abenden des Fürsten Bismarck Theil genommen. In einem solchen Falle müßte die Inanspruchnahme

einer Mittelsperson für beide Theile auffällig erscheinen, und ebenso ist es die von der ‚Germania‘ geäußerte Furcht, daß bei einer directen Anfrage Herr Windthorst sich vielleicht einen Korb geholt haben würde.

„Nicht minder befremden muß ferner der Versuch, Herrn von Bleichröder ohne Weiteres als die gegebene Vertrauensperson für discrete Angelegenheiten dieser Art hinzustellen. Nun müssen wir sagen, wir haben Herrn von Bleichröder oft als den Bankier des Fürsten nennen hören, in einer politischen oder parlamentarischen Angelegenheit aber nur in diesem einzigen Falle. Das ist doch gewiß eine seltsame Thatsache, und auch Fürst Bismarck hat im December 1891 in Ratzeburg erklärt, daß er mißtrauisch geworden sei, als der Abgeordnete Windthorst nicht den jedem Parlamentarier offenstehenden Weg benutzt, sondern sich durch seinen Bankier habe anmelden lassen.

„Mit allen diesen Feststellungen, die, wie auch Fürst Bismarck eingestanden hat, an sich gleichgültig sind, wird indessen die Hauptfrage nicht berührt, was eigentlich der Zweck dieser so geheimnißvoll vorbereiteten Unterredung gewesen sei, und über diese Frage schlüpft auch die ‚Germania‘ hinweg, indem sie allerhand Vermuthungen über die Gründe anstellt, die für die Wiederauffrischung jener geschichtlichen Erinnerungen bestimmend gewesen seien.“

Wir bemerken dazu, daß auch unseres Wissens Herr von Bleichröder sich nie um Fractions-Politik, sondern immer nur um Finanz-Politik bekümmert hat. Wenn es richtig ist, daß im Jahre 1890 bei einer maßgebenden Stelle der Wunsch bestand, die aristokratischen Elemente des Centrums zu gewinnen, so wird es begreiflich, daß Windthorst das Bedürfniß hatte, zu versuchen, ob durch Verhandlungen mit dem damaligen Reichskanzler eine Rückendeckung gegen solche Bestrebungen zu erreichen wäre. Wir wissen aber nicht, warum er sich für die Anknüpfung solcher Verhandlungen eines Vermittlers bediente, dessen er, wenn er nicht etwa Nebenabsichten mit diesem Umwege verband, bei seinen Beziehungen zum Fürsten Bismarck nicht bedurfte.

* * *

Am 1. September war eine große Zahl Deutscher aus Böhmen nach Leipzig zur Sedanfeier des Alldeutschen Verbandes gekommen. Vom Festcommers aus wurde folgende Depesche an den Fürsten Bismarck gesandt:

„Euer Durchlaucht sprechen am Sedantage 1000 in Leipzig zu festlichem Commerse versammelte Reichsdeutsche und Deutsche aus Böhmen ehrfurchtsvollen Dank und das Gelöbniß deutscher Treue aus.

Dr. E. Schmied. Kaufmann Zeiß.“

Tags darauf erging vom Commers Leipziger Bürger und Bürgerinnen folgender Huldigungsgruß an den Fürsten:

„Die bei der Sedanfeier versammelten Leipziger Bürger und Bürgerinnen entbieten Euer Durchlaucht als dem Baumeister unseres herrlichen Vaterlandes deutschen Gruß in unentwegter Treue und Dankbarkeit. Dr. von Hahn.“

* * *

Am 2. September erhielt Fürst Bismarck wieder hohen Besuch aus dem Orient; diesmal war es der König von Siam, der unsern greisen Kanzler in Friedrichsruh aufsuchte. Die „Hamb. Nachr.“ schildern den Hergang in einem Bericht aus Friedrichsruh folgendermaßen:

Wie den Lesern dieses Blattes schon durch eine telegraphische Meldung kurz mitgetheilt worden ist, hat heute Nachmittag der z. Z. in Hamburg weilende König Chulalongkorn von Siam dem Altreichskanzler einen Besuch in Friedrichsruh abgestattet. Die Kunde davon hatte zahlreiche Damen und Herren hierhergeführt, die in ihrer Erwartung, bei dieser Gelegenheit den Fürsten Bismarck aus der nächsten Nähe zu sehen, ebensowenig getäuscht wurden, wie das Heer von Photographen, welches das getreue Gefolge des siamesischen Königs bildet und sich überhaupt überall da einstellt, wo es etwas für die Zeitgeschichte zu fixiren gilt.

Bei der Ankunft des Königs gingen die Wünsche der mit und ohne Momentapparat am Schloßthor harrenden Leute freilich noch nicht in vollem Maaße in Erfüllung. Am Bahngeleise fand sich beim Herannahen des Hamburger Zuges allein Graf Rantzau ein, der den König und seine Begleiter in Empfang nahm, um sie dem Fürsten zuzuführen. Dieser hatte sich kurz nach zwei Uhr auf die kleine Bank niedergelassen, die sich links vor der Hauptthür des Herrenhauses befindet. Hier fand der Fürst durch den etwas vorspringenden Flügel des Gebäudes Schutz vor dem stoßweise außerordentlich heftig auftretenden Winde. Fürst Bismarck trug Civilkleidung, langschößigen schwarzen Rock, schwarze Halsbinde und auf dem Haupte einen Cylinder von stattlichen Dimensionen und höchst ehrwürdiger Form. Um den Hals schlang sich über die schwarze Cravatte ein schmales Ordensband, an dem eine zierliche Decoration hing: der Orden vom weißen Elephanten, den der Fürst bereits von dem Vater des jetzigen Königs von Siam erhalten hat.

Das Aussehen des Fürsten ließ nichts zu wünschen übrig. Man sieht es ihm nicht an, wie arg ihm an solchen windigen Tagen, wie der heutige einer war, die Gesichtsschmerzen zusetzen. Des kräftigen Stockes, dessen Griff er mit der Linken umfaßt hielt, schien der Fürst kaum zu bedürfen. Er stützte sich nur gelegentlich leicht darauf und trat den durch den Park auf das Haus zukommenden Herren mit einigen raschen Schritten entgegen, denen

nichts von Altersmüdigkeit anzumerken war. Vor der Thüre fand stehend die erste Begrüßung und Vorstellung der einzelnen Herren statt. Außer dem Könige waren dessen beide Brüder die Prinzen Svasti und Mahisara, sowie die Herren des Königlichen Gefolges, General-Adjutant Phya Tejo, Legationsrath Phra Ratnakosa und Kammerherr Mai Cha Yuat erschienen.

Der Fürst führte den König und die beiden Prinzen in den vor dem Speisesaal liegenden Salon, dessen Fenster Ausblick nach dem Parke haben. Hier befanden sich außer den schon genannten Personen die Gräfin Rantzau und die Nichte des Fürsten Bismarck, Frau von Kotze, geb. von Arnim. Die drei Herren vom Gefolge des Königs zogen sich bescheiden in das Nebenzimmer zurück, nach welchem die Flügelthüren geöffnet blieben, und waren nicht zum Eintreten in den Salon zu bewegen. Alsbald entspann sich zwischen dem Fürsten und seinem königlichen Gaste eine sehr lebhafte englisch geführte Unterhaltung, an der hin und wieder auch die Gräfin Rantzau theilnahm. Es wurden Cigarren und Cigaretten, sowie Thee und Cognac gereicht. Der Fürst rauchte seine lange Pfeife, den Cylinderhut hatte er neben seinen Sessel auf den Teppich gestellt und seinen Stock daneben über die Armlehne des Stuhles gehängt. Im Laufe der Unterhaltung erbat sich der König vom Fürsten dessen Portrait mit Unterschrift, worauf der Fürst sich Feder und Tinte bringen ließ und seinen Namen auf eine Photographie schrieb; aber diese stellt den Fürsten in Civilkleidung dar, und die Wünsche des Königs gingen dahin, eine Photographie des Fürsten in Uniform zu erhalten. Von den darauf herbeigeholten Bildern reichte Fürst Bismarck dem Könige eines, welches ihn „in full dress", wie er sagte, wiedergab nämlich in Cürassieruniform mit dem Stahlhelm, aber der König griff nach der anderen, die den Fürsten in General-Interimsuniform und unbedeckten Hauptes zeigte. Diese sei „clearer", meinte der König.

Einer der Begleiter des Königs notirte beständig sehr eifrig in ein Miniaturtaschenbuch, das er an der Uhrkette trug, was er vom Nebenzimmer aus von den Aussprüchen des Fürsten Bismarck erhaschen konnte.

Als die fahrplanmäßige Zeit zur Rückfahrt nach Hamburg gemeldet wurde, erhob sich die ganze Gesellschaft sofort und begab sich vors Haus. Hier erregte es das höchste Ergötzen des Königs, als er sich vier thatbereiten Photographen gegenübersah, und er veranlaßte den Fürsten, der ebenfalls lachend die zum Photographiren getroffenen Vorbereitungen musterte, eine Weile vor dem Hausthore stehen zu bleiben, damit die Herren mit ihren Apparaten einige gute Gruppenaufnahmen machen könnten. Die Photographen ließen sich diese herrliche Gelegenheit, den Fürsten Bismarck im Cylinderhut und daneben die schlanke Gestalt des Königs Chulalongkorn aufzunehmen, nicht entgehen, und es begann zur Belustigung aller Anwesenden

jetzt ein Knipsen der Objektiv-Verschlüsse, wie es Friedrichsruh trotz Allem, was man dort schon erlebt hat, in einem so kurzen Zeitraum, noch nicht gesehen haben wird. Nach ungefährer Schätzung wurden hier in wenigen Minuten wohl etwa fünfzig Aufnahmen erzielt sein, die zum größten Theile gut gelungen sein dürften. Nun schritt Fürst Bismarck Arm in Arm mit dem Könige, den er an Größe um mehr als Hauptеslänge überragte, nach dem Bahngeleise, wo eine zahlreiche Schaar von Damen, Herren und Kindern die Ankommenden mit lautem fröhlichen Hurrahrufen empfing. Aber kein Zug war zu sehen, und nach einiger Zeit des Wartens kam die Meldung, daß der Berliner Zug elf Minuten Verspätung habe. Sobald der König dies hörte, bat er den Fürsten dringend, sich nicht länger das ermüdende Stehen zuzumuthen, sondern wieder in den Park zurückzugehen. Als der Fürst höflich abwehrte, legte König Chulalongkorn schnell wieder seinen Arm in den des Fürsten und zog ihn mit sanfter Gewalt nach dem Portierhäuschen hin; aus diesem wurden vier Stühle geholt, worauf sich der König, der Fürst, die Gräfin Rantzau und Frau v. Kotze hart hinter dem Gitter des Eingangsthores niederließen. Das war wieder einmal eine herrliche Situation für die mit Momentapparaten bewaffneten Herren und Damen Professionals wie Amateure!

Als der Zug endlich ankam, begleitete Fürst Bismarck seine Gäste nochmals bis ans Geleise. Der König verabschiedete sich mit herzlichen Worten, bestieg mit außerordentlicher Behendigkeit den Salonwagen und winkte dann vom Fenster aus Grüße, während der Zug davonfuhr. Als die Passagiere des vorbeirollenden Zuges den Fürsten dicht vor sich am Eisenbahngeleise stehen sahen, mischten sich ihre Hurrahs in die Rufe des den Fürsten umgebenden Publicums, und flatternde Tücher aus allen Fenstern des Zuges winkten dem greisen Schloßherrn von Friedrichsruh noch so lange Grüße zu, wie der Zug dem Auge der am Wege Stehenden sichtbar blieb.

Um $5^1/_4$ Uhr machte der Fürst eine Ausfahrt, von welcher er erst nach sieben Uhr, als es bereits stark dämmerte, zurückkehrte.

* * *

Zum 2. September sandte dem Fürsten Bismarck ein Verehrer aus Görlitz folgenden poetischen Gruß:

Dem Meister, der den Plan er**fand**,
Der Deutschlands Nord und Süd ver**band**, —
Die Fäden all' in seiner **Hand**,
Sein Handwerk so durchaus ver**stand**,
Daß im besiegten Feindes**land**
Ein Deutsches Kaiserreich er**stand**,
Wird heut' vom ganzen deutschen **Land**, —

Vom Fels bis an des Meeres Strand,
Als ew'gen Dankes Unterpfand
Siegdonnerndes Hurrah! gesandt.

Wie man sieht, kehren in jeder Zeile die Buchstaben des Namens Sedan wieder.

* * *

Abermals, zum dritten Male in diesem Jahre,[1]) hatte Fürst Bismarck Veranlassung, einen öffentlichen Dank seinen treuen Verehrern im Reiche auszusprechen. Am 4. September bringen die „Hamb. Nachr." folgende Kundgebung:

Friedrichsruh, den 4. September 1897.

Zum Sedantage sind mir telegraphisch und schriftlich so viele begrüßende Kundgebungen zugegangen, daß es mir leider nicht möglich ist, dieselben einzeln zu beantworten. Daher bitte ich meine Landsleute, welche meiner bei dieser Feier freundlich gedacht haben, meinen herzlichen Dank durch diese Veröffentlichung entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

* * *

An demselben Tage wird den „Hamb. Nachr." aus Friedrichsruh gemeldet: Gestern Mittag traf hier der Generaladjutant des Königs von Siam, Phya Tejo, ein, um dem Fürsten Bismarck den ihm vom Könige am 2. September verliehenen Familienorden des Königlichen Hauses, in Brillanten und mit dem Bildnisse des Königs geziert, zu überreichen. Ferner war Phya Tejo Ueberbringer einer Anzahl von Geschenken, darunter der Platin-Photographien des Königs und der beiden Prinzen mit deren Unterschrift und zweier großer Blumenvasen (Hörner, getragen von siamesischen Kriegern) in hervorragend künstlerischer Arbeit.

* * *

Der Kaiser hatte in Coblenz in einer Tischrede den als seinen Gast an den Manövern theilnehmenden Obercommandirenden des englischen Heeres, den Herzog von Cambridge gefeiert und die Tüchtigkeit, die Englands Truppen unter seiner Leitung erreicht hätten, rührend hervorgehoben, auch der alten Waffenbrüderschaft des englischen und deutschen Heeres dabei gedacht. Die englische Presse hatte in den kaiserlichen Worten eine Verbeugung gegen England und Erfüllung einer alten Dankesschuld erkannt. Gegen diese Anmaßung brachte der „Hann. Courier" folgende auf guter Information beruhende Ausführung:

---

[1]) Den ersten nach der Centenarfeier Kaiser Wilhelm's I. am 23. März (vgl. S. 268) und den zweiten nach seinem Geburtstage am 7. April (vgl. S. 284).

In der rein persönlichen Färbung der kaiserlichen Ansprache an den Herzog von Cambridge liegt unseres Erachtens gerade das Gegentheil einer Verbeugung gegen England. Die Auslassungen der Londoner Blätter zeigen aber das Eine, daß man in England selbst die harmloseste deutsche Höflichkeit nicht vertragen kann, sondern auch sie zum Anlaß nimmt, seinem Unmuthe gegen Deutschland in überhebender Weise Luft zu machen. Sollte aber etwa gar in der durch allen Unmuth doch recht deutlich hindurchblickenden Freude über das „Lob", das der deutsche Kaiser nach der Auffassung der englischen Blätter der britischen Armee gespendet hat, ein Annäherungsgrund liegen, so ist er so plump, wie er eben nur von dem „stolzen" Albion ausgehen kann; und er dürfte in Deutschland schwerlich auf Gegenliebe stoßen.

Was dann die Behauptung von einer Dankbarkeitspflicht des Hauses Hohenzollern und Preußens gegen England betrifft, so wäre diese Rechnung, wenn sie überhaupt je Gültigkeit gehabt hätte, durch die leider oft recht unangebrachte und stets nur mit Undank und Anmaßlichkeiten belohnte Unterstützung, die Preußen England gewährt hat, längst ausgeglichen. England unterstützte Friedrich den Großen, weil es seinen damaligen hannoverschen Besitz gegen Frankreich vertheidigen mußte und dadurch zugleich in Canada freie Hand gegen dasselbe Frankreich bekam. Ohne Friedrich's des Großen Hülfe wäre Canada vielleicht nie in britischen Besitz gekommen.

Geradezu lächerlich aber ist die Behauptung: England habe zu Napoleon's Zeiten Preußen „vor der Vernichtung" gerettet. Aus reinem Handelsinteresse hat sich England der Vereinigung der europäischen Festlandmächte gegen Napoleon I. angeschlossen und dabei bekanntlich recht gute Geschäfte zu machen gewußt. Und als dann das preußische Schwert Napoleon überwunden hatte, da war es hauptsächlich England, das das Haus Hohenzollern und Preußen um den wohlverdienten Lohn ruhmreicher Waffenthaten gewaltigster Anstrengungen und größter Opfer an Gut und Blut brachte. Englische Intriguen verhinderten, daß in den Wiener Verhandlungen die schon damals von Preußen angestrebte stärkere politische Einigung Deutschlands und die Zurücknahme von Elsaß-Lothringen durchgesetzt wurden. Preußen wäre in den Befreiungskriegen im Verein mit Rußland und Oesterreich-Ungarn auch ohne die Hülfe der britischen Waffen mit Napoleon fertig geworden. Bei Waterloo aber haben die Preußen das, nebenbei bemerkt, in der Hauptsache aus hannoverschen Truppen zusammengesetzte sogenannte britische Heer Wellington's „vor der Vernichtung" gerettet.

Daß endlich das englische Heer, wie die „St. James' Gazette" anscheinend als ein besonderes Verdienst Englands um Preußen hervorhebt, nie gegen Preußen gekämpft hat, beruht einfach darauf, daß keine Veranlassung dazu vorlag und daß das englische Heer überhaupt nicht in der Lage ist, gegen Preußen zu kämpfen. Die Lust dazu ist wohl vorhanden gewesen, wie die Erinnerungen an die Haltung Englands in den Jahren 1864 und 1870/71 darthun.

Also von einer Dankbarkeitspflicht des Hauses Hohenzollern und Preußens gegen England oder gar von einer „Schuld", die Kaiser Wilhelm II. England abzuzahlen hätte, kann gar keine Rede sein, eher umgekehrt. Rechnungen, wie sie die „St. James'

Gazette" aufstellt, betrachten wir nur als das Ergebniß einer gefälschten geschichtlichen Buchführung. Sie imponiren uns nicht im Geringsten, sondern sind uns nur eine neue Illustration britischen Krämergeistes und britischer Ueberhebung. Sie zeigen uns aber auch, daß es für die deutsche Politik England gegenüber nur den einzig richtigen Standpunkt rücksichtslosester Wahrnehmung und Betonung des ureigensten Interesses giebt. Albion in der Maske eines uneigennützigen Freundes und Retters des Hauses Hohenzollern und Preußens ist fürwahr ein Schaustück für Götter!

Zu diesem Artikel bemerken die „Hamb. Nachr." am 8. September (A.-A.):

Zu dem in der gestrigen Morgenausgabe reproducirten Artikel des „Hannoverschen Couriers" über die „uneigennützige" englische Politik Preußen und Deutschland gegenüber, insbesondere zu dem richtigen Satze:

„Und als dann das preußische Schwert Napoleon überwunden hatte, da war es hauptsächlich England, das das Haus Hohenzollern und Preußen um den wohlverdienten Lohn ruhmreicher Waffenthaten, gewaltigster Anstrengungen und größter Opfer an Gut und Blut brachte. Englische Intriguen verhinderten, daß in den Wiener Verhandlungen die schon damals von Preußen angestrebte stärkere politische Einigung Deutschlands und die Zurücknahme von Elsaß-Lothringen durchgesetzt wurden" —

bemerken wir noch, daß England damals zunächst in der Aussicht auf eine später fehlgeschlagene Heirath des nachmaligen Königs der Niederlande, Prinzen von Oranien, mit der Prinzeß Charlotte, vorzugsweise auch die Vergrößerung des Königreichs der Niederlande im Auge hatte, selbst in weiterer Ausdehnung über die heutigen deutschen Reichsgrenzen hinaus, als sie verwirklicht wurde, und daß diesem Bestreben der Gedanke zu Grunde lag, die ganze Nordseeküste durch Heirath mit der englischen Krone zu vereinigen, wie es mit Hannover bereits der Fall war und mit Ostfriesland von England auf dem Wiener Congreß durchgedrückt wurde. Es wäre dann die ganze Küstenlinie von Ostende bis zur Elbmündung unter die Herrschaft der Nachfolger der niederländisch-englischen Dynastie gekommen. Wir haben hier nicht zu untersuchen, an wessen Abneigung der Plan der holländisch-englischen Heirath gescheitert ist, so daß die englische Braut schließlich den Prinzen Leopold von Coburg vorzog. Bekanntlich starb Prinzeß Charlotte unerwartet und vorzeitig. Diese Details der Erinnerung an die Zeit des Wiener Congresses sind heute wenig bekannt oder vergessen.

* * *

Zu den letzten oben aus der „Neuen Freien Presse" mitgetheilten Aeußerungen des Fürsten Bismarck sagt die „Magdebg. Zeitung":

Eine stille Resignation, wie sie das Alter mit sich bringt, daneben aber der scharfe und sichere Blick für die springenden Punkte in den großen und kleinen Actionen der Welt, das läßt sich nicht nachmachen, so wenig, wie jene Beethovenstimmung, die in den reflectirenden Betrachtungen des staatsmännischen Weltweisen leise nachklingt. Wie Mancher schon wird sich in diesen Tagen gefragt haben, ob denn wirklich die Weltgeschichte nur noch inter pocula, beim schäumenden Champagner, gemacht wird; Fürst Bismarck aber hat diese Zweifel in das feinsinnige Wort von dem Decorativen in der Politik zusammengefaßt, das heutzutage vielfach überschätzt werde, und zu dem er, wie in einer Randbemerkung wohl nicht nur zu Nutz und Lehr für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart hinzugefügt wird, sich nicht habe benutzen lassen.

* * *

Folgende Abfertigung erhält in den „Hamb. Nachr." das „Berl. Tagebl." am 9. September (A.-A.):

Das „Berl. Tagebl." veröffentlicht ein Pariser Telegramm, wonach der radicale Deputirte Bazille dem „Gaulois" eine Unterredung mitgetheilt habe, welche einer seiner Freunde jüngst mit dem Fürsten Bismarck gehabt hätte. Wir sind beauftragt, zu erklären, daß ein französischer Abgeordneter Bazille oder dessen Freunde in Friedrichsruh unbekannt sind, und daß keine derartige Unterredung stattgefunden hat. Das Ganze macht den Eindruck einer Erfindung wie die Abranyi-Geschichte[1]) aus dem Jahre 1890.

* * *

Ueber den Fürsten Bismarck gehen den „Leipziger Neuesten Nachrichten" folgende Mittheilungen zu:

Nach meiner Kenntniß der Dinge und dem, was ich selbst aus dem Munde des Fürsten Bismarck gehört habe, halte ich die Angaben der „Neuen Freien Presse" und der „Zukunft" über die Aeußerungen, die der alte Kanzler in Bezug auf die Conservativen gethan haben soll, für vollkommen zutreffend. Allerdings werden sie sich in der Hauptsache auf die Vergangenheit bezogen haben. Die Zeiten der „Reichsglocke" und der Declaranten in der „Kreuz-Zeitung" bleiben sicherlich von dem Fürsten unvergessen, so lange er lebt. Aus gelegentlichen Bemerkungen geht hervor, daß er die Feindschaft, die er damals aus dem Kreise seiner Standesgenossen erfahren hat, als eine der heftigsten betrachtet, die von ihm jemals, so lange er im Amte war, bekämpft werden mußten. Auch daß er den Neid auf sein Emporkommen, sowie die Streberei innerhalb der Kreise der „Junker" als einen der hauptsächlichsten Gründe der Gegnerschaft ansieht, die ihm von conservativer Seite vielfach zu

---

[1]) Vergl. Band I, Seite 207, 208 und 240.

Theil geworden ist, halte ich für zutreffend. In wieweit er mit dem Verhalten der jetzigen conservativen Partei einverstanden ist, lasse ich dahingestellt sein; daß er für den Conservatismus, wie er unter Caprivi z. B. von Herrn von Helldorf vertreten wurde, irgend welches Verständniß gehabt habe, darf als gänzlich ausgeschlossen betrachtet werden, und daß die conservative Fraction unter dem neuen Course den Auffassungen, die Fürst Bismarck von der Aufgabe des Conservatismus im modernen Staate hegt, entsprochen hat, darf noch weniger angenommen werden. Nach dem Urtheile des alten Kanzlers hat sie sich den Zumuthungen des demokratischen Caprivismus bei wichtigen Fragen viel zu nachgiebig gezeigt, von dem Verhalten der conservativen Fraction bei und nach der Entlassung des Fürsten Bismarck ganz zu schweigen. Es würde menschlich jedenfalls sehr begreiflich sein, wenn trotz aller Peripetien in neuer Zeit ein Rückstand von Unmuth oder Bitterkeit gegen die Conservativen in der Brust des Fürsten Bismarck zurückgeblieben sein sollte. Aber der Alte im Sachsenwalde ist ein viel zu großer Realpolitiker, als daß dies etwaige Residuum sein politisches Urtheil über die heutige Fraction irgendwie beeinflussen könnte. Wenn er sie auf den rechten Wegen sieht, unterstützt er sie gern; er empfängt nicht selten Besuche hervorragender conservativer Parteiführer, und sogar in den Zeiten der Entfremdung zwischen ihm und der Partei hatte er es nicht an wohlwollenden Rathschlägen für sie, namentlich in Artikeln der „Hamburger Nachrichten", fehlen lassen. Einmal in Varzin hörte ich den Fürsten gut gelaunt einen Theil der Conservativen mit dem stockkatholischen Italienerthume der unteren Stände in Vergleich stellen, das zwar seine Heiligen anbete und schmücke, aber durch diese Verehrung nicht verhindert werde, die schön bemalten bunten Holzfiguren mit dem Stock oder der Faust zu zertrümmern, wenn sie sich hartnäckig weigerten, ihren Wünschen beim lieben Gott Erfüllung zu verschaffen.

Das Leben, das Fürst Bismarck jetzt in Friedrichsruh führt, entspricht ganz seinen Neigungen und Wünschen. Wer sich einbildet, daß der Altreichskanzler den ganzen Tag weiter nichts thue, als den Gang der in- und ausländischen Politik zu verfolgen, Zeitungen zu lesen oder Briefe und Telegramme politischen Inhaltes nach allen Richtungen der Windrose hin auszutauschen, befindet sich im Irrthum. Wohl nimmt der Fürst Kenntniß von Allem, was vorgeht, aber er sieht, wie er früher einmal sagte, dem Stücke, das auf dem Welttheater gespielt wird, doch nur als unbetheiligter Beobachter von der Loge aus zu. Freilich fehlt es dabei nicht an kritischen Glossen, aber diese sind meist humoristisch und frei von jeder Bitterkeit. Eine erhabene, olympische Ruhe kennzeichnet das Wesen des Fürsten Bismarck an seinem Lebensabend. Nur wenn er wichtige Interessen des Deutschen Reiches oder Preußens gefährdet glaubt, oder wenn er persönlich von einer Seite gekränkt wird, die ihm tanti erscheint, hebt er die Hand zur Abwehr.

Oft verweilt der Fürst in seinen Gesprächen bei den Erinnerungen aus seiner Jugend. So erzählte er neulich von der großen Kunstfertigkeit, die er im Pistolenschießen besessen habe: „Fünf Kugeln ins Fensterkreuz auf dreißig Schritt, da war ich meiner Sache stets ganz sicher.“ Humor und Appetit des Fürsten sind noch immer gleich gut. Rothwein trinkt er bekanntlich seit Jahren nicht mehr, ebenso wenig wie er Cigarren raucht. Seine Lieblingsgetränke sind Bier (Sedlmayr), Champagner und ein ganz vorzüglicher Rheinwein (Forster Kirchenstück), der das Entzücken jedes Kenners erregt, welcher das Glück hat, diesen Wein mit dem Fürsten an dessen Tafel zu trinken. Auch ein Glas Whisky oder alten Cognac verschmäht der Fürst nicht, vor allen Dingen aber liebt er am Tisch die altgewohnte Pfeife. Kaffee habe ich ihn in den letzten Jahren selten oder nie trinken sehen. Auffallend ist, daß der Fürst jetzt gar keine Hunde mehr hat, seitdem die beiden letzten, Tyras und Belsch (Rebekka), todt sind; der Fürst hat aber keine Lust, sich an neue Thiere zu gewöhnen.

Als vor einigen Wochen die Briefe veröffentlicht wurden, die er in früheren Jahren an seine Schwester und andere Leute geschrieben hatte, sagte er: „Ja, das ist ja ganz hübsch; aber man fühlt sich bei Veröffentlichung solcher Privatbriefe doch immer etwas in Hemdsärmeln auf den Balcon hinausgestellt.“ Als ein anderes Mal die Rede darauf kam, daß eine Zeitung gemeldet habe, Graf Herbert solle Oberpräsident werden, sagte der Fürst, dieses Ziel werde schwerlich in den Wünschen seines Sohnes liegen, der fühle sich in Schönhausen ganz behaglich und sei nicht von solchem „Ehrgeiz“ besessen. Dafür habe er ihn auch nicht erzogen, mit der inneren und Verwaltungspolitik habe sich Graf Herbert niemals in hervorragendem Maaße beschäftigt.

Erstaunlich ist noch immer das Gedächtniß des Fürsten; seine geschichtlichen und — was vielleicht weniger bekannt sein dürfte — seine genealogischen Kenntnisse, wie sie in gelegentlichen Gesprächen zu Tage treten, wirken oft geradezu verblüffend. Es giebt keine lebende oder todte Persönlichkeit von irgend welcher Bedeutung durch Geburt oder Stellung, die der Fürst, wenn zufällig die Rede auf sie kommt, nicht in seiner so überaus prägnanten Weise mit wenigen Worten, ihrer Familienabstammung und ihrer Eigenart nach, zu charakterisiren wüßte. Auch die Eigenthümlichkeiten der verschiedenen deutschen Dynastien und ihre Unterschiede von einander weiß er wie kaum ein anderer Mensch in so wunderhübscher Weise zu veranschaulichen. Noch ganz kürzlich sagte er bei Besprechung ausländischer Verhältnisse, daß wir Deutsche eigentlich mit Befriedigung auf die zahlreichen stattlichen und hübschen Persönlichkeiten beiderlei Geschlechts blicken dürften, die in unsern Herrscherhäusern anzutreffen seien.

Die größte Reserve pflegt sich der Fürst in seinen Aeußerungen stets aufzuerlegen, sobald die Rede auf Vorgänge kommt, an denen die Person des

Kaisers betheiligt ist, wie z. B. bei dem neulichen Besuche in St. Petersburg. Es ist ersichtlich, mit welcher Behutsamkeit der alte Kanzler da die wenigen Worte wählt, die er spricht. Die Wichtigkeit, die er der Pflege unserer Beziehungen zu Rußland beimißt, tritt bei solcher Gelegenheit stark in den Vordergrund. Ich hatte den Eindruck, daß der Fürst den höchsten Werth darauf legt, daß die Heilungsversuche, welche im Laufe der Jahre an den 1890 gestörten Beziehungen zu Rußland gemacht worden, aufs Peinlichste in ihren persönlichen psychologischen Momenten geschont und vor jeder Einwirkung von dritter Seite her bewahrt bleiben.

* * *

Unter der Ueberschrift „Bismarck's Glossen" veröffentlichte Maximilian Harden in der „Zukunft" vom 4. September 1897 Folgendes:

In der französischen Presse wurde während der vorigen Woche, die ein Witzbold auch die faurige nennen könnte, wieder einmal viel vom Fürsten Bismarck gesprochen. Das ist nicht wunderbar: Hellsichtiger Haß hat die Franzosen gelehrt, daß es für sie seit zwanzig Jahren kein wichtigeres und kein froher zu begrüßendes Ereigniß gab als die jähe Entlassung des Mannes, in dem sie nie einen Handlanger, sondern stets den Schöpfer des Reiches und die Verkörperung germanischer Kraft gesehen hatten; und sie waren dabei doch klug genug, um elbst im ersten Freudenrausch zu erkennen, daß Otto Bismarck auch ohne Amt und amtliche Titel noch eine Macht ist, noch für das Stückchen Erde das uns die Welt heißt, Etwas bedeutet. Es ist ihnen in den sieben Jahren, die uns von der Sonnenwende der neuen deutschen Geschichte trennen, recht gut gegangen, jetzt glauben sie, endlich an das Ziel gelangt zu sein, das sie, wie ihre klügsten Männer fühlen, nie erreicht hätten, so lange Bismarck im Deutschen Reich der europäische Minister war, und wir dürfen uns deshalb nicht wundern, wenn die höhnende Frage nun lauter erklingt als jemals vorher — wie ein irres Jauchzen, wie das Geheul trunkener Sieger, die den Leichnam des Todfeindes umtanzen. Der alte Fürst sitzt ruhig in seinem Sachsenwaldhause, verfolgt aufmerksam die großen und kleinen Vorgänge des Tages, glossirt sie auf seine Weise und läßt keinen Zweifel darüber, daß er sich officiell mit keinem Rath und keinem Vorschlag in die politischen Geschäfte zu mischen wünscht, daß er der heutigen Regierung zwar ... wohlwollend gegenübersteht, aber für ihre Thätigkeit nicht verantwortlich gemacht werden möchte, und giebt dem Wunsch, „in Ruhe gelassen zu werden," milden, mitunter wohl auch ein Bischen derberen Ausdruck. Inzwischen schreien gellende Stimmen seinen Namen über die Boulevards von Paris, und ein Redakteur des Figaro ruft höhnisch, er hätte wohl sehen mögen, welches Gesicht der furchtbare Mann von Blut und Eisen in dem Augenblick gezeigt habe, da er die an Bord des Pothuau gehaltenen Reden las. Er hätte eine ungetrübt heitere Miene erblickt. Fürst Bismarck findet in den mitgetheilten Tafelreden des

Kaisers Nikolaus und des Herrn Felix Faure keinen bündigen Beweis für eine Veränderung der Lage, die durch die anglophilen Neigungen des Caprivismus zwischen Frankreich und Rußland geschaffen wurde. Er sagte darüber:

Nations alliées ist noch lange nicht alliance und kann unter Umständen auch eine bloße Artigkeit sein, eine Verstärkung und Unterstreichung des eben so unverbindlichen Wortes nations amies; ich erinnere mich solcher von den Betheiligten nicht ungern gehörten dunklen Wendungen aus meiner diplomatischen Thätigkeit. Und wenn wirklich von einer Alliance gesprochen werden kann, dann müßte man, um über ihren Werth und ihre Tragweite urtheilen zu können, doch erst den Inhalt des Bündnißvertrages kennen. Die Leute, die in Paris die Veröffentlichung des Textes fordern, haben nicht so Unrecht. Ich glaube nicht, daß der Inhalt des Vertrages, wenn überhaupt einer existirt, den Franzosen gefallen würde. Wenigstens habe ich die russische Politik immer als sehr vorsichtig kennen gelernt und kann mir nicht denken, daß sie sich ohne Noth auf Abenteuer einlassen wird, bei denen für sie nichts zu holen ist. aber in Frankreich könnten sie Geld holen!

Graf Murawiew, mit dem ich, wenn er meinen Freund Schuwalow als Geschäftsträger vertrat, amtlich und persönlich sehr gern verkehrte, gab sich als unseren Freund, und ich wüßte nicht, weshalb er seinen Sinn geändert haben sollte. Man überschätzt, wie mir scheint, heutzutage vielfach die Bedeutung der Reisen, Besuche, Feste, Toaste — ich möchte sagen: das Decorative in der Politik. Auch mich hat man ja manchmal decorativ, als eine Farbennuance, zu verwenden versucht, aber ich bin dafür doch schon zu alt und für Theatereffekte kaum noch zu brauchen. Herr Faure, der ein tüchtiger Kaufmann gewesen sein soll — gar keine üble Schule für Staatschefs —, scheint für die neue Mode der Reisepolitik allerlei nützliche Eigenschaften mitzubringen: er ist gegen Waggon- und Kabinenstrapazen abgehärtet, hat einen guten Magen und benimmt sich taktvoll und geschickt, ohne schädliche Uebertreibungen und Excesse der Beredsamkeit. Wenn es wahr ist, daß er in Frack und Cylinder die russischen Truppen militärisch gegrüßt hat — mit der Hand am hohen Hut —, dann ist diese Art des Grußes für einen Civilisten allerdings nicht correct; er hätte den Cylinder abnehmen und, wie der alte Fritz mit dem bis zum Sattel gesenkten Dreispitz, Honneur machen müssen. Im Ganzen aber hat er sich offenbar gut und geschmackvoll aus der Affaire gezogen. Nur soll man nicht glauben, daß angenehme Eindrücke und Sympathien in der Politik maßgebend sind; da entscheiden schließlich doch die Interessen, und ich kann nach meiner Erfahrung nicht einsehen, welches Interesse die in politischen Dingen gewöhnlich sehr bedächtigen Russen, so lange bei uns nicht ganz unklug gewirthschaftet

wird, daran haben sollten, der französischen Revanchelust zu Hilfe zu kommen. Czarenhymne und Marseillaise: das reimt sich nicht. Immerhin ist das französische Töpfchen aber dem Feuer jetzt näher gerückt und kann noch leichter als sonst plötzlich einmal überkochen. Das sollte unsere regierenden Herren von etwa noch vorhandenen Illusionen befreien und sie vor einer Verrückung der Basis warnen, auf der unsere Wehrkraft beruht. Es ist ganz gut, daß wir Deutschen nie zur Phäakenbehaglichkeit kommen können und daß die Pariser, die ja die französische Politik machen, uns von Zeit zu Zeit mit ihrem Geschrei aus allzu schönen Träumen wecken. Aber mit den nations amies et alliées können sie uns nicht bange machen: russische Kaiser sind heutzutage doch zu gewissenhaft, um ihre Soldaten marschieren zu lassen, nur damit die französische Eitelkeit vielleicht Befriedigung findet.

Ein paar Bemerkungen über andere Gegenstände.

Man wirft mir jetzt in den Zeitungen vor, ich habe durch eine Aeußerung, die in einem Wiener Blatt veröffentlicht wurde, die conservative Fraction verletzt. Ich kann mich der Aeußerung nicht mehr entsinnen, weiß nicht, wie sie in die Zeitung kam, und nehme an, daß sie sich auf Vorgänge bezog, die sich bei meiner Entlassung und bei der Berathung der ersten Handelsverträge abspielten. Von den heutigen Führern der Conservativen kenne ich überhaupt nur einzelne Herren, die meinem Hause befreundet sind und die ich natürlich nicht kränken wollte, auch an der persönlichen Ehrenhaftigkeit der Anderen zweifle ich nicht. . . . Aber es liegt nun einmal in der Natur dieser Partei, daß sie von der auch sonst leider landesüblichen Fractionsstreberei besonders leicht verscheucht wird. Da sitzen Beamte, die eigentlich gar nicht ins Parlament gehören, Leute, die Söhne, Töchter und Enkel zu versorgen haben und deshalb Rücksichten nehmen müssen, da möchte mancher im Staat eine höhere Stufe erklettern, und nützliche Verwandtschaften, gesellschaftliche und militairische Beziehungen spielen auch eine Rolle. Dazu kommt, daß meine Standesgenossen vielfach recht bequem sind, nicht gern übermäßig arbeiten oder auch durch ihre landwirthschaftliche Thätigkeit stark in Anspruch genommen werden; dann reißen die Strebsamsten, die sich auf die Sitzungen vorbereiten und in den Drucksachen Bescheid wissen, die Herrschaft an sich, und die Fraction merkt dann vielleicht zu spät, daß sie auf der schiefen Ebene angelangt ist. Mir haben die Herren von der Kreuzzeitungsfarbe das ministerielle Leben recht sauer gemacht; ich war nie ihr Mann, und die schlimmsten Verdächtigungen sind immer von dieser Seite gekommen. Sie ließen mich im Stich, als es darauf ankam, zunächst einmal das Deutsche Reich vor der Welt auf die Beine

zu stellen; manches wäre anders geworden, wenn ich damals conservative Hilfe gefunden hätte, aber ich hätte viel eher noch mit Herrn Richter paktirt als mit den Freunden der Nathusius-Ludom und Consorten. Es war viel Neid dabei, weil ich es weiter gebracht hatte als andere Junker, aber auch doctrinäre Beschränktheit und protestantisch-jesuitischer Eifer. Als ich dann weggeschickt wurde, hatten wieder dieselben Leute ihre Hand im Spiel: siehe Scheiterhaufenbrief und ähnliche Sachen. Wie es heute in der Fraction aussieht, weiß ich nicht. Die außen sichtbaren Leistungen können mir nicht gerade Bewunderung abzwingen. Ich habe oft das Gefühl, daß die Herren die Begriffe conservativ und gouvernemental verwechseln, und frage mich manchmal, ob sie selbst eigentlich genau wissen, was sie conserviren wollen.

In den Zeitungen wird unaufhörlich über die Vermehrung unserer Flotte gestritten. Wozu der Lärm? Was nach dem Urtheil nüchterner Fachmänner nöthig ist, muß bewilligt werden. Ich glaube, daß wir neue Kreuzer brauchen, aber ich bin sehr mißtrauisch gegen Paradeschiffe, die nur zur Markirung von Prestige dienen sollen, und die man, wenn die Sache Ernst wird, mitunter Lügenschiffe nennen muß, weil sie nichts leisten. Für coloniale Eroberungspolitik nach französischem Muster hat mir schon als Minister jede Neigung gefehlt, und mir scheint, daß jetzt die Zeit dafür besonders ungünstig ist. Unser Handel muß überall ausreichenden Schutz finden, aber die Flagge soll dem Handel folgen, nicht ihm vorangehen. Auf absehbare Zeit bleibt für uns das Wichtigste ein starkes, zuverlässiges Heer aus gedienten Leuten, die mit der besten Waffe ausgerüstet sind. Das war auch Moltke's Meinung, mit dem mich die Ueberzeugung verband, daß wir sogar die über unseren Colonialbesitz entscheidenden Schlachten auf dem europäischen Festlande auszufechten haben werden. Also keine Knauserei, aber auch keine phantastischen Pläne, über die wir uns dann schließlich noch mit anderen, für unsere europäische Situation wichtigen Leuten brouilliren. Qui trop embrasse...

Ich bin erstaunt darüber, daß man bei den Ueberschwemmungen jetzt nicht sofort ordentlich und rationell mit Staatshülfe vorgegangen ist. Die privaten Sammlungen machen keinen erfreulichen Eindruck. Möglichst viele und möglichst hohe Persönlichkeiten mußten sich gleich in den geschädigten Gegenden zeigen und den armen Menschen gut zureden — aber nicht nur reden, sondern auch ein anständiges Stück Geld in der Hand haben. Das ist die Hauptsache. Ganz abgesehen von den Pflichten der Nächstenliebe, die der Staat doch zu üben hat: eine Regierung

sollte keine Gelegenheit, sich im Lande beliebt zu machen, versäumen. Und heute, scheint mir, sollten solche Gelegenheiten ihr ganz besonders willkommen sein.

Der Kaiser hat in Koblenz die verstorbene Kaiserin Augusta eine „große" Frau genannt. Fürst Bismarck, der auch den alten Kaiser lieber den Tapferen, den Ritterlichen oder den Treuen als den Großen genannt hören möchte, würde dieses Urtheil sicher nicht unterschreiben. Er bewahrt an die Frau seines alten Herrn keine allzufreundliche Erinnerung.

Die hohe Frau hat an der Abnutzung meiner Nerven sehr stark mitgearbeitet. Sie war selbst eine nervöse, unstete und unruhige Natur, trieb gern Politik und war gleich Feuer und Flamme, wenn man auf ihre Pläne nicht einging, eingehen konnte. Unsere Frictionen begannen früh. Als der Prinz von Preußen 48 nach England gehen und ich ihn aufsuchen wollte, um ihm dringend zu rathen, er solle in Potsdam bleiben, die ganze Armee und ein großer Theil der Landbevölkerung sei für ihn, und seine Reise würde schlecht wirken, wollte sie mich nicht zu ihm lassen. Sie war aufgeregt, schlug sich, wie immer in solcher Stimmung, mit der flachen Hand aufs Knie und erklärte mir, sie müsse vor allen Dingen für die Zukunft ihres Sohnes sorgen. Später erfuhr ich von einem merkwürdigen Plan, der in ihrem Palais ausgekocht worden war. Vincke sprach mich im Landtag an und sagte, er wolle den Antrag stellen, der Prinzessin von Preußen die Regentschaft zu übertragen; wie ich darüber dächte. Ich fragte zunächst, warum denn der Prinz nicht Regent werden solle. Der Prinz, meinte Vincke, sei im Lande unmöglich geworden. Schön, sagte ich, wenn Sie Ihren Antrag stellen, werde ich beantragen, Sie als Hochverräther verhaften zu lassen. Der Artrag unterblieb, weil er ohne die Unterstützung der äußersten Rechten aussichtslos war. Meine Beziehungen zu der Prinzessin wurden dadurch nicht besser, und sie konnte, auch als sie Königin und Kaiserin geworden war, ihren eigenthümlichen Groll gegen mich nie ganz verbergen. Ihre Neigung für alles Französische und Katholische wirkte dabei mit, an ihrem Hof entstand im Lauf der Zeit eine Camarilla, die nicht immer unbedenkliche Mittel anwandte, um ihr Ziel zu erreichen, und ich hätte Vieles nicht durchsetzen können, wenn der alte Herr, der unter diesen Dingen übrigens nicht weniger litt als ich, in der Stunde der Entscheidung nicht noch schließlich bei der Stange geblieben wäre. Diese Kämpfe aber kosteten Nervenkraft — besonders, als sie in der Conflictszeit den König zur Abdankung überreden wollte und ich ihn energisch beim Portepee fassen mußte. Ich kann wohl sagen, daß dieser

langjährige Damenkrieg meine Gesundheit mehr angegriffen hat als alle offenen Gefechte im Parlament und im diplomatischen Dienst.

In einer Zeitung war gesagt worden, der alte Kanzler werde bestimmt nächstens nach Kiel fahren, um ein Schiff zu taufen. Der Fürst las die Notiz laut und fügte hinzu:

So? Die Leute scheinen noch immer zu glauben, daß es mir so geht wie dem Dienstmädchen, das meiner guten Frau einmal in Varzin sagte: „An Allem kann ich mir gewöhnen, nur an dem Einsamen nicht." Ich fühle mich zu Hause recht wohl und passe nicht für Feste.

* *
*

Den „Leipziger Neuesten Nachrichten" entnehmen wir folgende „Glossen zu Fürst Bismarck's Glossen":

Fürst Bismarck hat in seinen jüngsten „Glossen" seine Stellung zur Rechten fixirt. Er lehnt es ab, sich mit der conservativen Politik zu identificiren, auch wenn er in einzelnen Fragen mit ihr übereinstimmt. Er will vor Allem nicht das Aushängeschild sein, das vielleicht wieder, wenn die Sonne heller scheint, bei Seite gelegt oder bis zu einer neuen Gelegenheit in dem Kasten verschlossen wird. Er ist nicht „verärgert", wie die „Kreuz-Zeitung" schreibt, er meint auch nicht, wie dasselbe Blatt jetzt sagt, die Reichsmaschine müsse stille stehen, weil er nicht mehr am Ruder ist, und die conservative Partei müsse sich deshalb in ein Achilleszelt zurückziehen. Und aus Bismarck's Reden „blitzt auch nicht eine völlige Verbitterung, ein unheilbarer Bruch mit der Gegenwart heraus", wie abermals die „Kreuz-Ztg." in gewagtem Bilde behauptet. Fürst Bismarck ist überhaupt nicht verbittert, er betrachtet die Dinge der Welt lediglich durch das Prisma eines goldigen Humors. Aber er will keinen Zweifel daran lassen, daß ihm unter all dem Geklingel und Gebimmel der Gegenwart das ruhige Urtheil nicht abhanden kam, und so zeigt er freimüthig, wie stets, dorthin, wo in Wahrheit der Schaden steckt. Was hätten die Conservativen sein, was hätten sie werden können! Und was sind sie geworden! Ihre Aufgabe war es einst, das gerade Rückgrat zu zeigen und als Erzieher zu wirken, als die neue Aera, trotz aller Verwahrungen deutlich erkennbar, hereinbrach — gerade sie haben durch ihre Geschmeidigkeit die Bemühungen Derer gestärkt, die ein persönliches Regiment im Deutschen Reiche anstrebten, und auch heute noch finden sie nicht die Kraft, auf die Gefahren zu weisen, die unser innerpolitisches Leben bedrohen. Sie haben immer wieder ihre Ueberzeugungen geopfert, sie haben selbst das Unverständliche gutgeheißen, sie haben gestrebt und gestrebt, und doch hätten sie, sie allein, gar Manches hindern, Manches ändern können. Darum will Fürst Bismarck heute nicht ihr Decorationsstück bilden. Wer will es ihm verargen?

* *
*

Zu dem Thema „Fürst Bismarck und die Conservativen" schreiben die „Dresdner Nachrichten" in wesentlicher Uebereinstimmung mit Friedrichsruher Auffassungen:

Die Erörterungen, welche die Aeußerungen des Fürsten Bismarck über die Conservativen in der Presse hervorgerufen haben, dauern in ungeschwächter Lebhaftigkeit fort — ein neuer Beweis, daß der greise Kanzler in der Zurückgezogenheit seines Privatlebens ein Factor im politischen Leben bleibt, der noch immer mächtiger und folgenreicher wirkt, als die prunkvollen Reden und die Meinungsäußerungen aller Derjenigen, die heute mitten in der Oeffentlichkeit an hervorragender Stelle stehen. Nicht verbittern wollte er die Conservativen durch seine tadelnden Auslassungen, nicht schwächen wollte er sie auf Kosten einer anderen rivalisirenden Parteirichtung oder zu Gunsten einer etwa neu zu bildenden Parteibewegung, sondern seine Absicht ging vielmehr dahin, durch seine tiefeinschneidende und wohlgezielte Kritik einen kräftigen Impuls zu geben, daß die conservative Partei zielbewußt und fest diejenigen Bahnen betritt, auf denen sie der vor Allem ihr zufallenden Aufgabe gerecht zu werden vermag, seine nationale staatserhaltende Politik in allen Punkten mit unbeugsamer Entschiedenheit und Folgerichtigkeit zu vertreten und besonders nach oben hin wieder zu voller Geltung zu bringen. Nur wenn die conservative Partei diese Bahnen einschlägt und sich davon durch keinerlei Rücksicht auf Gunst, Gnade und Vortheile persönlicher Natur abbringen läßt, kann sie eine dominirende Stellung im politischen Leben behaupten, kann sie sich den Einfluß und den Rückhalt in den nationalen Kreisen sichern, den sie als selbständige Partei beanspruchen darf.

Fürst Bismarck hat die Conservativen vor die Alternative gestellt: entweder eine conservativ-gouvernementale Partei zu werden, deren Mitgliedern über den conservativen Prinzipien noch das Wohlwollen der Regierung steht, oder eine unverfälscht conservative Partei, deren Aufgabe die Conservirung der Bismarck'schen Politik ist. Eine solche conservativ-bismarck'sche Partei haben die Conservativen bisher nicht gebildet. Trotz der oppositionellen Stellungnahme in einzelnen politischen Tagesfragen haben die conservativen Führer versäumt, jene tiefgehende Verstimmung mit der nöthigen Kraft zum Ausdruck zu bringen, die seit Jahren in den weitesten Schichten des deutschen Volkes über die Regierungsweise, die seit Bismarck's Entlassung beliebt worden ist, in wachsendem Maße obwaltet. Die Conservativen haben den Mut vermissen lassen, offen und rückhaltlos die Wahrheit nach oben hin unablässig zu bekennen und mit unermüdlicher Zähigkeit darauf hinzuweisen, daß wir unrettbar dem politischen und nationalen Verfall entgegengehen, wenn in der bisherigen Weise mit dem Bismarck'schen Erbe weiter gewirthschaftet wird. Einem Eugen Richter überließ man es, der herrschenden Unzufriedenheit auch des besser gesinnten Theils der Wähler Rechnung zu bringen, obwohl man im stillen Kämmerlein oft genug nicht anders geurtheilt hatte, als der freisinnige Führer in seiner Rede über die Husaren- und Handlangerpolitik. Wohl hat daher der Alte in Friedrichsruh Grund zu befürchten, daß die Conservativen auch in der Folgezeit nicht immer den Versuchungen widerstehen möchten, persönlichen und

Regierungseinflüssen nachzugeben, und daß sie nicht das starke Rückgrat besitzen, um so lange in der Opposition auszuhalten, bis die maßgebenden Factoren und die Regierung in diejenige Richtung gedrängt werden, die den Traditionen der Bismarck'schen Politik entspricht.

Die Zukunft der conservativen Partei wird davon abhängen, ob sie die Bismarck'sche Kritik beherzigen und die richtige Wahl gegenüber der Alternative treffen wird, entweder eine Partei zu sein, die den Gouvernementalismus und den Byzantinismus, oder eine solche, die die Bismarck'sche Politik conserviren will, der wir unsere nationale Einheit und Größe und all' unsere deutsche Ehre und Herrlichkeit verdanken.

* * *

Um keine irrigen Auffassungen aufkommen zu lassen, ergreifen die „Hamb. Nachr." zu dieser Frage selbst das Wort in folgendem Artikel (14. September A.=A.):

Fürst Bismarck und die Conservativen. Gegenüber den Preßerörterungen, welche in letzter Zeit über die Auffassungen stattgefunden haben, die Fürst Bismarck in Bezug auf den Conservatismus hegt, halten wir es für angezeigt, auf eine Rede hinzuweisen, worin sich der Fürst selbst mit aller Deutlichkeit über diese Frage ausgesprochen hat.

Im April 1891 empfing Fürst Bismarck in Friedrichsruh den Besuch des Vorstandes des conservativen Vereins in Kiel. Auf eine Ansprache des Vorsitzenden des Vereins erwiderte der Fürst nach einem damals erschienenen Berichte, den wir dem neuen Werke „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung"[1]) entnehmen, u. A. das Folgende:

„Man fragt oft: Was heißt conservativ? Wirklich übersetzt heißt es erhaltend, aber dies Erhaltende besteht nicht darin, daß man immer vertritt, was die jedesmalige Regierung will. Denn diese ist etwas Wandelbares, die Grundlagen des Conservatismus aber sind beständig. Es ist also nicht nöthig oder auch nur nützlich, daß die conservative Partei unter allen Umständen ministeriell sei; conservativ und ministeriell fällt nicht immer zusammen: ich habe als Minister die Conservativen ja oft genug als Gegner gehabt und ihnen das nicht zum Vorwurfe angerechnet, soweit ihre Angriffe sich nicht auf das persönliche Gebiet erstreckten, wie zu den Zeiten der Reichsglocke.

„Es giebt ein altes, gutes politisches Sprichwort: Quieta non movere, das heißt, was ruhig liegt, nicht stören, und das ist echt conservativ; eine Gesetzgebung nicht mitmachen, die beunruhigt, wo das Bedürfniß einer Aenderung nicht vorliegt. Auch in ministeriellen Kreisen giebt es Leute, die einseitig das Bedürfniß haben, die Menschheit mit ihren

---

[1]) Vergl. Band II, S. 85 f.

Elaboraten glücklich zu machen. Eine Regierung, welche unnöthige Neuerungen vertritt, wirkt anticonservativ, indem sie gesetzliche Zustände, die sich als brauchbar bewährt haben, ändert ohne Anregung durch die Betheiligten.

„Man wirft mir vor, ich sei als Ministerpräsident und Kanzler auch nicht conservativ gewesen, denn ich hätte viele alte Formen zerschlagen und viel Neues aufgerichtet. Nun, hierbei ist der Werth des Alten, welches vernichtet wurde, und des Neuen, welches errichtet werden sollte, gegeneinander abzuwägen. . . .

„Den Vorwurf der Abtrünnigkeit, welchen mir Viele der heutigen Conservativen machen, die ihrerseits keine erkennbaren Zwecke verfolgen, halte ich also für ungerecht. Die Einigung Deutschlands war eine conservative That, und ich stehe mit reinem Gewissen vor jedem Examen, das mir darüber auferlegt werden könnte. Ich glaube auch nicht, daß es nötig ist, einer Fraction anzugehören, um conservativ zu sein; so habe ich mir in den letzten Jahren meiner Amtsführung um das Cartell zwischen den Conservativen und Nationalliberalen Mühe gegeben und hoffe, dieses Gebilde wird nicht ganz auseinandergehen, man wird auf conservativer Seite einen Unterschied machen zwischen den Leuten, mit denen zusammen ein staatliches Leben sich nicht führen läßt, und den anderen, die zu solcher Gemeinschaft ehrlich bereit sind. . . .

„Meine Wünsche sind nicht gegen die jetzige Regierung gerichtet, ich möchte nur, daß sie den erwähnten lateinischen Spruch Quieta non movere beachtete als einen der obersten staatlichen Grundsätze. Ich sage das nicht aus Oppositionslust, sondern weil ich an dem gedeihlichen Fortgange der Zustände Interesse nehme, zu deren Bildung ich mitgewirkt habe. Man hat von mir verlangt, ich solle mich um Politik nicht mehr kümmern. Niemals ist mir eine größere Dummheit vorgekommen, als diese unerhörte Forderung. Sachverständige haben bei öffentlicher Behandlung von Fragen, die in ihr Fach schlagen, das größte Recht und unter Umständen die Pflicht mitzureden, und ich glaube nach meiner langen Amtsführung nicht ganz ohne Fachkenntniß zu sein. Meine Mitwirkung kann sich nur mehr nach der negativen Seite hin äußern, aber einer Maßregel gegenüber, die ich für schädlich halte, mein fachmäßiges Urtheil auszusprechen, werde ich mir von Niemanden verbieten lassen.

„Dies ist auch conservativ, glaube ich, conservativ: nicht ministeriell, sondern erhaltend."

So sprach Fürst Bismarck im Jahre 1891, als der Caprivismus in höchster Blüthe stand, zu den Conservativen. Wie dieselben seine Rathschläge befolgt und wie sie ihrerseits die Aufgabe des Conservatismus

verstanden haben, ergiebt ein Blick auf die Zeit bald nach der Entlassung des Fürsten und auf die Haltung der damaligen conservativen Führer. Wir glauben, daß die conservative Partei auch jetzt nichts Besseres thun kann, als die Auffassungen, die Fürst Bismarck von dem Wesen und der Bestimmung des Conservatismus hat, ihren politischen Bestrebungen zu Grunde zu legen.

* * *

Am 14. September kommen die Mitglieder des Verbandes deutscher Chocolade-Fabrikanten zur Begrüßung des Fürsten nach Friedrichsruh.

Am 16. September macht dem Fürsten der zum Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein ernannte Staatsminister von Köller nebst Gemahlin in Friedrichsruh einen Antrittsbesuch.

* * *

Am 17. September heißt es in den „Hamb. Nachr." (M.-A.):

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" vom 16. ds. Mts. bringen eine Correspondenz aus Stuttgart, nach der der württembergische Reichstags-abgeordnete Hausmann seinen Ausspruch: „Gottlob, daß wir keine Preußen sind", dahin interpretirt habe, daß er damit nur habe sagen wollen: Gottlob, daß wir nicht so regiert werden, wie in Preußen.

So verstanden, wird die Aeußerung des Herrn Hausmann erklärlich und würde es noch mehr sein, wenn der Herr Reichstagsabgeordnete hinzugefügt hätte, er freue sich, daß in Württemberg nicht so anstrengend, eingreifend, mühsam für die Regierten regiert werde, als in Preußen. Aber ist es denn in dieser Beziehung in Württemberg, Bayern, Baden wirklich besser als in Preußen?

* * *

Von einer neuen Ordensverleihung an den Fürsten Bismarck können die „Hamb. Nachr." am 19. September (M.-A.) berichten:

Der Kaiser Menilek II. hat dem Fürsten Bismarck das Großkreuz des Ordens des Sternes von Aethiopien verliehen. Das in amharischer Sprache abgefaßte Diplom lautet in deutscher Uebersetzung folgendermaßen:

„Es hat gesiegt der Löwe vom Stamme Juda, der zweite Menilek, Statthalter Gottes, König der Könige von Aethiopien.

Allen Menschen, welche diesen Brief sehen werden, gebe ich meinen Gruß!

Wie die Könige ihre durch Wissen, Kenntniß, Kraft und Geschicklichkeit erhabenen Helden, Freunde und Diener zu schmücken pflegen, so haben auch wir unseren Freund, der durch sein ruhmvolles, großes Werk die

ganze Welt erleuchtet hat, den treuen Rathgeber dreier großen Könige, den Fürsten Bismarck, mit dem erhabenen Orden des ersten Sternes unseres Reiches geschmückt, weil man auch auf afrikanischem Boden das gute Werk erkannt hat, das er aus Sorge für die menschliche Creatur gethan. Und wir bitten ihn, daß er diesen Schmuck des Ordens an seiner Seite trage.

Geschrieben im Monat Geubot, am 29. Tage, in der Stadt Addis Abbaba, im Jahre 1889 der Gnade."

* * *

Unter der Ueberschrift: „Vom Fürsten Bismarck" finden wir in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" folgende Mittheilungen:

Das Befinden des Fürsten ist zur Zeit zufriedenstellend, sodaß er neulich wiederholt sagte: „Meine einzige Krankheit ist mein hohes Alter!" Zu hochpolitischen Gesprächen ist zur Zeit kein Anlaß. Die Bedeutung, welche der Fürst den Sommerreisen der europäischen Staatsoberhäupter in politischer Beziehung beilegt, ist nur mäßig, und er geht meist mit einigen allgemeinen Redewendungen darüber hinweg, wenn das Gespräch darauf kommt. In Bezug auf den Conflict in Oesterreich wiederholte er neulich, was er vor ein paar Jahren beim Empfange der Steirer diesen gesagt hat.[1]) Lebhaft haben den Fürsten die Eisenbahnkatastrophen und die Ueberschwemmungsschäden beschäftigt. In Bezug auf letztere machte der Fürst durchaus kein Hehl daraus, daß er die Verzögerung ausreichender Staatshülfe mißbilligt. Der Fürst liest sehr viel, nicht nur die Tagesblätter, sondern vor Allem auch historische Werke. Wie schon in der Presse anderweitig bekannt geworden ist, haben ihn in der letzten Zeit namentlich zwei Werke: die Veröffentlichung der bisher ungedruckten Briefe Napoleon's I. und das Bernhardi'sche Memoiren-Werk beschäftigt. Die Ausführungen, die er, unmittelbar während des Lesens, zu dieser oder jener Stelle des letztgenannten Buches zu seiner Umgebung macht, sind wahre Fundgruben für die künftige Geschichtsforschung, namentlich insofern, als sie landläufige Auffassungen über die Ereignisse und Situationen der Vergangenheit rectificiren.

In dem 4. Bande der Bernhardischen Veröffentlichungen war ein Brief des vorigen Königs von Belgien enthalten, worin gesagt wird, Herr von Bismarck habe s. Z. versucht, durch Abtretung von deutschem Gebiet an Frankreich eine Vergrößerung Preußens in Deutschland zu bewirken. Der Fürst bezeichnete diese Angabe als unwahr, der belgische Herr müsse schlecht unterrichtet gewesen sein, wenn er dies niedergeschrieben habe, was ungefähr im Jahre 1861 der Fall gewesen sein müsse. Zu jener Zeit hätte er, Bismarck,

[1] Vergl. Band VI, S. 131 ff.

noch den Gesandtschaftsposten in St. Petersburg inne gehabt, und da wüßte er doch wirklich nicht, wem er von dort aus solche Propositionen hätte machen sollen, ganz abgesehen davon, daß er in seiner Eigenschaft als preußischer Gesandter beim Czaren gar nicht in der Lage gewesen sei, den maßgebenden Berlinern oder sonstigen Stellen Vorschläge von solcher Tragweite zu machen. Und wenn er sie doch gemacht hätte, fügte der Fürst hinzu, würde er damit wenig Glück sowohl beim König Wilhelm wie beim Kaiser von Rußland gehabt haben. Zum Beweis dafür verwies der Fürst auf seine ablehnende Haltung, die er später als Minister gegenüber dem französischen Verlangen nach Abtretung deutschen Gebietes in den Jahren 1866 und 1867 selbst in solchen Fällen eingenommen und unverbrüchlich bewahrt habe, wo es sich um direct französische Kriegsdrohungen gehandelt habe.

Die Bestimmtheit, mit der Fürst Bismarck damals die französischen Zumuthungen selbst auf die Kriegsgefahr hin constant abgewiesen hat, lassen es im höchsten Grade unwahrscheinlich erscheinen, daß der deutsche Kanzler jemals derartige Geschäfte zu machen versucht hätte, auch wenn nicht sein eigenes Zeugniß und sein deutscher Patriotismus dagegen sprächen. Der Fürst fügte in Bezug auf den König von Belgien hinzu, dieser Herr sei stets besorgt vor seiner (Bismarck's) preußischen Politik gewesen; er habe in der Emancipation derselben von Oesterreich eine Gefahr für Belgien erblickt, und zwar insofern, als ihm dessen Vertheidigung gegen französische Annexionsgelüste durch Preußen und Oesterreich besser gesichert sei, als durch Preußen allein. Daß der belgische König von seinem Standpunkte damit nicht ganz Unrecht hatte, und auf welchen Gründen dies beruhte, ist ebenfalls bekannt. Für den damaligen Herrn von Bismarck stand immer die preußisch-deutsche Entwickelung, wie sie später wirklich erfolgte, im Vordergrunde. Was aus Belgien wurde, kümmerte ihn erst in zweiter Linie; die belgische Frage habe für ihn neben der deutschen immer nur ein untergeordnetes Interesse gehabt, vorzugsweise in der Richtung, zu erproben, welche Leistung England zu Gunsten der von ihm garantirten belgischen Unabhängigkeit factisch auf sich nehmen werde, falls diese Unabhängigkeit von Frankreich angegriffen würde.

Schon während Herr von Bismarck noch Bundesabgesandter in Frankfurt war, hat König Leopold in seiner Privatcorrespondenz mit Friedrich Wilhelm IV. darauf hingewirkt, daß dem preußischen Vertreter in Frankfurt die Opposition gegen Oesterreich-Ungarn untersagt werde, wodurch der damalige Herr von Bismarck in die Lage kam, seinem Könige auf die Uebermittelung der königlich belgischen Auffassung zu antworten, daß er die Weisheit des Königs von Belgien unbedingt anerkenne, daß dieser Monarch die Situation anders beurtheilen würde, wenn er nicht König von Belgien, sondern von Preußen wäre. Bei dieser Neigung des Königs Leopold, jedem Element entgegenzutreten, welches die ihm wünschenswerthe Eintracht zwischen Preußen

und Oesterreich stören könne, sei es wohl erklärlich, daß er für Meldungen, welche den Frankfurter Störenfried, den preußischen Bundestagsgesandten in seinen Bestrebungen hindern konnten, zugänglicher gewesen wäre, als für andere, und daß er deshalb, auch ohne thatsächliche Anhaltspunkte zu besitzen, auf bloße ihm zugetragene Gerüchte hin die Behauptung habe niederschreiben können, daß Herr von Bismarck die Abtretung deutschen Gebietes an Frankreich vorgeschlagen habe.

Wie es begreiflich ist, kehrt Fürst Bismarck in seinen Erinnerungen gern in die Zeit des Ausbruchs des deutsch-französischen Krieges zurück. Die Rede kam bei solcher Gelegenheit auf den bekannten Vorgang, daß im Sommer 1870 verschiedene Welfenlegionaire u. A. in Strelitz Zuflucht gefunden und von dort aus conspirirt hätten. Um der Nothwendigkeit zu entgehen, sie schließlich nach Kriegsrecht aburtheilen zu lassen, ordnete Graf Bismarck, wie man weiß, die Verhaftung derselben an. Auf Befragen erklärte der Fürst, daß es richtig sei, wenn in den Blättern mitgetheilt worden wäre, daß eine solche Verhaftung in Strelitz durch ein Piquet Pasewalker Cürassiere vollzogen worden sei, und daß er auf die Strelitzer Beschwerde hin dort habe erklären lassen, daß, wenn solche hochverrätherische welfische Umtriebe weiter stattfänden und begünstigt würden, Niemand in Strelitz hoch genug stehe, um vor dem Schicksale der Welfenlegionaire sicher zu sein. Der Fürst fuhr fort, es sei uns wohl in der Erinnerung, welche Haltung die „Hannoversche Legion", die sich als „Hannoversche Armee" betrachtet und gerirt habe, in der Zeit vor dem französischen Kriege beobachtet hätte. Sie sei in Holland, in der Schweiz und schließlich in Frankreich als fremde Truppe förmlich einquartirt gewesen und habe sich mit Zukunftshoffnungen getragen, deren Erfüllung die Zersprengung des Königreichs Preußen zur Voraussetzung gehabt habe. Es sei kein Zweifel darüber gewesen, daß die Herstellung eines unabhängigen Königreichs Hannover das Ziel gebildet habe, für das ein Theil des früheren Kgl. Hannoverschen Heeres im Auslande bereit gehalten worden sei, und zwar sei man welfischerseits dabei von der Ansicht ausgegangen, daß dies Ziel nur in Folge eines Krieges erreicht werden könne, den Frankreich, allein oder im Bunde mit Oesterreich, gegen den Norddeutschen Bund siegreich geführt haben würde. Zwar habe beim Ausbruch des Krieges 1870 keine Welfenlegion mehr in Frankreich bestanden, immerhin aber habe die Thatsache vorgelegen, daß vormals hannoversche Officiere sich bereit gehalten hätten, auf Befehl des Königs Georg wieder in Activität zu treten; daß sie eine Gefolgschaft von Unterofficieren und Soldaten, wenn auch vielleicht weniger zahlreich, doch immer noch gefunden haben würden, ebenso gut wie auf ihrer Wanderung nach Holland, der Schweiz und Frankreich, sei immerhin sehr wahrscheinlich gewesen. Für die deutsche Politik wäre es aus vielen Gründen menschlicher und politischer Natur eine Calamität

gewesen, wenn sie hannoversche Soldaten in den Reihen der Landesfeinde gefunden hätte oder genöthigt gewesen wäre, gegen aufständische Bewegungen in dem Lande zwischen Weser und Elbe militairisch und kriegsrechtlich einzuschreiten. Er habe es deshalb für seine Aufgabe gehalten, mit allen Mitteln zu verhindern, daß deutsches Blut auf diese Weise vergossen werde, und zu diesen Mitteln hätten auch die fraglichen Verhaftungen gehört; er hoffe sich damit Anspruch auf Dank erworben zu haben.

Bei einer anderen Gelegenheit kam der Fürst auf die Angabe zu sprechen, König Wilhelm und er seien in der Zeit vor dem französischen Kriege so sehr bemüht gewesen, jede unnöthige Reizung des französischen Nationalgefühls zu vermeiden, daß sie den Wunsch Badens nach Aufnahme in den Norddeutschen Bund abgelehnt hätten. Der Fürst erklärt dies für unrichtig, der badische Wunsch sei überhaupt nicht in einer Form zum Ausdruck gebracht worden, der seine Ablehnung erforderlich gemacht habe. Man habe ihn in Berlin wohl gekannt, aber ihn unerfüllt gelassen; dies sei indeß keineswegs aus Rücksicht auf Frankreich geschehen, sondern lediglich aus Rücksicht auf die übrigen deutschen Südstaaten. Wenn man dem Wunsche Badens entsprochen hätte, so würde Bayern und Württemberg die Empfindung gehabt haben, dadurch in eine Zwangslage versetzt worden zu sein; es wäre ein Druck auf sie gewesen, und diesen Druck zu vermeiden habe im Interesse der damaligen norddeutschen Politik gelegen, deren Aufgabe es gewesen sei, abzuwarten, bis das gesammte Süddeutschland zum Anschlusse bereit gewesen sei, ohne den ungeschickten Versuch zu machen, die Entschließungen in München und Stuttgart durch den Druck der Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund zu beschleunigen.

* * *

Der Chefredacteur des „Geselligen" Paul Fischer in Graudenz erhielt auf Uebersendung des zweiten Jahrganges des von ihm herausgegebenen Volkskalenders „Vater Freimuth" vom Fürsten Bismarck folgendes Schreiben:

Friedrichsruh, den 21. September 1897.

Geehrter Herr! In freudiger Anerkennung der Tapferkeit und Beharrlichkeit, mit welcher Sie die deutschen Interessen polnischen Angriffen gegenüber vertreten, danke ich Ihnen verbindlichst für die Uebersendung Ihres Werkes, das ich mit Interesse lesen werde.

v. Bismarck.

* * *

An demselben Tage stattet der Fürst der Gesellschaft „Genügsamkeit" in Wickrath den Dank für die ihm ertheilte Ehrenmitgliedschaft ab, indem er schreibt:

Die geehrte Direction bitte ich, für die Uebersendung des Ehrendiploms meinen verbindlichsten Dank und meine Anerkennung für die geschmackvolle Ausstattung der Urkunde entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

* * *

Am 25. September lesen wir in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Wir haben von einem erfreulichen Familienereignisse im Bismarck'schen Hause Mittheilung zu machen. Heute Morgen ist Frau Gräfin Herbert Bismarck in Schönhausen von einem Sohne glücklich entbunden worden. Fürst Bismarck hat also nun zwei Enkel, die als einstige Träger des großen Namens in Betracht kommen.[1]) Wir sind sicher, dem Gefühle unseres ganzen Volkes Ausdruck zu geben, wenn wir dem Altreichskanzler zu dem heute geborenen ersten männlichen Sproß seines ältesten Sohnes von Herzen gratuliren und dem jüngsten Bismarck ein gutes Gedeihen wünschen.

* * *

Es war eine glückliche Fügung, daß an demselben Tage der Name des Fürsten Bismarck in würdiger Weise in der deutschen Kriegsmarine verewigt wurde. Der erste Panzerkreuzer erhielt bei seinem Stapellauf den Namen „Fürst Bismarck".

Der Kaiser richtete nachstehendes Telegramm an den Fürsten Bismarck:

Von Herzen wünsche Ich Ew. Durchlaucht Glück zum Stapellauf des Panzerkreuzers „Fürst Bismarck". Ich freue Mich, dadurch für alle Zeiten Ew. Durchlaucht Namen mit Meiner Flotte in engster Beziehung zu wissen. Sie wird um so stolzer sein, als es der erste große Panzerkreuzer ist, welcher bei uns gebaut ist. Das Modell desselben wird Admiral Tirpitz Euer Durchlaucht in Meinem Auftrage überreichen.

Fürst Bismarck depeschirte am selben Tage zurück nach Rominten:

Ew. Majestät bitte ich allerunterthänigst, für die Auszeichnung, die mir durch die heutige Taufe des Kreuzers zu Theil geworden ist, meinen ehrfurchtsvollen Dank in Gnaden entgegenzunehmen. Gleichzeitig danke ich in Ehrfurcht für das soeben eingehende allerhöchste Telegramm, durch dessen Inhalt die Ehre, die Ew. Majestät meinem Namen in allerhöchstderen Flotte gewährt, wesentlich erhöht wird.

Das Modell des neuen Panzerschiffes war im ersten Empfangszimmer

[1]) Dem Grafen Wilhelm Bismarck war am 26. Mai 1896 ein Sohn geboren, der die Namen Wilhelm Nikolaus Otto Oskar trägt. Der Sohn des Grafen Herbert erhielt die Namen Otto Christian Archibald.

in Friedrichsruh aufgestellt worden; wegen der bedeutenden Dimensionen, die es hat, war die Aufstellung mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden gewesen.

* * *

Wie groß die freudige Theilnahme der Bevölkerung darüber war, daß nun auch dem ältesten Sohne des Fürsten Bismarck ein Sohn geboren war, zeigt folgender Dank des Grafen Herbert Bismarck, den die „Hamb. Nachr." am 29. September (A.-A.) veröffentlichen:

Schönhausen, 28. September 1897.

Die freundlichen Beglückwünschungen, durch die ich zur Geburt meines Sohnes erfreut worden bin, sind so zahlreich geworden, daß ich mich außer Stande sehe, den Versuch, sie im Einzelnen zu beantworten, rechtzeitig durchzuführen. Ich erlaube mir daher, die Vermittlung der Presse in Anspruch zu nehmen, um Allen, die bei diesem Anlaß ihr Wohlwollen für den Namen Bismarck unter meiner Adresse zum Ausdruck gebracht haben, die Gefühle meines herzlichsten Dankes für ihr liebenswürdiges Gedenken auszusprechen.

Graf Bismarck-Schönhausen.

* * *

Ueber das oben erwähnte Modell des Panzerkreuzers „Fürst Bismarck" melden die „Hamb. Nachr." am 30. September (A.-A.):

Das Modell des neuen Panzerkreuzers S. M. S. Fürst Bismarck, welches dem Alt-Reichskanzler am Tauftage des Schiffes vom Staatssecretair des Marineamts in Friedrichsruh übergeben wurde, befindet sich jetzt wieder auf der Germania-Werft in Kiel, in deren Modelltischlerei es angefertigt ist. Hier soll es durch Anbringung des erst mit dem Taufact verliehenen Namens am Schiffskörper, sowie durch einige für die endgültige Aufstellung nöthigen Abänderungen vervollständigt werden. Der Fürst hat sich sehr anerkennend über die schöne Ausführung ausgesprochen, hat aber der Größe des Modells halber auf den dauernden Verbleib in Friedrichsruh verzichten müssen und die Aufstellung im Bismarck-Museum in Schönhausen angeordnet.

* * *

Am 1. October hört man auch einmal wieder etwas vom Bismarck-Denkmal. Da wird nämlich aus Berlin gemeldet:

Die neuen Entwürfe für das dem Fürsten Bismarck in Berlin zu errichtende National-Denkmal, zu deren Anfertigung der geschäftsführende Ausschuß des Central-Comités seiner Zeit eine beschränkte Anzahl von Künstlern aufgefordert hatte, sind nunmehr zur Ablieferung gelangt. Betheiligt haben sich Professor Reinhold Begas, Professor Ad. Bruett, Ludwig und Emil Cauer, Professor Gust. Eberlein-Berlin, Professor

C. Echtermeyer und H. Pfeiffer=Braunschweig, Professor Hilgers und Bruno Schmitz, Professor O. Lessing und H. Jassoy=Berlin, Professor Rud. Maison=München, Professor Ludwig Manzel=Charlottenburg, Professor F. Schaper, Fritz Schneider, Professor R. Siemering=Berlin; Bildhauer Rob. Bärwald, der seiner Zeit ebenfalls zur Einsendung eines Entwurfes aufgefordert worden war, ist inzwischen verstorben. Die ferner aufgeforderten Künstler Professor von Rümann=München und Professor Rob. Diez=Dresden waren in Folge ihrer Gesundheitsverhältnisse verhindert, der Einladung des Ausschusses Folge zu geben. Am 6. und 7. October cr. wird die Jury, bestehend aus den Herren Professor Carl Becker, Staatsminister a. D. Dr. von Delbrück, Excellenz, Berlin, Professor Robert Diez=Dresden, Geh. Rath Professor H. Ende, Professor Graf Harrach, Director Rudolf Koch, Königl. Baurath Kyllmann=Berlin, Professor von Lenbach=München, Königl. bayrischer Gesandter Graf von Lerchenfeld=Berlin, Landesdirector a. D. Dr. von Levetzow, Dr. von Lucanus, Chef des Civil=Cabinets, Professor von Miller=München, Rentner Ad. vom Rath, Baurath Schwechten=Berlin, Geh. Rath Professor Wallot=Dresden, Professor von Zumbusch=Wien zur Beschlußfassung zusammentreten.

* *
*

Am 4. October schreiben die „Hamb. Nachr.“ (A.=A.):

In einem recht munter geschriebenen Artikel, mit dem der socialdemokratische „Vorwärts“ seine gegenwärtig in Hamburg zum Parteitage versammelten „Genossen“ aufzurütteln und in das nöthige Feuer zu bringen sucht, finden wir folgende auf den Fürsten Bismarck bezügliche Stellen, von denen wir glauben, daß wir es vor Gott und der Welt nicht verantworten könnten, wenn wir sie hier nicht abdruckten:

„Und ganz nahe bei Hamburg ist die Stätte, wo der Mann lebendig begraben liegt, der in verbrecherischer Thorheit sich vermaß, die deutsche Socialdemokratie zu vernichten, weil sie sich nicht zu der niederträchtigen Rolle herbeiließ, zu Nutz und Frommen des preußischen Junkerthums die bürgerliche Freiheit niederzuhetzen und dem deutschen Volk das Joch des rohesten Polizei= und Casernen=Socialismus auf den Nacken zu heften.

„Da liegt er, der in verrücktem Größenwahn meinte, mit den — freilich colossalen — mechanischen Machtmitteln in seiner Hand die Socialdemokratie überwinden zu können, — da liegt er überwunden, zerschmettert, verachtet, — ein warnendes Exempel für alle, die da sich einbilden, ihren persönlichen Willen der Menschheit als Gesetz vorzuschreiben und die ewigen Gesetze, nach welchen der menschliche Culturfortschritt sich vollzieht fälschen oder beugen zu können.

„Die Delegirten unseres Parteitags können mit Stolz von sich, von unserer Partei sagen:

„Wir sind es, die diesen verbrecherischen Thor besiegt haben! Und wir werden Jeden besiegen, der in seine Fußstapfen zu treten sich unterfängt.“

Das ist doch wieder einmal eine herzerfrischende Sprache, und zur Belohnung wünschten wir dem „Genossen“, der dies geschrieben hat, er könnte das vergnügte Schmunzeln sehen, mit dem Fürst Bismarck, wie wir ihn kennen, über diese Schmeicheleien, wenn er sie liest, quittiren wird. Er ist von derartigen Kundgebungen immer sehr erbaut und erblickt in dem wüthenden Hasse, mit dem ihn die socialdemokratischen Agitatoren noch jetzt auf Schritt und Tritt verfolgen, eine werthvolle Beurkundung der Thatsache, daß er mit seiner Behandlung der Herren auf dem richtigen Wege gewesen ist.

* * *

Anläßlich der Einweihung des neuen Meisterhauses der Berliner Fleischer-Innung am 4. October wurde an den Fürsten Bismarck, welcher Ehrenmitglied der Innung ist, ein Begrüßungstelegramm abgesandt. Hierauf ist, den hiesigen Blättern zufolge, bei dem Obermeister der Innung, Schmidt, folgendes Danktelegramm eingelaufen:

> Herrn Obermeister Schmidt! Ich bitte Sie, meinen Freunden von der Innung meinen verbindlichsten Dank für Ihre Begrüßung und meine Wünsche für das Gedeihen der Innung und des Meisterhauses auszusprechen. v. Bismarck.

* * *

Dem Ausschuß der deutschen Turnerschaft dankt er für einen Gruß aus Hamburg an demselben Tage mit den telegraphischen Worten:

> Verbindlichsten Dank und Gut Heil! v. Bismarck.

* * *

Einer Mittheilung der „Schlesischen Ztg.“ über den Fürsten Bismarck entnehmen wir folgende Stellen:

Fürst Bismarck ist der Ansicht, daß die bestehenden politischen Parteien den praktischen Bedürfnissen der Gegenwart durch ihr Programm nicht mehr zu entsprechen vermögen, weil die wirthschaftlichen Fragen unverhältnißmäßig gegen die rein politischen in den Vordergrund getreten sind. Sicher ist auch, daß er in dem Zusammenschluß von Landwirthschaft und Industrie die unerläßliche Voraussetzung jeder wirksamen und nützlichen Parteibildung auf dem Boden des staatserhaltenden Princips erblickt.

Durch die neuliche Geburt eines Enkels, auf den dereinst nach dem Gesetze der Primogenitur der erblich verliehene, an das Fideicommiß Schwarzenbeck geknüpfte Titel „Fürst von Bismarck“ mit dem Prädicat „Durchlaucht“ übergehen wird, ist der alte Kanzler natürlich sehr erfreut worden. Es sind nun

zwei männliche Sprossen seiner beiden Söhne vorhanden, die den Fortbestand des historischen Bismarckgeschlechtes sichern. Das Zusammentreffen des frohen Familienereignisses mit der Kieler Schiffstaufe und dem Depeschenwechsel mit dem Kaiser ist in der Presse vielfach hervorgehoben und erörtert worden. Auch in diesem Falle glaube ich, daß dabei mancher Gedanke zum Ausdruck gelangt ist, der gut gemeint sein mochte, aber über die Wahrscheinlichkeit in mancher Beziehung hinausging.

Wie Fürst Bismarck über die gegenwärtig geplante Flottenvermehrung denkt, ist mit Genauigkeit kaum anzugeben. Was neulich in der „Zukunft" und in den „Dresdener Nachrichten" darüber gestanden hat, dürfte im Allgemeinen zutreffend sein, aber auch nur im Allgemeinen. Sicheres darüber wird sich erst sagen lassen, wenn die Vorlage erfolgt ist und der Fürst sie studirt hat. Aber auch dann bleibt es noch dahingestellt, ob er es für nützlich halten wird, sein Urtheil gerade in dieser Beziehung für die Oeffentlichkeit zu formuliren. Als seine Auffassung darf einstweilen nur gelten, daß wir allerdings mehr Kreuzer brauchen, als wir jetzt haben, und daß die unbrauchbar gewordenen älteren Schlachtschiffe ersetzt werden müssen, um den Aufgaben zu genügen, die der deutschen Marine gestellt sind. Wenn höheren Orts eine darüber hinausgehende Vermehrung der Flotte angestrebt wird, so wird man abzuwarten haben, wann und wie die betreffenden Forderungen gestellt werden. Man muß nicht das Uebermorgen vor dem Morgen behandeln, sondern zunächst einmal den dringenden Bedarf befriedigen, ohne die Darleiher oder Steuerzahler mit der Androhung weiterer Forderungen zu ängstigen. Qui trop embrasse, mal étreint; Eins nach dem Andern. Wir müssen so viel Schiffe haben, daß wir jederzeit in der Lage sind, ohne in Verlegenheit zu gerathen, welche davon irgendwohin zu schicken, wo sie gerade gebraucht werden.

* * *

Privaten Mittheilungen, die die „Leipziger Neuesten Nachrichten" über den Fürsten Bismarck erhalten, entnehmen wir Folgendes:

Von dem Ausfall der sächsischen Landtagswahlen ist der Fürst offenbar befriedigt. Das in Sachsen fortbestehende Cartell der staatserhaltenden Parteien hat in Friedrichsruher Gesprächen ebenso oft den Gegenstand seiner Anerkennung gebildet, wie die Tapferkeit und Energie der sächsischen Behörden der Socialdemokratie gegenüber. Der Fürst hat überhaupt für die Vorgänge in Sachsen, die ihm erfreulich und nachahmenswerth erscheinen, stets ein offenes Auge. So z. B. stellte er noch kürzlich das Verhalten Sachsens in Sachen der Ueberschwemmungsnoth dem in anderen Bundesstaaten lobend gegenüber. Wenn das Cartell, welches sich jetzt bei den sächsischen Wahlen wiederholt als wirksam erwiesen hat, auf das Reich und dessen Parteien

übertragen werden könnte, so würde das sicher im Sinne des Altreichskanzlers sein, namentlich wenn es in Verbindung mit einer Coalition von Landwirthschaft, Industrie und Handel geschähe. Die Empfehlung dieses Gedankens bildet seit Jahren das ceterum censeo aller Aeußerungen des Fürsten über die parlamentarischen Verhältnisse und ihre Sanirung.

* * *

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" melden am 7. October: In Sachen des Berliner Bismarck-Denkmals beschloß die Jury heute einstimmig, Prof. Reinhold Begas mit der Ausführung zu betrauen.

* * *

Am 12. October melden die „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Wie wir hören, hat Fürst Bismarck gestern den ihm schon von früheren Unterredungen her bekannten bayerischen Reichsrath Haßler-Augsburg in Friedrichsruh empfangen und mit einer Einladung zum Frühstück beehrt. Die Unterhaltung war sehr lebhaft, Fürst Bismarck nahm u. A. Gelegenheit, seine lebhafte Genugthuung über das Zusammengehen von Landwirthschaft, Industrie und Handel bei den Vorbereitungen für den Abschluß von Handelsverträgen auszudrücken.

Am 21. October wurde über diese Audienz dann noch weiter berichtet:

Bei dem der letzten Sitzung des Centralverbandes deutscher Industriellen folgenden Festmahl machte der Vorsitzende, Reichsrath Haßler-Augsburg, bedeutsame Mittheilungen über seine neuliche Audienz beim Fürsten Bismarck. Er schilderte, der „Rhein.-Westf. Ztg." zufolge, in anschaulicher Weise die Unterhaltung, die sich in erster Linie auf die so günstig zum Schutze der nationalen Industrie verlaufene Bewegung von 1879 bezog und von der aus naturgemäß das Gespräch auf die Vorbereitung der künftigen Handelsverträge kam. Der Fürst gab dabei wiederholt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß Landwirthschaft, Industrie und Handel gemeinsam diese große Aufgabe zu lösen das ernste Bestreben zeigten. Reichsrath Haßler konnte dabei nicht genug erzählen von dem außerordentlichen Interesse, welches der Fürst für das Gedeihen unserer productiven Stände an den Tag legte, und war zugleich in der Lage, von dem guten Gesundheitszustand des Fürsten Mittheilung zu machen, der wiederholt mit seinem Gaste auf das gute Verhältniß anstieß, das ihn mit den productiven Ständen des deutschen Volkes verbinde. Das vom Redner auf den Förderer der nationalen Arbeit ausgebrachte Hoch wurde mit stürmischer Begeisterung erwidert.

* * *

Den „Sieg" des Prof. Begas in dem engern Wettbewerbe um das Bismarck-National-Denkmal in Berlin umgiebt die „Deutsche Bauztg." mit

kritischen Arabesken, aus denen ein gut Theil Unmuth über unsere gegenwärtigen öffentlichen Kunstverhältnisse hervorleuchtet. Das Ergebniß der künstlerischen Würdigung des Entwurfs faßt das Fachblatt in folgendem wenig erfreulichen Urtheil zusammen:

„Eine Reihe verbrauchter Allegorien, unschön angewendet und unschön dargestellt; keine geschlossene Composition, keine Rücksicht auf schönen Linienfluß, ein Mißverständniß zwischen Sockel und Hauptfigur, eine mangelhafte Bearbeitung des architektonischen Theils, eine gleich mangelhafte Wiedergabe der Hauptfigur. Allein ihr Kopf ist interessant; in ihm scheint sich die Liebe des Künstlers vereinigt zu haben, vielleicht ist nur er von des Künstlers eigener Hand!“

Auf die Frage, wie es möglich ist, daß ein solcher Entwurf die einstimmige Zustimmung des Preisgerichts finden konnte, giebt das Fachblatt folgende interessante Antwort:

„Die Erklärung dafür liegt in unsern öffentlichen Kunstverhältnissen, die bekanntlich seit nahezu einem Jahrzehnt von einer Seite aus beeinflußt werden. Auch in vorliegendem Falle scheint man sich diesem Einflusse unterworfen zu haben, zum wenigsten das Laienelement im Preisgericht. Das Künstlerelement in demselben mag sich vielleicht mit dem Gedanken beruhigt haben, daß Reinhold Begas thatsächlich der Verfertiger einer der hervorragendsten oder der hervorragendsten Bismarckbüste ist, die je geschaffen wurde, der Büste in der Nationalgalerie. Vielleicht dachte er auch an die Entwicklung, welche die Angelegenheit des Kaiser Wilhelm-Denkmals aus einer ebenso bestimmt abgelehnten Skizze zu einem, wenn auch nicht idealen, so doch im hohen Grade beachtenswerthen Werke der Kunst unserer Zeit genommen hat. Wenn aber das alles der Fall ist: war dann nicht der eben ausgefochtene Wettbewerb eine vollendete Komödie mit dem tragischen Beigeschmack, daß eine stattliche Anzahl großer Künstler von gewaltiger Gestaltungskraft in idealem Sinne ‚pour le roi de Prusse‘ zu arbeiten veranlaßt wurden? Kann es im Uebrigen für einen weithin geschätzten Künstler wie Begas eine innere Befriedigung sein, unter solchen Umständen zu ‚siegen‘? Doch wer wäre so naiv, bei der Entwickelung unserer Berliner Kunstverhältnisse an psychologische Erwägungen dieser Art zu denken? Das eine steht fest, und alle etwaigen Vorschläge über den weitern Verlauf der Angelegenheit werden daran nichts ändern: Reinhold Begas hat das Denkmal des alten Kaisers gemacht, er wird auch das Bismarck's machen. Ein gütiges Geschick aber möge uns vor einer Potenzirung des ‚siegreichen‘ Entwurfes bewahren!“

* *
*

Der „Graud. Ges.“ berichtet am 15. October: „In der vorgestrigen Versammlung des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken

erzählte Herr von Tiedemann-Seeheim, er habe im Juni eine dreistündige Unterredung mit dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh gehabt.[1]) Der Fürst habe ihn mit dem Gruße an die Deutschen in der Ostmark entlassen:

Haltet zusammen, vergeßt Alles, was Euch trennt, aber vergeßt nie, daß Ihr wie vor dem Feinde steht!

* *
*

Am 13. October dankt der Fürst dem Vorsteher des Ersten Chemnitzer Scatvereins für Uebersendung der Spielkarte „Amme" und schreibt:

Ich danke Ihnen verbindlichst für die mir übersandten Scatkarten, wenn ich sie auch nicht benutzen werde, da mir das Scatspiel bisher unbekannt ist. v. Bismarck.

* *
*

An den ersten Vorsitzenden des Vereines der Militair-Kriegs- und Friedensinvaliden, den Veteranen R. Hirsch in Berlin, schreibt Fürst Bismarck am 13. October:[2])

Geehrter Herr!

Nachdem ich von Ihrem Schreiben an Dr. Chrysander vom 8. d. Mts. Kenntniß genommen habe, lasse ich Ihrem Wunsche gemäß Ihnen beifolgend zwei Schreiben des Herrn Bredow vom 17. April und 4. Mai d. Js. in auszugsweiser Abschrift zugehen.

Aus Ihrer Darlegung entnehme ich, daß meine Wahl zum Ehrenmitgliede Ihres Vereines nicht statutenmäßig vor sich gegangen ist. Ich sehe demgemäß diese Wahl und meine Annahme derselben nicht für erfolgt an. v. Bismarck.

* *
*

In den „Hamb. Nachr." vom 16. October (A.-A.) findet sich folgende Feststellung:

In Sachen der Militairgerichtsbarkeit haben wir bisher den Standpunkt vertreten, daß, wenn Bayern seinen obersten Militairgerichtshof als Zeichen seiner Militairhoheit zu erhalten strebe und den Bestand eines Reservatrechts in Anspruch nehme, es politisch nicht klug und den Reichsinteressen nicht ersprießlich sei, dem entgegenzutreten. Inzwischen sind uns in der Angelegenheit Informationen zu Theil geworden, die uns bestimmen, die Reservatrechtsfrage doch nicht als irrelevant zu behandeln. Wir haben uns überzeugt, daß ein wirkliches und unbedingtes Reservatrecht Bayerns in dieser Sache besteht und nach Absicht der Unterzeichner des Versailler Vertrages bestehen sollte. Es existirt und ist als vollgültig zu betrachten.

* *
*

[1]) Vergl. oben Seite 313.

[2]) Vergl. unten Seite 396f. und 398f.

Ueber das Deutsche Reich und die Deutschen in Oesterreich wird dem „Hann. Cour." aus Kreisen des alten Courses geschrieben:

„In der ‚Rheinisch-Westfälischen Zeitung' ist kürzlich ein Artikel erschienen, in dem daran erinnert wird, daß Fürst Bismarck einst in seiner ‚Herbstzeitlosenrede' eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs zu Gunsten der deutschen Opposition abgelehnt hat. Die Thatsache ist richtig, aber wenn das genannte Blatt das entscheidende Gewicht darauf legt, daß sich die Deutschen damals im Unrecht befunden hätten, und dies als Grund der Weigerung des Fürsten Bismarck, irgend eine Vermittelung auszuüben, ansieht, so befindet es sich im Irrthum. Ob zu jener Zeit Graf Taaffe im Rechte und seine deutschen Opponenten im Unrechte waren, konnte und durfte keinen Einfluß auf die Entschließungen des Fürsten Bismarck ausüben, und wir haben allen Grund zu der Annahme, daß der Altreichskanzler es ablehnen würde, auch jetzt, irgendwie außeramtlich, aber mit der Autorität seines Namens, für die Deutschen in Oesterreich Partei zu nehmen, selbst wenn er die Ansicht theilen sollte, daß sie diesmal ihrerseits im Rechte seien, Graf Badeni aber im Unrecht. Wenn irgend ein Deutscher etwas für seine Landsleute, ihre nationale Einigung und Stärkung gethan hat, so ist es Fürst Bismarck. Ihm verdanken wir es, daß der ‚verlassene Bruderstamm' von der dänischen Herrschaft befreit wurde und daß wir das uns vor 200 Jahren geraubte Elsaß wiedererlangt haben. Ferner ist in den Reihen der Freunde wie der Feinde des Exkanzlers wohl Niemand zu finden, der dessen deutschen Patriotismus und seine stete Bereitwilligkeit, den Deutschen im Auslande zu helfen, irgendwie anzuzweifeln wagt. Ihr Blatt hat erst neulich noch auf die Thatsache hingewiesen, daß, wenn der Fürst, so lange er Reichskanzler war, von irgend einer Unbill, die deutschen Reichsangehörigen im Auslande zugefügt worden war, amtlich Kenntniß erlangte, er in den meisten Fällen kurz und bündig ‚Kriegsschiffe'! decretirte. Wenn er es jetzt ablehnt, den Kampf, den die Deutschen zur Zeit in Oesterreich auszufechten haben, irgendwie mit seinem Namen zu decken, so ist dies mithin selbstverständlich nicht auf Mangel an deutschem Nationalgefühl bei ihm zurückzuführen.

„Es ist möglich — wir wissen es nicht —, daß der Fürst dem System Badeni nicht ohne Kritik gegenübersteht, aber diese Kritik öffentlich zu formuliren, würde ihm nach unserer Kenntniß seiner Auffassungen als unzulässig und als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates erscheinen, mit dem wir noch dazu in einem Bündnißverhältniß stehen und der daher besondere Rücksichten von uns verlangen kann. Jeder andere Deutsche in außeramtlicher Stellung mag das Recht haben, in Wort oder Schrift seine Meinung über die jetzt in Oesterreich tobenden Kämpfe offen auszusprechen, und es wird von seinem politischen Taktgefühl abhängen,

ob und wie er von diesem Rechte Gebrauch macht. Fürst Bismarck hingegen ist hier in einer ganz exceptionellen Lage, die in seiner weltgeschichtlichen Stellung und in der überwältigenden politischen Autorität beruht, die ihm in Vergleich mit den anderen lebenden Staatsmännern, einerlei, ob sie sich in oder außer Dienst befinden, innewohnt. Wir brauchen es kaum auszusprechen, denn Jeder fühlt es, daß, wenn sich Fürst Bismarck dazu bestimmen ließe, auch nur mit einem einzigen geschriebenen oder gesprochenen Worte in dem Streite der Deutschen Oesterreichs Partei zu ergreifen, die Folgen davon gar nicht abzusehen sein würden! Schon deshalb müßte sich jeder halbwegs verständige Politiker von selbst sagen, daß vom Fürsten Bismarck, einerlei wie er innerlich denkt, ein solches Wort nicht zu erwarten, und daß es mithin durchaus verkehrt ist, in dieser Beziehung durch Zeitungsartikel irgend welche Erwartungen zu erwecken, die sich niemals erfüllen können.

„Wir glauben genau über die Auffassungen des Fürsten Bismarck unterrichtet zu sein, wenn wir annehmen, daß er sich den Deutschen in Oesterreich gegenüber nicht anders verhält, als gegenüber den Deutschen in den baltischen Provinzen Rußlands. Beide kommen für ihn, unbeschadet ihrer deutschen Nationalität, staatsrechtlich ausschließlich als österreichische und russische Unterthanen in Betracht. Gerathen sie in dem Staate, dem sie angehören, in Bedrängniß, so ist die daraus entstehende politische Frage als innere Angelegenheit des betreffenden fremden Staates zu betrachten, in die jede Einmischung von außen ausgeschlossen zu bleiben hat, so lange man mit dem betreffenden Staate in Frieden und Freundschaft zu leben wünscht. Und das wollen wir doch sowohl mit Oesterreich wie mit Rußland.

„Was Oesterreich betrifft, so hat Fürst Bismarck vor zwei Jahren, als ihn Deutsche aus Steiermark in Friedrichsruh besuchten, diesen den Rath gegeben, sich mit den anderen Stämmen, mit denen sie nun einmal zusammenleben und auskommen müßten, doch nach Möglichkeit einzurichten, sich auf das natürliche Schwergewicht ihrer culturellen Suprematie zu verlassen und im Uebrigen in der Pflege eines guten Verhältnisses zur Dynastie den nothwendigen Ausgleich zu erleichtern und günstig für sich zu gestalten. Wenn man die Gesammtlage, wie sie in Oesterreich besteht, ins Auge faßt, so wird man finden, daß das Facit, das die Deutschen dort für sich daraus vernünftiger Weise ziehen können, unmöglich richtiger gezogen werden kann, als es durch den Fürsten Bismarck geschehen ist. Wir glauben nicht, daß der Fürst diese seine principielle Ansicht seitdem geändert hat, mag ihm die polnische Eigenschaft österreichischer Minister auch nicht allzu viel Vertrauen einflößen, was wir nicht wissen. Wie er stets die Ansicht vertreten hat, daß von österreichischer Seite aus Alles vermieden werden müsse, was ein Entzünden der polnischen Flamme, die für Preußen viel heißer brennt als für

Oesterreich, vom österreichischen Gebiete aus zur Folge haben könnte, so wird er den Oesterreichern schwerlich das Recht bestreiten, von uns umgekehrt zu erwarten, daß wir nicht von unserem Gebiete aus bei ihnen Brände, wenn auch nicht entzünden, so doch schüren, die für Oesterreich immerhin nicht ungefährlich sind. Der Kampf, den die Deutschen in Oesterreich jetzt zu führen haben, mag schwer sein und zu Ausschreitungen führen, die die gegenseitige Erbitterung immer mehr steigern, aber er wird und kann doch nicht ewig dauern, und wenn die dortigen Deutschen ihn mit Mäßigung führen und ohne sich gar zu weit von ihrem vielleicht nicht unberechtigten Zorne fortreißen zu lassen, so wird es für die Lage, in der sie sich befinden, wenn der Kampf ausgetobt hat, um so günstiger sein.

„Als einen ganz unbismarckischen Gedanken müssen wir es bezeichnen, wenn in mehreren Blättern versucht wird, für Deutschland aus dem Bündnißverhältniß, in dem es zu Oesterreich steht, das Recht herzuleiten, sich in die inneren Angelegenheiten des Staates einzumischen, um die dortigen Deutschen zu ‚schützen'. Das gerade Gegentheil ist richtig. Unser Bündniß mit Oesterreich bezieht sich nach seinem Texte auf ganz bestimmte Möglichkeiten der auswärtigen Politik, und außerhalb dieser hat jeder Staat volle Handlungsfreiheit, die er, ohne das Bündniß zu verletzen, dazu benutzen kann, seinem Verbündeten unbequem zu werden, falls dieser es sich beikommen läßt, sich um Dinge zu kümmern, die ihn nichts angehen und die mit dem Bündnißverhältniß, weder dem Buchstaben noch dem Geiste des Vertrages nach, das Geringste zu thun haben. Wenn der vorerwähnte Artikel der ‚Rhein.-Westf. Ztg.' aber der Auffassung, daß die Herren Goluchowski und Badeni schwerlich andere Gesinnungen gegen das Deutsche Reich hätten, als ihre polnischen Landsleute im Allgemeinen sie besitzen, ein Argument dafür entnimmt, daß Deutschland mit seiner jetzigen Neutralität den Kämpfen der Deutschen in Oesterreich gegenüber nicht das Richtige treffe, so ist das doch eine einigermaßen bedenkliche Deduction. Wenn Deutschland wirklich auf das Bündniß mit Oesterreich Werth legt, es andererseits aber durch die polnische Wirthschaft in Oesterreich gefährdet glaubt, so könnte es gar nichts Thörichteres thun, als den deutsch- und bündnißfeindlichen Elementen in Oesterreich durch unberufene Einmischung in innere österreichische Angelegenheiten in die Hände zu arbeiten."

* * *

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" veröffentlichen wieder einige Mittheilungen über den Fürsten Bismarck. Wir entnehmen daraus das Folgende:

„Der Fürst war kürzlich nicht unerheblich erkältet, befindet sich zur Zeit aber wieder wohl. Wie bereits anderweitig bekannt geworden ist, hat er

letzter Tage den bayerischen Reichsrath und Vorsitzenden des Verbandes deutscher Industrieller Haßler aus Augsburg empfangen, welcher gekommen war, um den Fürsten über die Fortschritte der Wiedervereinigung von Landwirthschaft und Industrie zu ihrer früheren Interessensolidarität zu berichten. Wie ich höre, hat sich der Altreichskanzler sehr befriedigt darüber ausgesprochen, wie er überhaupt durchaus an dem Gedanken eines Cartells der productiven Stände gegen die Socialdemokratie und ihre bewußten und unbewußten Begünstiger von oben und unten festhält, ebenso an der Auffassung, daß wir mehr Männer des praktischen Lebens, die am eigenen Leibe die Folgen der Gesetze, die sie machen helfen, verspüren, in den Reichstag wählen müßten, als bisher geschehen sei.

„Den polnischen Angelegenheiten widmet der Fürst besondere Aufmerksamkeit und räth das Gleiche Allen, welche die Entwicklung des politischen Lebens in Deutschland zu beobachten in der Lage sind. Er glaubt, daß die Polen noch immer in der Lage sind, viel Unheil zu stiften durch ihr natürliches Talent zur Intrigue und zur Verschwörung, sowie durch die Vielseitigkeit ihrer Beziehungen nicht nur nach oben hin, sondern auch zur Socialdemokratie, zum Centrum u. s. w. Der Fürst ist der Ansicht, daß ihre richtige oder unrichtige Behandlung nicht nur für die Entwicklung unserer inneren Politik, sondern auch für die Gestaltung unserer Beziehungen zum Auslande, namentlich zu Rußland von großer Bedeutung ist.

„Welche Gefahr der Fürst dem zunehmenden Prävaliren des polnischen Einflusses in dem verbündeten Oesterreich-Ungarn beimißt, muß ich dahingestellt sein lassen, sicher aber ist, daß er, als vor einigen Jahren die Verbrüderungsfeste der preußischen und österreichischen Polen in Lemberg stattfanden, er nicht ohne Besorgniß hinsichtlich des Uebereifers des österreichischen Polonismus auf das preußische Gebiet war. Die damals gehaltenen Reden und die ganze Aufnahme, welche den preußisch-polnischen Emissären in Lemberg bereitet worden war, berührten nach seiner Auffassung in unseren nahen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn eine bedenkliche Seite, die durch die Gemeinsamkeit der Interessen beider Kaiserreiche nicht gedacht sei, eben die polnische. Der Fürst geht von der Ansicht aus, die ich übrigens schon in den ‚Hamburger Nachrichten‘ vertreten gefunden habe, daß Oesterreich-Ungarn keine in letzter Instanz genügenden Gründe besitze, den polnischen Bestrebungen entgegenzutreten, für Preußen aber sei die polnische Frage ein noli me tangere, und vergleichsweise von sehr viel realerer und unmittelbarerer Wichtigkeit als die Balkanfragen für den österreichisch-ungarischen Staat jemals gewinnen können.

„In Bezug auf unsere Colonialpolitik ist der Fürst, wie ich höre, noch immer der Ansicht, daß der Kaufmann in unseren Schutzgebieten zu sehr in den Hintergrund tritt, was er sehr bedauert. Er hat als Kanzler vom Anfang

der Colonialpolitik an stets den Standpunkt vertreten, daß vor Allem die Kaufleute in den Colonien Berücksichtigung und Förderung erfahren sollten und daß die Ausdehnung der politischen Machtsphäre hauptsächlich der colonisatorischen Thätigkeit der deutschen Kaufleute folgen solle; aber er habe gegen den Widerstand seiner militairischen Ministercollegen, des Kriegs- und Marineministers, seinen Plan der colonialen Organisation nicht durchsetzen können, dadurch seien die jetzigen, auf militairischen und bureaukratischen Uebergriffen beruhenden Uebelstände möglich geworden.

„In neuerer Zeit häufen sich in Friedrichsruh die Gesuche aus Nah und Fern um Unterzeichnung eingesandter photographischer Bildnisse des Fürsten mit dessen Namensunterschrift. Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß der Fürst allen diesen Zumuthungen entspricht, außerdem hat er es sich längst zur Regel gemacht, ein derartiges Autogramm nur seinen persönlichen Bekannten zu gewähren. Das Fürstliche Secretariat besitzt lithographirte Formulare, welche den Absendern solcher Bilder dies mittheilen."

* * *

Am 18. October wurde in Leipzig das im Johannapark von einer Anzahl Leipziger Bürger ihrem Ehrenbürger Fürst Bismarck errichtete Denkmal enthüllt. Folgendes Telegramm wurde an den Fürsten abgesandt:

„Auf steiler Höhe ragt der letzte Recke,
Der Drachentödter, der das Reich errichtet —
Einsam, doch nicht verlassen:
Denn treu ist ihm sein deutsches Volk geblieben —
Und jubelnd bringen wir vor deinem Bilde
Dir dankbar unsern treuen Segenswunsch.

Ihrem Ehrenbürger die Bürger Leipzigs.
Dr. Georgi. Robert Gruner."

Auf dieses Telegramm antwortete Fürst Bismarck mit folgendem Schreiben an den Oberbürgermeister Dr. Georgi:

Friedrichsruh, den 20. October 1897.

Geehrter Herr Oberbürgermeister!

Euer Hochwohlgeboren freundliche Begrüßung an dem denkwürdigen Tage ist mir eine Ehre gewesen zu erhalten, und ich erkenne es als eine besondere Auszeichnung, daß die mir gewidmete Denkmalsfeier zu einer so erinnerungsreichen Zeit stattgefunden hat. Außer Ihrem freundlichen Gruße bin ich mit Freude und Dank in diesen Tagen von meinen Leipziger Mitbürgern in zahlreichen Telegrammen, Briefen und Karten begrüßt worden, und ich bitte Euer Hochwohlgeboren, den dabei

Betheiligten meinen herzlichen Dank für ihr freundliches Gedenken übermitteln zu wollen.
Der Ihrige
v. Bismarck.

Und an den Geheimen Commercienrath Gruner, den Vorsitzenden des Denkmalsausschusses, schrieb der Fürst:

Euer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für das von Ihnen mitunterzeichnete Telegramm vom 18. d. Mts. und bin hocherfreut über die wohlwollende Anerkennung, die mir bei der Enthüllung von allen Theilnehmern geworden ist. Ich beglückwünsche die Herren des Comités und den Künstler zu der Herstellung eines Denkmals, welches nach den mir zugegangenen Kundgebungen den Beifall der Bevölkerung erlangt hat. v. Bismarck.

* * *

Am 18. October richtet Fürst Bismarck folgendes Schreiben an Herrn Siegmund Hinrichsen in Hamburg:

Friedrichsruh, 18. October 1897.

Geehrter Herr Präsident!

Ew. Hochwohlgeboren und den Herren Mitgliedern des Comités danke ich verbindlichst für die ehrende Auszeichnung, die Sie mir durch die Einladung zum 22. d. M. erzeigen..

Es würde mir eine besondere Freude sein, der Gedächtnißfeier meines verstorbenen Freundes beizuwohnen; aber leider verhindert mich daran mein derzeitiger schlechter Gesundheitszustand, wie es mir in diesen Tagen ebenfalls nicht möglich war, die Reise nach Schönhausen zur Taufe meines Enkels zu machen.

Ich danke Ihnen, geehrter Herr Präsident, wiederholt für die Aufmerksamkeit der Einladung, welche Sie mir in so freundlichen, ehrenvollen Worten aussprechen. v. Bismarck.

* * *

Am 19. October erkennt Professor Dr. Schweninger den unheilbaren Charakter des Leidens des Fürsten Bismarck und theilt seine erschütternde Beobachtung dem Schwiegersohne des Fürsten, dem Grafen Rantzau mit.

* * *

Der Geheime Hofrath Professor Dr. G. Richter in Jena hatte bei dem Fürsten Bismarck angefragt, ob er ihm den 2. Band der 3. Abtheilung seines Werkes „Annalen der deutschen Geschichte im Mittelalter" widmen dürfte. Darauf antwortete der Fürst:

Friedrichsruh, den 20. October 1897.

Geehrter Herr Professor!

Ihr gefälliges Schreiben vom 18. d. Mts. habe ich mit Dank erhalten und werde mich geehrt fühlen, wenn Sie die freundliche Absicht ausführen und den neuen Band Ihres Werkes mir widmen wollen.

v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 21. October (M.-A.) folgende Mittheilung:

Fürst Bismarck ist bekanntlich Ehrenmitglied vieler Vereine, und z. B. die Zahl allein der Kriegervereine, welche den Fürsten zum Ehrenmitglied ernannt haben, beläuft sich auf mehrere hundert. Es ist erklärlich, daß Fürst Bismarck bei seiner militairischen Vergangenheit und Neigung derartigen Anträgen seiner Kameraden gern nachkommt, ebenso ist es aber auch zumeist unmöglich, bei der großen Zahl derartiger Gesuche die Verhältnisse der einzelnen Vereine von Friedrichsruh aus genauer prüfen zu können. Was speciell die militairischen Vereine angeht, so wird bei diesen das Factum ihrer Existenz zu ihrer Beglaubigung genügen, da, soweit wir wissen, ein jeder derselben zu seiner Constituirung der Genehmigung der oberen militairischen Behörde bedarf. Ein Vorgang wie der folgende wird daher zu den Seltenheiten gehören.

Im April d. Js. wandte sich der nominell 700 Mitglieder umfassende „Militair-Invaliden-, Veteranen- und Militair-Anwärter-Verein für Berlin und Umgegend" durch eine Eingabe seines Vorsitzenden Bredow an den Fürsten Bismarck mit der Bitte, das Ehrenpräsidium des Vereins anzunehmen. Der Fürst antwortete darauf, „daß eine solche Stellung ihm mit seiner Eigenschaft als Privatmann nicht im richtigen Verhältnisse zu stehen scheine, daß er dem Vereine aber gern als Ehrenmitglied angehören werde". Auf ein zweites Schreiben des Vereinsvorsitzenden Bredow, in welchem dieser meldete, daß die Annahme der Ehren-Mitgliedschaft von der Vereinsversammlung mit Jubel begrüßt sei, und in welchem er die Bitte wiederholte, doch auch das Ehrenpräsidium zu übernehmen, erfolgte ein Dank des Fürsten, aber bezüglich des letzten Punktes nochmals eine ablehnende Antwort.

Neuerdings ist von zuständiger Seite mitgetheilt worden, daß die von Bredow geleitete Zeitschrift

„Reveille, Zeitung der Militair-Invaliden Deutschlands, amtliches Organ des Verbandes der Militair-Kriegs- und Friedens-Invaliden, Veteranen und Militair-Anwärter Deutschlands, amtliches Organ der Königl. Wasserbaubeamten des Deutschen Reiches"

unter seinem unverfänglichen Titel aufhetzende socialistische Tendenzen verfolgt und deshalb in der ganzen Armee verboten ist; ferner, daß Spaltungen im Vereine selbst stattgefunden haben, auf deren Einzelheiten wir hier nicht eingehen wollen.

Fürst Bismarck hat auf diese von maßgebender Seite erfolgten Benachrichtigungen dem Vereine mittheilen lassen, daß er die Wahl zum Ehrenmitgliede als nicht gültig ansehe.[1])

* * *

Die „Rheinisch-Westfäl. Ztg." berichtet unter dem 25. October aus Odenkirchen:

Unserem Ehrenbürger, dem Fürsten Bismarck, war für die am 6. November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen eine Einladung zur Wahl in der ersten Abtheilung zugesandt worden. Daraufhin hat das Bürgermeisteramt folgendes Schreiben aus Friedrichsruh erhalten:

Zu meinem Bedauern bin ich durch meinen Gesundheitszustand verhindert, am 6. November d. J. mein Wahlrecht auszuüben.

v. Bismarck.

Eine Stammgesellschaft ebenda hat dem Fürsten Bismarck anläßlich der Taufe seines jüngsten Enkels folgendes Telegramm gesandt: „Zur Taufe des jüngsten Stammhalters des Hauses Bismarck senden wir dem Großvater und den Eltern des Täuflings unsere ehrerbietigsten und herzlichsten Glückwünsche. Möge aus dem Kinde ein Mann werden, so fest, so deutsch, so treu wie Ew. Durchlaucht. Vivat, crescat, floreat das Haus Bismarck."

* * *

Unter der Ueberschrift „Aus der Vergangenheit" führen die „Hamb. Nachr." am 26. October (A.-A.) Folgendes aus:

Wir haben in der Preßrevue unseres heutigen Morgenblattes einen Artikel der „Berl. Neuest. Nachr." reproducirt, der sich mit der politischen Broschüre beschäftigt, die der Reichsgerichtsrath a. D. Dr. Otto Mittelstaedt unter dem Titel „Vor der Fluth" erscheinen läßt und deren erster Theil „Unter Kaiser Wilhelm dem Zweiten" in der „Zukunft" veröffentlicht worden ist. Lediglich der Satz in den uns sonst in der Hauptsache sympathischen Ausführungen Mittelstaedt's,

„daß, als Kaiser Wilhelm I. die müden Augen schloß, die bismärckische Staatskunst und Staatslenkung mindestens in der inneren Politik deutliche Zeichen allmählichen Niederganges erkennen ließ,"

veranlaßt uns, nochmals auf die Sache zurückzukommen. Es überrascht uns, daß ein so klarer Beurtheiler wie Mittelstaedt nicht sagt, worin

[1]) Vergl. den Brief vom 13. Oktober oben S. 389.

der von ihm behauptete Rückgang bestanden habe. Daß zu jener Zeit ein gewisser Wechsel in den politischen Maßnahmen des damaligen Reichskanzlers eingetreten ist, war natürlich und zwar als selbstverständliche Folge des Regentenwechsels. Denn da die politischen Ueberzeugungen des Kaisers Friedrich doch nicht identisch mit der Politik seines Vaters waren und da die Politik des jetzt regierenden Kaisers damals noch ganz unbekannt war, so war es natürlich, daß mit dem Ableben des alten Kaisers eine gewisse vorsichtige Zurückhaltung in der Politik des Kanzlers eintrat, bis die Verhältnisse sich klären würden. Aber Mißerfolge lagen in dieser Zeit nicht vor; gerade umgekehrt: der letzte große Erfolg der inneren Politik, den Wilhelm I. hatte, war ein parlamentarischer und bestand darin, daß am 6. Februar 1888 das Eingreifen der Regierung von einer im deutschen Parlamente nie dagewesenen Wirkung war, indem nach der Rede des Kanzlers alle Parteien einig waren in der Annahme früher von ihnen zum Theil bekämpfter Regierungsforderungen.

Ein zweiter sehr großer Erfolg der damaligen deutschen Politik lag in den auswärtigen Verhältnissen, nämlich in der Gewinnung der Zustimmung Rußlands zu der Verlängerung des bis 1887 bestandenen Dreikaiserbündnisses zu Zweien, nachdem die Neigung Rußlands, es zu Dreien fortzusetzen, nicht mehr vorhanden war. Daß aber Rußland nach allen damaligen Erlebnissen noch 1890 bereit war, den den Frieden Europas sichernden Neutralitätsvertrag zwischen Deutschland und Rußland zu erneuern, ist wohl ein sehr großer diplomatischer Erfolg gewesen, der nur durch die spätere Caprivi'sche Ablehnung vereitelt wurde.

* * *

Wie der „Reichs-Anzeiger" am 26. October mittheilt, hat der Kaiser dem Fürsten Bismarck die Erlaubniß zur Anlegung der ihm verliehenen I. Classe des Königlich Siamesischen goldenen Familienordens und des Sterns des ersten Ordens von Aethiopien ertheilt.

* * *

In der M.-A. der „Hamb. Nachr." des 27. October heißt es über die oben schon erwähnte Ablehnung der Ehrenmitgliedschaft eines Kriegervereins durch den Fürsten Bismarck:

Zu der Ablehnung der Ehrenmitgliedschaft eines Kriegervereins durch den Fürsten Bismarck erfährt der „Berl. Local-Anzeiger" folgende Einzelheiten:

„Wie bereits erwähnt, war dem Fürsten seitens des ehemaligen Vorsitzenden des ‚Vereins früherer Militair-Kriegs- und Friedens-In-

validen, Veteranen und Militairanwärter in Berlin', Herrn Bredow, die Ehrenmitgliedschaft des genannten Vereins angeboten worden, nachdem dieser aus demselben bereits ausgeschlossen worden war. Herr Bredow mochte sich hierzu für berechtigt halten, da er nach seinem Austritt einen ähnlichen Verein gegründet, auch Fahne und Acten des alten Vereins in seinem Besitz behalten hatte. Um letztere schwebt zur Zeit ein Proceß. Fürst Bismarck nahm die ihm angetragene Ehrenmitgliedschaft zunächst an, sah sich aber veranlaßt, sie seither niederzulegen, nachdem ihm mitgetheilt worden war, daß seine Wahl nicht statutenmäßig erfolgt sei."

Wir können bestätigen, daß Fürst Bismarck im Laufe des erwähnten Processes Kenntniß von seiner nicht statutenmäßig erfolgten Wahl erlangt und daher die Ehrenmitgliedschaft niedergelegt hat.

* * *

Der Turiner Professor Alfred Frassati hatte in der „Nuova Antologia" einen Artikel über die Stellung Italiens zum Zweibunde veröffentlicht und dabei auch einen Brief des Grafen Robilant herangezogen. „Italien", schreibt der Graf 1886 an seinen Botschafter, Grafen de Launay, in Berlin, „ist entschieden dieser unfruchtbaren Allianz müde, und ich verspüre keine Lust, es zu ihrer Erneuerung zu zwingen, denn ich fühle zu tief, daß sie für uns immer ergebnißlos sein wird." Dann weist er Herrn de Launay an, nur so lange über die Erneuerung des Vertrages kein Wort zu verlieren, bis Fürst Bismarck selber „die Initiative ergreifen und seine Gedanken mittheilen" werde. Dies ist auch geschehen. Fürst Bismarck hat die ersten Schritte gethan, und seine „Gedanken" haben die Verlängerung des Dreibundes zur Folge gehabt. Dieser Brief und namentlich einige Bemerkungen darin über den Fürsten Bismarck hatten die Pariser Presse in einen gelinden Freudentaumel über die vermeintliche innere Haltlosigkeit des Dreibundes versetzt.

Ueber den Brief und dessen Bezugnahme auf die Stellung des Fürsten Bismarck zu Italien wurde dann den „Leipziger Neuesten Nachrichten" am 27. October Folgendes geschrieben:

> Graf Robilant behauptet, der Fürst habe ihn zu jener Zeit und in jener Angelegenheit mit schönen Redensarten bedacht, sonst aber nicht den kleinen Finger gerührt, um eine Annäherung an Italien anzubahnen. Wenn dies der Fall gewesen ist, so darf man den Grund darin suchen, daß der Fürst es in der damaligen Situation den deutschen Interessen nicht nützlich fand, in Italien den Eindruck zu erwecken, daß auf deutscher Seite großes Gewicht auf die Erneuerung des Bündnisses gelegt werde. Die italienische Politik hat es, wie der italienische Handel, stets ver-

standen, bei allen Abschlüssen für sich den größtmöglichen Vortheil gegen eine möglichst geringe Gegenleistung herauszuschlagen, so daß eine gewisse Reserve bei der Entrirung von politischen Geschäften mit Italien jeder Zeit am Platze war und noch ist. Daß bei Verzögerung der Initiative des Fürsten Bismarck persönliche Absichten gegen den Grafen Robilant im Spiele gewesen sein könnten, wie nach der einigermaßen animosen Sprache des oben erwähnten Briefes des Letzteren gegen den deutschen Kanzler leicht zu vermuthen wäre, ist vollständig ausgeschlossen; noch vielmehr ist dies die Annahme, daß Voreingenommenheit gegen Italien selbst ein Motiv der Bismarck'schen Zurückhaltung gebildet hätte. Es mag sein, daß beim Fürsten Bismarck sich die Erinnerung an die Thatsache, daß Italien 1870 nur durch Rücksichten auf seine innere Politik abgehalten wurde, mit Frankreich gegen uns zu Felde zu ziehen, niemals ganz verloren hat, aber der Fürst ist ein viel zu großer Realpolitiker, als daß er solchen Reminiscenzen größere Einwirkung auf seine Entschließungen jemals gestattet hätte, als durch die Umstände unumgänglich geboten war. Zu jener Zeit aber war dies nicht in einem Maaße der Fall, daß sich der Fürst dadurch bewogen fühlen konnte, es auf das Ausscheiden Italiens aus dem Dreibunde lieber ankommen zu lassen, als seinerseits die Initiative zur Erneuerung der Allianz zu ergreifen.

Thatsächlich hat Fürst Bismarck, als der Schöpfer des Dreibundes, stets großen Werth auf die Erhaltung des Königreichs in diesem Friedensbunde gelegt, und zwar aus verschiedenen Gründen politischer, wie militairischer Natur. Erstere bestehen hauptsächlich in der Erwägung, daß es dem deutschen Interesse zu Gute kommen muß, wenn Italien durch seine Zugehörigkeit zum Dreibunde bis zu einem gewissen Grade dem Einflusse Frankreichs entzogen bleibt; letztere liegen in der Thatsache, daß Italien, selbst wenn es militairisch nicht viel zur Entscheidung eines Kampfes diesseits der Alpen zu unseren Gunsten direct beizutragen vermöchte, doch immerhin deshalb ein äußerst werthvoller Bundesgenosse bliebe, weil Oesterreich-Ungarn, sobald Italien fest und sicher auf unserer Seite steht, im Stande ist, uns seinerseits gemäß den Bestimmungen des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages mit seiner gesammten Heeresmacht beizustehen, während es im anderen Falle genöthigt wäre, die Hälfte seiner Militairmacht zur Sicherung seiner eigenen italienischen Grenze an derselben aufzustellen und diese Streitkräfte dem Entscheidungskampfe in dem Bündnißkriege zu entziehen. Wir sind sicher, daß Fürst Bismarck an dieser Auffassung noch jetzt festhält und daß sie seiner Behandlung Italiens stets als maßgebend zu Grunde gelegen hat. In Uebereinstimmung damit steht, daß der Fürst es stets vermieden hat,

irgend einen Druck, auch nur den allergeringsten, auf Italien auszuüben, z. B. in Bezug auf dessen Heeresstärke. Wir haben es späterhin, als er nicht mehr im Amte war, oft als seine Meinung äußern hören, daß, wenn Italien aus finanziellen Gründen der Versuchung unterliege, auf Kosten des Dreibundes ein bequemes Leben zu führen, man es ruhig gewähren lassen solle; selbst ein minderstarkes Italien, das sich nach seiner Decke strecke, leiste dem Dreibunde immer noch gute Dienste aus dem oben angeführten Grunde. Das Ziel einer verständigen Dreibundspolitik müsse daher stets darauf gerichtet bleiben, den Verbleib im Dreibunde möglichst zu sichern, und wenn Italien in die Versuchung gerathe, aus irgend welchen Gründen zu schwenken, ihm seine Entschließung zu Gunsten des Dreibundes zu erleichtern. Jede italienische Armee, die zur Verfügung der Dreibundspolitik stehe, müsse dieser willkommen sein.

Wenn Graf Robilant bei der damaligen Erneuerung des Dreibundes eine vorherige Abmachung mit England zum Schutze der italienischen Interessen im Mittelmeer zur Bedingung gemacht und auch durchgesetzt hat, so hat er damit nur gethan, was Fürst Bismarck an seiner Stelle auch gethan haben würde. Gerade Fürst Bismarck hat stets die Ansicht vertreten, daß es den Staaten des Dreibundes unbenommen bleiben müsse, ihre Sonderinteressen, die nicht durch den Dreibund Deckung fänden, auf dem Wege von Nebenverträgen und Rückversicherung mit anderen Staaten sicher zu stellen. Er hat dies selbst gethan durch den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag. In Bezug auf Italien hat er stets die Ansicht vertreten, daß das Königreich des maritimen Schutzes durch die englische Flotte niemals ganz entbehren könne, und deshalb stets mehr oder weniger auf England Rücksicht nehmen müsse; er hat dieser Sachlage so weit, als es die deutschen Interessen erlaubten, auch stets Rechnung getragen, unbeschadet aller nothwendigen Zurückweisung Englands in seine Schranken. Die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde war und ist auch jetzt noch, wenn auch vielleicht nicht mehr in dem Maaße, wie früher, von der Einwirkung abhängig, die England auf Italien ausübt. Italien muß, wenn es sich die möglichen Complicationen der Zukunft vergegenwärtigt, immer noch mit der Möglichkeit rechnen, daß es sich in einem Kampfe um die Herrschaft im Mittelmeer zwischen der Anlehnung an England oder Frankreich zu entscheiden hat, weil es, falls es darin isolirt bliebe, in seinen wichtigsten Interessen zu stark gefährdet wäre. Daß Italien in einem solchen Kampfe Anschluß an Frankreich suchen würde, hält Fürst Bismarck, wie wir wissen, für unwahrscheinlich und auch für unrathsam vom Standpunkt Italiens aus. Der Fürst geht dabei von der Ansicht aus, daß Frankreich bei der Herstellung Italiens keinen anderen Zweck gehabt hat, als den, einen von

Frankreich abhängigen Nachbarstaat zu schaffen; für England dagegen sei es nützlich, im Mittelmeer ein unabhängiges Italien zu haben. Die Gefahr, die Italien von Frankreich gegebenenfalls, d. h. wenn es sich dessen Wünschen nicht füge, zu befürchten habe, liege aber nicht sowohl in der Landarmee, sondern in der Ueberlegenheit der französischen Flotte. Die geringe Entfernung der langgestreckten italienischen Küste von den französischen Häfen und Arsenalen des Mittelmeeres, der Mangel an ausreichenden Küstenbefestigungen Italiens brächte es mit sich, daß Italien im Bunde mit England, durch dessen Flotte Frankreich gegenüber in einer vollständig gedeckten, ohne England aber in einer sehr exponirten Stellung sich befände. Wenn Italien überhaupt einen Bund mit einem der beiden größten Seemächte eingehen könne, so werde diese Macht immer nur England sein, England könne nie die Absicht und ein Interesse haben, die Unabhängigkeit Italiens zu bedrohen, während Frankreich gegenüber diese Sicherheit nicht vorhanden sei, sowohl wegen der territorialen Nachbarschaft als nach allen geschichtlichen Reminiscenzen; England sei stets der minder gefährliche Protector.

* * *

Ueber das *geheime Wahlrecht* im Allgemeinen und die Stellung des *Fürsten Bismarck* dazu im Speciellen lesen wir in den „*Dresdner Nachrichten*" vom 1. November folgende *auf bester Information* beruhende Ausführungen:

„Fast überall begegnet man der Auffassung, daß, wenn es gelänge, aus dem allgemeinen und directen Wahlrecht zum deutschen Reichstage den Modus der geheimen Stimmabgabe zu beseitigen, damit der Socialdemokratie ein sehr hoher Procentsatz ihrer Wähler entrissen würde. Wir halten diese Annahme für berechtigt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Zahl Derjenigen, welche, ohne wirklich Socialdemokraten der Gesinnung nach zu sein, aus allgemeinem Mißvergnügen über ihre Lage unter dem Schutz der geheimen Abstimmung für die socialistischen Candidaten stimmen, nur um ihrer Unzufriedenheit den drastischsten Ausdruck zu geben, mindestens 30 Procent der Stimmen repräsentiren, welche der socialistische Bewerber überhaupt erhält. Aber nicht nur diese „Mitläufer" der Socialdemokratie, oder doch wenigstens der größte Theil derselben, würden bei öffentlicher Abstimmung von derselben losgesprengt werden, sondern wahrscheinlich auch noch weitere 20 oder 30 Procent derjenigen bisher socialistischen Wähler, welche zwar dem Arbeiterstande angehören, aber ebenfalls nur unter dem Deckmantel der geheimen Stimmabgabe für die socialistischen Candidaten votiren. Eine Härte und Ungerechtigkeit läge bei Abschaffung der geheimen Stimmabgabe weder in Bezug auf die erste, noch auf die zweite der bezeichneten Kategorien von Wählern vor. Bei

der ersteren würde einfach grobem politischen Unfug gesteuert werden, der letzteren aber wäre auf Beschwerde entgegenzuhalten, daß es ein naturgemäßes Correlat des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts sei, die Oeffentlichkeit der Stimmabgabe zu verlangen. Wenn das für den deutschen Reichstag geltende Wahlrecht die demokratischen Forderungen schon so weit verwirklicht, daß es die sonst überall im bürgerlichen Leben geltenden Unterschiede nach Besitz und Bildung bei dem wichtigsten Acte des politischen Lebens, bei der Wahl zum Parlamente aufhebt und bei dieser Abstimmung über die Grundsätze, nach denen der Staat regiert werden soll, der Stimme des ungebildetsten Mannes so viel Gewicht beilegt, wie der des Ministers, so ist es doch eine sehr berechtigte Forderung, daß Derjenige, der dies Recht für sich in Anspruch nimmt, wenigstens den Muth haben muß, seine Ueberzeugung persönlich durch öffentliche Stimmabgabe bei der Wahl zu vertreten. Der Ansicht, daß die Abschaffung der geheimen Stimmabgabe der Wahlbeeinflussung Thür und Thor öffnen würde, können wir ein ausschlaggebendes Gewicht schon deshalb nicht beilegen, weil die Socialdemokratie jetzt unter dem Schutze der Geheimabstimmung einen Wahlterrorismus ausübt, zu welchem der künftig etwa mögliche in gar keinem Verhältniß stehen würde. Wir glauben, daß die Arbeitgeber sich im Ganzen wenig geneigt zeigen würden, ihre Arbeiter zur Wahl in einem ihnen genehmen Sinne unter Androhung von Stellenverlust und dergleichen anzuhalten, obwohl wir es nicht einmal für so ungerecht halten würden, wenn eine solche Beeinflussung innerhalb vernünftiger Grenzen und gleichsam als Correctiv gegen die socialistische Bearbeitung stattfände. Außerdem könnte man ja einen Schutz gegen zu weit gehende Einflußnahme dadurch erreichen, daß man nach Analogie des § 109 des Reichsstrafgesetzbuchs nicht bloß den Stimmenkauf, sondern auch diejenige Wahlbeeinflussung unter Strafe stellte, welche mutatis mutandis etwa die Merkmale des strafrechtlichen Begriffs der Nöthigung aufwiese.

„Wir haben Grund zu der Annahme, daß Fürst Bismarck, den man allgemein als den ‚Vater' des jetzigen Reichstagswahlrechts bezeichnet, parallel denkt und einer Beseitigung der geheimen Stimmabgabe zustimmen würde. Dieser Modus ist überhaupt nicht aus seiner Initiative hervorgegangen, sondern erst durch den Reichstag in die Regierungsvorlage, die sie nicht enthielt, hineincorrigirt worden, und zwar durch den Antrag Fries.[1]) Die Verheimlichung der Abstimmung bildete keinen Bestandtheil des Regierungsentwurfs, sonst hätte dieser Antrag, der sie statuiren wollte und der auch dementsprechende Annahme fand, keinen Sinn gehabt und er würde nicht gestellt worden sein. Daß die Regierung darauf einging, beruhte auf Gründen der auswärtigen Politik. Man muß sich in die damalige Zeit zurückversetzen.

[1]) Verg. Band VI, Seite 168ff.

Daß die Errungenschaften von 1866 in einem Kriege gegen Frankreich, das unausgesetzt für sich Revanche pour Sadova verlangte, auf dem Spiele standen, war für jeden verständigen Politiker zweifellos. Aber nicht bloß Frankreich kam in Betracht, sondern die damaligen Verhandlungen zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn, der Besuch des Kaisers Napoleon in Salzburg und die Anhänglichkeit Victor Emanuel's an Napoleon bildeten Symptome für die Möglichkeit eines schweren Krieges zur Vertheidigung der neu gewonnenen Einheit. Wir erinnern uns, daß der damalige Minister-präsident von Bismarck gesagt hat: ‚Wir werden für Schleswig-Holstein so gut wie für Schlesien den ersten schlesischen Krieg führen müssen, und es ist sogar möglich, daß dem ersten und zweiten schlesischen Kriege eine Coalition wie die Kaunitz'sche des siebenjährigen Krieges folgen wird.‘ Die Stimmung Oesterreichs war damals noch schwer verletzt unmittelbar nach dem Kriege, und im Kampfe gegen dergleichen Möglichkeiten blieb, nachdem man es längst aufgegeben hatte, auf englischen Beistand zu rechnen, für die preußische Regierung das letzte Auskunftsmittel immer die volle Entwicklung der deutschen Nationalkraft und ihres Einverständnisses mit den gesammten neuen Einrichtungen. In einem historischen Artikel der ‚Hamburger Nachrichten‘ finden wir in dieser Beziehung folgende Ausführungen: ‚Die Voraussicht künftiger Kriege mußte nothwendig die preußische Regierung ermahnen, die nationale Stimmung für sich im weitesten Umfange zu gewinnen und jede Abschwächung derselben zu verhüten. So ist diese Kriegs- und Coalitionsbesorgniß das Hauptmotiv der Nachgiebigkeit der preußischen Regierung allen lieberalen Forderungen gegenüber gewesen, auch in Bezug auf das Wahlrecht. Man erinnert sich, daß auf die ultimatischen Forderungen Benedetti's in den Jahren 1866/67 Graf Bismarck antwortete: Qu'une guerre nationale entre les deux nations pourrait facilement dégénérer en guerre à coups de révolution und daß den Volksbewegungen gegenüber Napoleon weniger feststehen würde als die deutschen Fürsten. Es war also als ultima ratio auch die nationale Volksbewegung in Aussicht genommen und ihre Möglichkeit mußte geschont und gepflegt werden.‘ Aus diesen zweifellos vom Fürsten Bismarck selbst herrührenden Ausführungen des Hamburger Blattes geht hervor, daß die Zustimmung der Regierung zur Aufnahme der geheimen Abstimmung in das deutsche Reichstagswahlrecht nicht darauf beruhte, daß Graf Bismarck diesen Abstimmungsmodus billigte, sondern daß sie lediglich der Erwägung entsprang, die Situation, wie sie damals bestand, erfordere dringend, jedes Hilfsmittel, das sich zur inneren Befestigung des Norddeutschen Bundes im Volksbewußtsein bot, sowie zur Erweckung von Sympathie und Anschlußbedürfniß jenseits der Mainlinie in Süddeutschland, sorgfältig zu benutzen, einerlei ob es allen Anforderungen, die man stellen konnte, entsprach oder nicht. Damals war der Gedanke maßgebend, daß Deutschland vor allen

Dingen nach außen zu sichern und daß die deutsche Nation intelligent und selbstbewußt genug sei, um sich, sobald sie von außen ungestört blieb, nach ihrem eigenen Ermessen einzurichten. Es bestand die Ueberzeugung, ein Volk wie das deutsche, wenn es zur Erkenntniß gelange, daß bei der Gründung des Reiches ihm nicht zusagende Einrichtungen unter dem Drucke der Umstände mit übernommen seien, werde klug und besonnen genug sein, sie nach eigenem Ermessen zu verbessern. Wenn die große Majorität der gebildeten und besitzenden Deutschen mit dem Fürsten Bismarck zu der Erkenntniß gelangt ist, daß die geheime Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen — wie sie ihrer Natur nach, gleich allen Heimlichkeiten in der Politik, das germanische Selbstgefühl zum Widerstand reizt — thatsächlich von nachtheiliger Wirkung schon deshalb gewesen ist, weil in der Vorschrift der Heimlichkeit schon eine Warnung des Arbeiters und insofern schon eine Erweckung von Mißtrauen zwischen Beiden liegt — weshalb wollen wir sie aufrecht erhalten, weshalb erfolgt nicht ein parlamentarischer Antrag auf ihre Beseitigung? Die nächsten Reichstagswahlen würden sehr erheblich anders ausfallen, als dies jetzt zu befürchten steht, wenn es nicht nur gelänge, das sächsische Cartell auf sie zu übertragen, sondern auch bis dahin die jetzige geheime Abstimmung durch eine andere zu ersetzen. Die Aufgabe mag nicht leicht sein dem jetzigen Reichstag gegenüber, aber es sind schon schwierigere gelöst worden, es kommt nur darauf an, daß die Sache mit voller Energie und mit geschickten Händen angefaßt wird."

* * *

Am 10. November findet in Kiel die feierliche Enthüllung des auf dem Neumarkte vor dem Gymnasium errichteten Bismarck-Denkmals statt. Auf das bei dieser Gelegenheit an den Fürsten gesandte Begrüßungstelegramm antwortet dieser z. H. des Dr. Neubert:

> Durch Ihre freundliche Begrüßung haben Sie mich, geehrter Herr Doctor, sehr erfreut. In Erinnerung an vergangene Zeiten und in Hinblick auf meine Zugehörigkeit zu unserer Provinz ist mir die Ehre, die mir heute von der Hauptstadt der Elbherzogthümer erwiesen worden ist, von besonders hohem Werth. Ich bitte Sie, allen Betheiligten meinen herzlichsten Dank auszudrücken. von Bismarck.

* * *

Ueber den Fürsten Bismarck wird den „Leipziger Neuesten Nachrichten" von ihrem Gewährsmanne geschrieben:

„Fürst Bismarck hat in der letzten Zeit politisch eine bemerkenswerthe Zurückhaltung gegen früher beobachtet. Es liegt dies nicht nur an seinem zunehmenden Alter, sondern wohl auch daran, daß ihm der Gang der deutschen Politik jetzt weniger Anlaß bietet, sich durch Vermittelung der Presse

zu den Tagesfragen oder den Maßregeln der Regierung kritisirend, warnend oder rathend zu äußern. Auch boten die Gegenstände, welche die öffentliche Meinung in den letzten Monaten beschäftigt haben, ihm kaum sehr viel Anreiz, sich mit ihnen zu beschäftigen. Man überschätzt meistens das Maaß von Theilnahme, welches der Fürst auf seiner einsamen Höhe den wechselnden Materien der Tagespolitik, wie sie in den Zeitungen und Parlamenten verhandelt werden, zuwendet. Ich erinnere mich z. B., daß ich seiner Zeit, als es in den Blättern hieß, dem Fürsten sollte die Entscheidung in der Beringsfrage übertragen werden, auf eine entsprechende Frage die Antwort von dem Fürsten erhielt:

> Ich begreife nicht, was die Leute sich denken; nichts ist mir gleichgültiger, als die Beringsmeerfrage; wenn ich in den Zeitungen auf Artikel darüber stoße, überschlage ich sie regelmäßig.

„Regen Antheil nimmt der Fürst natürlich an allen Fragen, welche von wichtigerer Natur sind und die Interessen des Deutschen Reiches auf dem Gebiet der inneren oder auswärtigen Politik berühren. Von inneren Fragen hat ihn in der letzten Zeit namentlich die des bayrischen Reservatrechtes in der Militärgerichtsbarkeit beschäftigt, und es ist, wie ich bestimmt weiß, auf sein directes Eingreifen zurückzuführen, wenn die „Hamburger Nachrichten", nachdem sie anfänglich die Reservatrechtsfrage weniger relevirt hatten, dies plötzlich mit großem Nachdruck thaten, was in Bayern ersichtlich Befriedigung erregte. Dies entspricht ganz dem Verhalten, das Fürst Bismarck während seiner Amtszeit den Bundesstaaten gegenüber beobachtet hat. Dieses war stets von dem einen Princip der möglichsten Schonung der Rechte und Besonderheiten der deutschen Bundesstaaten beherrscht und hat zur Folge gehabt, daß alle deutschen Bundesfürsten in dem Altreichskanzler einen überzeugten und treuen Wahrer ihrer Rechte erblickten, sowie das größte Vertrauen zu ihm hegten. Fürst Bismarck ist eben nichts weniger als Unitarier und erblickt in den Stammesverschiedenheiten des deutschen Volkes und in den verschiedenen Centren, welche durch die einzelnen Bundesstaaten im Deutschen Reiche gebildet werden, eine nicht zu unterschätzende Quelle unserer nationalen Kraft. Das Knochengerüst des Deutschen Reiches und seine Haltbarkeit wird dadurch erheblich verstärkt. Das große Vertrauen, das der Fürst bei den Oberhäuptern der verschiedenen Bundesstaaten genießt, findet noch jetzt bei jeder Gelegenheit, die sich bietet, Ausdruck in verschiedenen Kundgebungen.

„Mit großer Vorliebe kommt der Fürst, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet, auf den Gedanken zurück, daß bei den nächsten Wahlen ein Cartell der staatserhaltenden und productiven Stände gegen die Socialdemokratie gebildet werden müsse. Der Fürst ist davon überzeugt, daß dieser Gedanke, trotz alles Einspruches namentlich der liberalen Blätter recht wohl ausgeführt werden könne, wenn die Sache nur richtig angefaßt werde. Natürlich dürfe

man nicht versuchen, zum Ziele zu gelangen, indem man die neue Majorität bei den nächsten Wahlen dadurch herstellen wolle, daß die alten Fractionen als solche ein Cartell zu diesem Behufe schlössen. Dafür wären sie einmal nicht zu haben, und zweitens würde auf diesem Wege, auch wenn die Bereitwilligkeit vorläge, nichts Ersprießliches zu erreichen sein. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen seien zu groß, als daß sie sich auch bei Zurückdrängung derselben wirklich ehrlich unterstützen würden. Aber in der Wählerschaft liege die Sache doch anders. Wenn diejenigen Fragen, betreffs deren die jetzige Reichstagsmehrheit oft zu so befremdenden Beschlüssen gelangt sei, einer directen Abstimmung durch sämmtliche Wähler unterworfen würden, so würde das Resultat doch sehr viel anders beschaffen sein. Das erste Erforderniß eines befriedigenden Ausfalles der nächsten Wahlen bestehe darin, daß die Verblendung der Wähler über ihre eigenen Interessen, wie sie jetzt durch confessionelle und fractionelle Bearbeitung stattfände, beseitigt werde, und daß sich die Wähler klar darüber würden, auf was es für ihr Interesse bei den Wahlen wirklich ankäme. Wenn es auch nur bis zu einem Grade gelänge, die Wähler der Parteibearbeitung zu entziehen und sie auf den Boden ihrer eigenen realen Interessen zu stellen, so könne es nicht schwer fallen, zu dem Bündniß zu gelangen, das Fürsten als Cartell der staatserhaltenden und productiven Stände gegen die Socialdemokratie vorschwebt. Sei dieser erste Schritt zur Beseitigung der Vormundschaft der Parteien und Parteiführer über die Wähler erst einmal gethan, so werde sich das Uebrige durch das Schwergewicht der Thatsachen von selbst ergeben. Regierer wie Regierte hätten beide das größte Interesse daran, daß diese Entwickelung baldigst einträte; denn, falls dies nicht geschähe, sei gar nicht abzusehen, wohin wir in unseren inneren Zuständen geriethen."

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 12. November (A.=A.) lesen wir:

Ueber das Befinden des Fürsten Bismarck enthält das „Berl. Tgbl." folgende Notiz:

„Von gut unterrichteter Seite geht uns die Mittheilung zu, daß sich in dem Befinden des Fürsten Bismarck leider eine Verschlimmerung eingestellt hat. Die ganze fürstliche Familie ist an das Krankenbett berufen worden."

An der ganzen Notiz ist kein wahres Wort. Weder ist in dem Befinden des Fürsten Bismarck eine Verschlimmerung eingetreten, noch ist er überhaupt krank, noch ist die ganze fürstliche Familie in Friedrichsruh versammelt. Der Fürst selbst ist bei bestem Humor. Er hatte kürzlich Schmerzen am Bein, die mit der alten Venenentzündung zusammenhängen, aber die Sache ist schon wieder behoben, und der Fürst dürfte bei günstiger Witterung die gewohnten Ausfahrten demnächst wieder aufnehmen. Außerdem hat er, wie immer,

mehr oder weniger an Gesichtsschmerz zu leiden, namentlich bei Witterungswechsel; aber dieser Zustand ist chronisch und bietet keinerlei Grund, von Kranksein zu sprechen. — Es kommt jetzt fast täglich vor, daß wir von Berlin, von Wien, von London oder von sonstwo her telegraphisch über das Befinden des Fürsten befragt werden, „da beunruhigende Gerüchte darüber verbreitet seien". Wir führen diese Gerüchte auf frivole Sensationslust zeilenhungriger Reporter zurück, die mit Notizen, wie die vorstehende des „Berl. Tgbl.", Geschäfte zu machen suchen. Verständige und nicht auf blinden Allarm ausgehende Zeitungsredactionen sollten diesen Unfug nicht unterstützen. Es giebt freilich auch Leute, die es nicht abwarten können, bis Fürst Bismarck den Gesetzen der Natur unterliegt, die, wenn dieser Fall eintritt und sie den schicklichen Kranz auf sein Grab niedergelegt haben, erleichtert aufathmen werden.

* * *

Aus Berlin wird dem „Hamb. Nachr." vom 13. November gemeldet:

Heute Vormittag um 10 Uhr trat, wie schon kurz gemeldet, das Centralcomité zur Errichtung eines Nationaldenkmals für den Fürsten Bismarck in Berlin in der Akademie der Künste zu einer Sitzung zusammen, in welcher folgender Beschluß mit großer Mehrheit gefaßt wurde: Die Ausführung des Denkmals durch Professor Reinhold Begas nach dessen Entwurf auf dem dafür vorgesehenen Platze wird genehmigt, mit den Modificationen, welche in Bezug auf Einzelheiten des Entwurfs und auf die Platzfrage von dem geschäftsführenden Ausschusse für nöthig erachtet werden sollten; der geschäftsführende Ausschuß wird bevollmächtigt, alles hierfür und für Enthüllung des Denkmals Erforderliche zu veranlassen, namentlich den Vertrag mit Prof. Begas in der dem geschäftsführenden Ausschusse erwünschten Gestalt abzuschließen, die Genehmigung zur Benutzung des Platzes einzuholen und über die dazu erforderlichen Mittel nach bestem Ermessen zu verfügen.

* * *

Am 14. November finden wir in den „Hamb. Nachr." (M.-A.) folgende Aufklärung:

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt:

„Die demokratische Presse, die sich noch immer bemüht, dem Fürsten Bismarck etwas am Zeuge zu flicken, hat schon früher durch gelegentliche Mittheilungen den Glauben zu erwecken gesucht, daß Fürst Bismarck gegen seine Untergebenen ein nicht allzu huldvoller Herr sei. Wer die häuslichen Verhältnisse des Fürsten Bismarck kennt, der weiß, daß seine Dienerschaft und seine Beamten geradezu für ihn und sein Haus begeistert sind. Nun sind allerdings bei der kürzlich erfolgten Pensionirung des Oberförsters Lange Differenzen vorgekommen, an denen der Fürst

nicht die mindeste Schuld trägt. Die hiesige Volks-Ztg. bringt eine Darstellung der Differenzen, auf die sie durch Sperrdruck besonders aufmerksam macht. Aus unserer Kenntniß der Verhältnisse heraus glauben wir, sagen zu dürfen, daß die Darstellung der Volksztg. in den wesentlichsten Punkten irrig oder einseitig ist. Unseres Erachtens gehört die Austragung solcher Differenzen überhaupt nicht vor den Richterstuhl der Oeffentlichkeit."

Das Klageobject liegt in verschiedenartiger Auslegung der Bestallung, welche Fürst Bismarck dem Oberförster ausgestellt hat. Der Fürst glaubt, eine Pension von 4500 Mark jährlich zugesagt zu haben, und ist bereit, dieselbe zu leisten, während der Oberförster 900 Mark mehr Pension, also 5400 Mark, in Anspruch nimmt. Es ist dies eine einfache Rechtsfrage, deren gerichtliche Entscheidung beide Theile gewünscht haben.

* * *

Bei der Uebergabe des Ehrengeschenks der Berufsgenossenschaften an den früheren Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Bödiker am 14. November sprach dieser von der Entstehung der Berufsgenossenschaften, über deren Ausgestaltung Fürst Bismarck vor jetzt vierzehn Jahren am 30. November und 1. December 1884 in Friedrichsruh eine denkwürdige Instruction ertheilt habe. Auf möglichst freier Basis, in freier Bewegung sollten die Berufsgenossenschaften gebildet werden. Existenzfähigkeit und gegenseitige Anerkennung der Zusammengehörigkeit seien als die leitenden Gesichtspunkte zu betrachten.

> Hütten haben eine andere Sorte von Arbeitern als Bergwerke; die beiderseitigen Arbeiter grüßen sich nicht als Berufsgenossen, sagte er. Die Genossenschaften sind möglichst homogen zusammenzusetzen, sonst wird das Band lockerer und die Institution für weitere Zwecke unfähiger; ich bin für viele selbständige Genossenschaften. Eine gesetzliche Festlegung der Gruppen empfiehlt sich nicht, weil wir der Führung der Erfahrung folgen müssen. Sachkunde und Wunsch müssen entscheiden. Der Bundesrath muß die Wünsche möglichst respectiren, vorhandene Gebilde nicht zerschlagen, nicht die Gruppirung im Reichstag mit deutscher Gründlichkeit discutiren lassen, diesen Flammennährer der Discussion nicht zuführen."

Und wie Fürst Bismarck mit diesen Worten das Rechte getroffen habe, so sehr, daß die vor dreizehn Jahren freigebildeten Berufsgenossenschaften noch heute zu allgemeiner Zufriedenheit fortbeständen, so habe er gewissermaßen auch schon den Verband der Berufsgenossenschaften vorher gesehen. Er habe von einem „centralen Zusammenschluß" der Arbeitgeber auf Grund der Berufsgenossenschaften gesprochen, deren Delegirte ebenso wie Delegirte der

Arbeiter in das Reichsversicherungsamt aufgenommen werden sollten, um dieses zugleich mit einem Ausschuß des Bundesraths in ihm so vertrauenswürdig wie möglich zu gestalten. Zwar sei im Gesetze eine centrale Zusammenschließung der Berufsgenossenschaften nicht vorgesehen, aber in dem Verband sei der Gedanke de facto verwirklicht, und er freue sich, bei diesem Anlaß noch einmal dafür Zeugniß ablegen zu können, wie der Verband insbesondere auch unter seiner gegenwärtigen umsichtigen und eifrigen Leitung sowohl die Interessen und Aufgaben der Berufsgenossenschaften gefördert, als auch dem Reichsversicherungsamt alle Zeit die Erfüllung seiner Aufgaben erleichtert habe.

* * *

Dr. Hans Blum in Leipzig erhält vom Fürsten Bismarck für Uebersendung seines Werkes über die Revolution von 1848 folgenden Dank:

Friedrichsruh, den 27. November 1897.

Geehrter Herr Doctor!

Ich danke Ihnen verbindlichst für die Uebersendung Ihres Werkes über die Revolutionsjahre, von dem ich mit Interesse Kenntniß nehmen werde. v. Bismarck.

* * *

Ueber die Gehaltsverhältnisse des Reichskanzlers lesen wir in den „Berl. Neuest. Nachr.":

„Die radikalen Blätter, Freisinnige Zeitung, Berliner Zeitung u. s. w., greifen die im Etat vorgesehene Erhöhung der Repräsentationskosten des Reichskanzlers von 18000 auf 64000 Mark lebhaft an. Wenn die Berl. Ztg. dabei behauptet: Fürst Bismarck war ein sehr reicher Mann, aber er hat sicher nicht einen Pfennig aus seinem Privatvermögen zugelegt für Repräsentation, und doch hat die Würde des Amtes darunter nicht gelitten" — so ist diese Behauptung in der Hauptsache unwahr. Fürst Bismarck hatte, wie er einst selbst im Reichstage erklärt hat, die 54000 Mark Gehalt und Repräsentationskosten — und oft mehr — längst ausgegeben, wenn er im Mai Berlin verließ. Im Gegensatz zu der Behauptung der Berl. Ztg. hat Fürst Bismarck sehr bedeutende Aufwendungen aus seinem Privatvermögen für dienstliche Zwecke gemacht."

Dazu bemerken die „Hamb. Nachr." am 4. December (M.-A.):

Soviel wir wissen, betrug das Jahresbudget des Fürsten Bismarck in Berlin etwa 60—80000 Thaler.

* * *

Der am 5. December in München tagende Burschenschaftertag sandte folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck ab:

„Die anläßlich der Alldeutschen Burschenschafter-Tagung versammelten reichsdeutschen und deutsch-österreichischen Burschenschafter entbieten dem großen

Kanzler, der den deutschen Nationalgedanken gestählt und ihm neues Leben gab, den Ausdruck ihrer unwandelbaren Dankbarkeit und Verehrung. J. A. Heinz Potthoff."

* * *

Ein erfreuliches Zeichen von Lebensmuth und Geistesfrische bei dem Fürsten Bismarck ist folgender Brief an den Landrath des Kreises Stormarn von Bonin:

Friedrichsruh, den 6. December 1897.

Ich nehme meine Wahl zum Kreistagsabgeordneten an und bitte meine Herren Kreisgenossen, für diesen neuen Beweis[1]) Ihres Wohlwollens meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen. Zu meinem lebhaften Bedauern erlaubt mir aber mein leidender Gesundheitszustand zunächst eine Betheiligung an den Arbeiten des Kreistages noch nicht.

v. Bismarck.

* * *

Vor seiner Ausfahrt nach Ostasien machte der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich von Preußen am 8. December dem Fürsten Bismarck einen Abschiedsbesuch — ob er geahnt hat, daß es ein Abschiedsbesuch für immer werden würde? Die „Hamb. Nachr." schreiben darüber:

Der an den Frankfurter Nachtzug anschließende Hamburger Schnellzug, mit dem der Prinz Heinrich hier heute früh erwartet wurde, hatte eine Viertelstunde Verspätung. Wegen des unfreundlichen regnerischen Wetters war die anfängliche Bestimmung, daß der Zug vor dem Parkthore halten sollte, in letzter Stunde abgeändert worden. Dadurch daß man den Zug in den Bahnhof einlaufen ließ, und einen geschlossenen Wagen vom Schloß sandte, der hier hart bis an das Dach des Perrons fahren konnte, sollte dem Prinzen der Weg durch den Park bis zur Hausthür erspart werden. Aber was macht sich ein rechter Seemann, noch dazu, wenn er ein hohenzollernscher Prinz ist, aus Regentropfen! Prinz Heinrich lehnte die Benutzung des Coupés ab und legte den Weg nach dem Schlosse mit dem Contre-Admiral Freiherrn von Seckendorff und dem Grafen Rantzau, der zum Empfange des Prinzen am Bahnhof erschienen war, zu Fuße zurück. Der Prinz und sein militairischer Begleiter trugen die Marine-Interimsuniform, ersterer mit Kragenmantel von leichtem Tuche. Graf Rantzau hatte seine Ministeruniform angelegt und das Haupt mit dem Dreimaster bedeckt.

Als die drei Herren, gefolgt von einem Paare prinzlicher Diener, in das Schloß eintraten, harrte ihrer an der Hausthür der Leibarzt des Fürsten,

[1]) Fürst Bismarck war zum ersten Mal am 19. December 1891 in den Kreistag gewählt worden. Vergl. Band III, Seite 21.

Geheimrath Schweninger, in Frack und mit Orden geschmückt. Im Vorzimmer empfing Frau Gräfin Rantzau den Prinzen im Namen ihres Vaters, der durch seine Krankheit am Stehen und Gehen noch verhindert ist. Nachdem Prinz Heinrich die Gräfin begrüßt hatte, zog er den Geheimrath Schweninger in ein eingehendes Gespräch über den zeitigen Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck und über die Aussichten einer Besserung. Die Antwort, welche Geheimrath Schweninger gab, soll ganz tröstlich gelautet haben; wenn das unbequeme und schmerzliche Leiden auch nicht von heute auf morgen zu beseitigen ist, so ist doch wohlbegründete Hoffnung auf eine völlige Wiederherstellung in absehbarer Zeit.

Nachdem der Prinz diese Auskunft erhalten hatte, öffneten sich die zum anliegenden Salon führenden Thüren, und man sah den Fürsten in schwarzer Civilkleidung — langer, schwarzer Leibrock mit weißer Halsbinde — in einem Rollstuhle sitzen, über die Kniee eine Decke gebreitet.

Der Prinz begrüßte den Fürsten mit Lebhaftigkeit und sagte, er habe das Bedürfniß gehabt, ihm vor seiner Abreise Lebewohl zu sagen, und sprach die Hoffnung aus, Se. Durchlaucht nicht in der Nachtruhe gestört zu haben, sowie den Wunsch, daß sein Besuch dem Fürsten nicht schaden möge. Der Fürst wehrte lebhaft ab und versicherte, daß zu derartiger Besorgniß gewiß kein Anlaß sei.

Der Besuch des Prinzen im Bismarck'schen Hause dauerte fast zwei Stunden. Nach kurzem Aufenthalte im Familiensalon begab man sich zum Frühstück, das unter anregendem Gespräche verlief. Der Fürst hatte eine gute Nacht verbracht, und Geheimrath Schweninger glaubte es verantworten zu können, ihm zur Feier des Tags einen Dispens von den sonst sehr strenge eingehaltenen Diätregeln zu bewilligen, was Fürst Bismarck beim Tischgespräche mit munterer Laune selbst hervorhob.

An der Frühstückstafel nahmen außer dem Prinzen Heinrich und dem Fürsten Bismarck theil: Graf und Gräfin Rantzau, Frau Marie Meister, die seit einiger Zeit im Bismarck'schen Hause zu Besuch weilt, der Begleiter des Prinzen Heinrich, Contre-Admiral Freiherr von Seckendorff, Geheimrath Schweninger und Dr. med. Chrysander.

Beim Abschied sagte Prinz Heinrich: „Ich darf doch auch die Stirne berühren, die mein Großvater so oft geküßt hat?" und küßte den Fürsten auf Stirn und Wange.

Fürst Bismarck wünschte dem Prinzen „gute Fahrt, guten Erfolg und gute Heimkehr".

An der Schwelle des Hauses wandte der Prinz sich noch einmal zurück und winkte dem Fürsten, der wieder bis an den Eingang des äußersten Salons gekommen war, einen Abschiedsgruß zu.

Auch der Zug, der den Prinzen nach Hamburg zurück und weiter nach

Altona führen sollte, hatte eine Verspätung, so daß die für den Besuch vorgesehene Zeit keine Verkürzung erlitt.

Als der Berliner Schnellzug vor dem Parkthore hielt, begleiteten Graf Rantzau und Geheimrath Schweninger den Prinzen an dessen Salonwagen, und einige Secunden darauf kam auch Frau Gräfin Rantzau, trotz des Regens, der wieder begonnen hatte, in einfacher, schwarzer Haustoilette und unbedeckten Hauptes durch den Schloßhof an den Zug heran, um dem Prinzen Lebewohl zu sagen.

* * *

Zu diesem Besuche bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Wohl wenige Nachrichten werden im deutschen Volke so freudig aufgenommen worden sein, wie die, daß der einzige Bruder unseres kaiserlichen Herrn vor seiner Abreise in die fernen Meere dem alten Kanzler im Sachsenwalde einen Abschiedsbesuch abgestattet hat. Aber nicht die Thatsache allein ist so erfreulich und erhebend, sondern auch die ganze Eigenart des Besuchs. Er trug nicht das förmliche, höfische Gepräge, sondern war beherrscht von einer herzlichen, hingebenden Stimmung, die den schönsten und innigsten Ausdruck fand in dem Kusse, den der abschiednehmende königliche Prinz auf die Stirn drücken durfte, auf der oft liebend und dankend der Mund seines Großvaters geruht hat — auf die Stirn, die einst das Reich mühsam vorgedacht und vorbereitet hat. Der beste Theil des deutschen Volkes steht tief ergriffen und bewegt unter dem Eindrucke dieses Augenblicks.“

Und die „Kreuz-Ztg.“ sagt durchaus zutreffend:

„Prinz Heinrich von Preußen hat vor seiner Abreise nach Ost-Asien dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch gemacht, um sich von ihm zu verabschieden. Man kann das als einen Beweis bloßer Höflichkeit auffassen, wie er einem solchen Manne gegenüber nichts Außergewöhnliches zu bedeuten braucht. Auch eine gewisse Symbolik aber läßt sich darin finden, wenn der Bruder des Kaisers, der sich als Admiral der deutschen Flotte auf den am weitesten vorgeschobenen Posten begiebt, den unsere Politik in diesem Augenblicke kennt, das Vaterland nicht verlassen will, ohne den Segen des größten Trägers dieser Politik mit auf den Weg zu nehmen, so weit der Ausdruck auf weltliche Dinge paßt. Es ist ja nicht wahrscheinlich, daß dieser chinesische Handel uns in ernsthafte auswärtige Verwickelungen verstrickt; ein kühner Zug bleibt die Besetzung von Kiautschau aber bei alledem, und in diesem Sinne darf man sagen, ist sie aus Bismarck'schem Geist geboren: das erste Unternehmen dieser Art, seit er die Zügel selber nicht mehr führt, und deshalb wohl dazu angethan, die matten Geister zu neuem Leben zu erwecken und die Nation mit frischem Selbstbewußtsein zu erfüllen. Näher kann dies an dieser Stelle nicht erörtert werden; so angesehen fällt es aber auch für

unsere innere Politik nicht wenig ins Gewicht und kann hier manches zum Besten wenden helfen; freilich nur dann, wenn man mit strenger Folgerichtigkeit verfährt und dafür zu sorgen weiß, daß uns die Gunst des Augenblicks nicht wieder entschlüpfe, und die Geister der Verneinung und der Nörgelei, die sich zur Zeit ein wenig ducken, nicht abermals die Oberhand gewinnen, um es dann ärger zu treiben, als zuvor."

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 13. December (A.-A.) heißt es:

In Bezug auf die Stellung des Fürsten Bismarck zur Flottenvorlage lesen wir in einem Artikel der „Berl. Neuest. Nachr." über die Reichstagssitzung vom Sonnabend den 9. December:

„Staatssecretair Tirpitz endlich konnte den Abg. Bebel, welcher sich darauf berief, daß Fürst Bismarck in den Hamburger Nachrichten den Bau einer Flotte in dem Umfange der Marinevorlage für außerordentlich bedenklich erklärt habe, mit diesem Einwande völlig aus dem Felde schlagen, indem er mittheilte, daß er einen Brief des Fürsten Bismarck besitze, in welchem letzterer schreibe, daß er, wenn er im Reichstage anwesend wäre, unbedingt für die Flottenvorlage stimmen würde."

Die betreffende Stelle in der Rede des Abg. Bebel lautete:

„Ich stimme mit dem Fürsten Bismarck außerordentlich selten überein, aber hierin durchaus. Noch vor einigen Monaten hat er in seinem Organ die Schaffung einer so großen Flotte für überaus bedenklich erklärt."

Wir wissen nicht, ob der Abg. Bebel mit den Worten „seinem Organe" die „Hamburger Nachrichten" gemeint, oder ob er unser Blatt thatsächlich genannt hat, wie wir nach den „Berl. Neuest. Nachr." annehmen müssen; jedenfalls entbehrt die Behauptung, daß Fürst Bismarck noch vor einigen Monaten in den „Hamb. Nachr." die Schaffung einer so großen Flotte (wie die Vorlage sie verlangt) für überaus bedenklich habe erklären lassen, jeder Begründung. So viel wir wissen, billigt Fürst Bismarck nicht nur die Vorlage in vollem Umfange, sondern ist sogar der Ansicht, daß sie vom Standpunkt des Schutzes der überseeischen Interessen Deutschlands aus eher zu wenig als zu viel Kreuzer verlange.

* * *

In Bezug auf den Brief des Fürsten Bismarck an den Staatssecretair Tirpitz lesen wir in der „Deutschen Ztg.":

„Durch den Brief des Fürsten Bismarck an den Staatssecretair Tirpitz ist der Zauber seines Namens von neuem in den politischen Kämpfen wirksam geworden. Den Eindruck dieser Thatsache kennzeichnet vielleicht nichts besser als die widerwillige Art und Weise, wie sie von einem Blatte wie der ‚Frankf. Ztg.' mit gehässigen und häßlichen Nebenbemerkungen verzeichnet wird:

Herr Tirpitz, der Vater des Flottengesetzes, hat einen Brief des Fürsten Bismarck in der Tasche, worin dieser versichert, daß er für das Gesetz stimmen würde, wenn er Abgeordneter wäre. Das war eigentlich die wichtigste und jedenfalls die einzige neue Kunde, die man aus der heutigen Generaldebatte über den Etat entnehmen konnte. Der Altreichskanzler kommt zu Ehren und wird sich dessen mit dem grimmen Humor freuen, der dem alten Recken schon eigen war, noch ehe er an den Rollstuhl gefesselt war. Im vorigen Jahre hat Eugen Richter angefangen, sich auf ihn zu berufen. In diesem Jahre nimmt Bebel ihn als Eideshelfer für die Opposition in Anspruch. Die oppositionelle Haltung Bismarck's gegen jede spätere Regierung entspringt allerdings anderen Motiven und beruht auf anderen Grundanschauungen als denen der Herren Bebel und Richter. Nun spielt die Regierung einen Trumpf aus und beruft sich für das Flottengesetz auf den Fürsten Bismarck. „Alle Puppen müssen tanzen", wie der Berliner sagt. Der regierungsfreundliche Altreichskanzler mit frischer Marinebegeisterung wirkte fast so überraschend wie neulich der bekehrte Dr. Lieber. Sogar noch überraschender, denn er ist schwerer zu bekehren als dieser bewegliche Mann. Wer hätte das vor sechs oder fünf Jahren gedacht, daß der Bruder des Kaisers zu seiner Fahrt nach China sich den Segen des alten Herrn im Rollstuhl holen würde, und daß dieser arge Gegner seiner Nachfolger in der Regierung wenigstens brieflich Beistand zu der Flottenvermehrung leistet, die er und sein Leibblatt bis vor kurzem bekämpft haben.

Man sieht, die „Frankf. Ztg." ist dieselbe geblieben, wie sie sich uns Band I, Seite 1 gezeigt hat.

* * *

Prinz Heinrich hat am Morgen des 16. December Kiel verlassen, der Kaiser hat ihm bis Rendsburg das Geleit gegeben. Von Rendsburg kehrt er nach Berlin zurück, aber nicht ohne auf der Durchfahrt den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh auch zu begrüßen. Ueber diesen Kaiserbesuch melden die „Hamb. Nachr.":

Heute Vormittag um zehn Uhr traf beim Fürsten Bismarck die Meldung ein, daß der Kaiser auf seiner Rückfahrt von Rendsburg gegen sieben Uhr Abends in Friedrichsruh eintreffen werde, um in Begleitung seines Sohnes, des Prinzen Adalbert,[1]) dem Altreichskanzler einen Besuch zu machen. Sofort wurden zum Empfange des hohen Herrn einige Vorbereitungen getroffen, soweit dieses bei der Kürze der Zeit möglich war. An eine festliche Bekränzung der Ankunftsstelle, Illumination und dergl., wie solches von der Bevölkerung der Städte, die der Kaiser mit seinem Besuche beehrt, meistens in großartiger Weise arrangirt wird, war hier natürlich nicht zu denken; trotzdem fehlte es dem Ereigniß nicht an einer gewissen äußerlichen Feier-

---

[1]) Prinz Adalbert, der dritte Sohn des Kaiserpaares, ist geboren den 14. Juli 1884.

lichkeit, wenn diese auch nur einen einfach ländlichen Charakter tragen konnte. Die Ortsfeuerwehr hatte sich vollzählig in Uniform eingefunden, auch die Eisenbahn-Unterbeamten, soweit sie dienstfrei waren, erschienen in Uniform am Schloßpark, Pechfackeln wurden vertheilt, und nach und nach fand sich aus der ortsansässigen Bevölkerung, unter der sich die Kunde von dem Besuch des Kaisers allmählich herumgesprochen hatte, ein kleines Publicum vor dem Parkthore ein, das sich zum Theil mit bunten Papierlaternen ausgerüstet hatte. Die Fackeln wurden zunächst wieder ausgelöscht, als die Nachricht ankam, daß der kaiserliche Sonderzug, der zuerst um präcise sieben Uhr erwartet worden war, über eine halbe Stunde später eintreffen würde. Die Ursache der Verspätung war die verzögerte Abfahrt von Rendsburg; die Verspätung betrug ursprünglich 38 Minuten, wurde aber durch beschleunigte Fahrt noch etwas verkürzt. Um 7 Uhr 32 Minuten hielt der Zug vor dem Schlosse. Graf Rantzau stand am Bahngeleise und begrüßte den Kaiser, der in Gesellschaft des Grafen den übrigen Herren nach dem Schlosse hin voranschritt, bis zu dessen Thür ein dicker rother Teppichläufer ausgebreitet worden war. Hinter dem Kaiser gingen Prinz Adalbert und die Herren des Gefolges: Staatssecretair Tirpitz, Graf Eulenburg, General von Hahnke, Staatssecretair von Bülow, Admiral Knorr, General-Lieutenant von Plessen, Graf Klinkowstroem, Contre-Admiral von Senden-Bibran, Wirkl. Geheimrath von Lucanus, Generalmajor von Kessel, Major von Böhn, Hauptmann von Gontard, Generalarzt Dr. Leuthold.

Im ersten Vorzimmer erwartete Frau Gräfin Rantzau den Kaiser. Nachdem die Herren vollzählig im Schlosse versammelt waren und ihre Mäntel abgelegt hatten, während welcher Zeit der Kaiser die Frau Gräfin ins Gespräch zog, betrat die ganze glänzende Versammlung, der Kaiser an der Spitze, das Nebenzimmer, woselbst man den Fürsten im Rollstuhl sitzend seines kaiserlichen Herrn harren sah. Nach einer kurzen, aber herzlichen Begrüßung wurde ohne Verweilen der Speisesaal aufgesucht, woselbst für 18 Personen gedeckt war. Der Kaiser nahm zur Linken des Fürsten an der dem Park zugekehrten Längsseite der Tafel Platz, zu seiner Rechten saß die Gräfin Rantzau, die einzige Dame an der Tafelrunde. Dem Kaiser gegenüber saß Prinz Adalbert, zwischen dem General von Hahnke und dem Grafen Eulenburg, Fürst Bismarck zur Rechten Admiral Knorr, neben der Gräfin Herr von Bülow.

Der anfänglich auf eine Stunde berechnete Aufenthalt des Kaisers dehnte sich um die Hälfte länger aus. Der Kaiser schien sehr gut aufgelegt zu sein, und die Unterhaltung bei Tische nahm bald eine recht lebhafte Stimmung an.

Um dreiviertel auf neun Uhr war das Mahl beendet, und während der Kaiser sich zum Kaffee eine Cigarre anzündete, griff Fürst Bismarck zu seiner langen Pfeife. Aber die Zeit zur Abfahrt drängte, und schon nach fünf

Minuten erhob sich der Kaiser und verabschiedete sich vom Fürsten, um sich an den Zug zu begeben. Graf und Gräfin Rantzau gaben dem Kaiser das Geleite. Die vor dem Schloßthore harrende Zuschauerschaft hatte sich erheblich vermehrt, besonders dadurch, daß nun auch die ganze Schuljugend der Umgegend zusammengeströmt war. Die Pechfackeln der Feuerwehr beleuchteten das Bild und erhellten den Weg vom Schlosse bis zum Bahngeleise. Sobald der Kaiser in Sicht kam, wurde er mit hellem, fröhlichen Hurrah begrüßt, das sich noch mehrmals wiederholte, bis sich der Zug in Bewegung setzte. Freundlich winkend dankte der Kaiser, der am Thürfenster seines Salonwagens stehen blieb. Prinz Adalbert stand in der Mitte des Wagens, durch die großen Scheiben desselben Jedermann deutlich erkennbar, und verneigte sich wiederholt vor den draußen Harrenden. Fünf Minuten vor neun Uhr rollte der Zug in der Richtung Berlin dahin.

* * *

Die „Rheinisch-Westf. Ztg." schreibt zu dem Besuche des Kaisers beim Fürsten Bismarck:

„Es ist sicherlich kein Zufall, daß die Abreise des Prinzen Heinrich mit dem Besuche des Kaisers bei dem Altreichskanzler zusammenfällt. Es ist nur das äußere Symbol dafür, was in dem Herzen aufflammt und was deutsche Politik zu thun sich anschickt. Es giebt äußerlich kund, daß es im Deutschen Reich keine wahrhaft nationale, keine große Politik geben kann, es sei denn, sie wandle auf den Bahnen, die Fürst Bismarck ihr vorgezeichnet hat. So war es gegeben, daß nach dem Sturze Caprivi's und noch mehr nach dem Fortgang seiner intimsten Berather sich der Wechsel der Dinge in den hohen Besuchern ausprägen mußte, die im Sachsenwalde erschienen. Wir haben gesehen, daß Fürst Hohenlohe, Contre-Admiral Tirpitz, Staatssecretair Bülow, kurz, daß alle neuen Männer, bevor sie zu Thaten übergingen, dem greisen Helden in Friedrichsruh durch ihren Besuch bezeugen, daß das, was sie thun wollen, auf seinen Thaten sich fortbaut. So auch bezeugt Wilhelm II. durch seinen Besuch noch schlagender, was sein Mund gestern aussprach: „Die Aufgabe des Prinzen Heinrich ist die logische Consequenz dessen, was Wilhelm I. und sein großer Kanzler politisch gestiftet.' Zugleich wird es immer klarer, daß der neueste Cours das Bedürfniß fühlt, sich mit den Elementen in harmonischen Einklang zu setzen, welche mit Begeisterung und Thatkraft die Politik des Altreichskanzlers Jahrzehnte hindurch unterstützt haben. Denn ohne das Vertrauen und die warmherzige Beihülfe dieser besten Kräfte im deutschen Volk kann keine nationale Politik getrieben werden. So ist uns dieser Besuch des Kaisers im Friedrichsruher Schloß eine Bürgschaft, daß doch Frühling geworden ist. Ob ein schöner langer Sommer folgt, nun, das darf man wenigstens erhoffen."

* * *

Am 18. December wurde dem Fürsten Bismarck aus Mainz telegraphirt: „Ueber 600 deutsche Männer, versammelt zur Einweihung der großen Neubauten der Kupferberg'schen Sect-Kellerei, senden von dem Ort aus, wo in den Tagen des 2.—7. August 1870 das Auswärtige Amt unter Ew. Durchlaucht unvergleichlicher Leitung seines hohen und schweren Amtes waltete, dem Altreichskanzler die Versicherung ihrer unwandelbaren Treue und aufrichtigsten Verehrung.

„Auf die Gesundheit und das Wohl Ew. Durchlaucht ein volles Glas ‚Kupferberg Gold'!" Franz Kupferberg.

Der Fürst antwortete:

Herrn Franz Kupferberg, Mainz.

Für die freundlichen Grüße sage ich in Erinnerung an 1870 Ihnen und den betheiligten Herren verbindlichsten Dank. v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 27. December (A.-A.):

Im „Hamb. Correspondenten" finden wir die auch in andere Blätter übergegangene Nachricht, daß „das Befinden des Fürsten Bismarck wieder zufriedenstellend" sei. Dies ist bisher nicht der Fall; die schmerzhafte Affection besteht nach wie vor, verhindert den Fürsten am Gehen und raubt ihm die Nachtruhe. Der Empfang von Besuch und die Beantwortung von Briefen ist ihm daher zur Zeit nicht möglich, und seine Freunde werden dies entschuldigen.

Die Thatsache, daß der Fürst in der genannten Zeitung gesund gemeldet wurde, hat in Friedrichsruh Befremden erregt, und wir hören, daß der Fürst, als er davon las, geäußert hat: „Wenn der Herr, der dies geschrieben hat, in meinem Zustande wäre, so würde er sich eine Vorstellung davon machen können, was ‚zufriedenstellendes' Befinden ist."

* * *

An den Redacteur des „Kladderadatsch", Johannes Trojan, der dem Fürsten Bismarck einen Becher, geschnitzt aus dem Holz eines alten, nun gefallenen Eibenbaumes im Garten des Herrenhauses, übersandt hatte, richtete der Fürst folgende Zeilen:

Geehrter Herr!

Mit meinem aufrichtigen Dank für Ihren poetischen Gruß und den erinnerungsreichen Eibenbecher verbinde ich die herzliche Erwiderung Ihrer freundlichen Festgrüße. v. Bismarck.

* * *

In Bezug auf den Fürsten Bismarck wird den „Leipziger Neuest. Nachr." am Ende des Jahres geschrieben:

„Sie werden Kenntniß von der Mittheilung erhalten haben, welche die ‚Hamb. Nachr.' in ihrer letzten Montagsabendausgabe über das Befinden des

Fürsten Bismarck enthalten.[1]) Sie lautet nicht erfreulich, und ich kann hinzufügen, daß namentlich die Schlaflosigkeit, die in Folge des Mangels an Bewegung im Freien und an der Einwirkung frischer Luft den Fürsten heimsucht, fast noch unerträglicher ist, als der Schmerz am Bein. Professor Schweninger zweifelt, wie ich höre, zwar nicht an der Möglichkeit, das Uebel zu beseitigen, aber es liegt in der Natur der Sache, daß der Heilungsproceß in einem so hohen Alter, wie in dem des Fürsten, einen sehr viel langwierigeren und schwierigeren Verlauf nimmt, als es in jüngeren Jahren der Fall sein würde. Aus der Fassung der Friedrichsruher Notiz, wie sie in den ‚Hamb. Nachr.‘ veröffentlicht ist, geht ein gewisser Unmuth darüber hervor, daß die Freunde des Fürsten seine gesundheitliche Widerstandsfähigkeit überschätzen und die Krankheit, an der er zur Zeit zu leiden hat, unterschätzen. Im Zusammenhange damit will ich eine Aeußerung des Fürsten mittheilen, die er kürzlich gethan hat und welche die Notiz in den ‚Hamb. Nachr.‘ sinngemäß ergänzt:

> Meine Freunde wollen mich immer gesund wissen; es ist aber doch keine Schande, mit 83 Jahren krank zu sein.

„Daß der Fürst in seinem jetzigen Zustande verhältnißmäßig selten dazu kommt, sich mit den politischen Tagesfragen eingehender zu befassen, versteht sich von selbst. Was die Stellung des Fürsten Bismarck zur chinesischen Expedition betrifft, so habe ich neulich schon es als meine auf Thatsachen gegründete Vermuthung hingestellt, daß der Fürst, einerlei, wie er über die Action selbst denkt, jedenfalls für eine energische Durchführung derselben sei, nachdem die Sache einmal in Angriff genommen wäre. Aber nach dem was ich weiter erfahren habe, würde es wohl zu weit gehen, wenn man annehmen wollte, der Fürst ließe sich irgend eine, wenn auch moralische Mitverantwortlichkeit für das Vorgehen Deutschlands in Kiao-Tschau auf Grund der Besuche auferlegen, die ihm gemacht worden sind. Ich glaube überhaupt nicht — und habe triftigen Grund dazu — daß der Fürst auch nur nachträglich in der chinesischen Sache um Rath gefragt worden ist, und noch viel weniger glaube ich, daß er ihn, falls das Gegentheil der Fall gewesen wäre, zu ertheilen bereit und in der Lage gewesen wäre.

„Wenn der Fürst es nicht als seine Aufgabe betrachtet, seinen Rath in politischen Angelegenheiten, falls er darum angegangen werden sollte, zu ertheilen, so beruht das selbstverständlich nicht auf Eigensinn oder ähnlichen Motiven, sondern auf der Ueberzeugung des Fürsten, daß ein Staatsmann, der einen Ruf zu verlieren hat, Rathschläge nicht mehr ertheilen darf, wenn die Ausführung derselben nicht mehr in seiner Hand liegt. Der beste Rath-

[1]) Es handelt sich um die hier unmittelbar voranstehende Notiz vom 27. December.

schlag, wenn er falsch angewendet würde, könne mehr Unheil anrichten, als entstanden sein würde, wenn die Action, um die es sich handle, von ihm unberathen geblieben wäre. Wenn der Fürst gegenwärtig der chinesischen Action gegenüber eine Art wohlwollender Neutralität beobachtet, so beruht dies, wie ich aus bestimmten Gründen schließen darf, u. A. darauf, daß das Vorgehen Deutschlands im Einverständniß mit Rußland erfolgt und sich als Ergebniß der Cooperation darstellt, die im Jahre 1895 seitens Rußlands, Deutschlands und Frankreichs Japan gegenüber stattgefunden hat. Der Fürst ist damals nicht unbedingt von der Rathsamkeit der deutschen Betheiligung an dieser Sache überzeugt gewesen, er hat das Verhalten Deutschlands nur unter der Voraussetzung gut geheißen, daß es ein Mittel zur Wiederannäherung an Rußland sein sollte. Er hat auch darüber keinen Zweifel gelassen, daß es, nachdem Deutschland einmal die russische Hand ergriffen und seine Stellung in der asiatischen Frage an der Seite Rußlands — also gegen England — genommen habe, ein schwerer und verhängnißvoller Fehler sein würde, diese einmal genommene Position wieder aufzugeben und nach der englischen Seite wieder abzuweichen.

„Aus Aufzeichnungen, die ich mir in den Jahren 1895/96 über solche Aeußerungen des Fürsten gemacht habe, die sich auf überseeische Actionen Deutschlands beziehen, theile ich noch Folgendes mit:

> Auf überseeische Unternehmungen soll sich eine deutsche Regierung nur einlassen, wenn dies durch die materiellen Interessen des Reiches unbedingt geboten oder wenigstens gerechtfertigt wird. Wie wir mit dem Reichsschutz uns erst einstellen, sobald der deutsche Kaufmann oder Colonisator in fremden Gebieten ein Object von genügender Größe und Wichtigkeit erworben hat und ihm nicht etwa vorauseilen sollen, so wird ein anderweitiges Vorgehen Deutschlands im überseeischen Auslande nur dann mit den Aufgaben einer deutschen Regierung zu vereinigen sein, wenn sichere Vortheile ohne unverhältnißmäßig großes Risico dabei in Aussicht stehen. Nichts würde dem Interesse des Deutschen Reiches so sehr widersprechen, als wenn man sich aus dem bloßen Bedürfniß, überall dabei zu sein, auf mehr oder minder gewagte und abenteuerliche Unternehmungen einlassen wollte, auf Unternehmungen, welche in den reellen Interessen des Landes keine ausreichende Begründung fänden und mehr und mehr dem Triebe entsprängen, der Eitelkeit der Nation oder der Herrschsucht der Regierenden zu schmeicheln. Ein solches Wirthschaften auf Prestige hin sei nicht deutsche, sondern französische Art. Frankreich sei aus solchen Gründen nach Algier, Tunis, Mexiko und Madagaskar gegangen; wenn Deutschland jemals eine Politik ähnlicher Unternehmungen einschlagen wolle, so würde damit nicht nur

keinem deutschen Interesse entsprochen, sondern die Wohlfahrt des Reiches, seine europäische Stellung geschädigt.

„So meine damaligen Aufzeichnungen. Daß der Fürst die Expedition nach China als eine innerlich unberechtigte, lediglich auf rein äußeren Erfolg, auf die Erlangung von Prestige gerichtete Maßregel betrachtet, darf nach dem oben Angeführten als ausgeschlossen betrachtet werden. Immerhin erschien es mir nützlich, jene Aeußerung des großes Staatsmannes gerade jetzt in Erinnerung zu bringen, wo sich neben so vielen berechtigten Auffassungen in der chinesischen Frage doch auch Phantastereien, namentlich in der Presse, breit machen, bezüglich deren der Eintritt einer baldigen Ernüchterung doch sehr zu wünschen ist."

1898.

Wir treten in das letzte Lebensjahr des Fürsten Bismarck ein. Bei den in dieser Epoche häufiger als früher wiederkehrenden Meldungen über seinen Gesundheitszustund ist durchweg zu beachten, daß diese den Zweck der Beruhigung hatten, nicht bloß dem Volke gegenüber, sondern fast noch mehr für den greisen Fürsten selbst; verfolgte er doch den Inhalt der politischen Tagesblätter bis in seine letzten Lebenstage hinein mit gespannter Aufmerksamkeit.

Der Fürst erläßt folgende Danksagung:

Friedrichsruh, den 2. Januar 1898.

Zum Jahreswechsel sind mir in Form von Telegrammen, Karten und Briefen so viele Begrüßungen zugegangen, daß ich bei meiner leidenden Gesundheit nicht im Stande bin, sie einzeln zu beantworten. Ich bitte deshalb meine Freunde, meinen herzlichen Dank für ihr freundliches Gedenken und meine guten Wünsche für das neue Jahr hierdurch entgegen zu nehmen. v. Bismarck.

* * *

Am 3. Januar heißt es in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Seit mehreren Tagen sind abermals beunruhigende Gerüchte über das Befinden des Fürsten Bismarck verbreitet. Sie entbehren glücklicher Weise der Begründung. Der Fürst leidet an Podagra, was schmerzhaft, aber nach ärztlicher Ansicht nicht gefährlich ist. Graf Herbert und Professor Schweninger sind gestern wieder von Friedrichsruh abgereist.

* * *

Seitens des Fürsten Bismarck ging dem Abgeordneten von Kardorff zu seinem siebzigsten Geburtstage die folgende telegraphische Beglückwünschung zu:

Friedrichsruh, den 8. Januar. Im Rückblicke auf unsere langjährige gemeinsame politische Thätigkeit bitte ich Sie, geehrter Freund, zum heutigen Tage meine herzlichsten Glückwünsche entgegenzunehmen. v. Bismarck.

* * *

Auf ein Telegramm, das bei der Feier dieses Geburtstages an den Fürsten Bismarck abgesandt worden war, antwortete dieser an demselben Tage:

Für Ihre und der mitunterzeichneten Herren ehrenvolle Begrüßung sage ich verbindlichsten Dank und freue mich, Ihnen, verehrter Freund, meine herzlichen Glückwünsche heute zu wiederholen. v. Bismarck.

* * *

Ueber ein von einem Theil der Presse aufgebauschtes und unangenehm breitgetretenes und mißbrauchtes Vorkommniß berichten die „Hamb. Nachr.“ am 9. Januar (M.-A.):

Im „Hamburgischen Correspondenten“ vom 3. d. Mts. beklagt sich ein Reporter des genannten Blattes über die Aufnahme, welche er in Friedrichsruh gefunden habe. Zunächst nimmt es uns Wunder, daß ein Vertreter von zwei in Friedrichsruh als feindlich bekannten Preßstellen: des „Hamb. Correspondenten“ und des „Reuter'schen Bureaus“, glaubt, dort auf besonderes Entgegenkommen rechnen zu dürfen. Was den „Hamb. Correspondenten“ angeht, so haben wir an dieser Stelle, auch noch in den letzten Jahren, häufig an Beispielen erhärten können, daß das genannte angeblich „Hamburgische“ Blatt sehr oft nichts weiter ist, als ein Ableger des übelsten Berliner Officiösenthums, und wir möchten seine Leser davor warnen, das Alles als gutes Hamburger Courant anzunehmen, was sich bei näherer Prüfung als Berliner Import erweisen dürfte. — Sich ferner als Vertreter Reuter's in Friedrichsruh introduciren zu wollen, beweist eine Urtheilslosigkeit, die ein gewandter Vertreter eines größeren Blattes nicht haben sollte. Das Reuter'sche Institut war stets dem Deutschen Reiche feindlich, und der „Hamburgische Correspondent“ war seit acht Jahren Vorkämpfer für alle die Regierungsmaßnahmen, welche mit der Politik Kaiser Wilhelm's I. und seines Kanzlers im Widerspruch standen.

Obschon nun sein Eindringen in die Häuslichkeit des kranken Fürsten nicht durch Theilnahme seiner Auftraggeber an dem Ergehen des Letzteren, sondern durch das gewerbliche Bedürfniß der Beschaffung geldwerther Neuigkeiten veranlaßt war, wurde Herr Bruns doch im Hause Friedrichsruh zunächst empfangen und kann sich demnach auch in diesem Falle über mangelnde Zuvorkommenheit nicht beklagen. Denn bevor er den Grafen Rantzau draußen ansprach, hatte er seine Karte ins Haus geschickt, war in Vertretung des Herrn Grafen vom Secretair des Fürsten empfangen, und es waren ihm über das Befinden des Fürsten die beruhigenden Mittheilungen gemacht worden, welche er dann alsbald zu Telegrammen verwerthet hat. Sein Wunsch war somit völlig erfüllt, und er hatte den Park wieder verlassen, als er den Grafen Rantzau auf seinem Spaziergange erblickte und, trotzdem der Pförtner es ihm untersagte, auf den Grafen den von ihm selber beschriebenen Angriff mit Visitenkarte und Depesche machte. Die Antwort war dem entsprechend, doch sind die härtesten von Herrn Bruns angegebenen Ausdrücke nicht gefallen, und er hat den Satz ausgelassen, der nach Zeugenaussage so gelautet hat: „Bedenken Sie doch, was ich sagen soll, wenn

ich hier jeden Tag auf meinem Spaziergange vor dem Thore angefallen werde!"

Würde man es billigen, wenn ein naher Verwandter des jetzigen Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe bei seinem Spaziergange im Thiergarten von dem Vertreter eines socialdemokratischen oder sonst als feindlich bekannten Blattes angehalten und über das Befinden des Fürsten interpellirt würde?

Was die übrigen Nachwürfe anbetrifft, welche Herr Bruns dem Grafen widmet: Kritik seiner Stellung, mangelhafte Vertretung nach außen u. s. w., so können wir dieselben auf sich beruhen lassen, da jeder Kenner der Verhältnisse weiß, mit welcher Hingebung der Graf einzig und allein um das Wohlergehen des greisen Fürsten bemüht ist, zu dessen Unterstützung er nach dem Tode der Fürstin Bismarck seine Stellung im Dienste des Reichs aufgegeben hat. Die Freunde des fürstlichen Hauses werden gerade dem „Vicewirth von Friedrichsruh", wie ihn der „Hamb. Correspondent" geschmackvoll benennt, Grund haben dankbar zu sein für seine unermüdliche selbstlose Sorge um des Hauses und des Hausherrn Wohl.

Anschließend an die tendenziöse Veröffentlichung des „Hamb. Correspondenten" finden wir in den Zeitungen noch die Folgerung, man werde sich, um Nachrichten über den Fürsten Bismarck zu erlangen, fernerhin an die Dienerschaft wenden müssen. Wir möchten dem gegenüber unsere Collegen bitten, diesem Rathe nicht zu folgen und die Leute nicht in Verlegenheit zu bringen, da ihnen Beziehungen zur Presse verboten sind. Wer übrigens die Diener des Fürsten Bismarck kennt, der weiß, daß es eines solchen Verbotes nicht erst bedarf, und weiß andererseits, daß Unbescheidenheiten wie die des Herrn Bruns von den Dienern des Hauses leicht noch unfreundlicher beantwortet werden könnten, als durch den Grafen Rantzau geschehen ist.

* * *

Die in der Flottenkundgebung am 10. Januar in Berlin zu einem Mahle vereinigt gewesenen Männer aus allen Theilen des Deutschen Reichs haben dem Fürsten Bismarck den Wortlaut der gefaßten Resolution mit der Versicherung treuer Anhänglichkeit mitgetheilt. Fürst Bismarck ließ darauf dem Reichsrath Haßler, der inzwischen nach Augsburg zurückgekehrt war, dorthin ein Dankestelegramm zugehen.

Friedrichsruh, 11. Januar.

Ew. Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für Ihre telegraphische Mittheilung und fühle mich hochgeehrt durch die Begrüßung, die mir von so ansehnlicher reichsfreundlicher und competenter Stelle zu Theil ward.

v. Bismarck.

* * *

Am 12. Januar finden wir in den „Hamb. Nachr." (M.=A.) Einzelheiten über das Auftreten vieler Reporter in Friedrichsruh; es macht eine tiefe Verstimmung der fürstlichen Familienglieder begreiflich. Es heißt da:

In Bezugnahme auf einen bekannten Fall von Reporter=Unbescheidenheit werden uns aus unserem Leserkreise dankenswerther Weise noch weitere Beispiele dafür mitgetheilt, daß in Friedrichsruh die Dreistigkeit mancher Berichterstatter „wirklich eine Plage ist". So glückte es an einem Sommernachmittag einem Reporter, trotz Pförtner, Gendarm und Hund in den Park zu gelangen und die Treppe zum Balcon hinaufzusteigen, auf dem der greise Fürst gerade Zeitungen las. Der Herr von der Feder war gewiß auch in dem Glauben, recht höflich zu sein, als er den Hut abnahm und aussprach, daß er glücklich sei, Seine Durchlaucht anzutreffen, ihr seine Verehrung zu bezeugen und (indem er das Notizbuch hervorzog) einige Fragen stellen zu dürfen. Und er war wohl nicht wenig erschrocken, als der Fürst aufstand, seinen Stock erhob und den Interviewer mit drohender Stimme hinunter wies.

Es ist vorgekommen zu einer Zeit, wo der Schutz des Hauses und Parkes weniger sorgfältig war als unter dem jetzigen dafür verantwortlichen Leiter, daß Zeitungsberichterstatter ihr Gesicht gegen die Fenster der Wohn= und Schlafzimmer gedrückt haben, um sich über die Vorgänge zu informiren. Das war, um mit dem „Hamb. Corresp." zu sprechen, wohl auch „pflichtmäßige Berichterstattung über das Ergehen des Fürsten Bismarck".

Wir erinnern im Anschluß daran an die S. 134 f. mitgetheilte Notiz der „Leipz. Neuesten Nachrichten". Wer aber gar die ersten Tage nach dem 30. Juli 1898 in Friedrichsruh mit erlebt hat, der wird sich über die beiden hier mitgetheilten Züge unerhörter Dreistigkeit erst recht nicht mehr wundern.

* * *

Am 13. Januar (M.=A.) setzen sich die „Hamb. Nachr." in folgender Weise mit dem „Hamb. Corresp." auseinander:

Der „Hamb. Corr." hat dieser Tage die politische Haltung der „Hamb. Nachr." zum Gegenstand einer abfälligen Kritik gemacht. Wir fühlen uns nicht veranlaßt, dem Blatte auf das Gebiet der Zeitungspolemik zu folgen, und hoffen, durch diese Enthaltsamkeit den Dank unserer Leser zu verdienen. Nur eine Bemerkung sei uns gestattet. Der „Hamb. Corresp." gerirt sich als Anwalt hamburgischer Interessen, deren mangelhafte Wahrung, ja Verletzung er uns denunciatorisch vorwirft, weil wir die Politik des Fürsten Bismarck in der Presse fortzuführen berufen sind. Wir rechnen uns diese Mission zur Ehre und zum Verdienst an und glauben nicht, daß der „Hamb. Corresp.", wenn er uns deshalb zu verdächtigen sucht, in Hamburg Erfolg

haben wird. Die maßgebenden und einsichtigen Kreise des hiesigen Handels sind nicht der Ansicht, daß die hamburgischen Interessen durch eine Politik zu fördern sind, deren Gesichtskreis vom Nobis=Thor bis zum Lübecker=Thor reicht, sondern sie wissen, daß dies nur durch eine Politik möglich ist, die, wie die Bismarck'sche, die Hebung des Wohlstandes der gesammten Nation und damit die Blüthe der großen Handelsplätze derselben bewirkt hat. Wir erinnern an das Beispiel des Zollanschlusses, um die Kurzsichtigkeit Derjenigen zu illustriren, die von der angeblich handelsfeindlichen Politik des ersten Kanzlers die schwersten Nachtheile für Hamburg befürchteten. Welcher zuverlässige Vertreter hamburgischer Interessen aber andererseits der „Hamb. Corresp." ist, hat sich beim vorjährigen Strike der Hafenarbeiter gezeigt, wo die wichtigsten Interessen des gesammten hamburgischen Unternehmerthums auf dem Spiele standen und schwer gefährdet waren. Damals sind es allein die „Hamburger Nachrichten" gewesen, welche diese Interessen, ohne je zu schwanken, energisch und mit Erfolg vertreten haben, während die zweideutige Haltung des „Correspondenten" diesem das allgemeine Mißtrauen und den Vorwurf der Charakterlosigkeit zugezogen hat.

* *
*

Den „Hamb. Nachr." vom 17. Januar (A.=A.) entnehmen wir Folgendes:

Durch die Presse geht folgende Notiz:

Fürst Bismarck soll kürzlich, bei Gelegenheit eines zwischen ihm und dem Großherzog von Sachsen=Weimar stattgefundenen Meinungsaustausches, wie der „Post" aus Weimar geschrieben wird, an Letzteren telegraphirt haben, „daß er diese diplomatische Action (betreffs Kiaotschau) für eine ganz vortreffliche halte, die gar nicht besser hätte eingeleitet und durchgeführt werden können. Das Gleiche habe Fürst Bismarck gegenüber dem Herzog=Regenten von Mecklenburg=Schwerin in ähnlicher Form ausgesprochen."

Diese Mittheilung beruht auf Erfindung. Wir zweifeln nicht daran, daß Fürst Bismarck für die Unternehmung sympathisch gestimmt ist, glauben aber nicht, daß er sich für berechtigt gehalten hat, seine Privatansicht über die erwähnten Vorgänge den oben genannten hohen Herren mitzutheilen.

* *
*

In Bezug auf den Fürsten Bismarck wird den „Leipziger Neuesten Nachr." am 18. Januar von ihrem Gewährsmann geschrieben:

Ich kann Ihnen erfreulicher Weise bestätigen, daß Ihre neuliche Mittheilung, wonach das Befinden des Fürsten sich allmählich bessere, vollkommen begründet ist. Er kann zwar den Rollstuhl noch nicht wieder entbehren, aber das Allgemeinbefinden hebt sich täglich, und er ist bei so gutem Humor wie je. Von ärztlicher Seite wurde dieser Tage,

als Jemand Zweifel darüber laut werden ließ, ob man den Fürsten im Frühjahr wieder rüstig durch seinen Sachsenwald schreiten sehen würde, erwidert: „Das werden Sie sicher!“ Als der betreffende Herr, erfreut über diese Auskunft, meinte, man könne es doch eigentlich auch erwarten, daß Fürst Bismarck das Alter erreiche, wie Kaiser Wilhelm I. und Moltke, hieß es weiter: „Das wird nach menschlicher Voraussicht auch der Fall sein, trotzdem der Fürst in höherem Grade aufreibenden Einflüssen ausgesetzt gewesen ist.“ Ein vollkommener Unsinn ist es, wenn in einzelnen Blättern angedeutet wurde, der Fürst habe „das Wasser in den Beinen“ und dies sei le commencement de la fin. Es handelt sich um nichts weiter, als um das bekannte Beinleiden, dessen Beseitigung in so hohem Lebensalter natürlich schwieriger ist und mehr Zeit erfordert als früher. Der Fürst spottet gutgelaunt häufig über gehegte Besorgnisse: „Schmerzhaft, aber leider nicht gefährlich.“ Zum ferneren Beweise der Richtigkeit meiner Angabe über die Beschaffenheit des Leidens führe ich die Thatsache an, daß Fürst Bismarck in der Sylvesternacht bis gegen $1^1/_2$ Uhr an der Punschbowle, welche die Familienmitglieder und Gäste vereinigte, theilgenommen und sich am nächsten Morgen sehr wohl befunden hatte. Ueberhaupt ist die Lebensweise und namentlich die Ernährung des Fürsten unverändert. Ein Unterschied findet nur insofern statt, als der Weingenuß wegen der gichtischen Beschaffenheit des Leidens eingeschränkt ist zu Gunsten des Bieres, von dem der Fürst jetzt etwas mehr genießt als früher. Aus dieser Veranlassung sind in der letzten Zeit in Friedrichsruh unter ärztlicher Kontrolle viele deutsche Biersorten durchprobt worden, u. a. hat das Münchener Hofbräu gut geschmeckt und Beifall gefunden, aber es scheint, als ob wieder zur alten Liebe, dem Sedlmayerschen Spatenbräu zurückgekehrt werden wird.

Hinsichtlich des Grafen Rantzau, dessen Verhalten den Zeitungsreportern gegenüber und des Urtheils des Fürsten darüber führt der Gewährsmann aus:

Mit einigem Befremden ist die abfällige Kritik bemerkt worden, die von einem Theile der deutschen Presse an dem Verhalten des Grafen zu Rantzau in der Bruns'schen Angelegenheit geübt worden ist. Ich ergreife diese Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß die Thätigkeit und die Stellung des Grafen in der Oeffentlichkeit stark unterschätzt wird. Graf Rantzau ist kein „Junker“, wie ihn die demokratische Presse hinzustellen liebt, der nichts thue, als jagen, reiten und die Leute anschnauzen. Er ist bei aller Entschiedenheit seines Wesens, wie dies bei einem solchen Manne selbstverständlich ist, von den liebenswürdigsten und verbindlichsten Formen, wenn man sich ihm höflich und ohne Aufdringlichkeit nähert. Uebergriffen und unberechtigten Belästigungen gegenüber läßt er es freilich an determinirter Zurückweisung nicht fehlen. Wer wollte ihm das verdenken? Der Graf hat nicht nur die gesammte Hausverwaltung in allen ihren Theilen zu leiten, sondern auch eine außerordentlich umfangreiche Correspondenz Namens des Fürsten täglich zu erledigen und außerdem alle gesellschaftlichen und repräsentativen Verpflichtungen, denen der Fürst nicht selbst nachkommen kann, zu erfüllen. Dazu liegt

ihm die oberste Verantwortlichkeit für Alles ob, was innerhalb des Friedrichsruher Herrenhauses geschieht und unterbleibt, sodaß die Zeit des Grafen sehr gemessen ist und er sich auf lange und überflüssige Unterhaltungen, auch wenn sie in minder unschicklicher Weise, wie neulich, mit ihm gesucht werden, nicht einlassen kann. Wie ich weiß, ist der Fürst voll Anerkennung für die unablässige Fürsorge, die sein Schwiegersohn entfaltet, und wenn es in der neulichen Veröffentlichung der „Hamburger Nachrichten" hieß, jeder Kenner der Verhältnisse wisse, mit welcher Hingebung der Graf einzig und allein um das Wohlergehen des greisen Fürsten bemüht sei, zu dessen Unterstützung er nach dem Tode der Fürstin seine Stellung im Dienste des Reiches aufgegeben habe, und wenn hinzugefügt wurde, die Freunde des fürstlichen Hauses hätten allen Grund, dem „Vicewirth von Friedrichsruh für seine unermüdliche selbstlose Sorge um des Hauses und des Hausherrn Wohl dankbar zu sein", so glaube ich richtig informirt zu sein, wenn ich diese öffentliche Anerkennung der Verdienste des Grafen Rantzau auf den Fürsten persönlich zurückführe.

Der Fall Bruns, resp. das Verhalten des Grafen Rantzau in demselben ist auch nicht als Ding an sich zu beurtheilen, sondern man muß die Sache so auffassen, daß Herr Bruns die Rolle des Tropfens gespielt hat, dem es beschieden war, das Gefäß zum Ueberlaufen zu bringen. Die Belästigungen, denen der Fürst und seine Umgebung im Laufe der Jahre durch unberufene, ungeschickte und taktlose Reporter ausgesetzt gewesen ist, übersteigen alles, was man in dieser Beziehung für möglich halten sollte. Die Fälle, die neulich in den „Hamburger Nachrichten" als Beleg für die Zudringlichkeit einer gewissen Sorte von Reportern angeführt wurden, gehören noch nicht einmal dem stärksten Kaliber an, und derartige Fälle haben sich hundertfach ereignet, nicht bloß in Friedrichsruh, sondern auch in Varzin, in Kissingen und wo der Fürst sich sonst noch aufgehalten hat. Ist es unter diesen Umständen ein Wunder, wenn in Friedrichsruh eine gewisse Voreingenommenheit gegen Leute existirt, die sich unter Verletzung der Schicklichkeit auf offener Straße oder sonstwo aufdrängen? Wohlerzogene und taktvolle Vertreter von Zeitungen erhalten auf eine höfliche und unter Berücksichtigung dessen, was passend und was unpassend ist, gestellte Frage stets eine höfliche Antwort, und es ist eine Entstellung der Thatsachen, wenn auf Grund des Verhaltens des Grafen Rantzau, sowie der beiden darauf bezüglichen Publicationen in den „Hamburger Nachrichten" von den demokratischen Journalisten behauptet wird, es finde in Friedrichsruh eine junkerliche Geringschätzung der „Herren von der Feder" statt. Der Fürst ist im Gegentheil von der Wichtigkeit der Presse und der Thätigkeit der in ihr wirkenden Persönlichkeiten überzeugt; er schätzt sie vielleicht höher, als manche seiner Angreifer dies selbst thun. Er hat sich der Presse im Laufe seiner ministeriellen Laufbahn stets mit Vorliebe und Erfolg bedient, hat regen Verkehr mit den Redacteuren und Correspondenten angesehener politischer Zeitungen gepflogen und sieht auch jetzt noch, wenn auch mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand und sein hohes Alter seltener als sonst, eine Anzahl von Vertretern der Presse, die sein Vertrauen haben, bei sich, zieht sie an seine Tafel und verkehrt mit ihnen als liebenswürdiger, vornehmer Wirth, wie mit allen übrigen Gästen

des Hauses. Es ist selbstverständlich, daß alle Mitglieder der Familie Bismarck es dem Fürsten in dieser Beziehung gleichzuthun suchen. Wie kann da von junkerlicher Ueberhebung gegen „die Herren von der Feder" die Rede sein? In Friedrichsruh wird Jeder nach Verdienst und nach seinem Auftreten behandelt; einerlei welchem Stande oder welchem Berufe er angehört.

* * *

Eine Reihe von Reminiscenzen giebt die „Berliner Börsen-Zeitung" in einem Artikel: „Fürst Bismarck und die Interessen im fernen Osten"; wir lesen darin:

„Im Frühjahr 1884 hat Fürst Bismarck die erste Dampfervorlage eingebracht, welche die Einrichtung regelmäßiger Postdampfschiffs-Verbindungen von Deutschland nach Ostasien und Australien betraf. Obgleich der berühmte Frühschoppen bei Bismarck am 20. Juni dem Gesetzentwurf unter die Arme griff, ist dieser nicht erledigt worden, Bamberger's Witz, diese Vorlage sei lediglich des Kanzlers revanche pour Samoa, triumphierte, aber der Kanzler sagte: ‚Ich nehme von der Vorlage nicht definitiv Abschied, sondern sage: Auf Wiedersehen'. Einen besseren Ausgang hatte die gleichzeitige Verhandlung des Reichstages über den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Korea, der wiederum das wachsame Auge Bismarck's für die Interessen Deutschlands im Osten darthat. Er ist am 28. Juni in dritter Lesung genehmigt worden, nachdem vom Regierungstische aus constatirt worden war, daß der Vertrag die durch ihn verheißenen Vortheile in vollem Maaße erst würde verwirklichen können, nachdem die regelmäßige Postdampferlinie eingeführt sein würde.

„Die Dampfervorlage ist 1885 wiedergekehrt, verstärkt durch die Afrikanische Linie nebst Zweiglinie. Die Ostasiatische wurde nunmehr fast einstimmig angenommen, die Australische ist mit 11 Stimmen, die Afrikanische mit 9 Stimmen Mehrheit genehmigt worden. Das Interesse des Reichstags für Ostasien überwog also bedeutend.

„Gleichfalls 1885 hat Fürst Bismarck die scharfe Fehde mit der englischen Regierung wegen Neu-Guineas geführt. Er hatte Erfolg, nachdem Graf Herbert in London gewesen, Lord Rosebery nach Berlin gekommen und durch Veröffentlichung des ganzen Notenwechsels von Seiten des Kanzlers die Doppelzüngigkeit und Hinterhaltigkeit der englischen Minister in helles Licht gestellt worden war. Allerdings waren die Engländer dadurch gereizt, daß der Kanzler 1884 den Eintritt eines Vertreters Deutschlands in die internationale Liquidationscommission in Kairo durchgesetzt und die Vertreter Transvaals in Berlin freundlich und ermuthigend empfangen hatte.

„Noch trat 1885 der Conflict mit Spanien wegen der Carolineninseln ein, die doch auch nicht in Afrika liegen. Als im Interesse des Friedens, nachdem die päpstliche Coulisse vorgeschoben, auf die Carolinen verzichtet worden war, sind die Marschallinseln mit der deutschen Flagge beehrt worden, auf welchen

deutsche Firmen Niederlassungen hatten. Im Jahre 1886 traten noch drei Inseln der Salomonsgruppe in die deutsche Machtsphäre. Alles dies ergiebt die lebhafte Würdigung, die der erste Kanzler für die Interessen des Reichs im fernen Osten gehabt, und erklärt seine Freude darüber, daß seine Bahnen weiter beschritten worden sind."

* * *

Die von A. Memminger in Würzburg herausgegebene „Neue Bayerische Landeszeitung", deren Eigenthümer in Bad Kissingen öfters vom Fürsten Bismarck empfangen wurde, berichtet Folgendes:

In einem Gespräche mit unserem Schriftleiter A. Memminger erwähnte Fürst Bismarck die Judenfrage und meinte:

Der bedeutendste und erfolgreichste Antisemit war zweifellos der Hofprediger Stöcker; er hatte als ein vortrefflich unterrichteter Redner, dann als ein finanziell sehr günstig gestellter und also wirthschaftlich ganz unabhängiger Mann, dazu in seiner einflußreichen geistlichen Stellung alle Voraussetzungen in sich, den herrschenden Juden Berlins und deren „freisinnigen" Genossen ein Gegengewicht zu schaffen. Aber gleichwohl konnte ich mich für Stöcker nicht erwärmen, weil bei ihm, wie bei allen politischen Agitatoren im geistlichen Gewande, seien sie protestantisch oder katholisch, immer wieder die mehr oder weniger verhüllte Absicht zu Tage tritt, die weltliche Vorsehung zu spielen und die Regierung in ihrem Herrschaftsberufe unterzukriegen.

Die geistliche Herrschaft hat aber noch nirgends etwas oder wenigstens nicht viel getaugt, die geistlichen Fürstenthümer im alten Deutschen Reich bedrückten das Volk in jeder Richtung und brachen beim ersten feindlichen Anprall thaten- und wehrlos zusammen. Die geistliche Herrschaft war zum Theil auch schuld an der französischen Revolution, noch mehr an dem Elend Spaniens und Italiens. Die Geistlichen verstehen das Regieren nicht, dafür war der Kirchenstaat der beste Beweis. Und die protestantische Geistlichkeit würde es hierin der katholischen wohl annähernd gleich thun. Ich will von solchen Bestrebungen nichts wissen, weil auch unser Volk dabei schließlich nur schlechter fahren würde. Stöcker und seine Leute haben mir darum auch öfter am Zeuge flicken wollen und haben mir namentlich mein Verhältniß zum Bankier Bleichröder vorgeworfen. Ich weiß, was ich von Bleichröder als Mensch und seinen Söhnen zu halten habe, ich weiß alles und billige nicht alles, aber seine Tochter ist eine Frau von vornehmer Gesinnung und Geist. Für mich selbst war Bleichröder mein Bankier, der einen Theil meiner Finanzen verwaltete. Es ist erlogen, daß ich ihm wichtige Mittheilungen politischer Natur gemacht habe, damit er solcher Gestalt bessere Geschäfte

für sich und mich machen könne. Wahr ist aber, daß mir Bleichröder im Jahre 1866 die Mittel zur Kriegsführung, die uns niemand vorschießen wollte, beschaffte. Das war eine That, für welche ich dem Manne zu Dank verpflichtet war. Als anständiger Mann lasse ich mir auch von einem Juden nicht nachsagen, daß ich ihn gebraucht und ihn dann für geleistete Dienste verachtet habe. Daß Bleichröder der Urheber der Goldwährung sei und mich zu deren Einführung veranlaßt habe, ist eine Erfindung. Nach 1870 war Alles für die Goldwährung, weil sie dem deutschen Münzwirrwarr ein Ende machte. Wenn statt der Juden Lasker und Bamberger Andere in gleicher Weise die Einführung im Reichstage begründet hätten, wäre das Ergebniß das gleiche gewesen. Die Goldwährung hat gewiß auch Gutes gebracht. Die großen Nachtheile, welche der Unterschied der Währung zwischen Deutschland und den Hauptgetreideländern Rußland, Argentinien, Nordamerika, auch Indien, China, Japan nicht bloß unserer Landwirthschaft, sondern auch der Industrie gebracht hat, habe ich durch erhöhte Schutzzölle auszugleichen versucht. Leider ist diese Politik unter meinem Nachfolger im Bunde mit der Börse, den Socialdemokraten und dem clericalen Centrum aufgegeben und dadurch das Unheil über unsere deutsche Landwirthschaft gebracht worden. Das Centrum hat durch seine sinnlose Zustimmung zu den Handelsverträgen die deutsche Landwirthschaft unendlich mehr geschädigt, als ihr alle Juden geschadet haben und schaden können. Das war eine wirklich reichsfeindliche Politik, woran die Socialdemokraten die ausgelassenste Freude haben konnten.

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 19. Januar (A.-A.) finden wir folgende Notiz:

Daß die Blicke Deutschlands bereits im Jahre 1870 auf Erwerbung der Kiaotschau-Bucht gerichtet waren, beweist, schreibt die „Köln. Ztg.", eine Mittheilung Ferdinand v. Richthofen's, des bekannten Geographen, Geologen und Forschungsreisenden. Richthofen war mit dem Range eines Legationssecretairs als Geologe der preußischen Sendung nach Japan, China und Siam in den sechziger Jahren beigegeben und widmete sich dann von 1868 bis 72 in Shanghai der besonderen Erforschung von China; später war er bekanntlich von 1875—1883 Professor der Erdkunde an der Bonner Hochschule. Nach Richthofen hat Fürst Bismarck bereits 1870 die Besetzung der Kiaotschau-Bucht beabsichtigt, deren große Vorzüge dem deutschen Gelehrten sofort in die Augen gefallen waren, während die Gefahr einer Versandung durch den Fluß Ku-ho doch nur in sehr weiter Ferne liege und vorläufig ganz außer Betracht bleiben dürfe. Die deutschen Pläne geriethen durch den Ausbruch des Krieges von 1870 in den Hintergrund, indessen war aufgeschoben

nicht aufgehoben. Professor Alfred Kirchhof in Halle a. d. Saale war es, der jüngst im dortigen Verein für Erdkunde auf diese Vielen gewiß neue Mittheilung aufmerksam machte und der großen allgemeinen Freude unter vielem Beifall Ausdruck verlieh, daß die jetzt zur Thatsache gewordene Erwerbung insofern auch ein im Fahrwasser des weitausschauenden Altreichskanzlers erreichter großer Erfolg sei, dessen ganze Tragweite sich zur Stunde noch gar nicht übersehen ließe.

* * *

Am 20. Januar schreiben die „Hamb. Nachr." (A.-A.);

Ueber das Verhalten der Engländer auf Kreta finden wir in der „Voss. Ztg." folgenden Bericht:

Kandia, 8. Januar. „Gestern Nachmittag lief das deutsche Kriegsschiff ‚Oldenburg' in die Suda-Bai ein, um gleich den Schiffen der übrigen Mächte, die nun bereits seit neun Monaten hier sind, auf wer weiß wie lange Zeit festzulegen. Eine ganze englische Stadt baut sich auf den Wällen Kandias auf. Bereits ist eine Anzahl fester Baracken aufgestellt, den Truppen Schutz gegen die Witterung zu gewähren; für acht weitere Baracken langte mit dem letzten Dampfer von Malta das Material an, und nicht genug damit, sind sechs weitere Baracken hierher unterwegs. Da jede Baracke 200 Mann faßt, bieten diese 14 Baracken für nicht weniger als 2800 Mann Platz außer den aus hiesigem Material errichteten. Das muß stutzig machen, da augenblicklich nur 700 Mann englische Besatzungstruppen hier liegen. Offenbar will sich England auf alle Möglichkeiten vorbereiten. Vollständige Anarchie herrscht in der Stadt Kandia, täglich werden christliche Häuser und Magazine vor den Augen der türkischen Polizei geplündert und in barbarischer Weise zerstört, so daß die Christen nach ihrer Rückkehr nichts als Trümmer wiederfinden werden... In der Stadt Kandia sind allein über 55000 Muselmanen zusammengedrängt, d. h. über die Hälfte der ganzen muselmanischen Bevölkerung auf Kreta, und daß diese eine Macht bilden, mit der sich ungeheuer viel ausrichten läßt, haben die Engländer wohl eingesehen. Sie lassen daher kein Mittel unversucht, sich deren Gunst und allfällige Unterstützung zu sichern. Sofern nicht englische Interessen verletzt werden, stören die Engländer die Muselmanen in keiner Weise in ihren christenfeindlichen Handlungen, und die Beschwerden von Christen bleiben einfach unbeachtet. Niemand überwacht die Thore der Stadt, um Zusammenrottungen zu Raubzügen gegen die Christen zu verhindern, wie auch nirgends englische Patrouillen in den Straßen zu sehen sind, um dem Diebesgesindel, mit dem die gesammte türkische Polizei unter einer Decke steckt, entgegenzutreten. Es ist traurig, zu sehen, in wie unverantwortlicher Weise die Engländer die ihnen anvertraute Stadt behüten und Tausende von Familien dadurch vollständig an den Bettelstab bringen."

Dieser Bericht bietet eine nicht uninteressante Illustration zu der neulichen Erklärung des englischen Staatssecretairs der Colonien, Chamberlain, die „Ohnmacht des europäischen Concerts in der kretischen Angelegenheit sei ein Mißerfolg für alle Betheiligten gewesen, aber England sei nicht zu tadeln; der gegenwärtige Zustand sei unerträglich und könne unmöglich ins Ungemessene andauern, es könne Englands Pflicht werden, sein Recht und seine Unabhängigkeit zu wahren und für sich allein zu handeln." Wir glauben aber nicht, daß Rußland darauf verzichten wird, der Verwirklichung der Pläne der Engländer in Bezug auf Kreta Hindernisse zu bereiten.

Was die Frage der Besetzung des Gouverneur-Postens betrifft, die dabei zunächst in Betracht kommt, so vertreten die englischen Blätter die Ansicht, die Persönlichkeit des Gouverneurs müsse eine gewisse Sicherheit für die Wahrung der Interessen der muhamedanischen Minderheit bieten. Auffallender Weise schließt sich die „Nordd. Allg. Ztg." dieser englischen Anschauung an und meint, die (von Rußland betriebene) Candidatur des griechischen Prinzen Georg lasse sich „mit jener Ansicht" (nämlich der englischen Blätter) nicht vereinigen. Die Einführung eines griechischen Prinzen als Gouverneur würde, wie das Berliner Blatt meint, „die Einverleibung Kretas durch Griechenland einleiten, was gewiß nicht den Grundsätzen der Gerechtigkeit gegen die muhamedanische Bevölkerung der Insel und den Friedensinteressen im Orient entspreche". Wir hoffen, daß dies Redactionsarbeit der „Nordd. Allg. Ztg." ist. Deutschland hat nicht das mindeste Interesse daran, sich „im Namen der Gerechtigkeit", rectius zu Gunsten der englischen Interessen, der Candidatur des Prinzen Georg zu widersetzen. Uns kann es völlig gleich sein, wer auf Kreta regiert; nicht einerlei kann es uns aber sein, wenn wir zu Gunsten der englischen Auffassungen Partei ergreifen und damit unsere auswärtige Politik mit einer Verstimmung Rußlands belasten, zu der uns weder ein deutsches Interesse noch eine deutsche Macht und Würdefrage nöthigt.

* * *

Die „Zukunft" veröffentlicht folgendes Schreiben, das der Baumeister des neuen deutschen Reichstagshauses, Wallot, bezüglich seines Ausscheidens aus dem Comité für Errichtung des Bismarck-Denkmals an den Herausgeber der genannten Wochenschrift gerichtet hat. Es lautet:

„Gern, sehr geehrter Herr Harden, entspreche ich Ihrem Wunsche, Ihnen über die Frage des Bismarck-Denkmals und über meine Stellung zu dem jüngsten Beschluß des Comités zu berichten.

„Beide Wettbewerbe für das Bismarck-Denkmal hatten meiner Ansicht nach den Beweis erbracht, daß der Standort unmittelbar vor der Treppe auf der Westseite des Reichstagshauses dem Gebäude zu nahe liegt und in Folge dessen zu große Beschränkungen auferlegt. Ein wirklich großartiges Denkmal, ein ‚Nationaldenkmal‘, das zugleich den vorhandenen bedeutenden Mitteln entspricht, erscheint an dieser Stelle ausgeschlossen.

„Bei jeder sich bietenden Gelegenheit, und so auch in der letzten entscheidenden Sitzung des Comités, trat ich dafür ein, den Künstlern freiere Bewegung zu ermöglichen und das Denkmal auf größeren Abstand, etwa auf 100 m, abzurücken. Allem Anderen müsse vorausgehen ein genaues Studium des Königsplatzes, seines Anschlusses an die vorhandenen Straßenzüge, womöglich die Aufstellung eines Entwurfes für die zukünftige Gestaltung dieses maßstablosen, an seiner ungeheuerlichen Ausdehnung krankenden Platzes. Erst dann könne man mit Sicherheit den Standort des Denkmals bestimmen. Und wenn durch diese Vorarbeiten auch Zeit verloren werde, so sei dies das kleinere Uebel. Das Denkmal, welches das deutsche Volk seinem großen Helden Bismarck errichte, solle die Jahrhunderte überdauern und dagegen komme eine kleine Verzögerung kaum in Betracht.

„Auf diese Anschauungen ging das Comité nicht ein. Es faßte den Beschluß, an dem Platz unmittelbar vor der Treppe festzuhalten, und so sah ich mich zu meinem großen Bedauern genöthigt, aus dem Comité zu scheiden.

Dresden. Paul Wallot.“

Die Zukunft bemerkt dazu:

„Es handelt sich um ein Werk, das ein beträchtlicher Theil der besitzenden Volksklassen aus seiner Tasche bezahlt und in dessen Gestaltung kein höfischer Wille hineinzureden hat. Wir dürfen von Reinhold Begas, mag an seinem ersten Entwurf, den er selbst wohl nicht für unübertrefflich hält, auch Manches auszusetzen sein, das beste Bismarck-Denkmal erwarten, das heute ein deutscher Künstler zu schaffen vermag; aber selbst das schönste Denkmal — gerade Begas hat es mehr als einmal schon erfahren — kann nur zur Geltung kommen, wenn es auf einem geeigneten Platz steht. Und über die Frage, an welcher Stelle des Königsplatzes das Bismarck-Denkmal errichtet werden soll, hat sicher kein Anderer ein so sachverständiges Urtheil wie der Mann, der diesem Platz die erste würdige Zier geschenkt hat. Wenn die dilettantische Mehrheit des Comités trotzdem Wallots Rath gering schätzt, wenn sie sich nicht in zwölfter Stunde noch entschließt, seinem mahnenden Wort zu folgen, dann wird sie vor der Geschichte die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß ein großer Aufwand schmählich verthan und ein aus dem reinsten Empfinden des deutschen Volkes geborener Plan verstümpert wurde.“

* * *

Den „Dresdr. Nachr." geht über die Candidatur des Prinzen Georg von Griechenland für den kretischen Gouverneurposten eine sehr bemerkenswerthe Zuschrift aus Kreisen des alten Courses zu, der wir nachstehende Ausführungen entnehmen:

„Es verdient sicherlich Beachtung, daß die ‚Hamburger Nachrichten' in Sperrdruck und ganz ersichtlich aus Friedrichsruh inspirirt erklären, es könne für Deutschland völlig gleichgültig sein, wer auf Kreta Gouverneur würde, und wenn die Russen gern einen griechischen Prinzen dorthin haben wollten, so sei es nicht Sache der deutschen Politik, ihnen hinderlich in den Weg zu treten. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß der englisch-russische Interessengegensatz augenblicklich mindestens ebenso sehr wie in den asiatischen Fragen in der Angelegenheit der Besetzung des kretischen Gouverneurpostens sich zuspitzt und daß der Kampf um diesen Posten sich immer mehr zu einer Kraftprobe zwischen den beiden Concurrenten im Orient ausgestaltet. Wenn die Russen den Prinzen Georg auf diesen Posten haben wollen, so wissen sie sehr genau, warum sie dies thun. England hat richtig erfaßt, um was es sich dabei schließlich für seine Interessen in der Türkei, am Mittelmeer und in Aegypten handelt. Es hat demgemäß versucht, die Verwirklichung dieser russischen Candidatur bei der Pforte zu hintertreiben, wobei es möglicher Weise von Oesterreich=Ungarn unterstützt worden ist, weil dessen Orientinteressen mit den englischen vielfach parallel laufen. Offenbar reicht aber diese Unterstützung nicht aus, um England gegen die Gefahr zu sichern, daß Rußland schließlich mit seinem Vorschlage dennoch durchdringt, und unter diesen Umständen würde es sehr begreiflich sein, wenn in Berlin der Versuch gemacht worden wäre oder werden sollte, Deutschland mit vor den englischen Wagen zu spannen.

„Als einen solchen Versuch sieht das Hamburger Organ des Fürsten Bismarck ohne Frage die officiöse Aeußerung an, daß Deutschland im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens im Orient die Pflicht habe, sich der Candidatur des Prinzen Georg von Griechenland für den kretischen Gouverneurposten zu widersetzen, und seine Abwehrnotiz hat ersichtlich den Zweck, verhüten zu helfen, daß durch derartige vorgeblich officiöse Preßergüsse russische Empfindlichkeiten erregt werden, die besser geschont werden, so lange wir nicht durch unsere eigenen Interessen dazu gezwungen werden, sie zu verletzen. In den Zukunftsberechnungen der St. Petersburger Diplomatie, die sich in der Hauptsache auf der Grundlage des Antagonismus zwischen Rußland und England aufbauen, wird die Haltung, welche die deutsche Politik Londoner Plänen und Absichten gegenüber einnimmt oder auch nur einzunehmen scheint, stets eine sehr wichtige Rolle spielen und genau das Entgegenkommen reguliren, das die Politiker an der Newa den französischen Revanche=Hoffnungen gegenüber zu zeigen für gut befinden. Mit anderen Worten: die Art und

Weise, wie wir uns Rußland gegenüber mit England stellen, ist mehr oder weniger maßgebend für die Erhaltung des Friedens und daher für Deutschland von der allergrößten Wichtigkeit. Unter diesem Gesichtspunkte muß jeder Versuch, das gute Verhältniß, welches jetzt zwischen Deutschland und Rußland besteht und durch das Graudenzer Wort des Kaisers öffentlich bekundet worden ist, als eine Frivolität bezeichnet werden, die um so verwerflicher ist, als sie auf Kosten der Sicherheit des eigenen Vaterlandes und wegen eines Streites begangen wird, der an sich für Deutschland gar kein Interesse hat, denn es kann, wie die ‚Hamburger Nachrichten‘ sich ausdrücken uns Deutschen wirklich gleichgültig sein, wer auf Kreta Gouverneur wird und wer nicht. Unser Interesse besteht lediglich darin, in dieser für uns gänzlich irrelevanten Frage Rußland nicht ohne Noth vor den Kopf zu stoßen, nur um England in seinem Kampfe gegen Rußland um die Macht im Orient zu unterstützen.

„Endlich möchten wir noch auf einen zweiten Versuch, Mißtrauen zwischen Deutschland und Rußland zu säen, hinweisen. Er liegt in der geheimnißvollen Ankündigung, daß Rußland ‚wider alles Erwarten‘ seine Truppen an der Westgrenze ‚um zwei neue Armeecorps‘ vermehrt habe. Wir lassen die Begründung dieser Nachricht auf sich beruhen. Wenn wirklich eine Vermehrung auf russischer Seite stattgefunden hat, so liegt in ihr nichts Bedrohliches für Deutschland. Die Bedeutung solcher militairischen Maßnahmen Rußlands hat Fürst Bismarck in seiner großen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 genügend gekennzeichnet. Was der große Staatsmann auseinandergesetzt hat, gilt auch heute noch. Der Fürst führte damals die russischen Truppenvermehrungen nicht auf feindliche Absichten gegen Deutschland zurück, sondern auf die Ueberzeugung des russischen Cabinets, daß in der nächsten europäischen Krise, die eintreten könnte, das Gewicht der russischen Stimme in dem diplomatischen Areopag von Europa um so schwerer wiegen werde, je stärker Rußland an der europäischen Grenze sei, je weiter westlich seine Armeen ständen. Rußland sei als Gegner wie aber auch als Verbündeter um so schneller bei der Hand, je näher es mit seinen Haupttruppen oder wenigstens mit einer starken Armee seinen westlichen Grenzen stehe.“

* * *

Durchaus zutreffend schreiben am 23. Januar die „Leipziger Neuesten Nachrichten“:

„Herr Inspector Bruns hat — wir wissen nicht auf Grund welcher Proben journalistischer Bethätigung — erreicht, daß die Journalisten und Schriftsteller von Hamburg-Altona in einer Resolution seine Maßregelung durch Graf Rantzau als eine ‚Beleidigung des gesammten Preßberufs‘ hinstellen. Wenn in der gleichen Kundgebung behauptet wird, die

deutsche Presse habe das Benehmen des Grafen Rantzau ‚ausnahmslos‘ verurtheilt, so möchten wir im Gegentheil uns in diesem Zusammenhang ausgenommen wissen. Wir wollen es den Gerichten, bei denen die Sache anhängig gemacht worden ist, überlassen, zu verurtheilen oder freizusprechen. Die Thatsache, daß Friedrichsruh, wie nachgewiesen wurde, seit Jahren den Schauplatz zudringlicher Journalisten bildet, darf nicht außer Acht gelassen werden, wenn man den Fall Bruns im richtigen Lichte sehen will. Im Uebrigen begnügen sich die Hamburg-Altonaer Herren damit, dem Vorstand des Verbandes ‚Deutscher Journalisten- und Schriftsteller-Vereine‘ von ihrer Resolution ‚Kenntniß zu geben‘ mit dem Ersuchen, den Verbandsvereinen hiervon Mittheilung zu machen. Ursprünglich hatte man den genannten Vorstand auffordern wollen, ‚Schritte gegen den Beleidiger zu thun‘.“

* *
*

Am 27. Januar, dem Geburtstage des Kaisers, findet ein Festmahl beim Fürsten Bismarck statt, an dem alle Beamten theilnehmen. Der Fürst bringt das Hoch auf den Kaiser aus. An demselben Tage trifft Graf Lehndorff als Gast des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh ein.

* *
*

Den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreibt am 28. Januar ihr Hamburger Gewährsmann über den Fürsten Bismarck:

Das Befinden des Fürsten Bismarck bessert sich von Tag zu Tag, die Schmerzen vermindern sich allmählich und mit ihnen die schlaflosen Nächte. Der hohe Patient ist vorwiegend gut gelaunt, empfängt wieder Besuche und wendet seine Aufmerksamkeit in höherem Maaße, als es in der letzten Zeit der Fall war, den politischen Begebenheiten zu. Namentlich scheint ihn jetzt das diplomatische Intriguenspiel zu interessiren, dessen Gegenstand die Besetzung des kretischen Gouverneurpostens bildet. Wie schon aus verschiedentlichen Auslassungen in den ‚Hamb. Nachr.‘ zu ersehen war, hält der Fürst es nicht für die Aufgabe der deutschen Politik, der russischen, wenn sie ihre Gründe hat, die Candidatur des Prinzen Georg in Konstantinopel zu protegiren, Hindernisse zu bereiten. Er geht davon aus, daß Deutschland kein eigentliches Interesse daran hat, wer den kretischen Rebellen und Hammeldieben zum Herrn gesetzt wird, wohl aber daran, nicht völlig unnöthiger Weise durch Widerspruch gegen russische Intentionen in dieser Beziehung unser Verhältniß zu Rußland mit Verstimmungen zu belasten, die sonst nicht vorhanden sein würden und die leicht dazu führen könnten, daß Rußland weniger zügelnd, als bisher, auf die französische Revanchelust einwirkt. Die Empfindlichkeit Rußlands in solchen Fragen ist außerordentlich und beruht darauf, daß es sich bei derartigen diplomatischen Kraftproben für Rußland immer darum handelt, in dem

Kampfe gegen England einen Schritt vorwärts zu gelangen. Der Sieg in diesem Kampfe gegen England auf allen Punkten ist die unerläßliche Bedingung der Verwirklichung der großen Pläne, die Rußland im Orient verfolgt und mit denen das Testament Peter's des Großen vollstreckt werden soll. Wer sich dabei in den Weg stellt, wird als Feind betrachtet, und wenn dies Deutschland thut, ohne ersichtlich durch seine eigenen Interessen dazu genöthigt zu sein, so wird dies in Petersburg doppelt als Unfreundlichkeit empfunden, weil dort, ungeachtet aller polnisch-französisch-panslawistischen Hetzereien, in den maßgebenden Kreisen die Ueberzeugung als Untergrund der russischen Politik fortbesteht, daß Rußland und Deutschland natürliche Bundesgenossen sind, die nicht nur alte traditionelle Freundschaft, verwandte monarchische Interessen gegen die von Westen herandrängenden demokratischen und schlimmeren Hochfluthen zu wahren haben, sondern die auch, wenn sie einig sind, unangreifbar dastehen und im äußersten Fall Europa ihren Willen vorschreiben können. Es darf mit Bestimmtheit angenommen werden, daß für den Fürsten Bismarck bei den Rathschlägen, die er in Bezug auf die Behandlung Rußlands indirect durch die Presse geben läßt, diese Sachlage bestimmend ist. Bei seiner genauen Kenntniß der diplomatischen Verhältnisse, der maßgebenden Persönlichkeiten und ihrer Anschauungen, verdient es, ganz abgesehen von der hohen Autorität, die er als Staatsmann überhaupt genießt, die höchste Beachtung, wenn er bei jeder Gelegenheit, die sich bietet, davor warnen läßt, die deutsche Politik auch nur den Anschein gewinnen zu lassen, als ob sie in Fragen, wo wichtige Interessen Rußlands auf dem Spiele stehen, nach der englischen Seite hin gravitire, ohne dazu durch eigene deutsche Interessen ersichtlich genöthigt zu sein. Wenn jetzt in officiösen Berliner Blättern gegen die russische Candidatur des Prinzen Georg polemisirt wird, so darf sicher angenommen werden, daß man dies Verfahren in Friedrichsruh nicht unbedenklich findet. Glücklicher Weise besteht kein Grund zu der Annahme, daß es nicht bestellte Arbeit des deutschen Auswärtigen Amtes ist, welche die betreffenden Blätter ausführen, sondern daß die Inspiration zu diesem Vorgehen von ganz anderer Seite herstammt.

Bemerkenswerth und interessant ist, wie der Fürst zu antworten pflegt, wenn man ihn fragt, wie sich diese oder jene brennende Frage auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wohl entwickeln werde. Als besonders charakteristisch in dieser Beziehung theile ich Ihnen folgende bisher noch nicht veröffentlichte Aufzeichnungen mit, die ich mir zu Ende des Jahres 1895 über ein Tischgespräch gemacht habe, an dem ich zu jener Zeit in Friedrichsruh theilgenommen habe. Die Rede kam auf die damalige orientalische Krisis, und der Fürst führte auf die Frage eines der Anwesenden, wie er sich den Verlauf der Dinge denke, etwa Folgendes aus:

Ich bin hier in Friedrichsruh doch nicht in der Lage, mir ein fundirtes Urtheil über den Verlauf und Ausgang der jetzigen Krisis zu bilden. Beides hängt von den Entschließungen einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten in Europa ab, die ich nur zum Theil kenne, und in Bezug auf die ich nicht mit Sicherheit zu beurtheilen vermag, was sie beim Eintritt der verschiedenen Eventualitäten, die sich ergeben, thun werden. Ich weiß auch nicht, ob und inwieweit sich der Sultan den Vorstellungen der Mächte fügen und was er thun wird, wenn diese Einigkeit nicht aufrecht erhalten bleibt; ob er nicht eines Tages in irgend einem Affecte Alles wieder umstößt, was man von ihm bereits erlangt zu haben glaubte. Es würde dann darauf ankommen, abzuwarten, was Rußland und England thäten, in welchem Maaße die Gegensätze dabei zum Ausdruck gelangten und sich verschärften, ob England die Entschlossenheit der siebziger Jahre Rußland und der Türkei gegenüber nochmals zu bekunden in der Lage wäre, wie sich Oesterreich-Ungarn und Italien verhalten würden. Das Alles kann ich nicht voraus berechnen, das hängt von den Situationen der Zukunft ab. In dem Ansatze des Exempels sind zu viele unberechenbare Factoren vorhanden, als daß man zu einem absolut sicheren Resultate zu gelangen vermöchte. Man kann als Staatsmann den Verlauf einer solchen Krisis nur wachsam verfolgen, und jeder der zunächst interessirten Staaten muß stets bereit sein, neben den gemeinsamen europäischen Interessen seine eigenen zu wahren. Für die deutsche Politik empfiehlt es sich, in dem türkischen Spiele der Mächte ruhig in der Hinterhand zu bleiben und abzuwarten, was die Vorhand thut. Ich bin erfreut, wenn ich sehe, daß man bei uns nicht gewillt ist, diese Reserve aufzugeben, daß man der Versuchung, sich in die Reihe der Mächte zu drängen, welche an der türkischen Frage zunächst interessirt sind, widersteht.

So meine damaligen Aufzeichnungen, die auch für die Gegenwart noch lehrreich genug sind und die Schwierigkeiten aller diplomatischen Vorausberechnungen deutlich erkennen lassen. Ich glaube, um Mißverständnissen vorzubeugen, noch hinzufügen zu sollen, daß aus meiner vorstehenden Mittheilung nicht etwa geschlossen werden darf, Fürst Bismarck mißbillige das Vorgehen Deutschlands in China mehr oder minder. Im Gegentheil steht der Fürst, wie neulich in den „Hamb. Nachr." öffentlich erklärt worden ist, diesen Unternehmungen durchaus sympathisch gegenüber und hat den Wunsch, daß sie energisch und erfolgreich durchgeführt werden. In Ostasien sind wir in die Reihe der Interessenten eingetreten; wir haben jetzt dort politische und wirthschaftliche Interessen von Belang wahrzunehmen und befinden uns mithin in einer ganz anderen Lage, als es in den türkischen Fragen der Fall ist.

Ich schließe meinen diesmaligen Bericht mit der Mittheilung, daß gestern, am Kaiserlichen Geburtstage, wie alljährlich in Friedrichsruh, ein Festessen vom Fürsten veranstaltet worden ist, dem der Fürst und die anwesenden Familienmitglieder, sowie die Angestellten des Fürstlichen Dienstes und die übrigen in Friedrichsruh domicilirenden Beamten beiwohnten. Der Fürst selbst brachte den Trinkspruch auf den Kaiser aus.

* *
*

Gegen Ende des Monats antwortete der Fürst nach Naugard auf eine Begrüßung durch eine Kreisversammlung des Bundes der Landwirthe:

Ich danke verbindlichst für die Begrüßung meiner Kniephöfer Nachbarn und Gesinnungsgenossen.

v. Bismarck.

* *
*

Am 31. Januar melden die „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Der „Berliner Localanzeiger" sagt, das Befinden des Fürsten Bismarck habe sich soweit gebessert, daß er bei der Feier des Geburtstages des Kaisers wieder festes Schuhzeug habe anlegen können. Das ist leider nicht richtig. Fürst Bismarck hat am 27. d. Mts. wie schon bei dem letzten Besuche Seiner Majestät in Friedrichsruh, nicht in Uniform erscheinen können, weil die Podagra-Schmerzen ihn verhindern, Stiefel anzuziehen.

* *
*

Auf dem conservativen Parteitag, der am 2. und 3. Februar in Dresden stattfand, ging der Vorsitzende Freiherr von Manteuffel (Crossen) in seiner Rede auch auf die Art und Weise näher ein, in der die Person des Fürsten Bismarck gegen die conservative Partei ins Feld geführt worden: Von einer Lossagung vom Fürsten Bismarck ist keine Rede gewesen. Als conservativer Mann hat er das Recht, die Parteileitung zu kritisiren. Wenn die Kritik von solcher Stelle ausgeht, so ist die Parteileitung verpflichtet, ihrerseits die Kritik zu prüfen und mit bessernder Hand zu prüfen. Wir werden in dem Kampfe, den wir führen, keinen besseren und stärkeren Bundesgenossen haben, als gerade den Fürsten Bismarck.

Auf die an den Fürsten gesandte telegraphische Begrüßung lief bereits während der Verhandlungen folgende Antwort ein:

Freiherrn von Manteuffel, Dresden.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, meinen verbindlichsten Dank für Ihre ehrenvolle Begrüßung und meine guten Wünsche für die Partei entgegenzunehmen und geneigtest mitzutheilen.

v. Bismarck.

* *
*

Am 6. Februar treffen Graf und Gräfin Herbert Bismarck und Generalsuperintendent D. Dryander zum Besuch in Friedrichsruh ein.

* * *

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben zum Gedächtniß der großen Rede des Fürsten Bismarck am 6. Februar 1888:

Wir feiern die Gedenktage großer Schlachten, und doch mag es Tage geben, die in der Geschichte der Nationen mehr bedeuten, als die Entscheidungen auf dem Kampfesfelde des Krieges. Die Stunde, da Luther seine muthigen Thesen anschlug an der Kirchenpforte zu Wittenberg, scheidet zwei Weltalter; die sociale Botschaft unseres ersten Kaisers erschloß den Blick in neue, vom Sonnenlicht der Nächstenliebe umglänzte Gefilde; an der Rede, die vor zehn Jahren der große Kanzler des neuen Reiches hielt, wuchs das deutsche Nationalgefühl urgewaltig empor, und selbst in fernen fremden Landen durchglühte die Volksgenossen das Wort: „Freue dich, daß du ein Deutscher bist!“ Denn noch niemals war so, wie am 6. Februar 1888, deutsches Wesen, deutsche Kraft und deutsches Selbstbewußtsein zum Ausdruck gekommen, noch niemals hatte der Fremde ein Wort, so demüthig und stolz, gehört wie jenes, das im Reichstag erklang: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt!“ Dem Gedankengange der unvergleichlichen Rede vom 6. Februar 1888 zu folgen, ist hier nicht der Ort. Ihre einzelnen Sätze sind eingegraben in dem Erinnern unseres Volkes, und ihr Wortlaut steht in den Geschichtswerken an der Stelle, in der unsere größten Thaten verzeichnet sind. Aber gerade heute, wo es sich von Neuem um die Frage der deutschen Wehrkraft handelt, ist die Erinnerung daran am Platze, was einst der Geist und die Energie, was der Genius eines einzelnen Mannes vermochte, wie er durch seine bezwingende Kraft auch die Widerstrebenden in seinen Bann zwang. An den Beispielen sollen wir lernen. An jenem unvergeßlichen 6. Februar 1888 aber sollen wir vor Allem erschauen, daß auch dort, wo etwa die Asche der Skepsis und Gleichgültigkeit auf dem deutschen Volke ruht, sie fortgeräumt und neues Feuer entzündet werden kann. Nur handelt es sich nicht um zaghaftes, ängstliches Tasten, sondern um ein energisches Erfassen, nicht um halbe, sondern um ganze Charaktere. Wir dürfen nichts fürchten auf der Welt, auch Fractionsführer nicht und Centrumswähler, nur Gott!

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ sagen:

Durch die ganze großartige und imposante Darstellung, in der sich, wie Perlen, eine historische Wahrheit an die andere reiht, in der mit staunenerregender Sicherheit und scharfsinniger Dialektik Aussprüche von höchster staatsmännischer Bedeutung sich fast Zeile für Zeile folgen, schlingt sich als Leitmotiv allüberall der Gedanke durch, daß nur die kriegerische Stärke, das Machtbewußtsein, uns den Frieden erhalten. Wir glauben es uns im Interesse unserer Leser nicht versagen zu sollen, am heutigen Gedenktage dieser Rede, die sich fast wie ein Vermächtniß des Fürsten Bismarck liest, eine kleine Zahl politischer Kernsätze, die für unsere gesammte innere und äußere Politik noch wie vor 10 Jahren Gültigkeit haben, zusammenzustellen.

Ich bin überzeugt, selbst dann, wenn wir durch irgend eine explosive Erscheinung in Frankreich in einen französischen Krieg verwickelt würden, würde darauf der russische nicht unmittelbar folgen; umgekehrt aber würde mit einem deutsch-russischen auch der französische ganz sicher sein; keine französische Regierung wäre stark genug, ihn zu hindern, auch wenn sie den guten Willen dazu hätte . . .

Wann eine orientalische Krise eintreten kann? Wir haben in diesem Jahrhundert vier gehabt: 1809—1828—1854—1877, also in Etappen von ca. 20 Jahren. Warum sollte die nächste früher als nach einem gleichen Zeitraum eintreten, also ungefähr 1899? . . . Wir haben auch Wechsel der Regierungen in Frankreich in ähnlichen Perioden . . .

Im eigenen Volke, wie im Auslande, hat man kaum eine richtige Vorstellung von dem Maaße nationalen Sinnes und pflichttreuer Gewissenhaftigkeit, welches Monarchen und Minister beim Regieren deutscher Länder leitet.

Wir haben während der letzten 40 Jahre sozusagen ununterbrochen in permanenter Kriegsgefahr geschwebt und müssen uns also auf diesen Zustand einrichten. Wir müssen unabhängig von der augenblicklichen Lage, so stark sein, daß wir jederzeit mit dem Selbstgefühl einer großen Nation, die unter Umständen stark genug ist, ihre Geschicke in ihre eigene Hand zu nehmen, auch gegen jede Coalition — mit dem Selbstvertrauen und mit dem Gottvertrauen, welches die eigene Macht verleiht, jeder Eventualität mit Ruhe entgegensehen können. Wir müssen, kurz und gut, in diesen Zeiten so stark sein, als irgend eine Nation von gleicher Kopfzahl in der Welt.

Die Hechte im europäischen Karpfenteiche hindern uns, Karpfen zu werden, indem sie uns ihre Stacheln in unseren Flanken fühlen lassen. Sie zwingen uns zu einer Anstrengung, die wir freiwillig nicht leisten würden. . . . Wir müssen uns so stark machen, daß die Hechte uns nicht mehr thun, als uns ermuntern.

Wir hatten früher Anlehnung an Oesterreich und Rußland, wir hatten auch die Garantie der eigenen Schüchternheit, daß wir niemals eine Meinung äußerten, bevor die Anderen gesprochen hatten. Das alles ist uns abhanden gekommen, wir müssen uns selber helfen.

Der Vertrag mit Oesterreich (von 1879) hat die vornehmste Eigenschaft eines internationalen Vertrages, nämlich er ist der Ausdruck beiderseitiger dauernder Interessen, sowohl auf der österreichischen Seite, wie auf der unsrigen. Keine Großmacht kann auf die Dauer in Widerspruch mit den Interessen des eigenen Volkes an dem Wortlaute eines Vertrages kleben, sie muß schließlich offen erklären: Die Zeiten haben sich geändert, ich kann das nicht mehr. . . .

Völker führen wohl aus Haß gegen einander Krieg. Aber aus Liebe, das ist noch nicht dagewesen, daß sich das eine für das andere opfert. Sie führen auch

aus Haß nicht immer Krieg. Sonst wäre Frankreich in ununterbrochenem Kriege, nicht nur mit uns, sondern auch mit England und Italien; es haßt alle seine Nachbarn.

Ich bin nicht für irgend welchen Angriffskrieg, und wir werden das Feuer sicherlich nicht anlegen. Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Volkskrieg sein, der nicht von der Regierung, sondern vom Volkswillen decretirt ist und mit Enthusiasmus geführt wird. Nur wenn wir angegriffen werden, wird sich jener furor teutonicus entwickeln, dem kein Feind Stand zu halten vermag.

Es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, daß Bewußtsein, wo wir angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr, und doch die Möglichkeit zu haben, der Vorsehung zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit noch die Nothwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird.

Die Zeit ist vorbei, um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Wir drängen uns nicht auf. Wir laufen Niemand nach!

Ich glaube nicht an eine unmittelbare Friedensstörung. Behandeln Sie das vorliegende Gesetz lediglich als eine volle Herstellung der Verwendbarkeit der gewaltigen Kraft, die Gott in die deutsche Nation gelegt hat, für den Fall, daß wir sie brauchen.

Jedes Land ist auf die Dauer doch für die Fenster, die seine Presse einschlägt, irgend einmal verantwortlich; die Rechnung wird eines Tages präsentirt in der Verstimmung des anderen Landes. Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht — aber durch Drohungen ganz gewiß nicht. Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt.

Und die Gottesfurcht ist es, die uns den Frieden schonen und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesammte Bevölkerung des damals ausgesogenen Preußens unter die Fahnen rief, ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß, wer die deutsche Nation angreift, sie einheitlich gewappnet finden wird und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: „Gott wird mit uns sein".

* *
*

Aus Wien wird am 7. Februar berichtet:

Bei dem gestrigen Gründungsfest des hiesigen reichsdeutschen Vereins Niederwald, der nunmehr in das vierzehnte Jahr seines Bestehens tritt, wurde ein mit stürmischem Beifall aufgenommener Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck ausgebracht und sodann nachstehendes Telegramm nach Friedrichsruh abgesandt:

„Sr. Durchlaucht Fürst Bismarck, Friedrichsruh.

In freudiger Stimmung ist der Verein Niederwald zur Feier seines dreizehnten Geburtstages zahlreich versammelt und sendet aus diesem Anlasse Euerer Durchlaucht in treuer Verehrung und unentwegter Dankbarkeit die nnigsten Wünsche für ein noch langes, glückliches Leben! Fürst Bismarck hoch!

Der Vorsitzende Kaufmann Otto Rotter."

* * *

In Magdeburg fand am 20. Februar ein nationalliberaler Provinzialparteitag statt. An den Fürsten Bismarck wurde ein Huldigungstelegramm abgesandt, auf das folgende Drahtantwort einlief:

Friedrichsruh, Sonntag, 20. Februar.

Für die ehrende telegraphische Begrüßung sage ich Ihnen und Ihren politischen Freunden meinen landsmannschaftlichen Dank.

v. Bismarck.

* * *

Fürst Bismarck richtete an den Dichter Ernst Scherenberg in Elberfeld auf sein in der „Illustrirten Zeitung" veröffentlichtes Gedicht „Deutsche Flagge" nachstehendes Schreiben:

Friedrichsruh, den 20. Februar 1898.

Geehrter Herr!

Ihr Gedicht über die deutsche Flagge habe ich mit Freude über Inhalt und Form der Verse gelesen und bitte Sie, für die freundliche Sendung meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

* * *

An den Gemeindevorsteher W. Rahmsdorf in Klein-Schwechten bei Goldbeck (Kr. Stendal), der als Trompeter der Halberstädter Cürassiere den Todesritt bei Mars-la-Tour am 16. August 1870 mitgemacht hat, schrieb Fürst Bismarck nachträglich zur silbernen Hochzeit:

Friedrichsruh, den 22. Februar 1898.

Geehrter Herr!

Ich ersehe aus den Zeitungen, daß Sie am 18. d. Mts. Ihre silberne Hochzeit gefeiert haben .und erlaube mir als altmärkischer Landsmann und als Angehöriger des Regiments, in dem Sie 1870 Ihre Tapferkeit bewährt haben, Ihnen nachträglich meine Glückwünsche auszusprechen.

v. Bismarck.

* * *

Am 23. Februar treffen Graf Herbert Bismarck und Graf Henckel von Donnersmarck in Friedrichsruh ein.

* * *

An der Spitze des Blattes und durch die Schrift ausgezeichnet bringen die „Hamb. Nachr.“ am 23. Februar (A.-A.) folgende Kundgebung:

Schutz der Reichsverfassung. Das Auftreten der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage provocirt die Prüfung ihrer Legitimation in strengerer Form als bisher. In dieser Hinsicht ist die Reichstagssitzung vom 21. Februar lehrreich, in welcher der Abgeordnete von Stumm auf die socialdemokratischen Invectiven erwiderte:

„Sie haben eigentlich garnicht das Recht hier zu sitzen. Sie beziehen zugestandenermaßen Diäten und verletzen damit die Verfassung.“

Abg. Bebel: Den Bezug von Privatdiäten habe ja Fürst Bismarck verhindern wollen, er habe aber doch nicht die Macht dazu gehabt.

Abg. Singer: Seine Freunde müßten Diäten annehmen, weil sie sich nicht ... an Gründungen betheiligen könnten.

Hiernach gestehen die Socialdemokraten offen zu, als Abgeordnete Diäten zu beziehen, und setzen sich damit in flagranten Widerspruch zu Art. 32 der Reichsverfassung, welcher lautet:

„Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen.“

Die Frage ist als eine Verfassungsfrage so tiefgehend, daß es sich wohl empfehlen würde, ihr näher zu treten, als in den oben genannten Verhandlungen zwischen den oben genannten Abgeordneten geschehen ist. Da der Reichstag nach Art. 27 der Verfassung die Legitimation seiner Mitglieder selbst prüft, so ist es für ihn eine Ehrenpflicht und eine Rechtspflicht, dafür zu sorgen, daß Mitglieder, welche in dieser ihrer Eigenschaft Entschädigung beziehen, nicht zugelassen werden, ihre Functionen auszuüben.

Die Diätenlosigkeit war bei Herstellung der Verfassung das Aequivalent für das allgemeine und geheime Wahlrecht. Wenn dieses Aequivalent reichstagsseitig nicht gegeben wird, so wird man eben auf die Unterlagen des damaligen Compromisses wieder zurückgreifen müssen. Es ist die Frage, ob

ein Reichstag, welcher sich der Verfassung nicht conformirt, berechtigt ist, die Reichstagsfunctionen auszuüben, und ob nicht die verbündeten Regierungen in der Lage sind, den geschäftlichen Verkehr mit einem Reichstage, welcher sich seinerseits den verfassungsmäßigen Verpflichtungen nicht fügt, abzulehnen. Die nächste Aufgabe der Regierungen in dieser Richtung würde sein, sich die Gewißheit zu verschaffen, welche Mitglieder des Reichstags in Widerspruch mit Art. 32 der Verfassung Diäten beziehen und dadurch ihr Anrecht auf Theilnahme am Reichstage verlieren.

Da die Ausführung des Art. 32 nach der Verfassung dem Reichstage und seinem Präsidium obliegt, und da die Verfassung zu den Reichsgesetzen gehört, über deren Ausführung nach Art. 17 dem Kaiser die Ueberwachung zusteht, so kann man sich also fragen, ob es nicht angezeigt wäre, daß der Kaiser unter Bezugnahme auf Art. 17 der Verfassung eine Botschaft an den Reichstag richtete, in welcher derselbe zu stricter Ausführung des Art. 32 an seinem Theile aufgefordert würde.

* * *

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen am 25. Februar nachstehenden Artikel, der ihnen vor der Verurtheilung Zola's „von diplomatischer Seite“ zugegangen ist:

Dreyfus und — Rußland. Der Prozeß Zola geht zu Ende. Ob es zu einer Verurtheilung oder zu einer Freisprechung des Angeklagten kommt, läßt sich nicht voraussehen. Das französische Staatsinteresse erheischt zweifellos die Verurtheilung, weil der Freispruch alle Autoritäten des Landes aufs Aeußerste compromittiren und politisch von unberechenbaren Folgen sein würde. Zunächst allerdings nur für die innere Entwickelung der Republik; an äußere Folgen ist zunächst nicht zu denken. Selbst die chauvinistischsten Kundgebungen vor dem Pariser Gericht reclamiren die Angelegenheit, um die es sich handelt, als eine „rein französische“, die das Ausland „nichts angehe“. Wir hätten gewünscht, daß an letzterer Auffassung consequent während aller Stadien der Trilogie Dreyfus-Esterhazy-Zola festgehalten worden wäre. Das ist leider nicht geschehen; die gesammten Proceßverhandlungen haben vielmehr ihre Bedeutung erst unter der Annahme erlangt, daß Dreyfus auf Rechnung

des Deutschen Reiches Spionage betrieben habe. Auch jetzt noch scheint trotz der amtlichen Erklärung von deutscher Seite nicht nur in den interessirten französisch gouvernementalen Kreisen, sondern auch in einem Theile der Presse diese Fiction oder, besser gesagt, diese Täuschung aufrecht erhalten zu werden. Dem gegenüber liegt es im deutschen Interesse, wiederholt zu versichern, daß irgend ein directer oder indirecter Zusammenhang zwischen militärischen Informationsorganen des Deutschen Reiches oder irgend welchen anderen maßgebenden Persönlichkeiten oder Instanzen desselben mit Dreyfus niemals und in keiner Weise existirt hat, und daß alle gegentheiligen französischen Angaben auf Erfindung beruhen. Von deutscher Seite ist ja amtlich genügende Aufklärung gegeben worden, und unsere amtlichen Stellen müßten, wenn das Gegentheil der Fall wäre, ganz ohne Noth gelogen haben, was ihnen auch die Franzosen wohl nicht zutrauen werden. Wenn etwas nicht in Ordnung gewesen wäre oder Dinge hätten zur Sprache kommen können, die die Oeffentlichkeit nicht vertrugen, so hätten unsere amtlichen Stellen einfach schweigen können, man hätte sie oder die deutschen Vertreter in Paris sicher nicht vor das dortige Gericht laden können, selbst wenn man dies gewollt hätte. Man hat dies aber nicht gewollt und erklärt noch jetzt, daß jede Inanspruchnahme fremder Zeugen nicht zugelassen werden solle. Man weiß in Paris wohl, warum. Bei dieser Sachlage hätten die deutschen amtlichen Stellen sich ruhig in Schweigen hüllen können und nicht nöthig gehabt, sich so eingehend mit der Sache zu beschäftigen, wie dies z. B. Herr von Bülow gethan hat. Wenn sie es trotzdem gethan haben, so liegt darin der beste Beweis, daß Deutschland in dieser Sache wirklich „ganz reine Wäsche" hat. Wenn Herr Zola, als er sich selbst zum Pfande für die Schuldlosigkeit des Dreyfus setzte, davon ausgegangen ist, daß dieser Officier wegen militairischer Spionage für Deutschland verurtheilt worden ist, so kann er vollständig beruhigt darüber sein, von ferneren Ermittelungen in dieser Sache dementirt zu werden. Auf der anderen Seite ist kaum daran zu zweifeln, daß ein unbescholtener hoher französischer Officier nicht seine Soldatenehre für die Schuld des Dreyfus verpfänden würde, wenn er nicht Beweise dafür in den Händen gehabt hätte, daß der Gefangene auf der Teufelsinsel wirklich an einer militairischen Spionage einer fremden Macht in Frankreich betheiligt gewesen sei.

Daß eine solche Spionage thatsächlich stattgefunden hat, wird in diplomatischen Kreisen, die in der Lage sind, auf Grund erster Informationen sich ein Urtheil zu bilden, keinen Augenblick bezweifelt. Auch das gesammte Verhalten des französischen Gerichtes, seine Scheu, die Dreyfus-Affaire in den Verhandlungen gegen Zola sachlich berühren

zu lassen, erklärt sich nicht aus formalistisch processualen Rücksichten, sondern aus politischen, aus Rücksicht auf diejenige Macht, in deren Auftrage und zu deren Gunsten Dreyfus der allgemeinen Annahme nach militairische Spionage getrieben hat. Die Annahme, die — wir wiederholen es ausdrücklich — in unterrichteten diplomatischen Kreisen getheilt wird, geht dahin, daß Dreyfus sein Handwerk auf russische Rechnung getrieben hat, und damit ist Alles erklärt, was in den bisherigen Pariser Gerichtsverhandlungen auffällig geblieben ist. Ungarische und andere Blätter haben entsprechende Andeutungen bereits gebracht, aber mehr in der Form unverbürgter Combinationen, während es als ein Erforderniß der jetzigen Situation erscheint, dies klar und deutlich auszusprechen. Zur Entkräftung dieser Auffassung hat man die Frage aufgeworfen, wie denn Rußland dazu käme, in Frankreich militairische Spionage treiben zu lassen, da es doch mit ihm im Bündnißverhältniß stehe. Diese Frage beweist nur totale Unkenntniß der einschlägigen Verhältnisse. Wir lassen den Charakter und die praktische Bedeutung dieses angeblichen Bündnisses auf sich beruhen und halten uns an die jedem Kundigen bekannte Thatsache, daß derartige Abmachungen, wie sie zwischen Frankreich und Rußland bestehen mögen, auf Seiten der betheiligten Staaten Informationen militairischer Natur, wie sie auf dem Wege der Spionage jeder Macht gegenüber bewirkt werden müssen, in keiner Weise unnöthig machen und ausschließen. Im Gegentheil läßt sich annehmen, daß, wenn eine Macht sich auf ein ernstliches Bündniß mit einer anderen einläßt, und zwar mit Rücksicht auf die Möglichkeit oder gar die Wahrscheinlichkeit, daß der Casus foederis wirklich eintreten werde und sie dann verpflichtet sei, ihre Existenz als Großmacht im gegenwärtigen Umfange aufs Spiel zu setzen, sie erst recht eifrig bemüht sein wird, sich aufs Genaueste über die militairische Potenz des Staates zu informiren, mit dem sie sich auf ein so gewagtes Unternehmen einläßt. Es ist ihr dabei nicht zuzumuthen, daß sie ohne Weiteres den Angaben Glauben schenkt, die ihr von Seiten des anderen Staates auf dem Papiere gemacht werden. Es hat sich im Jahre 1870 zum Schaden der Franzosen deutlich gezeigt, wie wenig Verlaß auf schriftliche Angaben über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Armee zu geben ist. Die Nachtheile, welche Frankreich damals davon gehabt hat, daß seine „papierene" Armee mit der wirklich vorhandenen nicht übereinstimmte, würden aber, wenn dieser Unterschied noch bestände, in einem künftigen Bündnißkriege von dem Verbündeten mit getragen werden müssen. Dies ist Grund genug für den anderen Staat, sich nicht mit dem blinden Glauben an französische Angaben über die eigene Armee zu begnügen, sondern dieselben einer Controlle

zu unterwerfen, die auf dem gewöhnlichen Wege der Militairattachés u. s. w. nicht zu bewirken ist.

Wir wollen mit diesen Anführungen in keiner Weise die Ansicht aussprechen, daß auf russischer Seite mit der Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit eines Bündnißkrieges an der Seite Frankreichs gerechnet wird, im Gegentheil haben wir Anlaß, diese Eventualität politisch für sehr unwahrscheinlich zu halten; aber das hebt die Verpflichtung der russischen Regierung gegen sich selbst nicht auf, sich über den französischen „Bundesgenossen" militairisch vollständige Klarheit zu verschaffen und dazu jedes Mittel zu benutzen, das sich ihr bietet. Rußland gehört zu den vorsichtigsten Mächten in politischer wie militairischer Beziehung, und es ist durchaus anzunehmen, daß es seine militairischen Informationen bei Freund und Feind mit gleicher Gründlichkeit betreiben läßt, um für alle Fälle gedeckt zu sein. Mit anderen Worten: Es ist für Rußland gleich wichtig, über die Wehrverhältnisse Frankreichs genau informirt zu sein, einerlei ob die Petersburger Politiker dabei die Republik als Freund oder als Gegner Rußlands bei ihren Combinationen für die Zukunft in Ansatz bringen. Dieser Sachlage ist mithin kein Argument gegen die Auffassung zu entnehmen, daß Dreyfus für Rußland gearbeitet habe.

Ebensowenig Beweiskraft in dieser Hinsicht wohnt der Deduction inne, daß für Frankreich kein Grund vorliege, das Geheimniß einer russischen Spionage des Dreyfus, wenn sie wirklich stattgefunden habe, so ängstlich zu hüten, da es ja offenes Geheimniß sei, daß alle Staaten diese Spionage gegen einander treiben und mithin Folgen schwerwiegender Natur ausgeschlossen seien, wenn die Sache ans Tageslicht käme. Diese Auffassung ist an sich gewiß berechtigt, hat aber den großen Fehler, daß sie die Eitelkeit und Empfindlichkeit der französischen Nation außer Betracht läßt. Alles, was Frankreich in den letzten Jahren in Bezug auf seine äußere Politik gethan und gelassen hat, war einzig und allein der Bestimmung gewidmet, die russische Alliance herbeizuführen, ihren Bestand als ein sacrosanctes Ideal und Mittel zur schließlichen Verwirklichung der französischen Revanchepläne gegen Deutschland im französischen Volksbewußtsein zu hegen und zu pflegen. Für den Bestand dieser Illusion ist es aber in den Augen der Franzosen, dieses reizbaren und mißtrauischen Volkes, gefährlich, wenn öffentlich festgestellt und zugegeben wird, daß von russischer Seite aus in Frankreich militairische Spionage getrieben worden ist. Der gute Glaube der Franzosen geräth dadurch ins Wanken, sie fühlen sich dupirt, hintergangen, und es ließe sich gar nicht absehen, welche Einwirkung dies zunächst für den Bestand der jetzigen Regierung und weiterhin für die Entwickelung der gegenwärtig

ohnehin stark erregten französischen Zustände haben würde. Das ist, namentlich mit Rücksicht auf die Nähe der Wahlen, Grund genug für die jetzigen Machthaber Frankreichs, die kritischen Proceßverhandlungen thunlichst im Verborgenen zu halten, selbst auf die Gefahr hin, Rechts- und Gesetzesverletzungen dabei zu begehen. Das Hinderniß, welches der Ermittelung der Wahrheit in den Pariser Proceßverhandlungen entgegensteht, ist also nicht russischer, sondern französischer Natur. Und dies ausdrücklicher festzustellen, liegt gerade im gegenwärtigen Augenblicke in mehr als einer Hinsicht im deutschen Interesse.

* * *

An den „Deutschen Verein für das nördliche Schleswig" richtete Fürst Bismarck für Uebersendung der 1. Nummer der „Nordmark" folgenden Dank zu Händen des Landrichters Schwarz in Schleswig:

Friedrichsruh, den 28. Februar 1898.

Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die freundliche Zusendung der neuen Vierteljahrsschrift und hoffe, daß die patriotische Anregung ähnlichen Erfolg haben wird, wie die analogen Bestrebungen in Posen und Westpreußen. v. Bismarck.

* * *

Aus Friedrichsruh wird unter dem 4. März berichtet:

Fürst Bismarck hat aus Anlaß der Uebersendung einer Widmung des „Bergbaulichen Vereins" dem ersten Vorsitzenden desselben, Geh. Finanzrath Jencke in Essen, folgendes Dankschreiben zugehen lassen:

Geehrter Herr Geheimrath!

Die Widmung des Bergbaulichen Vereins, welche Sie die Güte hatten, mir zustellen zu lassen, ist hier wohlbehalten eingetroffen und unter den mir zugegangenen Kunstgegenständen einer der schönsten und eigenartigsten. Ich bedaure um so mehr, daß mein Gesundheitszustand mir jetzt nicht gestattet, die Herren hier persönlich zu begrüßen, und bitte Sie und alle Mitglieder des Vereins, für die mir erwiesene Auszeichnung meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen. Der Ihrige v. Bismarck.

* * *

Am 4. März giebt Graf von Schwerin-Löwitz im Abgeordnetenhause die Erklärung ab, daß Fürst Bismarck ihn beauftragt habe, seinen (des Fürsten) Namen mit unter den Aufruf zur Politik der Sammlung zu setzen.

* * *

In den „L. N. N." vom 11. März finden wir folgende auf den Grafen Herbert Bismarck bezügliche Mittheilung aus Berlin:

„In den freisinnigen Blättern und in einigen Organen, die noch immer nicht die Fleischtöpfe der Aera Caprivi-Marschall vergessen können, werden

noch immer allerlei gehässige Bemerkungen an die bereits dementirte Nachricht geknüpft, daß Graf Herbert Bismarck zum Botschafter in St. Petersburg ausersehen, und daß deshalb ein Revirement in wichtigen Posten beabsichtigt sei. Es dürfte wesentlich zur Beruhigung der Aufgeregten dienen, daß der dem Grafen Bismarck insinuirte Gedanke von ihm schwerlich gehegt und daß über den angedeuteten Plan niemals verhandelt worden ist. Thatsache ist nur, daß die Kaiserlichen Majestäten den Grafen Bismarck eingeladen und ihn in der liebenswürdigsten Weise empfangen haben. Wir meinen, daß das Erfreuliche dieser Thatsache den Gegnern des Bismarck'schen Hauses so unangenehm ist, daß sie durch freie Erfindungen und die hiermit nothwendig sich verbindenden Erörterungen und Widerlegungen die Wirkung zu contrecarriren suchten. Die Zeiten, in denen diese Praxis den beabsichtigten Erfolg hatte, dürften allerdings für immer vorüber sein."

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen an hervorragender Stelle am 18. März (A.-A.) folgenden Artikel:

Kein Maulkorbgesetz! Einem Artikel der „Deutschen Zeitung" vom 17. d. Mts. über die Berathung der Flotten-Vorlage entnehmen wir folgende Stellen:

„Was die Einzelheiten des nunmehr unabänderlichen § 9 angeht, so haben wir daran noch auszusetzen, daß nur dem Sinne der voraufgegangenen Verhandlungen und der angeführten Ziffer, nicht aber auch dem Wortlaut nach zum Ausdruck kommt, daß sich der ganze Paragraph nur auf die Dauer des Sextennats bezieht; bei der zweiten Regierungs-Erklärung scheint es vollends direct so, als ob dies Steuerversprechen für das Aeternat des Bestehens des Deutschen Reiches, seiner Einzelstaaten und seiner Flotte gelten solle. Der Gedanke wäre so verwerflich und würde solche Verwickelungen zur Folge haben, daß das Reich politisch und finanziell in Verwirrung und Aufruhr gerathen könnte. Die Reichsregierung könnte sich zwar schließlich in der Richtung der Ausführungen des Abgeordneten Richter mit Beschneidung und Zurückstellung anderer Ausgaben und Erleichterungen helfen, eine solche Centrums-Klammer am deutschen Reichsbau wäre aber ebenso unwürdig wie gefährlich, und wir dürfen daher wohl erwarten, daß entsprechend

dem Verhalten des Centrums auch die nationalen Parteien sich die Versicherung des Gegentheils hiervon schwarz auf weiß geben lassen werden."

Wenn die verbündeten Regierungen damit einverstanden sind, wirklich auf die Dauer, auf Aeternat oder auch nur auf Sextennat, die Regierung für finanzielle Vorlagen festzulegen, so würde dies ein weit schwererer Eingriff in die Reichsverfassung sein, als davon befürchtet wurde, daß Flottenausgaben für länger als eine Legislaturperiode bestimmt werden könnten. Wir können kaum glauben, daß die Verbündeten Regierungen damit einverstanden sein würden, daß sie in Bezug auf ihre finanzielle Gesetzgebung auf längeren oder kürzeren Zeitraum oder gar auf immer gebunden werden sollten; es würde eine solche Bestimmung in die Kategorie der Maulkorbgesetze gehören, von denen früher in oppositioneller Richtung öfter die Rede gewesen ist, und wir würden es schwer beklagen, wenn die Regierungen sich auf diese Lahmlegung einließen; es würde später unsere Finanzpolitik unfrei und beschränkt sein. Wer hat denn das Recht, die Finanzhoheit der künftigen Regierungen und Reichstage zu binden und zu beschränken?

Wenn das Centrum diese Absicht hat, so ist das nach seiner ganzen Tendenz dem bestehenden Deutschen Reiche gegenüber nicht zu verwundern. Aber daß die verbündeten Regierungen sich auf diese Weise für eine solche Bindung einfangen lassen, bezweifeln wir bisher. Es läge darin eine partielle Abdication der Rechte, welche die Verfassung und die Bundesverträge den Regierungen zuerkannt haben, und ein Präjudiz für die Nachfolge in der Gesetzgebung sowohl auf der Regierungsseite wie auf der parlamentarischen. Und so dringend wir die Stärkung unserer Flotte wünschen, so glauben wir doch, daß sie durch ein solches Opfer an unserer verfassungsmäßigen Freiheit der Bewegung theuer erkauft sein würde. Für die Politik des Centrums liegt in diesen steuerlichen Prohibitionen ein Hülfsmittel für die Wahlen, daneben aber eine Lähmung

der Reichspolitik, wie sie überhaupt den letzten Zielen der Centrumspolitik entspricht.

* * *

Am 18. März wird bei einem Festabend der Geographischen Gesellschaft in Hamburg an den Fürsten Bismarck auf den Vorschlag des Dr. Hans Meyer aus Leipzig folgendes Begrüßungs-Telegramm geschickt:

„Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck, Friedrichsruh.

Die zu ihrer 25jährigen Jubelfeier mit den Vertretern vieler geographischer und verwandter Gesellschaften vereinigte Geographische Gesellschaft zu Hamburg sendet dem ersten Kanzler des Deutschen Reiches ehrfurchtsvollsten und ergebensten Gruß."

* * *

Der „Neuen Freien Presse" wird am 19. März von einem Freunde, der Beziehungen zu Friedrichsruh hat, und dem sie schon öfter Mittheilungen über den Fürsten Bismarck zu verdanken hatte, neuerdings geschrieben:

Das Befinden des Fürsten Bismarck bessert sich langsam, aber stetig. Er bedient sich zwar noch des Rollstuhls, aber die Gehversuche werden jetzt häufiger und mit größerem Erfolge vorgenommen. Das Leiden, welches den Altreichskanzler seit Monaten an den Krankenstuhl gefesselt und zu dem Gerüchte Anlaß gegeben hat, daß Wassersucht in den Beinen aufgetreten sei, bestand thatsächlich in einem Wiederauftreten der alten Venenentzündung am Bein, ein Residuum aus der Petersburger Zeit, wo der Fürst infolge der ungeschickten ärztlichen Behandlung einer Verletzung, die er sich, wenn ich nicht irre, beim Reiten zugezogen hatte, von diesem Uebel zum ersten Male befallen wurde. Alsdann trat ein äußerst heftiger und typisch ausgebildeter Podagraanfall hinzu, wie er in dieser ausgeprägten und schmerzhaften Form bisher noch nicht dagewesen war. Die Schmerzen, die der Fürst in Folge dessen auszuhalten hatte, waren sehr groß und stellten im Zusammenhang mit der Steigerung der Schlaflosigkeit, welcher der Fürst überhaupt leicht ausgesetzt ist, so hohe Anforderungen an die Widerstandsfähigkeit des Dreiundachtzigjährigen, daß man über die Möglichkeit ihrer Erfüllung erstaunt sein mußte. Unter diesen Umständen darf der Verlauf der Krankheit und der Heilung, obgleich er Monate in Anspruch genommen hat, nach der Auffassung der behandelnden Aerzte als relativ günstig und schnell bezeichnet werden. In einem so hohen Alter pflegen derartige schwere Fälle meist nicht so glücklich zu verlaufen, und jedenfalls erfordert ihre Heilung sehr lange Zeit. Jetzt dürfen die Krankheitserscheinungen im Allgemeinen als behoben gelten, und es ist anzunehmen, daß unter dem Einflusse des herannahenden Frühjahres der Fürst bald wieder ganz hergestellt sein wird und die lange und schwer vermißten Spaziergänge und Spazierfahrten in den Sachsenwald wieder aufnehmen kann. Ob dies freilich bis zum 25. März, wo der Fürst bekanntlich sein sechzigjähriges Militair-Jubiläum feiert, oder bis zu seinem Geburtstage, am 1. April, möglich sein wird, ist zweifelhaft.

Wie ich höre, wird der diesmalige 1. April ebenso wie der vorige ziemlich still verlaufen, jedenfalls kann von Kundgebungen im größeren Stile, Fackelzügen und dergleichen, wie sie sonst üblich waren, diesmal nicht die Rede sein, da der Fürst doch noch nicht so weit hergestellt sein wird, daß er die Huldigungen in üblicher Weise entgegennehmen könnte. Aus diesen gesundheitlichen Rücksichten und physischen Unmöglichkeiten dürfte auch eine größere militairische Ehrung, wie sie vor einigen Jahren schon einmal auf Befehl des Kaisers und in seinem Beisein durch verschiedene Truppentheile stattfand, und die für das bevorstehende Jubiläum wieder geplant sein soll, unterbleiben. Doch kann ich dies nicht verbürgen.

Die Beziehungen zwischen Berlin und Friedrichsruh scheinen zur Zeit sehr freundliche zu sein. Es ist jetzt kaum etwas länger als ein Jahr her, daß auf dem Festmahl des Brandenburger Provinzial-Landtages der verhängnißvolle Ausdruck „Handlanger" fiel, und nicht viel länger, daß Graf Herbert Bismarck bei Gelegenheit seiner Einladung zu der Wedell'schen Hochzeit den bekannten Beweis allerhöchster Ungnade erhielt. Jetzt haben sich die Verhältnisse erfreulicher Weise umgestaltet. Seit den Besuchen, die der Kaiser, Prinz Heinrich, Tirpitz, Bülow u. s. w. in Friedrichsruh gemacht haben, herrschen anscheinend ungetrübte Beziehungen, und erst kürzlich hat der Kaiser dem Fürsten einen Abdruck seiner bekannten Flottenzeichnungen dedicirt und den Grafen Herbert, der während des Winters mit seiner jungen Gemahlin ständig in Berlin lebt, in intimem Kreise zur kaiserlichen Tafel gezogen. Indessen würde man — vorläufig wenigstens — völlig fehlgehen, wenn man aus dieser Annäherung schließen wollte, Graf Herbert werde demnächst als Botschafter oder sonstwie in den Reichs- und Staatsdienst zurückkehren. Graf Herbert ist, nach dem Zeugniß seines Vaters, „nur zu sehr von politischem Ehrgeiz frei" und auch wohl durch die glänzenden Stellungen, die er als verhältnißmäßig junger Mann eingenommen hat, in dieser Beziehung hinlänglich saturirt. Er liebt das Landleben, seine Freiheit und Unabhängigkeit so sehr, daß es des Zusammentreffens ganz besonders zwingender Umstände bedürfen würde, um ihn zu bestimmen, der Landwirthschaft Valet zu sagen und in irgend ein Minister- oder Botschafterhotel zurückzukehren.

Jedenfalls darf die Möglichkeit als ausgeschlossen gelten, daß es gehässigen Zwischenträgereien so leicht gelingen könnte, das jetzige Verhältniß zwischen dem kaiserlichen und dem Bismarck'schen Hause wieder ernstlich zu stören. Dazu kommt, daß die Männer, welche jetzt die innere und äußere Politik des Reiches amtlich vertreten, sich bei ihrer Thätigkeit der Zustimmung des Reichskanzlers in weit höherem Maaße als ihre Vorgänger zu erfreuen haben. Die kritischen Artikel in den „Hamburger Nachrichten" sind sehr viel seltener geworden, und das Blatt hat, sicher nicht ohne dazu von Friedrichsruh aus aufgefordert zu sein, die Regierungspolitik in letzter Zeit mehrfach und lebhaft unterstützt. Die Fähigkeiten der Herren von Bülow und Posadowsky werden in Friedrichsruh nach Gebühr gewürdigt. Mit der chinesischen Action ist der Fürst wirklich einverstanden und würde es in vielleicht noch höherem Maaße sein, wenn es absolut sicher wäre, daß die glücklich begonnene Sache auch richtig durchgeführt wird, und wir

uns dabei „nicht in die Nesseln setzen". Der Umschwung, der andererseits in der inneren Politik, namentlich in der Behandlung der socialen und wirthschaftlichen Fragen, eingetreten ist, und der in der Hauptsache vom Grafen Posadowsky vertreten wird, hat, wie kaum erwähnt zu werden braucht, ebenfalls den Beifall des Fürsten, und es verdient als symptomatisch hervorgehoben zu werden, daß Graf Herbert mit dem Nachfolger des Herrn von Boetticher in Berlin gesellschaftlich in gutem Verkehr steht.

Wie ich höre, wird der Fürst bei seinem diesmaligen Geburtstage, der vorwiegend den Charakter eines Familienfestes tragen dürfte, die Freude haben, auch seine beiden Enkel aus Königsberg und Schönhausen, Klaus und Otto, zum ersten Male um sich zu sehen. Die Stimmung des Altreichskanzlers ist jetzt vorzüglich, sein Humor köstlich, und die nähere Umgebung weiß nicht genug über die geistige Frische des Fürsten zu berichten; sein Appetit ist vortrefflich, der Magen vollständig in Ordnung. Es kommt vor, daß der Fürst zehn bis zwölf Pfeifen an einem Tage mit Behagen raucht. Gewiß ein günstiges Zeichen. Viel Heiterkeit erregt es in Friedrichsruh, daß seit einiger Zeit fast tagtäglich lange Telegramme aus Amerika von Politikern und Zeitungen einlaufen, welche „eingeklemmte" Antwortformulare enthalten, die der Fürst benutzen soll, um auf dem Drahtwege den betreffenden Absendern seine Meinung über die Cuba-Frage oder die „Maine"-Angelegenheit zu übermitteln. Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß nicht ein einziges dieser Telegramme beantwortet wird, und daß die Notiz, welche neulich die Presse durchlief, daß der Fürst seine Ansichten über die Cuba-Frage einem Interviewer gegenüber ausgesprochen habe, auf Erfindung beruht. Der Fürst liest, angeregt durch den Proceß Zola, außer geschichtlichen Werken und den politischen Tagesblättern jetzt öfter in den Werken des französischen Romanciers. Gegenwärtig liest er „Paris". Nach seinem Geschmacke sind die Zola'schen Romane zu sehr „mit Polsterung bepackt", mit übermäßigen und deshalb überflüssigen Schilderungen von Nebensächlichkeiten. Ferner meint der Fürst, die Feindschaft, die sich Zola von Seiten des französischen Klerus und der französischen Armee zugezogen habe, sei wohl die Quittung für „Lourdes" und „La Débâcle".

* * *

Am 25. März beging **Fürst Bismarck** in aller Stille sein **60jähriges Militairjubiläum**. Ueber seine militairische Laufbahn brachte das „Militair-Wochenblatt" an dem Tage folgende Daten:

25. 3. 1838	als Einjährig-Freiwilliger in das Garde-Jäger-Bataillon eingetreten,
— 10. 1838	zur 2. Jägerabtheilung versetzt,[1])
28. 3. 1839	zur Reserve entlassen,
12. 8. 1841	zum Secondelieutenant der Landwehrinfanterie ernannt,
14. 8. 1842	von der Infanterie zur Cavallerie versetzt,
13. 4. 1850	zur Cavallerie des 1. Bataillons 26. Landwehrregiments,

[1]) Auf sein Ansuchen, um auf der landwirthschaftlichen Akademie zu Eldena Studien obzuliegen. Tag nicht festgestellt.

29. 4. 1852 zum 7. schweren Landwehrreiter-Regiment versetzt,
18. 11. 1854 zum Premierlieutenant befördert,
28. 10. 1859 den Charakter als Rittmeister,
18. 10. 1861 den Charakter als Major verliehen,
15. 9. 1865 mit seiner Descendenz in den Grafenstand erhoben,
20. 9. 1866 unter Beförderung zum Generalmajor zum Chef des 7. Landwehr-Reiterregiments ernannt,
18. 10. 1868 zum Chef des 1. Magdeburgischen Landwehr-Regiments Nr. 26 ernannt und à la suite des Magdeburgischen Cürassierregiments Nr. 7 gestellt.
18. 1. 1871 zum Generallieutenant befördert,
21. 3. 1871 in den nach dem Rechte der Erstgeburt erblichen Fürstenstand mit dem Prädikat „Durchlaucht“ erhoben,
1. 9. 1873 die Auszeichnung verliehen, daß das Fort Nr. 6 von Straßburg den Namen „Fort Bismarck“ erhält,
22. 3. 1876 zum General der Cavallerie befördert,
16. 8. 1888 in Folge veränderter Landwehreintheilung das Verhältniß als Chef des Landwehrregiments Nr. 26 gelöst und à la suite des 2. Garde-Landwehrregiments zu führen.
20. 3. 1890 zum Generalobersten der Cavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalls befördert,
20. 3. 1890 die Würde eines Herzogs von Lauenburg verliehen,
26. 1. 1894 unter Belassung à la suite des 2. Garde-Landwehrregiments zum Chef des Cürassierregiments von Seydlitz (Magdeburgisches) Nr. 7 ernannt.

Bismarck trat s. Z. bei der 1. Compagnie ein, deren Chef der Capitain von Röder war. Die Compagnie, bei welcher er in der 2. Jägerabtheilung stand, wurde vom Premierlieutenant Jonas geführt. Der Ausbildung der Einjährig-Freiwilligen wurde damals noch bei Weitem nicht die Aufmerksamkeit wie jetzt gewidmet. Bismarck wurde nur von einem Oberjäger ausgebildet. Außerdem konnte man damals den Einjährigen viel mehr Zeit zum Studium bezw. zu ihren Amtsverrichtungen lassen wie jetzt. So war es auch Bismarck möglich, bei der Regierung in Potsdam mitzuarbeiten. (Fürst Bismarck hat bekanntlich vor Kurzem die an ihn gerichtete Frage, warum er gerade bei den Jägern eingetreten sei, dahin beantwortet: weil diese die Erlaubniß hatten, außerhalb des Dienstes Civil zu tragen, was ihm bei seiner Stellung als Referendar an der Regierung zu Potsdam besonders angenehm gewesen sei.) Bismarck machte 1838 ein Manöver in der Nähe von Spandau mit, bei dem der Kaiser von Rußland zugegen war. Beim Garde-Jägerbataillon wurde er einmal mit einer Strafwache wegen Zuspätkommens zum Exercieren bestraft. „Führung sonst gut.“

Als Fürst Bismarck am 25. März 1888 sein 50jähriges Militairdienstjubiläum beging, übersandte Kaiser Friedrich ihm das folgende Handschreiben

Charlottenburg, 25. März 1888.

„Ich gedenke mit Ihnen, mein lieber Fürst, der heute abgelaufenen 50 Jahre, welche verflossen sind, seitdem Sie in das Heer eintraten, und freue Mich aufrichtig, daß der Gardejäger von damals mit soviel Zufriedenheit auf dieses abgelaufene halbe Jahrhundert zurückblicken kann. Ich will mich heute nicht in lange Auseinandersetzungen über die staatsmännischen Verdienste einlassen, welche Ihren Namen für immer mit unserer Geschichte verflochten haben. Aber das Eine muß ich hervorheben: daß, wo es galt, das Wohl des Heeres, seine Wehrkraft, seine Schlagfertigkeit zu vervollkommnen, Sie nimmer fehlten, um den Kampf aufzunehmen und durchzuführen. Somit dankt Ihnen das Heer für erlangte Segnungen, die es Ihnen niemals vergessen wird, und an der Spitze desselben der Kriegsherr, der erst vor wenigen Tagen berufen ist, diese Stellung nach dem Heimgang dessen einzunehmen, der unausgesetzt das Wohl der Armee auf dem Herzen trug.

Ihr wohlgeneigter

Friedrich."

Kaiserin Augusta übersandte dem Fürsten einen Bronce-Lorbeerzweig auf einer Marmorplatte mit den begleitenden Zeilen: „Im Sinne unseres verklärten Kaisers zur Erinnerung an fünfzig erfolgreiche Jahre. Am 25. März 1888. Augusta."[1]) Im Laufe des Tages erfolgte die Beglückwünschung durch alle anwesenden Prinzen und eine Abordnung des Heeres, an deren Spitze Feldmarschall Moltke, der Kriegsminister, der Chef des Militaircabinets General von Albedyll, standen. Das Garde-Jäger-Bataillon, das 7. Cürassierregiment und andere Truppentheile begrüßten den Fürsten gleichfalls durch Abordnungen. An der Mittagstafel nahm der Kronprinz, der jetzige Kaiser theil.

* * *

Ueber den Verlauf der Feier des 25. März bringen die „Hamb. Nachr." folgenden Bericht:

Wie allgemein bekannt ist, befindet sich das Fußleiden des Fürsten Bismarck zwar in andauernder Besserung, doch ist das Uebel, welches ihm monatelang jede freie Bewegung verwehrte noch keineswegs völlig gewichen, sondern es weist den Fürsten noch immer auf den Gebrauch des Rollstuhles an. Aus diesem Grunde hat der Fürst auf alle ihm zu seinem heutigen Jubiläum, sowie die ihm zum bevorstehenden 83. Geburtstage zugedachten festlichen Veranstaltungen verzichtet.

---

[1]) Eine Abbildung davon giebt die erste Tafel des „Bismarck-Museums" von A. Grousillers.

Zu den Officierscorps, die die Absicht hatten, dem Generaloberst Fürst Bismarck ihre Glückwünsche durch eine Deputation aussprechen zu lassen, gehört in erster Reihe dasjenige des zweiten Garderegiments zu Fuß, bei dem der Fürst seit dem Jahre 1888 à la suite geführt wird. Mit ihren Glückwünschen zugleich brachten die Officiere dieses Regiments — wie bereits telegraphisch mitgetheilt wurde — dem Fürsten eine silberne Statuette als Ehrengeschenk dar. Das interessante kleine Kunstwerk besteht aus der auf hohem Postamente stehenden Figur eines Grenadiers in der Uniform aus der Zeit der Gründung des Regiments. Es zeigt uns den Krieger von 1813 in voller feldmarschmäßiger Adjustirung mit dem bekannten mützenförmigen hohen Czako und hoch in die Lüfte ragendem Federstutz, im Leibrock mit Frackschößen, enganliegenden Beinkleidern mit Stegen, den Mantel langgerollt, mit über der Brust hängender Patronentasche und langem Infanteriesäbel, deren beide breiten weißen Gurte sich kreuzweiß von den Schultern über die Brust ziehen, dem Tornister mit hinten — nicht oben, wie heute — angeschnalltem Kochkessel und ausgerüstet mit Percussionsgewehr mit feststehendem Bajonett. Die schlanke Gestalt des Grenadiers erhebt sich auf einem Sockel, in Renaissance-Ornamentirung, dessen Höhe der Figur ungefähr gleich kommt. Durch vier vorspringende Pfeiler ist das in seiner Grundform kreisrunde Postament in vier Flächen eingetheilt. Die Statue ist aus massivem Silber und nimmt sich in ihrem matten Glanze wunderhübsch aus. Das Schmuckstück trägt außer dem kaum sichtbaren Miniaturstempel der Berliner Firma, D. Vollgold & Sohn, aus der das Kunstwerk hervorgegangen ist, die Chiffre F. H. jun., als derjenigen des Künstlers, nach dessen Entwurf die Statuette angefertigt worden ist.

Auf den vier Flächen des Sockels befinden sich folgende Inschriften:

I.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten Otto von Bismarck, Herzog von Lauenburg, zu seinem 60jährigen Militairdienst-Jubiläum 25. März 1898.

II.

Zweites Garderegiment zu Fuß 19. Juni 1813.

III.

1813/14. Obergraupen, Leipzig, Paris.
1866. Königinhof, Soor, Königgrätz.

IV.

1870/71. St. Privat la Montagne, Sedan, Paris.

Diese Ehrengabe sollte nach dem Wunsche des Kaisers ursprünglich durch eine aus dem Commandeur des zweiten Garderegiments zu Fuß, Grafen Kirchbach, und Officieren jeder Charge bestehende Abordnung, die in Begleitung der Regimentsmusik sich nach Friedrichsruh begeben sollte, dem

Fürsten persönlich an seinem Jubiläumstage übergeben werden. In Rücksicht auf die dem Fürsten nothwendige Schonung mußte gleich den sonst beabsichtigten Ehrungen auch diese in der geplanten feierlichen Form unterbleiben.

Das Geschenk wurde deshalb nebst einem Glückwunschschreiben des Regimentscommandeurs, Grafen Kirchbach, durch einen Feldwebel des zweiten Garderegiments überbracht, der heute morgen schon in aller Frühe in Friedrichsruh eingetroffen war.

Um ein Uhr wurde Feldwebel Silaff, eine Hünengestalt, deren Längenmaaß das des Fürsten noch um einen halben Zoll überragt, in das Arbeitszimmer des Fürsten gerufen, wo dieser Geschenk und Glückwunschschreiben entgegennahm. Der Fürst unterhielt sich längere Zeit mit dem Ueberbringer und verehrte Silaff als Andenken seine Photographie in Generalsuniform, die er mit festen Zügen, trotz seiner zum Schreiben unbequemen Stellung — der Fürst lag auf einer Ruhebank ausgestreckt — mit seinem Namenszuge und dem heutigen Datum unterschrieb.

Bevor der Feldwebel das Schloß verließ, wurde ihm ein Schreiben an den Regimentscommandeur des zweiten Garde-Regiments zu Fuß, Grafen Kirchbach, eingehändigt, in welchem der Fürst seinem Danke für die übersandte Ehrengabe und die Glückwünsche seiner Regimentskameraden Ausdruck giebt.

Dem vom Chefredakteur des „Geselligen" Paul Fischer in Graudenz herausgegebenen Volkskalender „Vater Freimuth" entnehmen wir über den Aufenthalt des Feldwebels Silaff in Friedrichsruh noch Folgendes:

Feldwebel Silaff meldete sich am 25. März um 9 Uhr früh in Friedrichsruh im Schloß und gab, nach Anmeldung bei Geheimrath Schweninger, Geschenk und Brief ab. Während er noch im Vorzimmer auf Bescheid wartete, kam der Kammerdiener des Fürsten, der in Silaff einen Landsmann aus der Gegend von Varzin (aus Schlawe in Pommern) entdeckte; hiervon machte der Kammerdiener dem Fürsten beim Aufstehen Meldung. Fürst Bismarck erklärte nun: „Wenn es ein Landsmann ist, muß ich ihn auch sehen." Silaff wurde Geschenk und Brief wieder zugestellt und er, um Beides persönlich zu übergeben, in das Zimmer des Fürsten geführt, wo er diesen auf einem Ruhebett am Kamin sitzen sah.

Als Feldwebel Silaff, ein breitschultriger Mann von 1,85⁵ Meter Größe, eintrat, rief der Fürst: „Donnerwetter, die Pommern sind doch alle stramme Kerle." Darauf winkte er den Feldwebel heran, hieß ihn sich setzen, während er das Geschenk ansah und das Begleitschreiben las.

In der Zeit, in der nun das Antwortschreiben verfaßt wurde, erkundigte sich der Fürst in sehr gütiger Weise nach dem Regiments-Commandeur, Compagnie-Chef u. s. w., sowie nach den näheren Verhältnissen des Feldwebels Silaff. S. besitzt u. A. die Rettungsmedaille am Bande; er hat vor nun zehn Jahren einen Mann vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Geheimrath Schweninger mahnte, daß das Gespräch nicht zu lange ausgedehnt werden dürfe. Der Fürst äußerte sich noch über die ihn quälenden Gesichtsschmerzen, die er nun 43 Jahre ertrage, und jetzt sei auch noch in den Beinen die Gicht hinzugekommen, aber der Oberkörper sei noch gesund, vorläufig sterbe er noch nicht! — —

Als das Antwortschreiben fertig war, ließ der Fürst eine Cabinet-Photographie (Brustbild in Uniform) bringen, die er mit Datum und Unterschrift versah und dem Feldwebel Silaff als Andenken übergab. Mit einem Gruß an den Commandeur und das schöne stolze 2. Garde-Regiment z. F. war Silaff entlassen. Als er aufstand und vor dem Fürsten stramm-militärische Haltung annahm, nickte dieser mit dem Kopfe und sagte: „Kommen Sie her und schütteln Sie mir zum Abschied noch recht kräftig die Hand." Silaff nahm noch von 1—3 Uhr an der Frühstückstafel im Schlosse zu Friedrichsruh Theil und reiste dann nach Berlin zurück.

Um halb fünf Uhr traf als Abgesandter des Kaisers der Generaladjutant von Schweinitz in Friedrichsruh ein. Graf Rantzau empfing ihn am Bahnhof und geleitete ihn ins Schloß. Graf Schweinitz begab sich sofort zum Fürsten, der den General in seinem Arbeitszimmer erwartete. Graf Schweinitz war der Ueberbringer eines kaiserlichen Handschreibens, in welchem der oberste Kriegsherr seinem Generalobersten seine Glückwünsche zu dessen sechzigjährigem Militairjubiläum ausspricht.

Herr von Schweinitz verweilte bis zum Beginn des Familiendiners beim Fürsten, worauf sich beide Herren in den Speisesaal begaben. Außer dem Generaladjutanten und der zur Zeit als Gast im Bismarck'schen Hause weilenden Frau von Batocki, nahmen außer Graf und Gräfin Wilhelm und dem gräflich Rantzau'schen Ehepaar noch die beiden Leibärzte des Fürsten an der Tafel Theil. Professor Schweninger, der gestern in Friedrichsruh eingetroffen war, gedachte übrigens noch heute Abend nach Berlin zurückzukehren, ein Beweis, daß der Gesundheitszustand des Fürsten zu keinerlei Beunruhigung Anlaß giebt.

Vom Kaiser traf, kurz bevor der General-Adjutant von Schweinitz den schriftlichen Glückwunsch überreichte, noch ein directes Begrüßungstelegramm an den Fürsten Bismarck aus Bremerhaven ein, das Seine Majestät vor der Abfahrt nach Skagen abgesandt hatte.

Unter den vielen dem Fürsten am heutigen Jubeltage zugegangenen Glückwünschen befanden sich noch Telegramme und Schreiben anderer Souveraine (z. B. des Königs von Württemberg), sowie von den Regimentern und Jägerbataillonen, in denen der Fürst gedient hat, ferner von verschiedenen Officiercorps, Corpscommandos und vielen hohen Militairs.

Durch das Zusammenfallen der Schleswig-Holsteinischen Erhebungsfeier mit dem Jubiläum des Fürsten ist die Zahl der Glückwünsche, namentlich aus der Provinz Schleswig-Holstein erheblich vermehrt worden.

Unter den eingelaufenen Glückwunschschreiben befand sich auch das folgende aus Leipzig datirte:

Der Altreichskanzler, wie bekannt,
Trug das Schwert stets in der Hand,
Und ohne dieses Schwertes Schutz
Wär' auch die Politik nichts nutz.

Am gestrigen 24. März ist dem Fürsten Bismarck u. a. aus Oldenburg i. H. nachstehender telegraphischer Gruß zugegangen:

„Euer Durchlaucht bringen die zur Erhebungsfeier Schleswig-Holsteins in Oldenburg in Holstein versammelten Patrioten aus Stadt und Land die ehrerbietigsten Grüße dar und gedenken der früheren Worte Euer Durchlaucht: Es ging uns, wie den Römern mit den sabinischen Weibern: wir mußten sie haben!"

Wie noch am Schlusse dieses Berichts erwähnt sein mag, ist dem Kammerdiener Pinnow und dem Leibkutscher Patzke, den beiden langjährigen treuen Dienern des Altreichskanzlers, an dessen heutigem Ehrentage vom Kaiser das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

* * *

Die „Hamb. Nachr." schreiben am 26. März (M.-A.):

In den Zeitungsartikeln über das Militairjubiläum des Fürsten Bismarck ist von der Thatsache, daß derselbe nach 1866 regelmäßig Militair-Uniform trug, vielfach in der Voraussetzung die Rede gewesen, daß dies auf Grund eigener Wahl geschehen sei. Wenn dies der Fall wäre, so wäre es nur natürlich, da nach unseren Hofgewohnheiten die bei der Stellung des Reichskanzlers fast täglichen Beziehungen zum Monarchen in der Formfrage der Kleidung fürs Militair leichter sind als für Civil. Aber die Frage stand gar nicht zur Entscheidung des Kanzlers. Einmal hatte der König Wilhelm 1866 den Wunsch geäußert, seinen Ministerpräsidenten auch ferner in der Uniform zu sehen, in welcher er den König während des Krieges begleitet hatte. Dann aber hörte Graf Bismarck damals auf, Landwehrofficier zu sein, indem er zum Generalmajor der activen Armee ernannt wurde. Mit diesen Eigenschaften war nach den bestehenden Vorschriften auch die Verpflichtung verbunden, in der Residenz- und Garnisonstadt Berlin jederzeit die Uniform seiner militairischen Charge zu tragen. Es war dies eine erhebliche Erleichterung für seinen täglichen Dienst am Hofe und ihm gewiß angenehm, aber er war herkömmlicher Weise so gut wie jeder Officier eines Berliner Regiments in der Lage, in Berlin Uniform tragen zu müssen.

* * *

Fürst Bismarck erhielt aus Anlaß seines sechzigjährigen Militair-Jubiläums Seitens der Stadt Köln folgendes Begrüßungs-Telegramm:

„Zum diamantenen Gedächtnißtage Euer Durchlaucht Eintritt beim Heere, an dessen Siegeslorbeeren durch Hebung seiner Wehrkraft mitbetheiligt Sie die von Ihnen politisch vorbereitete Einigung Deutschlands auch in heißem Waffenkampfe zusammenschweißen halfen, entbietet ihrem hohen Ehrenbürger jubelnden Glückwunsch Kölns Bürgerschaft.

Becker, Oberbürgermeister."

Die Antwort des Fürsten lautete:

Ich bitte Sie, meinen Herren Mitbürgern für ihre ehrenvolle Begrüßung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

* * *

Aus Friedrichsruh wird den „Hamb. Nachr." am 19. März gemeldet:

Im Beisein des Fürsten Bismarck und der fürstlichen Familie, soweit sie zur Zeit hier anwesend ist, fand hier heute Nachmittag die Confirmation der beiden jüngsten Söhne des Grafen Rantzau, Christian und Heinrich statt. Die Handlung vollzog Herr Pastor Westphal aus Brunstorf, zu dessen Kirchspiele Friedrichsruh gehört. Unmittelbar an die Einsegnung schloß sich die Feier des heiligen Abendmahles, an der alle Anwesenden Theil nahmen.

* * *

Die parlamentarische deutsche Volkspartei sandte aus Wien schon am 30. März folgenden Geburtstagsglückwunsch an den Fürsten Bismarck:

„Der parlamentarische Verband der deutschen Volkspartei im österreichischen Abgeordnetenhause erlaubt sich, Euer Durchlaucht zum bevorstehenden 83. Geburtstage die innigsten Glückwünsche darzubringen und knüpft daran die Bitte, Durchlaucht geruhen, diese einem Herzensbedürfnisse aller Mitglieder entspringende Kundgebung gütigst anzunehmen."

* * *

Den „Leipziger Neuesten Nachrichten" wird am 31. März über den Fürsten Bismarck geschrieben:

In Friedrichsruh sind bereits zahlreiche Geschenke und Widmungen zum 83. Geburtstage des Fürsten eingetroffen, und die Sendungen nehmen von Tag zu Tag in demselben Maaße zu, in dem der 1. April sich nähert. Der Tag selbst wird diesmal nur im Familienkreise gefeiert werden; darüber hinaus werden nur wenige Gratulanten dem alten Kanzler persönlich ihre Glückwünsche darbringen können, da ärztlicherseits noch immer streng auf größtmögliche Schonung des Reconvalescenten gedrungen wird. Der Fürst macht so oft, wie es ihm möglich ist, Gehversuche, doch ist die Anstrengung

dabei immer noch zu erheblich, als daß sie längere Zeit ausgedehnt werden könnten. Sonst ist er bei bestem Humor, und seine Umgebung kann nicht genug Erfreuliches über seine gute Laune und die Neigung zu liebenswürdig scherzhaften Aphorismen und Anekdoten berichten. Besonders gut schmeckt dem Fürsten der Tabak. Als ein Gast kürzlich seine Bewunderung über die große Anzahl von Pfeifen aussprach, die der Fürst mit Behagen rauche, erzählte dieser in überaus komischer Weise von einem alten hannoverschen Officier, der an der damaligen Zollgrenze an einem ziemlich einsamen Posten functionirt hätte. Den habe er einmal getroffen und im Gespräch mit ihm gefragt, er besuche wohl, um sich Zerstreuung zu verschaffen, häufig die Gutsbesitzer in der Umgegend. „Nein", habe er geantwortet, „die besuchen wir nicht." „Na", habe er (der Fürst) weiter gefragt, „dann spielen Sie wohl hier viel Karten?" Antwort: „Nein, Karten spielen wir hier nicht." „Dann trinken Sie wohl? „Ne, trinken thun wir auch nicht." „Ja, was fangen Sie da denn mit Ihrer dienstfreien Zeit eigentlich an?" Worauf die in classischer Ruhe ertheilte Antwort: „Immer roochen (rauchen)!" gelautet habe. „Der konnte es doch noch besser als ich."

Ueber den Verlauf des 60jährigen Militairjubiläums des Fürsten ist das Nöthige bereits durch die Blätter berichtet worden. Wenn ein rheinisch-westfälisches Blatt der anscheinend in weiteren Kreisen verbreiteten Verwunderung darüber Ausdruck giebt, daß das 2. Garderegiment seine silberne Statuette durch einen Feldwebel dem Fürsten habe überreichen lassen, so übersieht es dabei, daß dies erst geschehen ist, nachdem von Friedrichsruh aus mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand gebeten worden war, von der ursprünglichen Absicht, die Ehrengabe durch eine vom Commandeur geführte Officier-Deputation in Begleitung der Regimentsmusik dem Jubilar zu überbringen, Abstand zu nehmen. Der Vorgang beweist, wie schonungsbedürftig der Fürst noch immer ist, sonst hätte er sich sicher nicht abhalten lassen, diese Ehrung seitens seiner „Kameraden" entgegenzunehmen, denn das Gefühl seiner Zugehörigkeit zur Armee und sein fürsorgliches Wohlwollen für dieselbe besteht in unveränderter Stärke fort. Daß an dem Jubiläumstage die Reminiscenzen aus der militairischen Vergangenheit eine große Rolle gespielt haben, versteht sich von selbst, doch sind diese zum größten Theil zu bekannt, als daß ich hier sie zu wiederholen brauchte. Aber ich möchte die Besprechungen, welche der Jubiläumstag in der Presse gefunden hat, durch ein paar Sätze ergänzen. Der Fürst hat von seinen frühesten Mannesjahren an besonderen Werth auf seine Zugehörigkeit zum Heere gelegt. Dies Zusammengehörigkeitsgefühl und seine Fürsorge für die Wohlfahrt der Armee trat schon in den Berichten zu Tage, die er als preußischer Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. über die Lage der dortigen preußischen Garnison und ihre Officiere an den damaligen preußischen Ministerpräsidenten, Herrn v. Manteuffel, einsandte. Ebenso trat

er von dort aus für die Interessen der ehemaligen schleswig-holsteinischen Officiere ein und wurde in den Ausschuß für Unterstützung derselben gewählt. Die Bemühungen des Fürsten als Reichskanzler für die Errichtung des Invalidenfonds und die Verwendung eines Theiles der französischen Kriegsentschädigung für hilfsbedürftige Angehörige der Reserve und Landwehr sind so bekannt, wie die hinreißende Wärme, mit der er in seiner großen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 die Vorzüge des deutschen Heeres, des Officiercorps wie der Unterofficiere und Landwehrleute hervorhob, „was sie uns nicht nachmachen könnten". Noch heute spricht der alte Kanzler, wenn die Rede auf die Feldzüge, namentlich auf den deutsch-französischen Krieg kommt, leuchtenden Auges und voll Stolz von den Leistungen und der opfermuthigen Hingabe der deutschen Truppen. Diese seien über alles Lob erhaben gewesen. Einfach bewunderungswürdig! Die Sorge, mit welcher Fürst Bismarck auch nach seiner Entlassung noch über die intacte Erhaltung des kostbaren und erprobten Instruments der Armee wacht, ist namentlich zu Tage getreten, als es sich um die Einführung der zweijährigen Dienstzeit handelte. Er war ein überzeugter Gegner dieser Neuerung, und die Erfahrungen, die seitdem damit gemacht worden sind, haben erwiesen, daß er auch in dieser „rein militairischen" Frage das Richtige getroffen hat. Zu den wichtigsten Aufgaben, welche der Sorge für die Erhaltung der Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit des Heeres gestellt sind, gehört nach der erst kürzlich noch geäußerten Auffassung des Fürsten Bismarck:

> daß man den Unterofficierstand materiell und social hebe und ihn auf diese Weise unzugänglicher für die Bemühungen der Socialdemokratie mache, sich seiner im Interesse der socialen Revolution zu bemächtigen. Und zwar hätten sich diese Sicherheitsmaßregeln nicht nur auf die Besserstellung während der activen Dienstzeit, sondern auch auf die spätere Civilversorgung zu erstrecken, welche einen der wichtigsten Beweggründe für die Capitulation tüchtiger und zuverlässiger Unterofficiere bilde.

Was die Theilnahme des Fürsten an den politischen Tagesfragen betrifft, so nimmt dieselbe mit der Hebung seines Allgemeinbefindens weiter zu; daß ihn die Annahme der Flottenvorlage erfreut hat, ist selbstverständlich, ebenso selbstverständlich aber auch war von seinem Standpunkt aus, daß er neulich in den „Hamburger Nachrichten" es als einen weit schwereren Eingriff in die Reichsverfassung bezeichnen ließ, wenn die verbündeten Regierungen sich für finanzielle Vorlagen für die Zukunft festlegen ließen, als wenn die Flottenausgaben für länger als eine Legislaturperiode bestimmt würden.[1]) Der Reform der Militairgerichtsordnung steht der Fürst im großen Ganzen sympathisch gegenüber, wünscht aber namentlich Schonung in der Behandlung des

[1]) Vergl. oben S. 451 ff.

Bayerischen Reservatrechtes. Die auswärtigen Unternehmungen und Fragen verfolgt der Fürst mit Aufmerksamkeit, namentlich auch den Fortgang unserer chinesischen Erwerbung. Betreffs der Mission des Prinzen Heinrich besteht, wie ich glaube, eine Verwunderung darüber, daß für ihn kein besseres und seetüchtigeres Schiff als die „Deutschland" ausgewählt worden ist. In der That scheinen die Reparaturen und die damit verknüpften Aufenthalte des Schiffes, jetzt wieder in Hongkong, diese Verwunderung zu rechtfertigen. Der spanisch-amerikanische Conflict geht dem Fürsten nicht sehr nahe, und ich glaube, daß er weder für die eine noch für die andere der streitenden Parteien besondere Sympathien hegt. Der impotente castilische Hochmuth ist ihm wahrscheinlich ebenso zuwider wie die Insolenz und die Anmaßung der Yankees, die in der vom Fürsten aufs Schärfste verurtheilten Monroe-Doctrin ihren Ausdruck findet.

Zum Schluß möchte ich noch als Zeichen der Stimmung, wie sie in Friedrichsruh herrscht, anführen, daß dieser Tage auf eine Anfrage, die in Sachen des Militairdienstjubiläums und der Geburtstagsfeier dorthin gerichtet worden war, aus der unmittelbaren Umgebung des Fürsten die Antwort erfolgte: Es käme nicht sowohl auf festliche Kundgebungen und Veranstaltungen zur Verherrlichung des Fürsten Bismarck, als vielmehr darauf an, daß man sich danach richte, was er gethan, und das beherzige, was er gesagt habe.

* * *

Ein Friedrichsruher Telegramm an die „Hamb. Nachr." vom 31. März Abends meldete:

Abends trafen hier Graf und Gräfin Herbert Bismarck mit Kindern ein. Die Bismarck'sche Familie ist hier nunmehr vollzählig versammelt, mit Ausnahme der Töchter des Grafen Wilhelm. Auch die Schwester des Fürsten, Frau von Arnim-Kroechlendorf, ist eingetroffen.

* * *

Aus Wien wird am 31. März gemeldet:

Bei der Bismarckfeier des reichsdeutschen Vereins Niederwald heute Abend toastete Vereinspräsident Rotter auf die verbündeten Monarchen Franz Joseph und Wilhelm II., der Vicepräsident Director Brause hielt die enthusiastisch aufgenommene Festrede auf den Altreichskanzler, an den folgende Depesche abgesandt wurde:

„Der Verein Niederwald in Wien, zahlreich im Familienkreise versammelt, begeht frohbewegt in alter Liebe und Verehrung Euer Durchlaucht Geburtsfest und übersendet dazu die treuinnigsten Glückwünsche. Fürst Bismarck, den Gott noch lange Jahre beschirme: Hurrah!

Der Festvorsitzende Kaufmann Otto Rotter, der Schriftführer Koffmahn."

* * *

In Lübeck hatten am 31. März der Alldeutsche Verband, der Deutsche Schulverein und die Ortsgruppe der Deutschen Colonial-Gesellschaft zur Vorfeier von Bismarck's Geburtstag eine festliche Versammlung im Hause der Gemeinnützigen Gesellschaft zusammengerufen, zu der sich die Mitglieder in überaus großer Zahl eingefunden hatten. Nach einer Ansprache des Directors Gebhardt, der in treffenden Worten die Bedeutung des morgigen Tages für das deutsche Volk zu kennzeichnen wußte, wurde die Absendung des folgenden Glückwunsch-Telegramms an den Fürsten Bismarck beschlossen:

„Ew. Durchlaucht bringen die zur Vorfeier des Geburtstages Ew. Durchlaucht und einem Deutschen Abend versammelten Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe des Colonialvereins, des Alldeutschen Verbandes, des deutschen Sprach- und Schulvereins und zahlreiche Gäste ihren ehrerbietigen Glückwunsch zu Ew. Durchlaucht Geburtstag. Gott erhalte Ew. Durchlaucht dem deutschen Volke noch lange Jahre."

* * *

Ueber den Geburtstag selbst erstatten die „Hamb. Nachr." folgenden Bericht:

Ein heller sonniger Frühlingsmorgen, doppelt angenehm nach den vielen trüben Tagen des vergangenen Monats! Also ein rechtes echtes Geburtstagswetter, bei dem das geschäftige Treiben, das sich alljährlich in der Frühe des ersten Apriltages vor der Hauptthür des Friedrichsruher Herrenhauses entwickelt, sich doppelt freundlich ausnahm. Kisten, Körbe und Fässer werden herangefahren, die ganz großen Stücke vor der Thür geöffnet, die Fässer nach dem Keller geschafft, die minder umfangreichen Kisten und Packete ins Schloß getragen, um dort ihres Inhalts entledigt zu werden, der sorgfältig registrirt und einstweilen bei Seite gesetzt wird, bis das Einräumen des Geburtstagszimmers beginnt. Ein kleiner Wald von Blumenarrangements baut sich zeitweilig vor der Hausthür auf, weil die mit dem Forttragen, Aufstellen und Gruppiren der Geschenke beschäftigten Leute die mit den Vormittagsposten eintreffenden Sendungen nicht schnell genug fortschaffen können.

Das erste Zimmer des rechten Flügels enthält wieder den Hauptgeburtstagstisch, auf dem es bald recht bunt aussehen wird. Schon um 10 Uhr früh ist es schwer, ein Plätzchen für einen Strauß, eine Torte oder sonst einen Gegenstand, der auf der langen Tafel untergebracht werden soll, zu finden. Geschenk steht hier an Geschenk, Kunstsachen, Delicatessen, Cigarren, Liqueure, ein Kistchen mit Brot, Wurst und Honig, etliche thurmhohe Baumkuchen, mit denen sich die berühmtesten deutschen Conditorfirmen alljährlich dem Altreichskanzler in Erinnerung bringen. Zwischen all dem Gewirr von Luxus- und Gebrauchsgegenständen, Eßwaaren, Getränken, Literatur und

Musikstücken, Bildern und Adressen sind über den ganzen Tisch vertheilt Blumen köstlichster Art und in den mannigfachsten Anordnungen. Aber nicht allein der lange Mitteltisch des Zimmers dient als Träger der Zeichen von Liebe und Verehrung, die in den zum heutigen Tage gesandten Gaben ihren Ausdruck findet. Jeder Nebentisch, ja auch alle Stühle, so daß zum Sitzen in diesem Zimmer heute für Niemand Platz bleibt, sind mit Geschenken beladen.

Unter der Kaiser Wilhelm=Büste, die — ein Geschenk aus früheren Jahren — vor dem hohen Spiegel ihren ständigen Platz hat, steht ein Prunkstück eigener Art: Die diesjährige Geburtstagsgabe der Bismarckhütte in Oberschlesien. Sie stellt sich im Entwurf wie in der Ausführung diesmal ganz besonders dar. Das Geschenk traf bereits am 29. März ein und füllte eine Kiste von riesigem Umfang. Es ist ein Schild von nahezu zwei Meter Höhe aus Eisenblech in Renaissanceform mit dem Bismarck'schen Wappen in der Mitte, gekrönt von einem in der bekannten Technik der Bismarckhütte äußerst zierlich in ganz zartem Eisenblech ausgeführten Strauß von Blättern und Blumen. Die Mitte des von einem Eichen= und Lorbeerkranze umrahmten Schildes wird durch das Bismarck'sche Wappen gebildet. Die drei Eichenblätter desselben sind aus Silber, das Kleeblatt stark vergoldet. Auf silbernem Ringe, der sich um das Wappen zieht, steht die Inschrift:

„Dem besten und größten deutschen Manne
in Ehrfurcht und Dankbarkeit dargebracht.
Gewidmet von der Bismarckhütte. 1. April 1898."

Ein unter dem Wappen und Kranze angeordnetes Silberband enthält in goldener Schrift eingravirt den Wahlspruch:

„In trinitate robur."

Der Eisenschild ruht auf rothsammtenem Mantel mit reicher goldener Verbrämung.

Das Ganze bildet ein Schmuckstück von wirklich imponirendem Eindruck und großer Schönheit. Es dürfte später zu den vornehmsten Gegenständen des Schönhauser Bismarckmuseums, dem alle diese Sachen alsbald einverleibt werden, gehören.

Eine Wiesbadener Dame hat gelesen, daß Fürst Bismarck einmal sich bedauernd darüber geäußert hätte, daß an seinem Geburtstage die Eiche, die unter allen Bäumen des Waldes ihm der liebste sei, noch keinen Blätterschmuck trägt. Flugs pflanzte sie eine Eichel in einem mit guter Walderde gefüllten Blumentopf und zog mit Liebe und Sorgfalt ein schmuckes kleines Eichenbäumchen heran, das sie zum diesmaligen 1. April dem greisen Fürsten einsandte, damit sein Auge in der Lage sei, sich am Grün der

belaubten Eiche zu erfreuen, in einer Zeit, wo der Wald draußen noch fast winterlich daliegt. Die Spenderin dieser sinnigen Aufmerksamkeit begleitete die junge Eiche mit einem Briefe, dem sie folgende Verse einfügte:

Großer Fürst, ich hörte sagen:
Was an Deinem Ehrentage
Dich auch grüßt im Deutschen Reiche
Nun seit drei und achtzig Lenzen,
Eines fehlt: die Deutsche Eiche! —
Eine solche junge, kleine,
Wohlgepflegt von Mädchenhänden,
Laß im Lebensabendscheine
Nun zum heutgen Fest Dir spenden
Mit dem Wunsch: Der Eiche gleiche,
Was Du schufst im Deutschen Reiche!

Ein Berliner Schutzmann, der sich als Mitbegründer des Patriotischen Kriegervereins „Fürst Bismarck" bezeichnet, hat einen Marsch „Hoch Fürst Bismarck!" betitelt, componirt, dessen in saubersten Notenschrift niedergelegte für Militair-Orchester gesetzte Partitur er in hübsch ausgestatteter und solider Mappe zum diesjährigen Geburtstag eingesandt hat.

Unter den von Privatpersonen jeden Standes und jeden Alters einlaufenden Geschenken sieht man auch wieder viele Dilettanten-Arbeiten aller Art, die oft zwar nur den Fleiß und den guten Willen der Absender, „ihrem Bismarck" eine Freude zu machen, ebenso oft aber auch solche, die ein hohes Maaß von Kunstfertigkeit erkennen lassen; da sieht man Gemälde und Skizzen in Oel, Aquarell- und Federzeichnung, Holzgegenstände mit Brandmalerei, Metallkästchen mit Aetzarbeit, dann alle Arten weiblicher Handarbeiten, als Stickereien, gestrickte und gehäkelte Gewandstücke, Kissen u. s. w.

Und nun das Geschenk des Kaisers! Es traf heute Vormittag in Friedrichsruh ein und besteht in einem ebenso bequemen wie kostbaren Krückstocke. Den Schaft bildet ein spanisches Rohr von dunkelrothbrauner Farbe. Handgriff und Zwinge sind aus gediegenem Golde.

Die Krücke ist mit Arabesken und natürlichen Blumen und Blattwerk nachgearbeiteten Ornamenten reich verziert, unter Freilassung desjenigen Theils, auf den beim Gebrauch die Innenfläche der Hand zu liegen kommt. Hier befindet sich nur in zarter Gravirung ein W mit der Krone darüber.

Geheimrath Schweninger's Geschenk an seinen fürstlichen Herrn besteht wie alljährlich aus einigen Fäßchen Salvatorbier und einer großen Portion Hopfenkeimchen, die, als Salat zubereitet, eine Lieblingsdelicatesse des Fürsten bilden. Die sonst noch immer von Schweninger dargebrachten Kräheneier sind diesmal fortgeblieben, da noch keine zu haben waren.

Der Fürst, der in der vergangenen Nacht erst spät den ersehnten Schlaf gefunden, erhob sich nach 12 Uhr, nahm sein gewohntes Bad und zog sich vorläufig wieder in seine Privatgemächer zurück. Am Familienfrühstück nahm er nicht Theil. Sein Allgemeinbefinden ist gut, aber sein Beinleiden belästigt ihn noch sehr und er ist immer noch auf den Gebrauch des Rollstuhles angewiesen.

Die ersten Gratulationen des heutigen Tages empfing der Fürst seitens seiner Söhne, des Schwiegersohnes und der Leibärzte noch im Schlafgemach. Geheimrath Schweninger erschien im Schlafzimmer des Fürsten mit dem kostbaren Wiener Schlafrock, den der Fürst sofort in Gebrauch nahm. Als der Fürst sein Bad genommen und nach beendigter Toilette sein Arbeitszimmer betreten hatte, erschienen bei ihm nach der Reihe alle übrigen Familienmitglieder, namentlich auch die allerjüngste Generation, der Stammhalter aus Schönhausen und der kleine Enkel aus Königsberg.

Als die Diner-Zeit herannahte — gegen 7 Uhr —, verließ der Fürst sein Arbeitszimmer, in welchem er die Nachmittagsstunden mit Lesen und Rauchen verbracht hatte, und begab sich mit Benutzung seines Rollstuhles zunächst nach den Zimmern, in denen die Geburtstagsgeschenke aufgebaut sind. Er besah Alles möglichst eingehend, ließ sich einzelne Gegenstände reichen und legte Adressen u. dgl. zu näherem Studium für die nächsten Tage zurück. Besonders über die herrlichen Blumen äußerte er seine Freude und begab sich nach fast halbstündigem Aufenthalte in den Speisesaal, in dem sich eine Gesellschaft von im Ganzen 22 Personen zur Geburtstags-Festtafel einfand. Außer des Fürsten Schwester Frau von Arnim-Kroechlendorf, sowie den Kindern, Schwiegerkindern, den erwachsenen Enkeln des Fürsten und den beiden Leibärzten, Geheimrath Schweninger und Dr. med. Chrysander, nahmen am Fest-Diner noch einige intime Freunde des Bismarck'schen Hauses theil: Graf Henckel-Donnersmarck, Frau von Batocki, die vor einigen Tagen zu längerem Aufenthalt in Friedrichsruh angekommen ist, Graf Finck zu Finckenstein, der Landrath des Kreises Lauenburg aus Ratzeburg, Oberst von Goldammer, Rittmeister von Blumenthal-Staffelde und Baron Merck nebst Gemahlin. Der Fürst hatte als Tischnachbarinnen seine Schwester und Frau von Batocki. Einige Zeit nach dem Beginn der Tafel erhob der Fürst sein Glas, um das Wohl des Kaisers auszubringen. Kurz darnach ergriff Graf Henckel-Donnersmarck das Wort und ließ den 83jährigen Fürsten hochleben. Die Festtafel verlief in recht fröhlicher Stimmung; der Fürst unterhielt sich lebhaft nach allen Seiten hin und schien trotz der mangelhaften Nachtruhe, die er gehabt, sehr gut aufgelegt.

* * *

Unter den Souverainen, die dem Fürsten Bismarck ihre Glückwünsche zum Geburtstage sandten, waren auch diesmal der Prinzregent Luitpold

von Bayern und der Großherzog Karl Alexander von Sachsen (=Weimar) die Ersten.

* * *

Am 1. April bestiegen der Kronprinz und Prinz Eitel Fritz den Bergfried bei Homburg. Sie schrieben dort ihre Namen ins Fremdenbuch und fügten anstatt des Datums hinzu: „Am Geburtstage des Fürsten Bismarck."

* * *

Von den zahlreichen Telegrammen erwähnen wir folgende:

Herzog Johann Albrecht Namens der Deutschen Colonial=Gesellschaft:

„Die Deutsche Colonialgesellschaft sendet Ew. Durchlaucht, dem Schöpfer deutscher Colonialpolitik, dem alle deutschen Männer erneute Dankbarkeit zu einer Zeit schulden, in der die von Ew. Durchlaucht gelegten Keime bereits reiche Früchte hervorbringen, zum heutigen Tage die herzlichsten Glückwünsche für ein gesundes und gesegnetes Lebensjahr.

Der Präsident der Deutschen Colonialgesellschaft
Johann Albrecht,
Herzog zu Mecklenburg."

Der Hamburger Reichstagswahlverein von 1884 sandte an den Fürsten ein Telegramm folgenden Inhalts:

„Fürst Bismarck, Friedrichsruh.

In tiefster Verehrung und in der Versicherung unwandelbarster Treue senden Ew. Durchlaucht die ehrerbietigsten Glückwünsche."

Der Centralverband deutscher Industrieller telegraphirte:

„Das gehorsamst unterzeichnete Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller schätzt sich glücklich, Ew. Durchlaucht seinen ehrfurchtvollsten und wärmsten Glückwunsch zum 83. Geburtstage darbringen zu dürfen. Das Directorium benutzt freudig diese Gelegenheit, um Ew. Durchlaucht die Versicherung treuester Anhänglichkeit zu erneuern mit dem Gelöbniß, daß es nach wie vor seine Aufgabe darin erblicken wird, bei der ihm anvertrauten Wahrung der bedeutungsvollen Interessen der deutschen Industrie unentwegt die von Ew. Durchlaucht gegebene Richtung zu verfolgen, die das Wirthschaftsleben Deutschlands zu seiner jetzigen Größe und Bedeutung geführt hat."

Da zum ersten Male seit vielen Jahren der sächsische Landtag zum 1. April versammelt ist, haben die im Landtagscartell vereinigten Ordnungsparteien der Zweiten sächsischen Kammer infolge einmüthigen Beschlusses Gelegenheit genommen, dem Fürsten Bismarck die nachstehende Glückwunschdepesche zu übersenden:

„Seiner Durchlaucht, dem Fürsten Bismarck, Friedrichsruh. Die im sächsischen Landtagscartell vereinigten Mitglieder der Ordnungsparteien der Zweiten Ständekammer bringen in alter Sachsentreue Ew. Durchlaucht tiefempfundene herzliche Wünsche dar. Möge des Allmächtigen Gnade über dem großen und wachsamen Berather des deutschen Volkes, über dem unerreichten greisen Baumeister des Reiches noch lange segnend walten.

„In unbegrenzter Verehrung und Dankbarkeit die conservative Fraction durch Dr. Mehnert, die nationalliberale Fraction durch Niethammer, die sächsische Fortschrittspartei durch Uhlmann."

Auch der Conservative Verein zu Dresden hat an den Fürsten einen warm empfundenen telegraphischen Glückwunsch gesandt.

Die nationalliberale Fraction des preußischen Abgeordnetenhauses übersandte dem Fürsten Bismarck folgenden Glückwunsch:

„Ew. Durchlaucht giebt sich die nationalliberale Fraction des Abgeordnetenhauses die Ehre, ihre herzlichsten Glückwünsche zum heutigen Tage in alter Verehrung auszusprechen.

J. A.: Hobrecht. v. Eynern."

Der nationalliberale Verein Kölns telegraphirte:

„Ew. Durchlaucht unsterblicher Thaten heute wie immer in treuer Dankbarkeit gedenkend, wünschen wir Ihnen und dem deutschen Volke Glück zu dem heutigen Tage und erneuern das Gelöbniß nach Ihrem Beispiel: fest in Treue auszuharren im Dienste unseres Vaterlandes."

Der Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken übermittelte dem Fürsten Bismarck zum 1. April nachstehendes Telegramm:

„Dem Säemann, dessen Saat im Osten der Ernte entgegenzureifen beginnt, sendet der Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken in alter Verehrung und Treue seinen ehrerbietigen Geburtstags-Glückwunsch.

Hansemann, Kennemann, Tiedemann."

Der Berliner Bismarck-Ausschuß hatte dem Altreichskanzler Folgendes telegraphirt:

„Auch in diesem Jahre wird der Berliner Bismarck-Ausschuß im Verein mit Tausenden von Frauen und Männern die Wiederkehr von Ew. Durchlaucht Geburtstag durch einen Festcommers am Sonnabend, den 2. April cr., in der Philharmonie festlich begehen. Der Ausschuß erlaubt sich ehrerbietigst bereits heute die innigsten Wünsche für die Gesundheit und das Leben Ew. Durchlaucht in alter, unwandelbarer Treue und in tiefster Dankbarkeit auszusprechen. Möge Gottes Rathschluß noch lange den letzten Paladin Kaiser

Wilhelm's des Großen in gewohnter Rüstigkeit erhalten, möge noch manches segenspendende Wort herübertönen aus dem stillen Sachsenwalde in die Unruhe der Parteien.

Der Berliner Bismarck-Ausschuß. Münzwardein Bork, Vorsitzender."

* * *

Von Antworten des Fürsten Bismarck sind uns bis zum Abschlusse dieses Bandes folgende bekannt geworden:

An den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg:

Sr. Hoheit dem Herzog-Regenten,
Schwerin.

Eure Hoheit bitte ich unterthänigst, für die mir namens der Colonialgesellschaft gnädigst übersandten Glückwünsche meinen ehrerbietigen Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

An das preußische Herrenhaus (zu Händen des Fürsten zu Wied):

Friedrichsruh, den 5. April 1898.

Eure Durchlaucht bitte ich ergebenst, dem hohen Hause für seinen ehrenvollen Glückwunsch meinen herzlichen Dank auszusprechen und den Ausdruck meines lebhaften Bedauerns hinzufügen zu wollen, daß meine schlechte Gesundheit mich nöthigt, den Berathungen des Hauses fern zu bleiben, dem anzugehören ich mir zur hohen Ehre rechne. Mit der wiederholten Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich

Euerer Durchlaucht ganz ergebenster
v. Bismarck.

An die conservative Fraction der Abgeordneten des Abgeordnetenhauses (z. H. des Grafen Limburg-Stirum):

Graf Stirum, Berlin, Abgeordnetenhaus.

Friedrichsruh, 2. April, 11 Uhr 10 Min.

Ew. Excellenz bitte ich, der conservativen Fraction meinen verbindlichsten Dank auszusprechen für Ihre freundlichen Glückwünsche, die mir im Hinblick auf meine langjährigen freundlichen Beziehungen zu den Mitgliedern der Partei von großem Werthe sind.

v. Bismarck.

An den Vorstand der deutschen Reichspartei (Abg. von Kardorff):

Ich bitte Sie, der Fraction meinen verbindlichsten Dank für Ihre freundlichen Glückwünsche auszusprechen, die mich in Erinnerung an unsere langjährige gemeinsame Thätigkeit besonders erfreut haben.

v. Bismarck.

An die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses (z. H. des Abg. Hobrecht):

Ew. Excellenz bitte ich, der mir seit Langem befreundeten Fraction für die freundlichen Glückwünsche meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

An das Directorium des Centralverbandes deutscher Industrieller:

Friedrichsruh, den 2. April 1898.

Den Vorstand bitte ich, für die freundlichen Glückwünsche meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

An den Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken:

Ich bitte Sie und Ihre Herren Mitunterzeichneten, für ihre freundlichen Glückwünsche meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

An den Berliner Bismarck-Ausschuß:

Ich bitte Sie, der Versammlung für ihre freundlichen Glückwünsche meinen verbindlichsten Dank auszusprechen und hinzuzufügen, daß die ehrenvolle Begrüßung meiner Freunde und Mitbürger in Berlin mir besonders große Freude macht in Erinnerung an die Jahre, in denen ich von 1822[1])—1890 Bewohner der Residenz gewesen bin.

v. Bismarck.

An den Vorstand der deutschen Volkspartei (z. H. des Abg. Steinwender) in Wien:

Ich fühle mich durch die Begrüßung deutscher Mitglieder des Abgeordnetenhauses des benachbarten und befreundeten Reiches hochgeehrt und bitte die Herren, meinen verbindlichsten Dank freundlich entgegen zu nehmen. v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 4. April (A.-A.) folgende Richtigstellung:

„Germania", „Volksztg." und „Frankfurter Ztg." enthalten wörtlich übereinstimmend eine Notiz, wonach ein Club in Hannover „eine

---

[1]) Im Januar 1822 kam Otto v. Bismarck in die Plamann'sche Erziehungsanstalt in Berlin, damals Wilhelmstraße 139.

Fahne für den Thurm des Schlosses in Friedrichsruh" gestiftet, die Stange dazu aus dem Sachsenwalde erbeten und auch erhalten habe, jedoch unter Nachnahme von 150 Mark. Wir sind ermächtigt, diese ganze Fahnengeschichte für „vollkommen erstunken und erlogen" zu erklären. Die „Volksztg." behauptet ferner, eine Zeitung habe berichtet, Fürst Bismarck hätte auf eine Anfrage betreffs der Feier seines Militairjubiläums und seines Geburtstages die Antwort ertheilen lassen, es käme nicht sowohl auf solche Feiern an als darauf, daß man sich darnach richte, was er gethan, und das beherzige, was er gesagt habe. Diese Behauptung beruht auf Fälschung. In dem betreffenden Berichte war die Antwort ausdrücklich der Umgebung des Fürsten, also nicht ihm zugeschrieben worden. Der Fürst hat weder eine derartige Anfrage erhalten noch eine solche Antwort gegeben, noch überhaupt eine Aeußerung in der Richtung gethan.

* * *

An den Geheimen Justizrath Professor Dr. Kahl in Berlin, der auf dem Festcommers in der dortigen Philharmonie am 2. April die Festrede gehalten hatte, schrieb der Fürst:

Friedrichsruh, den 4. April 1898.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, meinen verbindlichsten Dank für die Rede entgegen zu nehmen, mit der Sie meiner bei der Geburtstagsfeier vom 2. d. Mts. gedacht haben. Ich habe mich nicht nur über Ihr Wohlwollen für mich, sondern auch über die rednerische Klassicität der Form gefreut. v. Bismarck.

* * *

Die „Hamb. Nachr." veröffentlichen am 5. April (M.-A.) folgenden Dank des Fürsten Bismarck:

Friedrichsruh, 4. April 1898.

Zu meinem Geburtstage sind mir aus dem In- und Auslande so viele Begrüßungen zugegangen, daß ich, auch wenn ich mich voller Gesundheit erfreute, doch nicht im Stande sein würde, für die einzelnen meinen herzlich empfundenen Dank auszusprechen. Ich hoffe aber, daß meine Freunde, die in diesen Tagen meiner wohlwollend gedacht haben, es mir nicht verdenken werden, wenn ich sie auf diesem Wege bitte, meinen verbindlichsten Dank für ihre Glückwünsche freundlich entgegen zu nehmen. v. Bismarck.

* * *

In Dillenburg an der Lahn wurde am 25. April das Bismarck-Denkmal enthüllt. Aus der Festrede des Bürgermeisters Gierlich heben wir folgende Stelle heraus:

„Darum muß jeder ehrlich denkende Deutsche eintreten für den Bismarck, der das Deutsche Reich begründete, der mit kühner Hand auf dem Gebiete der Finanz- und Handelspolitik die Zügel ergriff, um in durchgreifender Reform unser wirthschaftliches Leben zu heben, der den Deutschen den Weg zum Welthandel erschloß, den ersten bescheidenen Anfängen unserer Kolonialpolitik mit dem Schutze des Reiches folgte und dem gehässigen Neide unserer transatlantischen Vettern Schweigen gebot; für den Bismarck, der Europa 20 Jahre hindurch die Wohlthat des Friedens erhielt, Berlin zum Mittelpunkt aller politischen Verhandlungen der europäischen Diplomatie machte und im Bunde mit Oesterreich und Italien die werthvollste Bürgschaft für die Ruhe des Erdtheils schuf. Diesen Bismarck der Geschichte dürfen und wollen wir uns nicht ersetzen lassen durch einen Bismarck der Legende, der — ein braver und tüchtiger Rathgeber — immer nur die Gedanken seines Königs ausführte und ein brauchbares Werkzeug, aber nimmer ein schöpferischer Geist war."

Auf ein am Nachmittag an den Fürsten abgesandtes Telegramm lief schon Abends um 9 Uhr folgende Antwort an den Landrath Fromme ein:

> Euer Hochwohlgeboren und die betheiligten Herren bitte ich für Ihre freundliche Begrüßung und die mir erzeigte Ehre meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen. v. Bismarck.

* * *

Ueber den Fürsten Bismarck enthalten die „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 29. April Mittheilungen ihres Gewährsmannes, denen wir Folgendes entnehmen:

Das körperliche Befinden des Fürsten Bismarck hat sich in den letzten Wochen doch nicht in dem Maaße gebessert, wie es der Fall gewesen sein würde, wenn die Witterung milder, der Wind weniger rauh gewesen wäre, und der Fürst in Folge dessen öfters, als bisher möglich war, sich im Freien hätte bewegen können. Es sind zwar Ausfahrten unternommen worden, aber doch nicht in genügendem Maaße, weil der hohe Reconvalescent sie stets mit verstärkten Gesichtsschmerzen zu bezahlen hat. Im Zimmer dauern die Gehübungen fort, aber in der Hauptsache dient immer noch der Rollstuhl als Communicationsmittel. Dagegen hat sich der gute Humor des Altreichskanzlers nicht nur nicht vermindert, sondern eher noch gehoben. Man kann sagen, daß er eigentlich immer bei guter Laune und in vergnügter Stimmung ist. Letzteres färbt auch auf gelegentliche politische Aeußerungen ab, die dann ebenso scherzhaft als echt bismarckisch ausfallen.

Welche Auffassung der Fürst hinsichtlich des amerikanisch-spanischen Streitfalls hat, kann ich leider nicht mittheilen. Der Fürst vermeidet es, die Sache in einer Weise zu besprechen, daß man sich berechtigt fühlen könnte, etwas davon in die Oeffentlichkeit zu bringen. Diese Reserve des alten Kanzlers erklärt sich wohl nicht nur daraus, daß eine öffentliche Bekanntgabe seiner Auffassung mit dem vollen Schwergewichte der Autorität des Namens Bismarck ins Gewicht fallen würde und Wirkungen haben könnte, die um so weniger in seiner Absicht liegen dürfen, als er nicht mehr im Amte und mithin nicht mehr in der Lage ist, sie nach Bedarf praktisch zu corrigiren oder zu paralysiren. Die Zurückhaltung entspricht vollkommen der, welche der Fürst in früheren Stadien der Angelegenheit geübt hat, namentlich als von amerikanischer Seite tagtäglich mehr oder minder lange und dreiste Anfragen von Zeitungen und Politikern in Friedrichsruh, zum Theil mit bezahlten Rückantwortformularen versehen, einliefen, in denen der Fürst aufgefordert wurde, seine Meinung über die Cuba- oder die Maine-Frage schleunigst zurückzukabeln. Selbstverständlich haben die Absender auf ihre zudringlichen Depeschen niemals eine Antwort erhalten, aber ich glaube, daß auch andere Bemühungen, den Fürsten zu irgend einem Gutachten in der cubanischen Frage zu veranlassen, ebenso höflich wie entschieden abgelehnt worden sind.

Von den inneren Fragen ist es, wenn ich recht berichtet bin, vor allen die polnische, welcher der Fürst besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Selbstverständlich darf man annehmen, daß der alte Kanzler mit der Polenpolitik, wie sie jetzt in Berlin betrieben wird, mehr einverstanden ist wie mit der Caprivi'schen. Der Fürst hält die Polen, namentlich den polnischen Adel, die polnische Geistlichkeit und — last not least — die polnischen Bauern auf Grund langjähriger Beobachtung und Erfahrung für Elemente, denen das Conspiriren und die politischen Intriguen nicht nur Lebensbedürfniß sind, sondern die darin auch eine ausnahmsweise hohe Begabung und Geschicklichkeit besitzen, welche, in den Dienst der polnischen Nationalidee gestellt, sie niemals zur Ruhe kommen lassen und sie unablässig zu neuen Umtrieben stimuliren. Demgegenüber sei nicht nur stete Vorsicht und rechtzeitige Energie in der Zurückweisung jedes polnischen Versuches zu Uebergriffen, die sich mit der Sicherheit und Integrität der polnischen Landestheile Preußens nicht vertrügen, unerläßlich, um eine Entwickelung zu verhüten, wie sie in früheren Zeiten wiederholt stattgefunden und zur blutigen Niederwerfung von Insurrectionen geführt hätte, sondern auch eine sorgsame Beobachtung der polnischen Conspirationen auf internationalem Gebiete, namentlich solcher, die zur Verhetzung Rußlands und Deutschlands gegeneinander stattfinden. Jedenfalls sei die Behandlung, welche die Polen und die polnische Propaganda von preußischer Seite aus erführe, für die russische Politik stets ein Symptom für die Beschaffenheit der deutschen Absichten Rußland gegenüber, und eine falsche Behandlung der Polenfrage könne leicht nachtheilig genug auf unser Verhältniß zu Rußland einwirken. Dazu komme, daß die römische Kirche mit aller ihrer Macht hinter den Bestrebungen des Polonismus stehe, weil sie in dem Polenthum eins der wirksamsten Bollwerke gegen den Unglauben sehe. Die Polen gälten als eins der brauchbarsten Elemente zur Herstellung der Priesterherrschaft. Ein

Volk, das nur polnisch spräche, sei nicht wie ein anderes, das eine Weltsprache wie Deutsch oder Französisch zur Muttersprache habe, der Gefahr ausgesetzt, durch seine Litteratur der modernen Ungläubigkeit in die Arme geführt zu werden."

* *
*

Der am 1. Mai in Berlin abgehaltene nationalliberale Parteitag sandte an den Fürsten Bismarck folgenden telegraphischen Gruß:

Sr. Durchlaucht Fürsten Bismarck,
Friedrichsruh.

Die zum Delegirtentag aus ganz Deutschland versammelten Vertreter der nationalliberalen Partei beginnen ihre politische Arbeit mit dem Ausdruck der herzlichsten Wünsche für den unvergleichlichen Staatsmann, der ihnen das Reich gezimmert und Gelegenheit zur Mitarbeit in großen Tagen bereitet hat. Wir wollen unser Bestes thun, zu erhalten und zu kräftigen, was Ew. Durchlaucht in hervorragendster Weise mit geschaffen haben. Gott segne und beschütze Ew. Durchlaucht und erhalte Sie noch lange dem Vaterlande.

Im Auftrage: Dr. Hammacher.

Darauf antwortete der Fürst:

Delegirtentag der nationalliberalen Partei z. H. Herrn Reichstagsabgeordneten Hammacher, Berlin.

Für die ehrenvolle Begrüßung Ihrer Fraction danke ich Ihnen und Ihren politischen Freunden, und verbinde damit meine aufrichtigsten Wünsche für die Zukunft Ihrer Partei.

v. Bismarck.

* *
*

Der Wahlaufruf der nationalliberalen Partei enthält folgenden Passus:

„Mit dem Fürsten Bismarck ist die nationalliberale Partei der Meinung, daß Landwirthschaft, Industrie, Handel und Gewerbe zusammengehen und mit Einsicht und Vaterlandsliebe für den Schutz der nationalen Arbeit eintreten müssen. Um der sich gewaltig mehrenden Bevölkerung Deutschlands eine aufsteigende Lebenshaltung zu ermöglichen, bedürfen wir einer mächtigen Industrie, eines kühn sich entfaltenden Handels ebenso sehr, wie einer lebenskräftigen Landwirthschaft. Deshalb vertreten wir den Standpunkt, daß bei dem Abschlusse künftiger Handelsverträge die Interessen der Landwirthschaft besser gewahrt werden müssen als bisher, daß aber gleicherweise den Bedürfnissen der Industrie und des Handels nach Handelsverträgen mit längerer Geltungsdauer Rechnung getragen werden muß. Für eine solche Sammlung der wirthschaftlich productiven Volksklassen, eine Ausgleichung der Gegensätze zu gemeinsamer Thätigkeit treten wir ein."

Auch der Wahlaufruf der Reichspartei nimmt die Politik des Fürsten Bismarck zur Grundlage. Es heißt darin:

„So schwer die Rüstung ist, welche das deutsche Volk zu tragen hat, so ist sie doch die Vorbedingung für die Macht, den Einfluß und den Wohlstand des Deutschen Reiches. Auf ihr beruht auch unsere großartige wirthschaftliche Entwickelung, welche sich auf dem von dem Fürsten Bismarck eingeführten Grundgedanken des gleichmäßigen Schutzes aller Zweige der nationalen Arbeit aufgebaut hat. Die Deutsche Reichspartei hält fest an der gleichmäßigen Förderung der Interessen von Landwirthschaft, Industrie, Handel und Handwerk. Diesem Grundsatz wird sie auch bei dem Abschluß künftiger Handelsverträge Geltung zu verschaffen suchen. Bei voller Wahrung der berechtigten Wünsche des Handels und der Industrie wird dabei ein wirksamerer Schutz des landwirthschaftlichen Gewerbes vor Allem in das Auge zu fassen sein."

* * *

Dem Fürsten Bismarck statteten am Sonnabend 7. Mai Graf und Gräfin Waldersee in Friedrichsruh ihren Abschiedsbesuch ab. Auch Freiherr v. Stumm war an diesem Tage in Friedrichsruh.

* * *

Am 16. Mai wird von Berlin gemeldet:

Aus Kreisen der deutschen Steinbruchindustrie geht der „Tägl. Rundsch." folgende befremdliche Mittheilung zu: Für das in der Reichshauptstadt zu errichtende und von Prof. Begas auszuführende Bismarck-Denkmal hat im Widerspruch zum Künstler die Commission beschlossen, zum Sockel und zu den Unterlagen nicht den zu Bronzen viel besser passenden deutschen Granit zu verwenden, sondern vorgezogen, schwedischen Wildgranit zu wählen. Daß die deutsche Steinindustrie sich sogar bei einem Denkmal des Altreichskanzlers ausgeschlossen sieht, hat in ihren Kreisen, die durch ausländische, zum größten Theil zollfreie Concurrenz ohnehin genug zu leiden haben, um so mehr Verwunderung erregt, als die deutschen Granite, was Schönheit und Dauerhaftigkeit anbetrifft, bisher immer für die besten gehalten wurden.

* * *

Anläßlich des 50jährigen Gedenktages der Eröffnung des ersten deutschen Parlaments ist dem Leiter jener Versammlung, dem Reichsgerichtspräsidenten a. D. Dr. von Simson, von den außer ihm noch lebenden „alten Frankfurtern" von der Erbkaiserpartei folgende Adresse zugegangen:

Hochgeehrter Herr Präsident!

Den unterzeichneten „alten Frankfurtern" von der Erbkaiserpartei ist es Bedürfniß, bei dem fünfzigjährigen Jubiläum der Eröffnung des ersten

deutschen Parlaments noch einmal Fühlung unter sich zu gewinnen. Der in öffentlichen Blättern ergangenen Einladung zu einer persönlichen Zusammenkunft am 18. Mai in Frankfurt als am Sitze des Parlaments Folge zu geben, dürfte die Mehrzahl von uns durch ihr hohes Alter verhindert sein. Dagegen glauben wir unsere fortwährende Zusammengehörigkeit und die ungeschwächte Erinnerung an unser ehemaliges gemeinsames Wirken nicht besser bethätigen zu können, als indem wir Ihnen, unter dessen trefflicher Leitung wir einst die Verfassung vom 27. März 1849 zu Stande brachten, in herzlicher Verehrung einen collegialen Gruß entbieten. Längst ist der Unmuth darüber, daß es uns nicht vergönnt war, die von uns geschaffene Verfassung auch ins Leben zu führen, der stolzen Freude gewichen, daß die Einigung des geliebten Vaterlandes in anderer aber, verwandter Form seitdem dennoch zur Thatsache geworden ist.

Je mehr wir die der Erreichung dieses Zieles sich entgegenstellenden Schwierigkeiten selbst erfahren haben, um so heller hebt sich aus den großen Ereignissen, die wir dann zu erleben das Glück hatten, das Bild unseres herrlichen Kaisers Wilhelm hervor, an dessen starken und einsichtigen Willen Erfolg und Sieg sich knüpften. Weiter aber verbindet sich heute mit dem Bewußtsein, daß wir seiner Zeit nach bestem Vermögen in redlicher, mühevoller Arbeit das damals Unerreichbare angestrebt haben, die Bewunderung der genialen staatsmännischen Kunst, der es, unterstützt von dem Heldenmuthe unseres Volkes, gelungen ist, das Reich zu gründen und Deutschland zu Macht und Größe zu erheben. Von solchen Erinnerungen und Gefühlen beseelt, gestatten wir uns, hochgeehrter Herr Präsident, die Bitte, in unser Aller Namen dem Fürsten Bismarck die Versicherung treuer Anhänglichkeit und ehrfurchtsvoller Dankbarkeit übermitteln zu wollen.

Backhaus, Biedermann, Haym, Jordan, Meier,
Mevissen, Schorn, Schrader, Schultze.

Präsident von Simson schickte ein dieser Anregung entsprechendes Schreiben am 16. Mai an den Fürsten Bismarck.

Im Juni theilte dann der Uebersender der Adresse, Professor Dr. R. Haym in Halle, den übrigen Unterzeichnern der Adresse die beiden Antworten mit. Die des Fürsten Bismarck lautet:

Euerer Excellenz gefälliges Schreiben vom 15. d. M. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten und bitte den Ausdruck des letzteren den Herren Unterzeichnern übermitteln zu wollen. Diese Kundgebung von Männern, welche dem Gange unserer nationalen Entwickelung seit einem halben Jahrhundert nicht nur beobachtend, sondern auch beeinflussend nahe gestanden haben, bildet eine erfreuliche Anerkennung der Politik meines verstorbenen Herrn vor einem berufenen politischen Areopag.

v. Bismarck.

Präsident von Simson hat den Einsender der Adresse ersucht, allen Mitunterzeichnern seinen tiefgefühlten Dank auszusprechen. Es sei ihm eine herzliche Genugthuung, daß er sich im Andenken seiner ehemaligen Genossen nicht überlebt habe, daß sie nicht aufhören, in unveränderter Treue an ihn zu denken; er finde eben hierin seinen besten Trost, wenn das hohe Alter drückend auf ihm liege.

* * *

Am 20. Mai heißt es in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Ein Berliner Morgenblatt hatte gestern berichtet, Fürst Bismarck sei neuerdings erkrankt und Geheimrath Schweninger telegraphisch nach Friedrichsruh gerufen worden. Auf Erkundigung haben wir erfahren, daß der Zustand des Fürsten unverändert und eine neue Erkrankung nicht eingetreten ist. Die Anwesenheit des Professor Schweninger sei durch den allwöchentlichen Besuch beim Fürsten herbeigeführt. Zu dieser Mittheilung, die wir gestern dem Berliner Telegraphenbureau zur Weiterverbreitung zugestellt haben, wird von anderer Seite noch bemerkt, der Fürst sei in den letzten Tagen nicht spazieren gefahren, jedoch nur des schlechten Wetters wegen zu Hause geblieben. Auch diese Mittheilung trifft zu.

* * *

Vom 17. bis 20. Mai weilte der Bildhauer Reinhold Begas als Gast des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh. Künstlerische Aufgaben — die Modellirung des Berliner Bismarck-Denkmals — hatten den Bildhauer nach Friedrichsruh geführt, wo Begas bei dem greisen Kanzler die liebenswürdigste Aufnahme fand. Bezeichnend für die Werthschätzung, die Bismarck dem Künstler entgegenbringt, ist, daß Begas das Schlafzimmer angewiesen war, das nur für einen Besuch des Kaisers reservirt bleibt. Der Fürst befand sich bei gutem Humor und bestem Appetit, zwei Umstände, die am klarsten die Grundlosigkeit beunruhigender Gerüchte über Bismarck's Befinden darthun. Ein altes Leiden des Professors Begas, das vor 40 Jahren durch eine Verrenkung des Kniegelenks entstanden war und zeitweilig hervortritt, stellte sich zufällig in Friedrichsruh wieder ein. Der Fürst ließ sich darauf seine Spazierstöcke kommen, wählte einen, dessen Holz dem Sachsenwalde entstammt, davon aus, und machte ihn dem Professor zum Geschenk. Wie der Empfang, so war auch das Lebewohl ein überaus herzliches, indem der Kanzler den scheidenden Künstler umarmte und küßte.

* * *

Der Verein deutscher Spediteure, der in Hamburg seine Jahresversammlung abhielt, sandte auf einer Ausfahrt ein Begrüßungstelegramm an den Fürsten Bismarck:

Blankenese, den 24. Mai 1898.

„Der in Eurer Durchlaucht Nähe, in Hamburg, tagende Verein deutscher Spediteure huldigt Euer Durchlaucht in unwandelbarer Dankbarkeit und Treue als dem genialen Schöpfer eines großen einigen deutschen Vaterlandes."

* *
*

Eine Richtigstellung finden wir in den „Hamb. Nachr." vom 26. Mai (A.-A.):

In Berliner Blättern finden wir folgende Notiz:

„In der Klagesache des Oberförsters Lange gegen den Fürsten Bismarck wegen höherer Pensionsansprüche des Ersteren hat Fürst Bismarck noch in letzter Stunde gegen das Urtheil des Altonaer Landgerichts die Berufung eingelegt. Der Verhandlungstermin in Kiel ist auf den 4. Juli d. Js. anberaumt worden."

In dieser Zeitungsmeldung ist irrthümlich, daß Fürst Bismarck Berufung eingelegt habe; wenn sie eingelegt ist, so muß dies von Seiten des Klägers geschehen sein. Der Beklagte, Fürst Bismarck, hat sich bei dem Erkenntniß der ersten Instanz beruhigt.

* *
*

Die „Hamb. Nachr." melden am 17. Juni (M.-A.):

Wie wir aus Friedrichsruh erfahren, hat Fürst Bismarck gestern sein Wahlrecht nicht ausüben können, da er seines leidenden Zustandes wegen das Haus nicht verlassen konnte.

* *
*

Ueber ein großes Volksfest, das der Landesökonomierath Kennemann am 12. Juni in Jarotschin für seine deutschen Landsleute veranstaltete, hatte der Vorsitzende des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken, Major von Tiedemann-Seeheim, der das Hoch auf den Fürsten Bismarck ausbrachte, diesem eingehend brieflich berichtet. Darauf erhielt er folgende Antwort:

Friedrichsruh, den 22. Juni.

Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für Ihre liebenswürdigen Zeilen vom 14. d. M.; ich bitte Sie, dem Verein für die bisherigen guten Ergebnisse der Reichstagswahlen in Westpreußen und Posen meinen herzlichen Glückwunsch auszusprechen.

v. Bismarck.

* *
*

Es waren bei den Reichstagswahlen am 16. Juni den Polen in Westpreußen vier Sitze abgenommen worden: Graudenz-Strasburg, Thorn-Culm, Schwetz und Rosenberg-Löbau. Ein wesentliches Verdienst an diesem Sieg ist dem „Geselligen" in Graudenz und seinem für die deutsche Sache unermüdlich thätigen Leiter Paul Fischer zugeschrieben.

* *
*

Aus Leipzig wurde dem Fürsten Bismarck aus Anlaß des Wahlergebnisses am 25. Juni folgendes Telegramm zugesandt:

Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck,
Friedrichsruh.

Nach glänzendem Siege unseres Hasse über den Socialdemokraten ist es uns heilige Pflicht, dem Vater aller Deutschen, dem Ehrenbürger unserer Stadt, begeisterten Heilruf zu senden.

Die Vertrauensmänner-Versammlung
der Ordnungsparteien Leipzigs:
Dr. Gensel. Schwerdfeger. Thieme. Zeiß.

* * *

Am 26. Juni erhielt der Fürst folgendes Telegramm aus Schönhausen:

Ew. Durchlaucht entbieten die an der Geburtsstätte des größten Sohnes der Heimathserde versammelten Mitglieder des Städtetages der Provinz Sachsen ehrerbietigen Gruß mit dem Gelöbniß der Treue und Anhänglichkeit.

* * *

Aus Anlaß der Wahlsiege des Centrums und der Socialdemokratie sandten Verehrer des Fürsten Bismarck in Landau diesem am 26. Juni folgendes Telegramm:

„Dem alten Weisen im Sachsenwalde jetzt noch tausend Dank für einstigen Kanzelparagraphen und Socialistengesetz. Inniges Bedauern über deren Abgehen. Jetzt haben wir die Bescheerung!"

* * *

Am 29. Juni schreiben die „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Der ultramontanen „Köln. Volksztg." ist eine Anerkennung des Fürsten Bismarck entschlüpft. In einem Artikel, der die Forderung der Conservativen nach einer „starken Regierung" bespricht, heißt es u. a.:

„Wir glauben nicht mehr an Minister, die, wie Fürst Bismarck, ihr Programm auch gegenüber dem Monarchen aufrecht erhalten und ihre ganze Kraft daransetzen, den widerstrebenden Monarchen trotz aller ‚Frictionen' für das von ihnen als richtig Erkannte zu gewinnen."

Ein solches Bestreben ist nach unserer Auffassung die Pflicht jedes Ministers, der Verantwortlichkeitsgefühl besitzt und den Interessen des Landes nach seiner Ueberzeugung dienen will. Wenn ein leitender Minister glaubt, daß die allerhöchsten Entschließungen den Landesinteressen nicht entsprechen, so ist er, wie wir früher wiederholt ausgeführt haben, seinerseits verpflichtet, den ihm verfassungsmäßig zustehenden Einfluß auf die Krone dahin geltend zu machen, daß die Ausführung der Entschließungen unterbleibe. Der Minister handelt pflichtwidrig, wenn er anders verfährt; er leistet dem Monarchen und dem Lande den treuesten Dienst dadurch, daß er seine Meinung mit

Nachdruck und Entschiedenheit vertritt. Wenn der Minister meint, daß die Wege, die sein Herr zu gehen entschlossen ist, gefährliche Wege seien, so ist er amtlich und vor seinem Gewissen gehalten, dies offen auszusprechen. Man dient seinem Herrn am besten, indem man ihn warnt, sich in Gefahr zu begeben. Gelingt es dem Minister nicht, den Monarchen von der Bedenklichkeit der geplanten Maßregel zu überzeugen, weil der Minister in Folge seiner Antecedentien oder aus vorgefaßter Meinung als parteiisch angesehen wird, so ist er noch nicht ohne Weiteres berechtigt, die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen und eventuell um seinen Abschied zu bitten. Er hat dann den Versuch zu machen, seine abweichende Ueberzeugung durch andere Personen und Instanzen, die das Vertrauen des Monarchen in der fraglichen Angelegenheit vielleicht mehr besitzen als der leitende, verantwortliche Minister, der Krone gegenüber vertreten zu lassen. Die Nächstberufenen hierzu sind die übrigen Minister. Hat er auch hiermit keinen Erfolg und rechtfertigt es die Sache, so handelt der Minister im Landesinteresse, wenn er dem Monarchen anräth, vor der Ausführung seiner Entschließungen eine gutachtliche Beurtheilung derselben durch sachverständige Autoritäten, die nicht seine Minister sind, herbeizuführen. Jedenfalls hat der leitende Minister Alles aufzubieten, um das von ihm für richtig Erkannte durchzusetzen. Das kann unter Umständen sehr unbequem sein und harte Kämpfe kosten, die nicht Jedermanns Sache sind; aber ein Minister, der aus Bequemlichkeit oder weil er an seinem Amte klebt, auf die Führung dieses Kampfes verzichten wollte, würde pflichtwidrig handeln.

* * *

Ueber den Fürsten Bismarck wird den „Leipziger Neuesten Nachr.“ am 5. Juli geschrieben:

Der Fürst hat seit Monatsfrist und darüber das Haus nicht mehr verlassen können, die Ausfahrten waren ganz eingestellt, und selbst der Aufenthalt auf dem Balcon war ihm verwehrt, weil er ihn regelmäßig mit einer Steigerung der Schmerzen zu bezahlen hatte. Die Annahme von Besuchen war auf das Aeußerste eingeschränkt; soviel ich weiß, waren in der letzten Zeit nur der neue Commandeur des 9. Armeecorps General von Massow und Graf Henckel von Donnersmarck, der bekanntlich seit langen Jahren zu den intimsten Freunden des Bismarck'schen Hauses gehört, in Friedrichsruh anwesend. Seit einigen Tagen ist allerdings eine leichte Besserung in dem Befinden des Fürsten eingetreten; es wird gehofft, daß dieselbe anhält und, namentlich, wenn das Wetter wärmer wird, zur baldigen Herstellung des Altreichskanzlers führt; aber einstweilen liegt die Sache doch immer noch so, daß größte Schonung des Fürsten erforderlich bleibt. So z. B. ist noch gar nicht abzusehen, ob und wann der am 1. April verschobene Fackelzug

der Hamburger stattfinden kann, und den zahlreichen Deputationen und Corporationen, die Anfragen wegen eines Empfanges nach Friedrichsruh gerichtet hatten, hat bisher leider stets mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Fürsten abschlägig geantwortet werden müssen. Darin dürfte sich fürs Erste auch nichts ändern. Noch dieser Tage hat eine Deputation chilenischer Officiere das Schicksal Aller theilen und darauf verzichten müssen, den Altreichskanzler zu sehen. Die Herren haben ihm aber, obgleich er seit, soviel ich mich erinnere, dem Jahre 1892 oder 1893 nicht mehr in den Sattel gestiegen ist, ein Paar prächtige chilenische Sporen, Steigbügel u. s. w., die das Herz jedes Reitersmannes erfreuen müssen, zum Geschenk gemacht. Der Appetit des Fürsten ist andauernd zufriedenstellend, die Lebensweise im großen Ganzen die altgewohnte geblieben. Zu den Hauptmahlzeiten, die der Fürst im Kreise der Seinigen einnimmt — gegenwärtig sind nur Graf und Gräfin Rantzau anwesend — wird er regelmäßig noch im Rollstuhl gefahren, dagegen sind sein Humor und seine Geistesfrische nach wie vor geradezu bewundernswerth. Die Wenigen, die das Glück haben, jetzt noch mit ihm täglich in Berührung zu kommen, wissen nicht genug zu erzählen, wie der Fürst trotz seiner Krankheit, seiner Schlaflosigkeit und seines hohen Alters das Gespräch in alter Weise beherrscht und bald mit liebenswürdigem Scherz, bald mit Satire in allen Dingen den Nagel auf den Kopf trifft. Der Schlaf pflegt sich ihm in der Regel erst gegen Morgen hin einzustellen, wo er dann für einige Stunden wenigstens fest wird und den hohen Patienten sichtlich stärkt. Auch zur Nachtzeit, wenn er irgend welcher Hülfe oder Dienstleistung bedarf, versagt sein guter Humor nicht. So bemerkte er kürzlich, der Jahreszeit entsprechend, gegen Morgen als er wach geworden war, er sei noch müde, er fühle noch einen kleinen „Johannistrieb" zum Schlafen. Dagegen scheint unter den obwaltenden Umständen leider wenig Aussicht vorhanden zu sein, daß sich der Wunsch des Fürsten, einen Theil des Sommers in Varzin zu verleben, verwirklichen läßt.

Das Maaß von Theilnahme, welches der Fürst den politischen Tagesfragen widmet, hängt natürlich von seinem jeweiligen gesundheitlichen Befinden und von dem Interesse ab, das sie ihm gerade einflößen. Daß ihm der spanisch-amerikanische Krieg die Ruhe seiner Nächte rauben würde, wenn sie sonst nur vorhanden wäre, glaube ich nicht.

Von den inneren deutschen Angelegenheiten haben den Fürsten natürlich die Wahlen zum deutschen Reichstage in der letzten Zeit am meisten beschäftigt, und es ist ihm persönlich schwer gefallen, der Ausübung seines eigenen Wahlrechts aus gesundheitlichen Rücksichten entsagen zu müssen. Den Gang der Wahlbewegung hat er, wie ich höre, mit Interesse verfolgt, und am Wahlergebniß erscheint ihm natürlich die abermalige Zunahme der socialistischen Stimmen und Mandate am bemerkenswerthesten. Dem gegenüber versteht es

sich von selbst, daß sich seine Auffassung über die Behandlung der Socialdemokraten, die ja hinlänglich bekannt ist, seit seiner Entlassung nicht um Haaresbreite geändert hat, und es ist anzunehmen, daß, wenn die „Hamburger Nachrichten“ unablässig die Auffassung vertreten, mit Worten allein sei gegen die Umsturzpartei nicht mit Erfolg zu fechten, sondern daß es dazu der Thaten bedürfe, und daß nichts zu erreichen sei, „wenn die Regierenden den Fuchs nicht beißen wollen“, sie sich dadurch zu der Auffassung des Fürsten Bismarck in keiner Weise in Widerspruch setzen. Dazu stimmt seine andere Aeußerung: „Wenn erst einmal 200 Socialdemokraten in den Reichstag gewählt sind, dann wird die Regierung stutzig werden und sich sagen: ‚Da möten wi doch mol nohsehn!‘“

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ vom 22. Juli (A.-A.) bringen an der Spitze des Blattes Folgendes:

An das deutsche Volk ist ein Aufruf ergangen, durch Beiträge von geeigneten Büchern und Gewährung von Mitteln zum Ankauf größerer oder kleinerer Büchersammlungen behufs Begründung einer Landesbibliothek großen Stils in Posen mitzuhelfen, die den Namen Kaiser Wilhelm-Bibliothek führen und ein Angelpunkt des geistigen Lebens in den Ostmarken werden soll. Einem Mitglied des Comités, Herrn Geheimrath Professor Dr. Kahl ist nun in dieser Frage folgender Brief des Altreichskanzlers zugegangen:

Friedrichsruh, den 10. Juli 1898.

Geehrter Herr Geheimer Rath,

zu meiner Freude höre ich durch Professor Schweninger, daß Seine Majestät der Kaiser und König die Benennung der in Posen zu errichtenden Landesbibliothek nach Kaiser Wilhelm I. huldvoll genehmigt hat.

Ich hoffe, daß der ruhmreiche Name meines alten Herrn dem patriotischen Unternehmen, dem ich meine wärmsten Sympathien entgegenbringe, Erfolg und Gedeihen verleihen möge.

Mit ausgezeichneter Hochachtung bin ich,

geehrter Herr Geheimer Rath,

Ihr ergebenster

v. Bismarck.

Wir hoffen bestimmt, so sagt dazu die „Ostmark“, der wir dies entnehmen, daß die Nation es als Ehrenpflicht ansehen wird, diesen Erwartungen ihres großen Führers zu entsprechen. Der Aufruf, der in vornehmer Sprache die unvergleichlichen Erinnerungen des letzten Krieges wachruft, ist von dreihundert patriotischen Männern aller Lebensstellungen und Berufsarten unterschrieben.

* * *

Der „Berliner Local-Anzeiger“ verbreitet am Mittwoch den 27. Juli sehr beunruhigende Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck. Dagegen erklärten die „Hamb. Nachr.“ an demselben Tage (A.-A.):

> Die ungünstigen Nachrichten, die heute über das Befinden des Fürsten Bismarck verbreitet waren, entbehren der Begründung.

In der A.-A. vom 28. Juli schreibt das Hamburger Blatt:

Die „Deutsche Zeitung“ findet es bedauerlich, daß in einem Theile der deutschen Presse bei jeder Gelegenheit ganz unverbürgte, beunruhigende Gerüchte über das Befinden des Fürsten Bismarck veröffentlicht werden, und führt den Verbreitern derselben die Verantwortung zu Gemüthe, welche sie in einer das deutsche Volk so tief berührenden Angelegenheit durch ihr Verhalten auf sich laden. Wir können dem Berliner Blatte nur beipflichten und richten an die uns befreundeten Blätter die Bitte, sich der Wiedergabe solcher Berichte schon deshalb zu enthalten, weil der Fürst sehr viele Zeitungen liest und es ihn begreiflicherweise nicht angenehm berührt, wenn er sieht, daß auch bei sonst verständigen und wohlwollenden Preßorganen die Sensationslust die Rücksicht auf ihn überwiegt. Wir können versichern, daß jede wirklich wichtige Nachricht, die sich auf das Befinden des Fürsten bezieht, der Oeffentlichkeit sofort übergeben werden wird. Wenn eine dem entsprechende Mittheilung von berufener Seite nicht vorliegt, so ist immer anzunehmen, daß allarmirende Nachrichten, die anderswo auftauchen, unbegründet sind. Wir sollten auch meinen, die Blätter wären den gewissenlosen Verbreitern falscher Nachrichten über den Gesundheitszustand des Fürsten schon oft genug zum Opfer gefallen, um durch Schaden klug geworden zu sein, und die „Deutsche Tages-Ztg.“ ist völlig im Recht, wenn sie bemerkt, angesichts einer derartigen Preßthätigkeit könne man es der Familie des Fürsten Bismarck nicht verdenken, wenn sie sich gegen die umherhorchenden Journalisten so luftdicht wie möglich abschließe. — Das Befinden des Fürsten giebt den Aerzten zur Zeit noch zu thun, aber es liegt, wie wir schon gestern sagten, keinerlei Grund zur Beunruhigung vor. Die Schmerzen sind zwar noch vorhanden, aber die beiden Nächte waren relativ gut, und der Appetit beginnt sich zu heben, auch die Pfeife schmeckt wieder. Der Fürst ist bei gutem Humor. Als sich gestern eine größere Anzahl fremder Turner vor dem Thore eingefunden hatte und dies dem Fürsten berichtet wurde, äußerte er scherzhaft:

> Sehen kann ich sie ja nicht, aber da es Turner sind, sagen Sie Ihnen doch, daß ich schon seit acht Tagen Kopf stehe!

Am 29. Juli heißt es in den „Hamb. Nachr.“ (A.-A.):

Wie wir aus Friedrichsruh erfahren, hat Fürst Bismarck gestern Abend an der Familientafel Theil genommen. Herr Geh. Rath Schweninger ist gestern Abend aus Friedrichsruh abgereist.

In den heutigen Zeitungen finden wir einige auf die Erkrankung des Fürsten Bismarck bezügliche Auslassungen, die wir für bemerkenswerth genug halten, um sie an dieser Stelle mitzutheilen. Sehr zutreffend äußert sich die „Deutsche Tages-Ztg." über den gestern von uns gerügten Unfug, der mit den Sensationsnachrichten über das Befinden des Fürsten getrieben wird:

„Sensationsnachrichten über eine angebliche Verschlimmerung des Befindens des Fürsten Bismarck kehren von Zeit zu Zeit, und zwar fast immer in denselben Blättern, wieder. Welche Aufregung solche Nachrichten erzeugen müssen, versteht sich von selbst. Das ganze deutsche Volk fühlt und sorgt mit der Familie des Fürsten. Der Fürst gehört nicht nur den Seinen, er gehört uns. Das wissen auch die Seinen, und wir dürfen mit Recht erwarten, daß sie, wenn bange Stunden kommen, das deutsche Volk in die Lage setzen, fürbittend an ihrer Sorge theilzunehmen. Da wir aber diese Voraussetzung hegen können, so möchte die deutsche Presse darauf verzichten, durch Umherhorchen und Bestechung von Lakaien, durch Combinationen u. dergl. falsche Gerüchte und Nachrichten in die Welt zu setzen. Den Umherhorchern wird aber das Handwerk am besten gelegt, wenn auf geeignete Weise authentische Nachrichten verbreitet werden — vorausgesetzt natürlich, daß solche Nachrichten nothwendig und zweckmäßig sind. Darüber aber hat allein die Familie des Fürsten zu befinden."

Wir halten letztere Auffassung für vollkommen correct und glauben auch zu wissen, daß sie den maßgebenden Ansichten in Friedrichsruh entspricht.

Der „Magdeburger Ztg." giebt die Erregung, in welche die Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck das deutsche Volk versetzt haben, Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

„Ein Menschenalter hindurch hat der Fürst die Geschicke Preußens und dann des neuen Deutschen Reiches gelenkt. Mit gewaltiger und oft auch gewaltsamer Hand hat er Dinge und Personen anfassen müssen. Es wäre ein Wunder, wenn ihm da Neid und Haß, der sich stets im Gefolge wahrer Größe findet, erspart geblieben wäre. Aber ihre Aeußerungen werden reichlich aufgewogen durch die Zeichen aufrichtiger Liebe und Verehrung, die Fürst Bismarck alle Zeit auf seinem Lebensgange gefunden hat. Sie macht sich in Augenblicken, wie den gegenwärtigen, in besonders rührender Weise bemerkbar, und sie zeigt zugleich die eigenartige Stellung, die Fürst Bismarck noch heute, obwohl schon nahezu ein Jahrzehnt von allen Staats- und Reichsämtern entfernt, in unserem öffentlichen Leben einnimmt. Keine große Frage der inneren, wie der äußeren Politik ist seit dem Frühjahr 1890 aufgetaucht, bei der nicht die Blicke sich sofort nach Friedrichsruh gerichtet: Was denkt der Alte im Sachsenwalde? Seine privaten Ansichten, oft auch schon das, was man in Artikeln bestimmter Zeitungen als seine Ansicht

angesehen hat, sind wie politische Orakel hingenommen worden. Sein bloßer Name hat im Streite der Meinungen die Bedeutung eines Losungswortes gehabt, und Parteien und Strömungen haben ihn benutzt, um sich und ihre Absichten mit ihm zu decken und zu rechtfertigen. Das Fehlen einer solchen Art von Berufsinstanz in unserem öffentlichen Leben würde nicht weniger schwer empfunden werden, als seiner Zeit der Rücktritt von den Aemtern, die er nahezu 30 Jahre zu seinem und des Vaterlandes Ruhme verwaltet hatte. Daher ein weiterer Grund für die bangen Sorgen, die jede ungünstige Nachricht aus Friedrichsruh aufkommen läßt. Hoffen wir, daß sie diesmal so grundlos sind wie früher, und daß der Kunst treuer Aerzte, die sorgsam um den Leidenden bemüht sind, es gelingen möge, dem deutschen Volke dieses theure Leben noch manches Jahr zu erhalten."

Diese Hoffnung wird von ganz Deutschland getheilt werden. Nicht nur für die Freunde des Fürsten, auch für seine Gegner wird eine große Lücke entstehen, wenn dies große Leben einmal erlischt.

* * *

Für denselben Tag, den 29. Juli, war noch der Besuch des Ministers von Crailsheim geplant. Darüber wurde gemeldet:

Bezüglich des heute bevorstehenden Besuches des bayrischen Ministers von Crailsheim beim Fürsten Bismarck wird aus München gemeldet: Staatsminister von Crailsheim macht mit seiner Tochter eine Reise nach Norwegen. Aus diesem Anlaß hat er in Friedrichsruh angefragt, ob er den Fürsten Bismarck besuchen könne. In einem überaus verbindlichen und herzlichen Schreiben erwiderte ihm der Fürst, er freue sich, ihn und Fräulein von Crailsheim begrüßen zu können, und bedaure nur, daß er nicht persönlich am Bahnhof zum Empfang sein könne. Dem Wunsche des Fürsten entsprechend, wird Minister von Crailsheim am 29. Juli mit dem Abendschnellzuge in Friedrichsruh eintreffen, er ist dort zu Tisch gebeten und wird Nachts weiterreisen.

Der Besuch fand aber nicht mehr statt.

* * *

Am 31. Juli mußten die „Hamb. Nachr." (M.-A.) schreiben:

Das deutsche Volk ist von einem Schlage getroffen worden, wie es ihn härter und schwerer seit dem Tode Kaiser Wilhelm's I. nicht empfunden hat. Gestern Abend hat Fürst Bismarck seine Augen zum ewigen Schlummer geschlossen. Welche

Feder wäre im Stande, den Schmerz zu schildern, mit der diese Trauerbotschaft das ganze Vaterland erfüllt! Trotz des hohen Alters des heimgegangenen nationalen Helden und seiner schweren Erkrankung wird die Kunde von dem plötzlichen Tode des Allverehrten, Allgeliebten mit der vollen Wucht einer namenlos großen, erschütternden Unglücksbotschaft wirken; denn nach den günstigen Nachrichten der letzten beiden Tage war die Hoffnung wieder gewachsen, daß der Allbezwinger Tod diesmal noch an dem greisen historischen Recken auf dem Krankenlager vorübergehen, daß die starke Constitution des Fürsten nochmals den Sieg über das schmerzhafte Leiden, mit dem er seit Monaten schwer gerungen hatte, davontragen würde. Die Hoffnung war trügerisch. Auch er, der Bezwinger einer ganzen Welt, der Schöpfer des Deutschen Reiches, hat sterben müssen — ein Mensch wie Alle!

Tiefe Trauer senkt sich herab auf unser Vaterland, das durch ihn aus Ohnmacht, Zerrissenheit und Schwäche durch unvergeßliche Thaten ohne Gleichen zu seiner jetzigen Macht, Größe und Wohlfahrt emporgehoben worden ist. Der Verlust, den Deutschland durch diesen Todesfall erlitten hat, läßt sich auch nicht annähernd abschätzen und bestimmen. Das bloße Dasein des Fürsten Bismarck war für uns ein Machtfactor allerersten Ranges. So lange er lebte, so lange sein mächtiges Augenpaar offen stand und die Entwickelung des Reiches beobachtete, hatte jeder Deutsche die Empfindung, daß uns nichts geschehen könne, daß schließlich im letzten Moment der alte Held wieder auf dem Plane erscheinen werde, um ein etwaiges verderbliches Spiel der Feinde Deutschlands rechtzeitig zu zerstören. Sein Dasein allein aber reichte hin, die Gegner in Bann zu halten, er war von größerer Macht als viele Armeecorps. Und nun ist er todt. Niemals öffnet sich wieder das gewaltige Augenpaar, das einst eine ganze Welt in scheue Ehrfurcht bannte. Wie werden wir es ertragen! Gott schenke unserem Vaterland und den jetzigen Lenkern seiner Geschicke die Kraft, den schwersten Schicksalsschlag, der es betroffen hat, ohne Schaden zu ertragen.

* * *

Dann fügten die „Hamb. Nachr.“ noch hinzu:

Ueber die letzten Tage und den Tod des Fürsten können wir das Folgende mittheilen:

Am Donnerstag Abend war auf Verschlimmerungen, wie sie seit October vorigen Jahres wiederholt stattgefunden hatten, eine Besserung eingetreten, welche dem Fürsten erlaubt hatte, bei Tisch zu erscheinen, lebhaft an der Unterhaltung theilzunehmen, Champagner zu trinken und, gegen die Gewohnheit der letzten Zeit, wieder mehrere Pfeifen zu rauchen. Das Befinden war derart befriedigend, daß Geheimrath Schweninger, nachdem der Fürst sich zur Ruhe begeben hatte, Friedrichsruh verlassen konnte, um am Sonnabend wieder dorthin zurückzukehren. Der Zustand blieb während des Freitages relativ befriedigend. Auch am Sonnabend Morgen las der Fürst noch die „Hamburger Nachrichten“ und sprach über Politik, namentlich über russische; auch genoß er im Laufe des Vormittags Speise und Trank und beklagte sich dabei scherzhaft über den geringen Zusatz von geistigen Getränken zu dem Wasser, das man ihm reichte. Dann trat plötzlich eine Verschlimmerung durch acutes Lungenödem ein. Im Laufe des Nachmittags verlor der Fürst häufig das Bewußtsein. In der letzten Zeit hatte er neben ungewöhnlich lichten Momenten mehr oder minder soporöse Zustände gehabt, aus denen er entweder in längeren, tiefen und wohlthuenden Schlaf gerieth, oder zu völlig frischem Erwachen gelangte. In den Abendstunden des Sonnabends nahmen die bedenklichen Erscheinungen zu. Der Tod trat leicht und schmerzlos gegen 11 Uhr ein. Geheimrath Schweninger, der erst kurz zuvor wieder eingetroffen war, konnte dem Sterbenden den Tod noch dadurch erleichtern, daß er mit einem Taschentuche den Schleim aus dem Munde entfernte und dadurch das Athmungshinderniß beseitigte.

Das letzte Wort, das der Fürst gesprochen hatte, war an seine Tochter, die Gräfin Rantzau, gerichtet, welche ihm den Schweiß von der Stirn getrocknet hatte: „Danke, mein Kind.“

Am Sterbelager des Fürsten war die ganze fürstliche Familie versammelt und außer Geheimrath Schweninger und Dr. Chrysander

waren noch Baron und Baronin Merck zugegen. Nachdem Geheimrath Schweninger während 3 Minuten keinen Athemzug und keinen Puls mehr wahrgenommen hatte, erklärte er in einfacher und ruhig schonender Weise, daß der Tod eingetreten sei. Sofort nach dem Ableben meldete Herr Geheimrath Schweninger das Ereigniß dem Kaiser telegraphisch nach Norwegen. Der Fürst liegt, wie er oft zu schlafen pflegte, leicht mit dem Kopf nach links geneigt, der Gesichtsausdruck ist mild und friedlich verklärt. Auffallend war, daß der Kopf verhältnißmäßig sehr lange Zeit die Wärme des Lebens behielt. Der Fürst wird seinem Wunsche gemäß auf der dem Schlosse gegenüberliegenden Anhöhe in der Nähe der Hirschgruppe beigesetzt werden.

Dort wird jetzt, während wir dies Werk abschließen (Ende September), das Mausoleum gebaut, das die Särge des Fürsten und der Fürstin Bismarck aufnehmen soll.

Die genaue Todeszeit war 10 Uhr 57 Minuten.

Eine Todtenfeier fand im Familienkreise in Gegenwart Kaiser Wilhelm's II. und der Kaiserin Augusta Victoria am 2. August gegen Abend im Sterbezimmer statt. Die Beisetzung im Mausoleum ist für den Herbst geplant.

* * *

Eine Extraausgabe des „Reichs-Anzeigers" veröffentlichte folgenden Erlaß des Kaisers:

Mit Meinen hohen Verbündeten und mit dem ganzen Deutschen Volke stehe Ich trauernd an der Bahre des ersten Kanzlers des Deutschen Reichs, des Fürsten Otto von Bismarck, Herzogs von Lauenburg. Wir, die wir Zeugen seines herrlichen Wirkens waren, die wir an ihm, als dem Meister der Staatskunst, als dem furchtlosen Kämpfer im Kriege wie im Frieden, als dem hingebendsten Sohne seines Vaterlandes und dem treuesten Diener seines Kaisers und Königs bewundernd aufblickten, sind tief erschüttert durch den Heimgang des Mannes, in dem Gott der Herr das Werkzeug geschaffen, den unsterblichen Gedanken an Deutschlands Einheit und Größe zu verwirklichen. Nicht ziemt es in

diesem Augenblick, alle Thaten, die der große Entschlafene vollbracht, alle Sorgen, die er für Kaiser und Reich getragen, alle Erfolge, die er errungen, aufzuzählen. Sie sind zu gewaltig und mannigfaltig, und nur die Geschichte kann und wird sie alle in ihre ehernen Tafeln eingraben. Mich aber drängt es, vor der Welt der einmüthigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck zu geben, von welcher die ganze Nation heute erfüllt ist, und im Namen der Nation das Gelübde abzulegen, das, was er, der große Kanzler, unter dem Kaiser Wilhelm dem Großen geschaffen hat, zu erhalten und auszubauen und, wenn es Noth thut, mit Gut und Blut zu vertheidigen. Dazu helfe uns Gott der Herr!

Ich beauftrage Sie, diesen Meinen Erlaß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Friedrichsruh, den 2. August 1898.

Wilhelm I. R.

An den Reichskanzler.

Nachwort.

Von dem Seite 291 erwähnten Vorwort habe ich meinerseits Abstand genommen auf Anregung von einer Seite, deren wohlmeinender Rath für mich maßgebend ist.

Leipzig, 16. October 1898.

Johs. Penzler.

Register.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig. 12174

Fürst Bismarck nach seiner Entlassung Leben und Politik des Fürsten seit seinem Scheiden aus dem Amte auf Grund aller authentischen Kundgebungen

Bd.: 7

1898